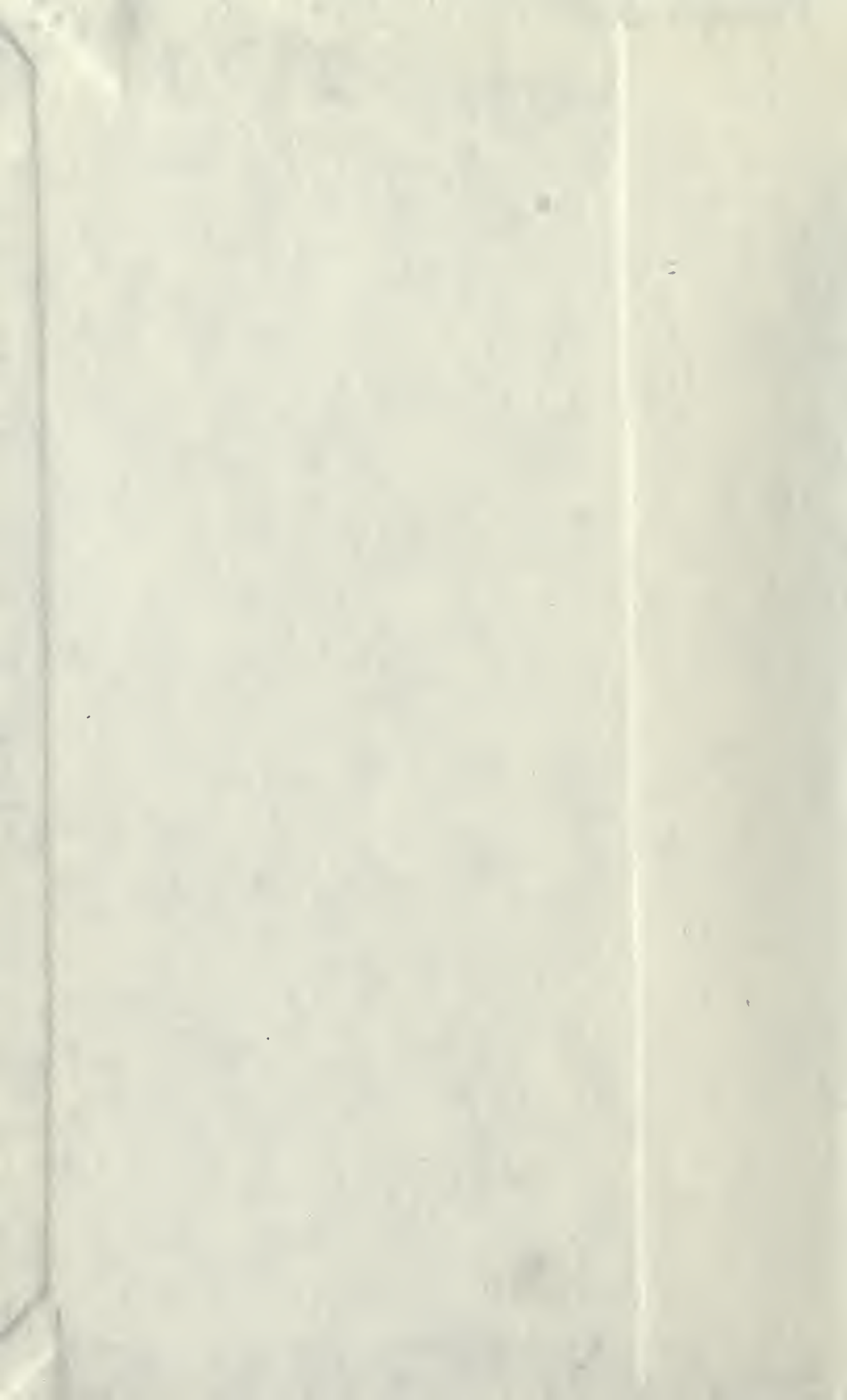
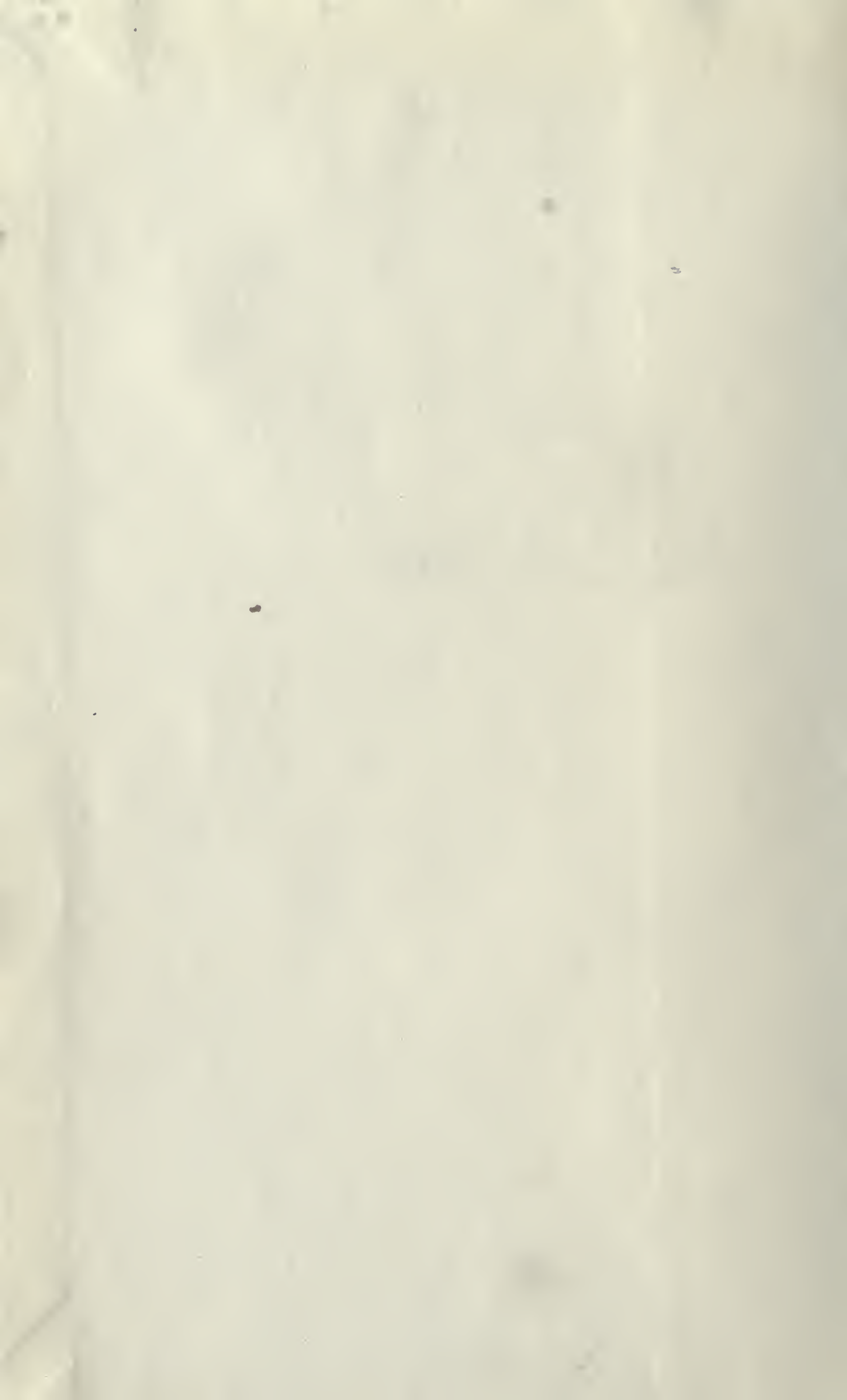








Erlebnisse im Weltkrieg



Erlebnisse im Weltkrieg

Von

Reichsfinanzminister a. D.

M. Erzberger

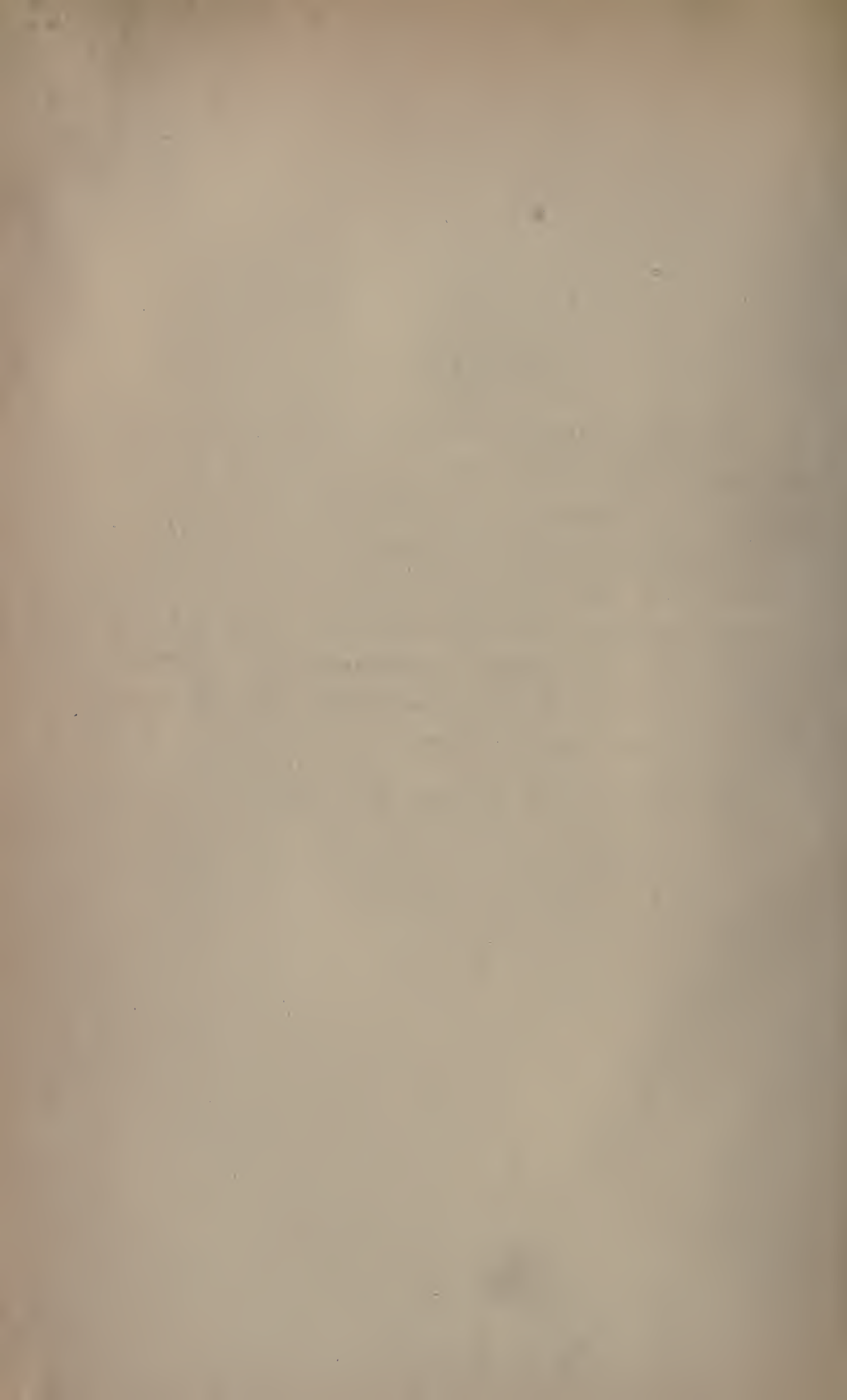


1920

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart und Berlin

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart

Inhaltsverzeichnis



Vorwort

„Erlebnisse im Weltkrieg", nicht meine Erlebnisse im Weltkrieg habe ich diese Blätter genannt. Die Stunde ist noch nicht gekommen, um meine gesamten Erlebnisse im Weltkrieg der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Politische und persönliche Gründe zwingender Art legen mir diese Zurückhaltung auf. Manche Vertrauenspersonen durften nicht mit Namen angeführt werden; ich mußte mich begnügen, ihre Stellung zu umschreiben. Aber auch so dürften die hier niedergelegten Erlebnisse manche Aufklärung über Weltfragen bieten.

Jordanbad bei Biberach, Mai 1920

Der Verfasser



1. Kapitel

Propagandatätigkeit

Trotz der großen Militär- und Marinevorlagen der Jahre 1911, 1912 und 1913 traf der Weltkrieg das deutsche Volk militärisch, wirtschaftlich und politisch unvorbereitet; ohne die geniale Erfindung der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft hätte in Deutschland zu Beginn des Jahres 1915 die Erzeugung von Pulver eingestellt werden müssen. Ein neckischer Zufall wollte es, daß am 31. Juli 1914 im Kriegsministerium ein Schreiben des Reichsschatzamts eintraf, worin die Neuforderungen für vermehrte Munitionsbeschaffung im Etatsjahr 1915 abgelehnt wurden. Ein wirtschaftlicher Mobilmachungsplan ist in der deutschen Öffentlichkeit wohl ab und zu gefordert worden, aber eine greifbare Gestalt nahm die Idee nicht an. Ende Juli 1914 wandte sich ein deutscher Großkaufmann an das Reichsmarineamt mit der Anfrage, ob er einige Dampfer Treiböl, die für England bestimmt seien, nicht nach Deutschland leiten solle. Die Antwort fiel verneinend aus, da kein Grund zu einer solchen Maßnahme vorliege. Auf politischem Gebiet war überhaupt nichts für einen Krieg vorbereitet. Nahezu alle leitenden Männer der Regierung befanden sich im Juli in Urlaub oder auf Reisen. Dem Verbündeten in Wien gab man von Berlin aus wohl zu verstehen, daß man bereit sei, die Donaumonarchie in der notwendigen Abrechnung mit Serbien bis zu den letzten Konsequenzen zu unterstützen, in der Hoffnung, die militärische Auseinandersetzung könne lokalisiert werden und weder Rußland noch Frankreich noch England würden eingreifen.

So stand das politische Kartenhaus im Juli 1914. Nach Überreichung des österreichischen Ultimatums hatte ich einige Aussprachen im Auswärtigen Amt. Man erklärte mir, daß zu einer Besorgnis kein Grund vorliege. Der politische Referent für Frankreich meinte am 27. Juli: „Nächste Woche reise ich vergnügt in Urlaub ab.“ Eine leitende Stelle sagte mir auf die Anfrage, ob

der für August in Aussicht genommene Katholikentag in Münster stattfinden könne, daß keinerlei Veranlassung vorliege, die Vorbereitungen nicht zu Ende zu führen; an einen Krieg sei nicht zu denken. So nur ist es zu verstehen, daß sich in den folgenschweren Julitagen die deutsche Volksvertretung sorgenlos in den Ferien befand und alles, gar alles der Regierung überließ — so recht bezeichnend für den idyllischen Charakter des alten Obrigkeitsstaates. Nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags erhob damals Vorstellungen bei der Reichsleitung. Das Parlament selbst trat erst zusammen, nachdem die Kriegserklärungen ergangen waren. Es war wie in der Innenpolitik so auch nach außen vor vollendete Tatsachen gestellt.

Als durch das Wiener Ultimatum und seine Aufnahme in der Welt die Situation sich auf das Äußerste zuspitzte, hat man es weder in Berlin noch in Wien für notwendig befunden, sich mit Italien und Rumänien ins Einvernehmen zu setzen und den notwendigen Ausgleich anzubahnen. Die Überreichung der Abschrift des Ultimatums in Rom gestaltete sich geradezu tragikomisch. Der italienische Außenminister San Giuliano befand sich in einem Badeorte. Der österreichische Diplomat, der die Abschrift übergeben sollte, hatte sie vergessen mitzunehmen. Da er nur den Auftrag hatte, die Abschrift zu überreichen, hielt er sich bei seinem Besuch nicht für ermächtigt, über die Angelegenheit zu sprechen, so daß der italienische Außenminister tags darauf das Ultimatum der Zeitung entnehmen mußte. Allerdings war man auch in den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amts der Auffassung, daß durch den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien der Bündnisfall mit Italien nicht gegeben sei; Juristen des Auswärtigen Amts haben dies in einem eingehenden Gutachten zu begründen versucht. Die wenigen Tage der Ultimatumsfrist wurden auch nicht ausgenützt, um mit Rumänien, das eine Militärkonvention mit den Mittelmächten abgeschlossen hatte, eine Verständigung herbeizuführen. König Carol gab sich alle Mühe, sein Wort zu halten. Er blieb im Ministerrat allein, nur vom greisen Peter Carp unterstützt. Gebrochenen Herzens wollte er abdanken, um in dem stillen Kloster Einsiedeln in der Schweiz seine Lebenstage zu beschließen. Sein plötzlicher Tod schloß ein arbeits- und erfolgreiches Leben.

Die politische Leitung des Reichs war in keiner Weise vorbereitet auf die mit einem modernen Krieg untrennbar verbundene Auf-

klärungsarbeit des In- und Auslandes, obwohl im Balkankrieg Bulgarien der Welt gezeigt hatte, daß es nicht nur darauf ankommt, Schlachten zu schlagen und zu gewinnen, sondern auch die öffentliche Meinung der nicht kämpfenden Welt für sich zu erobern. Man hat dem Reichstag oft den Vorwurf gemacht, daß er die notwendigen Gelder für die politische Propaganda nicht genehmigt habe; das ist falsch. Es fehlte der Regierung entweder an Mut oder an Einsicht, die erforderlichen Summen für eine Organisation, wie sie besonders England und Frankreich seit langem besitzen, anzufordern. Der Reichstag wehrte sich nur gegen eine Vermehrung des Geheimfonds. Ich selbst habe 1911 vorgeschlagen, einen Fonds „zur Verbreitung deutscher Nachrichten im Ausland" zu schaffen. Die vom Auswärtigen Amt hierfür geforderte Summe von jährlich ½ Million hat das Reichsschatzamt auf 300 000 Mark ermäßigt. Diese Summe wurde dann vom Reichstag ohne Widerspruch angenommen und eine vereinfachte Rechnungslegung hierfür vorgesehen. Dazu kam ein zweiter Mißstand. Als Abgeordneter habe ich es jahrelang bemängelt, daß keine einheitliche Pressestelle im Reich vorhanden war. Das Auswärtige Amt hatte seit langem seine Presseabteilung, das Reichsmarineamt richtete vor zwei Jahrzehnten eine solche ein. Beide arbeiteten öfters absichtlich und unabsichtlich gegeneinander. Im Jahre 1914 suchte auch das Kriegsministerium eine eigene Presseabteilung sich zu schaffen. Das preußische Ministerium des Innern hatte wiederum seinen eigenen Presseapparat. Deutsche Pressevertretungen im Ausland gab es nur selten. Wenn bei einer diplomatischen Mission sich einmal ein Vertreter der Presse befand, so wurde er so schlecht entlohnt, daß er weder gesellschaftlich noch politisch seinem Vaterland einen nennenswerten Dienst leisten konnte. Zu den schon erwähnten Pressestellen kamen im Kriege noch zwei hinzu: eine bei der Obersten Heeresleitung und eine beim Stellvertretenden Generalstab in Berlin. Das Durcheinander und Gegeneinander wuchs von Tag zu Tag, auch nach der Schaffung des Kriegspresseamtes. Trotz meiner Bemühungen und Vorstellungen gelang es nicht, eine einheitliche Leitung zu erzielen.

Beim Ausbruch des Weltkrieges wurde Deutschland von seinen Feinden abgesperrt, aber es sperrte auch sich selbst ab. Die militärischen Stellen erließen sofort die Anordnung, daß keine einzige deutsche Zeitung über die Grenzen gehen sollte, und dies trotz der

Zensur im Innern. Dem Auswärtigen Amt wurde erst drei Wochen nach Erlaß dieses Befehls hiervon Kenntnis gegeben. Die deutschen Zeitungen, die das Wirksamste für eine ruhige Aufklärung der Neutralen und der Gegner hätten leisten können, lagen in riesigen Ballen an den Grenzstationen fest. Das amtliche deutsche Weißbuch gab, wie seine späteren freiwilligen und unfreiwilligen Ergänzungen zeigten, nur ein mangelhaftes Bild der schwärzesten acht Tage der Weltgeschichte. Als nach Kriegsausbruch eine große Anzahl Amerikaner in ihre Heimat zurückkehren wollten, fehlte es an allem und jedem Material, um einem fremden Volk zu zeigen, wie das deutsche Volk in den Weltkrieg hineingeraten war. Ein energischer Kapitän im Reichsmarineamt lud mich und andere deutsche Politiker ein, innerhalb 48 Stunden ein kleines Buch über die Vorgänge bei Kriegsausbruch zu schreiben, um es den abreisenden Amerikanern mitzugeben. Mit Mühe und Not gelang es. Das war die erste deutsche Aufklärungsschrift während des Krieges. Die amtlichen Stellen und die große Masse des Volkes waren von den ersten Siegesnachrichten so berauscht, daß sie auf die Meinung des Auslandes wenig Wert legten. Nur ganz wenige sahen schon damals klar. Zu diesen gehört der heutige preußische Justizminister Am Zehnhoff, der mir am Abend des 4. August sagte, daß dieser Krieg mit der deutschen Niederlage endigen müsse. Erst nachdem deutsche Kaufleute aus dem neutralen Ausland nach Berlin zurückkehrten und über die dortige Stimmung berichteten, sah man ein, daß man in den ersten drei Wochen wohl militärische Erfolge erzielt, aber gleichzeitig eine politische Niederlage nach der anderen erlitten hatte. Es war ein Hamburger Weltkaufmann, der aus Holland kam und einigen amtlichen Stellen darlegte, wie dringend notwendig es sei, eine einheitlich zusammengefaßte Aufklärungsarbeit für das Ausland zu schaffen. Während man an einigen Stellen dem Vorschlag achselzuckend gegenüberstand, nahmen zwei Marineoffiziere denselben auf und traten an mich mit der Aufforderung heran, ich möchte die Leitung der Auslandspropaganda übernehmen; der Stellvertreter des Reichskanzlers (der Reichskanzler befand sich bereits im Großen Hauptquartier in Koblenz) habe nicht nur hierzu seine Zustimmung gegeben, sondern wünsche aufs dringendste, daß ich mich dieser Arbeit unterziehe. Ich erklärte, daß ich mich bereits am Tage der Mobilmachung dem Kriegsministerium (ich war zehn Jahre lang Berichterstatter für den deutschen Militäretat)

zur Verfügung gestellt hätte, daß ich es für unmöglich halte, jetzt nach Ausbruch des Krieges eine erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet überhaupt noch zu leisten, und daß namentlich die Versäumnisse in den ersten drei Wochen des Krieges kaum wieder einzuholen seien; dazu komme noch meine Befürchtung, daß die Allmacht der militärischen Stellen jede zweckmäßige politische Propaganda unmöglich machen würde. Gegenüber diesen Einwänden appellierte man an meine Vaterlandsliebe und bat mich dringendst, den Versuch zu machen. Nach einer Aussprache im Auswärtigen Amt erklärte ich mich schließlich bereit. Meine Enttäuschung war aber bereits am ersten Tag groß, als ich die verschiedenen in Betracht kommenden Reichsstellen fragte, welche Vertrauensmänner für Deutschland im neutralen Ausland bisher tätig gewesen seien. Man war über diese Frage ungemein erstaunt und sagte mir, daß es solche Vertrauensmänner nicht und nirgends gebe. Gleichzeitig machte sich eine Reihe wilder Propagandabureaus auf. Es erscholl der Ruf: „Die Wahrheit ins Ausland!" Nun wurden von Tausenden und aber Tausenden deutsche Zeitungen an befreundete Neutrale versendet. Manche Neutrale klagten mir, daß sie an einem Tag ein Dutzend und mehr derselben Nummer deutscher Zeitungen zugeschickt erhielten. Dabei wurde so gedankenlos verfahren, daß man z. B. Blätter wie die „Deutsche Tageszeitung", „Post" und „Tägliche Rundschau", welche die schärfste antidänische Politik in Nordschleswig vertraten, massenhaft nach Dänemark sandte. Im Oktober 1914 konnte ich feststellen, daß nicht weniger als 27 Bureaus oder Stellen innerhalb des Reichs sich mit der Propaganda im Ausland befaßten, jede auf eigene Faust ohne einen einheitlichen Grundgedanken. Nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten gelang es, diese wilde Tätigkeit allmählich abzubauen und in der „Zentralstelle für Auslandsdienst" den Sammelpunkt für die Propaganda durch Broschüren, Bücher und Bild zu schaffen. Der frühere Botschafter Freiherr von Mumm hat durch die Leitung dieser Zentralstelle sich ein großes Verdienst erworben, was nicht hinderte, daß man später, im Jahre 1917, auch diese mühsam geschaffene Organisation auflöste und unter militärischer Leitung wieder etwas Neues schuf. Es war damals General Ludendorff, der dem Zauberwort „Propaganda" unterlag und sich mit aller Macht auf diese warf.

Für meine eigene Tätigkeit fehlte es an jedem geeigneten Personal; ich mußte es mir in aller Eile zusammensuchen. Ein „strammer"

Major aus dem Kriegsministerium machte mir später den Vorwurf, daß ich eine große Anzahl Ausländer — solche waren nur als Übersetzer tätig — im Propagandabureau beschäftigte, während es doch eine feststehende Tatsache ist, daß gute, einwandfreie Übersetzungen für fremde Sprachen fast nur ein Angehöriger des betreffenden Landes liefern kann. Gerade Deutschland hat die Abweichung von dieser Regel durch Spott und Hohn im Ausland bezahlen müssen. In der ersten Zeit haben sich eine Anzahl von Priestern der Gesellschaft Jesu in ganz hervorragender Weise ehrenamtlich um die Aufklärung des Auslandes verdient gemacht. Allen meinen Mitarbeitern — sie waren nicht zahlreich — gab ich große Selbständigkeit, verlangte aber auch das Höchste und Beste; damit machte ich überall und immer gute Erfahrungen. Von einer Beeinflussung der innerpolitischen Meinung Deutschlands habe ich mich ferngehalten und nur so weit einzuwirken versucht, als es für die Auslandswirkung unentbehrlich war. In das Ausland selbst wurden nur absolut wahre Tatsachen gegeben. Daß dabei Irrtümer unterlaufen konnten, liegt in der menschlichen Schwäche begründet. Die deutsche Propaganda durfte in keiner Weise völkerverhetzend und vergiftend wirken, sondern sollte sich in ruhiger und sachlicher Weise bemühen, die Berechtigung des deutschen Standpunktes darzutun und Angriffe und Verdächtigungen von gegnerischer Seite würdig zurückzuweisen. Das rascheste und sicherste Mittel dafür war die knappe, den Nagel auf den Kopf treffende Depesche. Daneben reihte sich der Leitartikel, das Interview, der Wochenbrief, die Broschüre, das Buch, der Vortrag, die illustrierte Zeitschrift, das Kino und das Theater, alles nicht in den ersten Monaten, sondern in langer, zäher Arbeit. Die beste und zuverlässigste Nachrichtenquelle über die Verhältnisse bei der Entente wurden mir die Zeitungsinserate — dort wurde wohl auch vertuscht und unterdrückt, aber nicht gelogen. Im Anzeigenteil kamen die Bedürfnisse und Warenvorräte, die Mengen und die Preise ungeschminkt ans Tageslicht. Die Preise für Butter in der Pariser Presse, für Kleider in den Londoner Zeitungen usw. waren mir stets die zuverlässigsten Barometer für die Wirkungen des U-Bootkrieges. Der Inseratenteil war mir eine fast unerschöpfliche Fundgrube für politische Werturteile und in der Regel wichtiger als der ganze politische Teil der unter Zensur stehenden Presse.

Alsbald nach Aufnahme meiner Tätigkeit sollte sich zeigen, daß außer den erwähnten Schwierigkeiten eine Reihe neuer Hinder-

nisse der Erreichung des gesteckten Zieles entgegenstand. Bei den militärischen Stellen fand man 1914 und 1915 äußerst wenig Verständnis für die Notwendigkeit der Aufklärung des Auslandes. So wurden geraume Zeit hindurch alle Versuche, für neutrale Journalisten eine Reise an die Front zu erlangen, mit dem vagen Ausdruck „Spionage" abgelehnt. Als es gelang, eine Reihe italienischer Journalisten zu einer Reise nach Deutschland zu bewegen, war die Aufnahme bei den Militärs äußerst kühl. Ein deutscher Begleitoffizier erklärte die Journalisten ganz offen als „Spione" und meinte, mehr Wert als dieser „Klimbim" hätte das gute deutsche Schwert. Die von den italienischen Herren gewünschten Unterredungen mit führenden deutschen Militärs wurden verweigert und ein die Reise vermittelnder deutscher Reserveoffizier aus nichtssagenden Gründen verhaftet. Viele Monate hindurch bemühte ich mich vergeblich, den ungerecht Behandelten aus der Schutzhaft zu befreien; im August 1915 erhielt ich von der zuständigen militärischen Stelle die Ablehnung mit der klassischen Begründung, daß die Schutzhaft „im sicherheitspolizeilichen Interesse des Reichs im Hinblick auf sein bisheriges Verhalten" verhängt worden sei, und daß sie in seinem „eigenen Interesse" aufrechterhalten bleiben müsse, „damit er nicht wieder in Versuchung kommt, die früheren Bahnen zu betreten". Der Reserveoffizier hat nichts anderes getan, als in Fühlungnahme mit amtlichen Stellen für die Verständigung mit Italien gearbeitet. Es ist daher nicht überraschend, daß alle Vorstellungen gegenüber den zuständigen Militärs, die Entente verhalte sich ganz anders und bereichere namentlich die italienische Presse durch glänzende Schilderungen des französischen und englischen Frontlebens, auf taube Ohren stießen.

Die maßgebenden deutschen Militärs haben die Psychologie des Krieges bis zu seinem schrecklichen Ende nicht erfaßt. Die tägliche Berichterstattung lieferte täglich den Beweis hierfür. Nahezu alle Tagesberichte sprachen nur von Sieg und Sieg. Die Niederlagen wurden verschwiegen oder so frisiert, daß nur wenige ganz Kundige sie verstanden. Diese Berichterstattung war gleich gefährlich nach innen wie nach außen; denn die Masse des deutschen Volkes fragte, warum denn der Friede noch nicht komme, wenn man jeden Tag einen Sieg erlange. Im Ausland erschütterte diese Berichterstattung den Glauben an die deutsche Sache aufs schwerste. Weiter hat die deutsche Zensur, trotz meiner vielseitigen Bemühungen,

einen der mächtigsten Faktoren vollkommen ausgeschaltet: das erwärmende Mitleid mit einem hungernden, schwer leidenden Volke. Die deutsche Tonart im In- und Ausland war: „Uns kann keiner!" Alle Schilderungen über Mangel im deutschen Volk, seine Unterernährung, sein Leiden und Darben, wurden verpönt und verboten. Deutsche Ärzte und Wissenschaftler mußten schreiben und schrieben, daß es für den Deutschen sehr gesund sei, wenn er weniger als vor dem Kriege esse. Man machte umfangreiche Statistiken darüber auf, mit wie wenig der Mensch durchkommen könne; man wollte so dem Ausland beweisen, daß die Vorräte an Lebensmitteln und an Gegenständen des täglichen Bedarfs so groß seien, daß Deutschland nie ausgehungert werden könne. Dieselbe Stelle dachte aber nicht daran, daß das Ausland die deutsche Speisekarte, die deutschen Rationen mit Leichtigkeit erfahren konnte und wohl noch weniger daran, daß die Deutschen, die einen Paß ins Ausland erhielten, in den fremden Hotels nicht laut genug sich rühmen konnten, daß man „endlich wieder einmal gut esse!" Wie ganz anders ging die Entente vor! Sie hat das Mitleid, das das härteste Herz erweicht, in ihren Dienst gestellt. Wenn kein Propagandastoff für Erregung des Mitleids da war, so wurde solcher erfunden. Es sei nur an die belgischen Kinder mit abgehauenen Händen erinnert. Während meiner Anwesenheit in Rom erfuhr ich, daß die im italienischen Königshaus weilende englische Erzieherin mit viel Geschick ihren Zöglingen über das Schicksal der belgischen Kinder zu erzählen wußte, so daß diese eines Tages ihren Vater bestürmten: „Papa, Papa, faccia la guerra! Denke an die armen belgischen Kinder ohne Hände und ohne Beine!" Die ganze Propaganda der Kriegsgreuel, wie sie von der Entente getrieben wurde, hatte den Zweck, Deutschland als das Land der „Barbaren" verhaßt zu machen und die Sympathie für seine Gegner zu wecken; so appellierte sie an das mächtige Mitleid. Die deutsche Propaganda durfte unter dem Druck militärischer Stellen kein Gegengewicht schaffen. Der Einfall in Belgien brachte nahezu die ganze Welt gegen Deutschland auf. Belgien wurde, wie ich im Reichstag sagte, „der Liebling der Welt". Die deutsche Begründung von der Notwehr war kein vollwertiges Gegenargument. Als dann im Spätjahr 1916 die belgischen Deportationen noch hinzukamen, hatte Deutschland auf diesem Gebiet die Partie endgültig verloren. Den Bemühungen Papst Benedikts XV. gelang es zwar, von Kaiser Wilhelm die

Zusage zu erhalten, daß keinerlei Deportationen mehr stattfinden sollten. Leider aber wurde diese Zusage kurze Zeit darauf von deutschen Militärs so ausgelegt, daß zwar nicht mehr Deportationen nach Deutschland stattfanden, wohl aber zu Arbeiten hinter der Front. Alle meine Vorstellungen, daß man an einem Kaiserwort nicht rütteln und deuteln dürfe, blieben ohne Erfolg. Der verstorbene Kardinal Farley von Neuyork, der bis dahin eine wohlwollend neutrale Haltung eingenommen hatte, ließ mir damals mitteilen, daß er über das deutsche Vorgehen entsetzt sei, und öffentlich sagte er, daß „seit den Zeiten der Meder und Perser eine solche Verschleppung von Volksteilen nicht mehr stattgefunden habe". Als ich im Parlament dies zur Sprache brachte, meinte der damalige preußische Kriegsminister von Stein, daß ihn ein solcher Ausspruch kalt lasse, da Deutschland diese Maßnahme ergriffen habe, um die Arbeitsscheu in Belgien zu bekämpfen, und weil die Entente durch ihre Absperrung die Ausnutzung der letzten Menschenkraft auch im besetzten Gebiet notwendig mache. Das Hin und Her in den deutschen Kriegszielen und die unklare Haltung maßgebender Stellen noch im dritten und vierten Kriegsjahr hat die deutsche Propaganda ungemein erschwert. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg, die Art seiner Begründung und das Hinausposaunen seiner wirklichen oder vermeintlichen Erfolge machte uns in neutralen Ländern wirklich treue Freunde abwendig. Wenn der deutsche Admiralstab verkünden ließ, daß er in einem Monat 600 000 Tonnen Schiffsraum versenkt habe und welche Quantitäten Lebensmittel und Rohstoffe dabei mit untergingen, so dachte er trotz meiner Vorstellungen nicht daran, welchen Eindruck das auf den Neutralen machte, der unter dem U-Bootkrieg gleichfalls litt und sich einfach sagte, daß Deutschland daran schuld sei, wenn er sich Entbehrungen auferlegen und teure Preise zahlen müsse. Nur wenigen war klarzumachen, daß der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe eine Abwehrmaßnahme gegen die völkerrechtswidrige Blockade gegen das deutsche Volk darstellte, weil eben diese Blockade den Neutralen kaum berührte, der U-Bootkrieg aber ihn selbst schädigte. Eine Reihe von schwer verständlichen Mißgriffen von amtlichen und halbamtlichen Depeschenagenturen erregte im Ausland Heiterkeit. Als ich im Dezember 1916 in der Schweiz weilte, kam dorthin die Depesche, daß der Kaiser „befohlen" habe, aus Anlaß der Einnahme von Bukarest zu flaggen und Viktoria zu schießen. Ein biederer Schweizer meinte: „Also selbst

zum Feste feiern muß man die Deutschen kommandieren." — Noch behaglicher wurde das Schmunzeln, als im Ausland wenige Tage nach der Ernennung des Reichskanzlers Michaelis bekannt wurde, daß derselbe zum Hauptmann befördert worden sei. In diesen und ähnlichen Vorkommnissen sah man den deutschen „Militarismus" verkörpert. Wenn aber Vorstellungen erhoben wurden, so glaubte man zu einer fremden Welt zu sprechen. So erging es mir auch, als ich Anfang September 1914 dem Reichskanzler vorschlug, den früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Theodor Roosevelt, ins Hauptquartier einladen zu lassen, da mir von maßgebender amerikanischer Seite mitgeteilt worden war, daß Roosevelt einer solchen Einladung Folge leisten würde. Die Zahl meiner ergebnislosen Anregungen war so groß, daß ich mich des öfteren mit dem Gedanken trug, die ganze Tätigkeit einzustellen. Nach Annahme der Friedensresolution im Reichstag, im Juli 1917, geschah dies auch in größtem Umfang. Ich behielt nur noch jenen Teil meiner Tätigkeit bei, welcher ganz ausschließlich auf meine Person und meine rein persönlichen Verbindungen zurückzuführen war.

Die Propagandatätigkeit erschöpfend zu schildern, wäre verfrüht und kann aus naheliegenden Gründen nicht erfolgen. Es war ein Verbrechen am deutschen Volk, daß man von mir forderte, öffentlich Auskunft zu geben über Maßnahmen und Personen im deutschen Aufklärungsdienst. Welcher Neutrale sollte sich Deutschland noch zur Verfügung stellen, wenn er solche Gefahr läuft? Der irrigen Auffassung, daß es sich bei solcher Aufklärung um Bestechung, Kauf von Zeitungen und ähnliches mehr handelt, muß ich mit allem Nachdruck widersprechen. Wer auf diesem Grund aufbaut, wird bald sehr viel Geld los und blamiert sich gründlich. So habe ich z. B. dem Kauf einer großen französischen Zeitung während des Krieges durch Mittelsmänner mich mit allem Nachdruck widersetzt. Die 10 Millionen Franken wurden trotzdem leider ausgegeben; wie ich aber vorhersagte, nur mit negativem Erfolg. Auch die Gründung neuer Zeitungen lehnte ich zum großen Ärger vieler „Sachverständiger" ab. Das Hauptziel war für mich stets dies: dem Ausland zu zeigen, wie es in Deutschland aussieht und was das deutsche Volk in seiner großen Gesamtheit anstrebt, um hierdurch ein bleibendes Fundament für die gerechte Beurteilung der deutschen Sache zu schaffen. Nachdem es sich gezeigt hatte, daß eine Einheitlichkeit in der Auslandspropaganda nicht zu gewinnen

war, legte ich den Hauptteil meiner Tätigkeit auf die Aufklärung der Katholiken im neutralen und auch im feindlichen Ausland.

Am 2. September 1914 wurde ein „Memorandum deutscher Katholiken über den gegenwärtigen Weltkrieg" den in Rom im Konklave weilenden Kardinälen überreicht. Der „außergewöhnliche Schritt" wurde gerechtfertigt durch den Umstand, daß „Deutschland von dem Weltverkehr so gut wie abgeschnitten ist". Die angesehensten deutschen Katholiken, in erster Linie Parlamentarier, legten dar,

> „daß das deutsche Volk den Krieg nicht gewollt habe, daß Kriegserklärung und Mobilmachung eine großartige religiöse Erneuerung herbeigeführt hätten, daß das deutsche Volk sich in den Tagen der Prüfung als ein glaubensstarkes Volk erwiesen habe, daß es aber einem Feind machtlos gegenüberstehe: der Lüge. Deutschland führt den Krieg nicht aus Eroberungslust, sondern es kämpft um seine Existenz. Der schwerste Angriff, der im jetzigen Weltkrieg ausgefochten wird, kommt vom orthodoxen Moskowitertum. Rußland will alle Slawen nicht nur unter seine politische Gewaltherrschaft, sondern auch unter seine religiöse Unterdrückung zwingen. Rußlands Sieg würde die schwerste Schädigung des Katholizismus darstellen. Dem Katholizismus in ganz Westeuropa tritt kein gefährlicherer Feind entgegen als der gewalttätige Russe, der seit Jahrhunderten die polnischen Katholiken mit den brutalen Mitteln der Gewalt von der Kirche gerissen hat."

Das Memorandum (in lateinischer Übersetzung) enthielt noch den Telegrammwechsel des Kaisers mit dem Zaren von Rußland, die Thronrede des Kaisers und die Rede des Reichskanzlers vom 4. August 1914. Ein in Rom weilender Prälat überreichte die Denkschrift, die kein Wort der Anklage und des Angriffs gegen die Katholiken anderer Länder enthielt, den in Rom weilenden Eminenzen, die sie freundlich aufnahmen. Man war daher in Deutschland sehr überrascht, als von einer Reihe angesehener französischer Katholiken unter Führung von Kardinälen und Bischöfen Anfang 1915 die Schrift „La Guerre allemande et le Catholicisme" verbreitet wurde, welche eine schwere Kränkung des deutschen Volkes und der deutschen Katholiken darstellte. Eine Entgegnung war absolut geboten. Im Mai 1915 wandte ich mich an eine Reihe angesehener Katholiken, einen „Ausschuß deutscher Katholiken" zu bilden, der eine Gegenschrift verbreiten sollte. „Gemäß dem Wunsche Seiner Heiligkeit Papst Benedikts XV. soll aber eine solche Erwiderung nicht durch die hochwürdigsten Kirchen-

fürsten erfolgen, sondern — wenn sie notwendig ist — möchten angesehene katholische Laien die Entgegnung abfassen und verbreiten." Professor Rosenberg in Paderborn erklärte sich zur Abfassung der Erwiderung bereit. Fast gleichzeitig mit meiner Anregung befaßte man sich in Freiburg im Breisgau und in Münster in Westfalen mit dem Plane der Abfassung einer Gegenschrift. Das Freiburger Komitee hielt eine Beteiligung des deutschen Episkopats für absolut notwendig; es forderte eine Widerlegung durch die angesehensten katholischen Gelehrten Deutschlands und die sofortige Absendung eines Protestes. Zu dieser Arbeit sollten neben den Politikern die theologischen Fakultäten, die katholischen Universitätsprofessoren und hervorragende Geistliche hinzugezogen werden. Die Anmeldungen zu dem von mir vorgeschlagenen Ausschuß liefen in erfreulichem Umfange ein. Es mußte aber eine Zersplitterung der Abwehr vermieden werden; darum war eine Einigung mit den Freiburger Herren geboten. Die Hauptschwierigkeit lag darin, ob der deutsche Episkopat sich an der Aktion beteiligen solle oder nicht. Ich hielt unter allen Umständen daran fest, daß „die deutschen Katholiken das schlechte französische Beispiel nicht nachahmen sollten", „daß nicht Bischöfe gegen Bischöfe und Kardinal gegen Kardinal in dem völkerzerreißenden Weltkrieg auftreten sollten", „daß durch Teilnahme des deutschen Episkopats der von der französischen Seite vollzogene Riß in die Einigkeit des heiligen Kollegiums und der Kirche nur vertieft und verbreitert würde", „daß ich an der ganzen Sache nicht weiter mitwirken könnte, wenn darauf bestanden werden sollte, den hochwürdigsten Episkopat zu der Protestbewegung einzuladen". Die beiden deutschen Kardinäle und die größte Anzahl der Bischöfe teilten meine Ansicht. Die Kardinäle von Köln und München sprachen dem Kaiser „im Namen des deutschen Episkopats ihre schmerzliche Entrüstung über dieses Buch" aus und kündigten Beschwerde beim Oberhaupt der Kirche an. Am 17. August 1915 wurde dies in der an den Papst gesandten Ergebenheitsadresse des deutschen Episkopats vorgebracht. Das Antwortschreiben aus dem Vatikan vom 6. September 1915 ermahnte alle Katholiken, daß sie „jede Zwietracht meiden und durch christliche Bruderliebe vereint zur Wiederherstellung eines Friedens, der sowohl den Forderungen der Gerechtigkeit wie auch der Würde der Völker entsprechen müsse", beitragen müßten, und sprach von dem „königlichen Weg, der in duldsamer und menschenfreundlicher Liebe

zum Frieden führt. Von diesem Weg würden weit abirren, die etwa glauben sollten, es sei ihnen erlaubt, die Handlungen der Katholiken eines anderen Volkes durch Wort und Schrift in einer Weise herabzusetzen, daß sie, wie der Apostel sagt ‚einander herausfordern, einander beneiden'". Infolge dieser Vorgänge wurde die Einigung erzielt, ein ständiger „Arbeitsausschuß deutscher Katholiken" auf breiter Basis konnte gebildet werden. Dieser Ausschuß hat in einer würdigen Denkschrift die französischen Anklagen zurückgewiesen und es bedauert, daß „selbst Kirchenfürsten diesen Angriffen so leidenschaftlichen Hasses, anders können wir es leider nicht bezeichnen, ihre Autorität geliehen haben. Wir legen feierlich Verwahrung dagegen ein, daß man es gewagt hat, unsere Krieger und unser ganzes Volk des Barbarismus anzuklagen. Wir sind Zeugen der sittlichen und religiösen Erhebung unseres Volkes". Der Ausschuß erklärte weiter, daß er im Gegensatz zu dem französischen Vorgehen davon abgesehen habe, „die deutschen Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe um ihre Beteiligung zu bitten, weil er der Meinung ist, daß das rein politische Ziel und die Art der Polemik über Katholizismus und Weltkrieg nicht mit der Würde und den Aufgaben des bischöflichen Hirtenamtes vereinbar ist." Professor Rosenberg konnte seine verdienstvolle Arbeit „Der deutsche Krieg und der Katholizismus" in kürzester Frist zu Ende führen. Das Buch fand im In- und Ausland eine recht gute Aufnahme. Es wurde in das Englische, Französische, Holländische, Italienische, Spanische und Portugiesische übersetzt. Besonderer Dank gebührt den deutschen Katholiken in den Vereinigten Staaten; der englischen Übersetzung des Buches sandten die bekanntesten deutsch-amerikanischen Katholiken, darunter zwölf Prälaten, ein Vorwort voraus, in welchem sie sich solidarisch erklärten mit den Katholiken Deutschlands. So prägten sie dem Abwehrbuch einen amerikanischen Charakter auf. Sämtliche deutsche Bundesfürsten sprachen dem Buche ihre Anerkennung aus. Der König von Bayern begrüßte es „mit aufrichtiger Genugtuung, daß die leidenschaftlichen, gehässigen französischen Angriffe in der Denkschrift deutscher Katholiken und in der Erwiderungsschrift des Herrn Professor Dr. Rosenberg mit so ruhiger Würde und eindrucksvoller Entschiedenheit eine eindringliche Abwehr gefunden haben". Die Organisation der französischen Katholiken und die von ihr geübte Fortsetzung des Kampfes machte eine ständige Organisation deutscher

Katholiken notwendig. Mitte Juli 1915 bildete sich ein geschäftsführender Ausschuß aus den Universitätsprofessoren Finke-Freiburg, Grauert-München, Schulte-Bonn, Prälat Mausbach-Münster (als Vorsitzender) und dem Verfasser dieses. Der Ausschuß hat sich durch Zuwahl von 40 hervorragenden Gelehrten zu einem „Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg“ erweitert. Neben ihm bestand das schon im September 1914 gebildete und später erweiterte große Aktionskomitee deutscher Katholiken. Vom Arbeitsausschuß gefördert wurde das katholische Standardwerk, „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg“, das in deutscher (15 000), englischer (30 000), portugiesischer (15 000), französischer (10 000), italienischer (6000), spanischer (10 000) und holländischer Sprache (6000) erschien. Besondere Verdienste um dieses Werk hat sich der Universitätsprofessor Pfeilschifter erworben. Als „katholisches Kriegsbuch“ bezeichnete Professor Troeltsch „die sehr ansehnliche und achtunggebietende Leistung“, als „glänzende, energische Abwehr des französischen Leidenschaftsausbruches“ und als die „in aller Katholizität zugleich sich aussprechende kerndeutsche Gesinnung und Art dieser unserer Volksgenossen. Das Buch ist ein nationaler Gewinn.“ Auch der Sozialdemokrat Pernerstorffer schrieb damals: „Es gereicht der katholischen Gelehrtenwelt zur höchsten Ehre, aber noch weit mehr ist zu loben, daß die Verfasser nicht einen Ton der Verbitterung von sich geben. Sie haben ihre Artikel wirklich im christlichen Geist der Versöhnlichkeit geschrieben, wenn auch mit ernster Entschiedenheit.“ Dieses Wort wird man dann verstehen, wenn man sich erinnert an ein Gebet aus einem französischen Kriegsgebetbuch, das mir aus dem Felde zugeschickt worden ist: (Livre de piété du soldat, par un aumônier militaire, Paris 1915, Librairie St. François, 4 Rue Cassette). Das Gebet befindet sich auf Seite 5 und 6 und heißt:

„Ayez pitié, Cœur sacré de Jésus, de l'habitant envahi que le barbare écrase, vole, massacre et brûle sans mercie, de l'enfant, du vieillard, de la femme, du blessé que l'ennemi mutile et fait mourir, du prêtre, du religieux, de la sœur que l'Allemand fusille.“

(Auf deutsch: Habe Mitleid, o heiligstes Herz Jesu, mit dem überfallenen Einwohner, den der Barbar ohne Gnade zermalmt, bestiehlt, mordet und verbrennt, mit dem Kinde, dem Greise, der Frau, dem Verwundeten, die der Feind verstümmelt und umbringt, mit dem Priester, dem Ordensmann, der Ordensschwester, die der Deutsche erschießt.)

Meine Antwort gab ich dadurch, daß ich auf Wunsch des Münchner Nuntius, Kardinal Frühwirth, die Anregung des Bischofs von La Rochelle, daß die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen französischen Seminaristen ihre theologischen Studien fortsetzen dürften, auf das wärmste unterstützte. Im Kriegsgefangenenlager bei Münster wurden zirka 60 französische Seminaristen vereint und denselben theologische Vorlesungen durch französische Seminar- und Ordensprofessoren gehalten.

Die Tätigkeit des Arbeitsausschusses gestaltete sich immer umfangreicher, sei es, daß er Arbeiten selbst in Angriff nahm, sei es, daß er solche anregte oder unterstützte. Ein höchst verdienstvolles Werk ist die „Sammlung katholischer Soldatenbriefe" von Professor Pfeilschifter. Aus 4000 mühsam gesammelten Briefen wurden 800 Nummern ausgewählt: 67 von Offizieren, 114 von akademisch gebildeten Mannschaften, 53 von Feldgeistlichen, 22 von Lehrern, 540 aus den breitesten Schichten des Volkes heraus. Der Verfasser schrieb mir, daß die Briefsammlung eine der „unangenehmsten und unruhigsten Arbeiten, die er überhaupt gemacht habe", darstelle. Aber sie hat sich als ein Spiegelbild des religiösen Lebens des deutschen Heeres glänzend gelohnt. Die Übersetzung in das Französische ermöglichte die Verbreitung im Westen und Osten. Das von Professor Krebs, Freiburg i. Br., verfaßte Werk „Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland" (deutsch und französisch) ist ein ehernes Dokument deutscher Nächstenliebe, die auch im Krieg lindernd auftrat. Auf meine Veranlassung verfaßte Professor Strucker die „Sammlung päpstlicher Aktenstücke zur Friedensfrage". Durch den Arbeitsausschuß wurde auch das zweibändige Werk „Deutschland und der Katholizismus" von Meinertz und Sacher nachdrücklich unterstützt.

Die „Katholischen Monatsbriefe" (erschienen von Dezember 1915 ab) wurden auf meine Veranlassung von dem Freiburger Universitätsprofessor Dr. Krebs herausgegeben zum Zweck, „den Vorwurf der Barbarei und des Immoralismus zurückzuweisen", und „den guten Namen und die freundschaftlichen Beziehungen mit ausländischen Glaubensbrüdern mit erhöhter Sorgfalt zu pflegen". Dem Verfasser und Herausgeber der „Katholischen Monatsbriefe" habe ich weitesten Spielraum gelassen, nur konnte ich dem wiederholten Wunsche nicht zustimmen, die Briefe auch im Inland zu verbreiten, und legte größten Wert auf Zurückhaltung

in der belgischen Frage. Die Briefe erfreuten sich großer Beliebtheit. Sie erschienen in einer Monatsauflage von über 30 000 Exemplaren, und zwar in sieben Sprachen. Die deutschen Katholiken in Amerika veranlaßten aus eigenem eine monatliche Auflage von 10 000 Stück. Wie wichtig dieses Propagandamittel namentlich für die gebildeten katholischen Kreise war, beweist der Umstand, daß in London durch „The british Catholic Information Society" unter der Redaktion des Jesuitenpaters Martindale gleichfalls katholische Monatsbriefe aus den Federn hochstehender britischer Geistlichen erschienen. Leider hat das Auswärtige Amt nach Abschluß des Waffenstillstandes diese verdienstvolle und Deutschland so nützliche Arbeit nicht fortgesetzt. Eine weitere beachtenswerte Kundgebung waren die „Katholischen Wochenbriefe", welche in erster Linie für Klöster und Kongregationen und für katholische Wochenschriften des Auslandes bestimmt waren und in Dr. Schnitzler einen sachkundigen Berater fanden. Der „Arbeitsausschuß deutscher Katholiken" sah es auch für seine Pflicht an, an internationalen Organisationen ähnlicher Art teilzunehmen. In der ersten Hälfte des Jahres 1917 trat in der Schweiz das Bestreben hervor, eine internationale Vereinigung für christliches Völkerrecht zu schaffen, welche den Gedanken des Verständigungsfriedens propagieren und die Notwendigkeit des Wiederaufbaus des Völkerrechts auf christlicher Grundlage fordern sollte. Auf meine Anregung ist am 3. November 1917 die deutsche Gruppe der „Vereinigung für christliches Völkerrecht" gegründet worden, welche ihren Generalsekretär in Professor Dr. Ebers in Köln fand. In Österreich, Spanien und selbst in Frankreich machten sich gar bald Bestrebungen in ähnlicher Richtung geltend. Die deutsche Gruppe gab eine Broschürensammlung „Das Völkerrecht" heraus, welche guten Anklang fand. Sie hatte auch sonst Gelegenheit, während des Krieges die Gedanken des Völkerrechts zu betonen. Anfang Februar 1918 wurde mir bekannt, daß das Kriegsministerium sämtliche kirchlichen Gegenstände, die aus den okkupierten Gebieten weggeschafft worden waren, den Regierungen der betreffenden Länder zur Verfügung stellen wolle. Ich ließ dem Kriegsministerium eine Denkschrift unterbreiten, welche, auf dem Boden des Völkerrechts ruhend, die weggeschafften Gegenstände dem geschädigten Eigentümer wieder zuzustellen forderte, also der betreffenden Kirchengemeinde; sei der Eigentümer nicht zu ermitteln, so sollen die Kirchengeräte als ein

Teil des Kirchenvermögens zunächst dem Diözesanbischof und dann dem Papst zur Verfügung gestellt werden; das Heimfallrecht an den Fiskus als Erben des herrenlosen Gutes könne aber nie in Betracht kommen. Die Frage fand im Waffenstillstandsvertrag ihren Abschluß durch Rückgabe an den Eigentümer.

Mein lebhaftestes Interesse wandte ich der „Internationalen Katholischen Union" zu. Die Behauptung jedoch, daß diese meine Gründung sei, ist falsch. Die erste Anregung dazu trat an hervorragende Schweizer Katholiken von einem Katholikenführer Italiens heran. Sie fand in Schweizer Kreisen freundliche Aufnahme und wurde von mir als ein Mittel zur Herbeiführung eines dauernden Weltfriedens nachdrücklichst unterstützt. Im Februar 1917 sollte der erste „katholisch-politisch-soziale Weltkongreß" in Zürich stattfinden. Auf Wunsch der Schweizer Herren übernahm ich die Einladung der Österreicher, Ungarn, Tschechen, Polen, Litauer und Holländer. Die Einladung der Italiener, Spanier und Franzosen ging von der Schweiz aus. Leider sagten die Holländer ab, während die Spanier infolge Reiseschwierigkeiten in letzter Stunde ausbleiben mußten. Der erste Kongreß fand im Februar 1917 in Zürich statt und nahm dank der eifrigen Arbeit der Schweizer Katholiken und des Präsidenten Ständerat Wirz einen äußerst befriedigenden Verlauf. Die Ergebenheitsadresse an den Heiligen Vater fand freundliche Erwiderung. Gleichzeitig erfolgte eine Aktion zur Linderung des Loses der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Leider blieb die Anregung an die Regierungen der kriegführenden Mächte, in den Ostertagen für würdige Pastoration der Kriegsgefangenen Sorge zu tragen, ohne Erfolg. Der deutschen Kriegsleitung wurde die „Internationale Katholische Union" in jenen Tagen als eine den deutschen Interessen nachteilige Organisation denunziert, so daß ich mich genötigt sah, in einer Denkschrift dieser Auffassung zu widersprechen. Bereits im November 1917 erging die Einladung zu einem zweiten Kongreß, wobei als Zweck bezeichnet wurde: „Fühlungnahme zwischen den politischen und sozialen Führern der Katholiken aller Länder und Einflußnahme auf die Friedensverhandlungen im Sinne der allgemeinen christlichen und katholischen Interessen, getreue Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Welt- und Gesellschaftsordnung" und „die Aufstellung gewisser einheitlicher politischer, sozialer und wirtschaftlicher Richtlinien ohne Beeinträchtigung der Aktionsfreiheit der

Katholiken der einzelnen Staaten". Als Organe der „Internationalen Katholischen Union" wurden bestellt ein Generalsekretariat in Zürich, ein leitender Ausschuß von fünf Mitgliedern, aus führenden katholischen Schweizern bestehend, und ein Zentralkomitee aus Vertretern aller Länder. Die zweite Konferenz Ende Januar 1918 erfreute sich eines ungemein zahlreichen Besuches aus Dänemark, Deutschland, Litauen, Österreich-Ungarn, Bosnien, Liechtenstein, Rußland, Tschechen, Schweiz. Die Union begrüßte in ihren Beschließungen die Friedensnote Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917, forderte für den Heiligen Stuhl „jene Freiheit und Unabhängigkeit, wie sie die Interessen der heiligen Kirche und der Menschheit verlangen", empfahl die „Zuziehung geeigneter kanonistischer Konsultoren zu den Friedensverhandlungen", empfahl die „Schaffung von Sektionen für den Wiederaufbau des Völkerrechts" und sprach den Wunsch „nach einem baldigen Zustandekommen eines internationalen Kongresses der katholischen und christlich-sozialen Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisationen" aus. Dieser Kongreß fand auch im Frühjahr 1918 in Luzern statt.

Aus meiner vielseitigen Propagandatätigkeit sei nur noch folgendes mitgeteilt. Die Frauenbewegung, auch die internationale, soweit es im Kriege möglich war, wurde von mir auf das lebhafteste unterstützt. Ein dankbares Propagandabuch war die monatliche Kriegschronik, welche ich in sieben Sprachen in einer Auflage von monatlich über 100 000 Stück erscheinen ließ. Sie enthielt im ersten Teil die wichtigsten Kriegsdokumente, dann ein Kalendarium über die Kriegsereignisse und im Anschluß daran interessante Kriegsschilderungen (Soldatenbriefe und ähnliches). Auch dieses Propagandabuch wurde bald nach seinem Erscheinen von England nachgeahmt.

Auf eine Unternehmung blicke ich als katholischer Politiker mit besonderer Genugtuung zurück. Es sind die „Evangelischen Wochenbriefe", welche auf meine Veranlassung der Berliner Theologieprofessor Geheimer Konsistorialrat Dr. Deißmann vom November 1914 ab erscheinen ließ, und zwar zum Zwecke, „die kirchlichen und theologischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu stärken". Das kirchliche protestantische Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika ist nicht offizieller amtlicher Art, aber es bestanden unendlich viele historische und persönliche Einzelbeziehungen, auch solche auf dem Gebiet des Missionswesens. Noch

enger waren die theologisch-wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Professor Deißmann hat die Auswahl der Adressaten mit großem Geschick vollzogen. Er wandte sich fast durchweg nur an seine früheren Schüler, befreundete und bekannte Institute und hervorragende Einzelpersonen. Mit 300 Adressaten anfangend, hat sich der Kreis derselben von Woche zu Woche vergrößert. Der Inhalt der Briefe wurde bewußt eingestellt auf amerikanische Interessen. „Schilderungen der seelischen Gesamtstimmung Deutschlands wechselten mit Darbietungen von religiös-kirchlichen Einzelbildern." Die Armenierfrage wurde wiederholt eingehend behandelt, zahlreiche Anfragen von Adressaten beantwortet. Professor Deißmann konnte mit der Aufnahme seiner verdienstvollen Arbeit sehr zufrieden sein. Der Generalsekretär des „Federal Council of the Churches of Christ in America", das 30 evangelische Kirchenkörper mit 125 000 Gemeinden umschließt, unterhielt enge Beziehungen zu dem Herausgeber der „Evangelischen Wochenbriefe". Die ganze kirchlich-theologische Verständigungsarbeit wurde dann durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg und die Unmöglichkeit, regelmäßige Sendungen nach den Vereinigten Staaten gelangen zu lassen, unterbrochen. Die zweite Folge der „Evangelischen Wochenbriefe" wurde deshalb für die nordischen Staaten und die Schweiz herausgegeben sowie für die Feldprediger an der Front. Dieses Wirken fand Anerkennung. Der „Basler Kirchenfreund" schrieb am 1. Oktober 1918:

> „Deißmann hat nicht nur in seinem Vaterland, sondern auch in neutralen Ländern in steigendem Maße Anerkennung und Zustimmung gefunden. Und mit Recht. Die Wochenbriefe sind in einem so ökumenischen, wahrhaft versöhnenden Geiste geschrieben, daß sie tatsächlich ein Kristallisierungspunkt der Friedens- und Verständigungsbestrebungen wurden, welchem kein anderes derartiges Unternehmen an die Seite gestellt werden kann."

Bei den zahlreichen Besprechungen, die ich mit dem Herausgeber der „Evangelischen Wochenbriefe" hatte, lernte ich diesen edlen Mann sehr schätzen. Wir beide haben während des Krieges daran gearbeitet, um konfessionelle Auseinandersetzungen in beiden Lagern tunlichst zu vermeiden. Am 1. März 1917 konnte ich Geheimrat Deißmann schreiben:

> „Die Aussprache im Abgeordnetenhaus über die Reformationsfeier ist eine recht erfreuliche Tat. Ich habe dafür Sorge getragen, daß in der katholischen Presse alles unterbleibt, was irgendwie zu einer Entzweiung der Konfessionen aus Anlaß des Reformations-

jubiläums führen dürfte, und bin fest überzeugt, daß alle ernst denkenden Kreise ebenso denken wie ich, worin mich der Aufruf des evangelischen Oberkirchenrats bestärkt."

Ich konnte diese Erklärung um so eher geben, als mir bereits Anfang 1916 aus dem Vatikan mitgeteilt wurde, daß Seine Heiligkeit erklärt habe, das Lutherjubiläum dürfe nicht „von Katholiken durch aufreizende Artikel gestört werden. Erst wenn gegen die Katholiken in beleidigender Form Eingriffe erfolgen würden, dürften diese ihre Stimme zur Abwehr erheben."

Einen internationalen Journalisten von eigenem Kaliber gewann ich Ende 1915 für den deutschen Aufklärungsdienst. Elsässer von Geburt, war er über dreißig Jahre Pressevertreter in Frankreich und England, spielte eine große Rolle in der Boulanger-Angelegenheit, in der Dreyfuß-Affäre und war in den maßgebenden Kreisen Frankreichs gut bekannt. Sein Vorschlag, die viersprachige „Correspondance politique de l'Europe centrale" herauszugeben, fand bei mir Billigung. In glänzendem Stil und stark beachtet von feindlichen Auslandspolitikern vertrat dieselbe die deutschen Interessen aufs beste, wobei es gelang, Herausgeber und Redakteur geheim zu halten. Anfang 1917 ließ ich unter seiner Redaktion die Wochenschriften „La Paix" und später „La Pace" erscheinen. Sie sollten der Aufklärung unter den französischen und italienischen Kriegsgefangenen dienen und ein Organ darstellen, das die Möglichkeit gab, während der Friedensverhandlungen und vorher die deutschen Interessen in französischer Sprache zu vertreten. Der Titel der Zeitschriften schien den deutschen Militärs nicht gefallen zu haben; denn es wurde die Verbreitung der Zeitschriften in Deutschland verboten, ebenso auf dem Balkan, obwohl dort gerade die Intelligenz vielfach nur der französischen Sprache mächtig ist.

Nicht eingehen will ich an dieser Stelle auf die vielen unerhörten schmählichen Angriffe, die gegen mich wegen meiner Propagandatätigkeit aus deutschen Kreisen heraus erhoben wurden. Meine Tätigkeit wurde von dem parlamentarischen Führer der Alldeutschen, Graf Westarp, sogar zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag (Juni 1918) gemacht; dies hat die Freunde Deutschlands im Auslande stark erregt und beunruhigt, wie mir zahlreiche Briefe bekundeten. Meine Verschwiegenheit sicherte sie vor Unannehmlichkeiten. Nach alldeutschem Rezept konnte keine Propaganda im Ausland getrieben werden. Die Summe, die ich für die Propa-

ganda verwendete, betrug nicht einmal ein Dutzend Millionen Mark; mit dieser kleinen Summe ist vieles geleistet worden. Der Reichskanzler schrieb mir (4. September 1915):

> „Ihre Arbeit auf dem Gebiet der Propaganda und des Nachrichtenwesens hat gute Früchte gezeitigt. Das Bewußtsein, dem Reich damit einen wertvollen Dienst geleistet zu haben, darf Sie mit innerer Befriedigung erfüllen und sichert Ihnen den Anspruch auf den Dank des Vaterlandes."

Für Deutschland im Weltkrieg Propaganda zu treiben, war das undankbarste Amt, das einem Deutschen zufallen konnte. Mit diesem Gedanken schloß ich meine Tätigkeit im Hochsommer 1918 ab, ohne zu ahnen, daß noch einige undankbarere Ämter mir in kürzester Frist auferlegt werden würden.

2. Kapitel

Vor Italiens Eintritt in den Weltkrieg

Im ersten Kriegsmonat war die deutsche Politik gegenüber Italien recht schwankend. Italiens Verpflichtung, an der Seite der Mittelmächte zu kämpfen, wurde in manchen selbst maßgebenden Kreisen als nicht gegeben angesehen. Die nach Kriegsausbruch von Italien ausgehenden Anregungen, auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrages einen Ausgleich mit Österreich-Ungarn wegen dessen angestrebter Machterweiterung auf dem Balkan herbeizuführen, fanden in Berlin eine kühle Aufnahme, so lange das deutsche Heer seinen Siegeszug durch Belgien und Nordfrankreich fortsetzte. Nach der Marneschlacht wurde allerdings eine andere Melodie angeschlagen. Die Schuld für das Nichtaufmarschieren Italiens an deutscher Seite wurde immer lebhafter unserem römischen Botschafter von Flotow zugeschrieben, namentlich nachdem bekannt wurde, daß dieser während der kritischen Juli- und Augusttage, wo es sich entschied, daß Frankreich an der italienischen Grenze nur ein kleines Heer von zirka 35 000 Mann stehen ließ und durch die Heranziehung der Alpentruppen wesentlich den Ausgang der Marneschlacht beeinflussen konnte, nicht einmal in Rom geweilt hatte wie der französische, englische und russische Botschafter, sondern in einem bei Rom gelegenen Badeort. Immer

lauter erhob sich der Ruf, daß der mit dem Staatssekretär von Jagow eng befreundete Botschafter von Flotow seinen Posten verlassen müsse und der frühere Reichskanzler Fürst von Bülow in außerordentlicher Mission nach Rom zu entsenden sei. Ich selbst trat trotz des aus dem Jahre 1906 stammenden Konflikts mit dem damaligen Reichskanzler mit aller Entschiedenheit für die Entsendung des Fürsten ein in der Überzeugung, daß er für Italien die einzige geeignete deutsche Persönlichkeit sei, um dessen Neutralität, wenn auch unter Opfern, zu ermöglichen. Seine auf alten und aufrichtigen Sympathien für Italien beruhenden Beziehungen zu diesem schönen Land, das die Heimat seiner durch Kultur und Grazie ausgezeichneten Gemahlin ist, wo er schon als Attaché und später als Botschafter geweilt hatte und in dem er sich nach seinem Rücktritt, seiner eigenen Neigung folgend, niedergelassen hatte, waren günstige Voraussetzungen. Mit dem Fürsten selbst habe ich mich im Herbst 1914 wiederholt über die politische Gesamtlage unterhalten; dabei kamen wir auch auf den früheren Konflikt zwischen ihm und dem Zentrum zu sprechen. Seine Stellungnahme gegenüber meiner Partei präzisierte er schon damals so, wie er sie später aus Anlaß der Übersendung seines Buches über die „Deutsche Politik" im Juni 1916 niederlegte:

> „Zwischen Ihrer Partei und mir haben in der Vergangenheit in einzelnen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden. Ich habe diese Differenzen in meinem Buch in einer Weise behandelt, die berechtigte Empfindungen nicht verletzen kann. Während meiner ganzen Amtszeit habe ich die volle Parität beider christlichen Konfessionen auch in der Praxis als einen fundamentalen Satz meiner innerpolitischen Tätigkeit betrachtet und sehe nach den Erfahrungen des Krieges in dieser Parität mehr denn je die Vorbedingung für eine glückliche Zukunft unseres deutschen Volkes. Daß wir uns in dieser Auffassung und in gemeinsamer Tätigkeit für das Vaterland persönlich näher getreten sind, ist mir eine große Freude."

Ich gewann die Überzeugung, daß die Gesamtauffassung des Fürsten über die weltpolitische Lage es zur vaterländischen Pflicht mache, für die Entsendung des früheren Reichskanzlers nach Rom einzutreten. Das Haupthindernis lag jedoch in der Berliner Wilhelmstraße, wo man fürchtete, daß der Fürst auf dem Umweg über Rom den Einzug in das Reichskanzlerpalais halten könnte. Diese Befürchtung ist von maßgebenden Kreisen mir gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Noch in den letzten Novembertagen 1914 wurde von Staatssekretär von Jagow die Entsendung des

Fürsten als ganz unmöglich bezeichnet, bis dann plötzlich eine Wendung eintrat und Fürst Bülow gebeten wurde, die undankbare Aufgabe in Rom zu übernehmen. Aber auch von da ab hat man die mühevolle Tätigkeit des Fürsten nicht mit dem Maß der Gerechtigkeit behandelt, das die Sache gebot. Die ersten Berichte des Fürsten aus Rom konnten nicht günstig lauten. Sofort verbreitete man von der Wilhelmstraße aus die Version: „Fürst Bülow malt außerordentlich düster; man sieht, wie er Meister der Regie ist. Geht es dann später gut, so wird der Fürst sagen, daß trotz der schlechten Aussichten ihm das schwere Werk gelungen sei. Geht es schlecht, so wird der Fürst erklären, man habe ihn zu spät nach Italien entsandt." — Ich habe in dieses widerliche Intrigenspiel tief hineingeschaut, großen inneren Ekel darüber empfunden und ihn auch oft geäußert; denn ich konnte es nicht verstehen, daß man in solch ernster Zeit eine hervorragende Persönlichkeit an einen äußerst gefährdeten Posten stellt und daß man dann den Berichten des Beauftragten nicht vollen Glauben schenkt und nicht danach handelt. Jedes noch so törichte Geschwätz unterirdischer Agenten, die italienische Regierung werde nie den Mut zum Losschlagen finden, wurde gegenüber den ernsten und wahrheitsgemäßen Berichten des Fürsten ausgespielt, um daraufhin nichts unternehmen zu müssen. So befand sich die Berliner Politik in steter Pendelbewegung, statt die Zeit auszunützen. Ich durfte durch meine später zu erwähnende Reise nach Rom mit dazu beitragen, daß dem schlimmsten Hin und Her ein Ende gemacht wurde und dann, wenn auch recht langsam und zögernd, doch eine geradere Politik getrieben worden ist; denn ich konnte und mußte in allem die Richtigkeit der Bülowschen Schilderungen bestätigen.

Fürst Bülow traf in Rom eine wenig erfreuliche Lage an. Am 24. Dezember schrieb er mir aus der Villa Malta:

> „Ich habe die Situation hier noch schlimmer gefunden, als ich trotz aller pessimistischen Nachrichten angenommen hatte. Ich hätte nicht geglaubt, daß wir in wenigen Monaten so viel Terrain verlieren könnten, nicht allein in der römischen Gesellschaft, sondern auch in den breiten Schichten der Bevölkerung ... Auch eifrige Bemühungen von meiner Seite werden das Schlimmste nicht abwenden können, wenn Österreich nicht Verständnis für die Lage zeigt und in solcher Einsicht hervorragende, geschickte Politik macht."

Tatsächlich gelang es dem Fürsten, nicht nur eine Verschlimmerung der Lage zuungunsten Deutschlands hintanzuhalten, sondern auch eine gewisse Besserung herbeizuführen. Ein weltbekannter

französischer geistlicher Historiker äußerte damals, daß es der Fürst erreicht habe, geistig und gesellschaftlich hochstehende Kreise Roms wieder freundlicher für Deutschland zu stimmen.

Die Politik des Altreichskanzlers war auf einen Ausgleich Italiens mit der Donaumonarchie und auf eine weitsichtige Verlängerung und Erneuerung des Dreibundvertrages und damit auf die Abkürzung des Krieges gerichtet. Er hätte auch vollen und dauernden Erfolg erlangen können, wenn man in Berlin und Wien mit derselben Klarheit und Energie gearbeitet hätte, wie es in Rom geschehen ist. Aber daran fehlte es. Zahlreiche Einladungen und Gesuche aus mir bekannten italienischen und deutschen Kreisen in Rom veranlaßten mich, Anfang Februar 1915 auf mehrere Wochen dorthin zu reisen. Über meine Beobachtungen habe ich dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg einen längeren schriftlichen Bericht unterbreitet, aus dem hier mitgeteilt sei:

> „Ich hatte in Rom Gelegenheit, mit allen Kreisen direkt und indirekt in Fühlung zu treten und die Ansichten derselben zu hören. Das übereinstimmende Urteil — von dem österreichischen Botschafter abgesehen — geht dahin: Italien wird unabwendbar in den Krieg hineingetrieben werden, wenn nicht bald eine Verständigung mit Österreich herbeigeführt wird. Die unbedingte Neutralität Italiens ohne Konzessionen von Österreich ist beim besten Willen der Regierung nicht zu halten. Dieses übereinstimmende Urteil Italiens scheint mir so fest begründet, daß eine Änderung in dieser Auffassung nicht eintreten kann."

Ein deutschfreundlicher italienischer Deputierter bemühte sich seit Kriegsausbruch unermüdlich, den Konflikt zu vermeiden. Ich fand in seinem Hause liebevolle Aufnahme. Mit wahrer Begeisterung zeigte er mir den Schreibtisch, an welchem Bismarck und Crispi den ersten Dreibundsvertrag unterzeichnet hatten; er teilte mir als Auffassung des Ministers Baron Sonnino mit, die österreichische Politik ziele darauf ab, Italien an der Nase herumzuführen. Seit drei Monaten würden die Verhandlungen auf die lange Bank geschoben; der österreichische Botschafter in Rom, Baron Macchio, vermeide es, die Kernfrage anzuschneiden. Sonnino habe bestimmte Nachrichten aus Wien, wonach dort nicht die geringste Neigung bestehe, auf irgendwelche ernsthafte Verhandlungen einzugehen. Der österreichische Außenminister Baron Burian sei bestrebt, die italienischen Ansprüche zunächst auf ein Minimum herabzudrücken, um dann im entscheidenden Moment gar nichts zu geben. Sonnino habe diese unaufrichtige Politik des Hinhaltens endgültig satt und

werde auf weitere Verhandlungen mit Österreich nur dann eingehen, wenn Österreich seine Bereitwilligkeit hierzu unter Berücksichtigung der italienischen Wünsche selbst zu erkennen gebe. Von Fürst Bülows „optima fide" sei der Minister vollkommen überzeugt, aber ohne ein Entgegenkommen österreichischerseits könne er sich auf nichts einlassen. Mein Gewährsmann teilte mir noch mit, daß er die Abtretung des Trentino und die Zusage einer absolut loyalen Behandlung der unter österreichischer Herrschaft verbleibenden Italiener in Triest und den adriatischen Küstenstrichen als eine ausreichende Konzession ansehe.

Der türkische Botschafter in Rom faßte seine Absicht dahin zusammen, daß ohne eine friedliche Verständigung zwischen Österreich und Italien der Krieg unabwendbar sei, da keine Regierung, sei es die von Salandra oder von Giolitti, sich dann halten könne.

Der frühere bulgarische Minister Ghenadiew, mit dem ich in Rom eingehend sprach, hielt es für ausgeschlossen, daß Bulgarien auf der Seite der Zentralmächte kämpfen würde, falls nicht zuvor eine Verständigung zwischen Italien und Österreich erfolgt sei; jedenfalls werde er, der in außerordentlicher Mission die europäischen Hauptstädte bereise, in diesem Sinne nach Sofia berichten. Wie sich in dem später gegen ihn geführten politischen Prozeß herausstellte, ist dies tatsächlich auch geschehen. Ghenadiew bestätigt in seinem an den bulgarischen Ministerpräsidenten gerichteten Bericht zunächst die schlechte öffentliche Meinung gegen die Zentralmächte; „Österreichs Schwanken ist von der französischen Diplomatie weidlich ausgenützt worden. Allgemein ist das Volk gegen den Krieg und die Politiker sind um die Kriegsfolgen sehr besorgt. Die Regierung wird die Krise ohne territorialen Zuwachs keineswegs bestehen."

Von der allgemeinen Auffassung wich nur die des österreichischen Botschafters Baron Macchio ab, der mir gegenüber die Überzeugung vertrat, daß die italienische Regierung die Neutralität ohne jede Konzession Österreichs durchhalten könne, wenn sie es nur ernstlich wolle; durch die günstige Entwicklung der militärischen Lage im Osten würden genügend Truppen frei, um Italien im Schach zu halten; Österreich sei nur zu wirtschaftlichen Konzessionen bereit; die italienischen Interessen lägen nicht im Trentino, sondern im Mittelmeer. Er bestätigte mir jedoch meine Auffassung, daß die nächsten zwei Monate die entscheidenden seien, aber man müsse ver-

suchen, Italien hinzuhalten. Wie dies geschehen könne, sagte er allerdings nicht.

Auf Grund dieser allseitigen Informationen kam ich zu folgenden Vorschlägen an die deutsche Regierung:

1. Eine Verständigung zwischen Österreich und Italien muß unter Deutschlands Führung und Garantie unter allen Umständen schnellstens herbeigeführt werden.

2. Die Widerstände in Wien können überwunden werden, zumal begründete Hoffnung besteht, daß der Heilige Stuhl seinen Einfluß im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens geltend machen wird.

3. Als Gegengabe für die an Italien zu gewährenden Konzessionen sollte Deutschland an Österreich die Regulierung der Elbe ohne Schiffahrtsabgaben und die Überlassung des Sosnowicer Kohlengebiets, enteignet von den bisherigen Besitzern, geben.

4. Die Befürchtung, daß durch einen zu starken Druck von Deutschland aus Wien einen Separatfrieden mit Rußland schließen könnte, darf als hinfällig bezeichnet werden.

Der preußische Gesandte am Vatikan, Herr von Mühlberg, schrieb mir am 9. März 1915: „Den schweren Stein ins Rollen gebracht zu haben, dafür gebührt Ihnen allein das Verdienst." Fürst Bülow urteilte am 27. März 1915 ähnlich dahin:

> „Daß Sie, nachdem Sie in voller Unabhängigkeit und mit absoluter Unbefangenheit die Sonde angelegt hatten, zu denselben Resultaten kamen wie ich, ist mir eine Genugtuung. Indem Sie Ihre Eindrücke in Berlin mit gewohnter Unerschrockenheit zur Geltung brachten, haben Sie sich ein großes Verdienst um unser Vaterland erworben. Bei dem Mißtrauen, das durch die mehrmonatige österreichische Verschleppungspolitik hier hervorgerufen worden war ... hat die Forderung der *sofortigen Übergabe* des Trentino nach dem Abschluß des Vertrags ein neues schweres Hindernis geschaffen."

Meine mündliche und schriftliche Berichterstattung aus Rom sowie namentlich eine daran anschließende Unterredung mit dem Deutschen Kaiser hatte die Wirkung, daß nunmehr Berlins Schwanken aufhörte und man mit allem Nachdruck in Wien forderte, daß die Verständigung mit Italien mit größter Beschleunigung herbeizuführen sei. Manches Hindernis mußte noch beseitigt werden.

In *Wien* waren Hauptgegner der Abtretung des Trentino die nächste Umgebung des alten Kaisers, Graf Tisza und auch maßgebende Führer der christlich-sozialen Partei. Den Verständigungsversuchen, die von einer sehr hohen Stelle an den Kaiser von Öster-

reich selbst gerichtet wurden, wich der Monarch aus mit den Worten, daß eine Abtretung des Trentino den Selbstmord Österreichs bedeuten würde. Mir wurde die Aufgabe übertragen, die widerstrebenden Elemente in der christlich-sozialen Partei zu gewinnen. Der frühere österreichische Minister Geßmann und Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein erkannten den Ernst der Situation für den Bestand der Doppelmonarchie sofort und setzten ihren ganzen Einfluß im Sinne eines Ausgleichs ein. Mit Erfolg. Die von mir vorgeschlagene deutsche Gegenleistung brachte in Wien das Eis zum brechen. Wien sprach die Geneigtheit aus, mit Italien in Verhandlungen einzutreten. Diese neue Wendung der Dinge machte in Rom guten Eindruck und hat die drohende Kriegsgefahr zunächst beschworen. Aber Italien rüstete weiter. Ein gewandter junger deutscher Diplomat schrieb mir Mitte März 1915 aus Rom:

> „Worauf es jetzt in erster Linie ankommt, ist, daß rasch und ohne zu viel Winkelzüge in einer der italienischen Mentalität zugänglichen Art verhandelt und abgeschlossen wird. Berlin muß in Wien unbedingt auf den sofortigen Beginn der Verhandlungen und auf glatte und schleunige Erledigung derselben drängen."

Ich meinerseits drängte beim Reichskanzler ununterbrochen, „daß Wien nunmehr raschestens zu einem Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen kommt, Verzögerung und Verschleppung schadet nur". Leider schenkte man dieser begründeten Forderung sowohl in Berlin wie in Wien zu wenig Gehör. Man begnügte sich in Berlin mit der Freude über das prinzipielle Zugeständnis in Wien, und manche Wiener Kreise glaubten das prinzipielle Zugeständnis durch langsames Handeln wieder illusorisch machen zu können.

Auf dringendes Ersuchen meiner römischen Freunde fuhr ich daher in der Karwoche 1915 zum zweitenmal nach Rom, um erneute Rücksprache zu pflegen. Die Aussprache ergab ein absolut einheitliches Bild dahin: „Italien verlangt von Österreich ein Entgegenkommen, das über die erste Offerte hinausgeht; Italien wird viel größere Gegenforderungen stellen, wird aber dann zufrieden sein, wenn auf einer mittleren Linie eine Verständigung ohne Krieg herbeigeführt wird." Während manche Kreise die Lage noch zuversichtlich ansahen, beurteilte sie ein mir befreundeter hochstehender Ordensmann schon recht pessimistisch: Die italienische Freimaurerei stelle den Haß gegen das katholische Österreich höher als die Erreichung aller nationalen Ziele im Trentino. Ein namhafter Deputierter präzisierte seine Auffassung dahin, daß die Regierung den

Krieg nicht wolle; dem kriegslüsternen Grafen Cadorna habe die Regierung den mäßigen General Porro als Stellvertreter beigegeben; Sonnino sei allerdings zurückhaltender denn je. Am Osterdienstag hatte ich eine längere Unterredung mit dem Minister des Äußern, Baron Sonnino, dem ich die deutschen Bemühungen für eine Verständigung eingehend schilderte und erklären konnte, daß Deutschland vollständig bereit sei, die Garantie für den Vollzug etwaiger Abmachungen zwischen Rom und Wien zu übernehmen. Der Baron führte darauf aus, es sei eine absolute Notwendigkeit, das Verhältnis Österreichs zu Italien auf das Niveau derselben herzlichen Freundschaft zu heben, wie sie zwischen Deutschland und Italien bestünde; es müsse ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zwischen Österreich und Italien geschaffen werden, sonst verlohne sich die ganze Mühe überhaupt nicht. Meiner Meinung, daß rasch abgeschlossen werden müsse, schloß er sich mit dem Hinweis darauf an, er habe schon vor Monaten zum Fürsten Bülow gesagt: „Bis dat, qui cito dat“ — eine Bemerkung, die ich mit: „Bis accipit, qui cito accipit“ quittierte —; Salandra werde heute abend zurückkehren und er werde mit ihm alsbald die Einzelheiten der italienischen Gegenvorschläge festlegen. Die Wendungen, die Sonnino in diesem Zusammenhang gebrauchte, ließen keinen Zweifel darüber, daß die derzeitigen Vorschläge seitens der österreichischen Regierung nicht genügten. Wie Sonnino sich äußerte, glaubte er noch Ende dieser Woche seine Gegenvorschläge in Wien unterbreiten zu können, wobei er einfließen ließ, es trage nicht gerade zur Beschleunigung der Verhandlungen bei, daß Baron Burian darauf bestehe, daß sie in Wien geführt würden. Aus den Unterredungen mit Baron Sonnino konnte ich den Eindruck wiedergeben, daß derselbe gegenüber der Entente noch nicht gebunden, wohl aber recht mißgestimmt war über die Art und Weise, wie Wien verhandelte.

Von Rom fuhr ich direkt nach Wien, um dort mit den maßgebenden Kreisen über die Notwendigkeit raschen Handelns mich zu besprechen und auch für die sicher ausstehenden italienischen Mehrforderungen den Boden zu bereiten. Wien sollte dann mit einem neuen Vorschlag heraustreten, der eine Anzahl vom österreichischen Standpunkt aus annehmbare Bedingungen akzeptiere, unerfüllbare aber zurückweise. Prinz Liechtenstein begab sich im Auftrag der christlich-sozialen Partei zum österreichischen Außenminister Baron

Burian, um diesem zu sagen, daß seine Partei, wenn auch schweren Herzens, zu weiteren Konzessionen bereit sei und einen Bruch mit Italien verhindert wissen wolle. Das Haus Parma war zunächst etwas verstimmt gegen Deutschland, weil der Druck von Berlin zu stark gewesen sei. Nach meiner Aufklärung aber gaben gerade die Mitglieder dieses Hauses, einschließlich der späteren Kaiserin Zita, der Überzeugung von der Notwendigkeit einer raschen Verständigung mit Italien Ausdruck. Damals bildete sich in Wien unter tatkräftiger Förderung gewisser Berliner Kreise die Legende, als ob Fürst von Bülow ein Feind Österreichs sei, und es allein auf sein Verhalten zurückzuführen sei, daß Italien überhaupt Kompensationen fordere. Meinen Bericht an den Reichskanzler konnte ich mit den Worten schließen:

> „Ich glaube sagen zu dürfen, daß durch meinen Besuch in Wien erreicht worden ist, daß die weitergehenden Forderungen Italiens nicht mit einem glatten Nein und einem Abbruch der Verhandlungen beantwortet werden."

Trotzdem gingen die Verhandlungen recht langsam vom Fleck. Die österreichische Note an Italien wurde ungeschickt redigiert. Man stellte die Ablehnungen an die Spitze und erwähnte das neue Entgegenkommen in einem kurzen Satz. Die Bemühungen Seiner Heiligkeit zur Erhaltung des Friedens ermutigten mich, an geeigneter Stelle die Bitte niederzulegen, es möchte darauf hingewirkt werden,

> „daß die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern in freundlichem Ton weitergeführt werden; dann könne Berlin sich dafür stark machen, daß die Verhandlungen zum friedlichen Abschluß kommen. Sollte aber wider Erwarten Italien losschlagen, so wäre der Zeitpunkt gekommen, in dem Seine Heiligkeit eine Aufforderung an sämtliche kriegführende Mächte richten könnte, einen kurzen Waffenstillstand zu schließen, um Zeit zu neuen Verhandlungen zu gewinnen. Deutschland und Österreich würden einen solchen Vorschlag des Papstes kaum ablehnen."

Da die Verhandlungen in Wien sich trotz vielseitigen Drängens nur im Schneckentempo bewegten, setzte nunmehr die Entente in Rom mit konkreten Gegenvorschlägen ein. Tittoni überbrachte in der zweiten Hälfte des April dieselben nach Rom, worüber mir von dort gemeldet wurde:

> „Diese für Italiens Einbildungskraft verlockenden Offerten haben hier Eindruck gemacht und befreunden selbst bisher friedliebende Kreise, den König nicht ausgenommen, mit dem Gedanken des Krieges gegen uns. Soll daher Italien nicht zur Entente abschwenken, so muß Wien nachgeben."

Der preußische Gesandte am Vatikan schrieb mir am 19. April 1915:

> „Unsere Sorge ist der Aufmarsch der italienischen Truppen an der Nordgrenze, der so gut wie beendet ist. Da dort oben einige unternehmungslustige Generale sich befinden, so besteht nach Äußerungen von Fachleuten die Gefahr, daß bei dem geringsten Anstoß die Gewehre von selbst losgehen. Die Regierung fürchtet sich vor einer Revolution, der mit Waffengewalt entgegenzutreten sie zu schwach ist. Diese Furcht ist bedenklich, weil sie die Regierung leicht dazu verführen kann, auf ihren exorbitanten Forderungen zu bestehen und den Ausweg aus inneren Unruhen in einem Kriege zu suchen."

Gleichzeitig kam an mich die dringende Aufforderung, auch vom Fürsten Bülow, sofort nach Rom zu reisen. Am 1. Mai 1915 trat ich die Reise an. Die Eindrücke während derselben, während des Aufenthaltes in Rom und in den Besprechungen mit Politikern und anderen maßgebenden Persönlichkeiten ließen klar erkennen, daß Italien zum Krieg trieb. Trotzdem wurde alles noch versucht, um wenigstens den Kriegsausbruch zu verschieben. Der deutsche Generalstab hatte dringendst gebeten, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß nicht vor dem 11. Mai der Krieg erklärt würde. Als die letzten Ursachen, die zum Krieg führten, bezeichnete ich in einem Bericht an den Reichskanzler unter anderem:

1. Den Willen des Königs; denn ohne Entschluß des Königs wäre Italien nie in den Krieg getreten. Der König erklärte mehreren Parlamentariern, daß er den Krieg führen müsse, weil sonst eine Revolution ausbreche und er den Thron verlieren würde. Ein siegreicher Krieg eröffne aber die Möglichkeit, das Haus Savoyen in Italien zu befestigen.

2. Die jahrelange Minierarbeit der Freimaurerei gegen das katholische Österreich und den Obrigkeitsstaat Deutschland.

3. Die zu langsam und zu spät gewährten Konzessionen Österreichs und die Art und Weise, wie der österreichische Botschafter in Rom die Verhandlungen führte.

Die Zeitumstände gestatten noch nicht, den Wortlaut meines sehr umfangreichen, den amtlichen Stellen unterbreiteten Berichts, der Tagebuchform hat, zu veröffentlichen. Darum mögen die Leser sich mit folgendem Auszug begnügen.

Sonntag, 2. Mai, Depesche an maßgebende Wiener Kreise: „Die Sache steht auf des Messers Schneide. Annahme des Wiener Ministeriums, daß hier Ministerkrise bevorstehe, irrig. Aber auch

wenn zutreffend, ändert sich Gefahr der Stunde nicht. Cadorna will den Krieg. Er hält Auseinanderfall Österreichs für unabwendbar und will Italien rechtzeitig in der Adria einen Stützpunkt gegen die Slawenwelle sichern. Italien ist zum Krieg fix und fertig. Unser gemeinsames Schicksal, die Zukunft der Dynastie Habsburg, der Ausgang des ganzen Krieges hängt von dem Entschluß ab, Italien durch Gewährung seiner Forderungen ruhig zu halten. Wie die Sachen hier liegen, ist keine Stunde zu verlieren." Ich schloß daran die Bitte, in Wien das Erforderliche zu veranlassen.

Montag, den 3. Mai. Ich erfahre, daß die lebhafte und ernste Befürchtung bestehe, daß Minister Sonnino bereits mit der Entente abgeschlossen habe oder unmittelbar vor dem Abschluß stehe; es ist die allerhöchste Zeit, daß Österreich einen erfolgreichen Gegenzug macht. Ich hatte daraufhin eine eingehende Besprechung mit Minister Baron Sonnino, der betonte, daß es sich für Italien nicht lediglich um territorialen Gewinn, sondern um die Sicherung nationaler Interessen und die Stellung der Monarchie handle, welche die Wurzeln ihrer Kraft aus dem nationalen Gedanken ziehe; sie dürfe daher in nationalen Fragen nichts versäumen, wenn sie sich nicht mit dem Volksempfinden in Widerspruch stellen wolle. Wien verhandle seit sechs Monaten mit ihm; Berlin und Fürst Bülow hätten alles für eine Verständigung getan. Es sei aber wiederholt vorgekommen, daß die direkten amtlichen Erklärungen, die Wien in Rom abgegeben habe, auch nicht annähernd dem entsprochen hätten, was ihm von Berlin aus als erreicht und gesichert bezeichnet worden sei. Berlin möge seinen ganzen Einfluß in Wien aufbieten, damit man dort ohne Umschweife klipp und klar schleunig entgegenkomme. Eine rasche und glatte Erledigung sei absolut geboten. Ich richtete darauf an den Reichskanzler folgende Depesche: „Für uns kann und darf es kein Zaudern und kein Schwanken geben. Wir müssen Österreich mit Bestimmtheit und, wenn dies nicht genügt, mit Rücksichtslosigkeit binnen drei Tagen zum Nachgeben zwingen. Anderenfalls ist unsere Sache hier aufzugeben." — Die für den Krieg tätige Freimaurerei wollte die friedliche Auseinandersetzung mit Wien vereiteln. Nach einem gemeinsamen Beschluß der beiden Großoriente Rom und Paris sollte die bevorstehende Garibaldifeier zu einer derart exzessiven Kundgebung gegen die Zentralmächte ausgestaltet werden, daß dadurch

ein politischer Zwischenfall heraufbeschworen werden sollte. Merkwürdig war der Umstand, daß der König und die Minister, die ihren Besuch für die Feier bereits in Aussicht gestellt hatten, noch in letzter Stunde absagten. Es dürfte dies wohl auf die Befürchtung zurückzuführen sein, daß in manchen Kreisen des Volkes nicht geringe Unruhe entstünde, wenn bekannt würde, daß die unter dem Patronat der Freimaurerei stehende Kundgebung ein Schritt auf dem Wege zum Krieg geworden sei. An diesem Tag stellte sich der österreichische Botschafter in Rom endlich vorbehaltlos auf den von mir seit Februar vertretenen Standpunkt, indem er mir mitteilte, daß er nunmehr den vollen Ernst der Situation nach Wien berichtet habe, daß eine rasche Entscheidung sofort geboten sei und daß man die Konzessionen nicht nach und nach geben dürfe. Wien müsse spätestens im Laufe dieser Woche alle seine Konzessionen Italien unterbreiten.

Dienstag, den 4. Mai, hatte ich eine mehr als fünfviertelstündige Unterredung mit Ministerpräsident Salandra. Das Mißtrauen gegenüber Wien, das schon die Grundnote der Darlegungen Sonninos gewesen war, kam bei ihm noch schärfer zum Ausdruck, da er mehr aus sich herausging. Er zweifelte sowohl an der Ehrlichkeit der Absichten Österreichs wie am strikten Vollzuge etwaiger Abmachungen auf administrativem Gebiet. Im einzelnen erklärte Ministerpräsident Salandra, daß die Regelung der neuen Trentinogrenze keine besonderen Schwierigkeiten mehr bieten würde, da er auf Bozen und Meran keinen Wert lege; dort seien gute Deutsche, sie würden aber immer schlechte Italiener sein; die Kernfrage sei für ihn die Adria, namentlich die Sicherung von Valona. Die größten Schwierigkeiten bereite Triest, das bei Österreich nicht belassen werden könne; er wolle aber auch nicht, daß es italienisch werde. Darum müsse Triest wie San Marino und Monako ein freier Kleinstaat werden, der weder unter Österreich noch unter Italien stehe, nach seinen eigenen Gesetzen lebe und Kraft genug besitze, um die Slawenwelle abzuwehren. Ich warf ein, daß ein solcher Kleinstaat sich auf die Dauer nicht halten könne; durch Gewährung einer munizipalen Verfassung mit ausreichendsten Garantien zum Schutz der Italiener unter deutscher Bürgschaft würde Salandras Ziel auch erreicht werden; über die Form könne man sich wohl noch verständigen. In der Frage der Isonzogrenze gab Salandra keine bestimmte Erklärung ab, hob aber bezüglich der Inselfrage hervor,

daß es sich hier nicht ausschließlich um marinestrategische Gesichtspunkte handle. Sehr lebhaft beschwerte sich dann der Ministerpräsident über die inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen habe: Italien verlange eine Entscheidung, Österreich habe aber nichts getan, um diesem selbstverständlichen Wunsch entgegenzukommen. Die Lage sei tragisch. Italien habe nichts gegen Deutschland und wolle nichts von Deutschland, habe aber Österreich gegen sich, mit dem anscheinend nicht zu leben sei. Italien werde nie gegen Deutschland marschieren. Die jetzige Situation sei nicht mehr lange zu halten.

Mittwoch, den 5., und Donnerstag, den 6. Mai, spitzte sich die Situation zu, obwohl der Deutsche Kaiser durch mehrere offene Depeschen an Botschafter Fürst Bülow über den Durchbruch bei Gorlice und die militärischen Erfolge auf die italienische Regierung einzuwirken versuchte. Es wurde mir mitgeteilt, daß Salandra und Sonnino den Krieg wollten. Nur ein Kabinettwechsel konnte noch eine Änderung, mindestens aber eine Verzögerung bis zum geforderten 11. Mai herbeiführen. In diesem kritischen Augenblick vermehrten sich die wiederholten Unstimmigkeiten der Instruktionen von Berlin und Wien und machten fast jede Arbeit für Aufrechterhaltung des Friedens unmöglich. Meine Forderung nach Berlin lautete deshalb: „Geht die Wiener Wirtschaft so weiter, haben wir in einigen Tagen den Krieg. Übel angebrachte Wiener Empfindlichkeiten können in diesen Stunden keine Beachtung finden.“ Im italienischen Ministerium nahm die Opposition gegen die Kriegserklärung zu, noch mehr aber im Parlament. Ein erfolgversprechendes Zusammenarbeiten mit der österreichischen Botschaft wurde unmöglich. In einer bewußt scharfen Depesche wandte ich mich am 9. Mai an den Reichskanzler und forderte die Ausschaltung des österreichischen Botschafters:

> „Es gibt keine Schonung und kein Mitleid für Macchio und es gibt keine Rücksicht auf Wien. Die jämmerliche Entschlußlosigkeit Macchios kann uns zum Verhängnis werden. Er hat die Flinte ins Korn geworfen und mit den Amerikanern bereits wegen Verwahrung seiner Effekten verhandelt. Ein Mann, der Weinkrämpfe bekommt, wenn er den Boden unter sich schwanken fühlt, muß weg, erbarmungslos. Das Schicksal von Millionen, die Früchte der Blutopfer der Nation, die Zukunft unseres Vaterlandes kann nicht von der Unfähigkeit eines Mannes abhängen, der hier unsere Arbeit vereitelt. Ich bitte Euer Exzellenz, sich die Verantwortung zu vergegenwärtigen, die Sie dem deutschen Volke und der Geschichte gegenüber übernehmen, wenn Sie uns weiter in Abhängigkeit von diesem Schwach-

kopf belassen. Wird er krank, so ist die Lage geklärt. Zeit für Ersatz ist zu kurz, und Verhandlungen gehen von selbst in eine Hand, was sonst nur schwer zu erreichen wäre. Ich stehe Wien gegenüber für jedes Wort dieser Depesche ein."

Der preußische Gesandte von Mühlberg setzte der Depesche hinzu: „Das Urteil über Macchio unterschreibe ich vollkommen. Sein Verhalten ist unqualifizierbar. Sollen unsere letzten Chancen nicht verloren gehen, muß er ausgeschaltet werden." Wir waren in einer entsetzlichen Situation. Die Berichte aus dem Ministerium, von Abgeordneten und Politikern ließen uns immer noch einige begründete Hoffnung, daß ein großer Entschluß die Wagschale zugunsten des Friedens senken könnte. Diesen Entschluß aber auszuführen, hinderte uns der österreichische Botschafter; daher die Depesche. Am Abend desselben Tages wurde mir von italienischen Abgeordneten mitgeteilt, ich sollte wegen meiner Unterredungen mit italienischen Politikern ausgewiesen oder eventuell verhaftet werden. Ein mir bekannter, in Rom weilender französischer Abgeordneter ließ mich gleichfalls warnen. Ich zog mich daher in die Villa Malta zurück und wurde am anderen Tag vom Fürsten Bülow der deutschen Botschaft amtlich attachiert und so in das diplomatische Korps aufgenommen, um volle Bewegungsfreiheit zu besitzen.

Montag, den 10. Mai, suchte ich in aller Frühe den österreichischen Botschafter auf, um ihm nahezulegen, daß er heute den entscheidenden Schritt tun und Sonnino erklären müsse, daß er dessen Forderungen als Verhandlungsbasis annehme; der Botschafter müsse in einem so eigenartigen Fall allein und selbständig handeln und die ganze Verantwortung für die Richtigkeit der Beschlüsse tragen; nur dann sei an eine friedliche Verständigung noch zu denken. Baron Macchio lehnte ein solches Handeln, obwohl er den Ernst der Lage anerkannte, ab. Ich unterbreitete dem Botschafter folgenden, aus den aus Wien und Berlin einlaufenden Depeschen entnommenen Vorschlag, den ich später italienischen Abgeordneten auch als eine Verhandlungsbasis bekannt gab: 1. Tirol, soweit es italienisch ist, 2. das Isonzogebiet mit Gradisca, 3. volle munizipale Autonomie, italienische Universität und Freihafen für Triest, 4. Valona, 5. völlig freie Hand für Italien in Albanien, 6. Gewähr für italienische Sprache und Kultur für die unter österreichischer Herrschaft verbleibenden Italiener, 7. Deutschland übernimmt jede Garantie für loyale Durchführung des Abkommens.

In Abgeordnetenkreisen riefen diese Konzessionen großes Erstaunen hervor, da die italienische Öffentlichkeit wie das Parlament bisher im unklaren über das Maß des österreichischen Entgegenkommens gehalten worden war. Diese Vorschläge konnten selbstverständlich nur dann einen Wert für weitere diplomatische Verhandlungen gewinnen, wenn sie die Unterschrift des deutschen und österreichischen Botschafters trugen. Giolitti wünschte durch einen Vertrauensmann diese schriftliche Notiz für die Audienz beim König und für die Besprechung der Abgeordneten, um das in der nationalistischen Presse ausgesprochene Mißtrauen beseitigen zu können. Es war schwer, in einer Stunde, wie von mir gefordert wurde, das Gewünschte zu beschaffen, aber es gelang. Um 3/4 11 Uhr war eine Konferenz in der Villa Malta, zu welcher der österreichische Botschafter herbeigerufen wurde. Ich schlug vor, als Grundlage der schriftlichen Formulierung die gemeinsam mit dem Fürsten Bülow niedergeschriebenen Konzessionen zu nennen. Baron Macchio stimmte nach langem Sträuben zu. Die österreichische Offerte lautete somit:

„Rome, le dix Mai 1915.

Les concessions que l'Autriche-Hongrie est prête à faire à l'Italie, sont les suivantes:

1. tout le Tyrol qui est de nationalité italienne,
2. toute la rive occidentale de l'Isonzo qui est de nationalité italienne, avec Gradisca,
3. pleine autonomie municipale, université italienne et port franc pour Trieste qui sera une ville libre,
4. Valona,
5. désintéressement complet de l'Autriche-Hongrie en Albanie,
6. sauvegarde pour les intérêts nationaux des sujets italiens en Autriche-Hongrie,
7. examen bien-veillant des voeux que l'Italie émettrait encore sur tout l'ensemble des questions qui forment l'objet des négociations (notamment Gorizia et les îles),
8. l'Empire Allemagne assume toute garantie pour l'exécution fidèle et loyale de l'arrangement à conclure entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie et l'Ambassadeur d'Allemagne garantissent l'authenticité des propositions susmentionnées."

Baron Macchio äußerte wohl noch Bedenken gegen Ziffer 6 und 7, gab aber auf mein energisches Zureden nach. 11 Uhr 20 Minuten waren die Exposés fertig und unterzeichnet. Wie gewünscht worden war, erhielt davon ein Exemplar der Vertrauensmann von Giolitti, eines die deutsche Botschaft, eines behielt ich für mich, von dem ich die Abschrift für die österreichische Botschaft anfertigte.

Mit Windeseile verbreitete sich nun der Inhalt dieser Niederschrift. Die Wirkung war eine ausgezeichnete. Giolitti ließ uns sagen, daß das Exposé die Mindestforderungen enthalte, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Am anderen Tag werde die entscheidende Ministerratssitzung stattfinden. Es sei aber notwendig, daß noch heute nacht je ein Exemplar dieser Niederschrift auch an Salandra und Sonnino gesandt würde, da aus Wien diese Offerte in der Consulta noch nicht eingegangen sei und damit niemand sagen könne, man habe die letzte Offerte in dieser Form nicht erhalten. Auf Wunsch des Fürsten Bülow begab ich mich noch nachts zu Baron Macchio. Mit einem jüngeren deutschen Diplomaten suchte ich ihn drei Stunden lang vergebens in Klubs und Hotels und erwartete ihn dann in seinem Palais. Gegen Mitternacht erschien der österreichische Botschafter, der nun wiederum Bedenken äußerte, die Abschriften zu unterzeichnen; ich erklärte, daß diese Bedenken verspätet seien, auch habe Fürst Bülow das ganze Exposé nach Berlin depeschiert und stelle die Kabinettsfrage. Nunmehr war Baron Macchio bereit, die Unterschrift auch für die für die Minister bestimmten Exemplare zu geben. Noch in der Nacht wurden den Ministern Salandra und Sonnino die Schriftstücke übermittelt.

Bei meinem Aufenthalt in Rom unterlief findigen italienischen Journalisten eine köstliche Verwechslung. In den angesehensten römischen Blättern wurde wiederholt behauptet, daß Fürst Bülow im Vatikan Besuch abgestattet habe. Trotz wiederholter Dementis im „Osservatore Romano" blieben sowohl „Giornale d'Italia" wie „Tribuna" bei ihrer Behauptung, sahen sich aber dann letzten Endes genötigt, zu erklären, daß ihnen eine Verwechslung unterlaufen sei; nicht der Fürst Bülow sei im Vatikan gewesen, sondern der Abgeordnete Erzberger. „Tribuna" suchte das Mißverständnis damit zu rechtfertigen: „Ma Erzberger non è Bülow, certamente; ma in effigie non sono che due fratelli siamesi." Bei unseren deutschen Freunden in Rom löste es ungetrübte Heiterkeit aus, daß Fürst Bülow und ich sich ähneln wie „siamesische Brüder".

Dienstag, den 11. Mai, erhielt ich die Nachricht, daß die Kabinettskrisis durch die neue österreichische Offerte akut geworden sei. Inzwischen wurde von seiten der Entente verbreitet, daß die Mittelmächte an diesen neuen Konzessionen nicht festhielten. Es wurde mir von einwandfreier Seite mitgeteilt, daß jede Schmälerung an den

Konzessionen unmittelbar zum Krieg führen müsse. Die Meldungen der Entente wurden leider unterstützt durch eine angeblich aus Wien an Baron Macchio gerichtete Depesche, wonach ihm über sein eigenmächtiges zu weit gehendes Vorgehen der Ausdruck des Befremdens übermittelt worden sein sollte.

Am Mittwoch, den 12. Mai, traf jedoch die Zustimmung des Baron Burian zu dem gemeinsamen Exposé der beiden Botschafter ein. Zur Beseitigung des Mißtrauens konnte ich italienischen Ministern und Abgeordneten folgende neue Garantien bieten: Zunächst die persönliche Haftung des Deutschen Kaisers, dann eine alsbald zu erlassende feierliche Proklamation des Kaisers von Österreich, die sofortige Einsetzung einer gemischten Kommission zur Durchführung der Abtretung der betreffenden Gebiete, die sofortige Freilassung aller aus diesen Gebieten stammenden österreichischen Kombattanten und die sofortige Übernahme der Zivilverwaltung, ferner weitgehende deutsche Garantien für den dauernden Besitz der neu erworbenen Gebiete. Das italienische Mißtrauen, das diese Garantien erforderlich machte, stützte sich auf Bemerkungen und Redensarten österreichischer und deutscher Diplomaten in Berlin. An demselben Abend traf d'Annunzio unter viel Lärm in Rom ein. Das war das Signal für die Politik der Straße. Italienische Kavallerie und Infanterie sperrten die Villa Malta ab. Da Baron Macchio mich an diesem Abend noch zu sprechen wünschte, verabredeten wir als Treffpunkt die Wohnung eines mir befreundeten Herrn. Hier teilte mir Baron Macchio mit, daß er nunmehr weitgehende Vollmachten habe, und bat mich, an dem darauffolgenden Tag mit einem aus Wien eingetroffenen österreichischen Diplomaten zu verhandeln und den Vertrag mit Italien zu formulieren; er sei nunmehr ermächtigt, den Vertrag auf der Basis des denkbar weitgehendsten Entgegenkommens abzuschließen. Hierdurch waren wir einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Jedoch auch die Gegenseite arbeitete unermüdlich, und zwar stets mit dem Argument: Man dürfe weder Österreich glauben noch Deutschland trauen, daß die eingegangenen Verpflichtungen auch gehalten würden. Von gut unterrichteter Seite ließ man mir sagen, Deutschland möge zur Beseitigung dieses Mißtrauens anregen, daß der Erneuerung des Dreibundvertrages der Passus beigesetzt würde: „Deutschland erklärt, daß es weder militärisch noch diplomatisch eventuelle Bestrebungen zwecks Wieder-

eroberung der jetzt abgetretenen Gebiete unterstützen wird." Ich konnte eine zusagende Erklärung sofort abgeben.

Am Nachmittag des 13. Mai arbeitete ich gemeinsam mit dem österreichischen Bevollmächtigten den Entwurf des Vertrages zwischen Italien und Österreich-Ungarn aus. Inzwischen neigte sich im italienischen Kabinett selbst die Wagschale immer mehr zugunsten des Friedens. Die Kriegsanhänger aber boten die Straße auf. Ein Höllenlärm entstand. Bei meiner Heimkehr von einer Besprechung wurde ich beim Hauptpostamt erkannt; mein Automobil wurde mit Steinen beworfen, die demonstrierende Volksmenge rief: „A basso Erzbergere!" und bedrohte das Auto. Mein nahezu ständiger Begleiter in Rom, Geheimer Legationsrat von Stockhammern von der bayerischen Gesandtschaft am Quirinal, der später in einem anderen Auto nach Hause fuhr, erhielt einen Steinwurf durch das hintere Fenster. Nachts wurde das Demissionsgesuch des Ministeriums Salandra-Sonnino bekannt. Kammerpräsident Marcora schlug dem König vor, Giolitti mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen.

Freitag, den 14. Mai, glich Rom einer Stadt der Revolution. Militär sperrte alles ab. Abgeordnete, deren friedensfreundliche Haltung bekannt war, wurden in den Straßenbahnen belästigt, ja geschlagen. Der Terror herrschte in Rom. Lebhafte Demonstrationen — Umzüge mit schwarzen Fahnen — fanden den ganzen Tag über statt. Die Erregung war eine riesige. Die Wohnungen der für den Frieden eintretenden Abgeordneten wurden von zweifelhaften Elementen bewacht; die Familien erhielten Briefe mit Todesdrohungen. Die breiten Schichten des Volkes waren in vollkommener Unkenntnis über das deutsch-österreichische Anerbieten.

Samstag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, erhielt ich die Nachricht, daß das alte Kabinett wiederkehre. Giolitti habe rundweg abgelehnt, weil er selbst mit dem Tode bedroht worden sei. Freunde Giolittis sagten uns, daß dieser geistig und körperlich zusammengebrochen und nicht mehr fähig sei, der Kammersitzung beizuwohnen. Er habe noch am Samstag abend Rom verlassen. Das einzige, was er erreicht habe, sei, daß ohne Anhörung der Kammer keine entscheidende Stellung genommen würde. Ein Senator erzählte mir, daß der König ihm erklärt habe, er müsse den Krieg machen, sonst breche die Revolution aus. Von allen Seiten wurde ich be-

stürmt, daß Österreich von seiner Offerte nicht zurücktreten dürfe. Dem Reichskanzler konnte ich am

Sonntag, den 16. Mai, über die Situation berichten:

„Kein Entschluß im Parlament. Die Stellungnahme des eingeschüchterten Königs ist entscheidend für Ausgang der Krisis. Dem neuen Kabinett müssen Fürst Bülow und Baron Macchio über die bisherigen Offerten hinaus die sofortige Abtretung anbieten können, um jeder Einrede des Mißtrauens gegenüber Österreich zu begegnen. Hierin liegt im Kerne kein weiteres Opfer für Österreich, das vielmehr durch das Schwanken und Zögern des Barons Burian diesen Schritt notwendig gemacht hat. Dieses Angebot kann die Situation für uns retten, erschwert aber unter allen Umständen die Kriegserklärung gegen Österreich, gibt in der Kammer, welche die formelle Entscheidung treffen soll, den Neutralisten die beste Position und setzt für den Fall friedlicher Verständigung Österreich nicht in Nachteil, da alle Einzelheiten der Abtretung (Reihenfolge, Art usw.) einem neuen Übereinkommen vorbehalten bleiben. Die Botschafter müssen die entsprechende Vollmacht spätestens am Mittwoch in Händen haben."

Die Bildung des neuen Kabinetts verzögerte sich noch, da an die Stelle von Salandra nach der Absage Giolittis ein anderer Ministerpräsident nicht zu finden war. Die in der Presse genannten Ministerkandidaten wurden von der Straße mit dem Tode bedroht. Als ich selbst von der Villa Malta zu einer notwendig gewordenen Konferenz ausfuhr und mit einer unversehens aus einem Haus hervorbrechenden italienischen Patrouille zusammenstieß, schlug der befehlende Offizier mit seinem blanken Säbel auf das Dach unseres offenen Autos; nur dem Umstand, daß ich und der mich begleitende Diplomat uns tief bückten und rasch davonfuhren, verdankten wir, daß wir unverletzt blieben und mit heiler Haut davonkamen.

Am Montag, den 17. Mai, erhielt ich die Mitteilung, „daß nach absolut zuverlässigen Informationen seitens der italienischen Regierung noch vor dem 26. Mai der Krieg an Österreich erklärt würde. Der Ministerrat sei einstimmig zu der Überzeugung gelangt, daß es Österreich mit seinem Anerbieten nicht ernst sei." Zugleich wurde ich gebeten, noch heute abzufahren, was auch geschah. Als ich zum Bahnhof fuhr, geriet ich in einen aufgeregten Demonstrationszug hinein, ich stieg sofort aus und ging im Zuge eine kurze Strecke mit, nachdem ich dem Chauffeur Anweisung gegeben hatte, an der nächsten Querstraße auf mich zu warten. So verlief dieser Schlußakkord ohne weiteren Zwischenfall. In Begleitung von zwei italienischen Geheimpolizisten gelangte ich unbehelligt an die Grenze. Meine

Anwesenheit und Tätigkeit in Rom gab später dem italienischen Abgeordneten Altobelli Gelegenheit zu einer kleinen Anfrage, welche die italienische Regierung dahin beantwortete, „daß der Abgeordnete Erzberger aufmerksam überwacht wurde, als er sich in Rom aufhielt und bis zur Grenze begleitet wurde, als er am 17. Mai endgültig die Hauptstadt verließ.“ Am 19. Mai traf ich zur mündlichen Berichterstattung in Berlin ein.

Am Pfingstsamstag, den 22. Mai, abends rief mich der Reichskanzler telephonisch an, ob ich nicht nochmals nach Rom fahren wolle, um in letzter Stunde das äußerste zu versuchen, für Verhinderung des Krieges tätig zu sein. Ich erklärte diese Reise für zwecklos, fügte aber bei, daß ich bereit sei, eine entsprechende Depesche nach Rom zu richten. Auf diese erhielt ich am 23. Mai eine Antwort, die meine Ansicht bestätigte: Wie die Dinge lägen, sei der Krieg nicht mehr aufzuhalten, es sei denn, Österreich bewilligte den Italienern den sofortigen Einmarsch. Daß Österreich sich hierzu entschließen würde, sei jedoch ausgeschlossen. Die im Laufe der langwierigen Verhandlungen verlorenen drei Monate seien durch keine Macht der Erde mehr einzubringen.

Am 24. Mai erfolgte der Eintritt Italiens in den Krieg. Bald darauf begab ich mich nach Wien und Budapest, um den führenden Ministern teils über die Vorgänge in Rom zu berichten, teils um wegen einer Verständigung mit Rumänien Rücksprache zu nehmen. Ich hatte bei dieser Gelegenheit einen äußerst scharfen Zusammenstoß mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza, der die Auffassung vertrat, daß gegenüber Italien keinerlei Konzessionen notwendig gewesen wären, es hätte doch zum Krieg kommen müssen. Österreich-Ungarn habe politisch richtig gehandelt. Fürst Bülow schrieb mir damals (Juni 1915):

> „Es ist geradezu grotesk, wenn dieselben Leute, die nach meinem Eintreffen in Rom während Monaten behaupteten, ich sei ein Schwarzmaler, jetzt verbreiten, die italienische Regierung sei von Anfang an entschlossen gewesen, unter allen Umständen, was man ihr auch bieten möge, den Kriegspfad zu beschreiten. Wie Sie vortrefflich ausführen, ist das eine so falsch wie das andere, und die Wahrheit, daß bei mehr Einsicht in Wien und mehr Entschlossenheit und Energie in der Wilhelmstraße der Friede sehr wohl zu erhalten war.“

Fürst Bülow, der nach seiner Rückkehr aus Rom in weitesten deutschen Kreisen eine freundliche Aufnahme fand, war es nicht möglich, über seine Auffassung der Dinge direkt dem Kaiser Vortrag

zu halten. Amtliche Stellen taten vielmehr alles, um ein Zusammentreffen des Fürsten mit dem Kaiser zu verhindern. Erst im Winter 1916/1917 wurde der Fürst gelegentlich zu einer Abendgesellschaft zum Kaiser geladen. Ein Zusammentreffen des Kaisers mit dem Fürsten anläßlich eines Kaiserbesuches in Hamburg im Jahre 1917 wußte der damalige Vizekanzler Helfferich zu hintertreiben.

3. Kapitel

Im Vatikan

Bei meiner Anwesenheit in Rom im Februar 1915 lenkte ich meine ersten Schritte nach dem Besuch der ehrwürdigen Peterskirche in den Vatikan, um mir die Möglichkeit einer Privataudienz bei Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XV. zu erwirken. Mit äußerster Güte und offener Herzensfreundlichkeit empfing mich der Heilige Vater am zweiten Tage an der Eingangstür des kleinen Bibliotheksaales. Ich durfte an diesem Nachmittage eingehend berichten über die religiöse Erneuerung in Deutschland, wobei Seine Heiligkeit sich nach den einzelnen deutschen Oberhirten, soweit ihm solche aus seiner früheren Tätigkeit im Staatssekretariat persönlich bekannt waren, auf das eingehendste erkundigte. Die von manchen Seiten gehegte Befürchtung, daß nach dem Kriege ein neuer Kulturkampf in Deutschland ausbrechen würde, glaubte ich mit gutem Gewissen zerstreuen zu dürfen. Der Kampf der Geister werde allerdings weiter gehen; es werde lebhaft um die Erziehung des Volks, besonders in der Schulfrage, gestritten werden. — Dann wandte sich die Unterredung der internationalen Lage zu. Seine Heiligkeit betonte, sein einziges Bestreben gehe auf baldige Herbeiführung eines gerechten Friedens. Im Verlauf des Gespräches kam die Rede auf die angeblichen Greueltaten deutscher Soldaten, besonders der protestantischen Pommern und Mecklenburger, worüber dem Heiligen Vater von kompetenter Seite Material unterbreitet worden war. Danach seien 150 Klosterfrauen von deutschen Soldaten geschändet worden. Solche Untaten seien sogar angesichts des Allerheiligsten in der Kirche begangen worden. (Am 30. März wurde mir eine Depesche unseres Botschafters in Wa-

shington mitgeteilt, über eine in den Vereinigten Staaten unternommene Propaganda, bei welcher eine Liste verbreitet wurde, wonach die protestantischen Soldaten systematisch Nonnen vergewaltigt haben, 2000 Nonnen in Belgien seien schwanger.) Auf meine Bitte sagte mir der Papst zu, daß mir das Material sofort unterbreitet werde, damit die Bestrafung der Schuldigen eingeleitet werden könne. Ich konnte eine solche Behauptung nach früheren Vorgängen nicht für zutreffend halten; wenn aber eine solche Untat vorgekommen sei, werde Deutschland für Sühne Sorge tragen. Alsbald nach meiner Rückkehr nach Deutschland sind sämtliche amtlichen Stellen beauftragt worden, dieser Anklage nachzugehen. Die deutsche Militärverwaltung in Brüssel wandte sich an die Bischöfe Belgiens mit der Bitte, die in ihrer Diözese vorgekommenen Fälle von Schändung von Klosterfrauen zu bezeichnen. Die eingelaufenen Antworten ließen erkennen, „daß kein einziger Fall von Vergewaltigung von Ordensfrauen durch deutsche Soldaten bekanntgeworden ist". Kardinal Mercier hat am 16. April 1915 an den Generalgouverneur geschrieben, daß, wie der Generalgouverneur so auch er gegen diejenigen protestiere, „welche leichthin ohne Beweise solche schändlichen Anschuldigungen ins Publikum ausstreuen oder weitertragen". Er machte dann auf die Schwierigkeiten und die Unmöglichkeit von Nachforschungen aufmerksam; er, der Kardinal, würde es nicht wagen, „irgend jemand über einen so delikaten Gegenstand zu verhören". Aber es sei Pflicht des Episkopats und des Militärgouverneurs, mit allen Mitteln „zu verhindern, daß die Öffentlichkeit an solchen ungesunden Erzählungen Gefallen findet. Ich würde es von ganzer Seele begrüßen, wenn die Justiz einen Druck auf diejenigen ausüben würde, die entweder aus Voreingenommenheit oder aus unverzeihlicher Oberflächlichkeit sie erfinden oder weitertragen. Aber ich meine, daß wir nicht weiter gehen können, ohne das Recht des Gewissens mit Füßen zu treten und ohne uns in die Gefahr zu begeben, die geistige Freiheit zu verletzen." Am 24. Februar, kurz vor meiner Abreise, wurde ich noch gebeten, dem Deutschen Kaiser den Wunsch zu übermitteln, die bereits angebahnte Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen-Gnesen beschleunigen zu wollen, von der Wahl durch das Kapitel mit allen damit verbundenen Modalitäten abzusehen und im Einvernehmen mit dem König von Preußen die Ernennung durch den Papst vollziehen zu wollen. Wenn prin-

zipielles Einverständnis hierüber erzielt worden sei, würde der Heilige Vater seinen Kandidaten direkt bezeichnen. Daran knüpfte sich die Mitteilung, daß der verstorbene Erzbischof von Likowski an erster Stelle als seinen Nachfolger seinen Generalvikar Dalbor bezeichnet habe. Der Vorschlag des Papstes fand beim Kaiser und den amtlichen Berliner Stellen sofort Zustimmung. Die Ausfertigung des Ernennungsdekrets verzögerte sich wohl bis zum August, aber deshalb, weil der Kandidat des Heiligen Stuhles sich lange Zeit sträubte, das verantwortungsvolle Amt anzunehmen, und nur einem direkten Wunsche des Papstes sich fügte.

Am Karsamstag 1915 hatte ich bei meiner zweiten Anwesenheit in Rom wieder eine längere Privataudienz bei Seiner Heiligkeit. Der Papst äußerte sich über die Fortsetzung des europäischen Blutbades sehr bekümmert und sagte dabei unter anderem: Wenn der Krieg noch lange dauert, gibt es eine soziale Revolution, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat. Der inzwischen schärfer in die Öffentlichkeit getretene Konflikt zwischen der deutschen Verwaltung und Kardinal Mercier bildete den Gegenstand eingehender Aussprache. Seine Heiligkeit versicherte auf das lebhafteste, daß er alles tun werde, um eine Verschärfung des Konfliktes zu vermeiden. Der Papst regte eine zweitägige Waffenruhe zur Beerdigung der Tausenden von Gefallenen in Nordfrankreich an. Schon am Ostersonntag konnte ich die zustimmende Antwort der deutschen Regierung Seiner Heiligkeit überbringen, was mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. In jenen Tagen machte viel Aufsehen eine Unterredung des Heiligen Vaters mit dem mir bekannten amerikanischen Journalisten von Wiegand, der mit mir die Heimreise machte; ihre Kernsätze lauteten:

> „Senden Sie dem amerikanischen Volke und der Presse meinen Gruß und Segen und übermitteln Sie diesem edlen Volk meinen einzigen Wunsch: Arbeitet unablässig und uneigennützig für den Frieden, auf daß diesem entsetzlichen Blutvergießen und all seinen Schrecknissen möglichst bald ein Ende bereitet werde. Damit werdet ihr Gott, der Menschheit und der ganzen Welt einen großen Dienst erweisen. Das Gedächtnis dieser eurer Tat wird unvergänglich sein. Wenn euer Land alles vermeidet, was den Krieg verlängern kann, in dem Blut vieler Hunderttausender fließt, dann kann Amerika bei seiner Größe und seinem Einfluß im besonderen Maße zur raschen Beendigung dieses ungeheuren Krieges beitragen. Die ganze Welt sieht auf Amerika, ob es die Initiative zum Frieden ergreifen wird. Wird das amerikanische Volk den günstigen Augen-

blick zu erfassen wissen? Ich bete zu Gott, daß es so kommen möge!" Dies ist die Osterbotschaft, die mir der Papst in dieser denkwürdigen Audienz — dem ersten Interview, das seit dem Tode Leos XIII. einem ausländischen Journalisten gewährt wurde — für das amerikanische Volk übertragen hat. Der Heilige Vater fuhr fort: „Betet und arbeitet unermüdlich und einmütig für den Frieden: dies ist mein Osterwunsch. Mein tägliches Gebet, alle meine Anstrengungen gelten dem Frieden." In seinem Auge spiegelte sich seine ganze Güte und Aufrichtigkeit wider, als er so sprach. Der Papst schloß: „Ich setze meine ganze Hoffnung für einen baldigen Frieden auf das amerikanische Volk und auf den Einfluß und die Macht, über die es in der ganzen Welt verfügt. Gerecht, unparteiisch und jederzeit neutral in allen seinen Bemühungen, wird Amerika, sobald der geeignete Augenblick zur Einleitung von Friedensverhandlungen gekommen sein wird, der nachdrücklichsten Unterstützung des Heiligen Stuhles sicher sein! Ich habe dies bereits den Präsidenten durch seine angesehensten Freunde wissen lassen."

Die Veröffentlichung dieser Unterredung löste einen starken Druck seitens der Entente, besonders durch England, auf den Vatikan aus. In der Ententepresse wurde eine lebhafte Bewegung gegen den Papst unter tendenziöser Ausnutzung dieser Kundgebung eingeleitet. Der „Osservatore Romano" wandte sich dann in einer Notiz gegen die bewußt einseitige Auslegung.

In meinen Unterredungen mit dem Heiligen Vater hatte ich auch Gelegenheit, eine Reihe von Liebeswerken (Austausch der Zivilgefangenen, Sonntagsruhe und andere Fürsorgemaßnahmen) für die Kriegsgefangenen zu besprechen. Von der deutschen Regierung war ich ermächtigt, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit weitestes Entgegenkommen in Aussicht zu stellen, namentlich bezüglich der Freilassung der Zivilgefangenen und der Missionare. Der Heilige Vater erwiderte mir, Frankreich habe erklärt, es sei Deutschland, welches beim Austausch der Schwerverwundeten Schwierigkeiten mache. Ich konnte darauf hinweisen, daß beim ersten Austausch die Franzosen anfangs gar keine schwerverwundeten Offiziere, sondern erst auf Intervention der Schweiz schließlich 5 Offiziere und 20 Unteroffiziere entsandten, während Deutschland sofort 29 französische Offiziere und 160 Unteroffiziere austauschte, und daß sich in Frankreich insgesamt mindestens 70 Offiziere, 70 Unteroffiziere und 300 Mann befänden, die als schwerverwundet auszutauschen seien. Der Heilige Vater nahm mit großem Interesse von diesem Material Kenntnis. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Italien und Österreich konnten die Beziehungen mit der Kurie nur noch schriftlich aufrechterhalten werden. Manches Gute für unser

Volk und Vaterland konnte auch dadurch noch erreicht werden. So entstand in Deutschland aus Anlaß der Rede des Papstes an die Mitglieder der „Opera della Preservazione della Fede“ am 22. November 1915 große Erregung. Protestantische Kreise sahen die Rede als gegen sich gerichtet an. Am 7. Dezember erhielt ich von kompetenter Seite die Mitteilung:

„. . . Was nun die Rede Seiner Heiligkeit anbelangt, so kann ich Ihnen mitteilen, daß der Heilige Vater diese Rede nur auf die Umtriebe der Methodisten in Rom hin gehalten hat. Die Methodisten sind eine protestantische Sekte, die mit dem Gelde der Freimaurer in Rom Fuß gefaßt haben und bei jeder Gelegenheit die katholische Kirche und ihr Oberhaupt verhöhnen, und als Pastoren stellen sie abgefallene katholische Geistliche an. Bezahlen das Volk, welches den Gottesdienst besucht, und führen nicht die Leute durch Unterricht usw. zum Protestantismus, sondern zum Atheismus und in die Hände der Freimaurer. Die größten Kriegshetzer sind und waren in Rom auch die Methodisten. Konferenzen über die deutschen Barbaren usw. wurden in ihren Kirchen gehalten usw., man kann mit einem Worte sagen, es sind Filialen der Freimaurer, die nichts unterlassen, um die katholische Kirche zu verhöhnen. Seine Heiligkeit haben sich sehr verwundert gezeigt, daß man überhaupt von ihm nur annimmt, als ob er die deutschen Protestanten hätte beleidigen wollen, woran der Heilige Vater überhaupt nicht dachte, was ja aus dem authentischen Text des „Osservatore Romano“ hervorgeht, woraus man ganz deutlich ersieht, daß es sich nur um die Verhältnisse in Rom handelt.“

Ein nicht zu unterschätzender Erfolg für die deutsche Sache im allgemeinen und eine große Freude für die deutschen Katholiken bahnte sich im November 1915 an. Der vatikanische Korrespondent des „Corriere della Serra“ verbreitete die Nachricht, daß im nächsten Konsistorium drei französische Kardinäle ernannt würden; damit würde die Zahl der französischen Kardinäle auf die nie erreichte Höhe von acht gebracht; der Heilige Stuhl wolle damit zum Ausdruck bringen, daß er gegenüber der Entente eine freundliche Haltung einnehme. Die deutsche Regierung unterbreitete offiziell und durch mich dem Heiligen Stuhl die Anregung, daß man es in Deutschland gern sehen würde, wenn im nächsten Konsistorium auch einem deutschen Bischof der Purpur verliehen würde; in erster Linie käme der Fürstbischof Dr. Bertram in Breslau in Betracht. Die deutschen Katholiken seien seinerzeit sehr erfreut gewesen, als sie drei Kardinäle aus ihrer Nation ernannt sahen, auch die deutsche Regierung würde die Ernennung des Fürstbischofs von Breslau zum Kardinal angenehm berühren. Frankreich mit 36 Millionen

Katholiken habe acht Kardinäle, während Deutschland mit 24 Millionen Katholiken nur zwei besitze und Deutschland und Österreich-Ungarn mit insgesamt 70 Millionen Katholiken nur sieben. Am 21. November wurde mir berichtet, daß der Wunsch Deutschlands leider zu spät in Rom eingegangen sei; auch Österreich habe die Bitte, den Fürsterzbischof von Salzburg zum Kardinal zu erheben, zu spät unterbreitet. Der Heilige Vater werde bereits im nächsten Konsistorium dem Fürstbischof von Breslau den Purpur verleihen. Eine erneute Bitte hatte den Erfolg, daß bereits im geheimen Konsistorium am 4. Dezember der Heilige Vater den Fürstbischof von Breslau und den Fürsterzbischof von Prag zu Kardinälen ernannte und die beiden Kirchenfürsten in petto reservierte; sie waren von dem Tage an Kardinäle und erhielten den Rang, als ob ihr Name schon in diesem Konsistorium veröffentlicht worden wäre. In Deutschland hat nur Köln ein Altersrecht auf den Purpur, und Breslau dann, wenn darum besonders eingekommen wird. Als Eminenz Kopp Kardinal wurde, verwandte sich der Kaiser selbst beim Heiligen Vater für diese Ernennung, ähnlich bei der Ernennung des Münchner Kardinals.

Die Arbeitslast der Apostolischen Nuntiatur in München war während des Krieges gewaltig gewachsen. An den Heiligen Stuhl wandten sich Tausende und aber Tausende von Angehörigen der Kriegs- und Zivilgefangenen, um Freilassung oder Linderung des Loses derselben zu erzielen. Da die diplomatischen Vertreter von Deutschland und Österreich Rom verlassen hatten, so blieb als Hauptvermittlungsstelle die Münchner Nuntiatur übrig, welche dann ihrerseits, da diese Angelegenheiten nur in Berlin erledigt werden konnten, in mehr als einem Falle mich um Vermittlung in denselben ersuchte, ein Wunsch, dem ich jederzeit gern entsprach. Dabei lernte ich die absolute Objektivität der päpstlichen Diplomatie kennen und schätzen; denn auf demselben Weg, auf dem die Wünsche von Engländern, Franzosen und Italienern nach Deutschland gelangten, auf demselben Weg wurden die Wünsche für deutsche Internierte und Gefangene zurückgeleitet. Kardinalstaatssekretär Gasparri hat sich wiederholt bei der italienischen und französischen Regierung persönlich und mit vollem Erfolg für die Freilassung deutscher Internierter (es sei nur an den deutschen Großindustriellen Fritz Röchling erinnert) verwandt. Auch die vielfachen internationalen Liebeswerke des Heiligen Stuhles zur Linderung des Loses der Kriegsgefangenen sind auf dem Wege über die Münchner

Nuntiatur angeregt und durchgeführt worden, z. B. die Internierung kranker und verwundeter Gefangener in der Schweiz, trotz lange sich hinziehenden französischen Widerspruchs. Im August 1915 unterbreitete ich Nuntius Frühwirth den Vorschlag auf Einführung von Sonntagsruhe in den Gefangenenlagern mit dem Beifügen, daß die deutsche Regierung sich gegenüber einer solchen Anregung des Papstes zustimmend verhalten würde. Der Heilige Stuhl gab die Anregung an alle kriegführenden Nationen weiter und bereits im September wurde Übereinstimmung zwischen Deutschland, England und Rußland erzielt. Ähnlich war es bezüglich der Behandlung der Zivil- und Militärgefangenen in Rußland. Französische Bischöfe hinwiederum suchten die Vermittlung des Heiligen Stuhles nach, um für Priester, die kriegsgefangen in Deutschland lebten, die Rückkehr zu erreichen. Ich konnte die Zustimmung der deutschen Regierung alsbald übermitteln mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß Frankreich die aus dem Oberelsaß verschleppten Priester gleichfalls zurückgeben müsse. Auch die Regelung der Seelsorge in den besetzten Gebieten des Westens ist in einer Weise erfolgt, welche den dringendsten Wünschen des Heiligen Stuhles entsprach. Die Rückkehr des Bischofs von Sejne (Augustowo) in seine Diözese konnte ich Anfang 1916 erreichen. Im Mai 1916 wurde auf Anregung der belgischen Bischöfe und Vorschlag des Heiligen Stuhles die größte Zahl der belgischen Priester, welche sich in Deutschland in Haft befanden, durch meine Vermittlung in deutschen klösterlichen Anstalten untergebracht. Als die Verhandlungen des „amerikanischen Komitees zur Versorgung der besetzten Gebiete Polens“ mit der britischen Regierung im Mai 1916 zu scheitern drohten, konnten sie durch Vermittlung Roms zu Ende geführt werden. Im Juni 1916 regte ich beim Nuntius Frühwirth an, daß Seine Heiligkeit eine Verständigung der kriegführenden Mächte dahin anstreben möge, daß diejenigen Kriegsgefangenen, die Väter von mehr als drei Kindern waren und sich seit mehr als 18 Monaten in Gefangenschaft befanden, in neutralen Staaten untergebracht werden mögen. Nach recht vielen mühsamen Verhandlungen gelang es dem Heiligen Stuhl, die Zustimmung aller kriegführenden Mächte zu erzielen. Im Mai 1917 wandte sich die französische Regierung durch Vermittlung des Kardinals Amette, Erzbischof von Paris, an den Heiligen Stuhl wegen der Besorgnis, daß „die deutschen Behörden die Bevölkerung der besetzten französischen Ge-

biete zu Zwangsarbeiten heranziehen wollten und neue Deportationen vornehmen". Ich konnte sofort mitteilen, daß die deutschen Behörden eine solche Absicht nicht hegten, Deportationen fänden überhaupt nicht statt. Wo die landwirtschaftlichen Verhältnisse es zwingend notwendig machten, würden dringende Arbeiten im inneren Gemeindebezirk durchgeführt. Die Bevölkerung habe ihren Wohnort nicht zu verlassen. Sämtlichen deutschen Organen sei vorgeschrieben worden, mit größter Schonung vorzugehen und Zwangsarbeit nur im Falle äußerster Not zu verfügen. Die Arbeiten der Münchner Nuntiatur vermehrten sich ungemein stark, als die Zahl der italienischen Kriegsgefangenen in Deutschland zunahm; aber diese Arbeiten ernteten viel Dank.

Neben der Erledigung zahlreicher einzelner Vorstellungen wurden regelmäßig in der Woche ein oder mehrere umfassende Berichte über die Verhältnisse in Deutschland oder über Fragen, welche sonst das Interesse der Kurie finden mußten, abgesandt. Eine Abschrift derselben ging an den preußischen Gesandten beim Vatikan.

Je länger der Krieg dauerte und je mehr die hilfsbedürftige Welt sich an den Heiligen Stuhl wandte, um so mehr machte sich das Bedürfnis nach einer direkten und unmittelbaren Fühlungnahme zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Regierung geltend. Die Geschicke des Reichs wurden in Berlin entschieden, der Sitz der Nuntiatur war aber München. Daß daraus sich Unzulänglichkeiten ergeben mußten, ist nicht überraschend. Anfang 1917 trat daher der schon früher erörterte Gedanke, eine Nuntiatur in Berlin zu errichten, wieder mehr in den Vordergrund. Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich über die Form der eventuellen Berliner diplomatischen Vertretung des Heiligen Stuhles. Während der Vatikan mit Rücksicht auf den katholischen Hof in München es für das Beste hielt, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Münchner Nuntius gleichzeitig in Berlin akkreditiert würde, hatte man im Auswärtigen Amt gegen diese Form lebhafte Bedenken, und zwar zunächst mit Rücksicht auf München, da durch die Vertretung in Berlin der Schwerpunkt der diplomatischen Vertretung nach Berlin verlegt und München ins Hintertreffen geraten würde. Auch diplomatisch-technische Bedenken nicht geringer Art sprachen dagegen, da der Münchner Nuntius doch nur in gewissen Zwischenräumen nach Berlin kommen könnte, die Erfahrungen des Krieges aber bewiesen, daß ein diplomatischer Verkehr nur dann von Erfolg

begleitet ist, wenn er persönlich und ununterbrochen im persönlichen Meinungsaustausch erfolgt. Weiter glaubte man, daß die Stellung des Kaisers einem solchen Vorschlag nicht günstig sein würde. Bisher erhob man von Berlin keine Einwendungen, wenn Botschafter und Gesandte, die in Berlin beglaubigt waren, auch an anderen deutschen Höfen ihre Beglaubigungsschreiben überreichten. Aber Berlin, das die Leitung der Reichsgeschäfte verfassungsmäßig führt, konnte Bedenken nicht unterdrücken, daß ein Diplomat, der bei einem deutschen Bundesstaat beglaubigt ist, im „Nebenamt die diplomatische Vertretung beim Deutschen Reich" übernehmen könne. Von Berlin äußerte man daher den Wunsch nach einer selbständigen diplomatischen Vertretung des Heiligen Stuhls, und zwar einer dauernden in Form einer Nuntiatur erster Klasse. Nuntius Aversa glaubte allerdings, daß die Berliner Gründe nur bei Errichtung einer dauernden Nuntiatur zutreffend seien, nicht aber, wenn man nur an eine diplomatische Vertretung während des Krieges denke. Im weiteren Verlauf der hierauf gepflogenen Verhandlungen ergab sich dann, daß der Heilige Stuhl sehr geneigt war, eine Nuntiatur in Berlin zu errichten; da dies aber der bayerischen Regierung nicht angenehm wäre, hielt es der Heilige Stuhl, welcher in der gegenwärtigen schweren Zeit nicht eine Verstimmung oder Uneinigkeit zwischen den einzelnen Bundesstaaten hervorrufen wolle, wenn auch ungern, so doch für angebracht, einer Verwirklichung dieses Planes im Augenblick nicht näher zu treten. Vielleicht könne die Frage nach dem Kriege wieder aufgenommen werden. Tatsächlich fand die Frage ihre Lösung auch erst nach Annahme der neuen deutschen Reichsverfassung, indem zuerst Preußen und dann Bayern künftig auf eine eigene Vertretung beim Vatikan verzichteten, so daß im ersten Halbjahr 1920 eine deutsche Botschaft beim Vatikan errichtet werden konnte. Die Errichtung der Berliner Nuntiatur ist inzwischen auch erfolgt.

4. Kapitel

Beim Kaiser

Während des Weltkrieges hatte ich drei Unterredungen mit dem Deutschen Kaiser: Das erstemal nach meiner Rückkehr aus Rom am 1. März 1915, das zweitemal nach der Annahme der Friedens-

resolution des Reichstags am 20. Juli 1917 im Verein mit anderen Abgeordneten und das drittemal nach meiner Ernennung zum Staatssekretär in der zweiten Hälfte des Oktober 1918.

Die erste Unterredung fand nach dem Frühstück im Schlößchen Bellevue statt und dauerte eine Stunde. Vor der Audienz kam ein diensttuender Flügeladjutant zu mir und meinte: „Sie werden Seiner Majestät doch nur gute Nachrichten bringen?“ Ich erwiderte, daß ich dem Kaiser die Wahrheit sagen würde. Dabei blieb es auch. Zunächst hatte ich dem Kaiser den Dank Seiner Heiligkeit zu übermitteln für „das großherzige Entgegenkommen in der Frage der Behandlung der kriegsgefangenen französischen Geistlichen, der Weihnachtsfeier, der Freilassung der militärunfähigen Kriegsgefangenen und der Freilassung der Zivilgefangenen“. Sodann übermittelte ich die Bitte des Papstes, der Kaiser möge seinen ganzen Einfluß ausüben, um den Frieden zwischen Österreich und Italien zu erhalten, wie der Papst seinerseits bereits alle Schritte in dieser Richtung getan habe und weitere folgen lassen werde. Der Kaiser würde sich nach Ansicht des Papstes unsterbliche Verdienste um das Deutsche Reich, um Österreich und Italien gleicherweise erwerben, wenn es ihm gelingen würde, den Frieden aufrechtzuerhalten. Hierauf unterbreitete ich den Wunsch wegen rascher Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen-Gnesen. Der Kaiser war sehr erfreut über die wohlwollende Gesinnung des Papstes und versicherte mir wiederholt, daß er dem Papst recht dankbar sei für alles, was er im Interesse des deutschen Volkes während des Krieges getan habe. Er, der Kaiser, sei gern bereit, im Sinne der Wünsche des Papstes zu wirken, er werde namentlich mit aller Entschiedenheit in Wien vorstellig werden, um eine Verständigung zwischen Österreich und Italien herbeizuführen; er hoffe auf eine solche, so unbegründet und unangebracht die Wünsche Italiens auch seien. Sehr erregt sprach sich der Kaiser über den König von Italien aus, der ihm noch nach dem Lybischen Krieg das Ehrenwort gegeben habe, daß er unter keinen Umständen gegen Deutschland einen Krieg führen würde, und daß er seinen Bündnispflichten immer treu und mit aller Entschiedenheit nachkommen werde. Nun habe der König nicht einmal den Vertrag gehalten; Italien wolle Neutralität nicht umsonst geben, sondern verlange für seine Neutralität noch Bezahlung; es sei für ihn, den Kaiser, doppelt schmerzlich, daß er „zugunsten eines Verräters“ nun auf seinen einzigen

Freund in der Welt, der ihm noch geblieben sei, den greisen Kaiser Franz Joseph, einwirken müsse; denn er wisse, wie ungemein ungern gerade der alte Kaiser an die Erfüllung der italienischen Forderung herangehe; aber im Interesse von beiden Völkern müßten eben Opfer gebracht werden.

Der Kaiser kam dann auf die österreichischen Verhältnisse im allgemeinen zu sprechen und klagte, daß durch die mangelhafte Führung des Offizierkorps das österreichische Heer nicht das leiste, was es tatsächlich leisten könne. Es habe sich gerächt, daß in Österreich der Hochadel keinen Militärdienst leiste und abseits stehe, so daß nicht ein Offizierkorps, das den inneren Zusammenhalt und die innere Freude am Dienst habe, sich bildete, sondern reine Berufsoffiziere, die nur für ihren Sold dienen. General Woyrsch habe ihm, dem Kaiser, kürzlich erzählt, wie mitten in der heftigsten Schlacht die Österreicher das Gefecht abgebrochen hätten, um das Mittagsmahl zu kochen, und wie sie sich damit gerechtfertigt hätten, daß nunmehr die deutschen Truppen da seien und sie ablösten. Eine Militärkonvention zwischen Deutschland und Österreich sei nach dem Kriege absolut notwendig. Der Kaiser sprach des weiteren über die Freimaurerei und deren Kriegshetze in Italien; er gab seiner tiefsten Abneigung gegen diese „organisierte Verbrecherbande" Ausdruck; diesem Geheimbund müsse in jedem geordneten Staatswesen entgegengetreten werden.

Auf die innere deutsche Politik übergehend, sprach der Kaiser seine Freude darüber aus, daß alle Schichten des Volkes an dem endgültigen Sieg, auf den er absolut sicher rechne, mitarbeiteten. Man müsse in den inneren Reformen nicht zu rasch vorgehen und namentlich das deutsche Offizierkorps nicht zu sehr demokratisieren. Gegenüber der agitatorischen Tätigkeit des Auslandes müsse sich das deutsche Volk mehr als bisher rühren; das englische Kabelmonopol müsse gebrochen und große Fonds für Funkenstationen und ähnliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die rasche Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen-Gnesen sagte der Kaiser zu. Die frühere lange Verwaisung habe sich gerächt und nur dem Radikalismus unter den Polen gedient; er werde daher sofort Anordnung geben, den Wunsch des Papstes durchzuführen.

Der Kaiser war während der ganzen Unterredung sehr liebenswürdig und sprach frisch und munter. Es hielt nicht leicht, ihm zu-

sammenhängend über eine Materie erschöpfend Vortrag zu halten, da der Kaiser immer wieder unterbrach und neue Fragen berührte. Immerhin hatte ich den Eindruck, daß es nicht allzu schwer sei, den Kaiser, wenn man selbst eine klare, feste Absicht habe, für diese zu gewinnen. Zum Schlusse beauftragte mich der Kaiser, dem Papst herzlich zu danken für alle Bemühungen für Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Österreich und Italien.

Eine zweite Unterredung mit dem Kaiser fand anläßlich der Friedensresolution des Reichstags am 20. Juli 1917 statt. In jenen wechselreichen Tagen eilte der Deutsche Kronprinz aus seinem Militärquartier nach Berlin, um von den Parteiführern sich über die politische Situation unterrichten zu lassen. In Ausführung eines von mir am 6. Juli in der Kommission geäußerten Wunsches wurde damals im Reichstag verbreitet, auch der Kaiser gedenke die Parteiführer zu sich zu bitten. Jedoch wurde die Ernennung des neuen Reichskanzlers ohne Anhörung irgendeines Abgeordneten vollzogen. Es war die letzte Ernennung dieser Art im Deutschen Reich. Dem allseitig geäußerten Wunsch gab der Kaiser nach, indem er nach Annahme der Friedensresolution im Reichsamt des Innern Vertreter aller Fraktionen mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten empfing. Die Vertreter der Fraktionen wurden, je hübsch in eine Reihe geordnet, durch den Reichskanzler Michaelis und den Vizekanzler Helfferich dem Kaiser vorgestellt, der zunächst wenige kurze Worte an dieselben richtete. Zu dem mit mir vorgestellten späteren Präsidenten des Reichstags, Fehrenbach, der tags zuvor die Friedensresolution begründet hatte, sagte der Kaiser, daß er und seine Frau als alte Leute, die sechs Söhne im Felde hätten, die Rede mit großem Interesse gelesen hätten. Dann sprach der Kaiser über den am Tage zuvor erfolgten Durchbruch im Osten; es sei keine „Parlamentsoffensive gewesen“, um den Reichstag in gute Stimmung zu versetzen; sein Sohn Fritz habe die Gardedivision geführt, welche den Russen den republikanischen Staub um die Ohren gewirbelt habe.

Nach der Vorstellung wurden in einem anliegenden Zimmer einzelne Abgeordnete vom Kaiser in Unterredung gezogen; zunächst auch der heutige Reichspräsident Ebert. Bei diesen Besprechungen wurden anfangs mehr allgemeine, nichtpolitische Dinge erörtert. Erst nach Verlauf längerer Zeit bildete sich ein größerer

Kreis um den Kaiser, der dann auf die aktuelle Politik überging. Zu allgemeiner Überraschung führte der Kaiser unter anderem aus, es sei sehr gut, daß der Reichstag einen „Frieden des Ausgleichs“ wünsche (die Reichstagsresolution enthielt gerade dieses von der Obersten Heeresleitung mit Zähigkeit geforderte, recht unklare Wort nicht); das Wort Ausgleich sei ausgezeichnet, das habe der da — dabei zeigte er auf den ihn mit Zigaretten bedienenden Vizekanzler Helfferich — erfunden. Der Ausgleich bestehe aber darin, daß wir von den Feinden Geld, Rohstoffe, Baumwolle, Minette, Öle wegnähmen und aus ihrer Tasche in unsere Tasche überführten; das sei ein ganz famoses Wort. Die Mitglieder der Mehrheitsparteien sahen zu ihrem Schrecken, daß der Kaiser nicht nur nicht informiert war über das, was sie wollten, sondern sie fühlten sich durch diese Ausführungen sogar verhöhnt. Die weiteren Auslassungen des Kaisers bewegten sich in derselben Richtung: England und Amerika hätten ein Bündnis geschlossen, um mit Japan nach dem Kriege abzurechnen; er wisse bestimmt, daß Rußland sich mit Japan zum Gegenstoß verbündet hätte. Ferner erklärte er, der jetzige Krieg werde zwar nicht mit einer Niederlage Englands endigen, aber am Schlusse des Krieges werde eine große Verständigung mit Frankreich herbeigeführt werden, und dann werde der ganze europäische Kontinent unter seiner, des Kaisers, Führung den eigentlichen Krieg, den Krieg gegen England, den er als einen „zweiten Punischen Krieg“ bezeichnete, beginnen. Das Entsetzen unter uns Abgeordneten steigerte sich. Auf die einige Tage zuvor stattgefundene Schlacht in Galizien eingehend, erwähnte der Kaiser, daß die preußische Garde unter Führung seines Sohnes Fritz „den Russen den demokratischen Staub aus den Westen“ geklopft hätte. „Wo die Garde auftritt, da gibt es keine Demokratie,“ fügte der Kaiser noch wörtlich bei. Zu mir gewendet, sprach er dann über die von mir bezweifelten Erfolge des U-Bootkrieges: an der Ostküste Englands befände sich ein ganzes Trümmerfeld von Schiffen; in zwei bis drei Monaten würde England erledigt sein; in Australien seien vier Millionen Tonnen Getreide frachtbereit; aber England könne sie nicht holen. Schließlich meinte der Kaiser: „Meine Offiziere melden mir, daß sie überhaupt kein feindliches Schiff auf hoher See mehr antreffen.“ Ich erwiderte, daß es mir dann um so unverständlicher sei, daß der Admiralstab doch jeden Monat die Versenkung von 600 000 Tonnen Schiffsraum und mehr melden könne.

Mit unwilliger Bewegung wandte mir darauf der Kaiser den Rücken zu. Zum Ausbau der Wasserstraßen übergehend, entwickelte der Kaiser den phantastischen Plan, die untere Donau bei Cernawoda dem Trajanswall entlang nach dem Schwarzen Meer abzuleiten; dann sitze die internationale Donaukommission in Braila bald auf dem Trockenen; für „Rumäniens Treubruch“ sei die „verdiente Strafe“ schon erfolgt. Auf meinen Hinweis auf das sehr arme rumänische Volk, das vielfach nur mit einem Hemd bekleidet sei, antwortete der Kaiser, daß er als junger Prinz eine Zeitlang im Auswärtigen Amt beschäftigt gewesen sei; da habe ihm Bismarck einmal gesagt: „Solange die Leute im Osten das Hemd über der Hose tragen, sind sie anständige Kerls; wenn sie aber das Hemd in der Hose tragen und dazu einen Orden auf der Brust, so sind sie Schweinehunde.“ Damit schloß lachend die Unterhaltung. Die ganze Unterredung zwischen dem Kaiser und den Abgeordneten war nicht nur im höchsten Grade verunglückt, sondern sie war der tiefste Spatenstich zum Sturz des bisherigen Regimes. Ergraute Abgeordnete, welche vom parlamentarischen System bis dahin nichts wissen wollten, sprachen es an diesem Abend offen aus, daß das seitherige System Deutschland ins Unglück führen müsse. Leider fehlte aber die Kraft zum wirkungsvollen Entschluß. Es war dies die erste Unterredung, die der Kaiser seit nahezu zwei Jahrzehnten mit Volksvertretern hatte. Es war auch seine letzte.

Eine dritte Audienz bei dem Kaiser hatte ich, nachdem ich Anfang Oktober 1918 gegen das Widerstreben der Hofkamarilla zum Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden ernannt worden war. Im Schlosse Bellevue empfing der Kaiser am 21. Oktober sämtliche neuen Staatssekretäre und parlamentarischen Unterstaatssekretäre. Er hielt eine vom Kabinettchef, dem früheren Staatssekretär von Delbrück wohl vorbereitete Ansprache, die sich mit dem durch die Oktoberverfassung in Deutschland eingeführten parlamentarischen Regime abfand und sich auf den Boden desselben stellte. Nach der Ansprache wandte sich der Kaiser an die einzelnen Staatssekretäre und sprach mit jedem einige rein persönliche, nichtpolitische Worte. Bei mir erkundigte er sich nach dem kurze Zeit vorher stattgefundenen raschen Ableben meines einzigen Sohnes als Fahnenjunker in Karlsruhe. Mit dem späteren Reichskanzler Bauer, einem gebürtigen Ostpreußen, sprach der Kaiser über seine

Besuche in Cadinen, mit dem späteren Ministerpräsidenten Scheidemann, derzeitigen Oberbürgermeister in Kassel, über seine Jugendzeit in Kassel und den späteren öfteren Aufenthalt in Wilhelmshöhe. Die Politik wurde in jenen für das deutsche Volk hochernsten Tagen vom Kaiser überhaupt nicht berührt. Die ganze Audienz währte nur eine halbe Stunde. Es war das letztemal, daß der Kaiser die deutschen Staatssekretäre sah. Kurz vor seiner Flucht nach Holland erklärte er dem im Großen Hauptquartier weilenden katholischen Divisionspfarrer, daß er sich gefreut hätte, mit drei von den neuen Ministern lange zusammenzuarbeiten: mit dem Sozialdemokraten David und den beiden Zentrumsministern Giesberts und Erzberger.

In den erregten Tagen vor Abschluß des Friedens trat ich durch eine Mittelsperson mit dem Kaiser nochmals in Verbindung wegen der drohenden Auslieferungsfrage. Bis jetzt habe ich darüber vollständiges Schweigen gewahrt, aus vaterländischen Gründen, die mir höher standen, als die Verdächtigungen abzuwehren, daß mir die sogenannten „Schandparagraphen" weniger Sorge und Schmerz bereitet hätten als anderen Deutschen. Dieselben Gründe bestimmen mich auch jetzt noch, einstweilen nicht näher auf die Angelegenheit einzugehen.

Mein Eindruck aus den Unterredungen mit dem Kaiser war, daß man es mit einem äußerst beweglichen Geiste zu tun hatte, der nur mit vieler Mühe jeweils bei der zur Entscheidung stehenden Frage gehalten werden konnte, der nahezu immer selbst das Wort führte und nicht erzogen und nicht gewohnt war, eine gegenteilige, auch noch so gut begründete Ansicht anzuhören oder auch nur zu erwägen. Es kam mir dabei lebhaft in Erinnerung, was mir vor Jahren der verstorbene Abgeordnete von Kardorff aus den Tagen der Kanalvorlage erzählt hatte: er habe damals als guter Preuße von seinem Recht Gebrauch gemacht, vom König eine Audienz zu erbitten und sei auch empfangen worden. Kaum habe er das Zimmer betreten, habe der Kaiser lebhaft ausgerufen: „Ich weiß, mein lieber Kardorff, Sie kommen wegen der Kanalvorlage." Und dann habe der Kaiser in ununterbrochenem Redestrom seine Ansichten über die Kanalvorlage entwickelt und ihn dann mit einem herzlichen Händedruck verabschiedet, ohne daß der Abgeordnete von Kardorff Gelegenheit hatte, auch nur mit einem einzigen Wort seine Ansicht darzulegen.

5. Kapitel

In Konstantinopel

Die Türkei konnte ihre Neutralität in dem brandenden Weltkrieg nicht lange wahren: auf der einen Seite standen Rußland und Frankreich mit ihren offenkundigen Ansprüchen auf türkisches Gebiet und mit einer für das türkische Selbstbewußtsein schwer belasteten Vergangenheit; andererseits sahen die zur Herrschaft gelangten Jungtürken die Errichtung eines jungtürkischen Nationalstaates „durch Einheit und Fortschritt" als ihr unverrückbares politisches Ziel an. Dieser Gegensatz zwischen Wasser und Feuer drängte zu einer Lösung. Eine jahrelange kluge deutsche Politik machte der türkischen Regierung die Entscheidung nicht allzu schwer. Deutschland war als jüngste Großmacht an den von den Jungtürken scharf bekämpften Kapitulationen nicht wesentlich beteiligt und hatte wiederholt zu erkennen gegeben, daß die Erhaltung der Türkei als Gesamtstaat und ihre wirtschaftliche Erschließung das ausgesprochene deutsche politische Ziel sei. Man rechnete daher von den ersten Augusttagen 1914 ab in Berlin täglich mit der türkischen Kriegserklärung; dieselbe blieb länger aus, als man erwartet hatte, und wurde endlich durch eine Überraschung, an der Enver-Pascha in erster Linie beteiligt war, erzwungen. In Deutschland herrschte darüber große Freude; denn nun war die Blockade Rußlands zu einem erheblichen Teil durchgeführt, da sowohl die Zufuhr von Munition wie der Abtransport des Ernteüberschusses aus Rußland durch die Dardanellen ein Ding der Unmöglichkeit wurde, was Deutschland große Entlastung brachte.

Allerdings zeigte sich gar bald, daß die Türkei das Sorgenkind Deutschlands wurde. Man hatte namentlich an militärischen Stellen den Krieg an der Seite der Türkei kaum vorbereitet und begnügte sich zunächst mit der Zupfropfung der Dardanellen. Trotz des Wirkens des energischen Generals Liman von Sanders konnte die türkische Armee nur mobilisiert werden, aber für eine längere Kriegsdauer fehlte es an allem. Rasch stellte sich erheblicher Munitionsmangel ein. In der Türkei selbst konnte das notwendige Kriegsgerät nicht in dem erforderlichen Umfang hergestellt werden, obwohl deutsche Ingenieure wahre Zauberkünste durch Errichtung neuer

Arsenale vollbrachten. Die Munitionszufuhr über Österreich-Ungarn war durch das Verhalten Rumäniens so gut wie ausgeschlossen. Fast alle Versuche, Kriegsmaterial durchzubringen, scheiterten, obwohl die gewagtesten Mittel angewandt worden sind und kein Geld gespart wurde. Der Ruf aus Konstantinopel drang immer eindringlicher an das Berliner Ohr. Im Juni 1915 befürchtete man ziemlich allgemein den Fall der Dardanellen, da gewisses Kriegsmaterial nur noch in einer verschwindend kleinen Menge vorhanden war. General von der Goltz hat mir damals durch einen Vertrauensmann ein ungemein düsteres Bild entrollen lassen; er teilte mir später mit, daß, wenn die Engländer anfangs Juni energisch vor- und nachgestoßen hätten, die Eroberung der Dardanellen ein Kinderspiel gewesen wäre, ja, einmal hätten sie bereits die Lage vollkommen beherrscht, ohne es erkannt zu haben; es sei ein wahres Wunder, daß die Eroberung nicht erfolgt sei.

Den militärischen Leistungen der türkischen Armee kann niemand seine Bewunderung versagen. Was sie bei der Verteidigung der Dardanellen geleistet hat, wird in der Geschichte als eine Ruhmestat des Weltkrieges fortleben. Wo der Türke gut verpflegt, gut behandelt und gut geführt wurde, hat er sich als ein außerordentlich tapferer und pflichtgetreuer Soldat erwiesen. Das türkische Volk leistete trotz des vorangegangenen Balkankrieges fast Übermenschliches in der Aufbringung von Soldaten. Als der deutsche Botschafter beim Eintritt der Türkei in den Krieg zu Enver-Pascha sagte, Deutschland erwarte von den Türken eine Waffenhilfe durch eine Armee von 750 000 Mann, da erklärte Enver-Pascha es für ausgeschlossen, nach den unglücklichen Kriegen eine solche Truppenmacht aufzustellen. Im April 1918 hatte die Türkei über 2 Millionen Mann unter den Waffen, eine organisatorische Leistung, die erstaunlich ist. Daß der Kampfwert der türkischen Armee während des Krieges teilweise zurückging, lag in natürlichen Schwierigkeiten: der Verpflegung mit Lebensmitteln und der Versorgung mit Kriegsmaterial. Die deutsche Oberste Heeresleitung schätzte die Tüchtigkeit der Türken sehr hoch ein, was am besten die Bitte nach Konstantinopel bewies, einige Divisionen nach Galizien zu entsenden. Die Verpflegung der Armee wie auch des Volkes war die Hauptschwierigkeit. Ein mittlerer Dampfer führte der englischen Armee in Palästina an Lebensmitteln und Material so viel zu, wie die türkische Armee dorthin in drei Wochen schaffen

konnte. Das Deserteurwesen nahm allerdings im Laufe des Krieges stark zu. Fahnenflucht aber wurde, wie mir ein höherer Offizier sagte, von den türkischen Soldaten ganz anders gewertet als in den europäischen Ländern. Periodische Beurlaubungen gab es in der Armee nicht. Viele Soldaten standen seit Jahren ununterbrochen unter den Waffen, ohne zu wissen, was aus den Ihrigen geworden war; daß sie dann oft freiwillig Urlaub nahmen, ist bei den geringen Strafen, welche die türkische Militärgerichtsbarkeit für Deserteure kennt, nicht überraschend. Gegen Ende des Krieges trieben sich in Kleinasien einige hunderttausend Deserteure herum. Botschafter Graf Bernstorff faßte sein Urteil mir gegenüber am 30. März 1918 dahin zusammen:

> „Trotz aller Schattenseiten der hiesigen Verhältnisse muß ich doch immer wieder betonen, daß kein Mensch der Türkei vor dem Krieg so viel zugetraut hätte, wie sie geleistet hat. Man muß den Jungtürken wenigstens eine ruhige Probezeit gönnen, ehe man sie verdammt. Seit sie das Land regieren, folgten Revolutionen und Kriege ununterbrochen aufeinander."

Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde dadurch bestätigt, daß die Türkei bis zum Schluß an der Seite der Mittelmächte aushalten konnte.

Wirksame Hilfe für die Türkei und wahrscheinlich eine entscheidende Wendung im Weltkrieg zugunsten der Mittelmächte wäre erreicht worden, wenn man der politischen Forderung, die seit November 1914 gegenüber der deutschen Obersten Heeresleitung von verschiedenen Seiten, auch von mir, vertreten wurde, Rechnung getragen hätte; diese ging dahin, sofort die Donau entlang auf serbischem Gebiet vorzustoßen, um freien Durchmarsch über Bulgarien nach der Türkei zu erzwingen. Ich habe der militärischen maßgebendsten Stelle in jenen Tagen die politische Notwendigkeit dieser militärischen Aktion des längeren auseinandergesetzt und besonders betont, daß mir ein gut informierter deutscher Offizier erklärt habe, daß mit zirka 40 000 Mann (also einem Bruchteil von dem, was damals nutzlos vor Ypern an jungem deutschem Blut dahinfloß) die ganze Operation absolut sicher vollzogen werden könne; die politischen Vorteile seien, daß nicht nur die Türkei den Krieg viel energischer führen könne, sondern sehr wahrscheinlich würde dann auch Bulgarien auf unsere Seite treten und Rumänien würde infolge der Beherrschung der Donau in Schach gehalten; ein sicherer Gewinn liege darin, daß die Zufuhr der Munition an

die serbische Armee donauaufwärts unterbunden werde, was über kurz oder lang die Kapitulation von Serbien zur Folge haben müsse. Ich war aber im höchsten Grade überrascht, als mir der General erklärte, daß ein solcher Vorstoß gar nicht erforderlich sei, denn Bulgarien und Ungarn grenzten doch aneinander. Ich mußte ihm erst durch Vorlegung einer Karte beweisen, in welch großem Irrtum er sich befand. General von Falkenhayn stellte mir den Beginn des Durchstoßes durch Serbien auf den 15. März 1915 in Aussicht, was aber nicht erfolgte. Mitte 1915 machte ich die Oberste Heeresleitung erneut auf die Dringlichkeit eines militärischen Vorstoßes durch die Nordwestecke Serbiens aufmerksam. Die Antwort ging dahin, daß der Angriff gegen Serbien jetzt nicht erfolgen könne; man redete damals viel von den „verseuchten Gebieten Nordserbiens“ und bezeichnete Serbien trotz aller politischen Vorstellungen als „Nebenkriegsschauplatz“. So unterblieb vorerst die Schaffung eines direkten Landweges von Berlin bis Konstantinopel; ein solcher wurde erst viele Monate später unter Aufbietung gewaltigen Materials und riesiger Menschenmengen erzwungen.

Im Februar 1916 weilte ich nahezu 14 Tage in Konstantinopel, um eine Reihe politischer Angelegenheiten mit verschiedenen Stellen zu besprechen. Der neu eingeführte Balkanzug brachte mich von Berlin in bequemster Weise in 72 Stunden dorthin. In Serbien sah man die Bahn entlang die Spuren der Kriegsverwüstung; das Land schien wie ausgestorben. Infolge eines Mißverständnisses wurde nach Sofia gemeldet, daß ich daselbst aussteigen würde, was ich erst für die Rückkehr plante. Auf dem Bahnhof wurde ich von dem Vertreter der bulgarischen Regierung begrüßt und mußte das bestimmte Versprechen abgeben, auf dem Rückweg längere Zeit in der Hauptstadt des Landes zu weilen. Als ich am anderen Morgen hinter Adrianopel an der türkischen Grenze erwachte, empfand ich sofort, daß man jetzt in das Land kam, in welchem man Zeit, viel Zeit übrig haben mußte; denn alles ging langsam und abermals langsam. Die Kontrolle an der Grenzstation dauerte nahezu drei Stunden. Die Fahrt durch das fast verödete Thrazien, in dem man kaum eine Straße oder menschliche Behausung sah, erinnerte an die schöne Jugendzeit, in der man lernte, daß Thrazien die Kornkammer des Ostens war. In der Dunkelheit kam ich in Konstantinopel an. Als ich in dem am Bahnhof mir zur Verfügung gestellten Auto Platz genommen hatte, setzte sich

zu meiner Überraschung einige Minuten später eine Dame auf meinen Schoß; es war eine gleichzeitig mit dem Zuge angekommene recht lebhafte Prinzessin, die ihren in Konstantinopel weilenden Sohn besuchen wollte und welche wohl annahm, daß das Auto nur ihr zur Verfügung gestellt worden sein konnte. Nach gegenseitiger Vorstellung brachte ich die Dame in ihr Hotel.

In der türkischen Hauptstadt hatte ich wiederholt Unterredungen mit Talaat-Pascha, Enver-Pascha und angesehenen türkischen Politikern, mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgraf Pallavicini, der seine lange diplomatische Laufbahn nahezu vollständig auf dem Balkan zugebracht hatte, und mit seit vielen Jahren dortselbst weilenden deutschen Kaufleuten. Ich wohnte auch dem Selamlik bei und war überrascht, als mir in dem an die Moschee stoßenden Zimmer, in dem zahlreiche jungtürkische Offiziere auf „Befehl" weilten, der übliche Kaffee mit Zigaretten geboten wurde. Mit dem deutschen Botschafter Graf Metternich, einem der klügsten deutschen Diplomaten mit scharfem, klarem Urteil, machte ich manche Fahrt und manchen Gang in der Umgegend Konstantinopels. Eines Tages kamen wir durch eines der nahegelegenen fruchtbaren Täler an einem türkischen Bauernhof vorbei. Der türkische Bauer, der gebrochen etwas Französisch sprach, hatte uns als Deutsche erkannt und äußerte seine große Freude: fünfmal sei er bei Gallipoli verwundet worden. Er holte seinen deutschen Soldatenmantel herbei, auf den wir uns setzen mußten, und bot uns Zigaretten an, die er selbst wickelte. Obwohl Nichtraucher, mußte ich die Gabe annehmen; der Türke schaute aber meinen Rauchversuchen recht argwöhnisch zu. Hiebei wurde mir ein klarer Einblick in die türkischen Wirtschafts- und Steuerverhältnisse. Äußerst fruchtbares Land in nächster Nähe von Konstantinopel lag unbebaut da. Der Türke hat kein Interesse daran, es in Kultur zu nehmen, da die Art der Steuererhebung ihm fast all das, was er über des Lebens Notdurft erzeugt, abnimmt. Bei einem Besuche der Bosporussperre am Eingang ins Schwarze Meer konnte ich am 10. Februar im Freien speisen; das Gemüse war schon handhoch gewachsen: überall üppige Fruchtbarkeit, daneben politische Austrocknung und wirtschaftliche Unterbindung. So wurde es mir erklärlich, daß in dem dünn bevölkerten, sehr fruchtbaren Land Mangel an Lebensmitteln herrschte. An diesem System ging die Türkei zugrunde. Botschafter Graf Bernstorff hat dies klar erkannt. Er schrieb mir am 30. März 1918:

„Am bedenklichsten sind die Ernährungsverhältnisse. Es herrscht tatsächlich Hungersnot, die noch dadurch verschlechtert wird, daß sich niemand darum kümmert, ob die armen Leute sterben, sowie dadurch, daß die anderen alle am Kriegswucher beteiligt und daher selbst die höchsten Preise zu zahlen bereit sind. Auch in dieser Frage bemühe ich mich, die Regierung zum Einschreiten zu bewegen." Alle solche Vorstellungen blieben jedoch ergebnislos.

Die in der Türkei zahlreich weilenden Deutschen waren mit dem herrschenden Regime aufs höchste unzufrieden und gaben diesem Unmut nur zu beredten und lauten Ausdruck, was wiederum Mißtrauen und Unwillen bei den Türken hervorrief. Die Klagen gingen namentlich dahin, daß die Jungtürken selbst die gesamte Belieferung des Heeres und alle staatlichen Aufträge in die Hand nähmen und daß riesige Summen als „Überzeugungsgelder" gezahlt werden müßten, wenn man überhaupt ankommen wolle. Zahlreiche phantasievolle Projektenmacher schwirrten in der türkischen Hauptstadt umher; besonders berüchtigt waren die „Afghanen", welche den Auftrag hatten oder solchen Auftrag vorgaben, sich über Persien nach Afghanistan durchzuschlagen, um dort den „heiligen Krieg" zu entfesseln und die Brandfackeln nach Indien hineinzuwerfen Das gelobte Land ihrer politischen Wünsche waren jedoch fast durchweg die Hotels und Vergnügungsstätten in Konstantinopel, wo sie ihre Absichten so laut kundgaben, daß die zahlreichen Spione der Entente sie mit Leichtigkeit überwachen und auch unschädlich machen konnten. Andere „Retter des Vaterlandes" verfolgten den Plan, an den Suezkanal vorzustoßen und denselben durch Sprengungen und Versenkungen für die Durchfahrt unbenutzbar zu machen; sie rechneten schon aus, welch ungeheure Benachteiligung in der Versorgung Englands eintreten müsse, wenn die englische Handelsflotte den Weg um das Kap zu nehmen habe, vergaßen aber meine Warnung und Mahnung, daß, solange die Taurusbahn nicht vollendet und eine Reihe anderer Voraussetzungen erfüllt sei, es sich doch nur um leere Luftgespinste handle. Auch ein deutscher Fürst beteiligte sich lebhaft an diesen Projekten.

In den Besprechungen mit den mächtigsten Türken, Talaat-Pascha und Enver-Pascha, betonten beide übereinstimmend, daß es höchste Zeit sei, daß Deutschland der restlosen Aufhebung der Kapitulationen zustimme; wenn dies der Fall sei, dann könne Deutschland in der Türkei alles erreichen; es erhalte die Ausbeutung

der Bergwerke und Konzessionen aller Art in nie gekanntem Umfange; die Aufhebung der Kapitulationen sei die Lebensfrage der Türkei und der Preis, um den sie in den Krieg gezogen sei; sei dies erreicht, dann werde die Türkei unter deutscher Führung sich reformieren, Deutschland erhalte ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten im Osten. Die von mir vorgebrachten Bedenken über einen solchen radikalen Schritt wurden nicht beachtet. Sehr ärgerlich wurden beide, als ich bestimmte Maßnahmen zum Schutz der Armenier und der Christen überhaupt wünschte und darlegte, daß an ein dauerndes Bündnis zwischen Deutschland und der Türkei nicht gedacht werden könne, wenn den berechtigten Wünschen der Christen nicht Rechnung getragen würde. Allgemeine Redensarten und Zusagen unverbindlicher Art konnten mich über den Ernst der Sachlage nicht hinwegtäuschen. Als ich Talaat-Pascha im September 1918 kurz vor dem Zusammenbruch nochmals in Berlin traf, erinnerte ich ihn daran; er äußerte seinerseits, daß Deutschland zugrunde gehe, weil es als Insel in der Welt das parlamentarische Regime nicht eingeführt hätte, das seine Partei in der Türkei restlos durchzusetzen vermocht habe.

Meinen umfangreichen Bericht an den Reichskanzler habe ich nach meiner Rückkehr begonnen mit dem Satz, den in markanter Weise Markgraf Pallavicini an die Spitze einer Unterredung mit mir stellte: „Die Türkei ist ein durch Deutschland galvanisierter Leichnam“. Ich legte im Anschluß daran dar: das am Ruder befindliche jungtürkische Kabinett könne sich auf eine Mehrheit im Volke oder eine solche im Parlament nicht stützen; das jungtürkische Komitee neige nach Frankreich, was aus der gesamten Geistesauffassung und der Geschichte der Jungtürken zu erklären sei; nur auf vier starke Männer: Enver-Pascha, Talaat-Pascha, Halil-Pascha und den Kammerpräsidenten stütze sich der ganze deutsche Einfluß; den maßgebenden Jungtürken schwebe als einziges Ziel vor: eine völlig freie Türkei. Diesem Ziel gegenüber erklärte mir der österreichische Botschafter Markgraf Pallavicini, daß es für die Zukunft der Türkei politisch nur zwei, praktisch nur einen Weg gebe: entweder die Türkei stelle sich unter die Führung der Mittelmächte, was aber die Jungtürken nicht wünschten, weil sie gegen jede Fremden seien, oder die Mittelmächte müßten sich über die Türkei mit den anderen kriegführenden Staaten verständigen; der Krieg sei auf dem Balkan ausgebrochen, er sei wegen des

Balkans ausgebrochen und werde auch auf dem Balkan enden; er, Pallavicini, habe nahezu seine gesamte Laufbahn auf dem Balkan zugebracht; er sei früher ein Anhänger einer wieder zu erweckenden Türkei gewesen, müsse aber heute nach allem, was er gesehen und erlebt habe, offen bekennen, daß er sich geirrt habe und daß sein früheres Programm nicht ausführbar erscheine. Mit dem Urteil der Diplomaten ging Hand in Hand das der deutschen Kaufleute:

> „Wer von der deutschen Zukunftswirtschaft Berlin—Bagdad spreche und hiervon für das deutsche Volk einen großen Gewinn erhoffe, sei ein geradezu gemeingefährlicher Phantast. Die Türken nutzten uns im Kriege aus, wie es kaum ein zweites Mal in der Weltgeschichte dagewesen sei. Der stets sinkende Kurs unserer Mark sei hierfür der beste Beweis."

Dies veranlaßte mich zu dem Vorschlag der Entsendung eines besonderen Finanzsachverständigen an die deutsche Botschaft, namentlich behufs Regelung der Valutaverhältnisse; denn je größer unsere Subsidien an die Türkei wurden, desto weniger wurde die Mark wert. Ich selbst zahlte für ein türkisches Pfund 24,50 Mark gegen den Friedenskurs von 18,48 Mark; ich habe erlebt, wie Landwehrmänner in den Banken fast weinten, als sie beim Umwechseln ihres kärglichen Soldes ein Drittel des Friedenswertes verloren. Die aus Deutschland entsandten Arbeiter in den Munitionsfabriken, denen man hohe Löhne in Aussicht gestellt hatte, litten entsetzlich. Es war geradezu widersinnig, daß der französische Franken in der Türkei höher stand als die Mark. Von den ungeheuren Goldspekulationen und Goldverschiebungen nach Syrien, an denen sich die „besten Kreise" beteiligten, will ich lieber nicht reden. Dagegen machte mir viel Freude eine Notiz im „Journal", daß ich in die Türkei eine Milliarde Mark Bestechungsgelder gebracht hätte.

Schon während meiner Anwesenheit in Konstantinopel mußte ich zu meinem Bedauern feststellen, daß gegen den Botschafter Graf Metternich von deutscher Seite mit Hilfe von Jungtürken böswillige Intrigen gesponnen wurden. Deutsche haben sich nicht gescheut, unter den Türken zu verbreiten, daß Graf Metternich antitürkisch gesinnt sei und daß er die Türken verachte. Es waren dieselben Kreise, welche gegen Graf Metternich schon während seiner Londoner Tätigkeit arbeiteten und wühlten. Staatssekretär Dr. Solf, der nach mir in Konstantinopel weilte, berichtete mir über die Einzelheiten dieser üblen Machenschaften. Ich wurde bei den maßgebenden Stellen in Berlin vorstellig. Damals hatten diese

Treibereien keinen Erfolg. Nicht allzu lange darauf haben allerdings die beiderseitigen Militärbefehlshaber General Falkenhayn und Enver-Pascha sich darüber verständigt, daß Graf Metternich abberufen werden müsse, ohne daß die zuständigen diplomatischen Stellen vorher gehört wurden; leider fügten sich letztere. Graf Metternich war hauptsächlich deshalb manchen Kreisen Konstantinopels unbequem geworden, weil er mit unermüdlicher Zähigkeit immer wieder für die Linderung des Loses der Armenier eintrat. An maßgebender türkischer Stelle wurde mir schon während meines Aufenthalts gesagt, das Auftreten des Grafen Metternich mache den Eindruck, als ob er nicht der Botschafter des Deutschen Reichs, sondern der Botschafter der Armenier sei, was ich angesichts der tiefbedauerlichen Vorkommnisse in meiner Antwort als ein „Ruhmesblatt für unseren Botschafter" bezeichnete.

Einen ganz erheblichen Teil meines Aufenthaltes nahmen Besprechungen über die Armenierfrage und über die katholischen Missionsverhältnisse im Orient in Anspruch.

> „Jeder Franzose ist sich darüber klar, daß der gegenwärtige Krieg und die Rolle, die die Türkei in demselben spielt, für den französischen Einfluß im Orient einen furchtbaren Schlag bedeutet ... Der enorme religiöse Einfluß, den wir hatten, ist uns aus der Hand geglitten, während sich vorher unsere Geschichte bemüht hat, ihn uns zu sichern... Wir stehen einer unmittelbaren Gefahr gegenüber. Unser katholisches Protektorat ist im Begriff, einzustürzen und droht die blühenden Werke unter seinen Trümmern zu begraben und unsere zahllosen und unersetzlichen Arbeiten zu vernichten. Ich spreche bloß vom nationalen Standpunkt aus. Die Verantwortung derer, die die Schuld auf sich laden, zu den früheren diplomatischen Mißerfolgen auch noch den hinzuzufügen, daß sie unsere Werke im Osten zusammenstürzen lassen, ohne es vorher mit der einzigen Autorität, die noch helfen kann (Rom), versucht zu haben, würde enorm sein. Ich beschwöre das Parlament, ich beschwöre die Regierung, daß sie sich wohl überlegen, welch ungeheure Pflichten sie sofort zu erfüllen habe."

Diesen treffenden Alarmschuß gab der frühere französische Minister Gabriel Hanotaux am 10. Dezember 1915 im „Figaro" ab; er hat wahr geredet. Die Aufhebung der Kapitulationen, die Schließung der französischen Missionsanstalten, die Ausweisung der französischen Missionskräfte unmittelbar nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg hat im Osten eine völlig veränderte Lage herbeigeführt. Ich sah es als meine Hauptaufgabe an, alle diese Anstalten ohne Unterschied der Nationalität für den Katholizismus und die europäische Kultur zu erhalten, wobei ich mir wohl bewußt

war, welche unendlichen Schwierigkeiten der Erreichung des Zieles im Wege standen. Einer der besten deutschen Missionskenner, Universitätsprofessor Schmidlin, reiste Ende 1914 nach der Türkei, um sich ein klares Bild über die ganze Umwälzung zu verschaffen. In einer umfangreichen Denkschrift schilderte er die früheren und jetzigen Verhältnisse: in den französischen Missionsanstalten wurden bisher gegen 100 000 Kinder des Landes aus den besseren und gebildeten Ständen unterwiesen, während durch die deutschen Schulen in der Türkei kaum 5000 Kinder gingen. Sieht man von Palästina, dem Patriarchat und der Kustodie ab, so hatten die Franzosen überall herrschenden Einfluß. In Syrien nahm eine überragende Stellung die 1875 eröffnete St.-Josephs-Universität der französischen Jesuiten in Beirut ein, die vor dem Kriegsausbruch durch eine juristische und technische Fakultät erweitert wurde und mit einer vorbereitenden Mittelschule verbunden war; gegen 700 Schüler besuchten Universität und Mittelschule. Im Widerspruch zu seiner sonstigen Kirchenpolitik hat der französische Staat seine Missionsschulen im Orient mit mehr als ½ Million Franken jährlich unterstützt. Für die medizinische Fakultät der Jesuitenuniversität in Beirut gab er allein 100 000 Franken. Vor allem aber war es das vielumstrittene „Protektorat", durch das Frankreich den Orientmissionen zu Hilfe kam und aus ihnen seinen politischen Nutzen zog. Begründet durch das Abkommen Frankreichs mit der Hohen Pforte und in allen späteren Verträgen und Kapitulationen zwischen Frankreich und der Türkei ist es auch teils ausdrücklich, teils stillschweigend vom Heiligen Stuhl anerkannt und sanktioniert worden. Seitdem hat die französische Politik und Presse eifersüchtig über diese Prärogative gewacht, die sie unter bedeutenden Opfern erkaufte, aber auch oft rücksichtslos für ihre egoistischen Zwecke ausnutzte und mißbrauchte.

„Der dadurch garantierte Schutz bezieht sich sowohl auf die Missionen als auch auf die Christen, ursprünglich auf alle. Aber dieses Monopol wurde mehr und mehr durchbrochen durch den Anspruch anderer Staaten, die Personen und Anstalten ihrer Nationalität zu schützen und gegenüber der ottomanischen Regierung zu vertreten (wie z. B. die unter dem Schutz des Deutschen Kaisers stehende Dormitio). Im Berliner Kongreß von 1878 wurde das Schutzrecht sämtlichen diplomatischen Vertretern zuerkannt, freilich unter Reservierung des Status quo und der wohlerworbenen Rechte Frankreichs. Ein gegen italienische Bestrebungen gerichtetes Dekret der Propaganda von 1888 befahl den Missionaren, sich zunächst an den französischen Konsul zu wenden, soweit nicht das österreichische Pro-

tektorat bestehe (für den Balkan und die Kopten). Seitdem ist keine positive päpstliche Sanktion mehr erfolgt, aber auch keine Gegenmaßnahme; doch ist das französische Protektorat oder besser Protektoratsmonopol schon durch das französische Trennungsgesetz stark in Frage gestellt. Der Kriegsausbruch brachte leider mit einem Schlage den nahezu völligen Zusammenbruch eines jahrhundertelang mühsam aufgebauten Kulturwerkes, nicht ohne Schuld der beteiligten Kreise selbst. Noch in den kritischen Tagen nach dem Kriegsausbruch trugen die Missionare und Missionsschwestern zur Schürzung des Knotens bei, indem sie ihre französische Gesinnung lärmend bekundeten und sich zu chauvinistischen Demonstrationen hinreißen ließen. Sie hielten öffentliche Gottesdienste für den Sieg der französischen Waffen ab und auch die zum Heeresdienst abgehenden Priester zogen, die Marseillaise singend, durch die Straßen der Hauptstadt, wie mir der deutsche Botschafter versicherte."

Die sofortige Aufhebung der Kapitulationen untergrub die privilegierte Stellung der Missionsanstalten. Die Pforte erklärte ausdrücklich, sie betrachte Frankreichs Protektorat über die religiösen Anstalten des Orients als erloschen und werde selbst einen Botschafter zum Vatikan entsenden. Die Schließung und staatliche Umwandlung sämtlicher französischer Missionsanstalten sowie die Ausweisung der Missionare und Schwestern wurde nicht nur angeordnet, sondern fast allgemein durchgeführt. Dem päpstlichen Delegaten und der österreichischen Botschaft gelang es, einige Kirchen zu retten. Die Schulen mußten fast durchweg aufgegeben werden. Die amerikanische diplomatische Vertretung, die den Schutz der Franzosen übernommen hatte, drängte zur sofortigen und ausnahmslosen Abreise, wobei sie die Zurückerstattung oder reichliche Entschädigung nach dem Krieg in sichere Aussicht stellte.

Für die Katholiken Deutschlands und Österreich-Ungarns war eine neue große Aufgabe erwachsen: wir mußten von dem Missionswerk retten, was irgendwie gerettet werden konnte. Wir durften aber nicht in die früheren Fehler der Franzosen verfallen. Die Jungtürken hatten vom modernen Frankreich gelernt, das Schulwesen zu monopolisieren und zu vertürken, religiös-christliche Einflüsse fernzuhalten und für atheistische Aufklärung zu sorgen. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel versicherte mir, daß man von katholischen Kongregationen in der Türkei überhaupt nichts mehr wissen wolle, weil man der Ansicht sei, alle katholischen Ordensleute, also auch die deutschen, seien politische Agenten Frankreichs. Daher empfahl mir die deutsche Botschaft, daß alle ausreisenden Patres einzeln reisen sollten, und zwar in bürgerlicher Kleidung.

Obwohl ich mir über die ungemein großen Schwierigkeiten von Anfang an klar war, wurde doch das Werk begonnen. Die Reihenfolge der zu unternehmenden Schritte hatte Professor Schmidlin in einer Denkschrift wie folgt zusammengefaßt:

„1. Vereinbarung mit der Türkei zur Übernahme der verlassenen französischen Missionsanstalten (Schulen, Krankenhäuser) durch deutsche katholische Kräfte in der Form des Lazarettdienstes.
2. Abmachungen mit der Türkei, daß nach dem Kriege die während des Krieges von deutschen Kräften besetzten Anstalten diesen dauernd überlassen bleiben.
3. Verständigung mit Österreich durch Verhandlungen in Berlin über gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit.
4. Verhandlungen mit dem Apostolischen Stuhl zur Durchführung der getroffenen Verständigungen.
5. Verhandlungen zur Gewinnung der erforderlichen Kräfte."

In steter Verbindung mit dem Auswärtigen Amt wurde die Tätigkeit begonnen und durchgeführt. Solange die Dardanellen vor den englischen Angriffen nicht gesichert waren, war leider nichts zu unternehmen. Mit allen diesen Fragen konnte in dem Moment, wo die ganze Türkei um ihre Existenz bangte, nicht hervorgetreten werden, ohne der Sache selbst zu schaden. Anfang Februar 1915 berichtete die deutsche Botschaft aus Konstantinopel, daß „allgemeine Verhandlungen mit der Pforte über die Hergabe der Anstalten zum Lazarettdienst und ihre demnächstige dauernde Überlassung voraussichtlich nicht zum Ziele führen und die Erreichung der späteren Wünsche erschweren würden". Es empfahlen sich daher Verhandlungen an einzelnen Orten; aber die Konsuln aus Adana, Bagdad, Beirut, Haifa, Jerusalem, Mossul und Smyrna berichteten, daß dort genügend Lazarette vorhanden und daß die meisten der geschlossenen Anstalten von den türkischen Behörden bereits für andere Zwecke in Gebrauch genommen worden seien. Enver-Pascha brachte damals dem deutschen Botschafter gegenüber die Behauptung vor, daß Deutschland sich nur an die Stelle der Franzosen setzen wolle, auf die Ziele und Wünsche der Jungtürken aber keine Rücksicht nehme; die Absicht der ottomanischen Regierung gehe dahin, dem Wirken ausländischer religiöser Genossenschaften auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts soweit wie irgend möglich ein Ende zu machen; die Pforte denke gar nicht daran, einen Flaggenwechsel auf ihrem Territorium zu gestatten und an Stelle des französischen Protektorats jetzt die Schutzherrschaft irgendeiner anderen Macht zuzulassen. Der deutsche

Botschafter sah die Lösung des Problems darin, „daß die katholische Kirche in der Türkei infolge entsprechender Abmachungen mit der Kurie eine Verfassung erhält, wodurch sie eine nach türkischem Staatsrecht anerkannte, unter gewissen Voraussetzungen von der Staatsgewalt abhängige Kirchengemeinschaft wird, wie es bereits die griechisch-katholischen und armenisch-gregorianischen Kirchen sind. Von katholischen Kongregationen unterhaltene Anstalten würden grundsätzlich als ottomanische Anstalten zu gelten haben." Ich konnte mich auf diesen Vorschlag um so weniger einlassen, als mir einerseits aus der Kirchengeschichte genügend bekannt war, daß die Kurie während eines Krieges neue Konkordate überhaupt nicht abschließt, und andererseits die Dauer des Krieges höchst ungewiß, wohl aber das eine sicher war, daß bis Kriegsende alle bestehenden katholischen Anstalten vernichtet sein würden. Es mußte daher der Weg der sofortigen Hilfe beschritten werden. Auch der Unterrichtsminister Schükri-Bei hat sich am 9. Februar 1915 gegenüber dem ersten Dragoman der deutschen Botschaft dahin ausgesprochen,

> „daß in den jetzigen Maßnahmen gegen die französischen Anstalten weniger eine Folge des Kriegszustandes als vielmehr eine Folge der Aufhebung der Kapitulationen zu erblicken sei. Die Befreiung der Türkei von der europäischen Bevormundung habe ihr die Möglichkeit verschafft, sich auch von dem Wall des in erster Linie im europäischen Interesse liegenden Katholizismus freizumachen. Das Hauptziel der türkischen Regierung sei die Einführung des völlig religionslosen Unterrichts, d. h. die Ersetzung der Kongregationsschule durch die Laienschule, wobei selbstverständlich der Religionsunterricht innerhalb der einzelnen Religionsgemeinschaften in keiner Weise beschränkt werden solle. Die Regierung werde daher keine Schulgründung zulassen, die sich als Schöpfung einer religiösen Körperschaft charakterisiere. Wie sie den Anträgen, die im Namen einer solchen Körperschaft gestellt werden, keine Folge zu geben gedenke, so sei sie auch entschlossen, jeden Versuch, auf Umwegen zu demselben Ziele zu gelangen, zu verhindern. Die Schulerlaubnis werde daher auch einem im eigenen Namen auftretenden Geistlichen verweigert werden, wenn nach Lage der Sache die Überzeugung begründet sei, daß hinter ihm eine religiöse Genossenschaft stehe und daß der Unterricht im wesentlichen in Händen von Ordensmitgliedern liegen werde."

Entsprechend dieser Auffassung erging auch eine ministerielle Verfügung über Privatschulen in der Türkei, die im Artikel 2 bestimmt: „Genossenschaften, Gesellschaften oder Vereinigungen von Ausländern dürfen Privatschulen weder in ihrem Namen noch im Namen von jemand anderem eröffnen." Mit Ungeduld drängte

ich trotz alledem immer wieder zur positiven Arbeit. Am 18. Juli 1915 berichtete die deutsche Botschaft auf einen entsprechenden Vorschlag meinerseits:

> „Die Türkei verfolgt in diesem Kriege das Ziel, sich von ausländischer Bevormundung zu befreien. Da unsere Gegner vielfach unter religiösem Deckmantel politische Zwecke verfolgt haben, ist sie auch gegen jeden von unserer Seite unternommenen Versuch einer Vermehrung unseres Einflusses auf religiösem Gebiete außerordentlich empfindlich. Durch einen unvorsichtigen Schritt kann für das katholische Interesse wie auch in allgemein politischer Hinsicht großes Unheil angerichtet werden. Ich widme dauernd diesen Fragen meine Aufmerksamkeit. Wenn ‚die Sache nicht vom Fleck kommt‘, so liegt das an den Verhältnissen. Die Anwesenheit eines Spezialdelegierten der deutschen Katholiken könnte — auch wenn er nicht gerade der Botschaft beigegeben ist — der hiesigen Regierung nicht verborgen bleiben und müßte der Sache schaden.“

Die nächste Aufgabe für mich bestand nun darin, im Heimatland die notwendigen Gelder und vor allen Dingen das erforderliche Missionspersonal aufzubringen. Die Ansichten über die Möglichkeiten gingen zunächst auseinander. Von manchen Seiten wurde die Gründung einer eigenen Organisation für Durchführung dieser Aufgabe vorgeschlagen, auf der anderen Seite stand der „Verein für das Heilige Land“, der zwar bisher sich nur um Palästina selbst bekümmert hatte, aber doch über eine Organisation verfügte. Nach mühseligen Verhandlungen wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß der „Verein für das Heilige Land“ die Aufgabe zu übernehmen habe. Kardinal Hartmann in Köln schrieb mir hierüber am 11. November 1915:

> „Ich lege in Übereinstimmung mit der kürzlich geäußerten Willensmeinung des deutschen Episkopats den größten Wert darauf, daß der ‚Verein für das Heilige Land‘ in enger Fühlung mit Euer Hochwohlgeboren mit in den politischen Verhandlungen der Gegenwart stehe und daß er gerade jetzt an so wichtigen Aufgaben arbeite. Ich erlaube mir daher, Euer Hochwohlgeboren die Ehrenmitgliedschaft des Vereins mit Stimmrecht anzubieten, denn ich verspreche mir von Ihrer Arbeit in und mit dem Verein die schönsten Erfolge. Ihr lebhaftes Interesse für das Heilige Land bietet mir dafür sichere Bürgschaft.“

Gegen Ende des Jahres 1915 gelang es sowohl den eifrigen Bemühungen des Kardinalerzbischofs Piffl in Wien durch den Verein der Unbefleckten Empfängnis in Österreich, wie dem Eifer des Kardinalprimas Csernoch in Gran durch den St. Ladislaus-Verein auch in Ungarn die Organisation zu schaffen, um ein gemeinsames Vorgehen der Katholiken der Mittelmächte herbei-

zuführen. Ich wohnte den entscheidenden Verhandlungen in Wien und Budapest bei und wurde gebeten, „meine Kraft zur Förderung des gegenseitigen Verkehrs und Gedankenaustauschs zur Verfügung zu stellen". Die Zentrale und Ausgleichsstelle für die drei Organisationen sowie für den Verkehr mit den amtlichen Stellen hatte ich zu leiten. Die Arbeit ging naturgemäß anfangs nur langsam vorwärts, doch konnte bereits im Juni 1915 dem Wunsch des Apostolischen Delegaten von Beirut auf Entsendung von zehn Franziskanerpatres entsprochen werden. Die deutschen Franziskanerprovinzen erklärten sich weiter bereit, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Kräfte die alten Franziskanerklöster in Syrien mit ihrem früheren Aufgabenkreis (Schule, Waisenhaus, Spitäler) zu übernehmen und Handelsschulen und landwirtschaftliche Schulen zu errichten, wobei das türkische Schulreglement zur Grundlage der Lehrtätigkeit angenommen wurde, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Provinzen. Der letztere Vorbehalt war absolut notwendig, da die türkische Zentralregierung in Konstantinopel das Türkische überall zum obligatorischen Lehrgegenstand machen wollte, während die große Mehrzahl der Bewohner des türkischen Reichs das Arabische als Muttersprache redeten.

Im September 1915 konnte nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten ein eigener Vertreter der deutschen Katholiken zu dauerndem Aufenthalt nach Konstantinopel entsandt werden „zum Werk der Ausübung der Seelsorge unter den dortigen deutschen Soldaten und Matrosen". Er fand unter den eingeborenen katholischen Kreisen eine ungünstige Stimmung vor, da sich seit Ausbruch des Krieges die Verhältnisse für die Katholiken erheblich verschlechtert hatten. Schon in seinen ersten Berichten betonte er, daß die Tätigkeit der zu entsendenden Ordensleute nicht so sehr auf Missionszwecke als auf allgemeine kulturelle Zwecke gerichtet sein müsse; vor allem müsse an die religiöse Versorgung der 80 000 lateinischen Katholiken gedacht werden. In erster Linie für diese Zwecke wurden im ersten Halbjahr 1916 sieben Weltgeistliche und zwölf Ordensgeistliche entsandt. Bewunderungswürdige Opfer brachten die im Orient seit dreißig Jahren heimischen Schwestern des heiligen Karl Borromäus, die aus ihren weltbekannten Häusern in Kairo und Alexandrien vertrieben wurden. Sie errichteten oder übernahmen in Konstantinopel eine Armenküche, ein Waisenhaus,

eine Privatschule und ein Hospiz, in Eskischehir das Soldatenheim, in Konia das Krankenhaus, in Aleppo die Schule und das Waisenhaus, in Baalbek das Lazarett, in Beirut eine Schule, ein Pensionat, ein Krankenhaus, in Damaskus das Lazarett, in Haifa das Krankenhaus und die Schule, in Eliasruh auf dem Karmel das Erholungsheim, in Jerusalem fünf Häuser, Schule, Bürgerhospiz, Krankenhaus, Waisenasyl, in Emmaus ein Bürgerhospiz. Über den Gesamteindruck einer Visitation schrieb mir die Generaloberin einfach und bescheiden: „Die Haltung und Führung der Schwestern ist durchweg befriedigend. Es herrscht der Geist der Pflichttreue und Opferwilligkeit. Die Beziehungen zu den deutschen und türkischen Behörden sind überall gut." Welche Unsumme von Opfergeist und Pflichttreue hinter diesen wenigen Worten steckt, konnte ich aus den wöchentlichen Berichten entnehmen und an den vielen Todesopfern der Kongregation ermessen.

Im zweiten Halbjahr der Tätigkeit setzte die Unterstützung aus Österreich-Ungarn stärker ein. Bis zum November 1916 waren 35 reichsdeutsche Geistliche und 76 Ordensschwestern entsandt worden; daneben wirkten aus Österreich 35 bis 40 Geistliche und 87 Ordensschwestern. Mehrere der entsandten Kräfte sind leider von verheerenden Krankheiten bald hinweggerafft worden. Unter den neu anzugreifenden Aufgaben stand obenan die Errichtung eines katholischen Lehrerseminars, da die meisten katholischen Kinder der Türkei ohne Schulunterricht aufwuchsen. Katholische Lehrkräfte gab es so gut wie gar nicht; sie konnten auch nicht vorgebildet werden, da die türkischen Lehrerseminare nur Mohammedaner aufnahmen. Die überwiegend katholische Stadt Angora wurde hierfür in Aussicht genommen; die Ausführung des Planes scheiterte jedoch an dem Brande, der die Stadt verwüstete, sowie an der Vernichtung der katholischen Armenier. Die Tätigkeit der katholischen Ordenspersonen wurde von der türkischen Zentralstelle nicht immer gern gesehen, während die türkischen Provinzialstellen sich im allgemeinen gut mit den Neulingen einarbeiteten. Obwohl die Schwestern in kürzester Zeit nicht weniger als acht äußerst segensreich wirkende Soldatenheime errichteten, brachte es doch der Chef des Stabes der deutschen Militärmission fertig, mir mitteilen zu lassen, daß „es nicht erwünscht ist, Damen in Schwesterntracht und unter der Bezeichnung Schwestern für den Betrieb in Soldaten- und Offiziersheimen zuzulassen, sondern lediglich Hausmütter,

Wirtschafterinnen und Köchinnen". Der Mann hat mir nicht sagen lassen, wo die Pflegerinnen für das Fieber in Mossul und Bagdad, von dem zahlreiche Schwestern hinweggerafft wurden, herkommen sollten. Von den draußen in der Härte des Krieges wirkenden Stellen hörte man andere Urteile; so berichtete der Chefarzt des französischen Hospitals, Redjeb-Bei, aus Smyrna am 18. August 1916 an den kommandierenden General des XVII. Armeekorps:

> „Die deutschen Schwestern, die unserer elften Sektion zugeteilt sind, haben seit Beginn ihrer Kommandierung bis zum heutigen Tage in aufopfernder Weise ihre Pflicht erfüllt. Sie haben regelmäßig ihren Dienst versehen und waren stets gut, menschenfreundlich und in ihrer Arbeit unverdrossen und sehr erfahren. Aus diesem Grunde ist die Heilung der Kranken schneller vonstatten gegangen und die Verminderung der Sterblichkeit ihrer Arbeit zuzuschreiben. Der positive Erfolg läßt sich statistisch nachweisen. In Anbetracht des Gesundheitszustandes der Kranken und der Wehrkraft des Volkes brauchen wir die Schwestern, die unverdrossen und ununterbrochen arbeiten."

Am 10. März 1916 erhielt ich einen dringenden Hilferuf aus Mossul, sofort mindestens zwölf Schwestern unter Mitnahme von größeren Mengen Medikamenten und Verbandmitteln zu entsenden, ferner müsse alles mitgebracht werden, was zur Errichtung eines Krankenhauses mit 100 Betten nebst Poliklinik nötig sei. Da hat niemand an „Hausdamen und Köchinnen" gedacht! Aus Aleppo und Damaskus kamen bald darauf ähnliche Rufe. Allen konnte dank dem Opferwillen deutscher Orden und Kongregationen entsprochen werden.

Ein besonders dankbares und fruchtbares Gebiet war Mossul. Dem dort in der Blüte der Jahre dahingerafften Dr. Schäfers aus der Diözese Paderborn gelang es, mit dem Patriarchen der Chaldäer in beste Beziehungen zu treten. Die katholische Kirche der Chaldäer zählte 1913 zirka 100 000 Gläubige, 300 Priester, 153 Kirchen, 81 Kapellen, 130 Pfarrschulen und 144 Stationen. Der Patriarch, Erzbischof von Bagdad, hatte den Sitz in Mossul; ihm waren 4 Erzdiözesen und 8 Diözesen in den Gebieten von Mesopotamien, Kurdistan, Niederarmenien und Persien unterstellt. Die Erhaltung des Klerikalseminars war ein besonderer Wunsch des deutschen Seelsorgers. Sein früher Tod hat leider dem erfolgreichen Wirken ein jähes Ende gesetzt. Der Patriarch sollte einmal von Jungtürken vor ein Kriegsgericht gestellt werden — der Anfang einer Christenverfolgung. Dem deutschen Konsul gelang die Verhinderung dieser Maßnahme. Die türkische Polizei mußte sich beim

Patriarchen entschuldigen. Durch seine Fürsprache beim Wali rettete der deutsche Konsul auch Tausenden von jakobitischen Christen, die ungefähr eine Million zählen, das Leben.

Von den acht Soldatenheimen, die der „Verein für das Heilige Land" errichtete, hat sich dasjenige in Eskischehir besonders günstig entwickelt. Es leistete in der Verpflegung angesichts der ungemein teuren Lebensmittelpreise Staunenswertes, konnte große Mengen von Liebesgaben verteilen und die Heeresangehörigen reichlich mit Lesestoff versorgen. In Konstantinopel wurde ein deutscher Bauverein für Errichtung einer katholischen Kirche ins Leben gerufen. Botschafter Graf Wolff-Metternich, dem ich im November 1915 vor seiner Abreise nach Konstantinopel diesen und andere Wünsche unterbreiten konnte, hat sich lebhaft auch dieser Sache angenommen.

Im Juni 1916 gelang es, mit der Türkei eine Vereinbarung zu erzielen über den Schutz der deutschen katholischen Anstalten. Dadurch wurde jedoch nur ein geringer Teil von Anstalten im Orient, die von deutschen Kräften versorgt und mit deutschem Gelde unterstützt worden sind, geschützt. Deutsche Gelder flossen durch die großen deutschen Missionsvereine fast allen Anstalten im Orient zu. Darum legte ich in einer Denkschrift an das Auswärtige Amt dar, daß auch die großen, mehr internationalen Charakter tragenden Anstalten geschützt werden müßten: Die osmanische Regierung habe schon während des Krieges versucht, mit dem Heiligen Stuhl ein Konkordat abzuschließen. (Der Heilige Stuhl hatte mir seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Konkordats schon im Februar 1915 während meiner Anwesenheit in Rom erklärt, aber gleichzeitig hinzugefügt, daß dies erst nach Beendigung des Weltkrieges geschehen könne.) Hier könne die deutsche Regierung mit Aussicht auf allseits befriedigenden Erfolg eingreifen, indem sie in einem Abkommen mit der Türkei sich verpflichte, behufs Herbeiführung eines Konkordats zwischen der Türkei und dem Heiligen Stuhl ihre guten Dienste anzubieten. In den Verhandlungen hierüber sei der Papst als oberster Träger des Kirchenvermögens in der Lage, die Ansprüche auf Herausgabe des derzeit von dem Türkischen Reich eingezogenen kirchlichen Vermögens geltend zu machen. Die Türkei könne auf diese Forderung um so eher eingehen, als sie stets erklärt habe, daß sie nur gegen den fremdländischen nationalen Charakter dieser Anstalten, nicht gegen den christlichen, sich

wende. Der Heilige Stuhl könne dann die heute eingezogenen internationalen Anstalten den osmanischen Staatsbürgern (d. h. den kirchlichen Obern im Osmanischen Reich) zu kirchlichen Zwecken wieder zur Verfügung stellen. Das kirchliche Eigentum sei damit gesichert und die Türkei habe in ihren nationalen Bestrebungen einen Erfolg erreicht. Komme eine solche Vereinbarung nicht zustande, so müsse man damit rechnen, daß nach dem Kriege ein Protest des Heiligen Stuhles wegen des von der Regierung durchgeführten Einzuges des kirchlichen Vermögens erhoben würde. In der Richtung meines Wunsches wurden dann Verhandlungen in Konstantinopel geführt, ohne daß es zu einer schriftlichen Abmachung kam, wohl aber erklärte die türkische Regierung ihr Einverständnis mit dem Grundgedanken, da ihr mitgeteilt worden war, daß ich ohne eine solche Regelung der einfachen Aufhebung der Kapitulationen nicht zustimmen könne. General Ludendorff, dem meine Bedenken unterbreitet wurden, schrieb mir am 22. September 1916: „Ihre Partei wünscht die Beibehaltung der Kapitulationen in der Türkei für Kirche und Schule in irgendeiner Form. Auf der anderen Seite verstehe ich aber auch den türkischen Standpunkt, den mir Enver-Pascha mitteilte. Geben wir der Türkei ein ganzes Geschenk, so verpflichten wir sie. Bei halbem Geschenk bleibt oft ein Mißton zurück." Die deutschen Abmachungen mit der Türkei haben dem allgemein christlichen Interesse einen nicht unerheblichen Dienst erwiesen. Die deutschen Katholiken dürfen auf das, was unter schwierigen Voraussetzungen erreicht worden ist, stets mit Genugtuung hinweisen; viele der während des Krieges erhobenen Anklagen unserer Gegner fallen damit in sich zusammen. Der Weg für eine Neuregelung aller dieser Fragen ist offen.

6. Kapitel

Die Armenierfrage

Eines der schwärzesten Blätter im Schuldkonto Europas ist zweifellos die Armenierfrage. Nahezu bei jedem Konflikt, den die Türkei mit irgendeiner Macht auszufechten hatte, waren die Armenier die Leidtragenden. Rußland verfolgte mit Zähigkeit das Ziel, sämtliche Armenier unter seine politische und religiöse

Herrschaft zu bringen. Die türkische Regierung behandelte Armenien fortgesetzt mit Mißtrauen, das in sehr vielen Fällen als unbegründet angesehen werden muß. Während des Balkankrieges, in dem die Türkei sehr geschwächt wurde, haben die Armenier treu zum Sultan gestanden, obwohl gerade damals die Erfüllung des armenischen Traumes nach einem selbständigen Reiche am meisten Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Trotz aller Versicherungen maßgebender türkischer Minister und Politiker habe ich doch aus dem gesamten Verhalten der türkischen Behörden den Eindruck gewonnen, daß in der Armenierfrage nicht nur nationale Gründe maßgebend waren, sondern auch mohammedanischer Fanatismus. Ehe die Türkei 1914 in den Krieg eintrat, hat die deutsche Botschaft in Konstantinopel mit dem armenischen Patriarchen und anderen Führern der Armenier Fühlung genommen und ihnen nahegelegt, daß jetzt die Schicksalsstunde für ihr Volk geschlagen habe, sie möchten sich als treue Bürger des Osmanischen Reichs benehmen. Die Armenier versicherten ihre Loyalität gegenüber der Türkei. Auch andere christliche Volksstämme bekundeten sofort bei Kriegsausbruch ihre unverbrüchliche Treue gegenüber dem Osmanischen Reich. Der Erzbischof der Maroniten in Beirut bekundete durch ein Hirtenschreiben vom 17. November 1914 die „aufrichtige Liebe zum Vaterlande in dieser unglücklichen Zeit" und ordnete Sammlungen von Liebesgaben durch den Pfarrklerus an. Der Erzbischof von Zypern vom Ritus der Maroniten forderte am 14. November 1914 in einem Hirtenbriefe seine Gläubigen auf, „die Ehre und Besitzung der Türkei zu schützen, der Regierung unerschütterliche Treue und aufrichtige Ergebenheit zu beweisen". In diesem Sinne ordnete er Kirchengebete und Sammlung von Liebesgaben an und empfahl, den im Libanon einmarschierenden Soldaten „beste Aufnahme zu bereiten". Der syrisch-katholische Patriarch von Antiochia hielt durch einen Hirtenbrief vom 15. November 1914 seine Gläubigen an, „der türkischen Regierung Gehorsam und Unterwerfung sowie unverbrüchliche Treue zu bezeugen". So verhielten sich sämtliche Christen in der Türkei bei Kriegsausbruch im höchsten Grade loyal.

Beim Einmarsch der Russen in das türkische Armenien kamen allerdings Verrätereien seitens einzelner orthodoxer Armenier vor, welche die Türkei mit den schärfsten Gegenmaßnahmen beantwortete, darunter mit der Deportation des ganzen armenischen

Volkes. Ende Juli 1915 beauftragte Papst Benedikt XV. den apostolischen Delegaten in Konstantinopel, beim Sultan vorstellig zu werden, damit das unglückliche Volk nicht durch Maßnahmen türkischer Behörden ausgerottet würde. Im November 1915 schrieb der Papst einen eigenhändigen Brief in derselben Richtung an den Sultan. Der Minister des Äußern erwiderte darauf, daß die katholischen Armenier in ihre Heimstätte zurückkehren könnten, eine Zusage, die nicht eingelöst wurde; im Gegenteil: die Meldungen über entsetzliche Behandlung des Volkes mehrten sich. Wenn auch die Träger der nationalen armenischen Unabhängigkeitsidee die an Rußland sich anlehnenden orthodoxen Armenier und die in den amerikanischen Schulen großgezogenen Armenier waren, so wurden trotz ihrer loyalen Gesinnung auch die katholischen Armenier nicht verschont. 5 Bischöfe wurden ermordet oder verschwanden, 5 wurden deportiert und nur 3 in ihren Diözesen belassen. Die Zahl der ermordeten oder verschwundenen Priester betrug Ende 1915 140, die der Nonnen 40. In Angora, der größten katholischen Stadt, die unter dem großen Stadtbrand im November 1916 noch weiter litt, wurde jede Seelsorge und jeder Gottesdienst verboten; einem deutschen Priester, der dorthin entsandt wurde, wurde die Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes untersagt. Ein der Roten-Kreuz-Expedition angehöriger deutscher Arzt meldete in der zweiten Hälfte 1915 über seine Beobachtungen:

> „Während früher elende Horden von armenischen Weibern und Kindern ohne Habe vorbeigetrieben wurden, nur von wenigen Bewaffneten begleitet, hatten später die Leute, die vorbeikamen, auch Lasttiere und Vieh mit sich. Zuletzt kamen die Einwohner von Erzerum in riesigen, wohl ausgerüsteten Ochsenwagenkarawanen vorbei. Die Leute sahen sehr gut aus, reisten in kleinen Märschen und waren durch äußerst zahlreiche Gendarmen unter Führung von Offizieren beschützt."

Der Berichterstatter schrieb diese Fürsorge allerdings dem Eingreifen des dortigen Wali zu, während andere Behörden sehr rücksichtslos verfahren seien. Nicht nur aus Armenien, sondern auch aus anderen Gegenden der Türkei drang Kunde über die Ermordung und Vertreibung der Christen nach Deutschland. Diese Meldungen veranlaßten den „Missionsausschuß der Katholiken Deutschlands" im Oktober 1915 in einer Eingabe an den Reichskanzler,

> „seine Stimme zu erheben, damit den überaus harten Maßnahmen, welche zurzeit von seiten der türkischen Regierung gegenüber den

> Armeniern zur Anwendung gebracht werden, sofort ein Ende gemacht werde. Was aber auch den Armeniern zur Last fällt, so verlangt doch das Gebot der Menschlichkeit, welchem auch die türkische Regierung ihr Ohr nicht versagen darf, daß der drohenden Ausrottung des ganzen armenischen Volkes gesteuert werde."

Der Missionsausschuß bat die deutsche Regierung, durch Einwirkung auf die Türkei zur Linderung des Loses der Armenier die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und der türkischen Regierung mitzuteilen, „daß die christliche Bevölkerung Deutschlands trotz ihrer politischen Bundesfreudigkeit zur Türkei in Aufregung geraten muß, wenn ihre Glaubensgenossen in der Türkei schwer bedrückt werden". Der Reichskanzler erwiderte im November, „daß die Regierung wie bisher so auch in Zukunft es stets als eine ihrer vornehmsten Pflichten ansehen werde, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß christliche Völker nicht ihres Glaubens wegen verfolgt werden".

Die deutsche Botschaft in Konstantinopel hat sich, vom ersten Auftreten der Klagen an, unermüdlich dieses Volkes angenommen, dabei aber auch auf den armenischen Patriarchen eingewirkt, um die Ruhe in den betreffenden Gebieten zu erhalten. Bereits im Dezember 1914 brachte der deutsche Botschafter bei der Pforte armenische Klagen zur Sprache. Der Großwesir führte die Vorfälle auf armenische Provokationen zurück, da die Armenier offen Stellung gegen die Türkei nähmen. Wiederholt versicherte der deutsche Botschafter dem Patriarchen, daß Deutschland sich um die Lage der katholischen Armenier bemühen werde. Als die türkische Regierung ihre Absichten über die Deportationen der Armenier im Mai 1915 erstmals zum Ausdruck brachte, bemühte sich die deutsche Botschaft sofort um Milderungen dieser Maßnahmen. Die deutschen Konsuln taten, was durch neutrale Zeugnisse jederzeit bewiesen werden kann, alles zur Linderung der entsetzlichen Not.

Meine A n w e s e n h e i t i n K o n s t a n t i n o p e l im Februar 1916 benutzte ich zu wiederholten Vorstellungen zugunsten der Armenier. Der armenisch-katholische Patriarch trug mir seine dringenden Wünsche dahin vor, daß die ausgewiesenen katholischen Bischöfe, Priester, Nonnen und Laien zurückkehren dürften, daß die Kirchen und Kirchengüter zurückgegeben würden, daß keine neuen Ausweisungen stattfänden, die Zwangsbekehrungen aufhörten, daß die Waisenkinder nicht in türkische Anstalten gebracht würden und daß

die türkische Regierung den Vertriebenen Hilfe gewähre. Bei meinen Unterredungen mit Enver-Pascha und Talaat-Pascha am 10. Februar 1916 kam ich sehr eingehend auf die Armenierfrage zu sprechen. Enver-Pascha gab mir die bestimmte Zusage, daß keine weiteren Maßnahmen gegen die Armenier mehr erfolgen sollten; die Armenier würden in geschlossenen Ortschaften angesiedelt und ihnen religiöse Freiheit garantiert werden. Talaat-Pascha versprach die Öffnung der armenischen Kirchen, der Priester- und Lehrerseminare; nur dürfe der türkische Staatsgedanke darunter nicht leiden. Beide Minister baten mich, in einer Denkschrift die von mir gewünschten Maßnahmen darzulegen. Dies geschah alsbald. Wie ich Enver-Pascha schrieb, ging ich bei der Abfassung der Denkschrift davon aus, „daß nur solche Wege beschritten werden sollen, welche vom nationalen Standpunkt aus die Türkei beschreiten kann und welche den Christen andererseits das geben, worauf sie ein Anrecht haben". Bei der Abfassung der Denkschrift ließ ich mich von folgenden Grundgedanken leiten:

> „Die Türkei sieht es als ihr erstes Kriegsziel an, ein einheitlicher, innerlich starker Staat zu werden; die Abschaffung der Kapitulationen ist ihr Hauptziel. Die Entente wird beim Friedensschluß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln diese Kriegsziele zu verhindern suchen. Der größte Sieg der Mittelmächte wird nicht ausreichen, das Kriegsziel der türkischen Regierung zu erreichen, falls die türkische Regierung für das Leben und die Freiheit der in der Türkei befindlichen Christen und für volle religiöse Freiheit derselben nicht ausreichende Garantien gibt und noch während des Krieges zeigt, daß sie entschlossen ist, diese Zusage zu halten. Eine Reihe von Vorkommnissen in der Türkei während des Krieges hat das christliche Volk in Deutschland tief erregt. Wenn in der Öffentlichkeit und in der Presse diese Erregung nicht zum Ausdruck gekommen ist, so ist das auf die Handhabung der Zensur zurückzuführen und auf den Umstand, daß man der amtlichen deutschen Politik keine Schwierigkeiten bereiten wollte. Mit dem Aufhören des Kriegszustandes aber rückt die Möglichkeit nahe, daß ein ungemein lebhafter Meinungsaustausch über die Abschaffung der Kapitulationen und über die Schaffung neuer Garantien für die Christen in der Türkei entsteht. Wenn die türkische Regierung ihr Kriegsziel erreichen will, so tut sie im eigenen Interesse gut daran, auf die vorhandenen Wünsche der christlichen Bevölkerung jetzt schon volle Rücksicht zu nehmen."

Für die deutschen Katholiken in der Türkei forderte ich Zulassung einer ausreichenden Zahl von Seelsorgern und die Errichtung eigener deutscher katholischer Schulen und Mädchenpensionate; die Katholiken Deutschlands sähen es als ihre Hauptaufgabe an, den katholischen Besitzstand in der Türkei zu erhalten; die hierfür

am meisten geeigneten Mittel wären die Heranbildung eines einheimischen Klerus und eines einheimischen christlichen Lehrerstandes. Die Heranbildung eines tüchtigen einheimischen Klerus dächten sich die deutschen Katholiken in der Weise, daß die vorhandenen Seminarien und Universitäten wieder geöffnet würden und den zuständigen kirchlichen Instanzen volle Freiheit in der Ausbildung des Klerus gelassen werde. Das Lehrpersonal hierfür zu stellen, wären die deutschen Katholiken bereit. Zur Erreichung dieses Zieles würde es erforderlich sein, daß die während des Krieges eingezogenen Vermögensobjekte (Gebäude und Grundstücke der Priesterseminarien) den zuständigen kirchlichen Stellen (Patriarchen, Bischöfen, Orden) zurückgegeben und die Eröffnung der Unterrichtsanstalten ohne weiteres gestattet würde. Die Heranbildung eines einheimischen christlichen Lehrerstandes läge sowohl im Interesse der Türkei wie des Christentums. Diese Lehrerseminarien könnten nach den Wünschen der türkischen Regierung eingerichtet werden, nur in der Frage der religiösen Erziehung müsse absolute Freiheit gegeben werden. Der Leiter des Seminars könne ein Osmane sein. Auch dafür das Lehrpersonal zu stellen, wären die deutschen Katholiken bereit. Die an diesen Seminaren ausgebildeten Lehrer müßten die gleiche Berechtigung genießen wie die durch die staatlichen Lehrerseminare gegangenen Zöglinge. Die türkische Regierung könne durch Prüfung und nähere Vorschriften sich davon überzeugen, daß ihre nationalen Wünsche erfüllt würden. Die katholischen Bischofs- und Pfarrschulen müßten wieder geöffnet und in allem den staatlichen Schulen gleichgestellt werden. Zur Armenierfrage übergehend, legte ich dar:

„Trotz der loyalen Gesinnung der katholischen Armenier und trotz der Zusicherungen, die man ihnen gab, widerfuhr ihnen dasselbe Schicksal wie ihren Volksgenossen. Die Verluste an Menschenleben und Gütern sind bei ihnen relativ ebenso groß wie bei den anderen, nur der Unterschied wurde gewöhnlich gemacht, daß bei ihnen Exekutionen und Deportationen um wenige Tage oder Wochen aufgeschoben wurden. Die Berichte, welche nichtarmenische Zeugen aus dem Innern bringen, sind so entsetzlich, daß man sie nicht niederschreiben kann. Von 15 Diözesen haben 11 aufgehört zu existieren: Adana, Angora, Diarbekr, Kaissarich, Erzerum, Kharput, Malatia, Mardin, Musch, Siwas, Trapezunt. Zwei Diözesen sind zum Teil vernichtet: Marasch und Aleppo. Intakt sind nur noch die Diözesen Konstantinopel und Brussa, obwohl auch diese teilweise Verluste zu erleiden hatten. Man könnte vermuten, daß Deportation eine mildere Strafform ist als Tötung. Tatsächlich unterscheidet sich aber erstere nicht viel von letzterer. Während nämlich bei den allgemeinen Massakers immer einige entkommen, sich verborgen halten

oder auf die Berge flüchten, ist bei den Deportationen die Aussicht auf Lebenserhaltung sehr gering. Man treibt die Menschen wie Viehherden wochen- und monatelang ihrem Bestimmungsort entgegen, für die notwendige Nahrung ist nur in den seltensten Fällen gesorgt. So erliegen die Armen massenhaft dem Hunger und den Seuchen. Sind sie am Bestimmungsort angelangt, so ist auch dort ihres Bleibens nicht, man treibt sie an einen neuen Bestimmungsort und von diesem wieder an einen anderen, so daß sie nie zur Ruhe kommen. In anderen Fällen werden die Familien in türkischen Ortschaften zerstreut und, da die Männer gewöhnlich von den Frauen getrennt werden, sind letztere vollständig im Erwerb des Lebensunterhaltes auf sich selbst angewiesen. Hunger und Drohungen treiben sie in die Häuser der Türken. Die Kinder werden dann von selbst türkisch oder als sogenannte „Kriegswaisen" auf staatlichem Wege vertürkt.

Man hatte nach den Versprechungen, die die türkische Regierung dem apostolischen Delegaten gegenüber abgab, gehofft, daß der Rest der katholischen Armenier zurückkehren dürfe. Tatsächlich ist keiner von ihnen zurückgekehrt. Im Gegenteil. Nach zuverlässigen Nachrichten, die in diesen Tagen eingingen, geht man jetzt auch gegen die zurückgebliebenen Armenier in Marasch, Aintal und Aleppo vor. Die Interessen der türkischen Regierung erfordern es, daß noch während des Krieges eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, welche gegenüber den Anklagen und Behauptungen der Ententepresse beruhigend wirken."

Als solche Maßregeln zur sofortigen Durchführung wurden von mir vorgeschlagen: 1. Möglichkeit der direkten Annäherung an die Deportierten, und zwar nicht durch Privatpersonen, sondern durch eine Mission des Malteserritterordens, die in Deutschland ausgerüstet wird und kostenlos arbeitet. Brot und andere Subsistenzmittel werden durch diese Mission verteilt, aber von der deutschen oder türkischen Regierung geliefert. 2. Allmählicher Rücktransport der Deportierten und Neuansiedlung derselben, womöglich in der Nähe der Bahnlinien, damit sie einerseits besser überwacht, andererseits leichter versorgt werden können. Jedenfalls scheiden diejenigen Gegenden aus, die als zum Kriegsgebiet gehörend betrachtet werden. Die Ansiedlung darf sich indes nur auf Kleinasien und nicht auf Syrien und Arabien erstrecken. Die Ansiedlung erfolgt in geschlossenen Ortschaften. Die Regierung stellt den heimkehrenden Armeniern so viel und so gutes Land zur Verfügung, als sie vorher besessen haben. Für den Verlust der Wohnungen und des Inventars sollen sie dadurch entschädigt werden, daß ihnen Baumaterial, Ackergeräte und Saatfrüchte gratis zur Verfügung gestellt werden. Der Rücktransport und die Ansiedlung erfolgen durch die Delegation des Malteserritterordens. 3. Befriedigung der religiösen Bedürfnisse

der Armenier. Es sind z. B. in Angora immer noch 2000 katholische Armenier ohne Bischof und Priester, obwohl schon vielfach Schritte unternommen wurden, ihnen einen Priester zu schicken. Die geschlossenen Kirchen müssen wieder geöffnet werden, das Kirchengut zurückgegeben und den Armeniern, die aus Angst zum Islam übergetreten sind, die Rückkehr zu ihrer Kirche nicht zur Unmöglichkeit gemacht werden. 4. Die städtischen Armenier dürfen in ihre Städte, soweit sie nicht Kriegsgebiet sind, zurückkehren. 5. Das Liquidationsgesetz wird suspendiert oder findet wenigstens für diejenigen Armenier keine Anwendung, die zurückkehren. 6. Da die katholischen Armenier sich anerkanntermaßen von revolutionären Umtrieben fernhielten, sollen sie beim Rücktransport zuerst berücksichtigt werden. — Durch die Ausführung dieser Maßnahmen würde erreicht werden, daß die auch unter den Christen der Mittelmächte vorhandene Erregung abflauen würde. Gerade der Malteserorden eigne sich sehr für die Durchführung dieser Maßnahmen. Die hierfür notwendigen Gelder müßten von der deutschen Regierung zu Lasten der türkischen zur Verfügung gestellt werden. „Diese Vorschläge sind von dem Bestreben diktiert, die Hindernisse, die der Erreichung der türkischen Kriegsziele im Wege liegen, zu beseitigen. Wir glauben auch allen berechtigten Ansprüchen der türkischen Regierung weitgehendst Rechnung zu tragen. Diese Vorschläge geben auf der anderen Seite den ausländischen und einheimischen Katholiken in der Türkei die Garantie für völlige Glaubensfreiheit."

Trotz verschiedener Erinnerungen auch des deutschen Botschafters wurde von der türkischen Regierung auf die von ihr selbst gewünschte Denkschrift keine Antwort erteilt; aber meine Tätigkeit für das arme Volk erlahmte nicht. Nach meiner Rückkehr aus Konstantinopel nahm ich die Organisation des Liebeswerkes für die Armenier mit allem Nachdruck auf. Private spendeten nicht unbeträchtliche Gelder. Der deutsche Episkopat veranstaltete eine Kollekte zugunsten der Armenier. Das armenische Patriarchat unterhielt fortgesetzt freundschaftliche Beziehungen zu dem Vertreter der deutschen Katholiken in Konstantinopel, der auch dem beklagenswerten Volk Hilfe leisten konnte. Wir leisteten Hilfe, so viel wir konnten. Zahlreiche Dankschreiben aus dem Patriarchat und von angesehenen Führern der Armenier gingen mir zu.

Oftmals in jenen Tagen habe ich mit maßgebenden deutschen Kreisen die Frage besprochen, ob wegen der Vorgänge in Armenien

nicht ein solcher Druck auf die Türkei ausgeübt werden solle, der selbst vor der Kündigung des Bündnisses nicht zurückschrecke. Nach reiflicher Überlegung wurde jedoch hiervon Abstand genommen, da eine solche Maßnahme den Armeniern nicht genützt, sondern wahrscheinlich nur geschadet haben würde. Als in den ersten Monaten des Jahres 1918 durch den Friedensschluß mit Rußland weiteres armenisches Gebiet der Türkei zugeteilt wurde, habe ich mich mit aller Entschiedenheit dafür eingesetzt, damit neue Armeniergreuel verhindert würden, und zwar durch Beigabe genügend deutschen Militärs gegenüber den vorrückenden türkischen Truppen. Im allgemeinen ist auch hier ein günstiges Resultat erzielt worden. Aus der genauen Kenntnis aller Vorgänge darf ich sagen, daß dem Deutschen Reich eine Schuld an den sehr bedauerlichen Vorgängen in Armenien nicht aufgebürdet werden kann, sondern daß die deutschen Behörden und die deutschen Katholiken alles taten, um Greuel zu verhüten.

7. Kapitel

Heilige Stätten in Jerusalem

Von den seit langem heiß umworbenen heiligen Stätten in Palästina ist die Grabeskirche und das Heiligtum in Bethlehem strittig zwischen den lateinischen Katholiken, den Griechen und den Armeniern, die Marien-Grabeskirche im Cedrontal zwischen Katholiken und Armeniern, während das Cönaculum (Abendmahlssaal auf dem Zion) und die Himmelfahrtskirche (auf dem Ölberg) sich im Besitz der Moslems befinden. Es war für mich als Katholik beim Eintritt der Türkei in den Weltkrieg an der Seite Deutschlands selbstverständliche Pflicht, daß diese günstige politische Situation nicht ungenutzt bleiben durfte, um namentlich die im Besitz der Mohammedaner befindlichen christlichen Heiligtümer den Katholiken zuzuführen. Weitere Bemühungen zur Vermeidung der ewigen Streitigkeiten gingen dahin, daß jedes Heiligtum nur einem Besitzer zugewiesen werden solle. Endlich richtete ich mein Augenmerk darauf, das lateinische Patriarchat, das bisher immer in den Händen von Italien war, international auszugestalten, und zwar in der Weise, daß die einzelnen Nationen abwechselnd

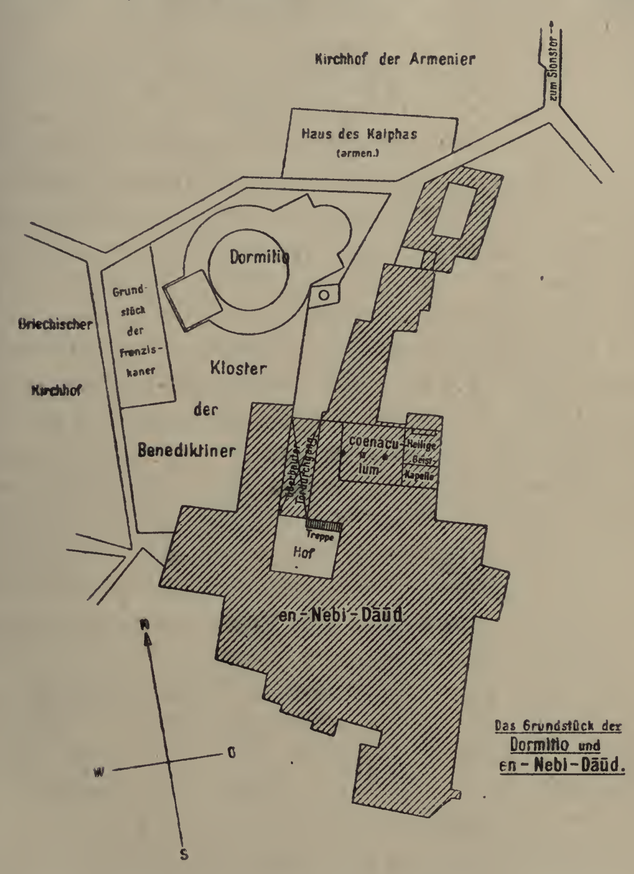
den Patriarchen stellen sollten; dasselbe Bestreben setzte bezüglich der Kustodie des Heiligen Landes ein. Diese sofort nach Kriegsausbruch begonnenen Bemühungen fanden ihre beste Begründung in den gegenwärtigen unerträglichen Zuständen an den heiligen Stätten, die buchstäblich zerfallen, weil nichts geschieht und geschehen kann, ohne daß alle beteiligten Faktoren einig sind. Die blutigen Zwischenfälle an den heiligen Stätten sind eine himmelschreiende Anklage gegen das gesamte Christentum der Welt. Dazu kam, daß das Hauptziel der Russen, das Patriarchat über die morgenländischen Kirchen, welches vom griechisch-orthodoxen Klerus unterstützt wurde, nunmehr vereitelt werden konnte. Die sogenannte „Bruderschaft vom Heiligen Grabe", ein Mönchsorden, Besitzerin der wichtigsten heiligen Stätten, setzte sich statutarisch nur aus Nationalgriechen zusammen. Die landeseingesessene arabisch sprechende orthodoxe Bevölkerung war ausgeschaltet. Der ganze höhere Klerus und der griechische Patriarch gehörten dieser Bruderschaft an. Der Versuch der eingeborenen Elemente (1908), durch einen blutigen Aufstand die Gewaltherrschaft dieser hellenischen Kaste zu brechen, blieb ohne Erfolg. Wohl aber machte der russische Einfluß sich immer mehr geltend, auch als es den armenisch und arabisch sprechenden Elementen gelang, den Patriarchenstuhl von Antiochien mit einem der Ihrigen zu besetzen.

Als deutscher Katholik hatte ich ein ganz besonderes Interesse an einer befriedigenden Regelung der Besitzverhältnisse des Cönaculums; denn am 30. Oktober 1898 hatte der Kaiser das nebenanliegende Grundstück Dormitio dem „Verein vom Heiligen Land" zur freien Nutznießung im Interesse der deutschen Katholiken überwiesen. Das hierauf auf dem kaiserlichen Grundbesitz erbaute deutsche Heiligtum Maria Heimgang (Dormitio) auf dem Berge Zion grenzt, nur durch einen Zwischenraum von drei Meter getrennt, an die Gebäudeanlage des Abendmahlssaales. Der monumentale Kern dieser Anlage, auf traditionellen Fundamenten im 14. Jahrhundert in der jetzigen Form erbaut, gilt als Stätte des letzten Abendmahles des Herrn, des heiligen Pfingstfestes und einer Reihe anderer großer biblischer Erinnerungen und damit als eines der größten Heiligtümer der Christenheit. Bis zum Jahre 1530 war dieses Heiligtum in katholischem Besitz. Jetzt ist es eine schmucklose, fast nie benutzte Moschee, gewissermaßen ein Annex zu der darunter liegenden viel besuchten Moschee, in der die Moslems zu unrecht das

vermeintliche Grab Davids verehren, woher denn auch der bei den Arabern übliche Name Nebi Daud stammt. Das Erdgeschoß mit dem angeblichen Davidsgrab ist heute für Christen ganz unzugänglich. Vom Hofe aus erreicht man das Cönaculum auf einer Treppe von 20 Stufen. Östlich an das Cönaculum stoßen zwei kleine, höher liegende Nebenräume, die Heilige-Geist-Kapelle. Seit langem strebten katholische Kreise den Wiedererwerb des Cönaculums an. Eine Dame der französischen Aristokratie hat 1861 zu diesem Zweck dem damals in Rom weilenden armenisch-unierten Kardinal Hassun den Betrag von zwei Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Der Großwesir zeigte sich dem Vorschlag nicht abgeneigt, verlangte aber das Gutachten des Gouverneurs von Jerusalem. Gouverneur Reuf-Pascha nahm jedoch eine höchst feindselige Stellung gegen das Projekt ein und tat alles, um dasselbe zum Scheitern zu bringen. Der Erwerb der Dormitio weckte naturgemäß das Verlangen nach dem größeren Heiligtum, dem Abendmahlssaal. Um die Jahrhundertwende wurde seitens der deutschen Katholiken ein entsprechender Schritt unternommen, aber von der Reichsregierung „wegen der Gefahr der Erregung der moslemischen Geister" nicht weiter verfolgt. 1913 unternahm die Kustodie des Heiligen Landes bei hervorragenden Mitgliedern des österreichischen Hofes Schritte zur Erwerbung des Cönaculums. Die deutschen Katholiken haben als Grenznachbarn das unmittelbarste Interesse an der Regelung dieser Frage, wie folgende Skizze (Seite 85) zeigt. Dabei war es für mich von Anfang an selbstverständlich, daß das Cönaculum, wenn es auch in den Besitz der deutschen Katholiken direkt oder indirekt überging, doch den Katholiken der ganzen Welt zur Verfügung gestellt werden sollte.

Eine Vorfrage war der Erwerb des sogenannten „amerikanischen Friedhofs" durch den Besitzer entweder der Dormitio oder des Cönaculums. Der amerikanische Friedhof war bis vor etwa 18 Jahren zur Beerdigung der Mitglieder der amerikanischen Kolonie zu Jerusalem bestimmt und ging damals durch Vermittlung des Prokurators des schismatisch armenischen Patriarchats in den Besitz der Kustodie über. Das Grundstück ist klein, etwa 350 Quadratmeter groß, schneidet aber auf zwei Seiten in die Dormitio ein und stellt in seinem äußeren Zustand eine höchst lästige und nachteilige Nachbarschaft dar. Zahlreiche Bemühungen der letzten zwei Jahrzehnte, das Grundstück zu erwerben, scheiterten

an dem hohen Kaufpreise. Leider wurde bald gegenüber dem deutschen Kirchenportal, nur vier Meter von ihm entfernt, noch eine Mauer gebaut und so die auf dem Dormitio weilenden deutschen Benediktiner mehr oder weniger eingeschnürt. Meine Bemühungen



Das Grundstück der Dormitio und en-Nebi-Dāūd.

gingen dahin, zunächst den amerikanischen Friedhof anzukaufen. Trotz der großen Hindernisse ging die Sache in erfreulicher Weise voran.

Schon bei den ersten Besprechungen über die künftige Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse im Orient bei kirchlichen und amtlichen Stellen wies ich auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Erwerbung des Cönaculums hin. Das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem wurde um einen Bericht ersucht, der dahin ging, „daß bei Bereitstellung der nötigen Mittel der Erwerb des Heiligtums doch nicht ganz ausgeschlossen erscheine". Es wurde die Summe

von drei Millionen Franken genannt, um die gesamten Einwohner des Nebi Daud für das Zustandekommen des Planes zu interessieren, so daß von den Hauptbeteiligten ein Widerspruch nicht zu erwarten war, besonders dann nicht, wenn man den Mohammedanern das vermeintliche Grab Davids als Eigentum oder zum Nießbrauch überließ. Nachdem die deutsche katholische Aktion im Orient aufgenommen war, stand die Erwerbung des Cönaculums im Vordergrund, allerdings, wie ich dem deutschen Beauftragten schrieb, „nicht unter Hintansetzung der Missionsarbeit. Lieber keine heiligen Orte und Einfluß auf die Bevölkerung, als alle Denkwürdigkeiten des Christentums verbunden mit der Auflösung unserer Missionen.“ Die ganze Angelegenheit erfuhr eine günstige Wendung, als der mir befreundete Graf Wolff-Metternich als Botschafter nach Konstantinopel entsandt wurde. Er hatte hohes Verständnis für die von mir geförderte Angelegenheit. Vor seiner Abreise im November 1915 wurde der gesamte Aktionsplan in den ersten Umrissen festgelegt. Graf Wolff-Metternich versprach, seine ganze Kraft zum Gelingen des Planes dadurch einzusetzen, daß er dem Sultan nahelegen werde, das Cönaculum dem Deutschen Kaiser zur Verfügung zu stellen als Gegengeschenk für die Überreichung des Marschallstabes. Während meiner Anwesenheit in Konstantinopel im Februar 1916 ist die Frage einen erheblichen Schritt weiter gekommen, so daß ich am 2. März dem im Hauptquartier weilenden Reichskanzler schreiben konnte:

„Der Besitz des Cönaculums (Abendmahlssaales) ist für die deutschen Katholiken ein Herzenswunsch, und ich bin überzeugt, daß es auch in den weitesten evangelischen Kreisen die größte Freude hervorrufen würde, wenn es gelänge, dieses Heiligtum in christliche Hände zurückzugewinnen. Der Generalkonsul in Jerusalem hält in seinem vom 28. Dezember 1915 datierten Bericht die Erwerbung für möglich, nachdem er früher einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Der Herr Botschafter, Graf Wolff-Metternich, hat mir mit der Bitte strengster Geheimhaltung erklärt, daß er selbst in Konstantinopel Schritte unternommen habe, um zu sondieren, ob irgendwelche religiöse Bedenken beständen. Es sei ihm erklärt worden, daß solche nicht vorliegen. Er, Graf Wolff-Metternich, werde deshalb dem Sultan vorschlagen, daß der Sultan als Gegengabe für die Verleihung des Marschallstabes das Cönaculum Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser schenken solle, sobald die nötige Ablösungssumme vorhanden sei. Als Ablösungssumme resp. Kaufsumme kommt nach dem Bericht des Generalkonsuls von Jerusalem die Summe von drei Millionen Franken in Betracht. Ich hoffe bestimmt, daß es mir in nicht allzu langer Zeit gelingen wird, diese Gelder aufzubringen, und ich reise nach bereits gehabter Rücksprache in München nun am kommenden Montag nach

Köln zu Herrn Kardinal von Hartmann, der Vorsitzender des Vereins vom Heiligen Lande ist. Ohne eine bindende und endgültige Zusage geben zu können, möchte ich doch betonen, daß es die deutschen Katholiken vor ihrem christlichen Gewissen und vor ihrem Nationalbewußtsein nicht verantworten könnten, wenn sie den jetzigen günstigen Moment zur Erwerbung des Cönaculums an der Kaufsumme scheitern lassen würden. Es wäre nun die Frage zu klären, wer Eigentümer und Schutzherr dieses Heiligtums werden soll. Ich erlaube mir den Vorschlag, daß, wenn das Heiligtum durch Verleihung des Sultans nach Aufbringung der erforderlichen Kaufsumme Seiner Majestät dem Kaiser zur Verfügung gestellt wird, Seine Majestät die große Güte haben möchten, das gesamte Heiligtum Seiner Majestät dem König Ludwig III. von Bayern als Eigentümer, Schutz- und Bauherrn weiterzugeben. Ich bin fest überzeugt, daß ein solcher kaiserlicher Akt bei allen Katholiken des Deutschen Reichs den denkbar besten Eindruck machen würde und daß das Heiligtum auch über die Wechselschicksale der Politik hinweg dem christlichen Besitz gesichert erscheint, wenn es im Privateigentum des Königs von Bayern sich befindet. Gestern vormittag hatte ich Gelegenheit, mit Seiner Majestät dem König von Bayern über diese Gedanken zu sprechen. Seine Majestät, der König Ludwig, würde hocherfreut sein, wenn das Haus Wittelsbach als Hüter des Cönaculums bestimmt würde. Seine Majestät erklärte aber, daß selbstverständlich diese Regelung nur in Betracht kommen könne, wenn Seine Majestät der Kaiser aus eigener Initiative diesen Weg beschreiten würde. Für die Überlassung des Cönaculums an das Königshaus Bayern dürften im allgemeinen folgende Gesichtspunkte sprechen: Da es sich um ein katholisches Heiligtum handelt, so würde ein katholischer Monarch als Schützer desselben besonders geeignet sein. International würde der Übergang des Heiligtums in deutsche Hände weniger beanstandet werden, wenn Bayern, d. h. der König Ludwig statt des Deutschen Reiches, d. h. der Kaiser, Grundherr und Eigentümer werden würde."

Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der sofort dem Kaiser Vortrag hielt, konnte bei seinem kurz darauf folgenden Besuch in München dem König von Bayern mitteilen, daß der Kaiser mit meinen Vorschlägen vollkommen einverstanden sei und sich auch seinerseits um den Erwerb des Cönaculums bemühen werde.

Es war nicht überraschend, daß in Konstantinopel die Sache nicht so schnell voranging, wie meine Ungeduld es anstrebte. Der Botschafter schrieb mir im April 1916, daß er nach Abschluß der Verhandlungen über die Kapitulationen den Moment für gekommen halte, die Frage wegen des Erwerbs des Cönaculums wieder anzuschneiden: „Sie können sich darauf verlassen, daß ich den richtigen Augenblick nicht versäumen werde." Durch Verhandlungen mit der Kurie erlangte ich zu meinem Vorhaben die Zustimmung Roms. Dort setzten später allerdings Gegenströmungen ein,

welche das Cönaculum den deutschen Katholiken nicht gönnen wollten, obwohl doch die diplomatischen Verhandlungen zum Erwerb desselben während des Krieges nur durch Deutschland geführt werden konnten und auch damals ein Erwerb für den Heiligen Stuhl ausgeschlossen war. Auf meine eingehenden Darlegungen im Juli 1916 sind dann auch diese Bestrebungen verstummt. Der Provinzial der bayerischen Franziskanerprovinz, der um jene Zeit Palästina bereiste, warnte vor zu großem Optimismus. „Noch sind die Moslems in Jerusalem nicht aufgeklärt über die Irrigkeit ihrer Anschauung, wonach sich unter dem Cönaculum das von ihnen hochverehrte Grab Davids befindet. Solange aber dies nicht geschehen, ist ein Aufflammen des Fanatismus und damit ein Scheitern des Planes sehr zu befürchten." Durch die Verzögerung des Abschlusses der deutsch-türkischen Verträge wurde auch der Termin zur Aufnahme der letzten Verhandlungen über den Erwerb des Cönaculums mit der Türkei in den Herbst vertagt. Aber auch in Berlin waren „Widerstände, Ängstlichkeiten und Vorurteile" zu überwinden. Graf Wolff-Metternich legte im August Talaat-Pascha eingehend dar, daß die Armenierfrage und die Unterdrückung der christlichen Institutionen in der Türkel viel böses Blut gemacht und die Stimmung bei den Parteien in Deutschland ungünstig beeinflußt habe; die Türkei müsse zur Beruhigung erheblich beitragen; das beste Mittel hierzu sei der Verkauf des Cönaculums an die deutschen Katholiken. Auch nach seinem Rücktritt hat sich Graf Wolff-Metternich mündlich wie schriftlich weiter für diese große Sache eingesetzt und betont, daß vor der Verabschiedung der deutsch-türkischen Verträge die Angelegenheit ihre Lösung finden müsse. Die Anwesenheit des türkischen Ministers Halil in Berlin wurde dann benutzt, um diesem klarzulegen, daß die ganzen Verträge mit der Türkei Gefahr laufen würden, wenn in der Frage des Cönaculums kein Entgegenkommen gezeigt würde. Der türkische Minister versprach, sofort nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, und fügte bei, daß die ganze Angelegenheit leicht zu regeln sei, wenn Deutschland Entgegenkommen in Kirchen- und Schulfragen zeige. Staatssekretär von Jagow lehnte die Verquickung dieser beiden Angelegenheiten ab. Botschafter Graf Wolff-Metternich teilte mir als seine Auffassung im Oktober 1916 mit, daß der Erwerb des Cönaculums sehr aussichtsreich sei; wenn er noch einige Wochen in Konstanti-

nopel geblieben wäre, wäre der Erwerb sicher gelungen; er habe wiederholt mit Talaat-Pascha die Frage gesprochen, der ihm erklärt habe, daß er halb Jerusalem haben könne, wenn er die Aufhebung der Kapitulationen herbeiführe; weder der Wakufminister noch der Scheich ul Islam hätten Bedenken geäußert; ebenso hätte sich der Gouverneur von Jerusalem äußerst günstig über den Erwerb ausgesprochen und erklärt, daß nur gewisse Bedenken in osmanischen Kreisen hervorgerufen würden, wenn sofort auf dem Platz eine Kirche erbaut würde. Ich konnte dem Botschafter versichern, daß die Deutschen gar nicht daran dächten, auf diesem Platz eine Kirche zu erbauen, da derselbe an die Dormitio grenze, wo sich bereits eine Prachtkirche befände. Auch der türkischen Regierung in Konstantinopel ließ ich ähnliche Erklärungen abgeben. Mit dem Nachfolger des Botschafters Graf Metternich, Herrn von Kühlmann, erörterte ich die Frage wiederholt, namentlich in der Richtung, daß schon um die deutsch-türkischen Verträge, gegen welche angesichts mancher Vorkommnisse in der Türkei doch erhebliche Bedenken vorlägen, im Parlament zur Annahme zu bringen, der Erwerb des Abendmahlssaales im höchsten Grad wünschenswert sei. Herr von Kühlmann sah nun plötzlich den Erfolg als äußerst zweifelhaft an. Talaat-Pascha brachte nämlich Anfang 1917 eine Reihe neuer Bedenken vor. Er wollte den deutschen Katholiken nur regelmäßige Andachten gestatten und machte schließlich den Vorschlag, die deutschen Katholiken möchten sich zur Schonung des religiösen Empfindens der Mohammedaner für ein anderes Heiligtum interessieren. Mein Gegenvorschlag ging dahin, daß nicht die deutschen Katholiken das Cönaculum kaufen, sondern daß dem Sultan das Geld zur Verfügung gestellt werde, damit er als Käufer auftrete. Angesichts der militärischen Bedrohung Jerusalems könne dann die Art von Sarkophag, welchen die Türken für das Grab Davids hielten, aus Sion entfernt werden, da dieser hochgelegene Teil der Stadt der Beschießung zuerst ausgesetzt sei. Der Sultan könne mit dem Kaufgeld eine neue Moschee bauen und dort den Sarkophag unterbringen, so daß die ganze Aktion nach außen als eine militärische Maßnahme erscheine. Die religiösen Bedenken seien damit beseitigt. Leider zogen sich die Verhandlungen immer mehr in die Länge. Die militärische Bedrohung Jerusalems brachte sie zum Stillstand; die Einnahme Jerusalems durch die Engländer machte es zur Unmöglichkeit, die Frage noch

zu regeln. Auf meine Anregung hin wurde mit der Türkei damals vereinbart, daß die Räumung Jerusalems sich in einer solchen Form vollziehen solle, „daß um Jerusalem nicht Kugeln und Granaten pfeifen“.

Angesichts der Neugestaltung der Dinge in Palästina muß die ganze Christenheit mit Bestimmtheit fordern, daß sämtliche heilige Stätten in ihr Eigentum in der Form übergehen, daß künftighin Streitigkeiten ausgeschlossen sind. Schon während des Krieges ist man von verschiedenen Seiten an mich herangetreten, auf eine Neuregelung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse in der Grabeskirche zu dringen. Besitzer ist der türkische Sultan. Benutzungsrecht in der Grabeskirche haben neben den lateinischen Katholiken auch die Griechen, Armenier und Kopten. Man schlug vor, der Sultan möge die Grabeskirche dem Deutschen Kaiser und dem Kaiser von Österreich schenken, welche sie dann dem Heiligen Vater als Eigentum überweisen würden. Jerusalem selbst hat unter dem Kriege stark gelitten. Alle katholischen Waisenanstalten wurden aufgehoben, die Kinder in das neue Zentralwaisenhaus unter mohammedanischer Verwaltung mit mohammedanischen und protestantischen Lehrern und Lehrerinnen abgegeben. Der Gefahr, daß alle mit Beschlag belegten katholischen Anstalten versteigert würden, begegnete ich durch Schritte bei der deutschen Regierung. Auch in Bethlehem wurden sämtliche ehemals kirchlichen Anstalten für militärische Zwecke benutzt.

Der Berg Karmel, die Wiege des Karmeliterordens, der bis zum Ausbruch des Krieges unter französischem Protektorat sich befand, stand in Gefahr, als Eigentum von der türkischen Regierung beansprucht, verkauft und versteigert zu werden, obwohl alle seine Besitzungen unbestrittenes Eigentum des Ordens der unbeschuhten Karmeliter sind und als internationales Eigentum dem ganzen Orden gehören. Auf meine Veranlassung wurde die deutsche Botschaft in Konstantinopel angewiesen, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze dieses Heiligtums zu ergreifen, was um so notwendiger war, als ein großer Teil der zehn Kilometer langen Mauer, die das Besitztum des Karmeliterordens umfaßte, niedergerissen wurde und Eingeborene auf große Teile des Klostereigentums Ansprüche erhoben und bereits Bauwerke auf diesem errichteten. Die türkische Regierung unterstützte die Eingeborenen gegen das Karmeliterkloster und ließ dieses nach Kriegsausbruch

schließen. Um die deutsche Einflußnahme stärker begründen zu können, wurde eine größere Anzahl deutscher Karmeliterpatres dorthin geschickt. Durch die sodann herbeigeführte Vermittlung des deutschen Botschafters konnten die Karmeliteranstalten während des ganzen Krieges als ungefährdet gelten.

8. Kapitel

Bulgarien

Nach dem Frieden von Bukarest setzte Berlin auf das rumänische Pferd, Wien auf das bulgarische; dieser Zwiespalt nach außen wäre ein erstklassiger politischer Schachzug gewesen, wenn er sich als die Folge einer Verabredung der Zentralmächte dargestellt hätte; aber das war er nicht. In Wien machte sich damals das Gefühl geltend, Deutschland habe für die österreichisch-ungarischen Interessen auf dem Balkan nicht genügend Verständnis; das wurde mit zur Ursache, daß es im Juli 1914 in der serbischen Frage eine recht forsche Haltung an der Seite Wiens einnahm. Für jeden die Balkanverhältnisse überblickenden Politiker war es klar, daß Bulgarien in einem Krieg, in dem um die Existenz Serbiens und damit um bulgarische Ansprüche gekämpft wurde, nicht bis zum Ende neutral bleiben würde. Der Haß der Bulgaren gegen die bereits in den Krieg verwickelten Serben und gegen die noch Neutralität zeigenden Rumänen war ungemein groß, während mit Konstantinopel sich freundliche Beziehungen anbahnten, die sich durch den 1915 erfolgten Gebietsaustausch bei Adrianopel und an der Maritza noch herzlicher gestalteten. Der erste Waffenerfolg der deutschen Armeen erleichterte die vorbereitenden Schritte für ein Bündnis zwischen den Zentralmächten und Bulgarien; dasselbe war in den ersten Septembertagen 1914 so gut wie fertig, als durch die unglückliche Wendung an der Marne im letzten Augenblick auf bulgarischer Seite die Unterschrift verzögert wurde.

Der treueste und zuverlässigste Freund des Bündnisses mit Deutschland war und blieb König Ferdinand. Daß nach den Niederlagen Österreichs in Galizien und der Versteinerung

des Krieges im Westen auch das deutsch-freundliche Kabinett Radoslawow eine abwartende Haltung einnahm, hat mich nicht überrascht. Die Berichte der an die neutralen und befreundeten Hauptstädte entsandten bulgarischen Politiker lauteten übereinstimmend auf „abwarten“. Von deutscher Seite, treu unterstützt von Wien, wurde unermüdlich gearbeitet, um Bulgarien zum Losschlagen gegen Serbien zu gewinnen. Aber die Entente war auch nicht müßig und machte verlockende Angebote in Sofia, die allerdings von den Zentralmächten mit gutem Gewissen überboten werden konnten, da man hier keine Rücksicht auf Serbien zu nehmen hatte. Die Wunde des Bukarester Friedens von 1913 und die vorausgegangenen unglücklichen Ereignisse schmerzten das bulgarische Volk. Als sich daher die deutsche Oberste Heeresleitung im September 1915 entschloß, den Vormarsch gegen Serbien anzutreten, waren nicht mehr allzu viele Bedenken gegen eine aktive Beteiligung Bulgariens in Sofia zu überwinden. Verschiedene glückliche Umstände gestatteten mir, über die Verhältnisse in Bulgarien während des ganzen Krieges die denkbar zuverlässigsten Berichte zu erhalten.

Die bulgarische Mobilisation ging Ende September 1915 ziemlich still vor sich. „Der Geist der einrückenden Truppen war allerdings kein gehobener. Die Leute haben große Furcht vor den kommenden Ereignissen und befürchten die griechische und rumänische Komplikation. Zu unangenehmen Zwischenfällen ist es jedoch nicht gekommen.“ Die zahlreichen russophilen Kreise verhielten sich vorsichtig. Als in jenen Tagen der Demokratenführer Malinow vom König empfangen wurde, verbreitete sich die falsche Nachricht, daß der König den Eintritt Malinows in das Kabinett wünsche. Die Agitation der Entente war um diese Zeit enorm; eine Reihe neuer Blätter wurde hierfür geschaffen. Die Landung einer Ententearmee in Saloniki wurde durch Organe der englischen Gesandtschaft offiziell angekündigt. Die Gefahr eines Bürgerkrieges stand vor der Tür, zumal bei dem angedrohten russischen Truppendurchzug durch Rumänien. Der Festigkeit der Regierung gelang es, Zwischenfällen vorzubeugen. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Konflikts, als die Entente ihr Spiel verloren sah, beschränkte sie sich darauf, Furcht vor der kommenden Übermacht und Ausbeutungssucht Deutschlands in Bulgarien zu verbreiten, was namentlich bei den Demokraten eine günstige Aufnahme fand.

Das über alles Erwarten glückliche Voranschreiten der militärischen Operationen in Serbien löste in ganz Bulgarien wie nicht minder bei den Zentralmächten lebhafte Freude aus. Durch die Einlegung des Balkanzuges wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien von Monat zu Monat besser. Große Verdienste um die Ausgestaltung dieser Beziehungen haben sich der Gesandte Graf Oberndorff und der Militärbevollmächtigte von Massow erworben.

Während meines viertägigen Aufenthalts in Sofia (vom 10. bis 14. Februar 1916) hatte ich aus den zahlreichen Besprechungen den einheitlichen Eindruck gewonnen, „daß Deutschland in Bulgarien einen derzeit ungemein begeisterten Bundesgenossen besitzt, der auch entschlossen ist, uns treue Freundschaft für die Zukunft zu halten. Das Ministerium Radoslawow, das im Parlament nur eine ganz geringe Mehrheit besitzt, wird in seiner auswärtigen Politik nunmehr von nahezu allen Parteien unterstützt. Nur ein geringer Teil bleibt auch heute noch seiner russophilen Haltung treu. Man kann es als den festen Willen des bulgarischen Volkes bezeichnen, mit den Mittelmächten eine unverbrüchliche treue Freundschaft zu halten. Dabei kam vielfach der Wunsch zum Ausdruck, daß von deutscher Seite mehr getan werden müsse, um den russophilen Bestrebungen den Eingang in das Land für immer zu verweigern.“ Die nationalen Kriegsziele Bulgariens wurden mir gegenüber von sämtlichen Ministern und Abgeordneten mit glühendem Feuer vertreten. Es stand damals der Wunsch nach dem Erwerb von Kawalla im Vordergrund. Ganz allgemein trat der starke Haß gegen Rumänien hervor. Die Rumänen waren dem bulgarischen Volk mehr verhaßt als die Griechen und Serben zusammengenommen: der tapfere Bulgare sieht in ihnen Feiglinge. Bulgarische Offiziere haben mir erzählt, daß auf dem bekannten „Spaziergang“ der Rumänen im zweiten Balkankrieg oft ganze Bataillone derselben vor einem halben oder ganzen Dutzend Bulgaren die Flucht ergriffen hätten.

Zur Kräftigung des deutsch-bulgarischen Verhältnisses wurde allseitig die Herausgabe einer gut geleiteten deutschen Zeitung in Sofia gefordert und die Wiedererrichtung des Konsulats in Rustschuk, ferner der Besuch bulgarischer Abgeordneter in Deutschland. Letztere Anregung griff ich sofort auf und verabredete die Einzelheiten des Besuchs. Dabei legte ich großen Wert auf den Umstand,

daß Vertreter aller Parteien als Vertreter der Sobranje in Deutschland erscheinen sollten; doch begegnete dieser Gedanke parteipolitischen Schwierigkeiten. Ministerpräsident Radoslawow antwortete: „Geht die Opposition nach Berlin, so müssen meine Leute zu Hause bleiben.“ Von mazedonischer Seite wurde mir die Errichtung einer mazedonischen Stiftung in Berlin nahegelegt, um einer angemessenen Anzahl Mazedonier zu ermöglichen, ihre Ausbildung in Deutschland zu erhalten.

Treue Freunde des Bündnisses machten mich schon damals auf zwei drohende Gewitterwolken aufmerksam: einmal das Auftreten mancher deutschen Offiziere, das nicht genügend auf bulgarische Stimmungen Rücksicht nehme, und auf die lärmhafte Ankündigung der künftigen deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen. Gerade auf dem letzteren Gebiet ist im Laufe der Monate mancher Fehler gemacht worden. Bei verschiedenen offiziellen und freundschaftlichen Zusammenkünften mit Ministern und Parlamentariern fand immer wieder die Versicherung hingebender Treue bis zum Ende begeisterten Ausdruck, während ich in einer öffentlichen Ansprache darauf hinweisen konnte, „daß Bulgarien und Deutschland durch die treue Hingabe ihrer Bürger an das Vaterland und die Ähnlichkeit ihres Schicksals, das sie von der Zerrissenheit zur Einheit führte, viel Gemeinsames haben. Bulgarien und Deutschland haben weder in der Gegenwart noch werden sie in der Zukunft politische oder wirtschaftliche Gegensätze haben. Ihre Interessen gehen nebeneinander und darum muß ihr Bündnis unerschütterlich und ihre Freundschaft unlösbar sein.“ Die in die Augen springendste Frucht meines Besuches war die bald darauf stattfindende Reise maßgebendster bulgarischer Deputierten der Regierungsmehrheit durch Deutschland Anfang Juni 1916. Die Art, wie die bulgarischen Abgeordneten in einzelnen deutschen Städten empfangen wurden, hat auf die bulgarische Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht. Man hatte bis jetzt nur immer eine Vorstellung vom kalten, sich reserviert verhaltenden Deutschen. Die Bulgaren fuhren nach Deutschland nicht ohne eine leise Furcht, daß sie sich der dortigen Atmosphäre nicht würden anpassen können. „Es liegt in der Natur der Sofioter politischen Denkungsart, sich die Rolle Bulgariens als jene eines kleinen Staates vorzustellen, der von einer bemutternden Großmacht bald mit Liebe, bald mit Zorn behandelt wird, je nachdem, wie sich die Dinge gestalten.

Das ist russische Schule. Daß Bulgarien diesmal von Deutschland als vollwertiger Bundesgenosse und mit allen ihm gebührenden Ehren behandelt wurde, wirkte zuerst einigermaßen verblüffend, andererseits hob es jedoch den Nationalstolz, und tagelang bewegten sich die Aussprachen um das Thema der vertrauensvollen Zukunft Bulgariens." So schloß diese nach vielen Schwierigkeiten durchgeführte Aktion mit einem ganz ungeheuren propagandistischen Erfolg.

Der bald darauf erfolgte Gegenbesuch einer Abordnung der bürgerlichen Fraktionen des Reichstags (die Sozialdemokraten schlossen sich dabei aus) gestaltete sich zu einem Triumphzug durch das herrliche, von glühend heißer Orientsonne bestrahlte Balkanland. Auch die Opposition gegen die Regierung Radoslawows, mit deren Führer ich während meiner Anwesenheit in Sofia wiederholt und eingehend gesprochen habe, benahm sich vollkommen korrekt. Die Begrüßungsartikel der oppositionellen Presse klangen ebenso herzlich wie diejenigen der Regierung. Bei der Begrüßung der Reichstagsmitglieder auf dem Bahnhof in Sofia ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, der leider zur Folge hatte, daß die Opposition entgegen ihrer Absicht von allen Veranstaltungen der Regierung fernblieb. Fast alle Deputierten der oppositionellen demokratischen Parteien waren im Festkleid zur Begrüßung mit ihrem Führer, dem früheren Ministerpräsidenten Malinow, erschienen, nachdem ihnen vorher zugesichert war, daß Malinow den Reichstagsmitgliedern vorgestellt werden würde. Das Versprechen wurde jedoch nicht gehalten; daher blieb die Opposition den Regierungsveranstaltungen fern; aber bei allen neutralen Veranstaltungen, z. B. denen der Mazedonier, der Journalisten, erschien die Opposition in auffallend starker Zahl und suchte, wo es nur möglich war, Aussprache mit den deutschen Gästen. Der Besuch hatte die große politische Wirkung, daß alle regierungsfähigen Parteien Bulgariens sich öffentlich und feierlich als Anhänger des Bündnisses proklamierten. Zar Ferdinand empfing die Abgeordneten wiederholt und hat mir manche zutreffende Bemerkungen über einzelne Parlamentarier gemacht. Von dem „ungekrönten König von Preußen", dem früheren konservativen Führer Herrn von Heydebrand, war er sehr enttäuscht, zumal dieser dem Zaren gegenüber sich dahin äußerte, daß Deutschland nach dem Kriege sich schließlich doch mit Rußland wieder befreunden müsse. Dieser

kalte Wasserstrahl kann kaum als ein Meisterstück der Diplomatie bezeichnet werden.

So günstig sich die äußere Politik Bulgariens für das Bündnis gestaltete, so wenig befriedigend war die innere Entwicklung, da namentlich von der Mitte des Jahres 1916 ab immer schärfer die Gegnerschaft zwischen dem demokratischen Oberkommando und der liberalen Regierung hervortrat. Die demokratische Partei unter Führung Malinows suchte ans Ruder zu kommen. Nur der Vermittlung des Königs ist es zu verdanken, daß damals der Konflikt nicht schärfere Formen annahm. Der innere Konflikt trat etwas in den Hintergrund durch die im August erfolgte rumänische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Man hielt es für selbstverständlich, daß auch der Kriegszustand zwischen Rumänien und Bulgarien eintreten müsse. In militärischen Kreisen äußerte sich darüber ehrliche Freude. Dagegen setzte die parlamentarische Opposition zu einem neuen Vorstoß ein; sie schreckte mit dem Vormarsch der Rumänen durch die Dobrudscha und der Kriegserklärung von seiten der Griechen und brachte damit die in allen Gemütern noch leidvoll empfundene Katastrophe von 1912 zur neuen Gärung, ein Unglück, das nur durch einen bulgarischen Sonderfrieden mit russischer Verständigung vermieden werden könne. „Die überaus reservierte Haltung der Regierung wurde in den drei Tagen der Krise immer peinlicher empfunden. Es kam in der Öffentlichkeit zu erregten Diskussionen, fast Straßenszenen, ohne daß irgend jemand irgendwie getroffene Beschlüsse der Regierung mit Glaubhaftigkeit hätte nachweisen können. Am dritten Tage der Krise begann man sogar im Kreise der Freunde Radoslawows mit der Möglichkeit eines Sonderfriedens zu rechnen, da der Ministerpräsident seinen engeren Parteifreunden auf Befragen keine deutliche Antwort gab, sondern im Gegenteil die Möglichkeit einer Verständigung mit der Entente angedeutet hatte, andererseits bei der Sofioter rumänischen Gesandtschaft eine gewisse, anscheinend berechtigte Zuversicht offen zur Schau getragen wurde." Man empfand es allgemein als einen sich lösenden Alpdruck, als nach drei Tagen der Krieg mit Rumänien erklärt wurde. Diese Tage der Unsicherheit wurde von den oppositionellen Parteien des bulgarischen Parlaments gründlich ausgenützt. Die Geschowisten, die russophilen Demokraten und der größte Teil der Agrarier sprachen sich für den Abschluß eines Sonderfriedens aus. Für die

Erklärung des Krieges waren auch die Sozialisten, die allerdings ihren Standpunkt nur in privaten Gesprächen und nicht offiziell vertraten. Die Demokraten beschlossen mit Mehrheit, daß ihr Führer Malinow dem König die Einberufung eines Kronrats zur Erörterung der politischen und militärischen Lage empfehlen solle. Der König lehnte es jedoch ab, Malinow, dessen russophiler Standpunkt bekannt war, zu empfangen.

„Der maßgebendste Faktor in dieser Krise war nur der König. Es darf als sicher gelten, daß der König, vor die neue Situation gestellt, keinen Moment wankte, die Bündnispflicht zu erfüllen, und er in dieser seiner Auffassung von Generalissimus Jekow unterstützt wurde. Wenn aber der König doch die Kriegserklärung an Rumänien um einige Tage hinzog, so hatte dieses Manöver seinen bestimmten Zweck, und zwar um einerseits von den Zentralmächten gewisse militärisch-politische Sicherheiten zu erlangen, andererseits um die Rumänen und die Entente zu täuschen. Radoslawow war auch in diesem Falle nichts anderes als das gut funktionierende Werkzeug des Königs. Er hat es ausgezeichnet zustande gebracht, den rumänischen Gesandten, der die Bedingungen für die bulgarische Neutralität nicht nur der Regierung, sondern auch dem Kabinettchef des Königs überreicht hatte, bis zum letzten Moment über die wahre Haltung Bulgariens zu täuschen, ihn sogar im Gegenteil glauben zu machen, daß die Verständigung wahrscheinlich sei. Die Entscheidung lag allein beim König, und es steht gänzlich außer Frage, daß die Regierung und auch jede andere Regierung nur das gemacht hätte, was der König gewollt. Der König hat den einzig möglichen Weg gewählt, und es war ihm leicht, über alles Parteigezänk hinweg die Dinge klar zu entscheiden, da er wußte, daß das Bündnis festsitze und die Vorbedingungen sowohl militärisch wie politisch, in der Armee wie im Volke, sehr gut waren. Tatsächlich wurde die Erklärung des Krieges an Rumänien in allen Schichten des Volkes sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz mit großer Genugtuung begrüßt."

Auf diese Tage der Unruhe folgte eine längere Periode der Stille. Selbst die angriffslustige Opposition schwieg. Das deutlichste Symptom für die absolute Sicherheit der Lage im Innern war die lange Abwesenheit des Königs.

Aber schon Anfang 1917 trat das Friedensbedürfnis allgemein hervor. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich mit jedem Monat, die Teuerung wuchs. Mit zunehmender Teuerung machte sich die Opposition wieder mehr bemerkbar. Dazu kamen noch andere Faktoren. „Der verhängnisvollste Zwiespalt ist der zwischen Regierung und Hauptquartier. Er artet oft in persönliche Schmähungen zwischen Ministern und Generalen aus und war wiederholt die Ursache zeitlicher Krisen, die sich aller-

dings bis jetzt immer noch reparieren ließen." Die Regierung und die ihr nahestehenden Kreise begrüßten den Umsturz in Rußland, weil sie von ihm ein nahes Kriegsende erwarteten, während die russophilen Kreise glaubten, daß sie sich mit einem demokratischen Rußland in Zukunft viel eher verständigen könnten. Die sich zuspitzende innerpolitische Krise wurde in der zweiten Hälfte 1917 durch den Besuch des Deutschen Kaisers vertagt, zumal sich auch die Opposition an den Feierlichkeiten beteiligte. Der Rücktritt des Ernährungsministers Protogeroff erschien eine Zeitlang als drohende Gewitterwolke. Während man bis Ende des Jahres 1917 von einem unerschütterlich festen Bündnis sprechen konnte, versetzten die Friedensverhandlungen von Bukarest diesem den Todesstoß; sie führten auch zum Sturz des deutschfreundlichen Kabinetts Radoslawow. Die Ursache war die Regelung der Dobrudschafrage.

In dem Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Bulgarien war letzterem die Wiedererlangung der im Bukarester Frieden abgetretenen Süddobrudscha zugesichert worden. Mit dem günstigen Verlauf der militärischen Operationen wuchsen jedoch die bulgarischen Ansprüche. Der Deutsche Kaiser sagte ohne vorherige Zustimmung der politischen Leitung des Reichs dem bulgarischen Ministerpräsidenten den Besitz der gesamten Dobrudscha zu. Radoslawow legte sich in öffentlicher Kammersitzung darauf fest. Das Verhalten der deutschen Militärs bei den Bukarester Verhandlungen aber rechtfertigte nicht die bulgarischen Erwartungen. Ein geschicktes Agitationssystem hatte die öffentliche Meinung des Landes so gelenkt, als ob die Existenz von ganz Bulgarien mit der Dobrudscha stehe und falle. So wurde die Situation äußerst gefährlich. Gelang es Radoslawow nicht, die Dobrudscha zu erhalten, so mußte er demissionieren. Sein Nachfolger konnte nur der Demokratenführer Malinow werden. Die Dobrudscha wurde zur Bündnisfrage. Meine bulgarischen Freunde schrieben mir aus Sofia und Bukarest, wo sie teilweise bei den Friedensverhandlungen weilten, verzweifelte Briefe. Ich habe mich darauf im Reichstag für die berechtigten bulgarischen Wünsche eingesetzt und gefordert, daß Deutschland nicht wieder auf das rumänische Pferd setzen dürfe. Zahlreiche Dankkundgebungen aus allen bulgarischen Kreisen erneuerten die Bündnistreue. Gleichzeitig erging der Wunsch an mich, selbst zu einem kurzen Besuch nach Sofia

zu kommen; ich konnte diesen nicht ausführen. Die Situation wurde noch verschärft durch den Umstand, daß die türkischen Unterhändler die Rückgabe der im Jahre 1915 freiwillig vollzogenen Grenzberichtigungen heischten. Anfangs April 1918 wurde mir von einer zunehmenden deutschfeindlichen Stimmung berichtet. Auch der König beschwerte sich darüber, daß er trotz seiner Bündnistreue „einen Fußtritt nach dem anderen" dafür bekomme, daß er mit Deutschland gegangen sei; der schwerste sei im Bukarester Frieden erfolgt. Der Sturz des Kabinetts Radoslawow und seine Ersetzung durch den Demokratenführer Malinow war die Folge des Friedens von Bukarest. Damit war, wie ich den Berliner amtlichen Stellen sagte, der Riß im Vierbund aller Welt offenkundig. Amtliche Stellen suchten Deutschland zu beruhigen durch den Hinweis auf den deutschfreundlichen Depeschenwechsel und ähnliche Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten. Ich ließ mich durch dieselben nicht irremachen, da eine solche Formalität ganz selbstverständlich war. Die neuen Minister machten auch gar bald keinen Hehl aus ihrer politischen Überzeugung; sie sprachen offen von der Möglichkeit einer Neuorientierung, ja von der Notwendigkeit eines Sonderfriedens und begründeten diese damit, daß sich Deutschland weder militärisch noch wirtschaftlich mehr lange halten könne. Der König hielt seinerseits bis zum letzten treu zum Bündnis und besiegelte diese Treue mit seiner Abdankung. Die Verhandlungen mit der Entente haben ohne sein Wissen stattgefunden und sind zum Teil von seinen persönlichen Gegnern geführt worden. Überraschend konnte auch der deutschen Regierung und der Obersten Heeresleitung diese Wendung der Dinge nicht kommen; denn sie waren von Sofia aus zeitig genug gewarnt, ja förmlich bestürmt worden. Was ich so oft den politischen Stellen in Berlin während des Krieges gesagt hatte: die Belassung des Salonikiriegels der Entente wurde das Unglück für die Mittelmächte. Man hat es mir nicht geglaubt, bis es so gekommen ist.

Während meines Februaraufenthalts (1916) in Sofia sprach eine Reihe bulgarischer Persönlichkeiten mit mir über die Möglichkeit einer Union der bulgarischen Kirche mit Rom. Überraschend war mir der Gedanke nicht. Gerade die Zeiten seiner glänzendsten Kulturperiode, seiner größten territorialen Ausdehnung, die Zeit, in der es der mächtigste politische Machtfaktor

des Balkans war, hatte Bulgarien in der Union mit Rom durchlebt. Die Erinnerung daran war so lebendig geblieben, daß es in den Tagen des Unglücks, die ihm 1913 beschieden waren, seine Blicke wieder nach Rom gerichtet hatte. Damals war der Unionsgedanke so mächtig geworden, daß der Exarch sich unter russischem Druck veranlaßt sah, ein Rundschreiben gegen denselben zu verfassen. Freilich wurzelten diese nach Rom hinzielenden Bewegungen mehr in politischen Erwägungen als in der Erkenntnis der kulturellen und religiösen Unzulänglichkeit des Orthodoxismus und verschwanden, wie so oft, mit der Änderung der politischen Lage. Begreiflich, daß die Regierung Radoslawow einem solchen Entschluß nicht unsympathisch gegenüberstand, da sie wußte, daß sie von Rußland alles zu befürchten hatte, während die kirchliche Union mit Rom den Hauptkanal der russischen Beeinflussung verstopfen würde; sie konnte die Union als eine Folgewirkung des deutsch-bulgarischen Bündnisses ansehen. Auch der König, der mir sein Lebenswerk dahin charakterisierte, „Bulgarien nach dem Westen zu orientieren," stand der ihn so eng berührenden Frage äußerst wohlwollend gegenüber. Der Universitätsprofessor Dr. Bastgen, der sich zunächst studienhalber, dann auch als Feldgeistlicher in Sofia aufhielt, hatte bei Ausführung seiner Berufsarbeiten reichliche Gelegenheit, enge Beziehungen mit dem katholischen Episkopat wie mit den unierten und orthodoxen Bischöfen, Geistlichen und Laien aufzunehmen. Seine Reisen nach Deutschland ermöglichten ihm eingehende Aussprachen mit maßgebenden kirchlichen Stellen. Auch äußerlich erfolgten Schritte in diesem Sinn. Eine Reihe lateinischer bulgarischer Priester gingen zu ihrer weiteren Ausbildung nach Deutschland; Theologiestudenten folgten nach. Der König selbst hat sich an der Fronleichnamsprozession in Sofia nach langen Jahren erstmals wieder öffentlich beteiligt. Die rumänisch-orthodoxe Kirche wurde nach dem Kriegsausbruch mit Rumänien den Katholiken zur Verfügung gestellt. Ministerpräsident Malinow machte — ein beredtes Zeugnis für die grundsätzliche Änderung der Politik — diesen Akt wieder rückgängig. Der Annäherung an den Westen diente auch die Einführung des Gregorianischen Kalenders mit Wirkung vom 1. April 1916; der Synod hielt jedoch am Julianischen Kalender fest und feierte die Feste nach diesem. Die Regierung gab dann nach und legte die bürgerlichen Feiertage wiederum nach dem orthodoxen Kalender. Leider wurden die

katholischen Schulen in Sofia von Deutschland nicht mit dem notwendigen Nachdruck unterstützt; Österreich zeigte mehr Verständnis. Dem Wunsche des Heiligen Stuhles behufs Fürsorge eine Liste sämtlicher italienischer Kriegsgefangenen nach Rom zu senden, haben König und Regierung umgehend entsprochen. Auf Wunsch des Papstes wurden die italienischen kriegsgefangenen Offiziere zur Verbesserung ihrer Lage nach Philippopel gebracht.

Ende Juni 1916 beauftragte mich der Zar von Bulgarien, dem Papste seinen dringenden Wunsch zu unterbreiten, die diplomatischen Beziehungen zwischen Sofia und Rom aufzunehmen, und zwar zunächst durch Errichtung einer Nuntiatur; nach Friedensschluß würde der König dann einen Gesandten nach Rom entsenden; im Anschluß daran sollte später nach dem Beispiel Serbiens ein Konkordat mit Rom abgeschlossen werden. Kronprinz Boris hatte beim Einmarsch in Nisch das unmittelbar vor Kriegsausbruch zwischen Serbien und Rom abgeschlossene Konkordat unter den Akten der geflohenen serbischen Regierung selbst aufgefunden. Bereits am 12. Juli wurde mir mitgeteilt, daß der Vatikan mit Freuden „diplomatische Beziehungen zwischen Bulgarien und dem Heiligen Stuhl herstellen werde, doch sei dies während des Krieges nicht möglich, da auch andere Mächte ähnliche Schritte unternommen hätten (Japan, Serbien, Türkei) und der Heilige Vater nicht eine Macht der anderen vorziehen wolle". Ich glaubte demgegenüber darauf hinweisen zu dürfen, daß hierdurch wertvolle Zeit verloren gehe, und nach Kriegsende die politische Situation eine andere sein könnte; auch würde der Abschluß eines Konkordats durch die Anwesenheit des Nuntius erleichtert werden; die päpstliche Neutralität werde nicht verletzt werden, wenn z. B. gleichzeitig Nuntiaturen in Bulgarien und Japan errichtet würden. Rom legte der Frage die größte Bedeutung bei und überwies sie zur Entscheidung der Kardinalskongregation, welche sich dahin entschloß, die diplomatischen Beziehungen erst nach Kriegsende aufzunehmen. Im Jahre 1918 wurden dann über die Nuntiatur in Wien Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung eingeleitet, die jedoch durch die politische Wendung der Dinge ins Stocken gerieten.

Das jahrelange Zusammenarbeiten in härtester Kriegsnot mit dem bulgarischen Volk wird auch für die Zukunft gute Früchte zeitigen.

9. Kapitel

Rumänien

Die von König Karol und dem Deutschen Kaiser abgeschlossene Militärkonvention wurde in den Augusttagen 1914 vom rumänischen Kabinett als nicht rechtsverbindlich angesehen und derselben keine Folge gegeben. Verwandtschaftliche Beziehungen der Dynastien haben in ernsten Völkerkonflikten keine Bedeutung; auch der Umstand, daß Deutschland nach dem Bukarester Frieden sich offen für Rumänien aussprach, wurde nicht gelohnt. König Karol, der nach diesem Mißerfolg abdanken wollte, starb tatsächlich an gebrochenem Herzen. Seinem Nachfolger, König Ferdinand, fehlte es an Autorität, um entscheidenden Einfluß auf die Politik seines Landes gewinnen zu können; ich glaube, er hat es auch nie versucht. Politisch weit mächtiger war die Königin, die trotz des Einschlags deutschen Blutes mit ihren Sympathien offenkundig auf seiten der Entente stand. Man hat sich zwar in Berlin wiederholt anderes eingeredet.

Solange nicht die Durchschlagung des serbischen Riegels durch den Negotinerkreis erfolgt war, bildete Rumänien den Schlüssel zum Orient. Seine Stellungnahme war mit entscheidend für die Abwehr an den Dardanellen und damit für das frühere oder spätere Ende des Weltkriegs. Die Munitionstransporte donauaufwärts nach Serbien ließ Rumänien ruhig passieren, die Munitionsdurchfuhr nach der Türkei verbot es. Auch der Ausfuhr des Ernteüberschusses und von Petroleum aus Rumänien wurden fast unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Man könnte die spannendsten politischen Romane schreiben, wenn man alle Bemühungen schildern wollte, um eine Änderung dieser Haltung herbeizuführen oder um auf andere Weise dem deutschen Interesse Genüge zu tun. Dabei erklärten mir rumänische Politiker, wie seinerzeit auch römische, daß sie gegen Deutschland gar nichts hätten, sondern offen anerkennen müßten, daß Deutschland an der kulturellen und wirtschaftlichen Erschließung Rumäniens in ganz erheblichem Maße beteiligt gewesen sei: ohne deutsche Hilfe hätte ihr Land überhaupt nicht den gewaltigen Aufschwung in den letzten Jahrzehnten nehmen können; aber es sei Österreich-Ungarn, das ein freund-

schaftliches Verhältnis mit den Mittelmächten nicht aufkommen lassen könne. Die Behandlung der in Ungarn lebenden Rumänen sei geradezu ein Skandal, besonders die brutale Nationalitätenpolitik des Grafen Tisza mache das ganze rumänische Volk zum Feinde der Mittelmächte. Die Rumänen in Siebenbürgen müßten nach dem ungarischen Wahlgesetz mindestens 70 Mandate zum Abgeordnetenhaus haben; durch Wahlkreisgeometrie und andere willkürliche Maßnahmen würde jedoch diese Zahl auf 5 bis 7 Köpfe herabgedrückt, so daß die Rumänen nicht einmal in der Lage seien, eine eigene Fraktion in Budapest zu bilden. Politische Verfolgungen der Rumänenführer in Siebenbürgen, ja selbst Todesurteile gegen diese peitschten immer und immer wieder die nationalen Leidenschaften auf. Ich hatte selbst wiederholt Gelegenheit, mit rumänischen Abgeordneten und Politikern in Wien und anderwärts zusammenzukommen und gewann dabei einen Einblick in die ungarische Politik gegenüber den Nicht-Madjaren; es klagten die zwei Millionen Deutsche, die in Ungarn lebten, genau in derselben Weise.

Die Stellung Rumäniens im Weltkrieg wurde international lange davon abhängig gemacht, welche Haltung Italien einnehmen würde. Vor meiner Abreise aus Rom wurde mir von gut unterrichteter Seite versichert, daß eine Art stillschweigende Vereinbarung zwischen beiden Ländern über ein gemeinsames Vorgehen vorliege, wenn es auch nicht zu einem Vertragsabschluß gekommen sei. In gewisser Hinsicht gingen die Interessen beider Länder insofern auch parallel, als sie beide territoriale Ansprüche gegenüber Österreich-Ungarn erhoben. Der politische Grund, weshalb der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza sich so lange und zäh gegen die Abtretung des Trentino sträubte (obwohl ihm als Vollblutmadjaren eine Schmälerung Österrreichs ganz willkommen gewesen wäre), war darin zu suchen, daß er aus einem solchen Entgegenkommen eine Steigerung der Ansprüche der Rumänen in Siebenbürgen befürchtete. Er hat mir dies im Juni 1915 offen zugegeben und atmete sichtlich erleichtert auf, als durch die Kriegserklärung Italiens die Frage der politischen Verhandlungen endgültig erledigt war. In den leitenden politischen Kreisen Deutschlands befürchtete man nach dem Kriegseintritt Italiens auch bald den von Rumänien. Wenn in jenen Wochen nicht der siegreiche Durchbruch von Gorlice mit dem Rückzug der Russen und unserem

Vormarsch einen großen militärischen Druck auf Bukarest ausgeübt hätte, so wäre nach meiner festen Überzeugung damals bereits Rumänien gegen die Mittelmächte marschiert. So jedoch wurde Zeit gewonnen.

Unmittelbar vor meiner Abreise aus Rom wurde mir von gut unterrichteter Seite nahegelegt, die ganze Kraft darauf zu verwenden, daß Rumänien nicht auf die Seite der Entente trete. Meine Reise nach Wien und Budapest im Juni 1915 nutzte ich in diesem Sinne aus. Mit dem damaligen österreichischen Minister des Äußern hatte ich am Fronleichnamstag eine eingehende Aussprache, um ihm an Hand der Erfahrungen in Rom klarzumachen, daß nunmehr unter allen Umständen vermieden werden müsse, daß in Bukarest sich dieselbe Tragödie wiederhole: da jetzt die Donaumonarchie vor politischen Opfern im Trentino bewahrt geblieben sei, müsse es um so leichter fallen, gewisse Konzessionen an Rumänien zu machen; solche territorialer Art kämen kaum in Betracht, wenn man von den beiden südlichen rumänischen Kreisen der Bukowina absehe; es handle sich vielmehr nur darum, daß in Ungarn die berechtigten nationalen Wünsche der Rumänen erfüllt würden. Baron Burian, der als Wiener Vorposten des Grafen Tisza angesehen wurde, lehnte für seine Person schroff jedes Entgegenkommen gegenüber Rumänien ab und meinte, daß die minderwertige rumänische Armee von unseren Soldaten rasch mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden würde, worauf ich ihm erwiderte, er möge sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß deutsches Blut für Fehler der österreichisch-ungarischen Politik nicht weiter fließen könne, wir müßten doch nicht nachgerade noch mit allen jenen Staaten wegen offenkundiger politischer Fehler in kriegerische Auseinandersetzungen geraten, auf deren Hilfe man bei weitsichtiger Politik gerechnet habe und hätte rechnen können. Schließlich meinte Baron Burian, daß für diese Frage der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza maßgebend sei. Ich begab mich tags darauf zu diesem. Doch fand ich bei ihm noch weniger Verständnis; denn er wollte nicht einmal die Berechtigung der Klagen der Rumänen anerkennen. Er fand alles in bester Ordnung: die in Ungarn lebenden Rumänen befänden sich in weit besseren kulturellen Verhältnissen als die im Königreich Rumänien ansässigen, es seien nur einige wenige politische Hitzköpfe, welche Unruhe unter die sonst so ruhige Bevölkerung brächten; kein Land treibe eine so

gerechte Nationalitätenpolitik wie Ungarn. Dann folgten sehr heftige Ausfälle gegen einige mir persönlich bekannte Rumänenführer, die zudem eine überaus mäßigende Haltung einnahmen. Graf Tisza lehnte jedes Verhandeln mit Rumänien über die Gewährung weiterer Rechte an die Rumänen in Ungarn ab. Ich setzte ihm darauf auseinander, es sei gar nicht die Absicht Deutschlands, mit Bukarest darüber zu verhandeln, sondern Ungarn selbst müsse von sich aus ein Maß von Entgegenkommen zeigen, das dann beruhigend auf Rumänien wirken und in den siebenbürgischen Grenzbezirken Befriedigung auslösen würde. Auch hiervon wollte Graf Tisza sehr wenig wissen, indem er wiederholt betonte, daß ein Anlaß zu berechtigten Klagen überhaupt nicht vorliege. Immerhin stellte er in Aussicht, daß er geneigt sei, einige Erleichterungen für die Rumänen zu gewähren. Ganz anders waren freilich die Töne, die ich von den maßgebenden rumänischen siebenbürgischen Abgeordneten in Budapest und namentlich in Wien hörte. Ihr geistiges Haupt trat mit aller Energie für die Erhaltung der Doppelmonarchie ein; es wollte diese gemäß dem Plan des ermordeten Thronfolgers auf föderativer Grundlage neu aufbauen, ganz im Anschluß an die staatsrechtliche Konstruktion des Deutschen Reichs. Die Rumänen Ungarns forderten die bundesstaatliche Gliederung der Doppelmonarchie mit großer Machterweiterung für die Zentralinstanz, der nicht nur die Außenpolitik, sondern auch das Heereswesen, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik und Finanzpolitik übertragen werden sollte; nur in kulturellen Fragen sollten die einzelnen Länder vollkommene Freiheit haben und die Zentralgewalt lediglich den Grundsatz der Gleichberechtigung aussprechen. Weite Kreise Deutsch-Österreichs, namentlich die Christlich-Sozialen, standen auf demselben Standpunkt. Daraus ergab sich auch, daß die Wünsche der Rumänen Ungarns in Wien im allgemeinen keine unfreundliche Aufnahme fanden. In Budapest dagegen ist viel zu wenig geschehen; man ließ den Wagen laufen.

Dieses politische dolce far niente paßte ausgezeichnet in die Berechnungen der rumänischen Regierung, die auf alle Anfragen über die Forderungen für eine wohlwollende Neutralität stumm blieb. Die Zentralmächte gaben in Bukarest zu erkennen, daß Landesabtretungen in der Bukowina, die Zusage des Erwerbs von Beßarabien, die notwendigen Geldmittel und nationale Konzessionen an die rumänischen Ungarn zu erreichen seien. Schon um

Pfingsten 1915 herum hatte der deutsche Gesandte in Bukarest den strikten Auftrag erhalten, die Forderungen Rumäniens festzustellen. Mehrere Wochen bemühte er sich vergebens um eine Audienz beim König, und als er sie erhielt, wurde er mit dieser Angelegenheit an den Ministerpräsidenten verwiesen. Dieser wich jedoch einer klaren Stellungnahme aus.

Auf der Rückkehr von Konstantinopel und Sofia weilte ich einige Tage in Bukarest (18. bis 20. Februar 1916). Aus Bulgarien brachte ich als Eindruck die große Abneigung und den Haß der Bulgaren gegen die Rumänen mit; in dortigen maßgebenden Kreisen sehnte man sich förmlich nach dem Kriegsausbruch mit Rumänien. Der kommandierende General der ersten bulgarischen Armee, den ich in Rustschuk traf, erklärte, daß er mit Schmerzen auf das Signal des Kriegsausbruchs warte; bulgarische Infanterie, gedeckt und gestützt durch deutsche Artillerie, sei unüberwindbar. Die maßgebenden bulgarischen Kreise, auch die bulgarischen Gesandten in Konstantinopel und Bukarest gaben mir gegenüber ihre Auffassung dahin zu erkennen, Rumänien werde bis zum Kriegsende neutral bleiben, wenn der Weltkrieg wie bisher unentschieden auslaufe; es werde sich im letzten Augenblick auf die Seite der Mittelmächte stellen, wenn deren glänzender Sieg vor aller Welt unentreißbar feststehe; Rumänien werde aber gegen die Zentralmächte marschieren, wenn ein nennenswerter militärischer Mißerfolg, auch ein nur vorübergehender, auf deren Seite sich einstellen würde. Dabei rechneten die Bulgaren damit, daß Rumänien zunächst nicht gegen Österreich-Ungarn marschieren würde, sondern gegen Bulgarien. Durch meinen Aufenthalt in Bukarest bin ich alsbald zu der Überzeugung gekommen, daß die bulgarische Auffassung im allgemeinen zutreffend war, nur mit der kleinen Änderung, daß Rumänien unter keiner Voraussetzung aus eigenem Antrieb mit den Mittelmächten gehen werde. In allen politischen Kreisen Rumäniens, in denen ich Gelegenheit zur Aussprache hatte, stand im Vordergrund die Angst, daß Deutschland bei weiterem günstigen militärischem Stand der Dinge irgendeine politische Entscheidung von Rumänien fordern könne. Alles Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet war nur von dieser Angst diktiert und entsprang der Erwägung, Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet eine Zeitlang Konzessionen zu machen, damit es nicht mit der politischen Forderung einer endgültigen Stellungnahme Ru-

näniens heraustrete. Ich mußte daher in meinem Bericht an den Reichskanzler niederschreiben:

> „Solange unsere militärische Lage gut ist, werden diese wirtschaftlichen Konzessionen Rumäniens andauern. Jede Veränderung der militärischen Situation zu ungunsten der Zentralmächte wird aber auch absolut sicher eine Einschränkung oder ein Aufhören dieses wirtschaftlichen Entgegenkommens bringen. Man darf sich daher durch die derzeitige Haltung Rumäniens in wirtschaftlichen Fragen nicht täuschen lassen. Das Land, d. h. die maßgebenden Kreise Rumäniens, sind gegen die Mittelmächte, nur die Angst um die Erhaltung der eigenen Existenz, hervorgerufen durch den Erfolg der deutschen Waffen, hält Rumänien von einem Einschreiten gegen die Mittelmächte ab."

In dieser meiner Auffassung wurde ich ganz erheblich bestärkt durch die nahezu zweistündige Unterredung, die ich mit König Ferdinand von Rumänien hatte. Ich gewann dabei die Überzeugung, daß der König aus eigenem Antrieb und eigener Kraft keinerlei große politische Schritte tun werde, daß er persönlich am liebsten die Neutralität bis zum Ende durchhalten würde, daß er aber nicht in der Lage sei, von sich aus einen Kabinettswechsel zu vollziehen oder eine Kriegserklärung gegen die Zentralmächte aufzuhalten. Der König hatte, wie er mir gegenüber wiederholt betonte, sicherlich den besten Willen, zugunsten der Zentralmächte alles zu tun, was er als König von Rumänien tun konnte. Er führte aber lebhafte Klage darüber, daß man von Berlin aus nicht beizeiten in Wien vorstellig geworden sei, um die Frage der Rumänen in Ungarn so zu regeln, daß das Bündnis zwischen den Mittelmächten und Rumänien bei Kriegsausbruch hätte in die Tat umgesetzt werden können. König Karol habe wiederholt darauf gedrängt, aber man habe sich in Berlin und Wien vor dem Trotz der Ungarn zu sehr gefürchtet; sein Onkel, der verstorbene König, habe ihm wiederholt darüber lebhafte Klage geführt. Er (König Ferdinand) verlange keine territoriale Abtretung von Österreich-Ungarn, sondern sein einziger Wunsch sei, daß die „Rumänen in Ungarn genau so behandelt würden wie die Tschechen in Österreich". Ich wies auf die Bemühungen Berlins und meine Bestrebungen im Mai und Juni 1915 hin und gab der Meinung Ausdruck, daß dem Ministerpräsidenten Bratianu überhaupt nicht an einer Verständigung zwischen Bukarest und Wien gelegen sei; denn was man damals eingeleitet habe, sei doch nur der erste Schritt gewesen; die Haltung des rumänischen Kabinetts habe darum in Deutschland

ebenso Erstaunen wie Unwillen hervorgerufen. Der König erwiderte darauf, daß Deutschland während des Krieges in Rumänien nicht glücklich und geschickt gearbeitet habe. Er hatte u. a. die Entsendung einzelner deutscher Persönlichkeiten nach Bukarest im Auge, die er dabei als deutsche „Rauhbeine“ und „Flegel“ bezeichnete und erklärte, er wisse wohl, daß gegen Bratianu in Berlin Voreingenommenheit und Abneigung bestehe, aber er sei nicht in der Lage, einen Kabinettswechsel zu vollziehen, da die Liberalen die unbestrittene große Mehrheit im Parlament und im Lande hätten. Wenn die rumänische Regierung eine Entscheidung treffe, welche gegen die Interessen des Landes auslaufe, so würde jeder rumänische Minister den König als denjenigen bezeichnen, der das Land in die unglückliche Situation gebracht habe; darin bestehe kein Unterschied zwischen Bratianu und Majorescu. Daß Rumänien in den Krieg eintrete, sei vorläufig unmöglich, weder mit Deutschland noch mit Rußland. Rumänien sei ein kleines Land und setze seine ganze Existenz im Kriege ein, während Deutschland doch nur einige Provinzen riskiere. Im weiteren Verlauf der Unterredung wies ich darauf hin, daß es im dringendsten Interesse Deutschlands läge, Klarheit über die politischen Absichten Rumäniens zu erhalten, da der Beginn weiterer militärischer Operationen, z. B. ein Vorrücken in die Ukraine, nicht unabhängig von dem Verhalten Rumäniens erfolgen könne; es erhebe sich damit von selbst die Frage, ob Rumänien mit den Zentralmächten marschiere, wenn Deutschland sich gegen Kiew in Bewegung setze. Der König konnte auch dies vorläufig nicht zusagen; wenn die deutschen und österreichischen Heere aber in Beßarabien ständen und Rumänien die Verwaltung des besetzten Gebiets angeboten würde, erfolge eine ablehnende Haltung nicht. Auf meine weitere Bemerkung, daß Rumänien in eine unangenehme Situation kommen könne, wenn die russischen Truppen in das Land einfielen, bemerkte der König: „Dann wird geschossen!“ Ich brachte die lebhaftesten Zweifel zum Ausdruck, ob ein solches „Schießen“ nicht zu spät sei und dann Rumänien gegen den Willen des Königs in den Krieg eintreten müsse; es seien doch mindestens vorbereitende Maßnahmen erforderlich. Als eine solche würde ich ansehen eine bestimmte Erklärung der Regierung in der Kammer, daß Rumänien wohlwollende Neutralität gegenüber den Zentralmächten bis zum Kriegsschluß halten würde und hierfür die nötigen Garantien gebe: Zurückziehung der rumänischen Truppen von der

ulgarischen Grenze und Verschiebung dieser Truppen gegen die ussische Front. Der König befürchtete von einer solchen Erklärung inen verschärften Druck der Entente, woran sich eine Tat anschließen önne, die gegen die Interessen der Mittelmächte gerichtet sei, nd meinte: „Es gibt viele Kreise in Rumänien, welche von dem Sieg der Mittelmächte nicht überzeugt sind, sondern fest damit rechnen, aß die Entente den Sieg davontragen wird. Die wirtschaftliche Kraft er Entente wird in Deutschland vielfach unterschätzt. Der Sterlingkurs steht gegenüber dem Markkurs im Ausland unerschüttert da." Aus dieser und einer Reihe anderer Bemerkungen des Königs konnte ch entnehmen, daß er persönlich davon überzeugt war, daß England nicht niedergerungen werden könne. Die Schlußworte meines Berichtes zogen für die deutschen Politiker folgende Richtlinien:

> „Einen *Kabinettwechsel* aus inneren Gründen oder beruhend auf dem Willen des Königs halte ich in Rumänien für ganz ausgeschlossen. Ein solcher kann nur durch einen starken Druck von außen kommen. Der bulgarische Gesandte in Bukarest erklärte mir, daß er in kurzer Frist in der Lage sein werde, Bratianu zu stürzen wegen der Mißerfolge der Politik des heutigen Kabinetts. Eine bestimmt gehaltene Anfrage Bulgariens in Bukarest würde Rumänien von selbst den Mittelmächten zusteuern, welche dann alle Garantien für dauernde Neutralität fordern könnten. Es erscheint mir aber sehr fraglich, ob solche Garantien sich geben lassen, sofern nicht Rumänien darin willigen würde, daß unsere Heeresleitung das Benutzungsrecht der rumänischen Bahnen erhalte. Dadurch wäre Rumänien an die Mittelmächte gekettet, wenn es sich auch nicht am Krieg beteiligte, so ähnlich wie die Entente es in Griechenland bei Saloniki gemacht hat. Einen solchen Schritt zu unternehmen, scheint mir aber *bald* geboten, wenn irgend möglich noch vor dem Einsetzen der Operation gegen Saloniki. Hierdurch allein wird völlige Klarheit geschaffen, denn wie König Ferdinand wiederholt betonte, ist die ganze Haltung Rumäniens als eine vorläufige, nicht aber als eine definitive aufzufassen. Es sei nochmals betont, daß alles Entgegenkommen der rumänischen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet Deutschland nur abhalten soll, entscheidende Fragen und Bedingungen auf politischem Gebiet zu stellen. Jede Schwächung unserer derzeitigen guten militärischen Position würde eine sofortige Änderung des Bildes in Rumänien herbeiführen. Darum dürfte es sich empfehlen, den jetzigen Zeitpunkt unserer Kraft und Stärke so auszunutzen, daß von dieser Seite keine Gefahr mehr drohen kann."

Diese schriftlichen Darlegungen führten in Berlin nicht zu der durch die Gesamtlage gebotenen Konsequenz, obwohl ich sie bei den maßgebenden Stellen durch mündliche Darlegungen noch erweitern und verschärfen konnte. Man wartete leider vielmehr ab, bis Rumänien seinerseits ein halbes Jahr später den Mittelmächten

den Krieg erklärte. Ministerpräsident Bratianu spielte sein Doppelspiel meisterhaft; den Russen sagte er, daß ein Krieg gegen Österreich-Ungarn für Rumänien das geringste Risiko bedeute, da nach der Zertrümmerung der Doppelmonarchie kein Revanchekrieg zu befürchten sei, während die Wegnahme von Beßarabien, welche Deutschland vorschlage, Rußland zum ewigen Gegner machen würde. Deutschland gegenüber hieß es, daß die Existenz des ganzen Landes nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Die Entente arbeitete im ganzen Land „großzügig". Eine grandiose Bestechung war der Aufkauf rumänischen Getreides durch England, dem hierbei Rumänien das formale Versprechen gab, den Krieg spätestens am 15. August 1916 zu beginnen. Im Mai 1916 ließ mir der König noch durch eine Vertrauensperson sagen, daß das Verhältnis zu Deutschland nach wie vor ein gutes bleiben würde. Anfang Juli wurden mir im höchsten Grade beunruhigende Meldungen hinterbracht, die ich sofort der Obersten Heeresleitung unterbreitete und welche dann auch im August ihre Bestätigung durch den Kriegsausbruch fanden. Bereits am 14. August wurde mir absolut zuverlässig über eine Unterredung mit dem König gemeldet, „daß die allgemeine Lage in ein kritisches Stadium getreten ist". Die Stimmung in Bukarest selbst war eine offenkundig ententefreundliche schon in der Zeit meines Besuches. Gute Aufnahme fand eine Operettensängerin mit ihrem täglichen Liedlein:

„Filipescu — das ist der Mann des Rubels.
Take Jonescu — das ist der Mann des Franken.
Marghiloman — das ist der Mann der Mark!"

Das Publikum spendete den beiden ersten Zeilen freudigen Beifall, bei der Schlußzeile tobte und pfiff es! Dieses kleine Bild aus dem geselligen Leben gab die öffentliche Meinung getreulich wieder.

10. Kapitel

In Wien

Meine Beziehungen zu Wiener politischen Kreisen gehen auf einundeinhalb Jahrzehnte zurück. In der Zeit der bosnischen Krisis wurden sie besonders enge. Auch vor dem Krieg habe ich wiederholt in Österreich-Ungarn politische und kirchenpolitische Vorträge gehalten und manchen Konferenzen beigewohnt. Daß

die treue Waffenbrüderschaft zwischen Berlin und Wien diese Beziehungen noch weiter ausbaute und herzlicher gestaltete, war das natürliche Ergebnis des Krieges. In den ersten Kriegsjahren weilte ich nahezu jeden Monat einmal in Wien, um Besprechungen mit Politikern, Parlamentariern, Ministern und kirchlichen Kreisen zu halten. Alldeutsche Kreise haben diese Reisen verdächtigt und mein Wirken in Wien als den deutschen Interessen abträglich hingestellt. Ein Beweis für diese Verdächtigung ist nicht einmal versucht, geschweige denn erbracht worden. Ich habe meine vielfachen Beziehungen zu Österreich-Ungarn stets nur im deutschen Interesse und zur Festigung des Bündnisgedankens ausgenutzt, dabei aber allerdings nie vergessen, daß Österreich-Ungarn kein Nationalstaat ist, sondern als „Konglomeratstaat", wie ein Österreicher aus hohem Adel sich ausdrückte, mit unendlichen Schwierigkeiten auf allen Gebieten zu rechnen hat. Das Tempo und die Länge des Koalitionskrieges konnte sich, wie ich immer betonte, nicht allein nach der Kraft und Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches richten, sondern auch nach der Stärke der Verbündeten. Dafür hatten aber viele deutsche Militärs und kurzsichtige Politiker nahezu gar kein Verständnis. Nach meinen Beobachtungen ist über die „schlappen Österreicher" in den deutschen Offizierkasinos und an anderen Stellen während des Krieges mehr gelästert worden als über alle unsere Feinde zusammen. Völkerpsychologie ist diesen Kreisen fremd. Sie sind gewohnt, die ganze Welt nur durch ein Kanonenrohr anzusehen, woraus die Enge des politischen Gesichtskreises sich von selbst ergibt. Wenn ich militärischen und vielfach auch politischen Stellen die natürlichen Schwierigkeiten der Donaumonarchie vor Augen führte, so fand ich hierfür nicht nur kein Verständnis, sondern man scheute sich nicht, diese durch die Natur der Dinge gegebenen Erwägungen als „österreichische Auffassung" zu kennzeichnen. Die Begeisterung, die bei Ausbruch des Krieges sowohl in Wien wie namentlich in Budapest herrschte, hielt leider nicht lange an. Der „preußische Druck" schuf bald die dumpfe Luft der stillen Resignation. Unendlich viele Fehler wurden gemacht und Taktlosigkeiten waren an der Tagesordnung.

Auch der größte Verteidiger der deutschen Diplomatie wird nicht behaupten wollen, daß Deutschland während des Krieges in Wien diplomatisch glücklich und geschickt vertreten gewesen sei: namentlich dem letzten deutschen Botschafter, Graf Wedel, ge-

lang es absolut nicht, mit den maßgebenden Kreisen in ein vertrauensvolles Verhältnis zu kommen. Am Hofe selbst herrschte offenkundige Abneigung gegen ihn und sein Wirken, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, weil während seiner Amtstätigkeit die deutsche Botschaft sich immer mehr zu einem Vorwerk des Protestantismus, um nicht zu sagen des Evangelischen Bundes, ausgestaltete, was an dem katholischen Hof mit wachsendem Mißbehagen empfunden wurde. Bei nahezu jedem Besuch wurde mir hierüber geklagt.

In Wien fand ich in den Reihen der Christlich-sozialen Partei die wärmsten und treuesten Anhänger des Bündnisgedankens, wenngleich diese auch nie außer acht ließen, daß die Bevölkerung der österreichischen Staaten in ihrer Mehrheit nicht deutsch war. In wiederholten kritischen Situationen waren es christlich-soziale Parlamentarier, welche auf meine Darlegungen die Leitung des österreichischen Staates in entscheidender Weise zugunsten deutscher Forderungen beeinflußten. Ich hebe nur die Frage der friedlichen Verständigung mit Italien und mit Rumänien hervor. Mit dieser mächtigen und einflußreichen Partei unterhielt die deutsche Botschaft so gut wie keine Beziehungen, wohl weil sie „klerikal“ war. Ein riesiges Kapital zur Stärkung des Bündnisgedankens ist dadurch nicht ausgenutzt worden.

Meine Beziehungen zum Hause Parma-Bourbon lagen in erster Linie nicht auf politischem Gebiet; die engsten Berührungspunkte fanden sich vielmehr in der Wahrung allgemein katholischer Interessen. Die Behauptung, daß das Haus Parma eine gegen das Bündnis gerichtete Politik gefördert oder getrieben hätte, ist eine offenkundige Geschichtsfälschung. Der politische Einfluß der Damen des Hauses Parma wird gewaltig übertrieben. Von zuverlässigster Seite ist mir Ende Oktober 1918 aus Wien berichtet worden:

> „Aus den Wahrnehmungen, welche ich machte, konnte ich konstatieren, daß, während die österreichisch-ungarische Separatnote am 27. Oktober vormittags abging, Ihre Majestät die Kaiserin und ihre Angehörigen am gleichen Tage abends noch keine sichere Kenntnis davon hatten.“

Es gehört überhaupt in das Gebiet des politischen Aberglaubens, wenn immer wieder behauptet wird, daß das Haus Parma-Bourbon die österreichische Politik geleitet oder nur wesentlich beeinflußt hätte. Im Gegenteil, während der Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph haben die maßgebenden Kreise eine nahezu feind-

selige Stimmung nicht nur gegen das Haus Parma sondern auch den damaligen Thronfolger Karl an den Tag gelegt. Der Thronfolger wurde absichtlich von Wien und damit von der Politik ferngehalten. Kein politischer Vorgang wurde mit ihm besprochen; er wurde in die politische Entwicklung der Dinge überhaupt nicht eingeweiht. Das ging sogar so weit, daß der Thronfolger nicht einmal zu der Taufe seines Kindes nach Wien kommen durfte. Auch die andere Annahme, daß nach dem Thronwechsel eine gründliche Änderung eingetreten sei und daß der junge Kaiser unter dem politischen Einfluß seiner Gemahlin Zita, einer Prinzessin Parma, gestanden habe, ist grundfalsch. Das Haus Parma zeichnete sich freilich seit vielen Jahren durch offenkundige, ungeheuchelte Frömmigkeit aus, die auch im öffentlichen Leben nach den Grundsätzen des Privatlebens handelte. Als der verstorbene Herzog von Parma sich an die Spitze der Antiduelliga stellte, ist von der Wiener Garnison der stille Boykott gegenüber den Töchtern des Hauses ausgesprochen worden; er wurde in der Weise gehandhabt, daß bei Bällen und ähnlichen Festlichkeiten die Damen des Hauses Parma als „Mauerblümchen" sitzen blieben. Als nun eine Tochter aus diesem Hause den österreichischen Kaiserthron bestieg, kann man sich denken, welche Empfindungen und Wandlungen ausgelöst wurden.

Kaiserin Zita wurde von den einen als „Italienerin" bezeichnet; sie spreche nur italienisch, sie denke nur italienisch und ihr Wunsch gehe dahin, das Herzogtum Parma wieder einem ihrer Brüder zu verschaffen; die anderen sagten, sie sei besonders gegen Deutschland eingenommen und spreche kaum Deutsch. All dies sind Kindermärchen. Die frühere österreichische Kaiserin ist eine gute bescheidene Frau; sie wurde in einem bayerischen Mädchenpensionat mit bürgerlichen und adligen Kindern zusammen erzogen; sie hat für die deutschen Interessen stets das vollste Verständnis bewiesen und war eine warme Freundin des Bündnisses mit Berlin. Auch auf der Höhe des Thrones vergaß sie nie die Pflichten gegen die Einfachsten und Ärmsten des Volkes; als warmherzige, edle Frau widmete sie sich fast nur den Werken der Nächstenliebe, Kriegsnot lindernd, wo sie konnte. In die Politik hat sie sich aus eigenem nach meinen vielseitigen Beobachtungen nie eingemengt. Die Behauptung, daß ihre Brüder im belgischen Heere kämpften, war mindestens für die ersten Kriegsjahre falsch. Sofort nach dem

Kriegsausbruch stellten sich alle waffenfähigen männlichen Glieder des Hauses Parma dem österreichischen Kaiser zur Verfügung; derselbe lehnte jedoch das Anerbieten ab mit der Begründung, es sei noch nicht sicher, ob Österreich nicht auch in einen Krieg gegen Italien verwickelt würde; da aber das Haus Parma in Italien immer noch Besitzungen habe, könne ein Gewissenskonflikt unangenehmer Art entstehen. Die jungen Prinzen wollten nicht untätig sein und wandten sich darum an das internationale Komitee für das Rote Kreuz in Genf; von dort aus wurden sie der belgischen Abteilung des Roten Kreuzes zugewiesen. Jüngere Mitglieder des Hauses Parma traten nach dem Tod des alten Kaisers in die österreichische Armee ein; einer der Prinzen rettete mit eigener Lebensgefahr Kaiser Karl bei seinem Unglücksfall am Isonzo.

Das österreichische Sonderfriedensangebot vom Frühjahr 1917 mit dem Brief des Kaisers Karl an seinen Schwager Sixtus von Parma ist mir wie anderen erst durch die Veröffentlichung des französischen Ministerpräsidenten Clémenceau im Frühjahr 1918 bekanntgeworden. Wohl wurde mir im Frühjahr 1917 von verschiedenen Seiten aus Wien mitgeteilt, daß daselbst die größte Neigung zum Abschluß eines Sonderfriedens bestehe und daß man mit einem solchen rechnen müsse. Ein in Österreich begüterter deutscher Abgeordneter, der im Mai 1917 aus Wien kam, alarmierte die Zentrumsfraktion mit der Meldung, der Sonderfriede Österreichs sei so gut wie abgeschlossen. Ich konnte sofort dartun, daß die Behauptung unzutreffend sei. Das Bestreben des jugendlichen Kaisers ging von der Thronbesteigung an dahin, für seine Völker den Frieden, selbst unter Opfern, zu erkaufen. Dabei war man in allen politischen maßgebenden Kreisen Wiens im Gegensatz zu Berlin der Auffassung, daß solche Opfer nicht Wien allein zu bringen habe, sondern auch Berlin. Schon im Frühjahr 1915 sagte mir Minister Burian, er finde es unverständlich, daß man von Berlin aus auf Wien einen besonderen Druck ausübe, damit es das Trentino an Italien abtrete; wenn Deutschland Elsaß-Lothringen den Franzosen gebe, so könne sogar in wenigen Tagen der Weltfriede geschlossen werden; den Österreichern sei aber das Trentino ebenso lieb und teuer wie den Deutschen Elsaß-Lothringen. Diese Gedankengänge waren in der österreichischen Diplomatie seit Kriegsausbruch ziemlich allgemein verbreitet. Kaiser Karl folgte diesen Spuren, als er in einem Schreiben nach Paris seine Unterstützung eines

Friedens mit der Preisgabe Elsaß-Lothringens anbot. Im übrigen ist diese Haltung Wiens in Berlin nicht unbekannt geblieben; sowohl Graf Czernin wie Kaiser Karl haben im Frühjahr 1917 bei ihrem Besuch im deutschen Hauptquartier offen und mit Nachdruck die Forderung erhoben, daß Deutschland auf Elsaß-Lothringen verzichten müsse; dann werde man sofort den Weltfrieden erringen. Sie stießen jedoch auf schroffste Ablehnung. Die gesamte Geschichte des Sonderfriedensangebots, die mir heute bis in die Einzelheiten bekannt ist, kann jetzt noch nicht erschöpfend geschrieben werden. Aber die Behauptung ist falsch, daß der österreichische Außenminister, Graf Czernin, nicht jederzeit und von Anfang an über alles informiert gewesen sei. Ich weiß es auf das Bestimmteste, daß Kaiser Karl diese bedeutsamen Aktionen nicht eingeleitet und unternommen hat, ohne sich mit dem verantwortlichen Minister des Äußern zuvor zu verständigen. Alle gegenteiligen Schilderungen sind nach meiner Kenntnis der Dinge unzutreffend; daran ändert auch die Tatsache nichts, daß eine durch Drohung mit Selbstmord erzwungene amtliche Darstellung in Wien im Frühjahr 1918 eine andere Lesart verbreitete. Der junge Kaiser nahm damals freiwillig eine fremde Schuld auf sich, die er nicht verursacht hat.

Graf Czernin gab sich als ein überzeugter Vertreter des Bündnisgedankens und stand auch äußerst sympathisch dem weiteren Ausbau desselben gegenüber. Er erklärte mir wiederholt, daß, solange er das Ministerium führe, von einer Lockerung des Bündnisses und einer politischen Sonderaktion Wiens nicht die Rede sein werde, und fügte einmal bei: wenn er aus dem Amte scheide, dann müsse ich wissen, daß dies das Signal für den Anfang vom Ende des deutsch-österreichischen Bündnisses sei. Die persönlichen Besprechungen wurden ergänzt durch einen politischen Freund, der oft zwischen Berlin und Wien hin und her reiste; dieser politische Vermittler war es auch, der mir Anfang Juli 1917 eine Reihe wichtiger Nachrichten vom Grafen Czernin überbrachte und den ich damals über die Notwendigkeit einer Friedenskundgebung des Reichstags informierte. Die Behauptung jedoch, daß ich mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum durch den Grafen Czernin zu diesem Schritt veranlaßt worden sei, ist unzutreffend. Selbstverständlich waren, wie ich in meiner Rede in der Reichstagskommission darlegte, die österreichischen Verhältnisse mitbestimmend für den großen politischen Schritt; aber die Anregung

zu diesem stammt weder vom Grafen Czernin noch von dem beiderseitigen Mittelsmann, auch nicht von Kaiser Karl selbst.

Von meinen vielen Reisen nach Wien fand keine so viel Beachtung wie die vom 22. und 23. April 1917. Damals drangen, wie schon erwähnt, nach Berlin bestimmte Nachrichten über einen Sonderfrieden, den Österreich-Ungarn abschließen wolle. Berliner amtliche Stellen ersuchten mich, nach Wien zu reisen, mich über die Verhältnisse zu erkundigen und meinen Einfluß gegen eine solche Aktion geltend zu machen. Ich war die Tage vorher in Stockholm gewesen, um mit russischen Politikern Verhandlungen zu pflegen. Als ich dem Reichskanzler über diese berichtete, kam er aus eigenem Antrieb auf die Reise nach Wien zu sprechen und bat mich, den dortigen Kreisen und auch dem Kaiser Karl den deutschen Standpunkt über ein einheitliches politisches Vorgehen von Berlin und Wien klarzulegen; dabei gab er mir Kenntnis von dem wenige Tage vorher eingetroffenen Bericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl vom 12. April 1917. Er teilte mir den Hauptinhalt dieses später so viel Aufsehen erregenden Berichtes mit und fügte bei: ich möchte mir im Auswärtigen Amt sofort den Bericht selbst zur Einsicht geben lassen, damit ich über die Wiener Gedankengänge vollkommen unterrichtet sei; es werde mir dann nicht schwer fallen, die entsprechenden Gegenbemerkungen anzubringen und namentlich den Kaiser davon abzuhalten, eine übereilte Friedensaktion für sich allein zu unternehmen. Vom Reichskanzler begab ich mich zum politischen Referenten für Österreich-Ungarn, der nach Zustimmung des Staatssekretärs Zimmermann mir in seinem Zimmer diesen Bericht des Grafen Czernin, der in Abschrift an den Deutschen Kaiser gesandt worden war, zur Einsicht unterbreitete. Als ich genannten Bericht las, erschrak ich allerdings. Nur einige Sätze aus demselben seien wiedergegeben:

> „Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht ... Ich bin mir vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß ... die revolutionäre Gefahr steigt am Horizont von ganz Europa auf. Euer Majestät wissen, daß der Bogen derartig gespannt ist, daß ein Zerreißen jeden Tag erwartet werden kann. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, ebenso wie wir, am Ende seiner Kraft angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren Berlins auch gar nicht leugnen ... Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über

ihre Köpfe hinweg machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles das wegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben. Die amerikanische Kriegserklärung hat zweifellos die Situation verschärft. Man setzt in Deutschland große Hoffnung auf den Unterseebootkrieg. Ich halte diese Hoffnung für trügerisch. Euer Majestät haben mich beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reichs zu sagen, daß wir am Ende unserer Kraft sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können. Ich habe diese Befehle ausgeführt, und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei ... Euer Majestät haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und dem deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Euer Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen. Gott und Ihren Völkern aber sind es Euer Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruchs der Donaumonarchie zu verhindern. Vor Gott und Ihren Völkern haben Euer Majestät die heilige Pflicht, das dynastische Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen mit allen Mitteln und bis zu Ihrem letzten Atemzug."

Der Bericht hat leider bei den politischen Stellen in Berlin die erforderliche Beachtung nicht gefunden, und noch weniger bei den militärischen. Die deutsche Oberste Heeresleitung legte ihn einfach zu den Akten, während man von Berlin aus höchstens kleinere politische Gegenaktionen versuchte und mit neuen U-Bootstatistiken und Reden des Vizekanzlers Helfferich eine andere Auffassung erzielen wollte. In diese Zeit fällt meine Reise nach Wien. In den Besprechungen, die ich am Sonntag, den 22. April, mit Graf Czernin hatte, führte derselbe aus, daß jetzt Krieg, Revolution und Hunger miteinander um die Wette laufen; bis zur neuen Ernte gehe es noch in Österreich. Rußland gegenüber glaube er an eine Versumpfung des Krieges; einen förmlichen Friedensschluß werde England zu verhindern suchen. Öffentliche Aktionen für den Frieden wünsche er seitens der Mittelmächte vorerst nicht mehr; darum lasse er auch keinen Sozialdemokraten zu Verhandlungen nach neutralen Ländern abreisen. Scheidemann habe in Stockholm ein glattes Fiasko erlitten; die österreichischen Sozialdemokraten hätten deshalb keine Pässe dorthin erhalten, sondern nur bis Berlin. Notwendig aber sei, daß nunmehr die katholische Internationale spreche; eine Anzahl von Kardinäle sollte sich in Bern in der Schweiz treffen und eine Kundgebung für den Frieden erlassen; er denke hierbei an Spanien, Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn. Ich erwiderte, daß

mir die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft zweifelhaft erscheine, daß ich es auch für weit besser hielte, wenn der Heilige Vater selbst eine Friedensaktion einleiten würde. Graf Czernin stimmte dem bei. Zum U-Bootkrieg übergehend, wiederholte er seine Darlegungen in dem Bericht an den Kaiser; er sprach sich sehr pessimistisch darüber aus und war erstaunt, daß man von Berlin aus einige Wochen vorher Admiral Holtzendorff nach Wien geschickt habe, um beruhigend zu wirken; es werde doch niemand in Berlin annehmen, daß man den phantastischen Darlegungen dieses Admirals irgendwelche Bedeutung beimessen könne. Ich konnte nicht so scharf urteilen wie Graf Czernin und antwortete ihm deshalb, die Wirkung des verschärften U-Bootkrieges könne sich noch nicht ausreichend geltend machen, da der Ausfall der Schiffe, die in den ersten drei Monaten versenkt worden seien, erst in den nächsten drei Monaten voll in Erscheinung treten würde. In der politischen Beurteilung des U-Bootkrieges stimmte ich allerdings Graf Czernin bei; durch den U-Bootkrieg könne man England nicht aushungern, das sei Phantasie, aber störend wirken müsse der U-Bootkrieg.

In der tags darauf stattfindenden Audienz bei Kaiser Karl erklärte derselbe unter anderem auf das Bestimmteste, daß in drei bis vier Monaten von den Mittelmächten eine entscheidende Friedensaktion eingeleitet werden müsse, um im Herbst zum Schlusse zu kommen. An einen durch die U-Booterfolge erzwungenen Frieden glaube er nicht, wenn er auch die Leistungen der U-Boote anerkenne; er sei stets ein Gegner des uneingeschränkten U-Bootkrieges gewesen und habe nur aus Freundschaft zu Kaiser Wilhelm und dem Bündnis zuliebe den entsprechenden Befehl an die geringe Zahl der österreichisch-ungarischen U-Boote gegeben; er bat aber auf das dringendste, ihn mit Besuchen wie dem des Admirals Holtzendorff für die Zukunft verschonen zu wollen. Fest durchdrungen sei er davon, daß die gemeinsamen Fronten gegenüber den jetzigen Angriffen der Feinde halten würden; doch die innerpolitischen Verhältnisse würden bei den Zentralmächten immer schwieriger. Zwar werde eine Revolution in Österreich nicht kommen; der österreichisch-ungarische Staat könne eine Republik nicht ertragen, da dann der ganze Staat auseinanderfallen würde. Die Dynastie und der Katholizismus seien das Band, das Österreich-Ungarn zusammenhalte. Der Kaiser klagte lebhaft darüber, daß man in Deutschland

Österreich-Ungarn viel zu wenig kenne und daher oft unbegründete Vorwürfe erhebe und undurchführbare Ansprüche stelle; auch für Kaiser Wilhelm, „einen seiner besten Freunde", gelte dies; habe ihm derselbe doch kürzlich gesagt, Österreich müsse „mehr germanisieren". Aber das könne er, der Kaiser, gar nicht, da die Mehrheit des Volkes aus Slawen bestehe und er seine Völker nicht vergewaltigen wolle. Er habe dem Deutschen Kaiser auch erwidert, daß die Erfolge der preußischen Germanisierungspolitik im Osten für ihn nicht ermutigend seien. Der Hunger seiner Völker, so führte Kaiser Karl weiter aus, sei groß; er fürchte, daß namentlich in den Monaten nach Friedensschluß der Zusammenbruch leicht kommen könne. Was seine Stellung als Monarch betreffe, so fühle er sich als Katholik durch und durch und werde dieser Auffassung sein ganzes Leben hindurch gerecht werden. Österreich-Ungarn sei die letzte katholische Großmacht; er wolle ein wirklich katholischer Herrscher sein. Darum habe er auch volles Verständnis für die schwierige Lage des Papstes. Die Unterredung wandte sich dann den verschiedenen Vorschlägen über die Lösung der Römischen Frage zu. Wiederholt betonte der Kaiser, daß er seine ganze Kraft für baldige Herbeiführung des Friedens einsetzen werde; er glaube, daß ein solcher durch die Vermittlung Österreichs eher zu erreichen sein werde als durch eine Aktion von Berlin aus, doch könne selbstverständlich nur gemeinsam vorgegangen werden.

In Berliner amtlichen Kreisen war man mit dem Erfolg meiner Aussprache in Wien zufrieden. In der Öffentlichkeit häuften sich die Gerüchte über einen Sonderfrieden Wiens. Der nationalliberale Abgeordnete Schiffer regte Ende April 1917 in einer Besprechung bei Staatssekretär Zimmermann an, daß eine Anzahl deutscher Reichstagsabgeordneter in Wien mit den befreundeten Parteien Fühlung nehmen solle, um einen einseitigen Schritt Wiens zu verhindern. In dieser Besprechung erklärte der Führer der Konservativen, Graf Westarp, daß er an einer solchen Reise nach Wien nicht nur nicht teilnehmen würde, sondern daß er es vom deutschen Standpunkt aus für gar nicht bedenklich halte, wenn Wien einen Sonderfrieden schließe; dann höre die ewige Rücksichtnahme auf Österreich-Ungarn endlich einmal auf, die Fronten würden verkürzt werden und Deutschland könne seine ganze Kraft gegen den Westen werfen, da im Osten doch nicht mehr viel zu befürchten sei. Ich sprach mich aus anderen Gründen gegen die

Reise aus, da ich durch meine Wiener Besprechungen überzeugt war, daß jetzt daselbst kein neuer Friedensschritt geplant sei.

Es ist noch nicht die Zeit gekommen, öffentlich darzulegen, wie ich in den Besitz der Niederschrift des Berichts des Grafen Czernin vom 12. April 1917 gekommen bin; es geschah auf die korrekteste Weise der Welt. Die Abschrift selbst hielt ich gegenüber jedermann absolut geheim; ich verwendete sie nicht, auch nicht dem Inhalt nach, bei der Begründung der Friedenszielresolution, und noch viel weniger bei meinen Darlegungen über die Notwendigkeit des Friedensschlusses in der Zentrumsfraktion. Wohl aber mußte ich mich nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet halten, gegenüber einem fortgesetzten Widerstand gegen Herbeiführung eines Verständigungsfriedens von diesem Bericht Gebrauch zu machen. Das geschah nach Annahme der Friedensresolution auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei in Frankfurt am Main Ende Juli 1917, um volles Verständnis für die politische Gesamtlage und die Stellungnahme der Fraktion zu schaffen. Ich verlas dort nahezu den ganzen Czerninschen Bericht, nachdem der Vorsitzende der Tagung dafür Sorge getragen hatte, daß während der Verlesung keinerlei Notizen gemacht werden durften. Solche sind auch nicht gemacht worden. Der Bericht selbst, wie meine anderen Darlegungen, überzeugte die große Mehrzahl der Anwesenden von der Notwendigkeit der baldigen Herbeiführung des Friedens. Es ist ganz und gar ausgeschlossen, daß aus dieser Tagung heraus der Wortlaut des Czerninschen Berichts bekannt werden konnte. Abschriften dieses Berichts fanden sich nicht nur in den Akten des Auswärtigen Amts, sondern auch bei der Obersten Heeresleitung und anderen deutschen und österreichischen amtlichen Stellen. Wie mir später mitgeteilt wurde, ist der Czerninsche Bericht aus der Schweiz an deutsche Politiker versandt worden. Ende August 1917 bat mich der österreichische Botschafter in Berlin um einen Besuch und überraschte mich mit der Mitteilung, daß der Czerninsche Bericht in London bekannt geworden sei, und zwar über die Schweiz; man wisse in Wien, daß ich eine Abschrift des Berichts besitze; ich möchte mitteilen, woher diese stamme. Ich erklärte, eine Abschrift zu besitzen, und fügte bei, daß von mir oder durch mich niemand eine Abschrift des Berichts erhalten habe, daß auch die Art der Verlesung des Berichts in Frankfurt es unmöglich gemacht habe, eine Abschrift anzufertigen, daß ich es aber ablehnen müsse, mitzuteilen, auf welche

Weise ich in den Besitz des Berichtes gekommen sei. Der Botschafter drängte mich und schlug mir vor, ich möchte in einem privaten Brief an Kaiser Karl diesem mitteilen, wie der Bericht mir zugestellt worden sei; der Brief werde uneröffnet und sicher in die Hände des Kaisers kommen. Ich lehnte dieses auch dann noch ab, als der Botschafter darauf hinwies, daß Wien sich unter keinen Umständen gefallen lassen könne, daß solche Berichte weitergegeben würden und daß ein Prozeß wegen Hochverrats eingeleitet werden müsse. Ich erklärte mich nur bereit, daß ich dafür Sorge tragen würde, Kaiser Karl unmittelbar Aufschluß zu geben. Als darauf anfangs September Graf Czernin in Berlin weilte, hatten wir im Hotel Adlon eine eingehende Aussprache auch über diesen Punkt. Graf Czernin wollte unbedingt von mir wissen, wie ich in den Besitz des Berichts gelangt sei; dabei deutete er offen auf die Herzogin von Parma hin. Ich konnte und mußte dieser Auffassung widersprechen und nur erneut erklären, daß Graf Czernin abwarten möge, bis Kaiser Karl Aufklärung erhalten habe. Die von Graf Czernin in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß ich dann in Wien gewesen sei, um dem Kaiser persönlich Aufschluß zu geben, ist unzutreffend; ich ließ vielmehr durch einen zuverlässigen Mittelsmann die Sachlage aufklären, worauf in Wien die Angelegenheit als erledigt angesehen wurde. Als später der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, mit der Behauptung auftrat, dieser Bericht sei durch meine Mitteilungen in Frankfurt am Main zur Kenntnis der Entente gelangt, konnte und mußte ich darauf hinweisen, daß diese Behauptung erfunden sei; ich habe mich sofort um Aufklärung an den Grafen Czernin gewandt. Aus dem daraus sich entwickelnden Briefwechsel sei folgendes mitgeteilt: Am 20. Juli 1919 ersuchte ich den Grafen Czernin um die Belege, für die unerhörte Unterstellung, „daß der Inhalt des Berichts durch mein Vorgehen zur Kenntnis der Alliierten gekommen sei"; ich wies auch darauf hin, daß das „Petit Journal" vor einiger Zeit geschrieben habe, daß „wir im Frühjahr 1917 keine Indiskretionen Erzbergers brauchten, um über die schlechte Lage in Österreich unterrichtet zu sein. Dieses Geschäft haben die Österreicher selbst gründlich besorgt. Sie schrien auf allen Dächern in Zürich und Bern aus, was jetzt Erzberger zum Vorwurf gemacht wird." Am 8. August erwiderte Graf Czernin, daß er überzeugt sei, daß ich völlig „bona fide" vorgegangen sei; er teilte mir aber nicht den mindesten

Anhaltspunkt dafür mit, daß durch die Bekanntgabe des Berichtes in Frankfurt am Main die Entente informiert worden sei, sondern nahm nur Bezug auf meine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter in Berlin und dessen mir unbekannte Briefe nach Wien und fügte bei, daß in einer Zeitung über die Frankfurter Sitzung berichtet worden sei. Darauf schrieb ich am 18. August zurück, daß damit ein Nachweis für die Behauptung des Grafen Wedel nicht erbracht worden sei; ich ersuchte weiter den Grafen Czernin, mir die deutsche Zeitung, welche den Bericht gebracht haben sollte, zu nennen, worauf Graf Czernin nichts mehr erwiderte. Es handelt sich also um eine freie Erfindung, wenn behauptet wird, daß durch die Verlesung des Berichtes in einem geschlossenen Kreis ganz vertrauenswürdiger Personen in Frankfurt am Main irgend etwas an die Entente gelangt sei; es würde dies auch eine sehr schwere Verdächtigung von Mitgliedern des Reichsausschusses der Zentrumspartei sein. Die weitere Behauptung, daß an dieser Tagung auch Personen aus Elsaß-Lothringen teilgenommen hätten, welche den Bericht weitergegeben haben sollen, ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Meine Beziehungen zum Wiener Hof und zu Graf Czernin sind durch dieses Vorkommnis weder abgebrochen noch überhaupt getrübt worden.

Im September 1918 ließ Kaiser Karl vor der Aktion seines Außenministers Grafen Burian durch einen Mittelsmann mich wissen, daß nach der unglücklichen militärischen Wendung der Dinge der Friede nunmehr unter allen Umständen raschestens durch ein direktes Gesuch an alle Kriegführenden zur Aufnahme der Friedensverhandlungen herbeigeführt werden müsse; auch die deutsche Oberste Heeresleitung stehe auf diesem Standpunkt; aber die politischen Kreise Deutschlands vertrödelten die Zeit; er sei daher im Interesse seiner Völker verpflichtet, nunmehr die letzte Konsequenz aus dem Stand der Dinge zu ziehen; am kommenden Sonnabend würde eine entsprechende Note des Grafen Burian veröffentlicht werden; er habe dies auch bereits dem Deutschen Kaiser mitgeteilt. Ich ließ durch den Mittelsmann sofort den Kaiser bitten, noch 48 Stunden zu warten, damit eine gemeinsame Aktion von Wien und Berlin herbeigeführt werden könne, welche ich mit Hilfe der Mehrheitsparteien des Reichstags unbedingt erreichen würde. Der Mittelsmann versprach mir dies. Ich begab mich sofort in das Auswärtige Amt, gab dort Kenntnis von dieser Mitteilung,

stieß aber auf völlige Verständnislosigkeit. Man entgegnete mir, Staatssekretär von Hintze sei eben in Wien gewesen und habe dort erreicht, daß Graf Burian keine einseitige Aktion unternehme; ich könne ganz beruhigt sein. Ich hielt aber an meiner absolut zuverlässigen Mitteilung fest; es zeigte sich leider, daß ich recht bekam. Am Sonnabend wurde zur größten Überraschung des deutschen Botschafters in Wien und des Auswärtigen Amts in Berlin der Sonderschritt Wiens vollzogen, wodurch aller Welt der erste Riß des Bündnisses bekannt wurde. Eine Depesche des Deutschen Kaisers, die auf diese Folge hinwies, konnte an dem vollzogenen Bruch nichts mehr ändern.

Es schien dann eine Zeitlang noch die Möglichkeit vorzuliegen, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Berlin und Wien aus einheitlich zu führen. Ein oft bewährter Mittelsmann weilte auf meinen Wunsch vom 24. bis 25. Oktober 1918 in Wien, um dort die schwerwiegendsten Bedenken für den Fall eines österreichisch-ungarischen Sonderfriedensangebots mit der angekündigten Klausel „ohne anderweitige Verhandlungen abwarten zu wollen", wodurch auf den Notenwechsel zwischen Berlin und Washington angespielt wurde, darzulegen. In Wien wies man darauf hin, daß man in den ersten Oktobertagen Kaiser Karl nicht zeitig informiert habe über das Vorgehen, das Berlin gegenüber Präsident Wilson eingeschlagen habe; die Zustände an der österreichisch-ungarischen Front seien völlig unhaltbar geworden. Der Kaiser erklärte: „Ich will nicht den Schein einer Untreue oder einer Nachahmung des bulgarischen Verfahrens auf mich laden," und fügte bei, er könne nur diejenigen Waffenstillstandsbedingungen nicht annehmen, welche österreichisches Gebiet zu einem Flankenangriff auf Deutschland zugängig machen würden. In diesem Fall bleibe ihm nichts übrig, als sich an die Spitze der noch standhaltenden deutsch-österreichischen Truppen zu stellen und dann zu fallen. Dabei ließ der Kaiser darauf hinweisen, daß er seit zwei Jahren immer und immer wieder in der nachdrücklichsten Weise Berlin erklärt habe, „daß der Augenblick nahe sei, in welchem ein weiterer Widerstand seinem Land unmöglich werde". Darum habe er die Einleitung von Friedensverhandlungen gefordert. In den letzten Tagen hätten sich an der italienischen Front ganze Truppenteile geweigert, weiter zu kämpfen; ganze Kontingente hätten ohne Befehl den Heimweg angetreten. So sei die Bitte um Waffenstillstand absolut notwendig geworden. Das Vorhaben sei dem Deutschen

Kaiser telegraphisch mitgeteilt worden, worauf dieser eine mißbilligende, scharfe Antwort gegeben habe; doch sei jeder Vorwurf unbegründet, denn man habe Österreich schwere Stunden dadurch bereitet, daß nur ein paar Tage nach der letzten Note Burians an die gegnerischen Mächte (Mitte September), für die Wien die Zustimmung Deutschlands nicht erlangen konnte, Berlin ohne vorherige Zustimmung von Österreich die Annahme der 14 Punkte Wilsons amtlich öffentlich erklärt habe; gerade die Annahme der 14 Punkte Wilsons, wie Berlin sie ausgesprochen habe, bedeute aber den völligen Zerfall der Donaumonarchie; im übrigen sei Wien vollkommen und zuverlässig darüber unterrichtet, daß die Entente nur separate Verhandlungen mit Berlin und Wien führen werde. Während der Verhandlungen meines Vertrauensmannes trafen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente in Wien ein. Unter diesen befand sich auch die Forderung auf Überlassung der österreichischen Eisenbahnen an die Entente. Der Kaiser hat darauf den österreichischen Staatsrat zu sich gebeten, damit dieser die Entscheidung treffe, die dann in zustimmendem Sinne ausfiel.

Die Entente hat in jenen Tagen ein äußerst geschicktes diplomatisches Spiel in Wien getrieben: Clémenceau und Lloyd George ließen Kaiser Karl wissen, er möge jetzt Geduld haben; eine Zeitlang werde ein großes Durcheinander in der Donaumonarchie herrschen, aber die Sache werde letzten Endes günstig für ihn geregelt werden; namentlich Italien gegenüber könne er stets auf die Unterstützung durch England rechnen. Der Friedensschluß von St. Germain hat allerdings in diesen Rahmen ein entsetzliches Bild hineingebracht.

Aus meinen vielen Verhandlungen in Wien habe ich die Überzeugung gewonnen und halte diese auch heute noch aufrecht, daß der dortige Hof und die maßgebenden Politiker treue Anhänger des Bündnisses mit Deutschland waren, daß aber die Not des eigenen Volkes, für welche man in Berlin nicht immer volles Verständnis hatte, dort zu Schritten verleitete, die törichterweise durch erregte Presseauseinandersetzungen in Berlin als eine Verletzung des Bündnisgedankens ausgeweitet wurden: zur Freude der Entente. Daß die militärische Niederlage Deutschlands und die Bitte um Waffenstillstand das Bündnis und die Donaumonarchie mit einem Hieb zerschlagen mußte, konnte für niemand überraschend kommen. Für mich, der ich stets im Interesse Deutschlands in Wien arbeitete, war ein solches Ende besonders schmerzlich.

11. Kapitel
Die Römische Frage

Der Weltkrieg hat mehr als die letzten 40 Jahre Geschichte die Unhaltbarkeit der heutigen Lage des Apostolischen Stuhles dargetan. Die Katholiken der Mittelmächte wurden während des Krieges von jedem unmittelbaren Verkehr mit ihrem kirchlichen Oberhaupte abgeschnitten. Die diplomatischen Vertreter der Mittelmächte mußten Rom verlassen. Das Blatt des Heiligen Stuhles, „Osservatore Romano", wurde unter italienische Zensur gestellt und erschien wiederholt mit großen, die Maßnahmen der italienischen Zensur verratenden leeren Stellen. Bischöfe, Priester und Laien der Mittelmächte konnten dem Papste ihre Verehrung nicht persönlich bezeugen und die Bischöfe die übliche Romreise nicht unternehmen. Der briefliche Verkehr durch die Nuntiaturen in München und Wien und durch die nach der Schweiz übergesiedelten diplomatischen Vertreter am Vatikan waren doch nur ein mangelhafter Ersatz des mündlichen Verkehrs. Es war daher ganz selbstverständlich, daß alsbald nach Ausbruch des Weltkrieges bei der Unsicherheit der endgültigen Stellungnahme Italiens unter den Katholiken der Mittelmächte, wie nicht minder bei deren Regierungen, sich lebhafte Bestrebungen dahin geltend machten, eine befriedigende Neuregelung der Lage des Heiligen Stuhles herbeizuführen. Ich nahm an diesen Bestrebungen äußerst lebhaften Anteil und stellte dabei den Leitsatz in den Vordergrund: „Die Entscheidung, wie dieses Ziel erreicht wird, liegt lediglich und ausschließlich beim Papste. Mitzuarbeiten an der Erreichung der Freiheit des Papstes ist nicht nur Aufgabe aller Katholiken, sondern auch ein Gebot der klugen Staatspolitik." Ich glaubte bereits im Oktober 1914 zugleich mit der Lösung des österreichisch-italienischen Konflikts eine Neuregelung der Lage des Heiligen Stuhles in folgender Weise verbinden zu können: Österreich tritt die italienisch sprechenden Teile von Trient an den Papst ab unter der stillschweigenden oder ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Papst dieses Gebiet an das Königreich Italien weitergibt. Der Papst überläßt Trient dem Königreich Italien; dieses macht die Gegenleistung, daß es das Garantiegesetz in einer solchen Form ändert, wie es dem Wunsche

des Papstes entspricht, und regelt gleichzeitig die finanzielle Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in einer Form, die dem Heiligen Stuhle zusagt. Doch wurde mir gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Freimaurerei bei Bekanntwerden eines solchen Vorschlages auf dem Petersplatz sofort Revolution machen würde, weshalb man nur mit der vollendeten Tatsache an die Öffentlichkeit treten dürfte. Das fernere Verhalten Österreichs machte es unmöglich, diesen Vorschlag weiter zu verfolgen.

Aus den mir im Mai 1915 zugegangenen schriftlichen Auslassungen wurde als unentbehrliche Voraussetzung für die Freiheit des Heiligen Stuhles bekannt gegeben: „Gänzliche Unabhängigkeit durch Errichtung eines kleinen neutralen Staats, etwa des Teiles von Rom, der auf der linken Tiberseite gelegen ist, mit einem Strich Land bis zum Meer und mit einem Hafen. Der neutrale Staat müßte als solcher von allen Mächten anerkannt werden." Man versteht, daß diese und ähnliche Forderungen in die Erscheinung treten mußten, wenn man sich erinnert, wie durch den Kriegseintritt Italiens die Lage des Vatikans unsicher wurde; der Papst fühlte sich nicht geschützt, sogar seine Korrespondenz wurde geöffnet. Diese und ähnliche der Öffentlichkeit bekannt gewordene Klagen veranlaßten sogar protestantische Politiker, Gelehrte und Zeitungen in Deutschland, sich äußerst intensiv mit der Römischen Frage und ihrer Neugestaltung zu befassen, wobei sie allerdings vergaßen, daß es zum nicht geringen Teil die Politik Bismarcks von 1866 und 1870 gewesen ist, welche die jetzige Lage geschaffen hat. Natürlich hatten die Katholiken Deutschlands von vornherein das lebhafteste Interesse an der Römischen Frage genommen. Als der Universitätsprofessor Dr. Bastgen mir von seinem Plane sprach, die hauptsächlichsten Dokumente der Regierungen, die parlamentarischen Erörterungen und die Stimmen aus Presse und Literatur, besonders der Neuzeit, über die Römische Frage zu sammeln, damit sich außer dem Historiker auch der Parlamentarier, der Diplomat, der Staatsmann, überhaupt die gebildete Laienwelt darüber besser orientieren könnte, begrüßte ich den Gedanken und förderte die Arbeit, die nun in drei stattlichen Bänden vorliegt. Sie ist nicht nur ein Zeugnis deutschen Gelehrtenfleißes während des Weltkrieges, sondern auch ein Beweis dafür, daß man in keinem anderen Lande mehr als in Deutschland über theoretische Erörterungen hinaus zur praktischen Lösung der Frage kommen wollte.

Die Vorschläge über eine Neugestaltung, die damals erörtert wurden, kristallisierten sich um folgende drei Punkte: 1. Internationale Gestaltung des italienischen Garantiegesetzes und dessen Ausbau mit dem Ziele, daß der freie und ungehinderte Verkehr für Kriegs- und Friedenszeiten mit allen Nationen gesichert ist, 2. Erweiterung des unabhängigen päpstlichen Besitzes nach der Richtung, daß der gesamte leoninische Stadtteil bis zum Meer unter das Garantiegesetz einbezogen wird, 3. absolute finanzielle Unabhängigkeit des Apostolischen Stuhles, dadurch herbeigeführt, daß ein Kapital von 300 Millionen Mark dem Apostolischen Stuhl zur Verfügung gestellt wird. Da wir Deutsche es gelernt hatten und gewohnt waren, solch große Fragen durch gute Organisation vorzubereiten, wandte ich mich Anfang Oktober 1915 an den Münchener Nuntius mit dem Vorschlag, ein internationales Komitee aus angesehenen Katholiken zu bilden; 5 bis 7 Vertreter der einzelnen Länder sollten diesem beitreten; die Führung sollten die Katholiken der Schweiz, Hollands und Spaniens haben, die dann die Katholiken der ganzen Welt zu einem internationalen Kongreß einzuladen hätten. Der Zweck des Kongresses sollte sein, an sämtliche kriegführende Mächte die Bitte zu richten, „beim Friedensschluß dahin zu wirken, daß die politische Freiheit und Unabhängigkeit des Apostolischen Stuhles gesichert und geregelt würde"; an diese Kundgebung müsse sich die Abfassung geeigneter Literatur knüpfen; die Einzelheiten der Regelung seien selbstverständlich dem Heiligen Vater ausschließlich vorzubehalten. Eine Aussprache, die ich mit führenden Katholiken der Schweiz und Hollands hatte, brachte die Bereitwilligkeit derselben zur Mitwirkung. Mein Vorschlag bewegte sich im Rahmen der oben gekennzeichneten drei Punkte. Dabei legte ich auf zwei Gedanken ganz besonderen Wert: zunächst auf den, daß eine dauernde Lösung nur im vollen Einverständnis mit dem Königreich Italien erfolgen könne; jede von außen her aufgezwungene Lösung trage den Keim zu dauernden Konflikten in sich und würde die Lage des Heiligen Stuhles nicht verbessern, sondern eher verschlechtern; sodann auf den zweiten Gedanken, daß gleichzeitig mit einer hierdurch bewirkten Aussöhnung zwischen dem Vatikan und dem Quirinal die kirchliche Verwaltung in Rom mehr als bisher internationalisiert werden müsse, daß namentlich mehr Deutsche als bisher dorthin zu berufen seien.

Anfang Dezember 1915 erhob der Heilige Vater selbst im Konsistorium seine Stimme mit der Klage, „wie sehr die Würde des Papstes verletzt ist“ und „daß die Lage, in der der Papst sich befindet, derartig ist, daß sie ihm nicht die volle Freiheit lasse, die für die Regierung der Kirche unbedingt notwendig ist“. Der Klageruf des Papstes wurde noch verständlicher durch die Anfang Januar 1916 bekanntgewordene Verabredung zwischen Italien und anderen Mächten (Artikel 15 des Londoner Abkommens), die im Grunde darauf abzielte, daß die Römische Frage bei den Friedensverhandlungen nicht diskutiert werden sollte. Die katholische Presse nahezu der ganzen Welt wandte sich einmütig gegen diese Vergewaltigung. Viel beachtet wurde damals der Artikel im „Corriere d'Italia“ (14. Januar 1916) „Zwei Fragen und zwei Antworten“, welcher die Lage des Papstes als unbefriedigend und anormal bezeichnete.

> „Es ist aber niemals ein Wort gesagt worden, das darauf schließen ließe, daß der Papst beabsichtige, den europäischen Konflikt zur endgültigen Regelung seiner Lage zu benützen. Im Gegenteil, als wir über diesen Punkt eine klare Erklärung verlangten, antwortete Kardinal Gasparri, ‚daß in bezug auf Italien der Papst die Regelung seiner Lage nicht von fremden Waffen erwarte‘. Die Worte des Kardinalstaatssekretärs sind so klar, daß man sie bewußt unterdrücken muß, um dem Heiligen Stuhl andere Ziele und Absichten unterschieben zu können. Was der Papst und mit ihm alle Katholiken — italienische und fremde — wünschen, ist, daß das Unbefriedigende und Anormale der Lage des Papstes beseitigt werde. Aber dies ist ein Wunsch, der nicht jetzt erst durch den Krieg wachgerufen wurde, sondern der immer in den Bestrebungen und Erklärungen des Vatikans sich fand. Er hat sogar in den gegenwärtigen Umständen seinen bescheidensten Ausdruck gefunden. Was die Mittel zur Beseitigung der Unzuträglichkeiten betrifft, so können weder wir italienische Katholiken noch die Katholiken des Auslandes als kompetente Richter auftreten, um diese zu beurteilen. Dies steht nur dem Papst zu, und jeder Katholik erwartet mit Zuversicht und Vertrauen sein Wort, wenn er die Stunde gekommen glaubt, es auszusprechen.“

Die Folge der nunmehr immer zahlreicher einsetzenden Presseerörterungen war die, daß Katholikenführer neutraler Staaten sich wiederholt an mich wandten behufs Einleitung einer internationalen Aktion zugunsten einer Lösung der Frage des Heiligen Stuhles, besonders als die „Neuen Züricher Nachrichten“ im Februar 1916 einen Artikel über die Pflichten der Katholiken aller Nationen zur Römischen Frage brachten, dem autoritative Bedeutung beigemessen werden darf. Die Schweizer Katholiken befaßten sich wiederholt mit dieser Frage und kamen auf meinen früheren Vorschlag der

Schaffung eines internationalen Komitees zurück; sie wählten ein ständiges Initiativkomitee, das ein eigenes Bureau in Zürich errichtete, um mit den Katholiken der ganzen Welt Verhandlungen aufzunehmen. Die Erfahrungen, die Ende 1915 und Anfang 1916 aus den Erörterungen über die Römische Frage gesammelt worden waren, legten mir Ende des Jahres 1916 erneut den Gedanken nahe, an eine internationale Organisation zu diesem Zwecke zu denken. Unmittelbar vor seiner Abreise nach Rom schrieb ich dem Münchener Pronuntius Kardinal Frühwirth:

> „Ich habe die ernsteste Befürchtung, daß beim Friedensschluß für den Heiligen Stuhl und die Bessergestaltung seiner Verhältnisse äußerst wenig herauskommen wird, wenn wir nicht bald in eine umfassende Aktion eintreten. Die Welt wird beim Friedensschluß mit so vielen anderen Dingen belastet sein, daß, wenn nicht baldigst annähernd feststeht, in welcher Richtung die katholische Aktion geleitet werden soll, der Friede herbeigeführt wird, ohne daß eine Besserung der Lage des Heiligen Stuhles erreicht wird."

Ich wies dann auf die in der Schweiz gebildete internationale Kommission hin, die aber wegen Mangel an praktischen Vorschlägen und an einem bestimmten Ziel nicht erfolgreich arbeiten könne; ich verstünde die Bedenken gegen die Ausgabe einer klaren Parole; aber ich wollte mich auch nicht dem Tadel aussetzen, nicht zu gegebener Zeit auf die Notwendigkeit einer solchen hingewiesen zu haben; es sei schon viel erreicht, wenn gegen bestimmte Vorschläge von Rom kein Protest erfolge.

Ende 1917 lebte die Debatte wieder auf, da die neue russische Regierung den Londoner Vertrag vom April 1915 publizierte mit dem Artikel 15, in welchem Frankreich, England und Rußland sich verpflichten, auf Wunsch Italiens den Vatikan von den Friedensverhandlungen auszuschließen. Die italienische Regierung hat daraufhin zunächst erklärt, daß diese Bestimmung nicht existiere, mußte aber später die Existenz derselben doch zugeben und suchte sich damit zu rechtfertigen, daß dieser Artikel nicht eine grundsätzliche Ausschließung des Heiligen Stuhles bringe, sondern nur verhindern wolle, daß der Papst mit einem fertigen und unbeschränkten Programm, das unter anderem auch die Römische Frage einer internationalen Diskussion unterstellen würde, hervortrete. Im Oktober 1915 befaßte sich der Großorient Rom mit der Möglichkeit, „daß Vatikan und Quirinal auf Grund eines vorher in der Stille getroffenen Abkommens Europa die erfolgte Lösung der Römischen

Frage anzeigen". Leitende Freimaurerkreise beklagten die Untätigkeit des Großorients. Darauf erklärte Großmeister Ferrari am 25. Oktober, „er sei darüber informiert, daß die Regierung nie versucht habe, vor Ende des Krieges irgendeine Erörterung dieser Angelegenheit zu überstürzen, und daß er geglaubt habe, die nationale Eintracht während des Krieges durch das Einsetzen einer intensiveren antiklerikalen Agitation nicht stören zu sollen". Er fand jedoch mit dieser Stellungnahme nicht allseitige Zustimmung; doch wurde auf seinen Wunsch die weitere Besprechung vertagt. Im Anfang des Jahres 1916 wurden mir Mitteilungen unterbreitet über geheime Verhandlungen zwischen Vertrauensleuten des Vatikans und der italienischen Regierung, an denen Botschafter Tittoni hervorragenden Anteil gehabt habe. Die italienische Regierung stellte dabei das Verlangen, der Heilige Stuhl möge eine förmliche Erklärung abgeben, daß das Garantiegesetz sich bewährt habe. Die Kurie hat es abgelehnt, auf diese Vorbedingung einzugehen, zumal auch der belgische Gesandte am Vatikan sich einmischte mit der Anregung, daß der Papst dafür, daß Italien ihm in der Römischen Frage entgegenkomme, sich nun offenkundig auf die Seite des Vierverbandes stellen müsse. Die Fühlungnahme führte zu keinem positiven Resultat.

Es war klar, daß angesichts dieser Bestrebungen auch die **politische Leitung der Zentralmächte** sich mit der Frage beizeiten befassen mußte. Im Einvernehmen mit maßgebenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes habe ich folgenden Entwurf eines „Vertrags wegen der internationalen Anerkennung der weltlichen Gewalt des Papstes" ausgearbeitet:

„Artikel 1.

Die weltliche Gewalt des Papstes wird von den Vertragsmächten anerkannt für ein Gebiet, das den vatikanischen Hügel nebst einem die Verbindung mit dem Tiber und mit der Bahn nach Viterbo herstellenden Geländestreifen umfaßt und die Bezeichnung Kirchenstaat führt.

Die Grenzlinie des Kirchenstaates beginnt am Westufer des Tiber bei der Mündung der Via delle Fosse, zieht sich längs der Ost- und der Nordostseite des Castel Sant' Angelo und sodann durch die Via Crescenzio bis zur Piazza del Risorgimento, weiter entlang der Umwallung der vatikanischen Gärten bis zu deren westlichstem Punkte; von da verläuft sie in südlicher Richtung bis zur Bahn nach Viterbo und folgt dieser Bahn in südöstlicher Richtung bis zum Bahnhof San Pietro, den sie umfaßt; weiterhin verläuft sie in gerader Linie bis zur Südseite von Sant' Onofrio, dann am Nordrand



Pianta del Monte Vaticano
e dei contorni

des botanischen Gartens entlang und trifft unmittelbar südlich des Ponte di Ferro wieder auf das Westufer des Tiber; von hier bis zum Ausgangspunkt bildet das Westufer des Tiber die Grenze. Das vorstehend beschriebene Gebiet ist auf der umstehenden Karte punktiert angelegt.

Eine Kommission, die aus je drei Vertretern des Heiligen Stuhles und des Königreichs Italien und von einem von Seiner Majestät dem König von Spanien zu ernennenden Vorsitzenden gebildet wird, soll alsbald nach der Ratifikation dieses Vertrags an Ort und Stelle die Grenzlinie gemäß den vorstehenden Bestimmungen feststellen und vermarken. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission werden nach Stimmenmehrheit entschieden.

Artikel 2.

Der Kirchenstaat ist für immer unabhängig und neutral. Seine Unabhängigkeit und Neutralität wird von allen Vertragsmächten garantiert.

Artikel 3.

Souverän des Kirchenstaates ist der Papst.

Während der Vakanz des Heiligen Apostolischen Stuhles steht die Souveränität dem Kardinalkollegium zu.

Artikel 4.

Angehörige des Kirchenstaats sind die päpstlichen Legaten, Nuntien und Internuntien, die Mitglieder des päpstlichen Hofstaats, die Beamten der päpstlichen Palastverwaltungen und des Kirchenstaats, die Mitglieder der päpstlichen Leibwachen sowie die dauernd im Kirchenstaat wohnenden Geistlichen; diesen Personen wird über den Erwerb der Staatsangehörigkeit im Kirchenstaat eine Urkunde ausgestellt. Die Staatsangehörigkeit im Kirchenstaat geht verloren, sobald die sie begründende Eigenschaft in Wegfall kommt.

Mit der Aushändigung der Urkunde über den Erwerb der Staatsangehörigkeit im Kirchenstaat verlieren die im Abs. 1 bezeichneten Personen die Zugehörigkeit zu ihrem bisherigen Heimatstaat.

Die Vorschriften über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit im Kirchenstaat erstrecken sich auch auf die Ehefrau eines Angehörigen des Kirchenstaats sowie auf seine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden minderjährigen ehelichen Kinder.

Artikel 5.

Das Königreich Italien verpflichtet sich, innerhalb zweier Jahre nach der Ratifikation dieses Vertrags den Tiber längs der Grenze des Kirchenstaats und von da bis zum Meere für Seeschiffe mit einem Tiefgang von fünf Metern befahrbar zu machen.

Die päpstlichen Schiffe können zu allen Zeiten den Tiber von und nach dem Meere befahren, ohne der italienischen Staatshoheit in irgendwelcher Beziehung zu unterliegen. Befindet sich Italien im Kriegszustand oder glaubt es aus sonstigen Gründen die Tiberfahrt für den allgemeinen Verkehr sperren zu sollen, so ist den päpstlichen Schiffen eine Fahrrinne unter Gewährung von Lotsen freizuhalten.

Die päpstlichen Schiffe werden im Krieg und im Frieden von allen Vertragsmächten als exterritorial und keinerlei Eingriffen einer

fremden Macht unterliegend angesehen. Sie dürfen aber weder als Asyl dienen noch zu einer nicht ausschließlich im Interesse der katholischen Kirche oder des Kirchenstaats erfolgenden Beförderung von Personen oder Sachen verwendet werden.

Artikel 6.

Das Königreich Italien wird dem Heiligen Stuhle innerhalb sechs Monaten nach der Ratifikation dieses Vertrags die Summe von 500 Millionen Lire zahlen, die zur Deckung der Kosten des päpstlichen Hofhalts und der Verwaltung des Kirchenstaats bestimmt sind.

Artikel 7.

Die Souveränität im Kirchenstaat umfaßt auch die Finanz- und die Justizhoheit.

Die weltliche Strafgerichtsbarkeit über Ausländer wird jedoch von den päpstlichen Behörden nur in einfachen Polizeistrafsachen ausgeübt werden, während sie in sonstigen Fällen den Behörden des Heimatstaats überlassen bleibt. Soweit dessen Behörden die Strafverfolgung nicht übernehmen, wird sie die italienische Regierung auf Grund besonderer Abmachungen mit dem Heiligen Stuhle ausüben.

Artikel 8.

Die beim Heiligen Stuhle beglaubigten diplomatischen Vertreter fremder Mächte genießen im Gebiete des Königreichs Italien für sich, ihre Familie und ihr Dienstpersonal sowie für ihre Wohn- und Geschäftsräume die gleichen Vorrechte und Befreiungen wie die bei der italienischen Regierung beglaubigten diplomatischen Vertreter gleichen Ranges. Sollte zwischen der Macht, die sie vertreten, und dem Königreich Italien der Kriegszustand eintreten oder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgen, so haben sie sich mit ihrer Familie nach dem Kirchenstaat zu begeben.

Die Bestimmungen des Abs. 1 finden auf das nachgeordnete diplomatische Personal entsprechende Anwendung.

Artikel 9.

Die Vertragsmächte werden alsbald nach der Ratifikation dieses Vertrags sämtliche Mächte, die ihn nicht unterzeichnet haben, einladen, die weltliche Gewalt des Papstes für das im Artikel 1 bezeichnete Gebiet und die im Artikel 5 Abs. 3 vorgesehene Exterritorialität der päpstlichen Schiffe anzuerkennen.

Artikel 10.

Dieser Vertrag soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden werden beim Heiligen Stuhle hinterlegt werden.

Der Vertrag tritt mit dem Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft."

Die deutsche Regierung wäre bereit gewesen, für diesen Entwurf einzutreten. Ich habe ihn in Abschrift Kaiser Karl von Österreich übergeben, der mir gleichfalls seine Zustimmung hierzu mitteilen ließ. Leider haben die Friedensverhandlungen in Paris die Richtig-

keit meiner Auffassung über Artikel 15 des Londoner Vertrages bestätigt, indem der Papst sowohl von den Friedensverhandlungen wie von dem Völkerbund ausgeschlossen wurde. Beide Werke sind auch als offenkundige Produkte der Ungerechtigkeit so ausgefallen, daß der Papst als Hort des Rechts gar nicht daran hätte teilnehmen können.

Die Sorge um die Freiheit des Heiligen Stuhles und um die persönliche Sicherheit des Heiligen Vaters hat viele deutsche Katholiken bereits 1915 veranlaßt, Seiner Heiligkeit die Bitte zu unterbreiten, „bei drohender Gefahr sich in die neutrale Schweiz zu begeben", ein Vorschlag, von dem der Heilige Vater, die Freiheit seiner Entschließung sich vorbehaltend, mit Genugtuung Kenntnis nahm. Im August 1916 hat mir der bekannte Völkerrechtslehrer Lammasch einen Plan unterbreitet, Spanien zu veranlassen, daß es gegen anderweitige Entschädigung „eine der kalabrischen Inseln zu voller Souveränität an den Heiligen Vater abtrete. Man könne auch an eine der dalmatinischen Inseln denken, aber diese seien zu wenig anziehend und von Rom aus schwerer zu erreichen. Die Insel Elba sei gleichfalls landschaftlich zu ungünstig und habe zudem die Tradition der Gefangenschaft Napoleons gegen sich."

Diese und ähnliche Anregungen fanden eine festere Basis durch einen im Februar 1916 an mich herangetretenen neuen Vorschlag auf Schaffung einer vollen weltlichen Souveränität des Papstes. Er ging dahin, ob es nicht möglich sei, daß eines der alten geistlichen deutschen Fürstentümer, die bis 1803 bestanden haben, wieder errichtet und dem Papst als neutraler Staat übergeben würden; man könne an Salzburg oder Trient denken; Trient würde sich vielleicht eignen, um die Streitfrage zwischen Italien und Österreich zu lösen; der Papst könne dann in Trient einen Kardinallegaten halten und sich in Kriegszeiten dorthin begeben; das sei vielleicht die einzige Möglichkeit, um die so sehr verwickelte Frage befriedigend zu lösen; denn wenn der Papst durch eine solche Lösung territorial unbestritten Souverän sei, so lasse sich auch viel leichter die weltliche Souveränität in Rom selbst regeln. In meiner Antwort wies ich darauf hin, daß die Schaffung eines Fürstbistums Trentino den erheblichsten Bedenken unterliege, da Gefahr vorhanden sei, daß gerade dieses von Italienern bewohnte Territorium über kurz oder lang Italien angegliedert

würde, auch die Zustimmung Italiens zu einer solchen Lösung nach den Vorgängen Anfang 1915 doch wohl kaum zu finden sein würde. Es wurde dann an die Wiedererrichtung des Fürstentums Brixen gedacht. Das Grundprinzip mußte sein, daß der Papst ein Territorium erhielt, um ganz frei als weltlicher Souverän dazustehen. Aber Brixen und Salzburg konnten aus innerpolitischen österreichischen Gründen nicht in Betracht kommen. Denn wenn man einmal daran ging, einen Kleinstaat für den Heiligen Vater zu schaffen, so war es naheliegend, an einen schon bestehenden Kleinstaat zu denken.

In den nun folgenden Erörterungen wies ich auf das Fürstentum Liechtenstein hin, in der Weise, daß das Fürstentum Liechtenstein Seiner Heiligkeit als souveräner Staat übergeben würde, ein Staat, der an die neutrale Schweiz grenze und daher immer von allen Mächten erreicht werden könne. Um zum Ziel zu gelangen, müsse der Fürst von Liechtenstein erblicher Reichsverweser bleiben und alle Würden und Vorzüge des Souveräns behalten. Die Idee ist zunächst in allen beteiligten Kreisen äußerst freundlich aufgenommen worden. Die Abtretung sollte sich in Form eines Geschenkes an die Kirche vollziehen. Der Heilige Stuhl selbst sollte mit der eventuellen Regierung des Landes nichts zu tun haben, sondern als Zeichen der Dankbarkeit sollte die Familie des Fürsten zum erblichen Reichsverweser ernannt werden und der Reichsverweser in der Kirche den Rang eines Kardinalbischofs erhalten; wenn möglich sollte die Regelung noch während des Krieges vollzogen werden. In Wien selbst wurde inzwischen von kirchlicher und politischer Seite eifrig gearbeitet, um durch Fühlung mit dem Hause Liechtenstein und dem Hof den Boden vorzubereiten. Die Fühlungnahme mit dem Hof war wegen einer Reihe von Fragen notwendig, namentlich auch, um ein Entgegenkommen des Hauses Liechtenstein durch einen Akt des österreichischen Hofes und Staates auszuzeichnen. In einer Denkschrift, die dem Kaiser Karl und den politischen Stellen überreicht wurde, legte ich unter anderem die Notwendigkeit dar, dem Papste eine „reale, an den Besitz eines eigenen Staates geknüpfte Souveränität wiederzugeben, die allein ihm in der ganzen Welt durch ihr bloßes Dasein ohne die Notwendigkeit künstlicher Konstruktion die Unterlage für seine ganze internationale Stellung verschaffen kann. Wer dem Papste diese reale Souveränität wieder verschafft, erweist dem Papste, der Kirche, ja der ganzen Welt

einen Dienst, der hinter dem eines Pippin nicht im mindesten zurücksteht." Der Papst müsse in Rom als Souverän residieren können, er sei der Bischof von Rom, darum sei in Rom die Lösung zu suchen, und sie müsse dort gefunden werden. Die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem Quirinal hätten zu keinem praktischen Ergebnis geführt; die italienische Regierung wolle von sich aus nur eine vorhandene Souveränität anerkennen, die sie weder verleihen, noch erweitern, noch auch schmälern könne. Sie wolle aber nicht von sich aus Seiner Heiligkeit ein souveränes Territorium zur Verfügung stellen. Würde aber Liechtenstein dem Papste übergeben, so sei die weltliche Souveränität auch für die italienische Regierung da und die Regelung in Rom viel leichter gegeben.

Auf Grund dieses Gedankenganges führte ich in Wien an Ostern 1916 eingehende Besprechungen mit den maßgebenden Kreisen; sowohl in kirchlichen wie in politischen Kreisen fand ich weitestes Entgegenkommen. Große Schwierigkeiten entstanden aber bei den Aussprachen mit Mitgliedern des Hauses Liechtenstein. Es ergab sich als Resultat der Besprechungen, daß die Familie Liechtenstein zum Verzicht auf ihre Souveränität im Gebiet des Fürstentums bereit sein würde, wenn ihre Souveränität auf andere Weise erhalten bliebe. Letzteres konnte am besten auf dem von mir hingewiesenen Wege einer Vergrößerung durch Zuschlag anderer in der österreichischen Monarchie gelegener Liechtensteinscher Güter erreicht werden. In der nun von mir für den Wiener Hof ausgearbeiteten Denkschrift sprach ich mich gegen die auch angeregte Teilung des Fürstentums Liechtenstein in einen päpstlichen Staat und einen fürstlich Liechtensteinschen Staat aus, empfahl aber, eine Vergrößerung des heutigen Fürstentums Liechtenstein unter gleichzeitiger Abtretung des Fürstentums in seinem heutigen Umfang an den Heiligen Stuhl. Die Lösung konnte nur der Kaiser von Österreich geben. Der bayerische Ministerpräsident schrieb mir, daß der ganze Plan durch die Ausführungen meiner Denkschrift einer praktischen Bearbeitung näher gerückt sei. Von maßgebender österreichischer politischer Seite fand der Plan eine Ergänzung dahin, für das neue Fürstentum Liechtenstein entweder „einen an den Grenzen der Monarchie gelegenen Gebietsteil oder eine Insel auszuscheiden". Das Verhalten eines Teiles der Glieder des Hauses Liechtenstein hat den Eindruck erweckt, daß der Plan nicht so leicht durchgeführt werden könne, obwohl gerade österreichische Hofkreise sich weiter um

denselben lebhaft bemühten. Daher blieb die Angelegenheit unerledigt, bis wenig mehr als 24 Monate später das Haus Liechtenstein seine Souveränität verlor, ohne daß ein welthistorischer Akt damit verknüpft gewesen wäre. Ohne eine den Papst befriedigende Lösung der Römischen Frage wird Europa keinen dauernden Frieden und die Welt keinen wahren Völkerbund haben.

12. Kapitel

Die Freimaurerei

Günstige Umstände ermöglichten es, daß ich den ganzen Krieg hindurch über die Vorgänge in der internationalen Freimaurerei auf das beste orientiert wurde, obwohl ich selbstverständlich — was auch einige „Freunde" behaupteten — kein Freimaurer bin und keinerlei Beziehungen weder zur deutschen noch zur ausländischen Freimaurerei unterhalte oder unterhalten habe. Die große politische Bedeutung der Freimaurerei war mir seit vielen Jahren bekannt; ich ergriff daher die sich mir bietende Gelegenheit, um mich eingehend und zuverlässig zu informieren.

Es besteht ein tiefgreifender Unterschied zwischen der Freimaurerei Deutschlands und der angelsächsischen Länder auf der einen Seite und der der lateinischen Länder auf der anderen. Dieser Unterschied hat schon vor dem Krieg in Italien zu einer Spaltung zwischen den dem Großorient Rom unterstehenden Logen des symbolischen Ritus und denen des schottischen Ritus geführt; letztere leitete der protestantische Prediger Fera von Florenz. In den überwiegend evangelischen Ländern der nichtlateinischen Welt hat die Freimaurerei sich weniger um Politik gekümmert als in der lateinischen Welt, wo jede politische Umwälzung oder Umgestaltung innerhalb der letzten hundert Jahre mehr oder weniger das Werk der Logen war. Es sei nur daran erinnert, welchen Anteil die Freimaurerei in Italien an der nationalen Erhebung (Risorgimento), in Belgien an der Revolution von 1830, in Spanien, Portugal und Frankreich an allen politischen Aufstandsbewegungen im letzten Jahrhundert genommen hat. Das Bestehen dieser zwei Richtungen, einer politischen der lateinischen Länder und einer mehr unpolitischen der nichtlateinischen Länder, beeinflußt die zwischen den freimaure-

rischen Zentralbehörden der verschiedenen Länder bestehenden Beziehungen in hohem Maße. Am intimsten waren zweifellos die Beziehungen zwischen den Großorienten von Paris und Rom. Ohne Widerspruch zu erfahren darf ich die Feststellung wiedergeben, „daß der Großorient Paris sich in den letzten Lustren ununterbrochen in politischen Fragen die doppelte Rolle eines lästigen Erziehers der italienischen Freimaurerei und eines opferwilligen Spenders der für die politische Korruption des Landes benötigten Mittel anmaßen durfte. Seit 1899 sind die Beziehungen der beiden Großoriente auf diesem Verhältnis aufgebaut gewesen, das unter wirksamer Förderung durch den Botschafter Barrère seinen Höhepunkt im Monat August 1914 erreicht hat; damals haben wir alle die jede Erwartung übertreffende Ausdehnung des Einflusses wahrgenommen, den die italienische Freimaurerei auf die Logen und die Presse Italiens und auf die sonst von ihr abhängigen Kreise des Landes ausgeübt hat." Der Großorient Rom darf von sich sagen, daß das Werk des Kriegsausbruchs im Mai 1915 sein Werk ist, wenn auch niemand sich „die schwankende Politik des Großmeisters Ettore Ferrari erklären konnte, der vom August bis Dezember 1914 die Logen zugunsten der Interventionspolitik aufhetzte, der im Dezember 1914 eine in diesem Sinne beabsichtigte Kundgebung der Freimaurerei verbot, der im Januar und Februar 1915 wieder zur Intervention aufstachelte, von der er neuerdings wieder abrät und dann schließlich im März 1915 dieselbe Propaganda verbot, die beinahe ausschließlich nach der am 2. August 1914 erfolgten Erklärung der Neutralität Italiens von ihm veranlaßt und genährt worden war". Den Schlüssel für diese schwankende Haltung findet man vielleicht in dem Umstand, daß der Großorient Paris in Rom wiederholt mit der Einstellung der Subsidien drohte, wenn die Interventionspolitik nicht bald praktischen Erfolg zeitige. Auf diesen Umstand ist zweifellos ein Anfang 1915 vom Großorient Rom abgesandtes Zirkularschreiben zurückzuführen des Inhalts, daß Italien sich selbst einen schlechten Dienst erweise, wenn es in dem tragischen Kampf, in dem sich jetzt das Schicksal Europas auf viele Generationen hinaus entscheide, untätig beiseite stehe; in den Logen und auch außerhalb derselben müsse jeder Bruder die Überzeugung verbreiten, daß „für Italien die Stunde der höchsten Verantwortung und der schwersten Opfer geschlagen hat". Zahlreiche Logen in Oberitalien wollten allerdings von der Beteiligung

an der Propaganda für den Krieg nicht viel wissen, weshalb aus Rom besondere Deputationen dorthin entsandt wurden. Trotzdem hat der Großorient Rom Mitte April 1915 bereits die „zivile Mobilmachung" der italienischen Freimaurerei offiziell anbefohlen, wie er auch an der Kriegsdemonstration am 5. Mai am Garibaldidenkmal in Quarto hervorragenden Anteil nahm. Es ist wahr, was in der römischen „Concordia" J. G. Notto in dem Artikel „Die Krise der Dynastie Savoyen" am 20. Mai 1915 gesagt hat:

> „Den Krieg mit Österreich und also auch mit Deutschland wollen in erster Linie die Freimaurer oder, besser gesagt, der Teil der Freimaurer, der, wurmstichig und angefault, nicht zaudert, seine vermeintlichen Ideale — Frieden und Menschlichkeit — im Interesse der Fremden, denen er untertan ist, preiszugeben. Die italienische Freimaurerei ist käuflich heute, wie sie es immer gewesen ist."

Nach dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg arbeitete namentlich der französische Botschafter Barrère in Rom daran, einen Zentralausschuß der Großoriente von Paris, Rom, Brüssel und London zu bestellen, so daß die Regierungen der Entente noch eine Art „gemeinsames freimaurerisches Ministerium zur Aufsicht an die Seite gestellt erhalten hätten". Der Plan scheiterte jedoch. In jener Zeit schwebten auch ernstere Differenzen zwischen den Großorienten Rom und Paris, nicht zuletzt dadurch hervorgerufen, daß die finanziellen Unterstützungen, welche die französische Freimaurerei nach Rom gab, mit dem Eintritt Italiens in den Krieg ganz erheblich herabgemindert wurden. Die italienische Freimaurerei hatte bis zum Jahre 1912 auch sehr enge Beziehungen zu der dortigen offiziellen sozialdemokratischen Partei; infolge der Spaltung der Sozialisten gingen diese Beziehungen auf den neuen reformistischen Flügel über.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 wandte sich die italienische Regierung an den Großorient Rom mit dem Ersuchen, die damalige Kriegshetze gegen Deutschland einzuschränken und eine die italienische Öffentlichkeit beunruhigende deutsche Spionageanzeigerei einzudämmen. Die italienische Regierung sah die neue Kriegshetze in Rom als im französischen Auftrag geschehen an; sie wollte sich die Karten nicht aus der Hand nehmen lassen und Herrin in der Wahl des Zeitpunktes für den Eintritt in den Krieg mit Deutschland sein. Der Großorient antwortete mündlich, und zwar in wegwerfendster Art, indem er auf „seine nationalen Ver-

dienste" hinwies. In Norditalien hatte die Regierung mit ihrem Ersuchen allerdings mehr Erfolg. Zwanzig Logen beschlossen dort, daß sie es „als unerläßlich hinsichtlich der künftigen Beziehungen Italiens zu Deutschland hielten, eine Haltung wohlwollender Abwartung zu beobachten, auch für den Fall, daß im Hinblick auf die Gesamtlage augenblicklich der Kriegszustand mit Deutschland eintreten sollte". Mit der langen Dauer des Krieges wurde trotz der verschiedenen Kabinettswechsel der Einfluß der Logen auf die italienische Regierung immer mächtiger, wenn auch Enttäuschungen nicht ausblieben. So sprach die auf dem Pariser Freimaurerkongreß beschlossene Tagesordnung ausdrücklich von nationalen Ansprüchen hinsichtlich Elsaß-Lothringens, Polens und Belgiens, enthielt dagegen auch nicht den geringsten Hinweis auf die Aspirationen Italiens; dies veranlaßte den Großmeister Ferrari, das Haupt der italienischen Delegation auf dem Pariser Kongreß, nach seiner Heimkehr zu seinem Rücktritt. Der Großorient Rom strebte nun nähere, direkte Fühlung mit dem Kabinett an, ähnlich wie in Frankreich. In Paris wurde das Problem dadurch gelöst, daß ein Mitglied des Großorients, Bourély, in das Ministerium berufen wurde. In Rom zog es die Regierung vor, der Freimaurerei die Wahl eines Kabinettsmitglieds zum Großmeister zu empfehlen; in Betracht kam ein Minister ohne Portefeuille; doch scheiterte der Plan an dem Widerspruch Sonninos, der sich dahin aussprach, daß angesichts der heftigen Anklagen, die wiederholt gegen die italienische Freimaurerei wegen ihres Verhältnisses zu Frankreich in der Öffentlichkeit erhoben worden seien, eine allzu enge Verbindung zwischen dem Großorient Rom und dem „nationalen Kabinett" zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Dem Standpunkt schloß sich der katholische Minister Meda an, der betonte, daß ein Kabinett, das unter dem Gesichtspunkt der nationalen Geschlossenheit auch Katholiken zu den Seinen zähle, unmöglich eines seiner Mitglieder als Großmeister der Logen Italiens delegieren könne.

Die Bemühungen der Wiedervereinigung der beiden Logengruppen wurden nach dem Tode Feras fortgesetzt. Das Haupthindernis war die Person seines Nachfolgers, des Professors Ricciardi aus Neapel, der allgemein als deutschfreundlich galt. Professor Ricciardi wurde durch eine brutale Drohung zur Demission gezwungen; es sollte gegen ihn ein Prozeß wegen Defaitismus eingeleitet werden. Diese Drohung hatte Erfolg; zu seinem Nach-

folger als Großmeister wurde der englische Staatsangehörige Dr. Bourgeß, der seit 15 Jahren in Neapel weilte, bis zu seiner Wahl zum Großmeister den Posten des Schatzmeisters (!) bekleidete und ein intimer Freund des bekannten Großmeisters Nathan ist, erwählt. Großmeister Nathan hatte das Wahlprogramm für Bourgeß aufgestellt mit den Forderungen des absoluten Anschlusses der dissidierenden Freimaurer an das interventionistische Programm, der Entfernung aller als deutschfreundlich oder pazifistisch verdächtigen Elemente aus maßgebenden Stellen der Logen und der Ablehnung jeder Wiederaufnahme von Beziehungen zu deutschen Logen.

Die italienische Freimaurerei, die den Krieg verursacht hatte, sah es als eine ihrer Hauptaufgaben an, eine, wie sie sagte, frühzeitige Beendigung des Krieges, die zu einem „deutschen Frieden" geführt hätte, mit allen Mitteln zu verhindern. Darum bekämpfte sie auch jede Friedensvermittlung des Heiligen Stuhles. Um diese für Italien zu erschweren, leitete die Loge den Kampf gegen den Vatikan mit verschärften Mitteln ein. Großmeister Ferrari hat auf die päpstliche Friedenskundgebung vom Jahre 1916 hin in einem Rundschreiben behauptet: „der Internationalismus des Papstes sei eine beständige Bedrohung für den Bestand und das Blühen der Nation"; der Papst bringe, „um seine politischen Pläne besorgt, mit erneuter Feindseligkeit gegen Autorität und Würde des Vaterlandes Verwirrung in das Gewissen seiner Gläubigen". Im Oktober 1916 beschloß der Großorient Rom auf Antrag Nathans, daß am Tage des Konsistoriums antiklerikale Versammlungen abgehalten werden sollten, mit dem Ziel des Protestes gegen die antiitalienische Neutralität des Papstes sowie gegen die Niederlassung des österreichischen Kardinals Frühwirth in Rom. Die in der Sitzung anwesenden Minister ließen durchblicken, daß die Ansichten der Regierung über die Opportunität des Antrags geteilt seien. Ministerpräsident Boselli beauftragte einen Kollegen, der Mitglied des Großorients war, auf diesen im Sinne der Mäßigung der antiklerikalen Propaganda der italienischen Logen zu wirken. Doch der Großmeister antwortete ablehnend: er unterstütze zwar in allen Fragen des Krieges das Kabinett Boselli, doch könne die italienische Freimaurerei ihre grundsätzliche Stellung gegen den Vatikan nicht aufgeben, da „jede Milderung des Kampfes eine Begünstigung klerikaler und konservativer Tendenzen" bedeuten würde.

In diesem Kampf gegen die Friedensbemühungen des Papstes fand der Großorient Rom wirksamste Unterstützung durch den Großorient Paris; dies tritt besonders deutlich durch das vom 16. Mai 1916 datierte Schreiben an den Großorient Rom hervor, in dem es heißt, daß, „wenn sich auch der Papst in letzter Zeit größere Reserve auferlegte, neuerdings wieder zahlreiche Versuche unternommen wurden, die auf Herbeiführung eines vorzeitigen Friedens abzielten. Wir halten es für notwendig, hervorzuheben, wie unheilvoll es für unsere Ideale wäre, wenn es den Zentralmächten gelänge, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen und mit Hilfe von gewissenlosen Vermittlern die in der ganzen Menschheit zunehmende Friedenssehnsucht für ihre Zwecke nutzbar zu machen." Ein solcher vorzeitiger Friede mache jede Hoffnung Italiens auf Verwirklichung seiner gerechten nationalen Aspirationen zunichte; darum müsse die italienische Freimaurerei sich jeglichem Vermittlungsversuch, der den Deutschen Friedensaussichten machen könnte, widersetzen. Der Großorient Paris habe sichere Nachrichten, daß die Vereinigten Staaten wegen der Wahlbewegung derzeit keine Friedensvermittlung einleiten würden. „Für ernster erachten wir die Gefahr einer von Spanien ausgehenden Vermittlungsaktion." In Rußland und England nehme trotz der festen Haltung der Regierung die friedliche Strömung zu; auch der englische König sei dem Frieden wegen der Lage in Irland und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht abgeneigt; in Rußland sei die Lage noch bedenklicher.

> „Vorderhand gelingt es zwar dort noch, die kriegerische Stimmung aufrechtzuerhalten dank der Isolierung, in welcher die von Iswolski so glänzend vertretene Kriegspartei den Kaiser wie den Hof bisher zu halten wußte. Dies hindert jedoch nicht, daß trotz der Versuche Iswolskis, die innere Lage zu verheimlichen, sehr starke Anzeichen unmittelbar bevorstehender oder zukünftiger innerer Erschütterungen wahrnehmbar sind. Eine solche Entwicklung könnte von einem Tag zum anderen die Notwendigkeit eines Friedensschlusses ergeben."

So schildert der Großmeister von Paris in seinem Schreiben „die Gefahr der Lage", der „noch die unausbleiblichen moralischen Folgen der enormen Verluste, die unser Heer bei Verdun seit dem 21. Februar erleidet, hinzuzurechnen sind".

> „Es ist daher notwendig, daß die französische und italienische Freimaurerei, deren Einigkeit sich bei zahlreichen Gelegenheiten glorreich bewährt hat und die jetzt durch die häufigen Reisen unserer Brüder

zwischen Paris und Rom in ständiger Verbindung steht, sich vereinigt, um durch ihre zähe Arbeit die Gefahr zu beseitigen, daß pazifistischen Ratschlägen irgendwelches Gehör geschenkt wird. Es ist besonders angezeigt, daß Italien und Frankreich in London und noch mehr in Petersburg sich gemeinsam der Aufgabe unterziehen, in dem genannten Sinne überzeugend zu wirken, damit die Einheit im Vierverband, die allein zu dem von allen ersehnten Sieg führen kann, unversehrt erhalten bleibe."

Man müsse sich „in gemeinsamer Tätigkeit mit allen Mitteln gegen jede Regung eines vorzeitigen Friedens wenden". Da die damals geplante Konferenz zwischen französischen und italienischen Freimaurern nicht stattfinden konnte, entsandte der Großorient Paris zwei seiner Mitglieder, Combes junior und Debier, nach Rom. In der gemeinsamen Besprechung tadelte Großmeister Nathan, daß in dem Pariser Schreiben der Friedenstätigkeit des Papstes zu wenig Bedeutung beigemessen sei. Die Gegenaktion der italienischen und französischen Freimaurer müsse sich hauptsächlich gegen Benedikt XV. wenden. Debier meinte, der Großorient Paris habe sich aus wohlerwogenen Gründen nicht mit der Stellungnahme des Papstes befaßt, da dieser auf dem Standpunkt stehe, die Überwachung der römischen Kurie und die Vereitlung ihrer Ziele sei in erster Linie Aufgabe des Großorients Rom, während es andererseits Sache des Großorients Paris sei, die von anderer Seite ausgehenden Versuche einer Friedensvermittlung wachsam im Auge zu behalten. In der Konferenz am 28. Mai 1916 wurde dann die italienische Freimaurerei mit der Aufgabe betraut, eine energische Gegenaktion gegen den Vatikan und Benedikt XV. einzuleiten und in Italien wie in Frankreich zu fordern, „daß der Papst von jeder Friedenskonferenz unbedingt ausgeschlossen werde". Die französische und die italienische Freimaurerei sollten dann gemeinsam eine intensive Propagandatätigkeit in Spanien aufnehmen, um dort einerseits ein Gegengewicht gegen die katholische Werbearbeit zu schaffen und andererseits eine Friedensaktion zu verhindern. Die unter dem Vorsitz von Pichon am 17. Januar 1917 in Paris tagende Konferenz von Delegierten der Freimaurer aus allen Ententeländern, mit Ausnahme der englischen, sprach sich für die Vertretung der schärfsten Kriegsziele aus. Die italienischen Delegierten erregten unliebsames Aufsehen durch ihre bestimmte Erklärung, daß die gesamte Freimaurerei ihres Landes hinter General Cadornas Forderung stehe, daß Italien vor der Eroberung von Triest und Trient keinerlei Verpflichtungen zur Abgabe von Truppen auf

andere Kriegsschauplätze habe. Ein neuer Antrag Italiens, in allen Ententeländern eine energische Propaganda gegen eine eventuelle Friedensinitiative des Papstes zu eröffnen, scheiterte am Widerspruch des Großorients Paris, der auf die loyale Haltung des französischen Episkopats und Klerus hinwies, sowie Rücksicht auf Minister Denys Cochin verlangte.

Die russische Revolution veranlaßte den Großorient Rom, dem Großorient Paris gegenüber seinem „Erstaunen" darüber Ausdruck zu verleihen, daß der Großorient Paris seit Beginn der russischen Revolution fortgesetzt falsche Nachrichten über die Lage in Rußland in Umlauf gesetzt habe, um in der öffentlichen Meinung der Ententestaaten den Glauben zu erwecken, der russische Systemwechsel sei ein für die Sache des Vierverbandes sehr günstiges Ereignis. Es sei doch von Anfang an klar gewesen, daß gerade das Gegenteil der Fall sei und daß die Entente Gefahr laufe, den Weltkrieg zu verlieren, wenn Rußlands militärische Offensivkraft gebrochen und ein Umschwung in seiner bisherigen Kriegspolitik eingetreten sei. Rom verlangte daher den sofortigen Zusammentritt eines Kongresses der Delegierten der Großoriente der Vierverbandsstaaten und bat ferner den Großorient Paris, „sich dem Protest anzuschließen, den Italien gegen die Haltung Amerikas in der Frage der finanziellen Unterstützung wird erheben müssen". Italien habe damit gerechnet, daß die aus Amerika fließenden Geldsummen zum mindesten gleichmäßig verteilt würden; es könne auch nicht seine Zustimmung zu dem in Aussicht genommenen entwürdigenden Zahlungsmodus geben, nach welchem die amerikanischen Geldmittel durch England verteilt werden sollen. Der Großorient Paris hofft in seinem Antwortschreiben, „daß die Befürchtungen des Großorients Rom sich als übertrieben erweisen würden"; es sei nicht anzunehmen, daß Lenin die Oberhand gewinnen werde, um einen Separatfrieden mit Deutschland oder einen allgemeinen Frieden abzuschließen. Die französische Freimaurerei müsse in erster Linie auf die Befriedigung der französischen Geldbedürfnisse bedacht sein und könne für italienische Wünsche nicht eintreten.

Die auch unverkennbar in Italien zunehmende Friedensstimmung veranlaßte den Großmeister Nathan Ende 1917, dem Pariser Großorient mitzuteilen, daß, falls bei den Kammerverhandlungen diese Stimmung zu deutlich in Erscheinung trete, die italienische Freimaurerei es für angezeigt halte, „eine Situation

analog der im Mai 1915 herbeizuführen, um auf die Regierung einen Druck im Sinne einer entschiedenen Kriegspolitik, insbesondere hinsichtlich der Internierung feindlicher Staatsangehörigen und der Sequestrierung feindlichen Eigentums auszuüben". Er bat um die diplomatische und finanzielle Unterstützung der französischen Freimaurerei im gleichen Umfang wie im Mai 1915. Der Großorient Paris winkte jedoch ab; Botschafter Barrère könne jetzt nicht mehr wie Anno 1915 auftreten, da seine Stellung erschüttert sei; Clémenceau wünsche keine Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten der Verbündeten, dieser habe auch kein Vertrauen zu Barrère; etwaige Aufruhrbewegungen würde allerdings die französische Freimaurerei unterstützen. Anfang Januar 1918 konnte Großmeister Nathan antworten, daß es nicht mehr notwendig sei, die im Mai 1915 angewandte Methode zu wiederholen; Ministerpräsident Orlando habe sich von den Giolittianern zurückgezogen und mehr auf die Seite des „Bundes der nationalen Verteidigung" gestellt; es sei nun der Loge gelungen, den Ministerpräsidenten für die Internierung feindlicher Ausländer zu gewinnen. Der Großorient Paris konnte sich in seiner Antwort der siegesfreudigen Überzeugung Nathans nicht anschließen:

> „Wir sehen hier die Dinge ziemlich düster an, nicht zuletzt auf Grund der Zweifel, die man in Paris bezüglich des Altruismus von Lloyd George hegt, der, wie es scheint, sich mehr für sein eigenes Verbleiben im Amt als für die von ihm übernommene moralische Verpflichtung interessiert, die Ansprüche der Verbündeten Englands bis zum Ende zu unterstützen."

Dem Großorient Paris fällt zweifellos das historische Verdienst zu, mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten, wesentlich daran mitgearbeitet zu haben, daß Italien an der Seite der Entente in den Krieg eintrat. Die italienischen Logen waren sein Instrument.

Während des Krieges ist aber eine zweite Verbindung der französischen Freimaurerei immer schärfer hervorgetreten, nämlich die engen Beziehungen, die zwischen Freimaurerei und Judentum, vertreten durch die ,,Alliance Israélite", bestehen. Die leitenden Männer der ,,Alliance Israélite" sind fast ausschließlich Franzosen und gleichzeitig Freimaurer, dergestalt, daß, „wenn der Großorient Paris eine Plenarversammlung abhält, man ohne Übertreibung sagen kann, daß sich in und mit ihm zugleich die Vorstandschaft der ,,Alliance Israélite" versammelt." Diese fast vollkommene Identität der Personen, die zwischen der Zentralleitung

der französischen Freimaurerei und jener märchenhaft reichen Organisation besteht, hat dazu geführt, daß z. B. alle Fäden, die von den Zentren des italienischen Judentums nach der „Alliance Israélite“ führen, über den Großorient Paris laufen. Von Paris aus bestehen ferner Beziehungen zu den weniger bedeutungsvollen Organisationen, über die das Judentum in den Niederlanden, in Schweden, in der Türkei, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von Amerika verfügt, wobei das französische Element der „Alliance Israélite“ der gebende Teil ist, da die hier in Betracht kommenden jüdischen Kreise der anderen Länder meist den ärmeren Bevölkerungskreisen angehören.

> „Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß der Großorient Paris und mit ihm die Zentralleitung der ‚Alliance Israélite‘ Beziehungen zum Judentum des Auslands nicht auf der Aktivaseite ihrer diplomatischen Rechnung verbuchten. Desto gewinnbringender ist für beide Teile das enge Bündnis, das der Großorient Paris und die ‚Alliance Israélite‘ unter sich geschlossen haben und das auf vollkommener finanzieller und politischer Interessengemeinschaft beruht. Beide Organisationen arbeiten sich nicht ohne Nutzen in die Hände und haben dadurch, daß sie vom ersten Augenblick des Entstehens des Weltkonflikts an ihre gesamten ausländischen Einrichtungen und Agenturen in den Dienst der französischen Regierung stellten, Frankreich große Dienste geleistet.“

An diesem engen Bündnis ändert nichts, daß der freigebigste Förderer der „Alliance Israélite“, Freiherr von Hirsch, trotz aller dringlichen Aufforderungen es entschieden ablehnte, sich in den Großorient in Paris aufnehmen zu lassen. Erst nach dem Tode von Hirsch traten diese engen Beziehungen ein. Daß sie auch finanzieller Art sind, ist zweifelsfrei erwiesen; so hat die „Alliance Israélite“ am 16. März 1916 an den Großorient Paris den Betrag von 700 000 Franken überwiesen, und im Archiv des Großorients Rom kann festgestellt werden, daß am 18. März bereits die Überweisung von einer Million Lire an den Großorient Rom auf dem Fuß folgte. Ich habe nicht die starke Dosis Naivität, um anzunehmen, die „Alliance Israélite“ bediene sich der Vermittlung von zwei Großorienten nur zu dem Zweck, um den italienischen Juden eine Million Lire zukommen zu lassen. Die gemeinschaftlichen Ziele, die beide Organisationen verbinden, sind eben so eng, daß sie auch die Mittel sich gegenseitig zur Verfügung stellen können.

Dem Großorient Paris machte das Wiedererwachen des religiösen Lebens in Frankreich während des Krieges viele

Sorgen. Anfang Januar 1915 berichtete er über seine Stellungnahme an den Großorient Rom in folgender Weise:

„Von dem Augenblick an, in dem das französische Volk in einmütiger Entschlossenheit die Folgen des deutschen Angriffs auf sich nahm, haben wir Freimaurer energisch alles getan, was in unseren Kräften stand, um zur Beilegung der inneren Zwistigkeiten beizutragen, die Frankreich vor dem Krieg zerrissen haben und die, wie der stürmische Fall des Kabinetts Ribot im Februar 1914 gezeigt hat, allmählich eine beträchtliche Schärfe angenommen hatten. Der Großorient Paris kann von sich sagen, daß er für die Verwirklichung dieses Zieles unaufhörlich die größten Opfer bringt, und zwar offenbar nicht nur in seinen Anschauungen, sondern auch an seinen zukünftigen Hoffnungen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Siegesfanfaren, die der Klerus und die Klerikalen Tag für Tag blasen, und daß die von ihnen unaufhörlich wiederholte Behauptung, das Wiedererwachen des katholischen Gefühles bei unseren Mitbürgern sei ein so großes und so wunderbares, daß man für die Zukunft alles erwarten könne, für unsere eigenen Interessen außerordentlich schädlich sind. Das Vertrauen auf die Sache des radikalen Antiklerikalismus muß auf diese Weise bei den Massen langsam erschüttert werden, wohingegen wir nach dem Krieg das größte Interesse daran haben, unsere inneren Kräfte mit aller nur möglichen Entschiedenheit zusammenzufassen."

Der Großorient brachte weiter zum Ausdruck, daß ein Erstarken der katholischen Partei, das einer Aufhebung der antiklerikalen Gesetzgebung von 1905 den Weg ebnen könne, ausgeschlossen sei, nicht zuletzt im Hinblick auf die finanziellen Lasten, die ein Wiederaufleben des Konkordats dem Land auferlegen würde. Die Logen in Paris beobachteten nach den gegenseitigen Berichten mit steigendem Argwohn die wiederholten Versuche der Wiederaufnahme *offizieller Beziehungen* zwischen Frankreich und dem *Heiligen Stuhl*; der Besuch des früheren Botschafters Nisard sei ergebnislos verlaufen. Fürst Albert von Monako habe mehr Erfolg gehabt; er sei lange Zeit hindurch wegen seines Verhaltens im Vatikan in Ungnade gewesen und zur Abberufung seines Gesandten beim Päpstlichen Stuhl veranlaßt worden; um so bemerkenswerter sei es, daß der Fürst von Monako, einem von französischer und belgischer Seite geäußerten Wunsch entsprechend, während des Krieges einen neuen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl ernannt habe, obwohl er als halber Italiener zur italienischen politischen Welt in sehr intimen Beziehungen stehe; er sei auch von Papst Benedikt sehr liebenswürdig empfangen worden, trotzdem er unmittelbar vorher im italienischen Hauptquartier als Gast geweilt habe. Diese und ähnliche Nachrichten veranlaßten im September 1916 den

Großorient Rom, den Großorient Paris wissen zu lassen, daß er mit Besorgnis den Bemühungen vieler Franzosen gegenüberstehe, die auf die Herbeiführung einer Versöhnung Frankreichs mit dem Heiligen Stuhl hinarbeiteten; er wolle dem Großorient Paris keine Vorschriften machen, wenn dieser es aus opportunistischen Gründen mit seiner Auffassung für vereinbar halte, eine vorübergehende Annäherung zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl zu unterstützen, die eine günstige Rückwirkung auf die Beziehungen des internationalen Katholizismus zum Vierverband zur Folge haben könnte. Wenn es sich aber um die Herstellung dauernder Beziehungen handeln sollte, sehe sich der Großorient Rom veranlaßt, sein „großes Erstaunen darüber zu äußern, daß die französische Freimaurerei in der fraglichen Angelegenheit eine gewisse Untätigkeit beobachtet. Auf jeden Fall hält sich die italienische Freimaurerei für verpflichtet, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie in einer Wiederversöhnung Frankreichs mit dem Vatikan die größte Gefahr für die Zukunft des französisch-italienischen Bündnisses erblickt, das nur auf der Basis der gemeinsamen antiklerikalen und weltlichen Ideale lebensfähig bleiben kann." Die erbetene Erklärung wurde vom Großorient Paris schon wenige Tage darauf erteilt mit dem Hinweis, daß der Großorient Rom die taktische Bedeutung der Angelegenheit für den Verlauf des Weltkrieges richtig erkannt habe; er wolle sich nicht näher auslassen, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, wichtige Pläne der Regierung in dem Augenblick ihrer vielleicht möglichen Verwirklichung gestört und dadurch die heilige nationale Einheit zu einer Zeit gebrochen zu haben, wo dies besonders inopportun und gefährlich sei. Der Großorient Paris ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß er nach „Erfüllung gewisser Bedingungen durch die Kurie der Herbeiführung einer Verständigung sich nicht widersetzen würde".

Ende 1916 veranstaltete der Großorient Paris bei den größeren Provinzlogen Frankreichs ein Rundschreiben über das Problem der Kriegsdauer. Eine Reihe von Antworten lautete höchst bedenklich; namentlich die Vorstandschaft der Logen von Bordeaux warf Paris vor, daß man dort keine klare Vorstellung über die wirtschaftlichen Schädigungen habe, die der Weinbau des Südens durch den Krieg erfahren habe. Die Antwort des Großorients Paris befriedigte nicht, so daß der Großorient die Regierung auf

die pessimistische Stimmung in den Freimaurerlogen des Südens aufmerksam machte. Aber auch der Ende Oktober nach Bordeaux entsandte Unterstaatssekretär Abel Ferry konnte nur bestätigen, daß die Stimmung daselbst sehr kriegsmüde sei. Zweifellos war dies mit die Ursache, daß gegen Mitte des Jahres 1917 der Großorient beschloß, „seinerseits Friedensfühler auszustrecken, da die Freimaurerei unmöglich den internationalen Sozialisten auf die Dauer die Vorhand in der Liquidation des Weltkriegs überlassen könne. Es solle daher versucht werden, im neutralen Ausland Fühlung auch mit deutschen Freimaurern zu nehmen.“ In Genf sollte eine solche Zusammenkunft stattfinden; sie trafen aber dort als einzige deutsche Freimaurer nur zwei Deutsche, die wegen Fahnenflucht sich in der Schweiz aufhielten und sofort als „verworrene Köpfe“ und „starke Eigenbrödler“ ohne jeden politischen Einfluß erkannt wurden. Mehr Sorge machte dem Großorient Paris der Antrag der Loge „Globe“ zu Vincennes im Oktober 1917, welcher die Regierung aufforderte, die Erörterung der Friedensfrage nicht weiter von der vollen Erwerbung von Elsaß-Lothringen abhängig zu machen. Bei der Abstimmung über den Antrag enthielten sich 160 der Abstimmung, 148 stimmten dafür, 67 dagegen. Dieses Resultat führte zu einem lebhaften Meinungsaustausch zwischen Ribot und Painlevé einerseits und dem Großorient andererseits, dem der Vorwurf gemacht wurde, daß er nichts getan habe, um eine derartige Abstimmung zu verhindern. Der Großorient wiederholte, er habe ganz loyal gehandelt; aber der Umstand, daß kein vollberechtigtes Mitglied des Großorients dem Kabinett angehöre, habe schon wiederholt zu Unstimmigkeiten geführt. Es kam zu einem Kompromiß, dem zufolge der einflußreiche Freimaurer Bourély als Unterstaatssekretär in das Kabinett Painlevé berufen wurde. Die Stellung eines Unterstaatssekretärs wurde gewählt, um die Freimaurerei vor dem Vorwurf zu schützen, sie habe ihren Einfluß benutzt, um ein Mitglied des Großorients für ihre eigenen Zwecke in ein wichtiges Ressort zu bringen. Als Gegenleistung berief der Großorient am 20. September eine Vollversammlung aller Logen Frankreichs ein, die mit 350 gegen 12 Stimmen erklärte, „daß ein gerechter und dauerhafter Friede ohne die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum französischen Mutterland nicht möglich sei“. Damit fand diese Episode ihren Abschluß.

Die englische Freimaurerei, die noch die Bewegung des Risorgimento begünstigt und unterstützt hatte, zog sich im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg gänzlich von den italienischen und französischen Logen zurück. Auch als im Jahre 1905 die politischen Beziehungen zwischen England und Frankreich freundlicher wurden und der Pariser Großorient Mitte 1906 eine engere Fühlung mit der englischen Freimaurerei beschloß, fanden Mitglieder des Großorients Paris, die sich zu diesem Zwecke nach London begaben, eine äußerst kühle Aufnahme. Der Großorient London betonte wiederholt in längeren Auseinandersetzungen, „daß die Wiederherstellung internationaler direkter Zusammenhänge unter den Logen verschiedener Länder mit den staatsbürgerlichen Pflichten des Briten unvereinbar sei, um so mehr dann, wenn es sich darum handle, Frankreichs Interessen zu unterstützen". Der Gedanke, ein Engländer könne in seiner Eigenschaft als Freimaurer eine nicht englische Freimaurerei begünstigen oder sich ihren Sonderinteressen dienstbar machen, wurde in London als für alle englischen politischen Begriffe „unverständlich" bezeichnet. Dies hat in Paris so nachhaltig gewirkt, daß man nach dem Ausbruch des Weltkrieges anfangs gar nicht wagte, direkte und persönliche Beziehungen zur englischen Freimaurerei anzuknüpfen. Der erste Schritt wurde im Januar 1915 unternommen, als der einflußreiche französische Freimaurer und frühere Minister Renoult, der sich in einem geheimen Auftrag seiner Regierung in London befand, eine offene Aussprache mit dem an den Verhandlungen beteiligten englischen Minister Sir Rufus Isaacs, der in der englischen Freimaurerei eine angesehene Stellung einnimmt, herbeiführte. Aber auch die Antwort von Sir Isaacs war nicht ermutigend; er drückte wohl die volle Bereitwilligkeit der englischen Freimaurerei aus, sich an allen humanitären Aufgaben zu beteiligen, die im gemeinsamen Interesse beider Armeen zu lösen seien; ein politisches Zusammenwirken mit französischen Logen lehnte er aber ab. Auch ein Versuch der belgischen Logen im April 1915, den Großorient London zu einer feierlichen Kundgebung zugunsten Belgiens zu gewinnen, scheiterte. Trotzdem hat der Großorient Rom anfangs 1915 versucht, durch seinen früheren Großmeister Nathan, der als Halbengländer galt, politische Beziehungen in London anknüpfen zu lassen. Nathan hat in London den wundesten Punkt berührt; er versuchte dafür Stimmung zu machen, die englische

Freimaurerei möchte sich dafür einsetzen, daß England die Italien gegenüber gemachten Zusicherungen finanzieller Natur einhalte, worauf der Großorient London in wenig höflicher Form erklärte, daß „finanzielle Fragen lediglich zwischen den Regierungen zweier Länder“ zu erörtern seien, daß sie nicht Gegenstand einer Diskussion zwischen den Großorienten zweier Staaten werden könnten, und daß darüber, was England geben solle, ausschließlich die englische Regierung zu befinden habe. Diese Stellung Londons löste in den leitenden Kreisen der italienischen Freimaurerei eine starke Erbitterung gegen die englischen Brüder aus, die unverhüllt zutage trat, sobald in Rom auf die „fratelli di Londra“ die Rede kam. Trotz dieser Mißerfolge versuchte der Großorient Paris im August 1916 erneut politische Anknüpfungen mit der englischen Freimaurerei; er gab in einem Schreiben seinem Bedauern Ausdruck, daß die englischen Brüder auch „durch den Weltkrieg nicht aus ihrer Zurückhaltung herausgetreten“ seien und unterbreitete ihnen die Anregung, der Einberufung eines englisch-französischen Konventikels zur Vorbereitung eines systematischen Zusammenwirkens der Freimaurereien aller Verbündeten zuzustimmen, und zwar um Stellung zu nehmen zu künftigen Friedensverhandlungen und der Verhinderung einer nicht gewünschten oder verfrühten Vermittlung Neutraler. Die leitenden englischen Logen erklärten ihrerseits, daß sie vor der im Januar stattfindenden Generalversammlung der englischen Logen zu diesem Antrag keine Stellung nehmen könnten. Auch Hilferufe der französischen Logen um finanzielle Unterstützung durch England, wie sie im November 1916 hervortraten, fanden kein geneigtes Gehör, da die englische Freimaurerei „nicht in der Lage sei, in einer derartigen Frage bei der Regierung vorstellig zu werden“. Ihrem Charakter als humanitäre Veranstaltung ist die britische Freimaurerei stets treu geblieben. Bemerkenswert sind die Kriegspässe, die sie ihren Mitgliedern in englischer, französischer, italienischer und türkischer Sprache ausgestellt hat und in denen der Inhaber „allen Brüdern, die das Licht erblickt haben, für Gewährung brüderlicher Gastfreundschaft und Güte empfohlen“ wird.

Eine russische Freimaurerei gab es nicht. Im 19. Jahrhundert waren die geheimen Gesellschaften in Rußland aus revolutionären Elementen von solcher Schroffheit zusammengesetzt, daß die internationale Freimaurerei sich nicht mit denselben einlassen wollte. Auch nach der ersten russischen Revolution 1905 hat die Freimaurerei

in Rußland keinen Unterschlupf finden können. Der Großorient Paris hat nach Kriegsausbruch in einem längeren Schreiben vom 16. Oktober 1914 den Großorient Rom um Auskunft ersucht, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, auf gewisse einflußreiche Kreise Rußlands direkten Einfluß zu nehmen, da man in Paris beim Fehlen jeder freimaurerischen Beziehungen zu Rußland nicht wisse, wie man an diese politischen Zirkel herankommen könne. Die Antwort des Großorients Rom lautete völlig negativ. Der bekannte russische Schriftsteller Amfiteatroff wurde als Mittelsmann zwischen den beiden Großorienten und den politischen Kreisen Rußlands aufgestellt, konnte jedoch nicht viel erreichen.

Die polnische Freimaurerei setzte sich nur zum geringen Teil aus polnischen Elementen zusammen und bestand zum überwiegenden Teil aus polnischen Juden. Der Großorient Paris versuchte im Jahre 1915 mit diesen in engere Fühlung zu treten. Er erlebte eine schwere Enttäuschung; denn die zur Berichterstattung herangezogenen polnischjüdischen Freimaurer erklärten, daß die Polen nicht dazu neigten, für eine Wiederherstellung Polens unter russischer Herrschaft einzutreten, wie man dies in Paris annehme. Die deutsch-österreichische Verwaltung habe in Russisch-Polen eine so weitgehende Besserung der Verhältnisse hervorgerufen, daß man allgemein davon überzeugt sei, ein solches Verwaltungssystem werde in normalen Zeiten eine noch viel größere Gewähr für eine ersprießliche Entwicklung Polens bieten als die russische Bureaukratie, die ungeachtet aller gegebenen Versprechungen nach dem Krieg unter dem Eindruck der erlittenen Enttäuschungen hauptsächlich an den jüdischen und radikalen Elementen Rache nehmen werde, ohne sich die Schuld für die Mißerfolge in Polen zuzuschreiben. Mitglieder der französischen Großlogen haben während des Krieges mit gewissen radikalen polnischen Kreisen, die entweder vor dem Kriege in Frankreich sich niedergelassen hatten oder während des Krieges sich in die Schweiz begaben, enge Beziehungen unterhalten.

Die deutsch-baltischen Logen in den Ostseeprovinzen hatten intime Beziehungen zur deutschen Freimaurerei und konnten für die Ziele des Großorients Paris nicht in Anspruch genommen werden.

Die spanische Freimaurerei stand völlig im Ideenkreise des Großorients Paris; sie nahm an allen revolutionären Bewegungen ihres Landes teil. 1873 hat sie sich unter der Führung ihres Groß-

meisters Salmeron für die Einführung der Republik eingesetzt. Unter König Alfons XII., während der Regentschaft und unter König Alfons XIII. hat sie den Kampf gegen die Monarchie weniger schroff geführt. Sie hat aber jedes konservative Kabinett auf das schärfste bekämpft und jedem liberalen Kabinett weitgehendsten Beistand geleistet. Die spanischen Logen wurden seit August 1914 durch die Agenten des Großorients Paris mit nicht zu bestreitender Energie für die Sache Frankreichs bearbeitet. Freilich konnte die spanische Freimaurerei nicht für die Teilnahme Spaniens am Weltkriege arbeiten, weil sie die Aussichtslosigkeit dieser Pläne einsah; desto rastloser suchten aber die Logen dafür zu wirken, daß Spanien gegenüber der Entente eine wohlwollende Neutralität bewahre und daß namentlich der spanische König die Initiative zu einer Friedensvermittlung zwischen den kriegführenden Mächten nicht ergreife. Nach den in den Großorienten Paris und Rom liegenden Berichten ihrer Agenten setzte die spanische Freimaurerei alles daran, um zu verhindern, daß Spanien sich zum Vermittler des Friedens mache, ein Ziel, das auch erreicht worden ist.

Noch größer war die Abhängigkeit der portugiesischen Freimaurerei von Paris. Die dortige Freimaurerei bucht den Umsturz des Jahres 1908 und 1910 als einen Erfolg ersten Ranges. Großer Achtung und Sympathie erfreuen sich freilich die portugiesischen Freimaurer in Paris und Rom nicht; sie wurden dort bezeichnet als ein „Gebäude, dessen äußere glänzende Fassade nicht über den Mangel an Kultur und Vergangenheit hinwegtäuschen kann, der das Innere charakterisiert“. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges hat es die englische Gesandtschaft in Lissabon besonders verstanden, sich der Freimaurerei zu bedienen, um den Geist wohlwollender Neutralität gegenüber Deutschland nicht aufkommen zu lassen. Der portugiesische Gesandte in Paris, Herr Chagas, war der gemeinsame Vertrauensmann der Kabinette von Paris und London und nicht minder der der Großoriente von Paris und Rom. Als dann Portugal den Mittelmächten den Krieg erklärte, mußte es sich vom Großorient Paris im September 1916 sagen lassen:

> „Während der letzten vier Monate haben die englischen, französischen, italienischen und russischen Heere mit Tapferkeit für den Sieg der gemeinsamen Sache gefochten und Rumänien zum neuen Verbündeten gewonnen. Portugal dagegen hat nichts getan, um auch nur im bescheidensten Maß die Aufgabe zu erfüllen, die ihm nach seiner Kriegserklärung an die Zentralmächte zufiel.“

Die im Anfang Oktober erfolgte Antwort hob hervor, daß die militärische Leistungsunfähigkeit Portugals nicht auf den schlechten Willen der portugiesischen Regierung zurückzuführen sei, sondern auf die inneren großen Schwierigkeiten. Als Portugal durch England gezwungen worden sei, gegen die in seine Häfen geflüchteten deutschen Handelsschiffe vorzugehen, habe die portugiesische Regierung nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit der englischen und französischen Regierung auf den vollständigen Mangel an finanziellen Mitteln zu lenken, die zur Mobilmachung des Heeres, zur Verpflegung der Truppen und zur Führung des Krieges notwendig seien. Doch die von England in bar vorgestreckten Summen hätten auch nicht annähernd ausgereicht, um den Kriegsbedarf des Landes zu decken. Wegen des Mißtrauens Portugals gegen die Absichten des germanophilen Spaniens sei die portugiesische Regierung gezwungen gewesen, ihr Heer im Lande zu behalten und sich auf die Truppenentsendungen nach Saloniki und Afrika zu beschränken; doch würde in kurzer Zeit ein Hilfskorps von wenigstens drei Divisionen an die englisch-französische Front abgehen.

Die niederländische Freimaurerei bestand während des Krieges aus Logen zweierlei Richtungen; die einen stellten das fortschrittliche jüdische Element dar; in den anderen ist das liberale und atheistische Element der nichtjüdischen Kreise des Landes vertreten. Die niederländische Freimaurerei hat zur inneren Politik des Landes nur geringe Beziehungen, steht der auswärtigen Politik fern und ist von der Freimaurerei des Auslandes völlig unabhängig. Die Freimaurerei des Auslandes hat allerdings nach Ausbruch des Weltkrieges verschiedentlich den Versuch unternommen, die niederländische Freimaurerei für die Entente zu gewinnen. Die Fühler gingen hauptsächlich von England aus, wegen des „Martyriums Belgiens". Die Schritte blieben erfolglos, da einerseits die Regierung die führenden Elemente der Logen des Landes sehr bald verständigte, daß sie eine Agitation dieser Art nicht dulden würde, und weil andererseits die Holländer aus eigenem die belgischen Verhältnisse besser kannten als die Engländer. Holländische Freimaurer haben wiederholt erklärt, daß sie auch in der Friedensfrage nicht eingreifen würden, sondern dies der Regierung überließen.

Die Luxemburger Loge, deren Abzeichen von der deutschen Eisenbahnverwaltung an dem neuen Bahnhof in Luxemburg angebracht wurden, hat ihre Weisungen von Paris und Brüssel

erhalten. Sie erschöpfte sich im Kampf gegen die katholische Partei des Landes. Die vom Ausland her erzwungene Abdankung der Großherzogin Marie Adelheid fand die Förderung der Loge, hat aber im Land eine feindselige Stimmung gegen Belgien erzeugt, weil man annahm, daß hierdurch die Personalunion mit Belgien herbeigeführt werden solle. Die französischen und belgischen Logen bekämpfen sich in Luxemburg. Belgien ist unzufrieden, daß es das Land statt der Franzosen und Amerikaner nicht selbst besetzen durfte.

Lange Zeit gab es eine nordamerikanische Freimaurerei im eigentlichen Sinne nicht. Es fanden sich dort nur Logen deutschen, italienischen, französischen, spanischen, holländischen, englischen Ursprungs. Erst seit etwa zwanzig Jahren machten sich Versuche geltend, ältere und stärkere Logen fremden Ursprungs in amerikanische umzuwandeln, was äußerlich auch gelungen ist. Die nordamerikanischen Freimaurer fast aller Kategorien haben sich von allen internationalen Problemen freigehalten und zu den Großorienten Europas so gut wie keine Beziehungen unterhalten. Im April 1917 gelang es den Abgeordneten des Großorients Paris, eine Versammlung von Vertretern aller Logen französischen Ursprungs zustande zu bringen; auch Vertrauensmänner anderer Logen nahmen teil. Der Zweck der Versammlung sollte sein, eine allgemeine freimaurerische Kundgebung für den Krieg herbeizuführen. Die deutsch-amerikanischen Logen erklärten jedoch, außerstande zu sein, für ein Dokument zu stimmen, das sich für den Krieg an der Seite der Entente ausspreche. Englische und amerikanische Freimaurer äußerten sich ähnlich. Man fand schließlich den Ausweg, daß nicht die Logen als solche, sondern die einzelnen Freimaurer sich an Kriegsdemonstrationen beteiligen sollten. Nur die Logen irischen Ursprungs haben sich dem Ansinnen gegenüber geneigter erwiesen, ohne großen Erfolg zu erreichen.

Die Beziehungen der deutschen Freimaurerei zum Großorient Rom waren schon mehrere Jahre vor dem Kriegsausbruch sehr kühl. Ein vollständiger Bruch wurde von mehreren deutschen Freimaurern schon 1911 angeregt; das Auswärtige Amt hat ihn aber verhindert. Der am 29. Mai 1915 in Berlin tagende Großlogenbund hat dann durch eine öffentliche Erklärung seine bisherigen Beziehungen zu der italienischen und französischen Freimaurerei abgebrochen. Während des Krieges haben die Logen in Paris und Rom wiederholt beschlossen, auch nach Friedensschluß keinerlei Beziehungen

mit der deutschen Freimaurerei aufzunehmen, wohl aber wurde besonders von Rom und Paris aus versucht, in Deutschland innere Unruhen vorzubereiten. Anfang 1918 hat der Großorient Rom als den richtigen Weg zum Kriegsende bezeichnet,

> „eine innere Erschütterung der habsburgischen Monarchie vorzubereiten. Gleichzeitig muß dasselbe in Deutschland versucht werden. Da es nicht wahrscheinlich ist, daß die innere deutsche Disziplin den „deutschen Bolschewiken" ermöglichen wird, eine Revolution herbeizuführen, so müssen andere, weniger gewalttätige Elemente des öffentlichen Lebens Deutschlands mobil gemacht werden. Die Großoriente von Paris und Rom haben daher den Wunsch, daß die zwischen den dissidierenden Logen Italiens und der deutschen Freimaurerei bestehenden Beziehungen für diesen Zweck nutzbar gemacht werden. Sie wünschen genaue Informationen über den Stand der Dinge in Deutschland zu erhalten, um sich ein klares Urteil darüber bilden zu können, ob deutsche Elemente, die zu revolutionären Bewegungen neigen, bereit wären, eine große Bewegung zu organisieren, die von den Russen mit ihrer Expansionskraft und von der französischen und italienischen Freimaurerei mit reichen finanziellen Mitteln und durch eine umfassende literarische und journalistische Propaganda unterstützt würde."

Dieses vor dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk verfaßte Schriftstück fand auch bei den dissidierenden Logen in Neapel günstige Aufnahme. Man wollte mit Unterstützung der deutschen Logen verhindern, daß der Heilige Stuhl die Friedensvermittlung in die Hand nehme. Es ist mir nicht bekannt geworden, welchen Erfolg die eingeleiteten Schritte hatten.

Zwischen der Freimaurerei in Österreich und der in Ungarn muß man scharf unterscheiden, da beide Logen unter sich nicht die geringste Ähnlichkeit haben. Die tschechischen Logen haben von jeher sehr stark nach Paris gravitiert. Die Häupter der deutschliberalen Partei in Österreich, meist Juden, spielten in den deutschen Logen in Wien eine große Rolle. Sie hielten auch mit den italienischen Freimaurern persönlich gute Freundschaft, was sich bei zahlreichen Besuchen in Rom kundgab; es war dies allerdings zu Zeiten, in welchen die italienische Freimaurerei unter Führung von Crispi noch nicht offenkundig gegen den Dreibund Stellung nahm. Anders war das Verhältnis der Freimaurerei in Ungarn. „Die Persönlichkeit, die auf die Gestaltung der Dinge den maßgebendsten Einfluß ausgeübt hat, war Ludwig Kossuth, der im Laufe der vierzig Jahre, die er nach der Revolution in Italien zugebracht hat, nach und nach zum lebenden Symbol der ungarischen Freimaurerei unter den italienischen Brüdern wurde." Die Beziehungen zwischen den

Großorienten Rom und Budapest wurden sehr intime und nur wenig abgekühlt durch den Eintritt des Sohnes von Kossuth in das ungarische Kabinett im Jahre 1906. Der Großorient Budapest hielt auch mit dem Großorient Paris enge Fühlung, die besonders durch den Schriftsteller Max Nordau und den Abgeordneten Pollony aufrechterhalten wurde; letzterer war ein sehr rühriger Gegner der habsburgischen Monarchie. Bei Ausbruch des Krieges gab sich der Großorient Paris der Illusion hin, Ungarn werde von Österreich abspringen, eine Auffassung, die auch der englische Botschafter in Wien vertrat. Im Dezember 1916 wurden engere Beziehungen zwischen dem Großorient Paris und der ungarischen Freimaurerei angeknüpft und in der Schweiz wiederholt Zusammenkünfte abgehalten mit dem Ziel, Wien zum Abschluß eines Separatfriedens unter der Preisgabe Deutschlands zu bewegen.

Bulgarien hat Logen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht. Die Bulgaren fanden in den freimaurerischen Einrichtungen nichts, was ihnen für ihr eigenes Vaterland von Nutzen schien, und haben, so viele Einrichtungen sie auch sonst aus dem Westen nach Bulgarien verpflanzten, sich nie veranlaßt gesehen, nationale Logen zu gründen. Die deutsche Freimaurerei hat einige Filiallogen errichtet. Der Großorient Paris hat zu Beginn des Weltkrieges für Bulgarien wenig Interesse gehabt. Erst im August 1915, als die Agenten Gerüchte über den Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte meldeten, wurde man stutzig und entsandte Affilierte von griechischen und rumänischen Logen nach Sofia mit dem Auftrag, mit den russophil gesinnten Kreisen des Parlaments und der Presse Fühlung zu nehmen. Es waren dies dieselben Elemente, die in Saloniki im Solde des Generals Sarrail standen und die in Griechenland die Propaganda Venizelos leiteten. Sie wandten sich an die bulgarischen Politiker Ghenadiew, Danew, Gheschow und Malinow, fanden aber bei den drei letzteren gar keine Neigung. Stambulowski gab den Agenten die Antwort, er sei als Orthodoxer und Bulgare zwar gegen jeden Konflikt mit der Entente gewesen, halte es aber unter seiner Würde, mit fremden Elementen in Verbindung zu treten, die lediglich ihre persönlichen Vorteile und vielleicht noch den ihres eigenen Landes im Auge hätten. Die französische Freimaurerei suchte nach ihrem Mißerfolg in Sofia mit den diplomatischen Vertretern Bulgariens im Ausland enge Beziehungen anzuknüpfen, was ihr teilweise auch gelungen ist; dies hat nicht in

letzter Linie zur Abschwenkung Bulgariens von der Politik der Zentralmächte mitgewirkt.

Die Türkei bot keinen Boden für die Freimaurerei. Auch nach der 1908 erfolgten Umwälzung ließ das Wesen des Mohammedanismus eine aus einheimischen Elementen bestehende freimaurerische Geheimgesellschaft nicht zu. Eine große Anzahl von Jungtürken hielt allerdings zur westlichen Freimaurerei sehr gute Beziehungen. Von 1908 bis 1911 übte die französische Freimaurerei einen weitgehenden Einfluß auf die jungtürkische Partei aus, die in Paris die Revolution vorbereitet hatte. Das Bindeglied war der türkische General Scheriff, dem als Ziel gestellt war, die Führung der Opposition gegen den deutschfreundlichen Enver-Pascha zu übernehmen. Von Oktober 1914 ab verfolgte die französische Freimaurerei das eine Ziel: die Herbeiführung eines Separatfriedens mit der Türkei. Gewisse jungtürkische Elemente waren im September 1915 nicht abgeneigt, Angebote der Entente anzunehmen. Der frühere türkische Botschafter in Rom, Nabi-Bei, sprach sich offenkundig für diese Politik aus und hatte zu diesem Zweck auch wiederholt Besprechungen mit dem Großorient in Rom. Den ganzen Weltkrieg hindurch dauerten die Verhandlungen zwischen gewissen jungtürkischen Elementen mit dem Großorient Paris fort, ohne zu dem gewünschten Resultat zu kommen.

Nach allen meinen Beobachtungen darf die internationale Freimaurerei eines für sich buchen: sie hat Italien in den Weltkrieg getrieben, und sie hat jede Friedensaktion während des Krieges zu verhindern geholfen.

13. Kapitel

Elsaß-Lothringen

Der Frankfurter Friede von 1871 führte Elsaß-Lothringen mit einer über 82 Prozent deutschen Bevölkerung dem Mutterland wieder zu, verstärkt durch französische Grenzgebiete südlich von Metz. Um den Erwerb von Metz wurde damals lange gekämpft: Bismarck unterlag gegen Moltke, der die Angliederung der Festung an Deutschland durchsetzte. Bismarck hat es damals als die „Achillesferse des neuen Deutschen Reiches" bezeichnet, daß

das französische Sprachgebiet mit erworben worden sei. Die „offene Wunde“ eiterte, weil die deutsche Politik durch mehr als vier Jahrzehnte es nicht verstand, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung der neuen Gebietsteile Rechnung zu tragen. Nahezu fünfzig Jahre hindurch hat Deutschland die elsaß-lothringische Frage selbst nicht gelöst, sondern in dem staatlichen Provisorium „Reichsland“ belassen; nahezu drei Jahrzehnte wurde mit dem Diktaturparagraphen regiert und Elsaß-Lothringen in eine Stellung gedrückt, die sich staatsrechtlich nicht erheblich von der der deutschen Kolonien unterschied. Die preußisch-deutsche Politik in den Reichslanden hat schon vor dem Krieg mit einem völligen Zusammenbruch geendet, der durch das warnende Signal der Zaberner Vorgänge im Jahre 1913 mit dem offenen Konflikt zwischen Militärdiktatur und Zivilgewalt uno dem Unterliegen der letzteren angezeigt wurde. Der Krieg selbst und die während desselben schwebenden Verhandlungen über das künftige Schicksal von Elsaß-Lothringen haben fast den letzten Rest der Sympathie für die Berliner Maßnahmen zerstört, wenn auch die Masse der Bevölkerung deutsch fühlte und bei Deutschland bleiben wollte.

Die Meinungen über die staatsrechtliche Gestaltung von Elsaß-Lothringen platzten schon im Jahre 1871 scharf aufeinander. Damals gab Treitschke (20. Mai 1871) seinem großen Bedauern Ausdruck, daß Elsaß-Lothringen nicht dem preußischen Staat einverleibt werden sollte. „Nur erprobten Händen, dem glorreichen alten Preußen“ könne man die große und schwere Aufgabe, „diese entfremdeten Stämme deutscher Nation unserem Land wieder einzufügen“, anvertrauen. Der Zentrumsabgeordnete Reichensperger forderte am 2. Mai 1871 für die neugewonnenen deutschen Lande „eine Verfassung, eine Einrichtung, die nicht bloß uns, dem alten deutschen Lande, zum Vorteil gelangen soll, sondern die eine tiefinnere Befriedigung auch jener neugewonnenen Bruderstämme mit sich bringen soll und wird“. Der Zentrumsführer Windthorst hat damals (20. Mai 1871) das Reichsland als eine „undefinierbare und undefinierte Größe“ bezeichnet und wollte für eine kurze Dauer eine provisorische Einrichtung als Übergang zu einem selbständigen deutschen Bundesstaat schaffen, indem er ausführte:

> „Dieses Provisorium halte ich deshalb für besonders wünschenswert, weil ich glaube, daß, nachdem über die Frage der Abtrennung von Frankreich die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen

nicht gehört werden wird, es mindestens recht wäre, der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich über die Frage zu äußern, was in Zukunft im Deutschen Reich aus ihr werden soll, daß es recht wäre, auch in Beziehung auf die eigene Staatsverfassung die Bevölkerung zu hören. Mir widerstrebt es in dem innersten Gefühl, daß ich über die Zukunft von über 1½ Millionen der gebildetsten Bevölkerung Europas, ohne sie gehört zu haben, hier aburteilen soll."

Damals war Elsaß-Lothringen im Reichstag überhaupt noch nicht vertreten. Windthorst wandte sich dann auch gegen die Versetzung preußischer Beamter in die Reichslande; er wünschte, daß möglichst wenig Beamte aus Alt-Deutschland dorthin kämen; soweit solche notwendig wären, seien sie aus Süddeutschland zu berufen; denn die „Süddeutschen sind den Elsaß-Lothringern in allen ihren Einrichtungen sehr viel homogener als die Norddeutschen, und sie werden deshalb, wenn es auf moralische Eroberungen ankommt, sicher rascher Eroberungen machen als die Norddeutschen". Mit allem Nachdruck vertrat Windthorst immer wieder die Forderung der Mitwirkung der Elsaß-Lothringer bei Regelung ihrer Angelegenheiten; denn „es ist der größte Fortschritt der Zeit, daß man allgemein in Deutschland wie in Europa den Satz festhält, ohne Mitwirkung der Regierten soll nirgends und in keiner Sache regiert werden". Von dieser Erwägung aus forderte er zunächst die Verleihung der Selbstverwaltung an die Gemeinden von Elsaß-Lothringen und wandte sich besonders gegen die Diktatur. Fürst Bismarck sprach sich (25. Mai 1871) mit Entschiedenheit gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen aus:

„Soll Elsaß-Lothringen zu Preußen gelegt werden oder soll es unmittelbares Reichsland sein? Ich habe mich unbedingt für die letztere Alternative von Anfang an entschieden, einmal, um dynastische Fragen nicht ohne Not in unsere Politik zu mischen, zweitens aber auch darum, weil ich es für leichter halte, daß die Elsässer sich mit dem Namen der „Deutschen" assimilieren als mit dem Namen der „Preußen". Die Elsässer haben sich in ihrer zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art konserviert, und das ist der Baugrund, auf dem wir mit dem Fundament zu beginnen haben werden. Diesen Partikularismus zunächst zu stärken, ist im Widerspruch zu den Erscheinungen, die uns in analoger Weise im Norden Deutschlands vorgelegen haben, jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, um so mehr werden sie das Franzosentum abtun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen ... Was später im Interesse des Elsaß zu tun sein wird, darüber wollen wir vor allen Dingen die Elsässer und Lothringer selbst hören. Ich habe vor allem das Bedürfnis, die Meinung der Elsässer selbst kennen zu lernen."

Leider war Bismarck nicht konsequent genug, aus diesen richtigen Gedanken sofort die Folgerung zur Tat zu ziehen. Der Zentrumsführer lehnte es ab, eine geregelte staatsrechtliche Ordnung erst 1873 einzuführen und bis dahin eine Diktatur zu errichten. „Wir sollten ohne weiteres und sofort die Elsaß-Lothringer hierher berufen." Ohne Erfolg. In der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen setzte zunächst der Kampf ein für die Abschaffung der Diktatur und dann immer lebhafter für die Gewährung der vollen Autonomie im Rahmen des Reiches, d. h. für die Errichtung eines selbständigen deutschen Bundesstaates. Diese Bestrebungen fanden nur Unterstützung bei den späteren Mehrheitsparteien des Reichstags (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten). Als im Jahre 1911 (28. Januar) endlich der erste Entwurf über die Verfassung Elsaß-Lothringens dem Reichstag vorgelegt wurde, bezeichnete der spätere bayerische Ministerpräsident Graf Hertling als Sprecher des Zentrums es als den Hauptfehler der Vergangenheit, „daß die staatsrechtliche Entwicklung von Elsaß-Lothringen nicht rasch genug gefördert worden ist, daß man jetzt nach vierzig Jahren noch nicht zur Ausgestaltung zu einem vollen Bundesstaat gelangt" ist. Die Verfassung von 1911 brachte nicht die volle Autonomie; Elsaß-Lothringen stand immer noch unter Reichsvormundschaft. Bei Kriegsausbruch benahm sich die elsaß-lothringische Bevölkerung, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, in einwandfreiester Weise, obwohl ihr das Leben durch die einrückenden Militärs nicht immer leicht gemacht wurde. Manche Befehlshaber gaben beim Einmarsch in die Reichslande die Parole aus: „Wir kommen in Feindesland!" und verboten den Soldaten, die zahlreich und freigebig gereichten Erfrischungen anzunehmen wegen der „Gefahr des Vergiftens, was die deutschen Frauen daselbst besonders schwer beleidigte.

Bald wurde — die eigentlichen Urheber kann ich zur Stunde noch nicht nennen — gegen Ende des Jahres 1914 an verschiedenen maßgebenden Stellen der Plan erwogen, eine **Teilung Elsaß-Lothringens** in der Weise vorzunehmen, daß Lothringen zu Preußen, das Unterelsaß zu Bayern, das Oberelsaß zu Baden kommen sollten. Darauf suchten die elsässischen Reichstagsabgeordneten Ricklin und Hauß im Dezember 1914 eine Unterredung mit dem in Berlin weilenden bayerischen Ministerpräsidenten Graf **Hertling** nach, um ihm ihre Betrübnis und Sorge darüber zu

unterbreiten, daß wieder einmal über das Schicksal Elsaß-Lothringens entschieden werden solle, ohne sich um den Willen der Bevölkerung zu kümmern. Der Wille der Bevölkerung sei nicht auf eine Zerstückelung gerichtet, sondern auf die Ausgestaltung Elsaß-Lothringens zu einem vollberechtigten Bundesstaat. Diese Forderung sei Gemeingut aller politischen Parteien des Landes. Sollte aber gegen den Willen des Volkes Elsaß-Lothringen geteilt werden, dann „bitten wir die bayerische Staatsregierung, darauf hinzuwirken, daß nicht auch noch das Elsaß in zwei Teile zerrissen werde, sondern als Ganzes zu Bayern käme. Einer Einverleibung in Preußen müßten wir uns mit aller Kraft widersetzen." Graf Hertling erwiderte darauf, daß der Gedanke der Aufteilung allerdings im engeren Kreis erwogen werde; der Bundesrat habe sich jedoch mit der Sache noch nicht befaßt; er werde dem König von Bayern über die Unterredung Bericht erstatten und zu gegebener Zeit sich mit den Abgeordneten wieder in Verbindung setzen. Über diese Unterredung wurden zahlreiche falsche Nachrichten verbreitet und die Sache vielfach so dargestellt, als ob die elsässische Bevölkerung durch ihre Abgeordneten von vornherein gewünscht hätte, mit Bayern vereinigt zu werden, weshalb ich auch eine Zeitlang diesen Bestrebungen gegenüber mich unterstützend verhielt. Bestärkt in dieser Auffassung wurde man durch eine Denkschrift des aus dem Elsaß stammenden Straßburger Professors Ehrhard, die in ihren Schlußfolgerungen dahin ging, das Reichsland aufzulösen und das Elsaß an einen altdeutschen Bundesstaat anzugliedern; die Trennung Lothringens vom Elsaß sei eine „vollkommen schmerzlose Operation"; die Angliederung Lothringens an Preußen entspräche seinen bestverstandenen Interessen selbst; die Auseinanderreißung des Elsaß in zwei oder drei ungefähr gleiche Stücke würde aber eine unheilvolle Wirkung auslösen. Nur Bayern komme für die Angliederung des ganzen Elsaß in Betracht, wegen des gemeinsamen süddeutschen Volkscharakters, der es ermögliche, daß das Elsaß innerlich für Deutschland gewonnen werden könne. Weiter spreche dafür die Ähnlichkeit der innerpolitischen Verhältnisse Bayerns und des Elsaß mit dem demokratischen Wahlrecht in beiden Ländern, während Preußen noch das Dreiklassenwahlrecht besitze; beides seien vorwiegend Agrarstaaten mit Mittel- und Kleinwirtschaft. Das Zusammenstimmen der konfessionellen Verhältnisse Bayerns und des Elsaß sei von besonderer Wichtigkeit. Auch würde Frankreich den Anschluß des

Elsaß an Bayern eher ertragen, als dessen Zuteilung an Preußen. Die Teilung des Reichslands zwischen Preußen und Bayern und die Ausmerzung „des nach innen zweckwidrigen und nach außen gefährlichen Gebildes Elsaß-Lothringen präge der Erledigung der internationalen Frage, die seit 1871 an diesem Gebilde hafte, einen versöhnlichen Charakter auf". Der Streit unter den deutschen Bundesstaaten und Bundesfürsten wurde im Laufe der Zeit ein sehr lebhafter. Der württembergische Ministerpräsident Weizsäcker erklärte mir des öfteren, daß nur „über seine Leiche" der Weg zur Aufteilung der Reichslande gehe: ehe Bayern ein Stück Elsaß erhalte, sei er lieber dafür, daß Preußen die gesamten Reichslande einstecke. Der König von Württemberg sagte unter scharfer Ablehnung der bayerischen Hoffnungen und Wünsche bei einem Besuch in Metz: „Der Knochen bleibt liegen." Sachsen und Bayern wehrten sich gegen eine Vergrößerung des stärksten Bundesstaates. Baden verhielt sich zunächst gleichgültig abwartend; in Karlsruhe schlug der Wind wiederholt um; einmal wollte man ein Stück Elsaß für den Fall einer Teilung annehmen, ein andermal lehnte man alles ab. Konfessionelle Erwägungen spielten dabei stark mit herein, da die Angliederung von Oberelsaß die katholische Mehrheit Badens vergrößert hätte.

An einer Führung in dieser für die inneren Verhältnisse wie für den Friedensschluß gleich bedeutenden Frage fehlte es. Anfang Juni 1917 teilte ich dem bayerischen Ministerpräsidenten mit, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um die endgültige Regelung im Wege der Aufteilung zwischen Preußen und Bayern vorzunehmen; in der internationalen Diskussion trete Elsaß-Lothringen immer mehr in den Vordergrund; unter allen Umständen würde beim staatlich unfertigen Zustand der Reichslande von den Gegnern das Plebiszit gefordert werden, darum müsse die Frage vor Friedensschluß geregelt werden. Letzterer Auffassung neigte damals auch der Reichskanzler zu. Mitte Juni sollte die Angelegenheit im Großen Hauptquartier besprochen werden; die „Zukunft von Elsaß-Lothringen" stand als erster Gegenstand auf der Tagesordnung, wurde aber nicht erörtert, da „Abmachungen der allerhöchsten Persönlichkeiten" vorlägen und deshalb die Ressorts nicht mehr zuständig seien. Solche Abmachungen sind aber zwischen dem Kaiser und dem König von Bayern nicht getroffen worden; eine zu diesem Zwecke herbeigeführte Zusammenkunft endigte vielmehr mit einer erhöhten Ver-

stimmung des bayerischen Hofes. Die Oberste Heeresleitung wünschte damals eine sofortige Lösung der Frage; aber die politische Reichsleitung stellte keinen entsprechenden Antrag. Am 2. Juli regte Staatssekretär Helfferich bei der Besprechung mit den Parteiführern eine Kundgebung des Reichstags in der Richtung an, daß die Reichslande unter allen Umständen deutsch bleiben müßten. Ich hatte den Entwurf einer solchen vorbereitet; dieser fand auch einmütige Billigung, nachdem Abgeordneter Ebert den Vorbehalt gemacht hatte, daß ein Satz über den Ausbau zum vollberechtigten Bundesstaat aufgenommen werden müßte. Abgeordneter von Payer kündigte an, daß er im Ausschuß die Teilungspläne erörtern werde. Kein Regierungsvertreter äußerte hiergegen Bedenken; ich gewann vielmehr den Eindruck, daß dieser Vorstoß gegen Bayern nicht unangenehm sei, und stand vor einem mir nicht sofort erklärlichen Doppelspiel der Wilhelmstraße. Damals war Herr von Payer dem Kaiser als Staatssekretär vorgeschlagen worden; der Kaiser lehnte aber ab. Payer wandte sich gegen die Vergrößerungspläne Bayerns, da er wie mancher andere hieraus den Anfang eines neuen Dualismus sah: habe früher der Kampf zwischen Habsburg und Hohenzollern das deutsche Volk zerrissen, so dürfe es jetzt und künftig nicht zu einem solchen zwischen Wittelsbach und Hohenzollern kommen. Im weiteren Verlauf der politischen Debatten trat die Frage Elsaß-Lothringen in den Hintergrund. Der letzte Moment war ungenutzt verpaßt, in dem die Schlußregelung durch die Aufteilung der Reichslande hätte vollzogen werden können. Ich schrieb dies dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling, der darüber trotz aller meiner vorhergehenden Briefe und Warnungen sehr erstaunt war, wie seine Antwort zeigte.

Die Wendung trat mit der Annahme der Friedenszielresolution des Reichstags ein. Am 20. Juli 1917 bereits habe ich in einem längeren Schreiben an den Reichskanzler darauf hingewiesen, „daß der heutige unfertige Zustand von Elsaß-Lothringen direkt kriegsverlängernd wirke". Denn die Erörterungen der deutschen Presse über das künftige Schicksal der Reichslande seien nur Öl in das Feuer der französischen Revancheidee.

> „Da die Deutschen selbst Elsaß-Lothringen nicht als im definitiven politischen Ruhezustand befindlich ansehen, so ist es ganz erklärlich, daß alle unsere Gegner und die Neutralen auf diese Frage erst recht aufmerksam werden und ihre endgültige Lösung fordern. Die französischen Pläne erhalten hierdurch Kraft und Zuzug. Die elsaß-

lothringische Frage muß jetzt sofort und definitiv gelöst werden. Beim Septemberzusammentritt des Reichstags sollte dem Reichstag schon der entsprechende Gesetzentwurf zugehen. Welche Lösung ist im heutigen Moment gegeben? Es dürfte nur zwei Wege geben: entweder Teilung der Reichslande oder Schaffung eines absolut selbständigen Bundesstaates. Der Zeitpunkt für die Teilung der Reichslande, wofür sich manche beachtenswerte Gründe anführen lassen, ist verpaßt. Ich habe dem Amtsvorgänger Eurer Exzellenz seit vielen, vielen Monaten gesagt und geschrieben, daß das Hinausschieben der Regelung dieser Frage nicht nur kriegsverlängernd wirkt, sondern die große Gefahr in sich birgt, daß Elsaß-Lothringen in die internationalen Friedensverhandlungen hineinrutscht. Wenn man dann in den Friedensvertrag — unbekümmert um den Ausgang des Krieges — irgendeine Bestimmung über Elsaß-Lothringen aufnehmen sollte, so ist dieses ebenso beschämend wie entehrend für Deutschland. Es erinnert an den Dreißigjährigen Krieg, wo fremder Übermut in die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches sich einmengte. Im jetzigen Moment die Teilung zu vollziehen, das würde international nicht die Wirkung haben, die wir anstreben, auch nicht der jetzigen politischen Situation im Reichstag entsprechen. Also bleibt nur ein Weg: sofortige Errichtung eines selbständigen Großherzogtums Elsaß-Lothringen. Dem Reichsland soll durch Reichsgesetz die neue grundlegende Verfassung gegeben werden. Die deutschen Bundesfürsten übertragen die Souveränität einem Erkorenen, der Träger der erblichen Monarchie dieses Bundesstaates wird. Die vom Reiche gegebene Verfassung ist auf 25 Jahre unabänderlich und kann dann vom elsaß-lothringischen Landtag, dessen Zusammensetzung in dem Gesetz des Jahres 1911 festgelegt wurde und übernommen werden muß, abgeändert werden. Der Reichstag scheidet als gesetzgebender Faktor aus, sofern nicht Fragen der allgemeinen Reichskompetenz in Betracht kommen. Das Land erhält hierdurch volle Autonomie. Der Großherzog schließt eine Militärkonvention mit dem König von Preußen, wobei in militärischer Hinsicht alles beim bisherigen Zustand bleibt. Die Reichspost bleibt bestehen. Die Reichseisenbahnen gehen ohne Entschädigung in den Besitz des Landes Elsaß-Lothringen über. Es wird der Universität in Straßburg statt eines fortlaufenden Reichszuschusses ein einmaliger Stiftungsbetrag von 20 Millionen Mark gegeben werden. Bezüglich des zu Anfang notwendigen Austausches von Beamten schließt der Großherzog eine Konvention mit dem König von Preußen (nach dem Vorbild der württembergischen Militärkonvention 1893). Die Schaffung dieser vollen Autonomie für die Reichslande wird eine gewaltige internationale Wirkung auslösen. Der Landtag in Elsaß-Lothringen als die Vertretung des Volkes wird dieser Regelung begeistert zustimmen; er wird aller Welt kundtun, daß die Wünsche der Reichslande erfüllt sind und daß der Krieg wegen Elsaß-Lothringens keinen Tag weiter geführt werden kann. Die Bevölkerung des Landes wird in zahlreichen Kundgebungen denselben Willen offenbaren. Die ganze Welt muß erkennen, daß Elsaß-Lothringen für kein Land, auch für Frankreich nicht mehr das Kriegsziel sein kann. In Frankreich wird der Revancheidee die beste Waffe aus der Hand geschlagen. Die dort vorhandenen friedliebenden Elemente werden gern die von uns

gegebene Autonomie als genügend ansehen, um zu sagen: ‚Wir haben nicht vergebens gekämpft, die beiden Provinzen sind wirklich frei geworden.‘ Ein Haupthindernis in der Herbeiführung des Friedens ist damit beseitigt.“

Wenige Tage darauf hatten Vertreter der Mehrheitsparteien, denen sich auch der nationalliberale Abgeordnete und Straßburger Professor van Calcker anschloß, eine eingehende Aussprache mit Reichskanzler Michaelis, um von diesem im Sinne meines Schreibens eine alsbaldige Vorlage zu fordern. Der Reichskanzler sagte dies auch zu und erklärte auf das Bestimmteste, daß „bis spätestens Weihnachten die ganze Frage geregelt“ sein würde. Leider ist diese Zusage nicht eingelöst worden, da die alldeutsche Richtung alles gegen diese Absichten aufbot. Der wissenschaftliche Führer der Alldeutschen, Professor Schäfer in Berlin, sandte mir am 27. August eine Denkschrift, die sich mit aller Schärfe gegen die Verleihung einer vollen Autonomie aussprach. Einzelne Kreise in Lothringen wandten sich an den Reichskanzler, um den Anschluß der Reichslande an Preußen zu erreichen. General Ludendorff, dem sie die Abschrift der Eingabe zusandten, antwortete am 30. September 1917: „Der Herr Generalfeldmarschall und ich freuen uns des Bekenntnisses, daß der Anschluß der Reichslande an Preußen für diese selbst die beste Lösung der elsaß-lothringischen Frage ist. Ich kann nur empfehlen, auch Ihre politischen Freunde davon zu überzeugen.“ Doch die Reichstagsmehrheit blieb fest. Auf dem im September stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag zu Würzburg spielte die elsaß-lothringische Frage eine hervorragende Rolle; das damalige Parteivorstandsmitglied, der spätere Reichskanzler Müller, betonte, die deutsche Sozialdemokratie kämpfe für die Unversehrtheit des Reichs, wie sie im Frankfurter Frieden niedergelegt sei; nur ein völlig besiegtes Deutschland könne Elsaß-Lothringen herausgeben; kein deutscher Staatsmann könne über Elsaß-Lothringen verhandeln lassen. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des elsaß-lothringischen Landtags, Hauß, wandte sich am 23. August 1917 an einen bayerischen Abgeordneten mit der Bitte, ihm die Wege ebnen zu wollen für die Erfüllung des Wunsches, „daß ein Mitglied des Hauses Wittelsbach die Dynastie in dem neu zu schaffenden Großherzogtum Elsaß-Lothringen begründe“. Der Kabinettschef des Königs von Bayern erwiderte, daß die Aussichten

„auf eine den bayerischen Interessen entsprechende Regelung der elsaß-lothringischen Frage wohl endgültig zerstört seien. Mit der

gegebenen Lage muß man rechnen, und es hätte wohl keinen Wert, jetzt noch gegen den Strom schwimmen zu wollen. Der Vorschlag, daß ein Wittelsbacher Prinz an die Spitze des neuen Bundesstaates treten soll, ist Seiner Majestät dem König durchaus sympathisch ... Der König ist geneigt, einem eventuellen Wunsch auf Vorschlag eines bayerischen Prinzen zu entsprechen."

Anfang Oktober 1917 erklärte mir der Reichskanzler, er habe Rücksprache mit den Vertretern der Königreiche und des Großherzogtums Baden genommen, sei jedoch noch zu keinem abschließenden Urteil gelangt; diese Regierungen hätten sich dagegen erklärt, jetzt eine Änderung in den staatsrechtlichen Verhältnissen eintreten zu lassen; jedoch würde bis Dezember die Vorlage von ihm fertiggestellt werden.

In jener Zeit fanden auch lebhafte internationale Besprechungen über die Gestaltung von Elsaß-Lothringen statt. Lord Derby hat anfangs Oktober in einem Brief an den Ministerpräsidenten Lloyd George ausgeführt, daß es nachgerade schwierig werde, dem englischen Volk die Überzeugung beizubringen, es sei notwendig, dem elsaß-lothringischen Problem dieselbe Bedeutung für die englische Politik beizulegen, die seit dem August 1914 die belgische Frage für Großbritannien habe, da sonst in der öffentlichen Meinung des Landes die Anschauung entstehe, es müsse der Krieg wegen einer Frage geführt werden, an der England nur mäßig interessiert sei. Lloyd George zeigte Verständnis für diese Auffassung, hielt ihr aber entgegen, daß die moralische Widerstandskraft Frankreichs mit allen Mitteln gehoben werden müsse; auch dürfe die englische Politik nicht außer acht lassen, daß Wilson den Krieg ohne eine in die Erscheinung tretende Demütigung des preußischen Militarismus für verloren erachte und daher eine Gefährdung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu besorgen sei, wenn die Entente die elsaß-lothringische Frage preisgebe; daher müsse jeder englische Staatsmann betonen, daß England auch für die Wiedererstattung von Elsaß-Lothringen an Frankreich kämpfe. In Frankreich zeigten sich Ansätze zu einer versöhnlicheren Stimmung. Nach Nachrichten aus verschiedenen gut unterrichteten Quellen konnte Ribot zu derselben Zeit zu der Überzeugung kommen, daß Deutschland hinsichtlich Elsaß-Lothringens mit sich reden lassen werde und bereit sei, es auf der künftigen Friedenskonferenz zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Das „Nein" des Staatssekretärs von Kühlmann in seiner Oktoberrede hat daher in Paris

wie ein Donnerschlag gewirkt. Daß diesem „Nein“ nicht das „Ja“ der vollen Autonomie von Elsaß-Lothringen folgte, wurde zur Katastrophe. Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling konnte im Oktober 1917 mit Befriedigung im Münchner Landtag erklären, daß er den Reichskanzler dringend ermahnt habe, die Frage der Autonomie

> „jetzt nicht in der Öffentlichkeit zu behandeln und jedenfalls nicht eine Entscheidung von heute auf morgen herbeizuführen. In diesen beiden Richtungen habe ich bei dem Herrn Reichskanzler Entgegenkommen gefunden. Eine Entscheidung wird so schnell nicht herbeigeführt werden können. Zutreffend hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß der autonome Bundesstaat auch nicht aus der Pistole geschossen werden könne, sondern daß da sehr bestimmte Kautelen gegeben werden müssen, wie der antonome Bundesstaat ausgestaltet werden soll, damit er sich auch wirklich im deutschen Interesse bewähren könne. Hierüber muß mit den Elsässern und Lothringern, die diesen Gedanken vertreten, einstweilen verhandelt werden und dann wird man weiter sehen. Ich wünsche den Weg zu gehen, der im deutschen Interesse zum Ziele führt. Ob der autonome Bundesstaat zum Ziele führt, wird vielleicht später die Geschichte zeigen. Wenn jetzt so entschieden wird, so werden wir uns fügen. Wie gesagt, ich habe in dieser Frage immer nur den deutschen Standpunkt geltend gemacht.“

Als in jenen Tagen dem Grafen Hertling die Stelle des Reichskanzlers angeboten wurde, war seine ablehnende Haltung in der Frage der Autonomie von Elsaß-Lothringen ein Haupthindernis für die Zustimmung der Mehrheitsparteien des Reichstags. Er gab zunächst beruhigende Erklärungen ab, ließ aber dann in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung die ganze Frage trotz des wiederholten Drängens aus dem Reichstag unerledigt liegen. Der elsässische Zentrumsführer Hauß erinnerte den Grafen Hertling alsbald nach Übernahme des Reichskanzleramts an die stete Forderung der Autonomie und erklärte, es sei eine bewußte Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn von Agenten der lothringischen Schwerindustrie in jüngster Zeit amtlichen Stellen gegenüber behauptet worden sei, Elsaß-Lothringen wolle Preußen einverleibt werden. Trotz meines wiederholten Drängens gegenüber den zuständigen amtlichen Stellen ist von Weihnachten 1917 ab kein entscheidender Schritt in der elsaß-lothringischen Frage mehr geschehen.

Am 5. Januar 1918 wandte sich der „Ausschuß der elsaß-lothringischen Unabhängigkeit“ an den Heiligen Vater mit der Bitte, seinen Vorschlag auf „Neutralisierung unseres Vaterlandes“

den kriegführenden Völkern zu unterbreiten. Zu einem Gutachten darüber aufgefordert, mußte ich den Vorschlag auf Neutralisation von Elsaß-Lothringen ablehnen aus nationalen, staatsrechtlich-technischen und internationalen Gründen. Als Elsaß-Lothringen 1871 wieder deutsch wurde, sprachen 82 Prozent der Bevölkerung das Deutsche als ihre Muttersprache. Abgeordnete — einstens zum Protest gegen die Rückerwerbung von Elsaß-Lothringen gewählt — verschwanden aus dem Reichstag und an ihre Stelle traten Männer, welche die Ausgestaltung ihres Landes zum gleichberechtigten Bundesstaat im Rahmen des Reichs auf ihr Programm setzten; eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens würde zum Wettrennen zwischen Deutschland und Frankreich führen und sicher die Quelle neuer europäischer Verwicklungen werden.

Als der Krieg militärisch verloren war, hat der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien noch am 28. September 1918 zum letztenmal Vorstellung wegen sofortiger Gewährung der Autonomie erhoben; dann hat das Kriegskabinett des Prinzen Max von Baden versucht zu retten, was noch zu retten war. Der bisherige Statthalter von Dallwitz, ein entschiedener Gegner der Autonomie des Landes, wurde abberufen und an seine Stelle der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwandner gesetzt, der erste Elsässer und Bürgerliche auf diesem Posten — nach fast fünfzig Jahren. Der Führer des elsässischen Zentrums, der Abgeordnete Hauß, wurde Staatssekretär für Elsaß-Lothringen und damit die Durchführung des Satzes begonnen: „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern.“ Es war leider zu spät.

Während des Krieges war Elsaß-Lothringen unter militärischer Verwaltung, wenn auch zum Schein die Zivilverwaltung auf ihrem Posten blieb. Der Landtag konnte nur mit Zustimmung der Militärbefehlshaber und unter deren Aufsicht zusammentreten; wiederholt haben diese ihre Genehmigung verweigert oder Forderungen gestellt, die einer jeden Volksvertretung unwürdig sind. Die Klagen aus dem Volke wurden allgemein und immer lauter, besonders in Lothringen. Auch der Bischof von Metz war oft genötigt, lebhafte berechtigte Beschwerden vorzubringen; 48 Geistliche wurden in Elsaß-Lothringen in Schutzhaft genommen; 36 wurden entlassen, 23 nach ihrem Amtsbezirk und 13 unter bestimmten Voraussetzungen nach dem Innern des Reichs. Der Briefwechsel zwischen den Bischöfen von Metz und Straßburg und dem Heiligen Stuhl

konnte längere Zeit nur über mich geleitet werden; Ende 1915 gelang es mir endlich, die Zulassung des direkten Briefverkehrs herbeizuführen. Deutsche Militärbehörden sahen es als ihre Aufgabe an, in das Innere der Kirche hineinzuregieren und versuchten sogar Einfluß auf die Predigt zu nehmen. In die kirchlichen Verhältnisse der Diözese Metz haben nicht weniger als acht verschiedene militärische Stellen eingegriffen. In einem Falle wurde ein Geistlicher, der in seinem Dorfe von 300 Einwohnern bei einer Kriegsanleihe nicht weniger als 65 000 Mark unterbrachte, für die Ludendorffspende 300 Mark sammelte usw., wegen „Deutschfeindlichkeit" denunziert, obwohl er doch seine ganze Kraft dem Vaterlande gewidmet, für Unterbringung der durchziehenden Truppen gesorgt und das eigene Pfarrhaus den deutschen Offizieren zur Verfügung gestellt hatte. Meine Bemühungen bei den Zivilstellen, um Linderung zu erzielen, waren so gut wie erfolglos, da das Militär allmächtig war. Die tieftraurige Folge von alldem war, daß ein deutscher Volksstamm, der 47 Jahre wieder im Mutterhaus weilte, so klaglos und klanglos von uns losgerissen werden konnte. Jedoch gelöst ist die elsaß-lothringische Frage nicht, was auch Frankreich bereits täglich mehr empfindet.

14. Kapitel

Polen

Am Nachmittag des 4. August 1914 suchte mich ein Abteilungschef des Großen Generalstabes im Reichstagsgebäude auf und äußerte den Wunsch, ihm einen polnischen Dolmetscher benennen zu wollen, der in wenigen Stunden eine vom Chef des Generalstabes zu erlassende Proklamation an die polnische Bevölkerung übersetzen könne; den deutschen Text trug er bei sich. Ich war überrascht, daß für diesen Fall im Generalstab niemand zur Verfügung stehe, konnte jedoch dem Wunsch in kürzester Frist entsprechen. An demselben Tag fiel auch die Entscheidung des Kaisers dahin, daß der seit acht Jahren verwaiste erzbischöfliche Stuhl von Posen-Gnesen, der infolge des Verhaltens der preußischen Regierung nicht besetzt werden konnte, in Weihbischof Likowski einen neuen Oberhirten erhalten sollte; die Verständigung mit Rom war in kürzester

Frist herbeigeführt. Von da ab regnete es volltönende Proklamationen mit Versprechungen an die Polen. Ich sagte einer maßgebenden Stelle damals, wenn Deutschland bei der polnischen Bevölkerung irgend einen politischen Erfolg erzielen wolle, so seien zwei Dinge unentbehrliche Voraussetzung: zunächst müsse die seit dreißig Jahren in Preußen und Deutschland betriebene antipolnische Gesetzgebung sofort aufgehoben werden, da sonst das polnische Volk sich allen Versprechungen gegenüber mißtrauisch verhalten würde; eine solch kluge staatliche Maßnahme würde die in Deutschland lebenden Polen zur höchsten Leistung zur Verteidigung des Vaterlandes anspornen. Ich sei überzeugt, daß die radikal-polnische Bewegung keinen Einfluß auf die Kampffreudigkeit der polnischen Soldaten ausüben werde, eine Befürchtung, die man in gleicher Weise an militärischen und politischen Stellen in Berlin hegte. Es hat sich auch den ganzen Krieg hindurch gezeigt — die ganz seltenen Ausnahmen bestätigen nur die Regel —, daß meine Ansicht zutreffend war. Sodann sei, wenn die Zentralmächte das polnische Problem in seinem ganzen Umfang überhaupt anfassen wollten, auch hier die Tat entscheidend. Berlin und Wien müßten sich darum sofort dahin verständigen, daß sie einen polnischen König an den Königsgräbern in Krakau krönen ließen, der hinter den Heeren der Zentralmächte seinen Einzug in Warschau zu halten habe, um die Erhebung des ganzen polnischen Volkes für die Befreiung durchzuführen; nur dürfe man sich darin keiner Täuschung hingeben: ein Kongreßpolen allein werde und könne die nationalen Hoffnungen der Polen nicht befriedigen; ein Polen ohne Krakau, der Stadt der Wiedergeburt des polnischen Gedankens, sei völlig undenkbar; die Angliederung von Galizien an Kongreßpolen aber werde unter keinen Umständen ohne Rückwirkungen aller Art auf die in Preußen lebende polnische Bevölkerung bleiben können. Für diesen Gedankengang fand ich damals an keiner Stelle Verständnis. Ich hielt an demselben bis zum Ende des Krieges fest und vertrat dabei namentlich mit allem Nachdruck die Auffassung, daß Preußen-Deutschland zunächst für die volle Gleichberechtigung der polnischen Mitbürger zu sorgen habe; denn „der Weg nach Warschau führt nur über Posen".

Die Wünsche der polnischen Bevölkerung in Preußen waren bescheidene; sie gingen im allgemeinen dahin, die polnische Sprache als gleichberechtigt mit der deutschen anzuerkennen und

namentlich den Religionsunterricht in polnischer Sprache zuzulassen. Selbstverständlich mußte das gegen die Polen gerichtete Enteignungsgesetz aufgehoben und das Ansiedlungsverbot beseitigt werden. Ich hielt enge Fühlung mit einer Reihe einflußreicher polnischer Führer; es fanden zahlreiche Besprechungen mit diesen statt. Jedoch die preußische Bureaukratie war nicht zum Einschlagen neuer Wege zu bewegen, wenn auch der preußische Minister des Innern volles Verständnis für die durch den Weltkrieg geschaffene Situation hatte. Im preußischen Etat für 1915 waren alle antipolnischen Positionen wiederum eingestellt; obwohl eine Novelle zum Vereinsgesetz im Reichstag verabschiedet wurde, ist doch die Aufhebung des Sprachenparagraphen nicht vollzogen worden. Die Behauptung des radikal-polnischen Führers Korfanty, daß die polnische Bevölkerung zu Anfang des Krieges und noch im zweiten Kriegsjahr der deutschen Regierung volles Vertrauen entgegengebracht habe, jetzt aber der Regierung mit Mißtrauen gegenüberstehe, war leider wahr. Ich unterbreitete daher Anfang März 1917, gestützt auf das Gutachten gut informierter preußischer Polen, erneut den Vorschlag, den gegen die Polen gerichteten Sprachenparagraphen aufzuheben, den Religionsunterricht in polnischer Sprache zuzulassen und den polnischen Schreib- und Leseunterricht obligatorisch zu machen: Leider vergebens, so daß es nicht überraschte, daß die polnische Reichstagsfraktion schließlich im Jahre 1918 gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite stimmte, was die mehr rechtsstehenden Polen auf das Tiefste bedauerten. Der deutsche Ostmarkenverein aber benutzte dies, um im August 1918 die neue Aufnahme des Kampfes gegen die Polen anzukündigen. Selbst das Kriegskabinett unter dem Prinzen Max von Baden hatte noch seine ganze Energie aufzuwenden, um Preußen zu bewegen, unmittelbar vor den Tagen des Waffenstillstandes die antipolnische Gesetzgebung aufzuheben. So hätte ein wahres politisches Wunder geschehen müssen, wenn es Preußen-Deutschland gelungen wäre, die Freundschaft der Polen im eigenen Lande zu gewinnen.

Mit um so größerem Eifer ging man an die Schaffung eines polnischen Staates, bestehend aus Kongreßpolen. Zum Verhängnis wurde, daß Berlin und Wien bis zum Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes sich über die polnische Frage nicht verständigen konnten. Berlin darf für sich in Anspruch nehmen, daß es, von einer anfänglichen Schwankung abgesehen, den Standpunkt vertrat,

aus Kongreßpolen ein Königreich mit einem eigenen Herrscher zu machen. In der ersten Zeit nach der Eroberung von Warschau im Jahre 1915 hat die Reichsleitung allerdings dazu geneigt und auch mich gebeten, in Wien dafür Stimmung zu machen, daß Kongreßpolen, mit Galizien vereinigt, sich Österreich anschließen soll, so daß der Kaiser von Österreich gleichzeitig König von Polen würde. Die Gegengabe des so vergrößerten Österreich sollte darin bestehen, daß dieses eine Zollunion oder einen ewigen Zollbund mit dem Deutschen Reich abschließen sollte, daß weitere Abmachungen auf dem Gebiete des Verkehrs- und des Heereswesens zu treffen seien. Da aber Wien damals ablehnte, Polen in seinen Verband aufzunehmen, so hat man in Berlin von da ab an der Auffassung festgehalten, aus Kongreßpolen einen selbständigen Staat mit eigenem Herrscher zu schaffen. Rechtsstehende Kreise der Polen Preußens vertraten zeitweilig die Auffassung, daß der neue polnische Staat sich Deutschland anzuschließen habe, ein Vorschlag, der jedoch politisch nicht weiter verfolgt wurde.

Recht schwankend und widerspruchsvoll war dagegen die Haltung Wiens, obwohl von Berlin aus zuerst das polnische Königreich auf dem Präsentierteller dargeboten wurde; die Wiener amtlichen Kreise verhielten sich, hauptsächlich unter dem Einfluß des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza, vollständig ablehnend. Ungarn befürchtete eine Minderung seiner Einflußsphäre, wenn aus dem Dualismus Österreich-Ungarn die Trias Österreich-Ungarn-Polen entstehen würde. Nur wenige deutsche Kreise, in erster Linie christlich-soziale, waren es, die die für das Deutschtum in Österreich äußerst günstige Lösung auf meinen Vorschlag mit aller Energie unterstützten, geleitet von dem Gedanken, daß durch ein Ausscheiden der Polen aus dem Reichsrat die deutsche Majorität in diesem absolut gesichert sei, und daß dann auch an die Lösung der tschechischen Frage herangegangen werden könne. Doch die Wiener Diplomatie blieb unter Tiszas Einfluß ablehnend. Gegenüber allen Einwendungen hielt ich immer daran fest, daß die polnische Frage, nachdem sie angeschnitten sei, nicht nur während des Krieges von den Mittelmächten gelöst werden müsse, sondern daß der Kaiser von Österreich auch König von Polen, vergrößert um das polnische Galizien, würde, und daß, da Deutschland und Österreich in Polen gleichberechtigt sein müssen, nur der Weg der Zollunion mit wenigen Zwischenzöllen für eine kurze Übergangszeit eine dauernde Lösung

darstelle. In Wien schlug dann im Jahre 1916 der Wind um; mit aller Entschiedenheit trat man jetzt dafür ein, daß Kongreßpolen mit Österreich zu vereinigen sei, daß nur die „austro-polnische Lösung“ — so wurde dieser Weg bezeichnet — für Wien annehmbar erscheine.

Der Gegensatz zwischen Berlin und Wien in der polnischen Frage hat jede erfolgreiche Politik im okkupierten Polen unmöglich gemacht. Die Vertreter der beiderseitigen Diplomatie sahen es als ihre Hauptaufgabe an, möglichst viel polnische Kreise für ihre Auffassung zu gewinnen. War schon die Zweiteilung der Okkupation mit einem Militärgouvernement Warschau unter deutscher Führung und einem Militärgouvernement Lublin unter österreichischer Führung nicht gerade förderlich für die Erreichung des Zieles, Polen für die Mittelmächte zu gewinnen, so wurde durch ein geradezu häßliches Intrigenspiel diese Aufgabe einfach unmöglich gemacht. Es war ein gegenseitiges Überwachen und Ausspionieren, das letzten Endes dazu führte, daß die angesehensten Politiker Polens sich den Zentralmächten überhaupt nicht zur Verfügung stellten, sondern eine abwartende Haltung einnahmen. Dabei hatte Österreich den Vorsprung, daß es seit vielen Jahrzehnten gewohnt war, mit den Polen als Regierungspartei zu rechnen, auch daß es die diplomatische Kunst der Behandlung fremder Völker ganz anders verstand als Berlin. Dies trat so recht in Erscheinung bei dem Besuch des Regentschaftsrats, der in Berlin ziemlich kühl empfangen wurde, während ihm Wien geradezu königliche Ehren erwies. Im Herzen der Polen war Wien immer einige Pferdelängen Berlin voraus. Einen von mir vorhergesagten schweren Fehler machte Berlin, als es sich gegen die Berufung des sehr befähigten Grafen Tarnowski zum ersten polnischen Ministerpräsidenten aussprach.

Die Proklamation des neuen polnischen Staates am 5. November 1916 ist — ich warnte und hielt den Zeitpunkt für ganz falsch gewählt — letzten Endes nicht aus politischen Gründen erfolgt, sondern aus rein militärischen. Der Aufruf versprach zwar, aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten „einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden, im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte“. Maßgebend und entscheidend war aber der Umstand, daß die Mittelmächte neue Soldaten brauchten. Der deutsche

Generalgouverneur hatte in der Auswahl der polnischen Berater keine besonders glückliche Hand; so ließ er sich von einem ziemlich einflußlosen Polen vorreden, daß es durch die Proklamation des Königreichs Polen ein leichtes sein würde, mindestens 800 000 Polen zum Eintritt in die Heere der Mittelmächte oder für die eigene polnische Armee zu gewinnen. Ein bekannter Polenführer sagte mir damals: „So viele Selbstmörder gibt es im Königreich Polen nicht.“ Bei den Verhandlungen in Berlin, welche vor der Proklamation mit einer kleinen Zahl Reichstagsabgeordneter stattfanden, wurde diesen erklärt, daß als Folge der bevorstehenden politischen Aktion ganz bestimmt damit gerechnet werden könne, daß mindestens 350 000 polnische Soldaten sich stellen würden. Mit dieser Zahl hat auch General Ludendorff gerechnet, als er damals rascheftens die Schaffung des polnischen Staates forderte; er hat dann später erklärt, er würde diesen politischen Schritt nie angeraten oder durchgesetzt haben, wenn man ihm nicht auf das Bestimmteste erklärt hätte, daß es ein leichtes sei, diese Heeresstärke zu erreichen. Freilich ist General Ludendorff durch die früher von ihm getroffene Maßnahme, wodurch der Eintritt junger Polen in die polnischen Legionen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wurde, mit Schuld daran, daß eine seinen Wünschen entsprechende polnische Armee nicht zustande kommen konnte. Ich habe ihn bereits 1915 darauf aufmerksam gemacht, daß er eine andere Haltung einnehmen möge — leider vergebens. Der Mißerfolg auf militärischem Gebiet war schon in den ersten Tagen nach der Proklamation klar ersichtlich. Darum teilte ich bereits am 15. November 1916 General Ludendorff mit, daß der Aufruf zum Eintritt in das polnische Heer nur einen äußerst geringen Erfolg aufweisen dürfte. „Der Hauptgrund ist darin zu suchen, daß der Aufruf durch die beiden Militärgouverneure unterzeichnet wurde. Infolgedessen werden sich nur wenige Leute in den großen Städten zu den Legionen melden. Dagegen würde ein wesentlicherer und gesteigerterer Erfolg zu erwarten sein, wenn alsbald ein neuer Aufruf von polnischen Organisationen (Landrat, Staatsrat) zum Eintritt in die Legionen auffordern würde.“ Der Anregung wurde keine Folge gegeben.

Zu dem militärischen Mißerfolg gesellte sich sofort der politische, und zwar in den Zentralmächten selbst, bei denen eigentlich niemand voll mit der Maßnahme einverstanden war. Am 7. November schrieb mir der frühere österreichische Minister Geßmann:

> „Die Proklamationen über Polen und Galizien haben hier die größte Überraschung hervorgerufen. Die Aufnahme bei uns im Publikum ist eine geteilte. Insbesondere befürchtet man ein baldiges Erwachen einer polnischen Irredenta in den dem neu zu schaffenden Königreich Polen nicht angegliederten Gebietsstrichen mit polnischer Bevölkerung sowohl Österreichs wie Preußens. Dazu kommt die Frage über die weiteren Schicksale der österreichischen Ruthenen, eine mit Bezug auf Rußland gewiß sehr ernste und wichtige Sache."

In meiner Antwort (14. November) mußte ich ausführen: „Die Proklamation über Polen ist auch hier mit geteilten Gefühlen aufgenommen worden. Etwas überraschend kam hier die Proklamation über Galizien."

Geradezu aber zur politischen Katastrophe für die Mittelmächte wurde die Wirkung dieser Proklamation in Rußland, wo die maßgebendsten Kreise um jene Zeit daran waren, den allgemeinen Frieden und nach dessen etwaiger Ablehnung einen Separatfrieden mit den Mittelmächten herbeizuführen. Zu diesem Zweck war Stürmer ausdrücklich mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Das weltbekannteste Mitglied des polnischen Adels, das beste Beziehungen zu allen Nationen unterhält, ließ mir am 6. November durch einen Mittelsmann auf die Frage, wie die Proklamation zu beurteilen sei, sagen: „Haben denn die Herren in Berlin und Wien an einem Tage Kopf und Nerven verloren, daß sie die einzige Friedensmöglichkeit so brutal niederschlagen?" So war es, wie ein Blick auf die Entwicklung der polnischen Frage in Rußland dartut.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Warschau verkündete Ministerpräsident Goremykin Anfang August 1915 in der Duma dem „ritterlich edlen und brüderlich treuen polnischen Volk", daß der Zar befohlen habe, „Vorlagen auszuarbeiten, laut welchen Polen nach Beendigung des Krieges das Recht zugestanden wird, sein nationales, kulturelles und wirtschaftliches Leben auf den Grundlagen einer Autonomie bei Wahrung einer mit Rußland gemeinsamen Staatlichkeit frei auszugestalten". Es wurden Kommissionen gebildet, Sitzungen abgehalten, ohne daß ein Resultat herauskam. Die Worte des Deutschen Reichskanzlers im März 1916, daß die Frage Polens vom Schicksal aufgerollt sei und von Deutschland und Österreich-Ungarn gelöst werden müsse, wirkten in Rußland konsternierend; eine Folge hiervon war, daß am 17. April 1916 der russische Außenminister Ssasanow dem Ministerrat ein Projekt über die Errichtung des Königreichs Polen

vorlegte unter dem Hinweis, daß die Gründe, welche die letzte Teilung Polens veranlaßten, nicht mehr beständen, zumal Deutschland auf viele Jahre hinaus der Feind Rußlands bleibe. Eine sofortige Lösung der polnischen Frage sei geboten, da sonst die Mittelmächte leicht zuvorkommen könnten. Das neue Königreich Polen werde eine Grenzmauer zum Schutze Europas gegen deutsche Versuche, seine politische Hegemonie aufzurichten; Kongreßpolen müsse das Recht zum selbständigen politischen Leben zugestanden werden; Rußland und seinem Monarchen aber sei die volle Souveränität vorzubehalten. Die einflußreiche Kadettenpartei schloß sich im allgemeinen diesem Projekt an. Die Nationalisten unter der Führung von Schulgin wollten eine erheblich beschränktere Autonomie geben. Der anerkannte Führer der Polen in Rußland, Lednitzky, vertrat die Wiedervereinigung aller Polen in Rußland, Österreich und Preußen in einem Reich, um das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Ministerpräsident Stürmer aber bekämpfte das Projekt Ssasanows, der, wie der Nationalist Schulgin in seinem Blatt veröffentlichte, wegen seiner Haltung in der Polenfrage gehen mußte. Stürmer hat allen polnischen Delegationen gegenüber, die ihn zu einer klaren Stellungnahme zwingen wollten, sich auf den abwartenden Standpunkt gestellt; er fand hierbei nachdrücklichste Unterstützung im „Verband echt russischer Leute" und im Verband „Erzengel Michael", welche die Lösung der polnischen Frage bis nach dem Kriege verschieben wollten. Einer neuen Polendeputation im September 1916 erklärte dann Stürmer, der sich früher geweigert hatte, die Polen zu empfangen, daß der Entschluß der Regierung wegen Gewährung geeigneter Konzessionen an Polen unabänderlich sei, doch würde aus verschiedenen Gründen die Veröffentlichung des entsprechenden Aktes verschoben, da ein solcher Akt in den von den Deutschen besetzten Gebieten nur Repressalien seitens Deutschlands gegen die polnische Bevölkerung auslösen würde. So wurde die Bekanntgabe des Manifests auf Vorschlag Stürmers durch Entscheidung des Zaren selbst auf unbestimmte Zeit verschoben, d. h. sobald Polen von den deutschen Truppen geräumt sei, wie der „Russkoje Slowo" am 8. September 1916 mitteilte.

Als dann am 5. November die Proklamation der Mittelmächte erfolgte, bezeichnete die russische Presse diese als ein „naives politisches Abenteuer" zum Zweck der Gewinnung neuer Soldaten.

„Das ist Sinn und Ziel der ganzen Aktion.“ Polnische Dumamitglieder protestierten gegen die Maßnahme der Mittelmächte. Stürmer lehnte es ab, eine neue Erklärung der russischen Regierung abzugeben. Die russischen Nationalisten bezeichneten den Warschauer Akt als „billige deutsche Ware mit dem Aufdruck ‚made in Germany‘“. Eine Beruhigung trat erst ein, als man in Rußland den politischen und militärischen Mißerfolg des Schrittes sah. Die politische nachteilige Wirkung faßte ein mir bekannter, einflußreicher Russe dahin zusammen: „Deutschlands Schritt in Polen wirkte wie eine neue Kriegserklärung und verlieh Rußland den moralischen Impuls zur ungeschwächten Fortführung des Krieges.“ Eine zuverlässige Mittelsperson, die den russischen Gesandten Nekludow in Stockholm gut kannte, hat Mitte November dessen Urteil über die Polenproklamation der Mittelmächte dahin wiedergegeben:

> „In dem Schritt, den Deutschland im Verein mit Österreich-Ungarn in Polen unternommen hat, erblickt Rußland eine tödliche Kränkung, die es weniger wird verwinden können als eine verlorene Schlacht und den sogar endgültigen Verlust eines noch größeren Territoriums als es Polen ist. Denn auch für das Ehrbewußtsein einer Nation gilt ein tödlicher Dolchstoß weniger denn eine öffentliche Ohrfeige. Der Schritt Deutschlands, das sich damit schon jetzt anmaßt, die endgültigen Bedingungen zu diktieren, ist nicht als kriegerische Aktion zu werten, sondern ein kränkender Eingriff in die inneren Verhältnisse Rußlands. Der neu geschaffene Zustand wird unabsehbare Folgen nach sich ziehen, weil Rußland die Stabilisierung dieses Zustandes keineswegs dulden, sondern alles daransetzen wird, die ihm angetane Schmach zu tilgen. Dadurch, daß Deutschland einen unter russischer Staatszugehörigkeit stehenden slawischen Stamm gegen das Mutterland hetzt und so Rußland zwingt, gegen eine Tochternation einen Vernichtungskampf zu beginnen, hat Deutschland Rußland sich zum ewigen Feinde gemacht. Diese Aktion Deutschlands wird aber zur Verlängerung des Krieges wesentlich beitragen; Rußland hat nunmehr eine Kriegslosung gefunden, die, wie keine Losung bisher, alle Klassen und Parteien in dem Willen einigen wird, den Krieg bis zum letzten Atemzuge auszukämpfen, auch wenn die Alliierten Rußlands wider alles Erwarten des Krieges müde werden sollten!“

Ein preußischer Minister bezeichnete mir um die Jahreswende 1916/17 das Resultat der polnischen Aktion als „einen Haufen von Scherben“.

Ich suchte für Deutschland zu retten, was noch zu retten war durch Einwirkung auf die katholischen Polen, und unterbreitete im März 1917 dem Reichskanzler folgende Vorschläge für Kongreßpolen: Die Schulfrage solle möglichst bald in zuverlässige polnische Hände gelegt werden; die Schule sei auf absolut konfessionelle

Grundlage zu stellen, was in gleicher Weise den Wünschen der Polen wie der Juden entspreche; die Einführung einer polnischen Miliz sei um so eher geboten, als der Aufruf zum Eintritt in die Legionen keinen Erfolg gebracht habe; denn das polnische Volk denke und fühle nicht militärisch, und seit über siebzig Jahren sei die Drückebergerei gegenüber dem russischen Militärdienst jedem Polen als oberste nationale Pflicht bezeichnet worden; endlich solle das erzbischöfliche Palais, das die Russen im Jahre 1844 weggenommen hätten, dem Erzbischof wieder zur Verfügung gestellt werden. Letzteres ist teilweise geschehen. Ein ganz unbegreiflicher politischer Fehler war, daß man die orthodoxe Kathedrale in Warschau, welche der preußische Armeebischof benediziert hatte, nachher zur Simultankirche umgestaltete, was unter den polnischen Katholiken und den deutschen Soldaten lebhaften Unwillen hervorrief. In meiner Beschwerde an das Auswärtige Amt mußte ich zum Ausdruck bringen: „Die Warschauer Bevölkerung, die eine Umgestaltung der russischen in eine römisch-katholische Kathedrale mit Jubel aufgenommen und so hoch eingeschätzt hat wie die Errichtung der Warschauer Universität, wird irre und fragt sich, ob Deutschland nicht doch ein protestantisches Land ist." Der Erzbischof beschwerte sich natürlich: das Reich ist so wegen der „Borniertheit und Eifersucht einer politisch unfähigen Clique" um einen Erfolg ersten Ranges gebracht. Der polnische geistige Vater der Polenproklamation, Staatsrat von Studnitzki, hat bereits im August 1917 an die Spitze einer Denkschrift den Satz gestellt: „Polen ist trotz des Akts vom 5. November zu keinem nützlichen Faktor für die Zentralmächte geworden und es leistet ihnen in der internationalen Politik nicht die erwarteten Dienste." Seine neuen Vorschläge fanden jedoch keine Beachtung mehr.

Große entscheidende politische Maßnahmen wurden in Kongreßpolen nicht mehr vollzogen. Die Länge des Krieges, die steten Requisitionen und die Hungersnot verursachten, daß die Sympathien für die Mittelmächte bis auf den Gefrierpunkt sanken. Als im August 1917 die polnischen Legionen in die österreichische Armee eingereiht wurden, nahm der Staatsrat in corpore seine Entlassung. Ich drängte damals im Reichstag mit aller Entschiedenheit auf eine sofortige Lösung der polnischen Frage; leider vergeblich. Als dann durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk der Cholmer Bezirk aus dem Königreich Polen ausgeschaltet werden sollte,

wandte sich das Regentschaftsratsmitglied Erzbischof von Kakowski an mich mit der dringenden Bitte, dafür zu wirken, daß das Cholmer Gouvernement zu Polen geschlagen würde; er wies auf die Glaubensverfolgungen der Katholiken hin. Wenige Tage darauf konnte ich mitteilen, daß es mir gelungen sei, zu erreichen, daß die bisherige Okkupationslinie bis zum allgemeinen Frieden aufrechterhalten bleibe, daß in der Zwischenzeit die Katholiken alle Kirchen und das Kirchengut, das ihnen geraubt worden sei, zurückerhalten sollten und daß die eingesetzte gemischte Kommission zur Festsetzung der künftigen Grenzen Anweisung erhalten habe, diese so zu legen, daß alle Polen und römischen Katholiken an das Königreich Polen fallen würden. Ich wurde auch in Wien vorstellig, um dort dasselbe Resultat zu erreichen.

Trotz aller unangenehmen Kriegserfahrungen hat dann die polnische Regierung, nachdem ihr Beauftragter wochenlang Verhandlungen auch mit mir geführt hatte, am 29. April 1918 eine Note an die Regierung der Zentralmächte gerichtet mit dem Ersuchen, „in Verhandlungen über die definitive politische, militärische und wirtschaftliche Lösung der polnischen Frage schon jetzt einzutreten". Sie erklärte,

> „daß sie nur eine solche Lösung als eine dem beiderseitigen Interesse entsprechende betrachten könnte, welche dem polnischen Staat unter Voraussetzung eines Bündnisses mit den Zentralmächten und einer Militärkonvention unabhängige Integrität des bisherigen Territoriums Kongreßpolens, eine den strategischen Notwendigkeiten entsprechende Grenzregulierung gegenüber der Ukraine, territoriale Kompensationen in den ethnographisch polnischen Gebieten östlich der Narew—Bobr—Niemen-Linie für den Verlust der vier nördlichen Kreise des Gouvernements Suwalki, schließlich die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung durch Abschluß eines auch den Zugang zum Meere (freie Schiffahrt auf der Weichsel) gewährleistenden Handelsabkommens sichern würde. Die polnische Regierung erlaubt sich der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß der auf diese Weise an die Zentralmächte angelehnte und in seinen vitalsten Interessen befriedigte polnische Staat den besten Schutz Mitteleuropas gegen Osten dauernd bieten und die sogenannten Grenzregulierungen politisch und wirtschaftlich durchaus entbehrlich machen würde."

Der Schlußsatz wird verständlich durch die Tatsache, daß die deutsche Oberste Heeresleitung damals mit aller Entschiedenheit die Forderung vertrat, daß von Kongreßpolen ein zirka 100 Kilometer breiter Streifen an Deutschland abgetreten werden müsse. Ich bekämpfte diese Annektion schärfstens mit allen zulässigen parlamentarischen Mitteln und ließ nirgends einen Zweifel darüber,

daß eine solche Forderung nicht nur nicht erreichbar sei, sondern daß sie, wäre sie auch durchführbar, zum größten Unglück für das deutsche Volk selbst ausschlagen müßte. Das Schreiben der polnischen Regierung war ein hochbedeutsamer weltgeschichtlicher Akt; denn sie bot von sich aus ein Bündnis mit den Mittelmächten an. In Berlin hat man die letzte Möglichkeit einer günstigen Lösung der polnischen Frage verschlafen. Man gab auf dieses Schreiben nicht einmal eine Antwort, während Österreich zu der Anregung sich sofort äußerst freundlich stellte.

Um so intensiver befaßte man sich aber damit, wem die polnische Königskrone auf das Haupt gesetzt werden sollte. Drei Kandidaten wurden genannt: Prinz Kyrill von Bulgarien, Erzherzog Karl Stephan von Österreich und Prinz Christian von Sachsen. Wien beharrte nach wie vor darauf, daß der Kaiser von Österreich König von Polen würde. Auch bei den Besprechungen, die am 15. August 1918 im Hauptquartier stattfanden, wurde noch keine Übereinstimmung erzielt, obwohl durch die inzwischen eingetretene militärische Niederlage der deutschen Truppen es jedem Denkenden klar war, daß alle Arbeit der Mittelmächte vergeblich sein mußte, wenn sie nicht in voller Einmütigkeit und fester Entschlossenheit fertige Tatsachen schaffen würden. Am 20. August hatte ich im Auswärtigen Amt eine Unterredung, die mir näheren Einblick in die Besprechungen im Großen Hauptquartier gestattete: eine endgültige Abmachung sei nicht getroffen worden; Graf Burian habe an der austro-polnischen Lösung festgehalten, sei aber damit einverstanden gewesen, die endgültige Entscheidung in die Hände des polnischen Volkes zu legen. Die maßgebenden Polenführer ständen in ihrer großen Mehrzahl auf dem Standpunkt, daß das Königreich einen eigenen Herrscher (Erzherzog Karl Stephan) erhalten müsse. Die Warschauer Polen würden sich mit den galizischen Polen in Krakau in Verbindung setzen, um auch sie von der Richtigkeit dieser Auffassung zu überzeugen. Gelänge dies, so werde Österreich zweifellos auch zustimmen, und dann könne die Königswahl bald vollzogen werden und der König auch bald in Warschau einziehen. Das alte Kongreßpolen werde die Grenzen des polnischen Reichs bilden; eine kleine Grenzberichtigung trete nur bei Thorn ein. Die deutsche Heeresleitung werde auf ihre Forderung der Annektion eines großen polnischen Landstriches verzichten. Auch in Oberschlesien komme nur eine kleine Grenzkorrektion in Betracht (2 bis 3 Kilometer),

das ganze polnische Industriegebiet mit seinen Naturschätzen bleibe beim Königreich Polen.

Die Besprechung der Warschauer Politiker in Wien hat jedoch das erwünschte Resultat nicht gehabt. Graf Burian beharrte einschließlich des Kaisers auf der austro-polnischen Lösung. In Berlin war man über dieses Resultat sehr überrascht, obwohl ich es bereits zehn Tage vorher gesagt hatte. Graf Burian hatte namentlich den Polen erklärt, etwaige Abmachungen zwischen Berlin und Warschau berührten ihn gar nicht; denn Berlin und Wien seien in dieser Frage vollständig gleichberechtigt; Wien könne den Warschauer Polen alles geben, was Berlin zu geben gesonnen sei; es könne aber dazu noch die Provinz Galizien legen und dafür müßte eine Gegenleistung von den Polen erfolgen, welche eben in der Union mit Österreich bestünde. Das Warschauer Kabinett hatte nun erneut die Entscheidung zu treffen. Daß diese nicht für Berlin ausfallen würde, habe ich den amtlichen Stellen sofort mitgeteilt. Am 11. September eröffnete mir der polnische Gesandte in Berlin, daß die polnische Frage am entscheidenden Wendepunkt angelangt sei; Graf Burian habe der polnischen Delegation in Wien ganz bestimmte und klare Vorschläge unterbreitet: die Vereinigung Galiziens mit Polen unter dem Vorbehalt, daß der Kaiser von Österreich König von Polen würde. Von Berlin aus sei man an Kongreßpolen mit einem Vorschlag oder einem Angebot überhaupt nicht herangetreten. Man habe nur ganz negativ gesagt, daß man keine großen Grenzkorrektionen fordern werde. Bei dem Rückschlag, der den deutschen Waffen im Westen zugefügt worden sei, komme man mit diesem Programm in Polen nicht weit. Dort mehrten sich die Stimmen für ein Abwarten in der Hoffnung auf die Entente. Dazu komme der Zustrom von Bolschewisten aus Rußland, welche den neuen Staat unterwühlten; man könne nur noch mit Tagen rechnen. Wenn Deutschland nicht sein positives Programm in kürzester Frist mitteile, habe es die Partie verloren; dann werde die ganze Regelung der polnischen Frage ins Stocken geraten. Der Gesandte zeigte mir dann die Karte von Neupolen gemäß den Wünschen des Regentschaftsrats; diese umfaßte nicht nur Kongreßpolen, sondern auch das Cholmer Land, Weißrußland, Wilna und den südlichen Teil von Kowno, Grodno und Bialystock. Wenn Deutschland dieses Programm in Warschau unterbreite, werde die dortige Regierung sofort eine Militärkonvention mit Deutschland

abschließen und wirtschaftliche Abmachungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn treffen; er selbst werde sich dann mit Litauen und Weißrußland in Verbindung setzen, um die notwendige Verständigung herbeizuführen. Natürlich müsse der Brest-Litowsker Friede entsprechend abgeändert werden.

Doch die Leitung des Reiches lag in politischen Ohnmachtsanfällen. Die militärische und politische Krisis brachte die ganze Frage zum Stillstand, was auch den Wünschen von Warschau entsprach. Die Mittelmächte waren nicht fähig, die Polenfrage, die sie selbst breit aufgerollt hatten, zu lösen; so fand sie ihren Abschluß gegen ihre Interessen; um Königskronen zankte man sich im blutigen Krieg — Länder gingen darüber verloren.

15. Kapitel

Litauen

Das nahezu ganz katholische Litauen hatte wegen des Martyriums für seine religiöse Überzeugung seit langem meine Sympathie. Die Leiden dieses unterdrückten Volkes steigerten sich namentlich seit dem Jahre 1864; Tausende wurden nach Sibirien verschickt, viele erschossen und erhängt. Den Litauern wurde verboten, im Heimatland Lehrerstellen zu bekleiden; russische orthodoxe Lehrer, die kein Wort litauisch verstanden, kamen dorthin. Sogar der Religionsunterricht ist in der russischen Sprache erteilt worden. An Stelle der katholischen Kruzifixe wurden in den Schulen orthodoxe Heiligenbilder aufgehängt. Die litauische Schriftsprache wurde unterdrückt; es wurde verboten, Gebetbücher in litauischer Sprache zu drucken; in jedem litauischen Haus durfte es nur ein einziges litauisches Gebetbuch geben, das in Wilna vor dem Jahre 1864 ausgegeben worden sein mußte. Die Litauer halfen sich damit, daß sie von da ab die litauischen Gebetbücher in Tilsit drucken ließen und auf dem Buch als Jahr der Herausgabe etwa 1856 und als Ort Wilna angaben; viele Litauer saßen jahrelang im Gefängnis, wenn bei ihnen irgendein litauisches Büchlein gefunden wurde. Die Klöster wurden außer einem oder zwei geschlossen. Wenn nach der russischen Revolution 1905 auch die Verhältnisse sich etwas besserten, so setzten die Russen ihre Russifizierungspolitik doch fort.

Es wurde nur in den beiden ersten Schuljahren in den Volksschulen gestattet, Litauisch zu lehren. Die Aussaugung des Landes wurde von den Russen systematisch weiterbetrieben.

Bei dem Einmarsch der Deutschen jubelte die Bevölkerung des Landes auf; sie sah in ihnen ihre Retter und Befreier. Klerus und Volk brachten der deutschen Armee das größte Vertrauen entgegen. Mit dem Voranschreiten der deutschen Armee kam allmählich ganz Litauen in deutsche Verwaltung, die allerdings vielfach in völliger Unkenntnis der Dinge einen Fehler nach dem anderen beging. So begann der Aufruf des am 15. September 1915 in Wilna einziehenden deutschen Truppenkommandeurs mit den Worten: „Wilna, die Perle in der Krone Polens" (!), wodurch die Litauer mit Mißtrauen erfüllt, die Polen nicht gewonnen wurden. Wenn der politisch-geographische Begriff von Litauen auch nicht festgelegt war, so rechnete man in Berlin doch die Gouvernements Wilna, Grodno, Kowno und Suwalki (von letzterem den nördlichen Teil) als zu diesem gehörig.

Durch enge Fühlungnahme mit den litauischen Führern, die bald nach Kriegsausbruch einsetzte, erlangte ich nicht nur ein zutreffendes Bild über die tatsächlichen Vorgänge im Lande, sondern es war mir auch möglich, vieles zur Linderung der Not beizutragen. Alsbald nach der Besetzung des Landes schlug ich dem Reichskanzler in der zweiten Hälfte 1915 die Proklamation der Glaubens- und Religionsfreiheit für ganz Litauen vor, sowie Maßnahmen zur Erleichterung der Abwanderung der zahlreichen jüdischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten des Landes. Ferner regte ich die Bildung einer eigenen Verwaltungsabteilung für Litauen in Berlin an. In der Zentrumsfraktion des Reichstags bildete ich ein litauisches Komitee. Meine Tätigkeit zog mir allerdings die Abneigung gewisser militärischer Stellen in einer Weise zu, daß diese, als ich einmal den Wunsch äußerte, selbst nach Litauen zu fahren, die Einreiseerlaubnis verweigerten.

Die Zahl der Mißgriffe der deutschen Verwaltung in Litauen wurde Legion. Wohl gab man eine litauische Zeitung „Dabartis" heraus, sie stand aber dem Volk in seinem Fühlen völlig fremd gegenüber. Gar bald setzten militärische Germanisierungsbestrebungen ein; in den Schulen suchte man das Deutsche obligatorisch zu machen. Ein hervorragender litauischer Führer sagte mir damals: „Zu Deutschland kommen wir gern, aber deutsch

werden können wir nicht; Sprache und Sitte läßt sich nicht ausziehen wie ein Rock." Der Verwaltungsapparat war nahezu ausschließlich in protestantischen Händen und stand dem religiösen Fühlen, das sich bei diesem unterdrückten Volke besonders bemerkbar machte, völlig fremd gegenüber. Die Behandlung des einheimischen Klerus wurde in vielen Fällen direkt zum Skandal. Andererseits brachten die deutschen Katholiken dem armen Volke die größte Sympathie entgegen. Als Papst Benedikt XV. eine Weltkollekte für die Litauer ausschrieb, stand infolge meiner Bemühungen das deutsche Erträgnis weitaus an der Spitze aller Länder. Die harten Kriegsmaßnahmen wurden noch verschärft durch den Umstand, daß man bei der Verwaltung des Landes die Bevölkerung selbst nicht hörte. Die Militärverwaltung glaubte, daß sie weit besser für das Volk sorge, als es Rußland früher getan habe und als es die Litauer könnten; da sie aber dem Denken des Volkes fremd gegenüberstand, beging sie einen Fehler nach dem anderen. Die lange Dauer der Besetzung und die Härten des Krieges schufen trotz weitgehender Fürsorge der deutschen Verwaltung auf vielen Gebieten allmählich trübe Verhältnisse. Die für Deutschland als den Befreier anfangs vorhandene Begeisterung wurde bald abgekühlt.

Mit der Befreiung vom russischen Joch nahmen die litauischen Autonomiebestrebungen schnell zu; sie knüpften an die Tage ruhmreicher Vergangenheit an. Litauische Delegierte erklärten bereits im April 1916 im Haag, daß Litauen um keinen Preis mehr unter das russische Joch zurückkehre, aber auch nicht wünsche, dieses Joch mit einem anderen zu vertauschen; Litauen fordere die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit. Von Mitte 1917 ab forderte ich mit wachsender Entschiedenheit die Umgestaltung der Verhältnisse in Litauen: „Das Deutsche Reich muß den selbständigen Staat Litauen in den nächsten Monaten schaffen. Ein Nationalrat soll zusammentreten und die staatsrechtlichen Formen geben." Diese meine Forderung ging parallel mit den Wünschen des in der Schweiz sich bildenden litauischen Nationalrats, der im August 1917 es als dringend erforderlich erklärte, die Unabhängigkeit Litauens zu verkünden, einen litauischen Staatsrat zu schaffen und die Militärherrschaft durch eine Zivilverwaltung zu ersetzen. Ganz Litauen war einig, daß der Chef der Militärverwaltung, Fürst Isenburg, abberufen werden müsse. Während meines Aufenthaltes in der Schweiz im August 1917 hatte ich Gelegenheit,

mit den dortselbst befindlichen politischen Führern des litauischen Volkes eingehende Aussprache zu pflegen und vollkommene Übereinstimmung in den beiderseitigen Absichten herbeizuführen. Die litauischen Politiker wünschten die alsbaldige Errichtung des litauischen Staates auf der Grundlage, daß Litauen eine erbliche Monarchie mit einem eigenen Herrscher werden sollte; sie lehnten mit aller Entschiedenheit jede Personalunion mit dem Herrscher eines anderen Landes ab, indem sie darauf hinwiesen, daß die Personalunion mit Polen seinerzeit Litauen von seiner staatlichen Höhe herabgestürzt und in Abhängigkeit von Polen gebracht habe. Ein neuer Staat wie Litauen müsse einen Herrscher haben, der sich nur dem Wiederaufbau des Landes widme und immer im Lande wohne; habe er noch ein zweites Reich zu regieren, so sei der Herrscher entweder nur kurze Zeit im Land oder er entsende einen Gouverneur; beides vertrage sich nicht mit den litauischen Interessen. Der neue Herrscher müsse unter allen Umständen ein Katholik sein, entsprechend der Konfession des Landes.

Die Litauer erklärten weiter, daß sie einen deutschen Prinzen gern als ihren König nehmen würden, schon um die politische Dankbarkeit für die Befreiung des Landes öffentlich zu bekunden; die staatsrechtliche Stellung des Throninhabers müsse so sein, daß unter keinen Umständen, auch nicht durch den Tod vorhergehender Agnaten, der Fall eintreten könne, daß dieser gleichzeitig Herrscher eines anderen Landes werde. Sie baten mich, ihnen bei der Wahl des künftigen Herrschers behilflich zu sein, was ich zusagte. Kurze Zeit darauf nannte ich als den geeignetsten Thronkandidaten Herzog Wilhelm von Urach, der, aus einer württembergischen Seitenlinie stammend, in Württemberg nicht auf den Thron kommen konnte, bei dem die Nachfolgerschaft durch die zahlreiche Familie absolut gesichert war und der alle Voraussetzungen für einen für Litauen geeigneten Herrscher mit sich brachte. Durch meine Vermittlung fand bald eine Aussprache zwischen den litauischen Führern und dem Herzog von Urach statt, die zu beiderseitigem Einverständnis dahin führte, mit allen Kräften für die Wahl des Herzogs, der ohne die Zustimmung der Reichsleitung keinen entscheidenden Schritt nach außen tun wollte, zum König von Litauen zu beschleunigen. Doch dem standen damals geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; einmal war der litauische Staat noch nicht geschaffen, sodann betrieben militärische Stellen die

Forderung, Litauen wohl zu gründen, aber als eine Art Vasallenstaat, und den König von Preußen zum Herrscher des Landes zu machen. Auch Sachsen glaubte Ansprüche auf den litauischen Thron erheben zu dürfen. Ein wahres Wettrennen um die Fürstenkrone begann. Ich sah es als meine Hauptaufgabe an, zunächst dafür Sorge zu tragen, daß in Litauen schnellstens eine parlamentarische Vertretung der Bevölkerung gebildet wurde, getragen von dem Vertrauen aller Volksteile, und daß an Stelle der Militärverwaltung eine Zivilverwaltung eingesetzt werden sollte. Ein von mir dahin im Reichstag gestellter Antrag fand am 28. August 1917 Annahme.

Am 23. September 1917 wurde dann ein Landesrat gewählt, „der unter der Leitung der Militärverwaltung die Grundlagen der künftigen Entwicklung, der künftigen Verwaltung und Wirtschaft Litauens beraten sollte". Zu Mitgliedern wurden zwanzig Litauer berufen, die von einer aus Vertrauenspersonen des ganzen Volkes gebildeten Konferenz hierfür vorgeschlagen wurden; die Erweiterung des Landesrats durch Polen, Deutsche, Weißrussen, Ruthenen und Juden war vorgesehen. Zunächst sollte eine litauische Gemeindeverfassung geschaffen werden. Eine am 21. September in Wilna tagende litauische Konferenz forderte „einen unabhängigen, auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Staat, einen konstitutionellen Landtag, nach demokratischen Grundsätzen gewählt", und wünschte „unbeschadet der eigenen Entwicklung gewisse noch festzusetzende Beziehungen zu Deutschland". Eine neue nationale Hoffnungswelle ging durch das Land. Hätte man auf mein Drängen nun rasch gearbeitet, so wäre viel für Deutschland erreicht worden. Statt dessen aber setzte vor und hinter den Kulissen ein verschärfter Kampf um die litauische Krone ein, mit Begleiterscheinungen, die ganz wesentlich zur Untergrabung des monarchischen Gedankens im deutschen Heimatland beitragen mußten. Die Oberste Heeresleitung stellte als Voraussetzung für „jedes weitere Entgegenkommen an Litauen" die Forderung der Personalunion mit Preußen auf. Hiergegen nahm aber nicht nur das ganze litauische Volk Stellung, sondern auch in den Reihen der deutschen Bundesfürsten wurden die lebhaftesten Bedenken erhoben; weder Bayern noch Sachsen wollten eine solche Vergrößerung der preußischen Hausmacht zugestehen. Da Bayern damals damit rechnete, durch die Zuteilung von Elsaß eine Vergrößerung zu erfahren, so

warf man in Sachsen die Blicke auf Litauen. Das litauische Volk selbst wollte man nicht hören. Unter diesem widerlichen Streit litt das deutsche Interesse ungemein schwer. Auf mein Drängen wurde dann in der zweiten Dezember-Hälfte Staatssekretär von Kühlmann vom Reichskanzler beauftragt, sich mit den Bundesfürsten in Verbindung zu setzen, um eine Einigung herbeizuführen.

Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landesrat, als „einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt, die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben". Der litauische Landesrat erbat bei der Aufrichtung dieses Staates und zur Wahrung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches und trat „für ein ewiges festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reiche ein, das seine Verwirklichung vornehmlich in einer Militär- und Verkehrskonvention, Zoll- und Münzgemeinschaft finden soll". Von polnischer Seite machte sich eine starke Bewegung gegen die Errichtung des neuen litauischen Staates geltend. Ich darf es im wesentlichen als mein Verdienst buchen, daß es gelungen ist, zahlreiche noch entgegenstehende Schwierigkeiten zu beseitigen. Auch die Abberufung des Verwaltungschefs Fürst Isenburg wurde zugesagt. Trotzdem kam die Angelegenheit nicht voran. Zwar drang man von deutscher diplomatischer Seite darauf, daß zur Erleichterung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk der Beschluß vom 11. Dezember möglichst bald der russischen Regierung mitgeteilt werden sollte; allein der Reichskanzler selbst anerkannte den Beschluß nicht und trug ihm keinerlei Rechnung. Litauen harrte vergebens auf eine Antwort deutscherseits; sie wurde hauptsächlich deshalb verzögert, weil man dem König von Preußen Litauen als Großherzogtum zuführen wollte. Auf meine ernsten Vorstellungen hat die Zentrumsfraktion Anfang Januar 1918 dem Reichskanzler erklärt: „Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Litauer so weit gehe, daß sie auch ihren Fürsten selbst wählen dürfen, und wir legen auch entscheidenden Wert darauf, daß ein katholischer Fürst in Litauen einzieht." Obwohl eine Reihe deutscher Fürstenhäuser sich für den Herzog von Urach einsetzte und die sächsische Thronkandidatur in Litauen selbst gar keinen Boden fand, stockte doch alles. Der

Bischof von Wilna klagte mir am 5. Februar 1918: „Zu Litauens erwünschtem Aufbau ist leider bis jetzt das unentbehrliche Fundament noch nicht festgelegt.“ Ich bat daher den Bischof, selbst nach Deutschland zu kommen und namentlich bei der Obersten Heeresleitung das Eis brechen zu helfen. Der Besuch des Bischofs brachte die Angelegenheit einen Schritt weiter; aber die unverständliche Art, mit der man in Deutschland die berechtigten litauischen Forderungen behandelte, erzeugte Mißtrauen. Trotzdem nahm die Taryba (Landesrat) am 16. Februar einstimmig eine Adresse an, die den Beschluß vom Dezember wiederholte, die Beziehungen des litauischen Staates zu anderen Staaten durch die konstitutionelle Nationalversammlung regeln wollte und die Bitte aussprach, den unabhängigen litauischen Staat anzuerkennen. Eine Delegation der Taryba sollte diesen Beschluß der deutschen Regierung übermitteln. Die Einreiseerlaubnis wurde der Delegation verweigert; der Brief, in dem der Beschluß der deutschen Regierung mitgeteilt werden sollte, machte einen sonderbaren, nicht aufgeklärten Weg und gelangte mit erheblicher Verspätung an den Reichskanzler; militärische Stellen hatten ihn zurückgehalten. In der Taryba drängten die einzelnen Mitglieder wie auch die litauische Vertretung in Berlin fast täglich auf die deutsche Antwort. Sie fanden es unverständlich, „warum die deutsche Regierung einerseits den Landesrat zu der bindenden Erklärung vom 12. Dezember veranlaßt hat, andererseits aber von sich aus die Anerkennung des litauischen Staates nicht aussprechen will.“ Das Hindernis lag immer noch in der Regelung der Thronfrage. Endlich am 21. Februar 1918 ließ der Reichskanzler dem Landesrat mitteilen, Deutschland sei bereit, auf Grund des Beschlusses vom 11. Dezember 1917 Litauen als selbständigen Staat anzuerkennen; jedoch habe der Beschluß vom 16. Februar 1918 die Grundlage für diese Maßnahme Deutschlands umgestoßen; die Anerkennung Litauens könne nur ausgesprochen werden, wenn der litauische Landesrat zu den Grundlagen des Beschlusses vom Dezember 1917 zurückkehre. Diesem Ansinnen konnte wiederum der litauische Landesrat nicht Rechnung tragen, ohne jede Autorität im Lande zu verlieren; er ließ daher durch seinen Präsidenten am 28. Februar erklären, daß der Beschluß der Taryba vom 16. Februar in keinem Widerspruch zu dem Beschluß vom 11. Dezember stehe; auch sei dieser letztgenannte Beschluß, der die Grundlage für die künftigen Beziehungen Litauens zu Deutschland regle, durch keinen

anderen Beschluß beseitigt worden und bleibe bestehen; darum erwarte die Taryba, daß Deutschland endlich die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens aussprechen möge und helfen wolle, die Anerkennung Litauens auch bei den anderen Staaten durchzusetzen. Unter Einsetzung der ganzen mir zur Verfügung stehenden parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeit erreichte ich dann, daß am 23. März Deutschland gegenüber einer Delegation der Taryba Litauens Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit dem von Rußland ausgesprochenen Grundsatze vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" anerkannte, nachdem die Vertretung der Taryba in einer neuen Note an die deutsche Regierung die Beschlüsse vom 11. Dezember und 16. Februar vereinigt hatte.

Gleichzeitig ersuchte mich die Delegation, beim Heiligen Stuhl dahin vermitteln zu wollen, daß dieser die Unabhängigkeit Litauens anerkennen möge. Der Delegation der Taryba, welche die deutsche Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens entgegennehmen sollte, wurde vor ihrer Abreise von Wilna von den deutschen Behörden nahegelegt, jeden Verkehr mit den Abgeordneten, besonders mit mir, zu unterlassen; in Berlin wurde sie auch daraufhin überwacht. Die Oberste Heeresleitung ließ untersuchen, ob man nicht gegen mich wegen meiner Beziehungen zu Litauen ein Strafverfahren einleiten könne. Die zuständige Justizbehörde mußte das verneinen. Die Delegation wollte sofort in Berlin nach der Anerkennung Litauens die Verhandlungen wegen des Abschlusses der Konventionen mit Deutschland aufnehmen und alle notwendigen Maßnahmen für ein enges wirtschaftliches Verhältnis einleiten; Berlin verweigerte dies nicht nur, sondern schob die Abordnung förmlich aus Berlin ab mit der unzutreffenden Behauptung, daß in Wilna aus Anlaß der Anerkennung der Unabhängigkeit ein großes Nationalfest unmittelbar bevorstehe. Als die Herren zu Hause ankamen, wußte niemand etwas von dem Feste, das nach den Berliner Erklärungen am Gründonnerstag (!) hätte stattfinden sollen. Von Litauern gingen mir zahlreiche Dankdepeschen zu „als Vorkämpfer der Gerechtigkeit und Beschützer der unterdrückten Völker". Der litauische Nationalrat depeschierte mir: „An der Errichtung des unabhängigen Litauens haben Sie einen Hauptanteil. Ihr Name wird als der eines der besten Freunde und größten Wohltäter in der Geschichte des Landes weiterleben. Empfangen Sie für Ihr segensreiches Wirken den innigsten Dank des litauischen Volkes."

Nun war ein Fürstenthron tatsächlich zu besetzen. Am 21. Mai 1918 teilte ich dem Herzog von Urach mit: „In Sachsen rüstet man sich mit Hochdruck auf die Personalunion, aber der litauische Landesrat hält unter allen Umständen an seiner Auffassung fest." Um den den Litauern angenehmen Herzog von Urach für sich zu gewinnen, haben in jenen Tagen preußische Kreise vorgeschlagen, unter Festhaltung der Personalunion den Herzog von Urach zum Statthalter oder Landesverweser zu ernennen, und zur Begründung angeführt, daß ein eigener Herrscher in Litauen gar bald unter den Einfluß der polnischen Intelligenz kommen müsse. Ich empfahl dem Herzog dringendst, sich auf einen solchen Weg nicht einlassen zu wollen. Er teilte mir mit, daß man an ihn nicht herangetreten sei und daß er auch einen solchen Weg nicht beschreiten würde. In maßgebenden litauischen Kreisen gelangte man Anfang April zu der Überzeugung, „daß der Aufbau des Landes ohne monarchische Spitze nicht möglich sei". Darum beschloß der Landesrat einmütig, die Frage des Herrschers alsbald zur Entscheidung zu bringen. In der vertraulichen Vorwahl durch die Taryba wurde der Herzog von Urach einstimmig als künftiger Herrscher gewählt unter der Bedingung, daß dieser nie eine Personalunion mit einem anderen Land eingehe und daß zur Schaffung des Staatsgrundgesetzes eine Nationalversammlung einberufen würde. Eine Deputation des Landes sollte diese Beschlüsse in Berlin mitteilen. Die Deputation hatte die Absicht, gleichzeitig mit dem Herzog namens des litauischen Volkes alle in Betracht kommenden Fragen zu regeln. Aber ohne den Willen der maßgebenden deutschen Militärs war es schwer, die Reise auszuführen. Ende des Monats mußte ich dem Herzog schreiben: „Ich arbeite Tag und Nacht, damit die litauische Delegation endlich einmal hierherkommen kann." Die Militärverwaltung suchte nochmals in letzter Stunde eine Stellungnahme Litauens zu vereiteln; sie ließ eine Eingabe im Lande zirkulieren mit der Bitte an den Kaiser, „auch unser Land unter das ruhmreiche Zepter Eurer Majestät stellen und die Großherzogskrone für sich und Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Nachfolger geneigtest annehmen zu wollen". Der Präsident des Landesrats protestierte gegen diese Maßnahme, die auf deutschen amtlichen Druck zurückzuführen war; den Bauern, welche die Erklärung für die Personalunion unterschrieben, wurde die Befreiung von Requisitionen und Nachlaß von Strafen in Aussicht gestellt. Die politische Un-

tätigkeit in Berlin ließ mich am 17. Juni an den Herzog von Urach schreiben: „Wenn die Lösung der litauischen Frage nicht bald und in geschickter Weise von uns in Angriff genommen wird, dann wird Litauen wie die übrigen Randstaaten auf dem allgemeinen Friedenskongreß nicht zugunsten Deutschlands auftreten, sondern wir werden isoliert dastehen. Das schadet der deutschen Sache ungemein." Darum führte ich bei einer parlamentarischen Besprechung mit dem Reichskanzler am 19. Juni eine ganz offene Sprache. Es war wenig Aussicht auf Erreichung eines politischen Fortschritts, solange die litauische Frage in den Händen eines Mannes wie Unterstaatssekretär von Falkenhausen (Chef der Reichskanzlei zur Zeit der Kappregierung) lag, der die einmütig geäußerten Wünsche auf Schaffung einer einheimischen Regierung mit dem Einwand zurückzuweisen suchte: da durch die vielen Requisitionen Verärgerung im Volk hervorgerufen würde, so sei es besser, die deutsche Militärverwaltung übernehme die Verantwortung für diese, als eine neue litauische Regierung.

Ende Juni konnte endlich die Deputation des litauischen Landesrats in Berlin eintreffen; aber der Reichskanzler hatte keine Zeit für sie und verwies sie unter anderem an den erwähnten Unterstaatssekretär Freiherrn von Falkenhausen. Am 1. Juli fanden durch meine Vermittlung in Freiburg vertrauliche Besprechungen zwischen dem Herzog von Urach und den Deputierten statt, die zu folgendem Übereinkommen führten:

> „Die litauische Taryba bietet Seiner Durchlaucht Wilhelm, Herzog von Urach, Grafen von Württemberg, den litauischen Thron für sich und seine männlichen, in direkter Linie von ihm abstammenden Nachfolger auf dem durch die Verfassung vorgeschriebenen Wege an.
>
> Der König nimmt den Namen Mindaugas II. an und besteigt den litauischen Thron unter den folgenden Voraussetzungen:
>
> I. Die Form des litauischen Staates ist eine auf den demokratischen Grundlagen aufgebaute Monarchie.
>
> II. Die Verfassung wird durch die Taryba im Einverständnis mit dem König ausgearbeitet.
>
> III. Die Grundlagen der Verfassung sind folgende:
>
> a) Das Land wird vom König und einer vom Volke gewählten Vertretung regiert;
> b) das gesetzgebende Organ ist der König und die Volksvertretung;
> c) die ausführende Gewalt übt der König und die Volksvertretung;
> d) die Volksvertretung besteht aus zwei Kammern — dem Oberhause (Taryba) und Unterhause (Seimas);

e) jedes Gesetz muß von der Volksvertretung angenommen und vom Könige bestätigt werden;
f) die Initiative zur Revision der Verfassung besitzt der König und die absolute Mehrheit des Unterhauses;
g) die gesetzgebende Initiative besitzt der König, der Ministerrat und 15 Mitglieder der Volksvertretung;
h) die Verfassung soll nach zehn Jahren, von der Thronbesteigung des Königs an gerechnet, revidiert werden.

IV. Der König leistet bei der Thronbesteigung den Eid, die Verfassung zu wahren, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Litauens zu verteidigen.

V. Der König beruft die Minister und die anderen höheren Beamten aus Litauen, die die litauische Sprache kennen und sich derselben bedienen.

VI. Der König verspricht die Freiheit der Religionsübung zu wahren.

VII. Ohne Genehmigung der Volksvertretung kann der König nicht Herrscher eines anderen Staates werden.

VIII. Der König wohnt mit seiner ganzen Familie in Litauen; ohne Genehmigung der Volksvertretung kann er nicht mehr als zwei Monate im Auslande verweilen.

IX. Die litauische Sprache ist nicht nur offizielle Staatssprache, sondern auch Hofsprache.

X. Alle Hofbeamten beruft der König aus den Litauern, die die litauische Sprache kennen und sich derselben bedienen. Die ersten fünf Regierungsjahre kann der König auch Ausländer als Hofbeamte berufen, doch mit der Vorbehaltung, daß die Zahl der Ausländer ein Drittel der Gesamtzahl aller Hofbeamten nicht übersteigen wird.

XI. Die Kinder des Königs besuchen die litauischen Schulen und werden in Litauen erzogen. Nach Absolvierung der Studien in Litauen können sie im Auslande weiter studieren.

XII. Jedem neuen König wird bei der Thronbesteigung die Zivilliste von der Volksvertretung festgestellt.

Nachdem so die Verständigung zwischen dem Volk und dem künftigen Herrscher herbeigeführt war, die Reichsleitung sich aber wiederholt geweigert hatte, Vertreter der Taryba zu empfangen, schritt diese am 11. Juli 1918 zur Wahl des künftigen Herrschers und proklamierte als solchen Herzog Wilhelm von Urach. In der alsbald an die deutsche Regierung gelangenden Mitteilung hieß es:

„Die Abordnung der litauischen Taryba, die die Unabhängigkeitserklärung am 23. März entgegengenommen hatte, mußte bald Berlin verlassen. Der Präsident der Taryba, Smetona, hatte später mehrere Male um die Erlaubnis gebeten, nach Berlin zu kommen, um mit dem Reichskanzler über die weitere Entwicklung des litauischen Staatswesens Rücksprache nehmen zu können, doch wurden sämtliche Gesuche abschlägig beschieden. Daraufhin hat der Präsident der Taryba die Unterzeichneten beauftragt, die Frage des Herrschers bei der Reichsleitung zur Sprache zu bringen. Die Frage des Herrschers hatte namentlich im Lande sehr viel Unruhe hervorgerufen, weil

man aus der deutschen Tagespresse erkennen zu können glaubte, daß eine Personalunion Litauens mit Sachsen geplant war. Deshalb suchten die Unterzeichneten durch den Abgeordneten Dr. Gaigalat um eine Audienz bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nach. Da diese nicht gewährt worden war, wandte sie sich am 27. Juli mit demselben Ersuchen an den Herrn Reichskanzler. Doch wurde ihnen im Namen Seiner Exzellenz am 29. Juli mitgeteilt, daß sie nicht empfangen werden könnten."

Es ist also — so hieß es weiter — der Taryba nichts anderes übriggeblieben, als die Frage selbst zu lösen, ein Recht, das wie den anderen Randvölkern so auch Litauen schon früher von der deutschen Regierung zuerkannt worden ist; denn die Kurländer haben, auf dieses Selbstbestimmungsrecht gestützt, den Deutschen Kaiser zu ihrem Herrscher gewählt. Das Projekt der Personalunion war im Lande so unbeliebt, daß nur die republikanische Strömung davon Gewinn gehabt hat; auch ist die Lage im Lande so, daß die Bevölkerung beinahe zur Verzweiflung gebracht worden ist. Die Mißstimmung hat infolgedessen auf die Taryba sich übertragen, hat man diese doch beschuldigt, daß sie Litauen an Deutschland verkauft habe. Den deutschen Interessen hat die Taryba dadurch gedient, daß sie einen deutschen Fürsten wählte. So hat sie nur ihre Pflicht erfüllt; sie „wird unter keinen Umständen darauf eingehen, den Beschluß rückgängig zu machen".

Jede kluge Staatspolitik hätte nun ihre ganze Kraft daran setzen müssen, um durch Anerkennung der Königswahl sich weitere Bloßstellungen zu ersparen und das deutsche Interesse zu wahren. In diesem Sinne wurde ich auch an den verschiedenen Stellen vorstellig unter dem Hinweis, daß Litauen jede Personalunion ablehne, aber bereit sei, mit dem Deutschen Reich ein „ewiges Bundesverhältnis" zu schließen; die deutschen Fürsten möchten bedenken, daß die baldige Errichtung des litauischen Königsthrones „ein großer Sieg des monarchischen Gedankens" sei, daß die rasche Errichtung des litauischen Staates für Deutschland beim Friedensschluß und für die ganze Neuorientierung nach dem Osten von entscheidender Bedeutung sei; zögere aber der Kaiser mit der Anerkennung des neuen Herrschers, „so wird man im Ausland ganz allgemein und im Inland in vielen Kreisen sagen, daß der Kaiser König von Litauen werden wolle, daß Deutschland die versprochene Selbstbestimmung der Völker nicht einhalte, und die weitesten katholischen Kreise müßten es dem Kaiser verargen, daß er dem ganz katholischen

Litauen den katholischen König vorenthalte. An manchen deutschen Fürstenhöfen wird man den angestrebten Machtzuwachs der Krone Preußens nicht gern sehen." Herzog Wilhelm von Urach selbst legte entscheidenden Wert darauf, daß er eine definitive Erklärung erst abzugeben habe, wenn die maßgebenden deutschen Stellen gesprochen hätten. Die Wahlurkunde wurde ihm nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten zugestellt. Der Herzog wünschte weiter, daß die Taryba in amtlicher Form mit ihm in Verbindung treten könne. Am 12. August 1918 teilte die beauftragte Delegation dem Herzog seine Wahl zum König von Litauen mit und bat ihn, den litauischen Königsthron unter dem Namen Mindaugas II. bald besteigen zu wollen. Von allen deutschen Stellen fand ich nur bei Vizekanzler von Payer ausreichendes Verständnis; er wollte die Thronfrage rasch in Übereinstimmung mit dem litauischen Volke lösen, da er dies im deutschen Interesse für geboten hielt, wie er auch dem Wunsche der Litauer auf alsbaldige Einsetzung einer litauischen Regierung äußerst freundlich gegenüberstand. Eine zur litauischen Konferenz nach der Schweiz reisende Delegation pflegte erneute eingehende Aussprache mit dem Herzog. Trotz der von Tag zu Tag für Deutschland schlechter werdenden militärischen Lage kam die Reichsleitung zu keiner Entscheidung, genau wie in der polnischen Frage. Mitte September endlich erklärte der Reichskanzler auf eine erneute Vorstellung des Zentrums, daß der Herzog nunmehr „bald" den litauischen Königsthron besteigen könne. Aber statt diese Frage zur Lösung zu bringen, wurde ein neuer Konfliktstoff geschaffen, indem der Verwaltungschef von Falkenhausen den litauischen Staatsrat als solchen nicht nur nicht anerkannte, sondern ihn lediglich als eine beratende Behörde bezeichnete, welche weder mit Hoheitsrechten ausgestattet noch ein Regierungsorgan sei. Auch der Reichskanzler Graf Hertling lehnte die Umnennung des litauischen Landesrats in Staatsrat ab; die Militärverwaltung sandte die Schreiben mit der Aufschrift „Litauischer Staatsrat" uneröffnet zurück wegen angeblich „ungesetzmäßiger Benennung". Das alles in den Tagen des militärischen Zusammenbruchs Deutschlands! Der litauische Staatsrat protestierte gegen diese Behandlung, die in Litauen um so erbitternder wirkte, als damals Gerüchte über die Abtretung der Stadt Wilna an Polen laut wurden, trotz der Anerkennung des Beschlusses vom 11. Dezember, der Wilna als die Hauptstadt Litauens bezeichnete.

Im Kabinett des Prinzen Max von Baden sorgte ich alsbald für die Entfernung des politisch unfähigen Unterstaatssekretärs von Falkenhausen, der in dem Generalbevollmächtigten Dr. Zimmerle einen sehr tüchtigen Nachfolger fand. Auch wurde alsbald eine litauische Regierung gebildet. Die neue litauische Regierung sollte sich mit dem erwählten König in Verbindung setzen, um dessen Thronbesteigung sofort herbeizuführen. Den vom Staatsrat geäußerten Wünschen um Einstellung der Requisitionen und Errichtung einer Miliz stimmte das Kabinett zu; es erklärte sich auch einverstanden, daß die neue litauische Regierung die notwendigen Schritte unternehme, um allgemein die Anerkennung des litauischen Staates und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erzielen. Der litauische Ministerpräsident hatte Ende Oktober Besprechungen mit dem gewählten Herrscher, in welchen vollkommene Übereinstimmung in allen Fragen erreicht wurde; er konnte auf Grund seiner Gespräche in Bern der Ansicht Ausdruck geben, daß England und Amerika gegen die Wahl des Herzogs nicht protestieren würden. So war vor dem Abschluß des Waffenstillstandes die Situation, als der Waffenstillstandsvertrag alle Abmachungen zwischen Deutschland und Litauen beseitigte. Die frei geübte Königswahl der Taryba fällt nicht darunter. Anfang Januar 1919 konnte ich dem Herzog von Urach schreiben: „Wie folgerichtig haben sich die Dinge aus einer verhängnisvollen Politik heraus entwickelt. Meine ganze Tätigkeit richtete ich darauf, der verderblichen Entwicklung eine andere Richtung zu geben. Die zögernde Politik rächte sich in Litauen bitter.“ Trotz aller Bemühungen des überaus bewährten Generalbevollmächtigten in Litauen, der insbesondere die litauische Regierung in ihren Bestrebungen um die Schaffung einer Militärmacht zum Schutz des Landes gegen Rußland und Polen tatkräftig unterstützte und den Übergriffen der deutschen Militärbehörden energisch entgegentrat, suchten die Militärs ihre Politik der Gewalt fortzusetzen, die im Baltikumabenteuer und in der Kapprevolution, hervorgerufen durch Baltikumtruppen, einen ganz logischen Abschluß fand — zum unermeßlichen Schaden für Deutschland.

16. Kapitel

Belgien

„Die deutsche Politik wird keinen Krieg beginnen, weil sie glaubt, daß er ihr aufgezwungen wird ... Deutschland wird nie einen Krieg mit einer Verletzung eines europäischen Vertrags beginnen. Viel zu hohen Wert legt die Staatsleitung auf ihren Ruf der treuen Beobachterin der Verträge, welche Europa zur Bewahrung seines Friedens errichtet hat. Man nimmt in England an, daß die deutsch-französischen Grenzen durch Frankreichs Verteidigungsanstalten für jede Offensive unzugänglich gemacht worden sind und daß folglich der deutsche Generalstab den Durchbruch durch Belgien ins Auge fassen müßte. Wir glauben nur nicht, daß englische Tagesschriftsteller, so einsichtig sie sein mögen, so leicht imstande sind, die Kombinationen des deutschen Generalstabes zu erschöpfen. Jedenfalls befinden sie sich im Irrtum, wenn sie meinen, die Leitung sei bei uns den Gesichtspunkten des Generalstabs unterworfen und nicht umgekehrt. Ebensowenig wie die belgische wird jemals die Neutralität der Schweiz von Deutschland verletzt werden."

Diese goldenen Worte ließ Fürst Bismarck vor mehr als dreißig Jahren („Post", Nr. 54, 24. Februar 1887) verkünden; sie sind bis zum Kriegsausbruch von seinen Nachfolgern nicht zurückgenommen, sondern vielfach unterstrichen worden. Bei der Beratung der Militärvorlage des Jahres 1913 hat in vertraulicher Sitzung im Reichstag eine eingehende Aussprache über die Neutralität Belgiens stattgefunden. Staatssekretär von Jagow erklärte auf das Bestimmteste, daß Deutschland Belgiens Neutralität nicht verletzen würde, was immer auch kommen möge. Kriegsminister von Heeringen versicherte auf eine weitere Anfrage, ob auch die Militärs diese Auffassung teilten, daß die deutsche Heeresleitung die Neutralität Belgiens genau so lange respektieren würde, wie diese von den Gegnern beachtet würde. Als dann im Hochsommer 1913 sich eine internationale Debatte über die belgische Neutralität entspann, habe ich einem auf dem deutschen Katholikentag in Metz weilenden belgischen höheren Ministerialbeamten die bestimmteste Erklärung abgegeben, daß man in Deutschland unter keinen Umständen an einen Vormarsch durch Belgien denke; ich habe den Worten unserer verantwortlichen Staatsmänner Glauben geschenkt. Die durch die Presse mit meiner Zustimmung bekanntgewordene Unterredung ist naturgemäß nach erfolgtem Durchmarsch durch Belgien 1914 der öffentlichen Meinung in die Erinnerung gerufen

worden; man wollte darin eine vor dem Krieg beabsichtigte heimtückische Irreführung Belgiens erblicken. Das ist unzutreffend. Ich habe jene Erklärung im besten Glauben abgegeben in bewußter Erinnerung an die goldene Regel, die Fürst Bismarck aufgestellt hatte und nach der er auch bei einem ähnlich gearteten Fall wie 1914 gehandelt hätte.

Der deutsche Durchmarsch durch Belgien geschah, ohne daß der Reichstag vorher befragt worden ist; als er am 4. August zusammentrat, standen bereits, wie der Reichskanzler öffentlich sagte, deutsche Truppen auf belgischem Boden. Man hat damals im engeren Kreise erwogen, ob nicht im Reichstag eine Verwahrung gegen diese Maßnahme erfolgen solle, sah aber von derselben ab, da die zuständige Stelle behauptete, daß die belgische Neutralität von Frankreich schon vor unserem Einmarsch verletzt worden sei. So wurde auch mir von militärischer und politischer Seite mitgeteilt, daß französische Truppen sich zwei Tage vor dem Kriegsausbruch in Namur befunden hätten und eine Reihe ähnlicher Dinge mehr. Während des Krieges ging ich der Sache nach und konnte feststellen, daß wohl einzelne französische Soldaten und Offiziere einige Tage vor Kriegsausbruch auf dem Bahnhof in Namur waren, daß es aber in Belgien beschäftigte Franzosen waren, welche ihre Uniform bei sich hatten und in dieser dem Gestellungsbefehl in ihre Heimat Folge leisteten. Die ganze deutsche öffentliche Meinung war lange Zeit hindurch irregeführt durch die Behauptungen, daß die Entente zuerst die Neutralität Belgiens verletzt habe, daß eine feindliche Armee Deutschland in den Rücken fallen und in das deutsche Industriegebiet am Rhein einmarschieren wollte. Manche Kreise gingen weniger weit und sagten: wenn Deutschland nicht durch Belgien marschiert wäre, hätte es sicher die Entente getan, wobei sie aber vergaßen, daß die Aufstellung der französischen Armee bei Kriegsausbruch so erfolgt war, daß die Grenze gegen Belgien nahezu ungeschützt blieb. Die in Deutschland behauptete falsche Voraussetzung der Verletzung der Neutralität Belgiens durch die Entente wurde dann noch verstärkt durch die Veröffentlichung von Dokumenten aus dem Archiv des Brüsseler Auswärtigen Amtes, in welchen von Besprechungen zwischen belgischen und englischen Militärs für den Fall des deutschen Durchmarsches die Rede war. So war es verständlich, daß in der ersten Zeit nach dem Kriegsausbruch die deutsche öffentliche Meinung gerade gegenüber Belgien für

den Fall des Friedensschlusses ganz besondere Sicherungen heischte. Manche Kreise unseres Volkes wollen noch heute nicht zugestehen, daß Deutschland die belgische Neutralität verletzt hat, wenn auch nur aus „Notwehr".

Wie sehr der deutsche Einmarsch in Belgien uns politisch geschadet hat, wurde mir so recht klar bei meinem häufigen Aufenthalt im neutralen Ausland, wo immer und immer wieder die belgische Frage im Vordergrund aller Erörterungen stand. In Deutschland selbst wurde die öffentliche Meinung noch mehr erregt durch die Meldungen über den Franktireurkrieg, an dem auch die belgische Geistlichkeit sich aktiv beteiligt haben sollte. Mir ist trotz aller Bemühungen und Nachfragen auch nicht ein einziger Fall aktenmäßig dargetan worden, in welchem ein belgischer Geistlicher aktiv am Franktireurkrieg teilgenommen hat. Das Resultat der Nachforschungen waren immer Vermutungen, Annahmen und vielfach auch Verwechslungen.

Die vier Jahre Besetzung waren für Belgien eine harte Schule der Leiden. Ich habe mich bemüht, Linderungen herbeizuführen, soweit es nur ging. Solche für die Allgemeinheit des belgischen Volkes zu erreichen, war äußerst schwer, kaum möglich. In zahlreichen Einzelfällen ist es mir jedoch gelungen, Begnadigungen, Aufhebung der Ausweisungen und Milderung getroffener Maßnahmen herbeizuführen. Mit allem Nachdruck wandte ich mich gegen die belgischen Deportationen. Die deutsche Regierung hat sich zu der Deportation nach Deutschland durch folgende Gründe bestimmen lassen: Nur Arbeitslose sollten abgeführt werden, da sie sonst unterstützungsbedürftig würden; die englische Absperrung mache die Einstellung jeder Arbeitskraft auch im besetzten Gebiet notwendig; Arbeitszwang aber stehe mit der Haager Landkriegsordnung (Art. 43) nicht im Widerspruch; in Deutschland fänden die Arbeiter lohnende Beschäftigung. — Ich konnte diese Auffassung nicht teilen und brachte dies im Reichstag und in zahlreichen Besprechungen mit den amtlichen Stellen zum Ausdruck; wolle man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so möge man einen Arbeitszwang in Belgien selbst einführen, nicht aber die Leute nach Deutschland abführen; das wahllose Wegführen selbst von Universitätsprofessoren, Kaufleuten usw., die also nicht arbeitslos wären, müßte in der ganzen Welt ungemein viel böses Blut machen. Die politische Wirkung dieser Deportationen war für das politische Ansehen Deutschlands, wie ich wiederholt

darlegte, äußerst schädlich. Der Heilige Stuhl wandte sich amtlich an die deutsche Regierung, und bediente sich dabei auch meiner des öfteren als Mittelsperson, um sowohl die Einstellung der Deportationen als die Rückbeförderung zwangsweise Abgeführter zu erreichen. In den Berliner politischen Kreisen sah man auch das Unzweckmäßige dieser Maßnahme ein; unerbittlich jedoch blieb die Oberste Heeresleitung, welche aber die Verantwortung hierfür von sich abwälzen wollte. Dem Heiligen Stuhl hatte die Berliner Regierung die Einstellung der Deportationen zugesagt; trotzdem dauerten diese fort, wodurch der Vatikan in eine sehr unangenehme Lage geriet, da er die Einstellung der Deportationen auch diplomatisch und durch die Presse mitgeteilt hatte. Ich schrieb deshalb an Ludendorff, der mir am 10. Juni 1917 mitteilte, daß er über die Sache nicht orientiert sei und das Auswärtige Amt um Auskunft gebeten habe. Ich ließ nicht locker, zumal das Auswärtige Amt auf meiner Seite stand und den bestimmten Eindruck gewann, daß der Vatikan sich nicht mißbrauchen lasse. Ludendorff lehnte jedoch erneut eine sachliche Stellungnahme ab, obwohl die ganze verfehlte Maßnahme eine Aktion der Obersten Heeresleitung war. Unter dem Druck der ganzen Welt hat dann der Kaiser verfügt, daß die zu Unrecht als Arbeitslose nach Deutschland überführten Personen unverzüglich zurückkehren konnten und daß weitere Verschickungen aufhören sollten. Dagegen wurde die belgische Bevölkerung für das französisch-belgische Etappengebiet nach wie vor zwangsweise zur Arbeit herangezogen, und zwar für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres sowie für Notstandsarbeiten; zu unmittelbaren Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland durften die Leute nicht verwendet werden. Dabei sollten Verschickungen der Zwangsarbeiter außerhalb der Gemeinden tunlichst vermieden werden. Die Berliner Regierung ließ dem Heiligen Stuhl erklären, daß sie mit ihm darüber einer Meinung sei, daß die Zwangsverschickungen als Zwangsarbeiter unerwünscht seien und jedenfalls mit möglichster Schonung betrieben werden sollten. Nuntius Pacelli selbst hat anläßlich seiner Anwesenheit in Berlin im Jahre 1917 mit allem Nachdruck dahin gewirkt, daß die Verschickungen aufhören sollten.

Alsbald nach Beginn der Deportationen habe ich es als meine Pflicht angesehen, das Los der zwangsweise Verschickten möglichst zu lindern. Auf meinen Vorschlag hin wurde auch mit Zustimmung der deutschen Bischöfe eine besondere militärisch organisierte Seel-

sorge für die belgischen Arbeiter in Deutschland geschaffen. Ein deutscher Jesuitenpater wurde auf meinen Vorschlag als Hilfsreferent hierzu bestellt; er und seine Hilfsarbeiter besuchten sämtliche Lager und Verteilungsstellen. Flämische und französische Ansprachen wurden gehalten, viele zu Unrecht Abtransportierte durch Vermittlung dieser Stelle in die Heimat zurückgeschafft, ebenso Kranke. Mißstände auf den Arbeitsplätzen und Verteilungsstellen wurden beseitigt. All das Gute, das die deutsche Verwaltung durch mühevolle Arbeit der meisten ihrer Beamten in Belgien geschaffen hat, auch die vielen sozialen Einrichtungen, die neu ins Leben traten, die Einführung der gegenüber den belgischen Verhältnissen sehr fortschrittlichen deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung, der deutschen Arbeiterversicherung, all das wurde vergessen unter den Folgewirkungen der Deportationen, die die Familie auseinanderrissen.

Da in Belgien bis zum Kriegsausbruch die katholische Partei die Regierung in Händen hatte, war es doppelt ein Gebot der deutschen Politik, mit den katholischen Kreisen des Landes in enge Fühlung zu treten. Das beste Mittel hierzu wäre gewesen, in die neu zu errichtende belgische Verwaltung Katholiken, namentlich Rheinländer und Süddeutsche, zu berufen. Unzähligemal mußte ich, leider vergebens, die deutschen amtlichen Stellen darauf aufmerksam machen, daß die Zahl der nach Belgien berufenen Katholiken eine äußerst kleine, die Gleichberechtigung geradezu verletzende sei. Alle vierjährigen Bemühungen, hier einen Wechsel herbeizuführen, waren nahezu erfolglos. So war es nicht überraschend, daß das Verhältnis zwischen deutscher Okkupationsverwaltung und der Mehrheit des Volkes ein äußerst unbefriedigendes und die Kluft zwischen der deutschen Verwaltung und dem belgischen Klerus mit jedem Tag größer und die Gereiztheit des letzteren immer intensiver wurde. Ich schlug daher dem Reichskanzler vor, in Berlin eine Zentralstelle zu schaffen, welche sich ausschließlich mit belgischen Angelegenheiten befassen sollte, und in der belgischen Verwaltung eine kirchenpolitische Abteilung zu errichten, „welche die ganze kirchenpolitische Frage behandelt und unmittelbaren Vortrag beim Militärgouverneur erstatten kann“; das sei um so notwendiger, als in der ganzen politischen Abteilung in Brüssel sich damals auch nicht ein einziger Katholik befand. Mein Vorschlag schien zunächst auch beim Generalgouverneur in Brüssel gute Aufnahme zu finden. Kardinal von Hartmann in Köln stellte sich demselben sehr sympathisch

gegenüber; leider wurde mir von zuverlässiger Seite aus Brüssel mitgeteilt, daß die dort weilenden deutschen Militärpfarrer gegen die Errichtung einer solchen Abteilung seien, da sie sehr leicht die in Betracht kommenden Fragen erledigen könnten und dies, obwohl der Nuntius in Brüssel zutreffend sagte, „die Militärgeistlichen seien für das Militär da, aber nicht für die Zivilbevölkerung". Die Sache schien im besten Zug zu sein. Ich war daher sehr überrascht, als mir Ende August 1915 der Reichskanzler mitteilte, der deutsche Generalgouverneur sei beim Kardinal in Köln gewesen und habe mit demselben seine ganze Kirchenpolitik durchgesprochen; der Kardinal soll ihm erklärt haben, er wisse gar nicht, was er selbst hätte besser oder anders machen können. Darauf nahm Generalgouverneur von Bissing von der Errichtung einer kirchenpolitischen Abteilung Abstand, obwohl ich sofort feststellen konnte, daß es sich hier um ein großes Mißverständnis handelte, was der Kardinal auch gegenüber anderen Stellen zum Ausdruck brachte. Generalgouverneur von Bissing teilte mir am 11. September 1915 mit:

> „Mein Verhältnis zum belgischen Klerus ist im ganzen zufriedenstellend. Durch den Nuntius, aber auch durch Vertreter der Bischöfe wird eine ständige Fühlungnahme mit meiner politischen Abteilung aufrechterhalten. Für besondere Missionen steht mir in Militäroberpfarrer Middendorf eine gewandte und taktvolle Persönlichkeit zur Verfügung. Außerdem ist in der Verwaltung wesentlich der Reichstagsabgeordnete Trimborn tätig, dessen gute Beziehungen zur belgischen Geistlichkeit bisher vielfach von Nutzen waren und auch in Zukunft von Nutzen sein werden. Herr Trimborn hat als Kultusreferent die laufenden Geschäfte der „Direction des Cultes" zu überwachen. Es ist also überflüssig, eine besondere Stelle für den Verkehr mit der Geistlichkeit zu schaffen."

Diese Ansicht war nach der sachlichen und persönlichen Seite völlig verkehrt, obwohl sie auch der Reichskanzler teilte; der Abgeordnete Trimborn stellte mir gegenüber bereits am 13. Oktober 1915 fest, daß, „so wie die Dinge bisher geordnet sind, mich keinerlei Verantwortung für die hiesige Kirchenpolitik trifft. Irgendeinen Auftrag, mich damit zu befassen, habe ich nie gehabt und habe ihn auch heute nicht." Wie sachlich notwendig die geforderte Stelle war, beweist unter anderem die ganz unverständliche Maßnahme, daß zwei Geistliche aus Cortemach, „die für das Betragen ihrer Pfarrangehörigen verantwortlich sind", als Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht wurden. Alle meine Bemühungen, hier eine Änderung zu schaffen, blieben lange Zeit vollkommen vergeblich, und doch wäre

gerade die von mir angestrebte Stelle in der Lage gewesen, manchen sehr bedauerlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Trotzdem setzte ich mündlich und schriftlich meine Bemühungen für ein besseres Zusammenwirken zwischen deutscher Verwaltung und belgischem Volke fort. Dem Brüsseler Generalgouverneur empfahl ich, bei Schwierigkeiten, die sich auf kirchenpolitischem Gebiet ergeben würden, sich direkt mit dem Brüsseler Nuntius in Verbindung zu setzen und dem vorzubeugen, daß von Anfang an eine scharfe Note in die einzelnen Fragen hineingebracht würde; das geschah dann auch in der Folgezeit. Die Auswahl ungeeigneter Persönlichkeiten schuf jedoch manche sehr unnötige Zwischenfälle; so wurde Kardinal Mercier, als er sich wie üblich zur Firmung in das Sacré-Coeur-Kloster in Brüssel begab, durch den Chef der Polizei, einen jüdischen Beamten, an der Ausübung seiner Funktionen verhindert, ein Vorkommnis, das viel böses Blut machte.

Die Reise des Kardinals Mercier durch Italien nach Rom glich einem Triumphzug. Die Ovationen galten weniger seiner hohen kirchlichen als seiner politischen Stellung, in die er durch die Zeitverhältnisse geraten war. Es mochte ihm selbst wohl unangenehm sein, daß die Kundgebungen freidenkerischen und freimaurerischen Ursprungs waren, daß sogar der berüchtigte Giordano-Bruno-Bund sich besonders an ihnen beteiligte. Gerade das legte den katholischen Zeitungen Italiens möglichste Zurückhaltung auf, während die dem französischen Botschafter in Rom zur Verfügung stehende Presse sehr geschickt das politische Gepräge, das auch seine kirchlichen Funktionen umgab, übersah und nicht müde wurde, auf die Tugend und Frömmigkeit des Kirchenfürsten hinzuweisen. Die Besprechung mit Briand, dem Urheber des Kirchentrennungsgesetzes in Frankreich, erregte berechtigterweise großes Aufsehen. Ich wurde gewahr, daß der Kardinal nicht nur ein solidarisches Eintreten der Entente zugunsten Belgiens forderte — das war von seinem Standpunkt aus berechtigt —, sondern auch seinen Entschluß zu erkennen gab, der deutschen Verwaltungsbehörde in Belgien nach seiner Rückkehr erhöhte Schwierigkeiten zu machen. Als das öffentliche Auftreten des Kardinals in Deutschland bekannt wurde, war man trotz des freien Geleitbriefes bei den militärischen Stellen geneigt, Kardinal Mercier nicht mehr nach Belgien einreisen zu lassen; er sollte seinen Aufenthalt in der Schweiz nehmen. Ich sprach mich gegen diese Absicht aus, da dies zu den unliebsamsten

Verwicklungen führen müsse und der Kardinal sehr wahrscheinlich nach Italien zurückkehren würde; seine Kundgebungen könne er auch aus der Schweiz oder aus Italien an das belgische Volk erlassen. Manche Kreise forderten auch ein Einschreiten des Papstes, dies um so mehr, da man durch das Auftreten des Kardinals Aufstände in Belgien befürchtete. Der Ruf nach der Internierung des Kirchenfürsten wurde immer lauter erhoben. Ich widersetzte mich dieser Forderung mit dem Hinweis, daß für den Fall der Internierung des Kardinals damit gerechnet werden müsse, daß dann ein anderer belgischer Bischof an seine Stelle treten würde; schließlich würden alle belgischen Bischöfe interniert werden. Diese Auffassung wurde von den österreichischen Bischöfen mir gegenüber mit Nachdruck vertreten und gebeten, wenn irgend möglich von einer zwangsweisen Abführung des Kardinals Abstand zu nehmen; daß der Heilige Stuhl diese Auffassung entschieden vertreten mußte, brauche ich nicht besonders zu betonen. Gegenüber den widerstrebenden Ansichten an den einzelnen deutschen Stellen war es der Deutsche Kaiser, der dahin entschied, daß der Kardinal nicht nur in seine Diözese zurückkehren könne, sondern daselbst unbehelligt zu lassen sei. Generalgouverneur von Bissing hat dann durch ein Schreiben vom 15. März 1916 den Kardinal gewarnt, nicht mehr in politischer Betätigung hervorzutreten, und erklärt, daß er es nicht mehr dulden werde, daß der Kardinal „eine politische Aufreizung betreibe, für welche jeder einfache Bürger zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden müßte". Ich glaube sagen zu dürfen, daß es den Bemühungen der Kurie gelungen ist, ein Verhalten herbeizuführen, daß ein erträgliches Nebeneinanderleben der deutschen Militärgewalt und der kirchlichen obersten Behörde in Belgien gestattete.

Mit Belgien möglichst bald zu einem Frieden zu kommen, sei es als Einleitung des Weltfriedens, sei es ein Vorfriede, sei es ein Separatfriede, sah ich während des ganzen Krieges als eine meiner wichtigsten uud dringendsten politischen Aufgaben an. Die Arbeit war nicht leicht. Die deutschen Anschauungen über die Friedensbedingungen mit Belgien gingen den ganzen Krieg hindurch sehr weit auseinander. Das gute Wort des Reichskanzlers bei Kriegsausbruch, daß das „Unrecht wieder gut gemacht" werden müsse, daß also Belgien in seiner alten Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität wiederherzustellen sei, wich bald der Auffassung, daß eine solche Wiederherstellung das alte Belgien nicht mehr schaffen

könne, daß durch den Krieg ein völlig der Entente verschriebenes neues Belgien entstanden sei. Die ersten Friedensforderungen in Deutschland gingen dahin, Belgien unter deutsche Vormundschaft zu stellen, es aber nicht Deutschland anzugliedern, weil, wie man ganz offen sagte, die Vertreter der katholischen belgischen Bevölkerung nicht gleichberechtigt im Deutschen Reichstag sitzen sollten. Es waren namentlich alldeutsche Kreise, welche diese Forderung mit Entschiedenheit vertraten und Belgien nur eine Art Provinzialverwaltung geben wollten, für alle Zeiten unter einem deutschen Militärgouverneur. Eine andere Meinung ging dahin, Belgien unter Deutschland und Frankreich aufzuteilen und hierdurch zum Weltfrieden zu kommen; die wallonischen Provinzen seien an Frankreich abzutreten, dessen Kohlenversorgung hierdurch garantiert sei; dann werde Frankreich auch abgelenkt von dem Erwerb von Elsaß-Lothringen. Der Weg werde dann frei für die Schaffung einer Zollgemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich; die deutsche Eisenindustrie erhalte dann den ungehinderten Bezug der notwendigen Minetteerze. Deutschland würde die bisherigen flämischen Provinzen von Belgien erhalten; im Antwerpener Hafen erhalte es sein natürliches Ausgangstor aufs Meer; der flämische Volksstamm werde Deutschland wieder eingegliedert. Es war mir von Anfang an klar, daß weder auf der einen noch auf der anderen Basis eine Verständigung weder mit Belgien noch mit Frankreich noch mit England herbeigeführt werden könne.

Weiter stand für mich fest, daß, wenn Deutschland mit Belgien zum Frieden kommen wolle, keine Stelle zur Vermittlung geeigneter sein dürfte als der Heilige Stuhl. Hierin befand ich mich in vollkommener Übereinstimmung mit dem ersten Kriegsreichskanzler, der mit mir eine Eingliederung Belgiens in das Deutsche Reich als ein Ding der Unmöglichkeit und ein wirtschaftliches Abkommen mit dem wiederhergestellten Belgien als den deutschen Interessen genügend ansah. Der Heilige Stuhl begrüßte es mit Genugtuung, daß die deutsche Regierung sich nicht mit dem Gedanken einer Annexion Belgiens beschäftige; es wäre ein ewiger Zankapfel geworden und hätte nur Unfrieden ins eigene Haus gebracht.

Die ganze Angelegenheit bekam im Frühjahr 1916 ein neues Gesicht, indem aus Anregungen eines Verwandten des Königs der Belgier in Rom geschlossen werden konnte, daß der belgische

Hof einer Verständigung mit Deutschland nicht abgeneigt sein würde. Es hing natürlich alles von den annehmbaren Friedensbedingungen Deutschlands ab. Am 6. Mai 1916 konnte ich im Auftrag der Reichsregierung den Heiligen Stuhl wissen lassen:

> „Der deutschen Regierung ist jede Vermittlung des Heiligen Stuhles in der belgischen Frage wie in Fragen des Friedens überhaupt im höchsten Grade willkommen. Die deutsche Regierung ist auch bereit, sofort in einen Meinungsaustausch über die Neuregelung der belgischen Frage mit Seiner Majestät dem König der Belgier einzutreten. Bei der Kompliziertheit der ganzen Frage hält es die deutsche Regierung für angezeigt, wenn Seine Heiligkeit die große Güte haben würde, einen Vertrauensmann, dessen Reise geheimzuhalten wäre, nach Deutschland zu entsenden. Mit diesem Vertrauensmann würden alle in Betracht kommenden Fragen, nicht nur die belgische, zu besprechen sein. Die deutsche Regierung hofft, daß durch eine solche Aussprache ein erheblicher Schritt zur Anbahnung des Weltfriedens geschehen würde."

Am belgischen Hof aber erhoben sich ernste Schwierigkeiten, weil das belgische Kabinett in seiner Stellungnahme nicht einig war. Dieser Zwiespalt blieb auch für die Folge bestehen, so daß die Episode der Friedensvermittlung eine Unterbrechung erlitt.

Ende Juni 1916 erfuhr ich, daß der Heilige Vater in der Friedenskundgebung zum zweiten Jahrestag des Weltkrieges auch dem Gedanken Ausdruck geben wollte, daß er aus den Reden der verantwortlichen Minister der beiden großen kriegführenden Staaten England und Deutschland entnehmen dürfe, daß „alle im Kampf befindlichen Völker in dem Vorhaben, Belgien in seiner ihm eigenen Unabhängigkeit wiederherzustellen, übereinstimmen". Die deutsche Regierung bat mich daraufhin, nach Rom wissen zu lassen, daß die künftige Gestaltung Belgiens eine Teilfrage der großen im Friedensschluß zu regelnden Fragen sei. Im November regte ich meinerseits an, die Fäden wieder aufzunehmen; die beiden Grenzpfosten der Verständigung seien gesteckt: einerseits keine Annexion durch Deutschland und andererseits soll Belgien kein Vasallenstaat von Frankreich und England werden; zwischen diesen beiden Grenzpfosten seien die verschiedensten Möglichkeiten einer Verständigung zu finden; die Friedenssehnsucht im belgischen Volk sei sehr groß; Belgien sei der Londoner Deklaration, keinen Sonderfrieden zu schließen, nicht beigetreten, und schließlich sei „die Verständigung mit Belgien der Anfang des großen Weltfriedens". Bald darauf wurde ich von einer maßgebenden Persönlichkeit unterrichtet, daß wegen der von der Entente in nächster Zeit

beabsichtigten Offensive der Augenblick zur Aufnahme solcher Verhandlungen nicht geeignet sei; was die Bedingungen selbst betreffe, so sei eine Verständigung zwischen Rom und Berlin noch notwendig, um die Bedingungen etwas zu mildern. Dabei ließ der Heilige Stuhl darüber keinen Zweifel, daß ohne die Wiederherstellung Belgiens ein Weltfriede überhaupt nicht denkbar sei.

Mitte Juni 1917 wurde mir als Meinung des belgischen Gesandten in Bern zuverlässig unterbreitet: „Der Krieg wäre in dem Augenblick aus, in dem Deutschland bestimmt erkläre, Belgien intakt zurückgeben zu wollen." Der Gesandte erklärte sich auch bereit, vertraulich unsere Bedingungen weiterzugeben. Gebrauch von dem Anerbieten wurde trotz meiner Anregung leider nicht gemacht. Im August wiederholte der Gesandte diesen Vorschlag „als einen sehr einfachen Weg für Deutschland, den Frieden zu erhalten"; natürlich sei an eine Zolleinigung usw. mit Deutschland zurzeit nicht zu denken; er habe auch Grund zu der Annahme, daß dann in England der Kriegswille gebrochen wäre. Auch darauf ist keine entscheidende diplomatische Aktion Deutschlands erfolgt. (Welche entscheidende Rolle Belgien bei der päpstlichen Friedensvermittlung spielte, wird später geschildert werden.) Wohl aber sagte mir General Ludendorff am 11. September, die Reichstagsresolution dürfe den Kanzler nicht zu sehr binden, namentlich nicht in der belgischen Frage; die englisch-französische Armee müsse künftig so weit von der deutschen Grenze entfernt sein, daß durch die Entwicklung der Fliegertätigkeit kein Schaden für unsere niederrheinische Industrie angerichtet werden könnte; wenn man auch Belgien wiederherstelle, so dürfe doch nur die Maaslinie die Aufmarschlinie der Gegner werden; eine Zollunion mit Belgien müsse erreicht werden. Ich erklärte demgegenüber, daß ich einen anderen Weg gehe; Belgien müsse ein ewig neutrales Land werden und zwar aus eigenem Recht; die Neutralität sei von allen Großmächten zu garantieren; unter keinen Umständen dürfe wegen Belgiens der Krieg fortgesetzt werden; komme ein harter Winter, so entstehe die Gefahr einer allgemeinen sozialen Revolution nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa. Ludendorff erklärte, daß er an eine Neutralität nicht glaube. Da Ludendorff seit jener Zeit bis zum militärischen Zusammenbruch nahezu unumschränkter Herrscher in Deutschland war und die Entscheidung über politische Fragen teils selbst fällte, teils wesentlichst beeinflußte, so war es ausgeschlossen,

auf dieser Basis weitere Verhandlungen für einen Frieden mit Belgien zu führen. Trotzdem habe ich im Reichstag und sonst öffentlich immer wieder betont, daß ein klares und unzweideutiges Wort über die volle Wiederherstellung Belgiens die Voraussetzung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen darstelle. Ich trat mit aller Entschiedenheit für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden in Belgien ein, nicht nur, weil es bei Kriegsausbruch der Reichskanzler zugesagt hatte, sondern weil dies ein Gebot der Gerechtigkeit und Moral sei. Aber selbst in den Reihen der Zentrumsfraktion fand ich im August 1917 ganz unverständlichen Widerspruch gegen eine solche Forderung des Rechts, bis es mir gelang, als Mitglied des Kriegskabinetts des Prinzen Max von Baden diese Auffassung als Meinung der deutschen Regierung anerkannt zu sehen. Deutschland öffnete jedoch den Mund über Belgien erst, als es nichts mehr zu sagen hatte.

17. Kapitel

Die U-Bootsfrage und Amerikas Kriegseintritt

Trotz aller gegenteiligen Versicherungen ist es eine feststehende Tatsache, daß die deutsche Marineverwaltung den Bau von U-Booten in unverantwortlicher Weise vernachlässigt hat; bereits im Jahre 1905 regte ich im Anschluß an die französischen Versuche in der Haushaltskommission des Reichstags an, auch deutscherseits möglichst rasch mit solchen vorzugehen. Ich erhielt damals vom Staatssekretär von Tirpitz die Antwort, U-Boote seien nur geeignet für den Schutz von Häfen, es sei besser, wenn fremde Nationen ihr Geld und ihre Mannschaften bei solchen Versuchen opferten. Alle Bemühungen um einen rascheren Bau von U-Booten und Vornahme von Versuchen, die besonders von volksparteilichen Abgeordneten (Dr. Leonhart, Dr. Struve, Gothein) unermüdlich fortgesetzt wurden, stießen bei der Marineverwaltung auf ein taubes Ohr. Dort hatte man fast nur Verständnis für Großkampfschiffe.

Auch während des Krieges, als die U-Boote bereits ihr erstes Meisterstück geleistet hatten, ist nicht das erzeugt worden, was deutsche Industrie und Technik hätten hervorbringen können;

einmal sagte die Marineverwaltung, die Werften seien übervoll beschäftigt; das andere Mal, die Maschinenindustrie könne nicht genügend weitere Maschinen liefern. Ich war wiederholt in vertraulichen Sitzungen in der Lage, gestützt auf zuverlässige Mitteilungen aus der Industrie, die Unrichtigkeit beider Behauptungen darzutun. An den Admiralstab wandte ich mich im Dezember 1916 in einem Schreiben, das sich auf Mitteilungen aus sachverständigen Kreisen aufbaute und über den U-Bootbau ausführte:

„Die großzügige Grundlage fehlt. Es werden immer nur wenige Schiffe gleichen Typs gebaut, solches erfordert aber viel Personal und führt trotz teurer Bauweise immer nur zu einer brockenweisen Fertigstellung. Die Massenherstellung gibt die einzige Möglichkeit, schnell und plötzlich in den Besitz der erforderlichen Waffen zu kommen."

Es ist geradezu tragisch, daß erst im letzten Kriegsjahr überhaupt an einen systematischen Bau von U-Booten gegangen worden ist.

Je weniger Boote Deutschland hatte, um so lauter wurde das Geschrei der alldeutschen Presse, mit dem *uneingeschränkten U-Bootkrieg* zu beginnen. Das Signal hierfür hatte Großadmiral von *Tirpitz* im Großen Hauptquartier bereits Ende November 1914 gegeben; durch meine Vermittlung wurde der bekannte amerikanische Journalist, Herr von Wiegand, von Herrn von Tirpitz empfangen, der ihm erklärte:

„England will uns aushungern, wir können dasselbe Spiel treiben: England umzingeln, jedes englische Schiff oder jedes seiner Verbündeten, das sich irgendeinem Hafen Englands nähert, torpedieren und dadurch den größeren Teil der Nahrungsmittelzufuhr abschneiden." Auf die verwunderte Frage des amerikanischen Journalisten, ob Deutschland genügend U-Boote habe, um dies durchzuführen, antwortete Herr von Tirpitz: „Ja, in U-Booten größeren Typs sind wir England überlegen. Man darf nicht vergessen, daß die U-Boote am besten an den Küsten und in flachen Gewässern operieren und daß aus diesem Grund der englische Kanal besonders dafür geeignet ist. Es ist noch die Frage, ob die U-Boote sich in anderen Gewässern so ausgezeichnet hätten halten können."

Durch diese den Tatsachen nicht entsprechenden volltönenden Worte wurde im deutschen Volk und auch bei mir eine Zeitlang der Glaube erweckt, als sei der uneingeschränkte U-Bootkrieg das beste Mittel, den Krieg rasch und erfolgreich zu beendigen; damals aber hatte Deutschland auch nicht ein einziges U-Boot, das die Fahrt rund um England unternehmen konnte. Während die obersten militärischen Stellen sich über die zur Verfügung stehenden neuen Kriegsmittel in wohlbegründetes Schweigen hüllten, bis sie zur

Anwendung kamen, hat der verantwortliche Leiter der Marine den umgekehrten Weg eingeschlagen und damit den Protest der neutralen Welt hervorgerufen, ehe Deutschland überhaupt zur Tat schreiten konnte. Gleichzeitig aber ist durch diese Aktion die erste tiefgreifende innere Spaltung im deutschen Volk hervorgerufen worden: die einen glaubten blindlings Tirpitz, hinter dem sie wie Kinder hinter dem „Rattenfänger von Hameln“ herliefen, bis der Berg sie verschlang; die anderen schauten auf die unausbleiblichen Wirkungen gegenüber der neutralen Welt, besonders den Vereinigten Staaten von Amerika, und warnten vor der Anwendung eines Mittels, das den schwer kämpfenden Zentralmächten neue mächtige Gegner schaffen mußte. Die Führung in dem politischen Kampf um den U-Bootkrieg übernahmen Ende 1915 die sechs großen wirtschaftlichen Verbände Deutschlands (der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, die Christlichen Bauernvereine, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund deutscher Industrieller und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband), die in einer Eingabe an den Reichskanzler forderten, daß die „Rücksichtnahme auf amerikanische Interessen nicht so weit gehen darf, daß Deutschland die schärfste Waffe, die ihm heute bei der wirtschaftlichen Bekämpfung Englands zu Gebote steht, aus der Hand gibt“. Gar bald entbrannte in den Marinekreisen selbst, dann zwischen Marine und Militär, noch mehr aber zwischen Marineleitung und den politischen Stellen des Reichs ein ungemein heftiger Kampf darüber, wie der U-Bootkrieg geführt werden solle, ob als „Kreuzerkrieg“, wonach Schiffe nur nach vorherigem Anrufen und Rettung der Personen torpediert werden sollten, oder „uneingeschränkt“, d. h. ohne jede Warnung. Manche deutsche Kreise brauchten, um die Neutralen erst recht vor den Kopf zu stoßen, gern den Ausdruck vom „rücksichtslosen“ U-Bootkrieg. Letzten Endes spitzte sich die Streitfrage innerpolitisch und international dahin zu, ob Personendampfer überhaupt torpediert werden sollten. Manche Marinekreise vertraten mir gegenüber die Auffassung, daß es dem U-Boot technisch unmöglich sei, auch auf nächste Entfernung bewaffnete und unbewaffnete Handelsschiffe und Personendampfer zu unterscheiden; wenn also der U-Bootkrieg überhaupt Erfolg haben solle, so müsse der Kommandant in der Lage sein, ohne jede Warnung jedes Schiff abzuschießen, namentlich angesichts der zunehmenden Täuschungsversuche der Gegner

und der wachsenden Zahl der Abwehrmittel gegen U-Bootangriffe. Andere Marinekreise hingegen erklärten, daß der Mehrnutzen für die deutsche Kriegführung, der durch ein solches Abschießen der Schiffe erzielt werde, viel geringer sei als der große Schaden, der durch die sicher erfolgenden Kriegserklärungen der Neutralen, besonders der Vereinigten Staaten von Amerika, erwachsen müsse. Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat sich mir gegenüber Dutzend Male als Gegner des uneingeschränkten U-Bootkrieges ausgesprochen; er gebrauchte wiederholt den Ausdruck: wenn wir diese Kriegführung beliebten, würde uns die ganze Welt „wie einen tollen Hund totschlagen"; die meisten Neutralen würden die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges mit dem Abbruch der Beziehungen oder mit der Kriegserklärung gegen Deutschland beantworten.

Das Jahr 1915, in dem die politische Leitung nach der im Frühjahr erfolgten Kriegserklärung Italiens den Hauptwert auf das Mitgehen Bulgariens legte, verlief noch verhältnismäßig ruhig. Nur Ende August versuchte Tirpitz durch Einreichung seines Entlassungsgesuches einen Druck zugunsten des uneingeschränkten U-Bootkrieges und gleichzeitig für einen vermehrten politischen Einfluß seiner Person auszuüben. Der Reichskanzler sagte mir am 4. September, daß das Entlassungsgesuch unter allen Umständen abgelehnt würde; der Kaiser habe erklärt, daß Tirpitz derjenige Offizier sei, der während des Krieges seine Stelle nicht wechseln dürfe. Am darauffolgenden Montag erfuhr ich aus dem Reichsmarineamt: Staatssekretär von Tirpitz habe in seinem Entlassungsgesuch betont, seit dem Amtsantritt des Kanzlers von Bethmann Hollweg (1909) sei der notwendige Flottenausbau unterbunden worden; 1912 sei infolge der Mission von Lord Haldane der erste Stoß gegen den Flottenausbau, den der Kaiser selbst gewünscht habe, erfolgt, und jetzt werde durch Unterbindung des U-Bootkrieges der zweite geführt; das könne Tirpitz nicht verantworten: darum habe er seine Entlassung eingereicht. In dem ablehnenden Schreiben des Kaisers, das auf die Belassung von Tirpitz als Marineoffizier entscheidenden Wert lege, seien die Befugnisse, die Tirpitz bei Kriegsausbruch übertragen worden seien, zurückgenommen worden; der Kaiser habe nur erklärt, daß er Tirpitz in allen wichtigen Fragen des Seekriegs hören wolle. Die Situation sei für Tirpitz dadurch unerträglich geworden, daß sein schärfster Gegner,

Herr von Holtzendorff, zum Admiralstabschef ernannt worden sei Tirpitz habe sich geweigert, den neuen Admiralstabschef überhaup zu empfangen. Die Conditio sine qua non für das Verbleiber des Herrn von Tirpitz in seinem Amte sei die, daß der Kaiser ihı empfange und das Kabinettschreiben dahin erweitere, die darir erwähnte Zuziehung des Herrn von Tirpitz zur Entscheidung vor großen Fragen müsse so aufgefaßt werden, daß er über alle wichtigen Fragen des Seekriegs gehört werde. Ich war damals aus innerpolitischen Gründen und mit Rücksicht auf die Außenpolitik eir Gegner des Rücktritts des Herrn von Tirpitz, da zu leicht eine Entmutigung der Flotte und eine Ermutigung des Auslands herbeigeführt werden konnte; zudem hätte auch eine Reichskanzlerkrise eintreten können. Ich empfahl daher dem Chef des Marinekabinetts, doch eine Aussprache zwischen dem Kaiser und Tirpitz alsbald herbeizuführen, wobei dem letzteren sein bisheriger Wirkungskreis im wesentlichen belassen bleiben sollte. Der Chef des Marinekabinetts erklärte sich gern bereit, in jeder Richtung für eine Verständigung zu arbeiten; gleichzeitig betonte er, es sei ein Märchen, daß er gegen Tirpitz auftrete. Es gelang damals, die Gegensätze noch zu überbrücken; es war aber klar, daß sie dadurch nicht aus der Welt geschafft waren.

Das Jahr 1916 brachte einen um so schärferen Kampf, obwohl wir zu Anfang des Jahres insgesamt nur etwas mehr als 50 U-Boote überhaupt hatten; nur der dritte Teil der U-Boote konnte gleichzeitig im Kampfgebiet tätig sein; ungefähr ein Drittel war in Reparatur, ein Drittel auf Hin- und Rückfahrt; später verschob sich das Verhältnis der kämpfenden U-Boote zur Gesamtzahl bis auf 1 : 5. Die treibende Kraft im politischen Kampf war Staatssekretär von Tirpitz, der allerdings über seine Absichten nie vollkommene Klarheit zu erkennen gab. Um diese zu erhalten, hatte ich in der ersten Hälfte Januar mit ihm eine eingehende Aussprache gepflogen. Herr von Tirpitz beklagte sich, daß er in der ganzen Frage des U-Bootkrieges nichts zu sagen habe; schon bei der ersten Aufnahme desselben im Februar 1915 sei er nicht gefragt worden; er habe den damaligen Termin für verfrüht und für ganz falsch gewählt gehalten. Ich erinnerte den Staatssekretär an sein im November 1914 veröffentlichtes Interview mit dem amerikanischen Journalisten von Wiegand, worauf er erwiderte, daß in diesem von einem Termin für die Aufnahme des U-Boot-

krieges nicht die Rede gewesen sei, eine Entgegnung, die nicht gerade überzeugend wirkte. Heute, meinte Herr von Tirpitz, sei seine „unerschütterliche Überzeugung, daß die Marine durch den rücksichtslos geführten U-Bootkrieg in der Lage sei, England in sechs Wochen auf die Knie zu zwingen, daß es bedingungslos um Frieden bitten müsse". Ich erinnere mich dieses Wortlautes ganz genau, weil auf meine Frage hin Herr von Tirpitz ihn wiederholte und mir die Behauptung als eine sehr gewagte sofort auffiel. Wenige Tage darauf (17. Januar) richtete ich an den Chef des Admiralstabes von Holtzendorff ein Schreiben, in dem ich auf die Meinungsverschiedenheiten in der U-Bootfrage hinwies und die Beantwortung folgender drei Punkte erbat:

> „1. Halten Sie es für sicher, daß der lückenlos geführte U-Bootkrieg, in dem kein U-Boot aufzutauchen hat, in angemessener Frist England zum Nachgeben zwingt? 2. Würde ein U-Bootkrieg, der Ausnahmen verschiedener Art gestattet und U-Boote zum Auftauchen zwingt, den gleichen Erfolg haben? 3. Gibt es ein anderes Mittel im Machtbereich der Marine, um England zum Nachgeben zu zwingen?"

Wenige Tage nach Abgang des Briefes entwickelte Herr von Holtzendorff in einer längeren Besprechung mit mir, daß nur der rücksichtslos geführte U-Bootkrieg gegenüber England einen Erfolg bringen könne. In sechs Monaten könnten die U-Boote erreichen, den Engländern so viel Schiffsraum zu vernichten, daß sie sicher zum Frieden geneigt wären. Aber dieses Resultat sei nur zu erreichen, wenn die U-Boote jedes Schiff, auch jedes neutrale, ohne vorherigen Anruf torpedieren könnten. Ein anderes Mittel habe die Marine nicht, um England zum Nachgeben zu zwingen. Die Schlußentscheidung jedoch, ob dieses Kriegsmittel gewählt werden könne, sei eine rein politische und liege beim Reichskanzler, der die Gesamtverantwortung zu tragen habe. Ich wies darauf hin, daß, wenn die Marine in der Lage sei, die U-Bootsblockade über ganz England so wirkungsvoll zu verhängen, es ihr doch noch viel leichter möglich sein müßte, die Kohlenhäfen Englands durch Minen und U-Boote zu sperren und Frankreich und Italien durch Absperren der Kohlenzufuhr friedensbereit zu machen; die Kohlenschiffe könnten ohne Anruf torpediert werden; es seien nur feindliche Schiffe, Verwicklungen mit Neutralen seien hieraus nicht zu befürchten. Obwohl ich auf diesen teilweisen, gegen bestimmte Häfen gerichteten uneingeschränkten U-Bootkrieg wiederholt aufmerksam machte, hat die Marine es doch nie versucht,

diesen Weg zu gehen. Ich schlug ferner vor, daß die Marine, da sie gerade im Mittelmeer so große Erfolge erzielt habe, doch dazu übergehen möge, die Zufuhr nach Saloniki restlos abzusperren und so auf dem Balkan dem Krieg ein Ende zu bereiten. Auch dieser Vorschlag wurde nicht akzeptiert. Einige Tage darauf (22. Januar) fragte mich Herr von Holtzendorff, warum ich die drei präzis formulierten Fragen an ihn gerichtet hätte. Ich erwiderte ihm, es sei geschehen, um absolute Klarheit zu erhalten; aber auch deshalb, weil Herr von Tirpitz mir erklärt habe, daß der „rücksichtslose" U-Bootkrieg England schon in sechs Wochen zum bedingungslosen Frieden zwingen werde. Admiral von Holtzendorff meinte, ich müßte mich verhört haben; ich bestritt dies mit allem Nachdruck. Der Unterschied in den Terminen des Herrn von Tirpitz (sechs Wochen) und des Herrn von Holtzendorff (sechs Monate) fiel mir auf; ich habe dies auch dem Reichskanzler alsbald mitgeteilt.

Vor meiner Abreise in den Orient (Anfang Februar 1916) wurde eine Erweiterung des U-Bootkrieges in den maßgebenden Kreisen beschlossen und in einer Denkschrift niedergelegt, welche irrtümlicherweise weite Kreise als die Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges auffaßten. Es entwickelte sich überhaupt in jenen Tagen unter Angabe phantastischer Zahlen eine Stimmungsmache für den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die nur mit der zu vergleichen war, wie im Mai 1915 durch den Druck der Straße in Rom die italienische Regierung zur Kriegserklärung gezwungen werden sollte. Dies war meines Wissens das erste Mal, daß auch in Deutschland die „Straße" Politik machte. Als ich aus dem Orient zurückkehrte, fand ich ein politisches Tollhaus in Berlin vor: wer nicht für den uneingeschränkten U-Bootkrieg war, wurde als Vaterlandsfeind, Antinationalist, Flaumacher usw. bezeichnet. Auf nüchterne Fragen, was denn aus Deutschland werden solle, wenn, wie man ganz sicher annehmen müsse, die Vereinigten Staaten von Amerika dann in den Krieg eintreten würden, blieben diese Seehelden der Studierstube die Antwort schuldig oder sagten, daß sich das „nachher finden" würde, oder auch, der U-Bootkrieg werde „so rasch wirken, daß Amerika zum Eintritt in den Krieg gar nicht mehr Zeit finde".

Ich hatte am 27. Februar mit einem maßgebenden Offizier des Admiralstabes eine weitere Unterredung, in der ich ihm darlegte,

daß in den bekannten sechs Monaten doch günstigstenfalls die Gesamttonnage um 4,8 bis 5 Millionen Tonnen verringert werden könne, daß in diesem Zeitraum aber die Gegner mindestens eine Million Tonnen bauen könnten und daß die 1,7 Millionen Tonnen deutscher Tonnage, die in neutralen Häfen liegen, uns sicher verloren seien. Die Gesamtminderung der Weltflotte betrage also nur 2,3 Millionen Tonnen, was selbst bei der englischen Tonnage von 18 Millionen Tonnen nur ein Achtel ausmache; es sei ganz ausgeschlossen, daß England bei einer solchen Verminderung um Frieden bitte. Der Marineoffizier gab mir die Richtigkeit meiner Berechnung zu und erklärte, daß ich die Leistungen unserer Marine viel zu hoch angesetzt habe; dann warf er die drei Fragen auf: 1. Müssen wir? (Die deutsche Kraft nehme ständig ab, das Landheer könne nicht alles leisten, die Marine müsse die für sie gebrachten Opfer rechtfertigen.) 2. Können wir? (Er glaube ja sagen zu dürfen.) 3. Dürfen wir? (Darüber falle die Entscheidung in den nächsten Tagen im Großen Hauptquartier.) Auf meine ganz bestimmte Frage: „Sind Sie felsenfest davon überzeugt, daß die Marine durch den „rücksichtslosen" U-Bootkrieg England in kürzester Frist niederringen wird?" antwortete der Kapitän: „Wir hoffen es." Ich erwiderte: „Also ganz unbestimmt." Ein anderer Marineoffizier an maßgebender Stelle suchte meine Bedenken wegen des Eintritts Amerikas in den Krieg durch die Frage zu zerstreuen: „Wer weiß ein anderes Mittel, um England niederzuzwingen?" Ich erwiderte, daß das von ihm vorgeschlagene Mittel das gewünschte Ziel nicht erreichen werde und schlug erneut vor, die Marine möge doch erst in einem kleineren Arbeitsgebiet zeigen, welche Aufgaben sie erfolgreich bewältigen könne (Absperrung von Saloniki, Absperrung der englischen Kohlenausfuhr). Was die letztere Maßnahme betrifft, so wurde mir endlich die Antwort zuteil, daß die Sperrung der Kohlenausfuhr marinetechnisch unmöglich sei, da die Kohlen von England unter starker Bewachung über den Kanal gingen, dann die Küste entlang nach Le Havre und von da durch die Eisenbahn ins Innere; hier aber könne die Marine mit U-Booten nicht erfolgreich auftreten. Ich erwiderte, daß, wenn die englische Kohlenausfuhr, die ich auf mindestens 30 Millionen Tonnen im Jahr schätzte, diesen Weg gehe, es doch noch viel leichter sei, daß die Getreideeinfuhr nach England, die jährlich höchstens 7 Millionen Tonnen ausmache, den umgekehrten Weg einschlage;

so falle die ganze Behauptung von der Möglichkeit der Aushungerung Englands durch die U-Boote in sich zusammen.

Naturgemäß und bedauerlicherweise konnten solche Erörterungen nicht an der Öffentlichkeit geführt werden, die überwiegend in dem uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht den Weg zum Verderben, sondern zur Rettung Deutschlands sah. Noch einmal siegte die kühle Vernunft und die politische Leitung; denn im März 1916 schied Tirpitz aus dem Reichsmarineamt. Der nationalliberale Führer Bassermann schrieb ihm eine Abschiedsbroschüre, in der es heißt: „Der treue Pilot stieg vom Flaggschiff herab", und feierte dann den „großen Staatsmann Tirpitz". An Bismarck erinnernd hieß es: „Zu Tirpitz werden wir in sein Schwarzwaldreich wallen, wenn wir Rats erholen wollen über unsere Streitmacht zur See und deren künftigen Ausbau." Der Abschied von Tirpitz war der Anfang des parlamentarischen Kampfes um den uneingeschränkten U-Bootkrieg, den die Nationalliberalen eröffneten, voran deren Führer Bassermann, dem allerdings das Mißgeschick passierte, daß er seine eigene Fraktion hierbei spaltete. Nach langem zähen Kampf hinter den Kulissen wurden sämtliche Anträge der Parteien an die Kommission verwiesen, die sie in geheimer Aussprache beriet, ohne an das Plenum Bericht zu erstatten. Für öffentliche Aussprache im Plenum traten — die Extreme berührten sich — die Konservativen und die Unabhängigen Sozialdemokraten ein. Wie weit der Kulissenkampf ging, zeigte mir ein Schreiben des Vorsitzenden des Flottenvereins, des Fürsten Salm, vom 23. April, an den Chef des Zivilkabinetts, in welchem sich unter anderem folgende Sätze fanden: „Wenn die Vereinigten Staaten uns den Krieg erklären, so kann uns gar nichts Besseres passieren; denn dann bekommen wir die Handlungsfreiheit zurück, auf die wir leider bisher verzichtet haben." Dann folgte die damals schon wie eine ansteckende Krankheit wirkende „Sechsmonatsfrist"; „endlich müsse ganze Arbeit gemacht werden"; der uneingeschränkte U-Bootkrieg würde bei unserem Volk einen „Schrei der Freude" auslösen. Die Antwort fiel im Auftrag des Kaisers allerdings scharf ablehnend gegenüber „einem derartig unsubstanzierten Eingriff" in die kaiserlichen Regierungsgeschäfte aus. Ich führte den Kampf gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg mit Nachdruck weiter, in der Erkenntnis: Tritt Amerika in den Krieg ein, dann ist der Krieg verloren. Ich hielt an dieser Überzeugung auch dann

fest, als aus meiner eigenen Partei heraus sich immer lauter der Ruf nach dem uneingeschränkten U-Bootkrieg erhob.

Den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg zu verhindern, sah ich als die wichtigste politische Aufgabe an. Fast alle Marinekreise waren blind. Um nicht durch deren Treiben das ganze Volk in das Verderben reißen zu lassen, schlug ich im Juni 1916 dem Admiralstab erneut vor, er möge durch die vollkommene Absperrung Irlands der Welt zeigen, was die Marine leisten könne. Der Admiralstab lehnte auch dies ab und hielt den Plan für technisch undurchführbar. Beim Oktoberzusammentritt der Reichstagskommission wurde der schärfste Vorstoß für sofortige Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs vollzogen; man stützte sich dabei auf die Behauptung, daß Hindenburg und Ludendorff unbedingt die sofortige Anwendung dieses Kriegsmittels heischten. Die militärische Autorität dieser beiden Männer sollte jedes politische Bedenken niederschlagen. Ich fragte gleich in einer der ersten Sitzungen den Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow: es sei als absolut sicher anzunehmen, daß mit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges über kurz oder lang die Vereinigten Staaten von Amerika uns den Krieg erklären würden; wenn ich mich nun selbst auf den Standpunkt stellen könnte, daß die U-Boote England in kurzer Frist zum Frieden zwingen würden, so möge mir doch der Staatssekretär sagen, durch welches Mittel er einen Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen gedenke. Herr von Jagow antwortete in der ihm eigenen kurzen Art, daß es ein solches Mittel eben nicht gebe und darum dürfe der uneingeschränkte U-Bootkrieg nicht begonnen werden. Damit hätte die ganze Erörterung ihr Ende finden können; nun aber suchte Staatssekretär Helfferich durch lange Ausführungen, gestützt auf eine Unmenge von Zahlenmaterial, darzutun, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg England nicht zum Aushungern bringen könne und somit ein sicheres Fiasko in dieser Richtung bedeute. Die Farben wurden dabei so stark aufgetragen, daß bei allen Anwesenden der Eindruck entstehen mußte, daß Deutschland unter keinen Umständen den uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen würde. In der Nachmittagssitzung desselben Tages wurde dann eine Abschwächung dieses Eindrucks versucht. Der neue Staatssekretär des Reichsmarineamts Capelle sprach sich vom marinetechnischen Standpunkt für die sofortige Aufnahme des

U-Bootkrieges aus; er gebrauchte unter anderem den kühnen Satz, daß die Bedeutung des Kriegseintritts Amerikas „gleich Null" sei; als ich ihm ein stürmisches, widerspruchsvolles „Oho" zurief, wiederholte er: „Gleich Null! Null!". Während Nationalliberale und die Rechtsparteien für die sofortige Aufnahme des U-Bootkrieges waren, verurteilte die Volkspartei (Demokratie) die unsachlichen und unlauteren Nachreden im Kampf um den U-Bootkrieg gegen die Reichsleitung. Die Sozialdemokraten lehnten es ab, ihren Standpunkt zum „rücksichtslosen" U-Bootkrieg abhängig zu machen von der Stellung, die die jeweilige Oberste Heeresleitung gegenüber dieser Frage einnähme; die Frage sei vom politischen Gesichtspunkte zu betrachten, die sozialdemokratische Fraktion aber lehne „auch heute die Anwendung der U-Bootwaffe ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Neutralen ab". Das Zentrum stellte gegenüber den Anhängern des U-Bootkrieges fest, daß der Reichskanzler allein für die politische Entscheidung über die Kriegsführung verantwortlich sei, daß die Entscheidung des Reichskanzlers sich „wesentlich auf die Entscheidung der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. Falle diese Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges aus, so dürfe der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein". Die ganze Aussprache endigte mit einem Bekenntnis der Reichstagsmehrheit zu der Auffassung des Reichskanzlers, die dahin ging, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg nicht begonnen werden sollte. Diese Stellungnahme wurde verstärkt durch zuverlässige Berichte aus den kriegführenden Ländern, wonach England dieses Kampfmittel „als unmittelbare Bedrohung seines Lebensnervs betrachte und demgegenüber die Waffen nicht eher niederlegen werde, als nicht seine traditionelle maritime Überlegenheit wiederhergestellt sei. Das Gefühl, Großbritannien könne von Deutschland auf dem Meer bezwungen und in seinen insularen Privilegien ernsthaft bedroht werden, würde auch den letzten Engländer auf den Plan rufen und selbst schon erschöpfte Kräfte der Nation zu neuem Leben und zu neuem Widerstand aufrütteln." Diese Meinung vertrat die Mehrheit des Reichstags ohne Kenntnis der amtlichen deutschen Schritte bei Präsident Wilson, den man um Vermittlung des Friedens angegangen hatte.

Erst im April 1917 erfuhr ich von den amtlichen Schritten die im zweiten Halbjahr 1916 von Deutschland bei den Vereinigten Staaten unternommen worden sind, um die Friedens-

vermittlung Wilsons zu erlangen. Mitte Juli 1916 erhielt nämlich Graf Bernstorff den amtlichen Auftrag, mit Präsident Wilson über die Einleitung einer Friedensaktion Fühlung zu nehmen. Präsident Wilson erklärte sich hierzu bereit und versprach, in einigen Wochen Näheres mit dem Botschafter zu besprechen. Als dann im August Rumänien den Krieg erklärte und nach Ungarn eindrang, teilte Wilson dem deutschen Botschafter mit, daß er im jetzigen Moment keine Friedensaktion einleiten könne, da der Krieg „zu sehr im Fluß" sei, die Entente zum letzten Schlag gegen die Mittelmächte ausหole und darum seine Friedensvermittlung keinen Erfolg haben könne. Als der rumänische Vormarsch zum Stillstand gekommen war und die Deutschen zur Offensive übergingen, erkundigte sich Graf Bernstorff im Oktober 1916 nach dem Stand der Dinge. Präsident Wilson erklärte, daß er ununterbrochen am Friedenswerk weiter arbeite, aber jetzt nicht hervortreten könne, da er mitten in der Wahlkampagne stehe; in den Vereinigten Staaten würde man sagen, daß er nur einen „Wahltrick" anwende; bei den kriegerischen Mächten würden seine Vorschläge keine Beachtung finden, da man seine Wahl als unsicher bezeichne. Graf Bernstorff stimmte dieser Auffassung zu. Bald nach der Wahl im November 1916 teilte Präsident Wilson dem Grafen Bernstorff mit, daß er nun mit voller Energie die Friedensaktion unternehmen und vor Weihnachten mit seiner Kundgebung an die Welt hervortreten werde. Graf Bernstorff sagte ihm Unterstützung der gesamten Aktion zu. Ohne vorherige Verständigung Wilsons kam dann plötzlich und überraschend das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. Wilson war darüber sehr empört. Graf Bernstorff erklärte, daß infolge der mangelhaften Verbindungen mit Deutschland es wohl unmöglich gewesen sei, Wilson vorher zu benachrichtigen; Wilson möge seine Aktion ruhig fortsetzen. Er kam dann auch am 18. Dezember 1916 mit seiner Friedenskundgebung heraus. Nachdem die Antwort der kriegführenden Mächte bei Wilson eingelaufen war, teilte dieser dem Graf Bernstorff mit, daß er trotz des scheinbaren Mißerfolges seine Friedensvermittlung fortsetzen werde, und zwar durch eine neue Note, die er im Februar herausgeben wolle. Graf Bernstorff war darüber sehr erfreut, wies auf das deutsche Friedensangebot hin und erklärte, daß er alles tun werde, was er könne, um dieses Bemühen zum Erfolg zu führen.

Ohne jede Ankündigung und ganz unvermutet für Amerika begann Deutschland am 1. Februar 1917 den uneingeschränkten U-Bootkrieg, was Wilson mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortete; er lehnte auch ab, Graf Bernstorff zu einer Erklärung zu empfangen. Später erhielt Wilson die Nachricht von der Mexikodepesche des Staatssekretärs Zimmermann. Einem angesehenen Holländer gegenüber erklärte Präsident Wilson, daß er mit Deutschland nicht mehr weiter verhandeln könne; in der einen Hand habe er die deutsche Zusage der Unterstützung der Friedensaktion, in der anderen Hand die deutsche Mexikonote. Alle diese Tatsachen wurden sowohl der deutschen Öffentlichkeit wie auch dem Reichstag vorenthalten. Durch die Darlegung derselben im Zusammenhang bin ich den Ereignissen etwas vorausgeeilt.

Kaum war das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 in die Welt gesandt, als bereits am 22. Dezember 1916 der Admiralstab die sofortige Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges forderte. Staatssekretär von Jagow, ein Hauptgegner dieses Kampfmittels, war schon im November 1916 gegangen; sein Nachfolger Zimmermann stellte sich viel freundlicher zum U-Bootkrieg. In allen Abteilungen des Auswärtigen Amts — diese waren sonst nur selten einig — war man der Überzeugung, daß es unter keinen Umständen zur Anwendung dieses Kampfmittels kommen dürfe. Die logisch schärfste Bekämpfung fand dieses Kampfmittel bei dem Leiter der Rechtsabteilung. Die Referenten der politischen Abteilung hatten einmütig beschlossen, ihre Ämter niederzulegen, wenn der uneingeschränkte U-Bootkrieg begonnen würde, um durch dieses letzte Druckmittel vom verderblichen Weg zurückzuhalten. Unser Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, ließ keine Gelegenheit unbenutzt, um immer wieder zu melden, daß der U-Bootkrieg die Kriegserklärung Amerikas automatisch nach sich ziehen müsse, daß man auf der anderen Seite ihm Zeit lassen möge, um seine Friedensvermittlungen fortzusetzen.

Zu aller Welt Überraschung fiel Anfang Januar 1917 im Großen Hauptquartier die Entscheidung zugunsten des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Reichskanzler von Bethmann Hollweg beugte sich leider dem Beschluß, den er in seinem Innersten stets für ein Verderben hielt. Am 16. Januar 1917 unternahm ich nochmals bei ihm einen Versuch, zurückzuhalten, und schrieb ihm, daß für den

Fall des uneingeschränkten U-Bootkrieges doch Personendampfer ausgeschlossen und nach den Regeln des Kreuzerkrieges behandelt werden mögen:

„Personendampfer können von Handelsdampfern leicht unterschieden werden. Der Kommandant eines U-Bootes erklärte mir, daß man Personendampfer von Handelsdampfern so gut unterscheiden könne wie einen Ochsen von einer Katze. Personendampfer haben nur wenig Handelstonnage. Die Fracht, die sie befördern, ist äußerst gering. Die zu erwartenden Anklagen gegen die deutsche Barbarei werden erheblich kleiner sein, wenn Personendampfer nicht ohne weiteres torpediert werden. Auch bietet sich hier noch die Möglichkeit, dem schärfsten Konflikt mit Amerika vorzubeugen."

Weiter regte ich die Hinausschiebung des Beginns des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf Ende Februar oder Anfang März an; leider vergebens. Dem in der Schweiz weilenden Fürsten Bülow ließ ich damals sagen: „Ich befürchte den schnellsten Bruch mit den Vereinigten Staaten." Am 19. Januar machte ich einen letzten Versuch bei Admiral von Holtzendorff; er erklärte mir zu meiner Überraschung, daß Personendampfer ungefährdet verkehren könnten, vorausgesetzt, daß sie keinerlei Bannware bei sich führten, eine bestimmte Route einhielten und durch zu verabredende Abzeichen kenntlich gemacht würden. Was die politische Leitung an Vorschlägen auf diesem Gebiete bringe, werde selbstverständlich genehmigt werden. Doch wurde diese Zusage nicht gehalten.

Der 1. Februar 1917 wurde der Beginn des nationalen Unglücks. Noch kurz zuvor hatte in einer vertraulichen Sitzung der Reichstagskommission Staatssekretär Helfferich mit denselben Zahlen, die er im Oktober gegen den U-Bootkrieg anführte, nunmehr zu beweisen versucht, daß der U-Bootkrieg jetzt begonnen werden müsse. Ich erinnere mich noch, wie sämtliche Mitglieder der Kommission sich um den Redner gruppierten. Als ich allein sitzen blieb, fragte mich der Reichskanzler über den Tisch hinweg, warum ich mich für den Vortrag nicht interessierte. Ich erwiderte ihm, daß ich diese Zahlenkünste nicht mit anhören könne. Schon im Februar habe ich aus den Kreisen der französischen und englischen Freimaurerei erfahren, daß die Stimmung in England gegenüber der durch den U-Bootkrieg geschaffenen Lage die der äußersten Entschlossenheit sei: „Jeder Brite fühle mit der Regierung, daß ein Zurück unmöglich sei und daß jede durch neue Abwehrmaßnahmen bedingte Verlängerung des Krieges in Kauf genommen werden müsse. Eine Aushungerung Englands sei aus-

geschlossen." In Deutschland dagegen wurden die ersten Resultate zunehmender Versenkung feindlicher und neutraler Schiffe mit der Begeisterung politischer Kinder aufgenommen — trotz der amerikanischen Kriegserklärung. Um die Sechsmonatrechnung aufrechtzuerhalten, hat Staatssekretär Helfferich später die englische Ein- und Ausfuhr einiger Monate 1916 und 1917 einander gegenüberstellen lassen und mit einer Mindereinfuhr von 20 und mehr Prozent paradiert. Auf meine Frage am 2. Mai, warum in der Statistik die Einfuhr von Reis vergessen worden sei, was mir um so auffallender erscheine, als der Reisvorrat Englands ein gewaltiger sei und der Ausfall an Brot dadurch gedeckt werden könne, erhielt ich die Antwort, daß England die Veröffentlichung der Reiseinfuhrzahlen eingestellt habe, und daß ein Ersatz des fehlenden Brotgetreides durch Reis „bisher" in England nicht in Aussicht genommen sei. Tatsächlich zeigte sich aber, daß England seine Reiseinfuhr von 4,4 Millionen Cwt. im Jahre 1913 auf 5,4 Millionen Cwt. im Jahre 1914, auf 10 Millionen Cwt. im Jahre 1915 und auf 8,7 Millionen Cwt. im Jahre 1916 gesteigert hatte, und daß Reis und Gerste damals von wesentlichem Einfluß für die englische Versorgung wurden. Um dieselbe Zeit erfuhr ich aus der französischen Freimaurerei über die politische Wirkung des U-Bootkrieges in England: „Daß der U-Bootkrieg England zum Frieden zwingen oder die Friedensgeneigtheit von Lloyd George beschleunigen wird, ist ausgeschlossen."

Am 16. Juni 1917 überreichte ich dem Admiralstab und den politisch verantwortlichen Stellen nebenstehende Berechnung über den voraussichtlichen Stand der Welttonnage Ende 1917.

Die Antwort vom 3. Juli, die sich auf die Nachprüfung durch einen „Sachverständigen" stützte, war so nichtssagend, daß ich dem Admiralstab (5. Juli) zurückschrieb, es sei auf den Kernpunkt meiner Statistik über die Welttonnage überhaupt nicht eingegangen worden; „wenn man sich gar nicht die Mühe gibt, zu untersuchen, ob die Aufstellung, daß Ende des Jahres eine Welttonnage von über 38 Millionen Tonnen bei glänzender Fortführung des U-Bootkrieges noch da ist, zutreffend ist, so erweckt ein solches Gutachten den Anschein, daß gegen die Statistik, wie ich sie aufgestellt habe, nichts Stichhaltiges eingewandt werden kann." Am 3., 6. und 7. Juli brachte ich angesichts der nichtssagenden Antwort des Admiralstabs die Berechnung im Haushaltsausschuß vor, um dar-

Voraussichtlicher Stand der Welttonnage am Ende 1917

Die Welttonnage am 30. Juni 1914 betrug laut „Lloyd Register“:

	Br.-Reg.-T.
a) Dampfschiffe	45403877
b) Segelschiffe	3685675
	49089552

Neubau in	1.7./31.12. 1914 Brutto-Reg.-T.	1915 Brutto-Reg.-T.	1916 Brutto-Reg.-T.	1917 Brutto-Reg.-T.	Insgesamt Brutto-Reg.-T.	
England . .	842000*	651000*	582000†	1200000§	3275000	
Niederlande	59000*	217592†	211693†	180000§	668285	
Österr.-Ung.	17000*	—	—	—	17000	
Belgien . .	9000*	—	—	—	9000	
Brit. übers. Gebiet .	24000*	22000*	50000§	50000§	146000	
China . . .	6000*	20000§	30000§	30000§	86000	
Dänemark .	17000*	51000†	37000†	50000§	155000	
Frankreich .	57000*	41000†	39000†	40000§	177000	
Deutschland	194000*	180000†	82000†	50000§	506000	
Italien . .	22000*	22000*	60000†	60000§	164000	
Japan . .	43000*	98000†	246000†	300000§	687000	
Norwegen .	27000*	62000*	45000	50000§	184000	
Rußland .	1000*	1000*	—	—	2000	
Spanien . .	3000*	14000†	11000†	10000§	28000	
Schweden .	8000*	26000†	40000†	40000§	114000	
Vereinigte Staaten .	101000*	177000†	555000†	1500000§	2333000	8561285
						57650837

Verluste der Weltflotte durch Seegefahr usw. ab Juli 1914 bis Ende 1917 — 3½ Jahre à 1%, jährlich über 40000000 Br.-Reg.-T.	1400000§	
Verluste der feindlichen und neutralen Handelsflotte durch Tauchboote bis Ende April 1917 laut Mitteilung des deutschen Marinestabes (s. Ec. St. B. Nr. 72 47)	7600000*	
Verluste item von Mai bis Dezember 1917 geschätzt	8000000§	
Verluste der deutschen und österreichisch-ungarischen Handelsflotte durch Minen und Torpedos	450000§	
Verluste der feindlichen und neutralen Flotte durch Minen usw. bis Ende 1917	2000000§	19450000
Voraussichtliche Welttonnage am Ende 1917		38200837
oder in Prozenten der Welttonnage am Ende 1915		77,82%

Anmerkung: Wo keine Quelle angegeben, sind die mit einem * bezeichneten Zahlen den Ec. Stat. Berichten vom 9. Februar 1916 (Seite 75) und die mit einem † bezeichneten Zahlen „In et Uitviver“ vom 7. März 1917 (Seite 229) entnommen. Die mit § bezeichneten Zahlen beruhen auf Schätzung.

zutun, daß die Behauptung, der Friede könne innerhalb sechs Monaten oder in einem abzumessenden Zeitraum durch den U-Bootkrieg herbeigeführt werden, ein großer politischer Trugschluß sei; selbst wenn man annehme, daß der Entente Ende des Jahres nur 30 Millionen Tonnen zur Verfügung stünden, und jedes Schiff nur fünfmal jährlich beladen würde, so könne mindestens eine Gütermenge von 150 Millionen Tonnen bewegt werden; bei der durch den Krieg hervorgerufenen höchsten Ausnutzung der Schiffe, genau entsprechend der bei den Eisenbahnen, dürfe man aber mit einer Ladefähigkeit von 180 Millionen Tonnen rechnen. Diese Gütermenge sei vollkommen ausreichend, um die dringendsten Lebensbedürfnisse der gesamten Entente zu befriedigen und das Kriegsmaterial zu befördern. Rechne man für das ganze Jahr 1918 eine monatliche Versenkung von 1 Million Tonnen, also einen Gesamtverlust von 12 Millionen Tonnen, der nur durch 3 Millionen Tonnen Neubauten etwas gemildert würde, so habe die Entente immer noch mindestens 27 Millionen Tonnen Welttonnage für sich und die Neutralen zur Verfügung. Selbst wenn für den internationalen Verkehr nur 24 Millionen Tonnen in Betracht kämen, so ließen sich damit bei fünfmaliger jährlicher Fahrt 120 Millionen Tonnen und bei der durch den Krieg erwiesenen möglichen Überbefrachtung zirka 144 Millionen Tonnen befördern, eine Menge, die auch im Jahre 1918 für die Entente noch ausreichend wäre, um den Krieg fortzuführen. Man scheine in Marinekreisen gar nicht zu wissen, mit welcher Energie namentlich England Hilfsmittel in seinen Dienst stelle. In Holland seien 600 Kähne zum Durchschnittsgehalt von 600 Tonnen aufgekauft worden, welche eine Tonnage von 360 000 Tonnen darstellen; diese Flußkähne seien seefähig gemacht worden. Mit dieser neuen Tonnage befördere England die größten Munitionsmengen über den Kanal und führe Verwundete auf ihnen zurück. Man könne daraus entnehmen, welche Mengen von Tonnage durch zweckentsprechende Verwendung gespart werden könnten. Nach meiner festen Überzeugung sei der uneingeschränkte U-Bootkrieg trotz des nunmehr beschlossenen vermehrten Baues von U-Booten auch im Laufe des Jahres 1918 nicht in der Lage, Friedensgeneigtheit zu schaffen, geschweige denn den Frieden zu erzwingen. Ehe England sich „auf die Knie“ zwingen lasse, gebe es lieber Saloniki, Ägypten, Indien auf, da es im Falle des verlorenen Krieges diese Gebiete doch

preisgeben müßte. So würden die 8 Millionen Tonnen für militärische Zwecke, welche der Admiralstab immer als eine feststehende Größe an Tonnage in Abzug bringe, zum größten Teil frei werden für andere Bedürfnisse; kurzum: nie sei eine Berechnung leichtfertiger und oberflächlicher gemacht worden als die, mit der man den raschen Erfolg des U-Bootkrieges zu beweisen versucht habe. Auf dieser total falschen Berechnung aber seien die folgenschwersten politischen Entscheidungen für das Vaterland getroffen worden. Staatssekretär Capelle konnte meinem Zahlenmaterial nichts Wirksameres als allgemeine Phrasen entgegensetzen, mit der Behauptung, es sei in keinem Parlament über die Wirkungen des U-Bootkrieges „so geringschätzig geurteilt" worden als von mir, obwohl ich die Leistungen im einzelnen voll anerkannt hatte und nur die politischen Wirkungen bestritt. Auf meine Erinnerung daran, daß die Marine früher die amerikanischen Truppentransporte als „willkommene Beute für unsere U-Boote" bezeichnet hätte, daß aber bis jetzt nur ein einziger Truppentransporter versenkt worden sei, erhielt ich die verblüffende Antwort, daß die amerikanischen Truppen im Golf von Biskaya gelandet würden, in welchem die U-Boote nicht erfolgreich tätig sein könnten, da er zu stürmisch sei — als ob der Golf von Biskaya erst im Jahre 1917 unruhig geworden wäre! —, und die zweite Antwort, daß die Truppentransporte im Konvoi fahren und von Abwehrmitteln zu Wasser und in der Luft begleitet und bewacht würden, eine Maßnahme, welche ich bereits im Jahre 1916 Marinekreisen vorausgesagt hatte, die aber damals mir gegenüber als einem „Nichtfachmann" mit der Bemerkung abgetan wurde, daß es ganz unmöglich sei, eine größere Anzahl von Schiffen im Konvoi zu sammeln; wenn sie beieinander seien, so könnten die U-Boote sie um so leichter der Reihe nach abschießen.

In jenen Tagen wurden mir auch interessante Mitteilungen darüber gemacht, mit welchem unglaublichen Leichtsinn militärische Stellen sich auf das „Gutachten" von Getreideimporteuren in der Beurteilung der Wirkung des U-Bootkrieges stützten. Nächste Anverwandte eines solchen für die Oberste Heeresleitung tätigen Sachverständigen ließen mir mitteilen:

> „Der Skandal, daß dieser Mann im Hauptquartier als Sachverständiger gelte, liege nicht darin, daß er es nicht sei, sondern daß er von militärischen Kreisen als solcher empfohlen werde, weil man

> dem Kaiser einen Juden und Freisinnigen habe vorstellen wollen, der sich vom uneingeschränkten U-Bootkrieg Erfolg verspreche und der zudem als Sachverständiger hinsichtlich der Weltgetreideversorgung gelte, obwohl der Mann in allen seinen Angaben in der Öffentlichkeit sich immer wieder getäuscht habe."

Doch die Täuschungsversuche wurden als angenehmer politischer Opiumrausch aufrechterhalten. Staatssekretär Helfferich, der nach einem durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreiteten Interview vom 17. August „über eine besonders eingehende Sachkenntnis in der U-Bootfrage verfügt", berechnete zu Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges Englands Tonnage auf 10 Millionen Tonnen, von denen inzwischen 5 Millionen Tonnen versenkt sein sollten. Die Berechnungen der Welttonnage lehnte er ab und schätzte das Mindestmaß der für das zivile England unentbehrlichen Tonnage auf 6 Millionen Tonnen; von den 10 Millionen Tonnen würden in einem halben Jahre 3 bis 4 Millionen Tonnen versenkt; er schloß mit den Worten:

> „Unsere U-Boote treiben England Tag für Tag unerbittlicher vor die Wahl zwischen ausreichender Nahrungsmittelzufuhr und ausreichender Materialzufuhr, zwischen der Fristung des Lebens und Erhaltung der Kampffähigkeit. Weicht es einem Druck aus, so verfällt es um so stärker dem anderen. Wir halten den Feind zwischen eisernen Schrauben. Vor dem Krieg und während des Krieges haben wir den Gegnern die Wahl gelassen zwischen unserer Hand und Faust. Sie haben die Faust gewählt, sie sollen sie haben."

Noch phantasievoller ging der Admiralstab vor in einer Denkschrift vom 2. August, die er der Reichshaushaltskommission überreichte, und in der er den Bestand der englischen Handelsflotte am 1. Februar 1917 auf 18 Millionen Tonnen, am 1. Januar 1918 auf 13,2 Millionen Tonnen berechnete, um dann den großen Rechenfehler zu begehen, $10^1/_2$ Millionen Tonnen für militärische Zwecke in Abzug zu bringen, welche durch 2,35 Millionen Tonnen neutraler Schiffe vermindert würden. Am 1. Oktober sollten nur noch zur Verfügung stehen 5,45 Millionen Tonnen und am 1. Januar 1918 4,05 Millionen Tonnen. Dann folgte am Schluß der kühne Satz: „Sämtliche Ansätze sind so vorsichtig, daß wahrscheinlich die Verminderung in Wirklichkeit noch erheblich stärker ist." Die Unverfrorenheit, mit der der Admiralstab dem Reichstag solche Milchmädchenrechnungen unterbreitete, veranlaßte mich zu der Frage, ob es noch irgendeinen denkenden Menschen in der Kommission gebe, der solche Zahlen ernst nehme. Ich mußte allerdings

zugeben, daß der Abgeordnete Stresemann auf die Mätzchen des Admiralstabes hereinfiel, indem er es

> „im Anschluß an die Rede des Kapitäns Brüninghaus als Erfolg des U-Bootkrieges bezeichnete, daß in Australien 3 Millionen Tonnen Getreide mangels Schiffsraums von Mäusen aufgefressen worden seien. Da habe ich mir die bescheidene Frage vorgelegt, wie viel Mäuse denn zur Vertilgung dieses Quantums notwendig gewesen seien."

Am 17. April 1918 hat endlich Staatssekretär Capelle im Hauptausschuß die Erklärung abgegeben, daß durch den U-Bootkrieg das Ende des Krieges in absehbarer Zeit nicht herbeigeführt werden könne.

Die Aufklärung des deutschen Volkes über die wahren Verhältnisse wurde durch das Militär unmöglich gemacht. Als ich im September 1917 nach Annahme der Friedenszielresolution in einer Rede in meinem Wahlkreis darauf hinwies, daß wir im Februar 1916 noch nicht einmal ein halbes Hundert U-Boote gehabt hätten (in der Öffentlichkeit wurde nämlich ohne jeden Widerspruch von amtlicher Seite die phantastische Zahl von 300 und mehr U-Booten genannt), hat das Reichsmarineamt nicht nur — allerdings vergeblich — versucht, ein Strafverfahren wegen Landesverrats gegen mich einzuleiten, sondern es wurde der Abdruck der Rede in Deutschland überhaupt verboten. Als ich Ende September 1917 in Ulm einen weiteren Vortrag halten wollte, hat mir der Kommandant der Festung untersagt, über die U-Bootfrage auch nur ein Wort zu sagen, ebensowenig aber dürfe ich der Versammlung mitteilen, daß ein solches Verbot erlassen worden sei. So hat das Militär und die Marine die Wahrheit zu Tode gedrückt.

Das ganze Elend der U-Bootfrage erfuhr der Reichstag erst am 28. September 1918 von dem neuen Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann. Im Januar 1918 hatte Deutschland 143 U-Boote frontbereit, am 21. September 1918 154; davon war in der Regel ein Drittel am Feind, die anderen zwei Drittel auf den Werften zu Reparaturen oder auf der Rückfahrt. Die Verluste vom Dezember 1916 ab schwankten im Monat zwischen 3 und 14, die Neubauten zwischen 3 und 12; bis Ende 1919 sollten die Neubauten auf 24 gehen. Es konnte also trotz Menschen- und Materialmangels die Zahl der Neubauten erheblich erhöht werden; Ritter von Mann aber hat die erhöhte Zahl noch-

mals um 50 Prozent gesteigert, so daß er im Dezember 1918 36 neue Boote bekommen hätte; die Maschinenfabriken und Werften hätten diese vermehrte Leistung zugesagt. Ich erwiderte, daß diese Darlegungen sehr betrübend seien, weil sie bewiesen, daß der Reichstag mit seinem Drängen auf vermehrten U-Bootbau recht gehabt habe. Die Staatssekretäre Tirpitz und Capelle gehörten wegen Landesverrats vor den Staatsgerichtshof, denn sie hätten nicht die Zahl der U-Boote gebaut, die sie hätten bauen können; wenn Tirpitz mehr Boote gebaut und weniger Politik getrieben hätte, wäre Deutschland besser daran; was nütze die große Zahl von U-Booten im Jahre 1919, wenn Deutschland es bis dahin nicht aushalten könne.

So endete die letzte U-Bootsdebatte im Reichstag.

18. Kapitel

Friedensbemühungen

Deutschland, von Feinden umringt, konnte trotz der anfänglichen glänzenden Waffenresultate kein wichtigeres und dringenderes politisches Ziel haben, als möglichst bald zum Frieden zu kommen. Der unglückliche Ausgang der Marneschlacht — von da ab sah General von Falckenhayn den Krieg als verloren an — hat auch die militärische Notwendigkeit eines raschen Friedens dargelegt. Unter sämtlichen Staatsmännern Deutschlands sah Herr von Jagow die Dringlichkeit des Friedensschlusses am klarsten ein; er war es, der im vertrautesten Kreise von Anfang an der Meinung Ausdruck gab, daß Deutschland zufrieden sein müsse, wenn es „mit einem blauen Auge" aus dem Weltkrieg herauskomme. Die von mir vor der Marneschlacht in einem vertraulichen Schreiben vom 2. September 1914 an den Reichskanzler dargelegten Friedensziele habe ich sehr bald zurückgenommen, da sie auf einem erheblichen Irrtum über die militärische und politische Gesamtlage beruhten. Leider aber haben Kreise, welche die innerpolitische Führung an sich zu reißen suchten, schon um Mitte des Jahres 1915 als Schlagwort ausgegeben: „Kein vorzeitiger Friede"; „kein flauer Friede"; es sei nur an die bekannten Eingaben der sechs großen Wirtschaftsverbände von Industrie und Landwirtschaft vom März und Mai

1915 erinnert. Der wilde innerpolitische Kampf um den U-Bootkrieg hat den Ruf nach dem Frieden zurückgedrängt und nicht recht aufkommen lassen. Die deutsche öffentliche Meinung wurde für Friedensaktionen von der verantwortlichen politischen Stelle nicht reif gemacht.

Politisch unerwartet und unvorbereitet kam daher das Friedensangebot der deutschen Regierung vom 12. Dezember 1916, von dem ein neutraler Diplomat mir sagte: „Sie haben den Frieden nicht angeboten, sondern angedroht unter Zuchthausstrafe bei Ablehnung." In stolzen Worten hieß es damals: „Mit Gottes Hilfe haben unsere herrlichen Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor." Dem Papst teilte man mit: „Unerschüttert stehen die ruhmreichen Heere der Verbündeten schützend vor den Grenzen ihrer Heimatländer, erfüllt und getragen von dem Bewußtsein, daß es den Gegnern niemals gelingen wird, den Heereswall zu durchbrechen." Solche Worte konnten die Friedenstür nicht öffnen, da sie innerlich unwahr waren. Am 18. November 1919 mußte General Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung zugestehen: „Im Dezember 1916 war unsere Lage trotz unserer Erfolge in Rumänien und im Osten und hie und da im Westen so außerordentlich ernst, daß auf einen Sieg zu Land allein nicht gerechnet werden konnte." Sieben Tage vorher erklärte der Staatssekretär von Capelle vor dem Untersuchungsausschuß: „Um die Jahreswende von 1916 auf 1917 war ich derselben Ansicht wie die Oberste Heeresleitung und der Reichskanzler, nämlich, daß unsere Lage sehr ernst war. Es blieb uns nichts anderes übrig, als das letzte Kriegsmittel einzusetzen, um uns vor dem Untergang zu retten." Diese wahre Lage kannte der Gegner schon damals besser, als die deutsche Reichsleitung annahm.

Statt nun die Friedensaktion politisch eingehend vorzubereiten, kam sie wie ein Schuß aus der Pistole. Ich reiste Anfang Dezember 1916 in die Schweiz; unmittelbar vor meiner Abreise sagte mir der Reichskanzler, ich möchte meine Adresse im Auswärtigen Amt hinterlassen, da ich vielleicht in dringenden Angelegenheiten zurückberufen würde. Am 8. Dezember erhielt ich in Zürich die Depesche des Auswärtigen Amts, sofort auf dem schnellsten Wege nach Berlin zurückzukehren. Eine telephonische Anfrage an das Auswärtige Amt von Friedrichshafen aus, um was es sich handle, wurde

dahin beschieden, daß man die Angelegenheit nicht telephonisch mitteilen könne; ich möchte raschestens weiterreisen. In der Reichshauptstadt angekommen, wurde mir unter dem Gebote strengster Verschwiegenheit das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 mitgeteilt; niemand dürfe von demselben etwas wissen; die Wirkung müsse eine überraschende sein. Meine Vorstellung, daß doch international der Boden mindestens bei den Neutralen vorbereitet werden müsse, blieb ohne Wirkung. Die Führer der Fraktionen wurden erst in letzter Stunde unterrichtet. Die Wirkung war im Ausland wie die eines kalten Blitzstrahls, der nicht zündet. Damals wurde keinem Abgeordneten, auch mir nicht, mit irgend einem Wort angedeutet, daß die deutsche Regierung schon seit Mitte des Jahres den Präsidenten Wilson wiederholt zur Einleitung einer Friedensvermittlung ermuntert, dieser auch zugesagt hatte, nach seiner Wiederwahl um die Weihnachtszeit mit derselben herauszukommen, und daß er daher auf das Höchste überrascht sein mußte, als Deutschland ihm am 12. Dezember mit einer eigenen Friedensaktion unangekündigt und unvorbereitet zuvorkam. Man hat diese Politik später damit zu rechtfertigen gesucht, daß man „zwei Eisen im Feuer" haben wollte, hat aber damit keines zum Schmieden gebracht, sondern sich an beiden die Finger verbrannt. Im Reichstag fand das Friedensangebot eine günstige Aufnahme; nur die Rechte verhielt sich ablehnend. Man hat auch im Verlauf der Besprechungen dem Reichstag nichts über die angeregte und vorbereitete Aktion Wilsons mitgeteilt und namentlich auch nichts darüber, daß der Heilige Stuhl die Aktion Wilsons sofort auf das Nachdrücklichste unterstützte; auch mir ist weder die Tatsache einer diesbezüglichen päpstlichen Depesche noch deren Inhalt eröffnet worden. Wilsons Aktion wäre bei voller Kenntnis dieser Vorgänge im Reichstage ganz anders gewertet worden.

Während man Wilsons Schritt von vornherein die Wirkung nahm, hat die überraschende Art des deutschen Friedensangebots und die bombastische Begründung desselben auf die Gegner nicht den gewünschten Eindruck gemacht; als vollends die unglückselige Rede des Kaisers, die er am 13. Dezember 1916 im Elsaß an die Soldaten hielt, bekannt wurde, konnte sich kein praktisches Resultat mehr einstellen; da hieß es, daß ein „Gottesgericht" über Rumänien hereingebrochen sei, „daß wir absolut Sieger seien" usw. Der Großorient Paris hat sich am 16. Dezember 1916 an den Großorient Rom mit dem

dringenden Ersuchen gewandt, allen Einfluß aufzubieten, um eine in Paris befürchtete schwächliche Haltung der italienischen Regierung zu verhindern. Der Großorient Rom lehnte den Gedanken, Italien könne eine die gemeinsamen Interessen der Verbündeten gefährdende Haltung einnehmen, entschieden ab, wenn er auch dabei auf die gedrückte Stimmung im Lande hinwies; man könne sich in Paris auf die italienische Freimaurerei und die Bundestreue des Kabinetts Boselli unbedingt verlassen. Die deutsche Reichsleitung hat dann die noch vorhandenen geringen Aussichten restlos zerstört durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Am 31. Januar 1917 teilte der Reichskanzler einem kleinen Kreis von Vertretern aller Fraktionen die letzte Depesche, die er dem deutschen Botschafter nach Washington gesandt hat, mit; sie enthielt, in allgemeinen Kapitelüberschriften umschrieben, die Friedensziele Deutschlands und sollte Präsident Wilson überreicht werden mit der Mitteilung von der Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Graf Bernstorff konnte diesen mehr als sonderbaren Auftrag nicht mehr ausführen.

Trotz des Londoner Abkommens vom September 1914, wonach kein Glied der Entente zum Abschluß eines Sonderfriedens berechtigt sein soll, sind selbstverständlich alle Möglichkeiten versucht worden, um entweder zu einem Sonderfrieden oder über diesen zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen. Das günstigste Land hierfür schien Rußland. Bei meinen verschiedenen Reisen nach Stockholm sind mir Einzelheiten über diese Bemühungen in reichem Maße bekannt geworden. Ende März 1916 hat der deutsche Industrielle Stinnes den japanischen Gesandten in Stockholm um eine Unterredung bitten lassen, die in Anwesenheit des deutschen Gesandten von Lucius stattfand. Nach den mir gewordenen Mitteilungen erklärte der deutsche Gesandte seinem japanischen Kollegen, daß seiner Meinung nach der Moment zum Abschluß des Friedens zwischen Deutschland und Japan gekommen und daß auch die russische Regierung einem Friedensschluß nicht abgeneigt sei. Der japanische Gesandte erwiderte, daß Japan einen überstürzten Friedensschluß nicht brauche und auch ein Sonderfriede für sein Land unmöglich sei; auch Rußland werde infolge seiner Verpflichtungen gegenüber den Alliierten einen Sonderfrieden nicht abschließen. Der deutsche Gesandte antwortete, wenn niemand die Initiative zur Einleitung von Friedensverhandlungen

ergreife, so bestehe überhaupt keine Möglichkeit zur Herbeiführung des Friedens; es sei doch angezeigt, daß Japan, Rußland und Deutschland zu diesem Zweck einen halboffiziellen, vertraulichen Meinungsaustausch eröffneten. Daraufhin erklärte sich der japanische Diplomat bereit, den Inhalt der Unterredung seiner Regierung nach Tokio mitzuteilen. Stinnes schlug vor, daß einflußreiche Vertreter Rußlands, Japans und Deutschlands sich in Stockholm treffen sollten, um einen Meinungsaustausch über die Friedensbedingungen herbeizuführen; dann könne man gegenseitig die Verbündeten verständigen und den Boden zu Verhandlungen zwischen den Kriegführenden vorbereiten. Der japanische Gesandte glaubte nicht, daß seine Regierung Rußland zur Entsendung solcher Vertreter auffordern würde, und versicherte, daß er über die Friedensbedingungen Japans nicht informiert sei. Die von Stinnes ausgesprochene Bitte um vertrauliche Behandlung hat nicht verhindert, daß die russische Gesandtschaft alsbald informiert wurde; diese aber behandelte die Angelegenheit so wenig vertraulich, daß ich bereits wenige Stunden nach meiner Ankunft in Stockholm von derselben erfuhr, ebenso auch von einer anderen Unterredung, die Mitte April 1916 zwischen dem deutschen und japanischen Gesandten in Stockholm stattgefunden hatte, in der Japan Kiautschou angeboten wurde; für die Eisenbahnen und das deutsche Privateigentum in China sollte Japan eine Entschädigung leisten. Auch dieser weitere offizielle diplomatische Schritt führte zu keinem Resultat, schon weil, wie gesagt, alle solche Fühler sofort bekannt wurden.

Sehr unglücklich verlief auch eine Unterredung, die der spätere russische Minister Protopopow mit Dr. Warburg aus Hamburg, der der deutschen Gesandtschaft zugeteilt war, in Stockholm hatte und die dort damals das Tagesgespräch bildete. Der Russe, der die Unterredung vermittelte und dieser beiwohnte, hat mir seine Ansicht dahin mitgeteilt, daß ein eigentliches politisches Gespräch kaum begonnen hätte und daß es Herr Warburg gewesen sei, der die Kosten der Unterhaltung getragen hätte, indem er auf die günstige Lage Deutschlands in bezug auf Lebensmittel und auf die Zwecklosigkeit der Weiterführung des Krieges für Rußland hingewiesen habe; auch habe er weitgehende Grenzberichtigungen in Kurland für Deutschland gefordert, ebenso ein selbständiges Polen, bestehend aus österreichischen und russischen Gebietsteilen. Die

Bekanntgabe dieser Unterredungen in Rußland hat dort gewaltiges Aufsehen erregt und Deutschland sehr geschadet.

Im September 1916 mehrten sich in geradezu auffallender Weise die Nachrichten über die Möglichkeiten eines Friedens mit Rußland. Eine Weltpersönlichkeit ließ mir als ihren Eindruck am 20. September 1916 mitteilen,

> „wenn er die Weltlage, wie sie sich heute seinem besorgten Auge darstelle, überblicke, so müsse er sich zu dem Schluß für berechtigt halten, daß Rußland das einzige Land des Vierverbandes sei, mit dem in Friedensverhandlungen eingetreten werden könne, und daß Rußland weiter, wenn es nach außen sein militärisches Prestige gewährleistende Erfolge erziele, das Land sei, das den Frieden am ersten wollen werde. Der Schlüssel liege in der Person Stürmers, in dem sich eine andere Weltanschauung verkörpere als in Ssasanow, der dadurch, daß er selbst die Leitung der Außenpolitik in die Hand genommen habe, zum Ausdruck bringe, daß er die gesamten Geschicke Rußlands im Geiste seiner Weltanschauung lenken wolle."

An demselben Tage wurde mir aus Petersburg direkt bekannt, daß maßgebende russische Beamte sich dahin ausgesprochen hätten, „daß man des Krieges überdrüssig sei und sehr gern einen Frieden mit Deutschland schließen würde". Diese Tatsache blieb den Gegnern Stürmers selbstverständlich nicht unbekannt. Der Umstand, daß Stürmer den Oktobristen Protopopow zum Innenminister gemacht hatte, und die Veröffentlichung der Besprechung mit Dr. Warburg, erzeugte Mitte November 1916 die auffallend scharfen Reden von Miljukow und Schulgin in der Duma, die mit dem Sturz des „Friedens-Ministerpräsidenten" Stürmer endigten. Der russische Gesandte in Stockholm, Nekludow, äußerte sich im vertrauten Kreis dahin, „daß die Kadetten noch nicht gewagt hätten, Stürmer wegen seiner Pläne anzugreifen, trotz der Reorganisation der russisch-englischen Gesellschaft in Petersburg und der tätigen Mithilfe des englischen Botschafters Buchanan; erst die deutsche Proklamation in Polen hätte den Kadetten die Kraft zu einem Sturmlauf gegen Stürmers Politik gegeben". Miljukow sagte in seiner Rede ganz offen von Stürmer, daß die Augen des Feindes voll Hoffnung auf ihn gerichtet seien, da er bereit sei, in der Frage der Verständigung mit den Feinden nicht viel mit dem Ehrenstandpunkt des russischen Staates zu rechnen und so Rußlands Prestige und Ansehen unter den Völkern wieder zu vernichten. Die Folgewirkung der deutschen Proklamation der Selbständigkeit Polens war, daß Stürmer nicht nur die gesamte Duma wie einen Mann gegen

sich hatte, sondern auch die Majorität des Kabinetts. Miljukow hatte, wie der russische Gesandte Nekludow erzählte, während seiner Rede in der Reichsduma „mit der Verlesung der für Stürmer schmeichelhaften Zitate aus deutschen Zeitungen die größte Wirkung erzielt. Diese Verlesung sei für Stürmers Sturz eigentlich entscheidend gewesen.“ Nekludow gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Deutschen nicht einsehen, wie sie durch ihre ungeschickte Taktik, die ihnen Wohlgesinnten in Feindesland in ihrer Presse hervorzuheben und deren Friedensneigung kundzutun, nicht nur diese Persönlichkeiten kompromittierten, sondern auch der Friedenssache selbst schadeten. Die Indiskretionen mancher deutscher Vermittler verleideten jede Mittätigkeit an einer Friedensarbeit überhaupt.

Anfang Januar 1917 wurde mir von zuverlässiger Seite die Situation in Rußland als unhaltbar geschildert und wörtlich mitgeteilt:

> „Unter den Offizieren wird der Zar nur der „Holsteiner“ genannt. Die größte Dummheit, die er begangen hat, ist, daß er den Oberbefehl über die Armee übernommen hat; infolgedessen werden alle in der Armee begangenen Fehler ihm zur Last gelegt. Man kann jeden Tag erwarten, daß der Kaiser, die Kaiserin und der Thronfolger ermordet werden. Die Großfürsten sind fast alle weit von Petersburg fortgeschickt worden, weil der Kaiser sie fürchtet. Der Zar regiert selbstherrlich, aber es kommt vor, daß die Minister warten müssen, bis er nüchtern ist. Jeder Mensch sagt sich in Rußland, die Revolution steht vor der Tür; sobald der Friede geschlossen ist, bricht sie los. Die alten russischen Offiziere, auf welche der Zar sich verlassen konnte, sind alle tot. Die jüngeren Offiziere gehören zur Miljukow-Partei. Wenn es eine Revolution geben sollte, so ist auf sie und das von ihnen befehligte Militär nicht zu rechnen.“

Wenige Wochen darauf wurde Wahrheit, was im Dezember 1916 der Kadettenführer Maklakow in Moskau über die „Politik am Hof“ mitgeteilt hatte. Der Kampf um die innere Reform in Rußland drängte die Friedenssehnsucht in den Hintergrund. Als die Entente von der Friedensgeneigtheit am Hofe deutlichere Spuren entdeckte, hat der englische Botschafter das Signal zum Ausbruch der Revolution gegeben; diesen erlebte ich an der russischen Front in Brest-Litowsk, wo ich mit dortigen militärischen Stellen Besprechungen hatte.

Alsbald nach meiner Rückkehr begab ich mich zu gutinformierten russischen Persönlichkeiten in Stockholm. Von dort aus erinnerte ich in einem Schreiben vom 27. März 1917 den Reichskanzler an

eine Unterredung, in der er mir gesagt hatte, der Weltkrieg könne nur durch ein großes Weltereignis beendigt werden: nach meiner Ansicht sei ein solches nunmehr in der russischen Revolution eingetreten; wer jetzt Rußland helfe, sich im Innern zu konsolidieren, habe den großen Trumpf für die Zukunft in der Hand. Das neue Rußland dürfe in Deutschland nicht seinen Feind erblicken; es müsse vielmehr unser Freund und Verbündeter werden. Die Lage sei ähnlich wie 1866, wo Bismarck durch seine von dem König und den Militärs zuerst nicht verstandene Mäßigung die Schaffung des Deutschen Reichs und später das Bündnis mit dem geschlagenen Österreich-Ungarn ermöglichte. Das russische Kriegsziel sei erreicht durch die Beseitigung der Autokratie. So sei einer jener Momente in der Menschheitsgeschichte gekommen, von denen Bismarck schreibe, „daß er sich in dem größten Augenblick seines Lebens damit begnügt habe, beim Schreiten der Vorsehung durch die Weltgeschichte den Saum des Kleides der Vorsehung zu berühren". Ich legte auf Grund meiner Besprechungen den Entwurf zu einer Rede im Reichstag bei, in der betont werden sollte, daß Deutschland sich in die innerpolitischen Verhältnisse Rußlands nicht einmische, daß Deutschlands Söhne an der Entwicklung der russischen Kultur erheblichen Anteil genommen hätten; Deutschland liege es vollkommen fern, Rußland einen entehrenden Frieden zumuten zu wollen; Rußland könne in seinem Innern sich alle Freiheiten geben, die sein Volk wünsche, nach außen bleibe ihm volle Entwicklungsfreiheit. Die Reichskanzlerrede vom 29. März trug diesem Wunsche Rechnung und erweckte in Rußland das erwartete Echo.

Die Anfang April veröffentlichte Kundgebung der neuen russischen Regierung war, wie ich dem Chef des Marinekabinetts mitteilte, ein „verhülltes Friedensangebot, das die rasche Verständigung mit Rußland ermöglicht". (Die russische Regierung erklärte darin, daß sie das eigentliche nationale Rußland vom Feind befreit haben wolle, daß sie Polen volle Freiheit gebe und daß sie auf jede Annexion verzichte.) Jetzt müsse rasch eine entsprechende Gegenantwort von Deutschland erfolgen. Man könne an einen Brief des Kaisers an den Reichskanzler denken. Dabei dürfe von einem Sonderfrieden nicht gesprochen werden. Das stoße die Russen vor den Kopf und vernichte alle Friedenskeime. Man dürfe Rußland keine Treulosigkeit zumuten; es genüge, wenn Rußland seinen Verbündeten erkläre, daß es den Krieg nicht weiter-

führen könne, dann müßten die Verbündeten eine klare Stellung nehmen. Der Kaiser müsse den Kanzler öffentlich ermächtigen, jederzeit mit der russischen Regierung Friedensverhandlungen einzuleiten. An demselben Tage hatte ich mit dem Reichskanzler und den maßgebenden politischen Stellen Besprechungen, um die gebotene deutsche Antwort herbeizuführen. Im Großen Hauptquartier äußerte man Bedenken gegen eine große Aktion der Regierung; die Oberste Heeresleitung halte den Moment noch nicht für gekommen, um von deutscher Seite aktiv einzugreifen, während aus Wien die Nachricht kam, daß man dort unter allen Umständen eine Antwort auf die Erklärung der russischen Regierung abgeben wolle. Ich schlug vor, daß dann mindestens im deutschen Regierungsblatt eine Erklärung zu erfolgen habe; dies geschah auch. Meine russischen Bekannten wünschten mich wenige Tage darauf dringend in Stockholm zu sprechen. Vor der Abreise sagte mir der Reichskanzler, der nächste Schritt müsse darin bestehen, daß Rußland bevollmächtigte Delegierte entsende, um die amtlichen Verhandlungen aufzunehmen; den Erwerb der Narewlinie bezeichnete der Reichskanzler mir gegenüber als deutsche Mindestforderung. Bei den Unterredungen in Stockholm stellte sich heraus, daß in der Petersburger Regierung die Stimmung über den Friedensschluß noch unentschieden war, namentlich infolge des steten Schwankens von Miljukow; durch die Rückreise und Besprechungen der russischen Herren sollte eine weitere Klärung erreicht werden. Dabei wurde der Entwurf für den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Rußland aufgestellt; derselbe fand nach meiner Rückkehr die Billigung des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts. Eine Abschrift, die ich an den mir bekannten Chef des Marinekabinetts sandte, gelangte zur Kenntnis der Obersten Heeresleitung, welche den Entwurf irrtümlich bereits als eine „Abmachung" ansah und erklärte, daß der Abschluß des Waffenstillstandes eine rein militärische Angelegenheit sei und in ihre Zuständigkeit falle. Deutsche Marinestellen sahen es als ihre Aufgabe an, meine mit Wissen des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts erfolgten Schritte in Stockholm zu überwachen und die Arbeit zu erschweren. Trotz der wenig klaren deutschen Erklärung vom 25. April 1917 nahmen doch die Dinge in Rußland einen günstigen Verlauf. Am 2. Mai teilte mir Staatssekretär Zimmermann mit, daß General Ludendorff ihm eröffnet habe,

russische Delegierte suchten an der Front Fühlungnahme mit deutschen Bevollmächtigten, um unsere Friedensbedingungen zu erfahren; Ludendorff habe als Bedingung für den Waffenstillstand verlangt: freie Durchfahrt durch die Dardanellen, Verzicht Rußlands auf Konstantinopel, ein freies Polen, Wiederherstellung der alten Grenzen des Jahres 1914 unter Vorbehalt von Grenzberichtigungen; Ludendorff habe wohl zuerst vom Erwerb von Kurland und Litauen gesprochen, sei aber dann bereit gewesen, die Forderung für jetzt zurückzustellen und auf jede Kriegskostenentschädigung zu verzichten. Diese Wünsche deckten sich im allgemeinen mit dem Inhalt der Besprechungen, die ich in Stockholm gepflogen hatte. Ein nationalistisches Dumamitglied klagte damals in seinem Kiewer Blatt, daß die Agitation für einen Separatfrieden überhandnehme und auf die Straße getragen werde; man stelle England als den eigentlichen Feind dar. Leider wurde die deutsche Stellungnahme weiter getrübt durch das Dazwischenreden alldeutscher Elemente, welche ohne Auftrag weitergehende Friedensbedingungen von russischen Politikern forderten. Die Reise der Delegation nach der Ostfront verlief ohne Resultat. Es zeigte sich kein russischer Delegierter.

Den damals verschärft einsetzenden Treibereien auf Ersatz von Bethmann Hollweg durch einen mir befreundeten General trat ich wegen der innen- und außenpolitischen Wirkungen überall mit Nachdruck entgegen. Mit größter Entschiedenheit legte ich jedoch dem Reichskanzler nahe, bei der bevorstehenden Reichstagssitzung ja keine Absage an das Friedensprogramm des russischen Arbeiter- und Soldatenrats: „keine Annexionen, keine Kontributionen" zu erteilen; denn aus Petersburg kam über Stockholm eine Depesche, welche günstige Aussichten eröffnete, aber davor warnte, daß in der Rede nur die Ablehnung der Annexionen nach Osten ausgesprochen, aber für den Westen freie Hand vorbehalten werde. Leider ging der Reichskanzler auf diesen Wunsch nicht ein; er sprach sich (15. Mai 1917) über die Kriegsziele überhaupt nicht aus, redete von einem „dauernden Verhältnis friedlichen Nebeneinanderlebens" zwischen Deutschland und Rußland und erklärte, daß Deutschland keine Forderungen erheben würde, die sich mit der Freiheit und dem Willen der beiden Völker selbst nicht vertragen und in das russische Volk nur den Keim zu neuer Feindschaft legen würden. Durch diese Rede wurden die Aussichten auf

Herbeiführung eines Friedens mit Rußland ungemein stark herabgedrückt. In den sozialdemokratischen russischen Blättern hieß es:

„Jeder, der Ohren und Augen hat, kann jetzt hören und sehen, daß der Reichskanzler von der Formel „Friede ohne Annexionen und Kontributionen" nichts wissen will ... Die Rede Bethmann Hollwegs hat viele Illusionen endgültig zerstört. Deutschland wird freiwillig auf die Ziele des Raubes und der Plünderung, die es mit diesem Kriege verfolgt, nicht verzichten. Die Rede Bethmann Hollwegs ist nicht mehr als eine zum tausendsten Male wiederholte Variante der unter Kindern beliebten Zungenübung: „Ich werde gehen, wenn du gehst, ich spreche, wenn du sprichst usw."

Die russischen bürgerlichen Blätter sahen in der Rede eine Absage an das sozialdemokratische Programm:

„Die dreijährige Politik des Liebedienerns, die Scheidemann mit allem Nachdruck verteidigte, hat mit einem Zusammenbruch geendigt. Für uns aber, die wir Deutschlands Feinde sind, können nur zwei Friedenswege existieren: Entweder Friede ohne Annexionen und Kontributionen, oder Friede mit Annexionen und Kontributionen. Wenn der Reichskanzler sich weigerte, einen von diesen Wegen zu beschreiten, bewies er, daß das offizielle Deutschland mit den Alliierten noch immer wie die Katze mit der Maus spielen will, daß das preußische Junkertum von seinem Traume von Eroberung und Weltherrschaft noch immer nicht lassen will."

„Noch niemals waren die Worte des Reichskanzlers von einem solchen Hochmut an die Adresse unserer Freunde und von einer so bedenklichen Freundlichkeit an die Adresse Rußlands erfüllt wie diesmal. Er fühlt sich schon heute als der Herr der Welt. Er droht den Westvölkern mit einer schweren Strafe dafür, daß sie noch nicht die Hoffnung aufgeben, die deutschen Aspirationen auf die Welthegemonie zu stören. Uns aber hält er bereits für besiegt und verspricht, daß er auch dann nicht sehr brutal mit uns verfahren wird, wenn wir uns nicht sobald mit der Schande des Separatfriedens bedecken."

Die Friedensaktion kam ins Stocken, obwohl durch den Rücktritt Miljukows infolge der russischen Kundgebung vom 10. April der Weg erheblich erleichtert wurde. Am 11. Juni 1917 legte ich General Ludendorff, allerdings, ohne Erfolg in einem längeren Schreiben dar, daß der Moment gekommen sei, von Deutschland aus direkt oder indirekt an Rußland wegen Abschluß eines Waffenstillstandes heranzutreten, der bis zum 31. Oktober 1917 dauern solle, um Rußland die Möglichkeit zu geben, die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung durchzuführen; aus dem Waffenstillstand werde sich dann von selbst der Friede entwickeln; Deutschland laufe kein großes Risiko; trotz der von Kerenski hervorgerufenen neuen Kriegswoge machte sich von Woche zu Woche im russischen

Volk ein immer deutlicheres Abrücken von der Entente geltend. Kundgebungen von früheren russischen Staatsmännern, wie Baron Rosen und Baron Nolde, auf Herbeiführung eines baldigen Friedens brachten die Friedensförderung wieder mehr in Gang, bis diese durch die neue Revolution und den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in das aktivste Stadium eintrat. Die amtliche Meldung hierüber traf am 10. November 1917 in Berlin ein. Die Oberste Heeresleitung hat jedoch dieselbe zwei Tage, bis zum 12. November nachmittags, zurückgehalten, ohne jemand hiervon Kenntnis zu geben.

Die neue russische Regierung Lenin beabsichtigte zunächst, mit den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags Verhandlungen aufzunehmen, kam aber dann davon ab und schlug direkte Verhandlungen von Regierung zu Regierung vor, die Ende des Monats November durch Parlamentäre bereits aufgenommen wurden und trotz des Protestes der Ententemächte zum Abschluß des Waffenstillstandes führten. Dabei gingen die russischen neuen Machthaber davon aus, daß ein allgemeiner Friede möglichst bald kommen solle. Um diesen zu erreichen, wurde Trotzki von dem Rat der Volkskommissare beauftragt, sich auch an den Papst zu wenden mit der Bitte, „seinen Einfluß auf die katholischen Länder im Sinne eines unverzüglichen Friedensschlusses geltend zu machen". An den rasch zustande gekommenen Waffenstillstand schlossen sich die mühsamen Friedensverhandlungen, bei welchen in Deutschland der Gegensatz zwischen Oberster Heeresleitung und der Mehrheit des Reichstags immer stärker hervortrat. Reichskanzler Graf Hertling nahm eine unentschiedene Stellung ein, so daß der auf dem Boden der Reichstagsmehrheit stehende Staatssekretär des Auswärtigen, von Kühlmann, eine äußerst schwere Aufgabe hatte. Am 20. Dezember 1917 fand eine Besprechung sämtlicher Parteiführer beim Reichskanzler statt, der versicherte, daß es sein aufrichtiges Bestreben sei, mit Rußland in freundnachbarlichen Verkehr zu treten und die guten Beziehungen wieder aufzunehmen; der Kaiser habe ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt, er habe als einzigen Unterhändler Staatssekretär von Kühlmann beauftragt. Kühlmann entrollte das Programm dahin, die Oberste Heeresleitung habe nur einen Delegierten nach Brest-Litowsk, dem Ort der Verhandlungen, zu entsenden. Es verhandle jede der verbündeten Mächte

einzeln mit Rußland, um ein ähnliches Vorgehen auch im Westen herbeizuführen. Die deutschen Friedensbedingungen seien:

> „1. Freies Selbstbestimmungsrecht für Polen, Litauen und Kurland. Der russischen Regierung sei bereits bekannt, daß die Volksvertretungen in diesen Ländern sich von Rußland getrennt hätten. Die Loslösung von Finnland, der Ukraine, Kaukasus und Sibirien werde Deutschland nur anerkennen, wenn es auch die russische Regierung tue. 2. Aufnahme geordneter Handelsbeziehungen in der Form, daß der alte Handelsvertrag zunächst auf drei Jahre weiterlaufe. 3. Wegfall der ganzen Kriegsgesetzgebung. 4. Gegenseitiger Austausch der Kriegsgefangenen. 5. Gegenseitiger Verzicht auf Kriegskostenentschädigung."

Gute Beziehungen zur russischen Regierung zu schaffen, sei Leitstern aller Verhandlungen. Durch den Abschluß des Präliminarfriedens, der uns wirtschaftlich und militärisch entlaste, werde eine neue Weltlage eintreten, welche aber nicht dazu benutzt werden solle, um „uferlose Pläne im Westen" zu verfolgen. Die Vertreter der Fraktionen forderten, daß sie in irgendeiner Form zu den Friedensverhandlungen zugezogen würden, was der Kanzler zusagte und was später in der Weise geschah, daß die Parteiführer über wichtige Schritte in Brest-Litowsk vorher informiert wurden. Die Annahme des russischen allgemeinen Friedensangebots „ohne Annexionen und Kontributionen" vom 25. Dezember durch die deutsche Friedensdelegation hatte die Oberste Heeresleitung in Harnisch gebracht. Ehe dieses Angebot und die Annahme durch Deutschland auf die Welt wirken konnte, kam schon die zweite deutsche Note vom 27. Dezember, die dem Frieden mit Rußland ein ganz anderes Gesicht gab und die Loslösung weiter russischer Gebietsteile forderte.

So sah sich Staatssekretär von Kühlmann veranlaßt, am 1. Januar 1918 eine Besprechung aller Parteien herbeizuführen, in der er über den bisherigen Gang der Dinge mitteilte, daß die russischen Delegierten sich gegenüber einem Sonderfrieden vollkommen ablehnend verhielten, sie hätten den allgemeinen Frieden verlangt. Die Bahn für einen Separatfrieden zwischen Rußland und den Mittelmächten werde erst bei einer ablehnenden Haltung der Westmächte frei. Wenn die deutschen Unterhändler mit dem Gedanken des Separatfriedens sofort hervorgetreten wären, wäre es zu Friedensverhandlungen überhaupt nicht gekommen. Würde die gesamte Entente auf das Friedensangebot vom 25. Dezember treten, so sei er fest überzeugt, daß auch hierbei ein ehrenvoller, die

vitalen Interessen des Reichs sichernder Friede zu erreichen sei; wahrscheinlich aber würde die Entente der Einladung nicht Folge leisten. Die zehntägige Pause werde benutzt, um alle vorbereitenden Arbeiten für einen Separatfrieden mit Rußland zu leisten. Im Vordergrund stehe die Regelung der territorialen Frage. Die russische Regierung habe für ihr Gebiet das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, und zwar bis zur äußersten Konsequenz desselben, den Bund mit Zentralrußland zu lösen. Die in den von Deutschland besetzten Gebieten vorhandenen verfassungsmäßigen Körperschaften hätten von diesem Recht Gebrauch gemacht und die Selbständigkeit ihrer Länder ausgesprochen. Diese Erklärungen habe er Rußland mitgeteilt; die russische Delegation sehe dieselben präsumtiv als Äußerungen des Volkswillens an, aber zu einem späteren Zeitpunkt müßte eine Bekräftigung auf breiter Grundlage vor sich gehen, und zwar durch Teilnahme der breitesten Volksschichten an der Kundgebung und unter Ausschließung jeden militärischen Druckes. In den rechtlichen und ökonomischen Fragen sei fast überall prinzipielle Übereinstimmung erzielt worden. Der Leitstern bei seinen Verhandlungen sei gewesen, Rußland nicht auf die Knie zu zwingen, um ein gesundes Verhältnis herzustellen. Er habe die Hoffnung, zu einem gedeihlichen Ende zu gelangen. Die Ukraine werde voraussichtlich gleichzeitig und einheitlich mit Rußland zum Frieden mit den Mittelmächten kommen. Der Friedensschluß sei dort erheblich erleichtert, da territoriale Differenzen nicht in Betracht kämen. Unsere Gegner würden gewiß in Petersburg alles tun, um den Frieden zu verhindern, aber ein Fait accompli könne keine neue Regierung mehr ändern.

In der Besprechung billigte ich es, daß die deutschen Delegierten den Gedanken des allgemeinen Friedens in den Vordergrund gestellt hatten, da nur hierdurch ein Resultat zu erzielen sei; ich würde auch den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Friedens auf der Grundlage der deutschen Erklärung aufs wärmste begrüßen. Wenn die Entente sich bereit erkläre, in Friedensverhandlungen einzutreten, müsse Deutschland sofort zustimmen. Komme es zu einem Separatfrieden mit Rußland, so müsse der Friede ein solcher sein, daß er von *ganz* Rußland angenommen werden könne, nicht nur von der bolschewistischen Regierung; dem Opiumrausch des Januar dürfe der politische Katzenjammer des Februar nicht folgen. Wir müßten mit Rußland dauernd in guten Beziehungen leben; dazu

sei in erster Linie notwendig, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den besetzten Gebieten ohne Vorbehalt anzuerkennen und die Befugnisse der daselbst gewählten Körperschaften wesentlich zu erweitern. Die militärische Räumung der Gebiete könne drei Monate nach Demobilisierung der russischen Streitkräfte erfolgen; dann könne die konstituierende Nationalversammlung in Polen, Litauen und Kurland einberufen werden. Auf diesen Vermittlungsvorschlag würde zweifellos die russische Delegation eingehen. Der unabhängige Sozialdemokrat Haase war erstaunt, daß die russische Delegation in ihrer Erklärung so weit gegangen war: er glaube, daß die Bolschewisten sich nicht lange halten könnten und daß bald eine bürgerliche Regierung kommen werde. Der alldeutsche Führer Graf Westarp äußerte erhebliche Bedenken gegen die allgemeine Formel „ohne Annexionen, ohne Kontributionen": im Rahmen einer solchen Formel könne für uns kein gesunder Friede geschlossen werden. Auch dem Selbstbestimmungsrecht der Völker stand er ablehnend gegenüber. Ich drang im Lauf der Verhandlungen erneut auf die Erfüllung der Wünsche des Landesrats in den einzelnen Ländern, da sonst die Gefahr vorhanden sei, daß von dem Landesrat öffentlicher Protest gegen Deutschland erfolge.

Tags darauf hatte ich eine eingehende Unterredung mit General Hoffmann, der sich hauptsächlich gegen die militärische Räumung der besetzten Gebiete aussprach und für Litauen und Kurland im Frieden mindestens sechs Armeekorps für nötig ansah. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wollte er nur als ein Mittel der Loslösung dieser Gebiete von Rußland ansehen; den Grafen Czernin bezeichnete er als unser Unglück in Brest-Litowsk. Doch zeigte sich eine Annäherung des gegenseitigen Standpunktes dahin, daß der Landesrat möglichst bald anerkannt und ihm die Verwaltung übertragen werde. Die von den Russen gewünschte Verlegung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm wurde bekanntlich abgelehnt und die Verhandlungen mit den Ukrainern aufgenommen. In den Verhandlungen spielte die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine größere Rolle. Als diese zu scheitern drohten, habe ich für die interfraktionelle Besprechung und von dieser genehmigt, folgende Leitsätze aufgestellt:

„1. Deutschland und Rußland setzen nach Anhörung von Vertretern von Polen, Litauen und Kurland die Grenzen dieser Gebiete fest. 2. Die in den besetzten Gebieten von Polen, Litauen und Kur-

> land während der Okkupationszeit errichteten Volksvertretungen (Landesrat, Regentschaftsrat) stellen in kürzester Frist fest, ob sie in ihrer jetzigen oder zu verändernden Gestalt der tatsächliche Ausdruck des Volkswillens unter Einbeziehung sämtlicher Parteien sind. 3. Die so vorhandene einstweilige Volksvertretung entscheidet alsbald nach dieser Feststellung über die Vereinigung ihrer Gebiete mit dem einen oder dem anderen Reich oder über die Bildung eines selbständigen Staates. 4. Dieser Volksvertretung wird alsbald nach dieser Entscheidung, soweit es technisch durchführbar ist, die gesamte Verwaltung ihres Landes übergeben. 5. Die militärische Räumung dieser Gebiete vollzieht sich innerhalb drei Monaten nach der Demobilisierung der russischen Streitkräfte. Nationale Milizen sorgen für Aufrechterhaltung der inneren Ruhe dieser Gebiete, falls die Volksvertretung nicht anders bestimmt. 6. Die einstweilige Volksvertretung hat schnellstens alle Vorbereitungen für eine auf demokratischer Grundlage konstituierte Nationalversammlung zu treffen."

Die Regierung hatte hauptsächlich Bedenken gegen die militärische Räumung und machte dann Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Ukrainern. In der Besprechung erklärte ich, die Lage in Deutschland sei heute ähnlich der im Januar 1917; damals habe man alle Bedenken gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg durch die bestimmte Zusage niederzudrücken versucht, daß England in sechs Monaten am Boden liegen würde; heute sage man, daß die bevorstehende Offensive gegen Frankreich in zwei bis drei Monaten absolut zum Frieden führen müsse. Die Enttäuschung des Jahres 1917 müsse zur größten Zurückhaltung in diesem Jahre mahnen. Die Rechtsgedanken müßten aufrechterhalten bleiben. Bei dem Ausbau der Randstaaten müsse man Rußlands Wünschen entgegenkommen; auch in der Frage der militärischen Räumung der besetzten Gebiete lasse sich leicht eine Verständigung herbeiführen, zumal Polen, Litauen und Kurland bereit seien, eine Militärkonvention mit Deutschland zu schließen; diese Militärkonvention enthalte zwei Teile: dauernde Bestimmungen und Übergangsbestimmungen. In den Übergangsbestimmungen könnten diejenigen Maßnahmen festgelegt werden, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz gegen Überfälle notwendig seien; nur die militärische Verwaltung müsse sofort aufhören; das fordere nicht nur Rußland, sondern auch übereinstimmend die Bevölkerung in den in Betracht kommenden Gebieten. Die russischen Delegierten suchten um eine Unterbrechung der Verhandlungen nach.

Die lange Abwesenheit des verantwortlichen Staatssekretärs von Kühlmann bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk stellte

sich immer mehr als ein schwerer Fehler heraus. Am 23. Januar 1918 weilte er zu einer kurzen Besprechung in Berlin, in der er gegen Bedenken wegen der ganzen Ostpolitik ausführte, daß die Grundlinien der Ostpolitik schon lange festgestanden hätten: bereits im Frühjahr 1917 seien feste Abmachungen zwischen dem Reichskanzler und den Verbündeten hierüber getroffen worden. Gegenüber der scharfen Pressekritik ging er auf den Ausgangspunkt der Friedensverhandlungen zurück: Rußland wollte den allgemeinen Frieden; seine Verbündeten nicht. Es mußte also von deutscher Seite eine Brücke gefunden werden für den Sonderfrieden mit Rußland. Diesem Zweck diente die Erklärung der deutschen Regierung vom 25. Dezember, bei deren Annahme die Entente auf sämtliche Eroberungen hätte verzichten müssen. Aus den Verhandlungen sei ihm heute noch nicht klar, ob Trotzki ernstlich den Frieden anstrebe oder ob er es auf eine Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn abgesehen habe. Der Unterschied in dem Verhalten der russischen Delegation vor und nach der Pause sei wie Tag und Nacht gewesen. Vor der Pause hätte die russische Delegation mit den Verbündeten gemeinsam gespeist; viele vertrauliche persönliche Aussprachen hätten stattgefunden. Nach der Pause hätte jeder private Verkehr aufgehört; der Ton sei frostig geworden; ein gemeinsames Essen habe man nicht mehr gehalten. Rußland sei ein Chaos. Der Friede mit der Ukraine sei so gut wie gesichert; der Wirtschaftsverkehr mit dem neuen Staat könne aufgenommen werden; es liege viel Getreide in der Ukraine. Phantasie sei es, wenn man davon spreche, daß eine Änderung in seinen Instruktionen eingetreten sei. General Hoffmann erhalte seine eigenen Instruktionen von der Obersten Heeresleitung, gehe aber nur im engsten Einvernehmen mit der politischen Leitung des Reichs vor. Der Kernpunkt des Streits sei nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht der Völker; vor Weihnachten habe die russische Delegation in Aussicht gestellt, daß die bereits bestehenden Landesräte präsumtiv als Ausdruck des Volkswillens anerkannt würden; nach Weihnachten habe sie sich rückwärts konzentriert. Trotzki wolle unter dem Vorwand der Beteiligung an der Volksabstimmung mehrere hunderttausend Emigranten in die besetzten Gebiete werfen, um den Umsturz hervorzurufen. Auf mein Drängen hin erklärte sich Staatssekretär von Kühlmann bereit, bei den Verhandlungen den Russen zuzugestehen, daß die jetzt vorhandenen Landesräte in den

besetzten Gebieten auf eine breitere Grundlage gestellt werden müßten.

Als Trotzki dann versuchte, einen Zustand „ohne Krieg und ohne Frieden" herbeizuführen und ein erneuter deutscher Vormarsch nach Estland und Livland einsetzte, wurde die Situation noch schwieriger, da die annexionistischen Kreise in Deutschland nunmehr die Angliederung dieser beiden Länder an Deutschland verlangten und die Loslösung auch ohne russische Zustimmung als gegeben ansahen. Im Reichstag und in Besprechungen mit dem Reichskanzler widersprach ich dieser Auffassung; die Zentrumsfraktion teilte meine Meinung: zur Loslösung von Estland und Livland von russischer Oberhoheit sei die Zustimmung Rußlands erforderlich; von deutscher Seite dürfe nichts geschehen, was als eine Verletzung oder illoyale Auslegung des Brest-Litowsker Friedens angesehen werden könnte; wenn unter Zustimmung Rußlands eine Loslösung vollzogen sei und die beiden Länder durch Vertretungen, welche auf breite Grundlage gestellt seien, die Erklärung abgäben, daß sie sich mit Deutschland vereinigen wollten, seien wir bereit, auf dieser Grundlage Voraussetzungen und Bedingungen für eine solche Vereinigung festzulegen. Durch diese Entscheidung des Zentrums wurde die Majorität des Reichstags für obigen Gedankengang gesichert, während die Rechnung der Annexionisten vereitelt wurde; doch so leicht gaben letztere nicht nach, zumal die Ritterschaft in jenen Ländern, ohne die breiten Volksschichten zu hören, sich für den Anschluß an Deutschland aussprach. Am 13. Mai 1918 war eine Delegation der est- und livländischen Ritterschaft beim Berliner russischen Botschafter Joffe, der jedoch die Annahme der Loslösungserklärung von Rußland und der Vereinigung mit Deutschland ablehnte und die Delegation an das Auswärtige Amt verwies, das ohne Unterstützung oder Empfehlung diese Proklamation Joffe übermittelte. Am 19. Juni 1918 fand darum eine erneute Aussprache der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler statt, die sich an die von mir angeregten Fragen anlehnte.

Die Verhandlungen über den sogenannten Ergänzungsvertrag von Brest-Litowsk zogen sich lange hin und drohten wiederholt zu scheitern; Erschwernisse brachte die bedauerliche Ermordung des deutschen Gesandten Graf Mirbach in Moskau und die plötzliche Abreise seines Nachfolgers Helfferich aus Moskau. Botschafter Joffe, der mit mir über den Vertrag am 11. August

sprach, äußerte nicht viel Hoffnung, daß die Sowjets den Vertrag genehmigen würden. Seine Mitarbeiter Krassin und Worowski haben sich noch viel schärfer ausgesprochen und betont, daß sie, sobald sie die deutsche Grenze überschritten hätten, sich offen auf die Seite der Entente stellen würden; der Vertrag enthalte die größte Demütigung, die man sich vorstellen könne; er sei kein dauernder Friedensvertrag. Joffe sagte, er habe dem Vertrag nur zugestimmt, weil er die Bestimmung enthalte, daß Deutschland sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse Rußlands einmische und die Loslösung russischer Gebietsteile nicht mehr unterstütze; die deutschen Generale zögen wie Eroberer in Rußland umher und errichteten neue Reiche nach Belieben, ganz wie zu Zeiten Alexanders des Großen. Durch den Ergänzungsvertrag sollte Rußland Estland, Livland und Georgien endgültig verlieren. Worowski, der die Verhandlungen mit Finnland führte, erklärte sarkastisch, das von Deutschland auch noch gewünschte Großfinnland sei wohl notwendig, wenn man einen König mieten wolle, der dann aus finnischem Granit eine Siegesallee bauen könne, die länger halten werde als der finnische Königsthron; zuerst habe man mit militärischer deutscher Hilfe aus dem finnischen Parlament die Sozialisten hinausgeworfen und dann unter der verbleibenden knappen bürgerlichen Mehrheit wiederum eine äußerst knappe Mehrheit für den Königsthron gefunden. Auch über die vorgesehene lange Besetzung des Dongebietes mit seinen Kohlen- und Erzschätzen äußerte sich die russische Delegation äußerst scharf. Doch Joffe sagte am Schluß, er sei bereit, alles zu unterschreiben, wenn nur Deutschland sich nicht mehr weiter an der Zerstückelung Rußlands beteilige und die russischen monarchistischen Generale Krasnow und Alexiew nicht mehr unterstütze. Die vereinbarte Sechs-Milliarden-Mark-Zahlung werde Rußland aufbringen, wenn Deutschland nicht mehr weiter vorrücke. Die russischen Unterhändler erklärten, daß ihre Regierung gefestigt sei, während man in Berlin damals mit dem baldigen Sturz der bolschewistischen Regierung rechnete und in Eile noch den Vertrag unter Dach und Fach bringen wollte. Vor seiner Abreise fragte mich Joffe, ob ich auch glaube, daß in diesem Herbst in Deutschland die Revolution ausbrechen würde. Selbstverständlich informierte ich über die ganze Unterredung sofort das Auswärtige Amt; ich glaube, daß Joffe in Moskau mehr über die von ihm geförderte deutsche Revolution Bericht erstattete als über den Vertrag; er kehrte nach wenigen

Tagen mit der Ermächtigung zurück, den Vertrag unterzeichnen zu dürfen, wenn er überzeugt sei, daß Deutschland denselben loyal erfülle.

Da traten im letzten Moment noch zwei Hindernisse ein: die inzwischen erfolgte Anwesenheit des Herzogs von Leuchtenberg in Berlin als inoffizieller Vertreter des Generals Krasnow, den die Bolschewisten „hassen wie die Pest". Die Bolschewisten schlossen daraus auf Verhandlungen mit Krasnow. Sodann kam die Einnahme von Baku durch die Engländer, ein politisch genialer Griff derselben, da Deutschland sich in den Verträgen verpflichtet hatte, daß die Türken nicht nach Baku gingen. Am 27. August 1918 unterzeichnete Joffe den Vertrag trotz der erheblichsten Bedenken. Staatssekretär von Hintze hatte ich am 21. August mitgeteilt, daß ich den Vertrag als einen äußerst schweren politischen Fehler ansehe, der auch „die deutsche Regierung gegen die übrige Welt friedensunmöglich mache"; der Vertrag selbst müsse vor der Ratifikation der Genehmigung des Reichstags unterbreitet werden. Es bestand nämlich die Absicht, den Vertrag sofort zu ratifizieren und beim Zusammentritt des Reichstags im Herbst um Indemnität nachzusuchen. Selbst in den Reihen des Auswärtigen Amts erhoben sich die schwersten Bedenken. Staatssekretär Solf, der damals auf Wunsch des Reichskanzlers eine vielbeachtete Friedensrede hielt, sagte, daß, wenn der Vertrag unterzeichnet würde, er nach seiner Rede „vor ganz Europa als Heuchler und Lügner" dastehe; aber er habe vor seiner Rede den Vertrag überhaupt nicht gekannt. Die Sozialdemokraten lehnten den Vertrag gleichfalls ab. Wenn alle diese Bedenken schließlich beseitigt und der Vertrag deutscherseits unterzeichnet wurde, so geschah es in erster Linie, weil der Kaiser Wert darauf legte, Herrscher in den baltischen Provinzen zu werden.

An dem Vertrag sollte aber niemand eine Freude haben. Die Bedingung, daß Deutschland sich verpflichte, den Russen zu helfen, daß die Türken nicht nach Baku kämen, rief den lebhaftesten Protest der Türkei hervor. Talaat-Pascha, „wütend wie ein Stier" darüber, daß „Deutschland mit dem Feind von gestern und dem Feind von morgen einen Vertrag abschließe gegen den Verbündeten der letzten vier Jahre" reiste nach Berlin, nachdem er in seinem ersten Unmut erklärt hatte, daß er, wenn der Vertrag aufrechterhalten bleibe, die Konsequenzen für die Türkei ziehe und das Bündnis für gelöst ansehe. Wien kannte den Inhalt des Vertrages

überhaupt nicht, ebenso nicht Bulgarien; beide Regierungen waren wenig erfreut, als sie erfuhren, daß Deutschland sechs Milliarden Mark von Rußland erhalte. Trotz aller Einwirkungsversuche vom Auswärtigen Amt hielt ich an meiner Ansicht fest, daß der Vertrag ein unverantwortlicher politischer Fehler sei: Voraussetzung für einen baldigen Friedensschluß sei eine konsequente und ehrliche Politik. Ich forderte wiederholt, daß die Ratifikation nicht vor der Genehmigung durch den Reichstag stattfinde, da ein solches Verfahren verfassungswidrig sei. Leider vertraten nicht alle Abgeordneten diese Auffassung. Als ich am 3. September den russischen Botschafter Joffe wieder sprach, war ich überrascht, mit welcher Leichtigkeit er den Vertrag aufnahm; die Abtretung von Estland und Livland bezeichnete er als ziemlich gleichgültig für die Bolschewisten; die Hauptsache sei, daß Deutschland jetzt den Bolschewisten helfe; die Bolschewisten hätten Zeit nötig. Ich wies Joffe auf die letzte Rede Lenins hin, der den Kampf gegen alle Tschechoslowaken in den Vordergrund stellte, um die russische Regierung so lange zu halten, „bis eine Weltrevolution ausbricht". Ich könne mir die Annahme der Verträge durch Rußland auch nur mit der Hoffnung auf eine Weltrevolution erklären. Joffe meinte gelassen: „Wir konnten nichts Besseres erreichen. Zeit und Ruhe ist für uns der Gewinn." Ich fragte ihn dann, ob die Abmachungen nach seiner Ansicht auch Deutschland Vorteil brächten. Joffe lächelte nur; die Art seines Lächelns sagte mir, daß er dieser Auffassung nicht sei. Aus der ganzen Unterredung hatte ich den Eindruck, „daß Deutschland Arm in Arm mit dem Bolschewismus das Jahrhundert in die Schranken zu fordern verurteilt ist, nicht, weil man einen Frieden mit ihm geschlossen hat, sondern weil man jetzt mit ihm neue Verträge abschließt, welche nur die Macht der Bolschewisten stärken". Bolschewismus und Deutschland seien heute, so sagte mir ein rechtsstehender Russe, in den Augen der meisten Russen identische Begriffe. In dieser Anschauung begegnete ich mich mit den Anschauungen des Generals Hoffmann, der die Verhältnisse im Osten als völlig unhaltbar schilderte; er sah mit großer Besorgnis in die Zukunft: das Laufenlassen und Geschehenlassen könne er nicht mehr verantworten, weil daraus große Gefahren für das Deutsche Reich entstünden; der Geist des Bolschewismus wirke ansteckend auf die Mannschaften; die Disziplin sei gelockert; Bestechung und Korruption ergriffen auch die deutschen

Truppen; dazu komme die Gefahr, daß die Entente mit den Gegnern der Bolschewisten bald eine geschlossene Linie bilden; Deutschland müsse vorbeugen. Er sah die Lösung in einem Vormarsch der deutschen Truppen auf Petersburg, wo uns die ordnungliebenden Elemente erwarteten, worauf dann die Ausrufung der Monarchie erfolgen würde. Deutschland könne unter keinen Umständen länger mit den Bolschewisten arbeiten, sonst gelange man in eine Situation, in welcher „kaiserlich deutsche Generale Hand in Hand mit der russischen Revolution gegen die Monarchie" marschieren müßten; das sei vom deutschen Standpunkt aus unerträglich. Ich stimmte ihm darin bei, daß sich Deutschland entgegen meiner Auffassung und meinen Protesten viel zu weit mit den Bolschewisten eingelassen hätte; darum sei ich auch ein Gegner des neuen Zusatzvertrages; der größte Fehler sei, daß Deutschland in diesem den Bolschewisten die Konzession gemacht hätte, die Aufhebung des Privateigentums anzuerkennen; ein solcher Fehler räche sich historisch ungemein schwer; alle Großmächte hätten gegen die Aufhebung des Privateigentums protestiert; Deutschland anerkenne sie aber um den Judaslohn einer Abfindung. Die Genehmigung der Zusatzverträge wurde im Reichstag nicht mehr eingeholt; der Abschluß des Waffenstillstandsvertrages mit der Entente hat sämtliche Verträge als ungültig erklärt. So endete die Episode des Sonderfriedens mit Rußland.

Friedensfühler anderer Länder gegenüber Deutschland wurden in unverbindlicher Weise wiederholt ausgestreckt. Man sprach von Annäherungsversuchen, die von London über den Haag geleitet wurden. Der verstorbene Herzog von Norfolk, Führer der englischen Katholiken, hat im Mai 1916 eine Verwandte in Deutschland wissen lassen, „daß gegenwärtig die Dinge so bleiben müssen, wie sie sind. Die Zeit ist noch nicht gekommen, so sehr wir uns nach dem Frieden sehnen, natürlich unter der Voraussetzung, daß er von Dauer ist und Sicherheit herbeiführen wird, daß allem, was den Krieg hervorgebracht hat, nicht gestattet wird, sich von neuem zu entwickeln."

Im Frühjahr 1915 schienen eine Zeitlang einzelne Kreise Frankreichs geneigt zu sein, unverbindliche Besprechungen über die Friedensmöglichkeit herbeizuführen, trotz des scharfen Vorgehens des Generals Galieni, der ein vor hundert Jahren erlassenes Gesetz wieder in Kraft setzte, wonach jeder Franzose, der mit einer feind-

lichen Macht verhandle, erschossen wird. Aber man kam nicht über ganz unverbindliche Besprechungen hinaus, die dann wieder fortgesetzt wurden nach Delcassés Rücktritt. Ein mutiger Franzose hat sich im Juni 1916 mit mir in Verbindung gesetzt aus der Überzeugung, „daß allein ein ehrlich deutsch-französisches Bündnis das Unglück des Krieges wieder gutmachen und dauernde Eintracht schaffen könne“. Sein bald darauf erfolgter Tod machte weitere Schritte unmöglich. Dagegen hatte ich oft Gelegenheit, bei meiner Anwesenheit in der Schweiz direkt oder indirekt mit Franzosen zu verhandeln. Die meiste Geneigtheit, ernsthafte Verhandlungen zu führen, zeigte sich in den Tagen, als das Schicksal von Verdun der Entscheidung nahe schien. Dagegen gab der Eintritt Amerikas in den Krieg allen Franzosen ungeahnte Kraft und gewaltiges Vertrauen. Ein hervorragendes Mitglied der Akademie sagte: „Was wird Amerika tun? Alles! Diese Überzeugung habe ich.“ Ein anderes Mitglied der Akademie, das in Amerika weilte, stellte fest, „welch unermeßlichen Anteil, ungeträumt von Deutschland, Amerika nach jeder Richtung am Krieg nehmen werde, ja, daß ihm Wilson ebenso nachdrücklich wie ausdrücklich erklärt habe, daß Amerika in die Sache des Rechts und der Völkerfreiheit aufopfernd alles einwerfe, seine Seele, seinen Leib, seine letzte Kraft, kurz alles — restlos. Was in Amerika an Mannschaften und Material aufgebracht werden könne, werde nach dem Kontinent geliefert, und zwar über Nantes und Bordeaux. Wenn das amerikanische Rad in vollem Schwung sei, dann sei es für den Feind etwas Ungeheuerliches, etwas Furchtbares, und dann werde Wilson im Bewußtsein, daß an Deutschlands Auge die Nebel moralischer Illusion vorbeigezogen, seine Karten auswerfen und den Zentralmächten erklären: Was sagt ihr nun dazu? Wollt ihr euch aussprechen oder wollt ihr, in listigem Schweigen verharrend, in Selbstmord untergehen?“

Im Herbst 1917 zeigten weitere französische Kreise Neigung zum Friedensschluß. Als aber die päpstliche Friedensvermittlung scheiterte, und die Franzosen das Oberkommando der Alliierten erhielten, gab es für ihre Politik nur noch den Kampf bis zum Ende.

19. Kapitel

Die Friedensresolution des Reichstags

Die Sechsmonatsfrist des Admiralstabs, innerhalb welcher England durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg „auf die Knie gezwungen" werden sollte, näherte sich ihrem Ende. Die weitesten Kreise des deutschen Volkes glaubten infolge der einseitigen Beeinflussung der Presse durch die militärischen Stellen unerschütterlich an dieses politische Dogma, dessen Haltlosigkeit von mir stets betont worden war. Über meine Auffassung habe ich an keiner Stelle einen Zweifel gelassen und im Laufe des Monats Juni, wie ich am 1. August 1917 auf Anfrage dem Reichskanzler Michaelis schrieb,

> „mehreren amtlichen Stellen wörtlich gesagt: Ich stelle mich an die Spitze der Opposition. Allerdings gewann ich den Eindruck, daß einzelne Herren die Tragweite meiner Absicht nicht voll überblickten, während andere, z. B. Dr. Solf, ganz klar sahen."

Die Enttäuschung des deutschen Volkes mußte um so größer sein, als führende militärische Stellen immer offener und schärfer die Sechsmonatsfrist für Beendigung des Weltkrieges betonten. In einem damals an der Front zirkulierenden Flugblatt in Form des Briefes eines höheren Marineoffiziers hieß es: „Unser Admiralstab übernimmt die volle Verantwortung, daß England uns Ende Juli oder Anfang August um Frieden bittet. Wir siegen bis zum Herbst." In einem Instruktionsschreiben der Obersten Heeresleitung an die Offiziere der Westfront wurde alsbald nach Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges dargelegt, daß innerhalb sechs Monaten ein solcher Tonnengehalt vernichtet sein würde, daß England Ende August um Frieden bitten müsse. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat in einem Privatbrief an seine Frau, der in der Stadt Hannover zirkulierte und von da durch ganz Deutschland ging, geschrieben, daß der Krieg Ende August beendigt sein würde. Ferner wurde im Großen Hauptquartier auf mündliche Anfragen, wann man annehme, daß der Krieg zu Ende sei, erwidert: man rechne bestimmt, daß der Krieg in diesem Sommer zu Ende gehen würde. Die mahnenden Worte der Czerninschen Denkschrift vom 12. April 1917 wurden ebenso nicht beachtet wie andere Warnungssignale.

Bei wiederholten Unterredungen mit dem Reichskanzler um jene Zeit erklärte mir dieser, daß die Oberste Heeresleitung immer noch des Glaubens sei, daß der Krieg im Juli oder August beendigt sein dürfte. Ich war daher sehr überrascht, als ich am 10. Juni 1917 mit dem der Obersten Heeresleitung angehörenden Oberst Bauer eine eingehende Unterredung hatte, in der er meine Auffassung über die Gesamtsituation vollkommen teilte und darlegte: er sei ganz verwundert, in Berlin einen geradezu unverantwortlichen Optimismus über das Kriegsende vorgefunden zu haben; das deutsche Volk sei sich über die Lage nicht klar; Sorge sei mehr denn je begründet; die feindliche Überlegenheit an Munition betrage heute 4 : 1; für das kommende Frühjahr müsse man damit rechnen, daß das Verhältnis mindestens 6 : 1 sei und daß diese Verschlechterung noch größer werde, wenn bei uns nicht alles gut gehe und bei den Gegnern alles schlecht; das Verhältnis 4 : 1 habe uns gerade noch gestattet, die Westfront in der Angriffsstellung zu halten; ob bei einer größeren Überlegenheit an Munition diese Front noch zu halten sei, könne er nicht bestimmt erklären; jedenfalls müsse man mit einem neuen Winterfeldzug rechnen. Diese von allen bisherigen Verlautbarungen abweichende Auffassung der rechten Hand Ludendorffs wurde mir bestätigt durch einen bekannten Großindustriellen, der mir um dieselbe Zeit sagte: Während Hindenburg und Ludendorff ihm persönlich noch vor drei Wochen erklärt hätten, England müsse im August um Frieden bitten, sei ihm bei seinem vor einigen Tagen im Hauptquartier stattgefundenen Besuch eröffnet worden, man müsse mit einem Winterfeldzug rechnen. Den Reichskanzler setzte ich von diesen beachtenswerten Auslassungen sofort in Kenntnis. In denselben Tagen erhielt ich die bereits mitgeteilte Statistik über die Welttonnage (Seite 223) mit der 14 Tage später erfolgten vollkommen ungenügenden Antwort des Admiralstabs. Die schlechten Ernährungsverhältnisse und das Liegenlassen der preußischen Wahlreform verschärften die Situation.

Bereits in den letzten Junitagen 1917 hatte die sozialdemokratische Fraktion sehr ernste Vorstellung beim Reichskanzler erhoben; sozialdemokratische Reichstagskollegen teilten mir mit, es könne gar nicht damit gerechnet werden, daß die neue Kreditvorlage, die bei dem am 3. Juli stattfindenden Zusammentritt des Reichstags zur Erledigung stand, ohne weiteres genehmigt würde; ich müßte vielmehr damit rechnen, daß die Mehrheit der Fraktion entsprechend

einem Beschluß des Parteivorstandes die Kredite ablehnen würde. Diese für die innere und äußere Lage Deutschlands gleich gefährliche Situation mußte unter allen Umständen verhindert werden. Am 3. Juli vormittags hatte ich mit den dem Hauptausschuß angehörigen Mitgliedern der Zentrumsfraktion die übliche Vorbesprechung, in der ich den Plan darlegte, gegenüber den alldeutschen wilden Kriegszielen, die Volk und Heer verbitterten, durch eine möglichst einheitliche Kundgebung des Reichstags auf den Ausgangspunkt des Krieges, der nach den Erklärungen vom 4. August 1914 kein Eroberungskrieg sein sollte, zurückzugehen und hierdurch die Kraft der breiten Volksschichten zu stärken. Einige Kollegen verstanden meine Absicht dahin, als ob ich ein neues Friedensangebot plane, was ich sofort als eine irrtümliche Auffassung bezeichnete; gleichzeitig nahm ich Bezug auf mein Zahlenmaterial über die Wirkungen des U-Bootkrieges und die Welttonnage. Gemäß der getroffenen Verabredung ergriff ich am Mittwoch, den 4. Juli, zunächst das Wort, um aus den bisherigen Darlegungen der Regierung drei Leitsätze herauszuschälen: 1. Der Stand der Friedensaussichten sei heute so trübe, daß man mit einem Winterfeldzug 1918 rechne. 2. Nach den Mitteilungen der Obersten Heeresleitung dürfe man damit rechnen, daß unsere Fronten gehalten würden; man habe aber nicht gehört, daß wir auf eine durchschlagende Offensive hoffen könnten. 3. Die Weiterführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges werde uns den Sieg sichern. — Während die beiden ersten Sätze alte seien, enthalte der dritte die Neuerung, daß nunmehr ein bestimmter Termin für die Niederwerfung Englands nicht mehr in Aussicht gestellt werde, während früher dieselben Stellen gegenüber allen Bedenken auf das Bestimmteste erklärt hätten, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Englands vor der neuen Ernte das sichere Ergebnis des U-Bootkrieges sein werde. Damit sei in unserem Volke ein unbegründeter Optimismus hervorgerufen worden. Der Reichstag dürfe diesen nicht mehr teilen, er sei vor die tiefernste Frage gestellt, wie man aus dem Krieg herauskomme. Es sei ein Irrtum gewesen, zu meinen, wir könnten den Frieden mit dem Schwert diktieren. Es habe sich bisher niemand gefunden, der das Diktat unterschreibe und es werde sich auch in Zukunft niemand hierzu bereit finden. Man müsse vielmehr versuchen, auf politisch-diplomatische Weise den Krieg zu beendigen; aber auch die beste Diplomatie der

Welt könne nicht wieder gutmachen, was durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg an politischem Schaden überall angerichtet worden sei. Ich äußerte die stärksten Zweifel gegenüber der zugesagten schnellen politischen Wirkung des U-Bootkrieges, auch über die Grundlagen der Berechnung der versenkten Tonnage; vielleicht gelänge es, sie im Laufe der Verhandlungen zu beseitigen. Zwischen den deutschen und den englischen Zahlen der versenkten Tonnage bestünden erhebliche Differenzen. Der deutsche Admiralstab habe ganz erhebliche Rechenfehler gemacht, zunächst schon durch die Annahme, daß er immer nur die englische Tonnage berücksichtigt habe und nicht die Welttonnage, wie bereits (Seite 222 ff.) mitgeteilt wurde. Da nach meiner Überzeugung mathematisch feststehe, daß der U-Bootkrieg England in absehbarer Zeit nicht zum Frieden zwinge, habe der Reichstag die Frage zu erörtern, auf welche Weise man zu diesem gelange. Der Friedensvorschlag der Sozialdemokraten „keine Annexionen und keine Kontributionen" enthalte zwei Negationen ohne positives Resultat, die mit dem zweiten Satz „Selbstbestimmungsrecht der Völker" leicht in Widerspruch treten könnten; diese Formel enthalte also nicht die Garantie für einen dauernden Frieden. Ein neues Friedensangebot Deutschlands auf der Grundlage des status quo ante würde wohl wenig Erfolg haben und die Zersplitterung und Zerstückelung im Innern erhöhen. Die Basis zu einer allgemeinen Verständigung läge daher nur in der Rückkehr zu dem Gedanken, mit dem der Krieg begonnen worden sei: nicht zu Eroberungszwecken, sondern zur Verteidigung des Vaterlandes gegen fremde Angriffe. Die wirtschaftliche Not (Lebensmittelmangel, Kohlennot) lege weiter einen solchen Schritt nahe. Höchste nationale Pflicht des Augenblicks sei es, die innere Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes schleunigst wiederherzustellen, weil eine Fortsetzung der inneren Zwistigkeiten, namentlich des Streits über die Kriegsziele, die größte Schwächung des Vaterlandes nach innen bedeute und nur dazu dienen könne, dem deutschen Volk neue Lasten und Opfer aufzuerlegen.

Diese Ausführungen veranlaßten Staatssekretär Helfferich und Admiral Capelle zu ihren alten, von mir bereits widerlegten Berechnungen; Helfferich schätzte den derzeitigen Bestand der englischen Handelsflotte auf 15 Millionen Tonnen, rechnete davon 7 Millionen Tonnen für rein militärische Zwecke ab, so daß für

alle anderen Zwecke 8 Millionen Tonnen übrigblieben; von diesen würden pro Monat mindestens 500 000 Tonnen versenkt, in sechs Monaten also 3 Millionen; mit weniger als 5 Millionen Tonnen könne England aber nicht auskommen. Am Abend desselben Tages versuchte ich in der Fraktionssitzung meinen ganzen Plan zu entwickeln; es wurde jedoch in die Besprechung der allgemeinen Lage nicht eingetreten, sondern nur die preußische Wahlreform besprochen. Bereits an diesem Tag, wie namentlich am nächsten, ließen die sozialdemokratischen Redner keinen Zweifel darüber, daß eine einfache und glatte Erledigung der Kreditvorlage ein Ding der Unmöglichkeit sei; es waren namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und Hoch, welche die Aufforderung der Regierung zum „Durchhalten" als ein völlig ungenügendes Regierungsprogramm bezeichneten und die schwersten Folgen in Aussicht stellten. Diese Situation veranlaßte die demokratische Fraktion zu dem Beschluß, durch eine Aussprache mit dem Zentrum, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten eine Lösung herbeizuführen; der entsprechende Beschluß wurde am Donnerstag nachmittag und Freitag vormittag vor meiner zweiten Rede gefaßt. Inzwischen erhielt ich noch die völlig ungenügende Antwort des Admiralstabes auf meine Berechnungen über die U-Bootfrage, so daß ich es als meine nationale Pflicht und erste Aufgabe als Abgeordneter ansah, in meiner Erwiderung am Freitag, den 6. Juli, deutlicher zu werden, was ich um so eher konnte, als die Verhandlungen vertraulich waren, und über die bisherigen Besprechungen auch in der Presse nichts veröffentlicht worden war.

Ich bezeichnete die diesmalige Kreditbewilligung als die wichtigste seit Ausbruch des Krieges, da ohne eine politische Aktion an den Herbstfeldzug sich der Winter mit der Frühjahrsoffensive anschließen würde; man stehe jetzt vor der Frage, ob man in ein neues Kriegsjahr eintreten wolle, was für Deutschland mindestens 50 Milliarden Kriegsausgaben bedeute; aber niemand könne ausrechnen, was an unwiederbringlich dahinschwindender Volkskraft verloren gehe. Die Regierung habe für all dies nur das Wort „Durchhalten"; man könne aber im Innern nur aushalten, wenn man überzeugt sei, daß im nächsten Jahr ein erheblich besserer Friede zu erringen sei als jetzt. Eine solche Möglichkeit könne ich nicht sehen. Die Maschine der Gegner werde immer stärker, bei uns mache sich immer mehr der Menschen- und Rohstoffmangel

bemerkbar. Die Berechnungen über die Wirkungen des uneingeschränkten U-Bootkrieges seien total zusammengebrochen; der Reichstag werde dem Marinestaatssekretär daraus „keinen Strick" drehen, wie dieser gesagt habe; das werde die Geschichte tun. Wer sich so außerordentlich geirrt habe, könne vom Parlament nicht mehr das Vertrauen erwarten, das für die Weiterführung des Krieges notwendig sei. Die neuen Berechnungen der Staatssekretäre über die Tonnage seien vollkommen unzutreffend. Ende 1917 werde die Welttonnage 38 Millionen Tonnen betragen, wovon 35 Millionen Tonnen den Gegnern zur Verfügung stünden, welche aufs beste ausgenutzt würden. Heute fahre jedes Schiff; in Holland sage man, wenn ein Reeder eine Tochter von 50 Jahren und einen alten Kahn von 50 Jahren besitze, so bringe er beide an den Mann. Die feindliche und neutrale Tonnage sei auch Ende nächsten Jahres noch ausreichend, um bei den sicher zu erwartenden Einschränkungen die notwendigen Gütermengen für diese Länder zu befördern. In Paris und London lebe man heute so, wie man bei uns vor 1½ Jahren gelebt habe. Einstellen könne man den U-Bootkrieg jetzt nicht mehr. Neben der energischen Kriegführung müsse jedoch ebenso energisch und zielbewußt politisch auf den Frieden hingearbeitet werden. Als bester Weg hierzu erscheine mir, wenn eine riesige Majorität sich in dem Gedanken des 1. August 1914 zusammenfinden könnte und erklären würde: wir stehen auf dem Standpunkt des Verständigungsfriedens und wir streben einen Frieden des Ausgleichs an, der keine zwangsweise Unterdrückung von Völkern und Grenzteilen kennt. Um das darüber entstehende Geschrei der Alldeutschen dürfe man sich nicht kümmern; selbst wenn 25 000 derselben in Kaltwasserheilanstalten gebracht werden müßten, sei es billiger, als den Krieg fortzusetzen. Es sei dann Sache des Reichskanzlers, wie er eine solche Entschließung des Reichstags praktisch verwerte. Eine solche Kundgebung könne man nicht als Schwäche auslegen, besonders wenn man beifüge, daß Deutschland im Fall der Ablehnung eines solchen Friedens bis zum Äußersten weiterkämpfe. Bismarck habe 1870 dreimal den Versuch gemacht, einen Waffenstillstand mit Frankreich zu erreichen, ohne daß es ihm als Schwäche ausgelegt worden sei. Der Gegner sei über unsere Verhältnisse vielfach besser unterrichtet als die Masse des deutschen Volkes. Bei den Neutralen hätten wir mit diesem Schritt sofort Gesinnungsgenossen. In weiten Volkskreisen habe

man die Auffassung, daß der Kaiser, der alle Abgeordneten von sich fernhalte, über die vorhandenen Stimmungen nicht richtig informiert sei. Deutschland könne gewiß keinen Unterwerfungsfrieden abschließen, der unser Volk ruiniere, aber unerbittlich und kalt müßten aus den gegebenen Verhältnissen mit dem Verstande die politischen Konsequenzen gezogen werden, auch für die ganze innere Politik, sowohl in der Wahlrechtsfrage wie in der Frage der engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament. Nie dürfe unser Volk dem Reichstag das grausame Wort entgegenschleudern: „Zu spät!"

Staatssekretär Helfferich, der sofort erwiderte, benutzte seine alten Zahlen, um daraus die Schlüsse zu ziehen: „das kann England nicht aushalten. Die Verhältnisse werden heute schon von Monat zu Monat für England schlechter. Es kann kein Staatsmann, wenn er sich vor einer solchen Tatsache sieht, und wenn er sieht, daß der Gegner entschlossen ist, nicht locker zu lassen, sein Land sehenden Auges in das Verderben hineinsteuern." Aber weder diese noch die Antworten der anderen Regierungsvertreter konnten den Eindruck meiner Ausführungen verwischen, namentlich nicht die Rede des Kriegsministers von Stein, der sich auf den Satz Hindenburgs stützte: Wir Deutsche würden siegen, wenn wir solange aushielten, bis der U-Bootkrieg seine Wirkung getan und wir England auf die Knie gezwungen hätten. Die Anregung des Sozialdemokraten Ebert, zur Ausführung meines Vorschlags eine kleine Kommission zu bilden, wurde abgelehnt und die Weiterberatung vertagt. Kriegsminister von Stein telephonierte sofort an die Oberste Heeresleitung, sie möge alsbald nach Berlin kommen, um in irgendeiner Form die von mir gewünschten Auskünfte über die militärische Lage zu geben. Der Kaiser, der von Berlin abwesend war, wurde gleichfalls herbeigebeten. Die Aufregung im Reichstag wuchs, als durch Indiskretionen Einzelheiten meiner Rede, darunter manches falsch, in der Presse veröffentlicht wurden. Nachmittags drei Uhr bat mich der Reichskanzler zu sich; er stellte sich über meine Rede überrascht und meinte, ich schlage die Taktik ein wie „Zieten aus dem Busch". Ich wies auf die ihm von mir früher gemachten Ankündigungen hin, worauf er erwiderte, er habe diese nicht so aufgefaßt. Dann las er mir einen Teil seiner Rede, die er bei den bevorstehenden Plenarsitzungen halten wollte, vor. Von einigen Wendungen abgesehen, konnte ich

mich mit dem Inhalt derselben zufrieden geben, da die Rede sich auf den Boden meiner Auslassungen in der Kommission stellte.

Inzwischen war im Reichstag bereits eine Anzahl von Abgeordneten aus dem Zentrum, den Nationalliberalen, den Demokraten und Sozialdemokraten zu einem interfraktionellen Ausschuß zusammengetreten, um die von mir gegebene Anregung weiter zu verfolgen. Ich teilte dies dem Reichskanzler mit, worauf er vorschlug, daß die Herren jedenfalls vor Fassung eines endgültigen Entschlusses sich mit ihm in Verbindung setzen möchten. Am Freitag nachmittag und abend sowie am Samstag vormittag hielt die Zentrumsfraktion eingehende Besprechungen, in denen ich meinen Standpunkt ausführlich entwickelte. Mit allen gegen drei Stimmen trat die Fraktion mir bei, einer Friedenskundgebung zuzustimmen, falls dieses auch die Nationalliberalen tun würden. Diese nahmen an den ersten Besprechungen teil, blieben aber dann, infolge scharfer Ablehnung eines solchen Schrittes durch ihre Parteiorganisationen im Lande, fern. Die Zentrumsfraktion beschloß darauf in erneuter Besprechung, einer Friedenskundgebung auch dann zuzustimmen, wenn die Nationalliberalen sich ablehnend verhielten. Die sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wurde gleichfalls beschlossen und gefordert, daß mehr Abgeordnete als bisher in die Regierung berufen werden sollten. Zur Ausarbeitung des ersten Entwurfs der Friedensresolution des Reichstags wurden dann außer mir die Abgeordneten David, Freiherr von Richthofen und Gothein bestimmt; ich selbst konnte an den Arbeiten dieser Unterkommission infolge starker Inanspruchnahme durch Fraktions- und andere Besprechungen nicht teilnehmen, so daß der erste Entwurf, der meine volle Unterstützung fand, ohne mich ausgearbeitet wurde.

Am Samstag, 7. Juli, wies ich in der Kommission des Reichstags abermals die von der Marine vertretenen falschen Zahlen im U-Bootkrieg summarisch zurück. Im Laufe des Tages traf der Kaiser ein, der sich sofort zum Reichskanzler begab. Dieser erklärte ihm — so hat es mir die Oberste Heeresleitung mitgeteilt — es handle sich nur um eine „vorübergehende Aufregung im Reichstag“, der der Reichskanzler schnell Herr werde; er sei sicher, daß er bereits am Montag vom Reichstag ein Vertrauensvotum erhalten werde. Die Anwesenheit der Vertreter der Obersten Heeresleitung habe ihn überrascht; sie sei auch in diesen politischen

Fragen nicht nötig. Bei dem darauffolgenden Vortrag der Obersten Heeresleitung beim Kaiser gab dieser ziemlich unverblümt der Verwunderung über die Anwesenheit von Hindenburg und Ludendorff Ausdruck und empfahl ihnen die sofortige Abreise ins Große Hauptquartier, wo sie „zweifellos Wichtigeres zu tun hätten". Am Abend dieses Tages sollte ich mit General Ludendorff und anderen Herren der Obersten Heeresleitung speisen; dabei erfuhr ich von der Haltung des Reichskanzlers, wodurch ich auf das Höchste überrascht wurde und meiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß nach solchen Vorgängen ein politisches Zusammenarbeiten meinerseits mit demselben ausgeschlossen sei. Durch die inzwischen stärker einsetzenden Pressemeldungen, die Wahres und Falsches mischten, wurde die Erregung im deutschen Volk groß. Ich erhielt ungemein viele Zustimmungsschreiben, namentlich aus der Front; auch Proteste liefen ein; viele konnten den ganzen Vorgang nicht verstehen. Das Bild in Berlin selbst aber wechselte nicht nur täglich, sondern fast stündlich. Es war eine Erregung, die alle meine Erlebnisse in Rom, Bukarest und anderwärts weit übertraf. Jede starke, führende Regierung fehlte. Der Reichskanzler machte den Fehler, sich vom Parlament zu sehr zu isolieren und sich fast nur dem Kaiser zu widmen.

In den Reihen der Abgeordneten war sofort bekanntgeworden, daß die Absicht der Obersten Heeresleitung, mit den Abgeordneten selbst eine Aussprache zu halten, durch den Reichskanzler vereitelt worden war. Sonntag, den 8. Juli, vormittags trat der interfraktionelle Ausschuß zur Redaktion der Friedenszielresolution zusammen; als hier die Vorgänge vom Tage zuvor besprochen wurden, wurde das Vertrauen zum Reichskanzler aufs heftigste erschüttert. Am Montag erschien der Reichskanzler selbst zur Sitzung des Ausschusses. Der nationalliberale Führer Stresemann griff ihn sehr heftig an und forderte unverblümt seinen alsbaldigen Rücktritt. Herr von Bethmann Hollweg bat mich zu einer kurzen Besprechung in eine Saalecke und fragte, wie sich das Zentrum zu seinem weiteren Verbleiben im Amt stelle; ich erklärte ihm, daß eine große Zahl meiner politischen Freunde seinen Rücktritt wünsche; das genaue Zahlenverhältnis könne ich ihm jedoch nicht mitteilen. In meiner unmittelbar darauf stattfindenden Rede wies ich darauf hin, daß drei sozialdemokratische Redner nacheinander auf das Bestimmteste erklärt hätten, daß sie der Re-

gierung kein Vertrauen mehr entgegenbrächten. Erhebliche Gefahr sei also im Verzug, da gerade jetzt ein Absplittern der Sozialdemokraten das Gefährlichste sei; daher genüge eine Aussprache in der Kommission allein nicht. Die innere Zwiespältigkeit unter den Organen, die das deutsche Volk lenkten, müsse aufhören; es müsse absolute Klarheit der Regierung und des Reichstags in den Kriegszielen herbeigeführt werden; diese könnten allerdings nicht in der Richtung liegen, die Graf Westarp dahin formuliert habe, daß die konservative Partei einen Frieden auf der Grundlage des status quo ante ablehne; es müsse einem eisigkalt durch das Blut laufen, eine solche Äußerung zu hören an einem Zeitpunkte, wo der vierte Kriegswinter bevorstehe. Selbst ein Deutschland so wohlgesinnter Mann wie der Schweizer Stegemann habe kürzlich einem Kollegen den wahren Satz geschrieben, „die rein militärische Situation sei für die Mittelmächte in ihrer Totalität äußerst günstig, für die Gesamtheit des Krieges aber trügerisch, wenn man auf sie allein sich stützte und aus ihr allein seine Entschlüsse ableiten wolle". Ich schilderte dann eingehend die wirtschaftliche Notlage unseres Volkes; in dieser Zeit brauche das Volk eine starke Führung; je stärker die Führung sei, um so dankbarer werde das Volk sein; aber nur, wenn klipp und klar der Standpunkt vertreten werde, Deutschland verteidige Haus und Herd, Weib und Kind. Eine solche Erklärung sei kein eigentliches Friedensangebot; es sei Sache der Regierung, zu entscheiden, wie und wann die Beschlußfassung des Reichstags diplomatisch auszunutzen sei. Die Regierung müsse sich ohne jeden Vorbehalt auf den Standpunkt einer solchen Resolution stellen; denn sonst sei die Arbeit des Reichstags nur halbe Arbeit und trage den Todeskeim in sich. Um dem Reichstag die Garantie zu geben, daß seine Absicht verwirklicht werde, sei die Berufung von Abgeordneten in die Regierung unerläßlich. Heute habe Deutschland ein antiparlamentarisches System; Vertrauensmänner der einzelnen Fraktionen müßten in die Regierung berufen werden. Vom Reichskanzler selbst müsse eine klare Erklärung darüber verlangt werden, ob er auf den Standpunkt der Reichstagsmehrheit trete; dem Pflichternst des Reichskanzlers bleibe es überlassen, ob er im Amt bleiben oder zurücktreten wolle. Der Kernpunkt der Sache sei, daß der Beschluß des Reichstags ohne Vorbehalt vom Reichskanzler angenommen werde. Engere Fühlungnahme der Abgeordneten mit dem Kaiser und der Obersten Heeres-

leitung sei absolutes Gebot. — Soweit der Hauptinhalt meiner Rede.

Ich habe in meiner Rede absichtlich, zum Verdruß mancher Fraktionskollegen, die Frage des Rücktritts des Herrn von Bethmann Hollweg offen gelassen; er ließ mich im Laufe des Nachmittags um eine klare offizielle Erklärung der Zentrumsfraktion über ihre Stellung zum Reichskanzler bitten und gleichzeitig mitteilen, daß er nur so lange im Amt zu bleiben gedenke, bis die Neuorientierung (Wahlrecht, Berufung von Parlamentariern) vollzogen sei; dann werde er zurücktreten. Abends 5 Uhr beschloß hierauf der Vorstand der Zentrumsfraktion: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags sieht das Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt angesichts des Umstandes, daß er beim Ausbruch des Krieges die Reichsgeschäfte führte, als eine Erschwerung der Herbeiführung des Friedens an; sie überläßt es jedoch dem pflichtmäßigen Ermessen des Reichskanzlers, zu welchem Zeitpunkt er seinen Rücktritt nimmt." Die Ansichten über den geeigneten Zeitpunkt gingen auseinander; die einen meinten, es solle behufs erhöhter Wirkung der Friedenszielresolution sofort ein neues „Kabinett der nationalen Verteidigung" gebildet werden (was damals an der Weigerung der Sozialdemokraten scheiterte, in ein Kabinett mit Bürgerlichen einzutreten und sich an der Regierung zu beteiligen); die anderen glaubten, daß der jetzige Reichskanzler die Neuorientierung noch durchführen solle und dann zurückzutreten habe. Dem Reichskanzler wie der Gesamtfraktion, bei der sich kein Widerspruch erhob, wurde dieser Beschluß des Vorstandes alsbald mitgeteilt. Sitzungen der Kommission des Reichstags fanden infolge der nunmehr bekanntgewordenen Regierungskrisis vorerst nicht mehr statt. Das Leben und Treiben im Reichstag war um so lebhafter. Am Mittwoch wurde mitgeteilt, daß der Kaiser das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers abgelehnt habe. In der an diesem Tage stattfindenden Sitzung des preußischen Staatsministeriums teilte der Reichskanzler das kaiserliche Manifest von der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit, worauf fünf Minister, darunter auch der Kriegsminister, ihr Rücktrittsgesuch einreichten, nicht weil sie Gegner des gleichen Wahlrechts seien, sondern weil ihnen der derzeitige Reichskanzler für die Durchführung der Wahlreform ungeeignet erscheine. Um 5 Uhr hatte ich eine Besprechung

mit dem Chef des Zivilkabinetts, der mir im Auftrag des Kaisers die Gründe darlegte, weshalb das Rücktrittsgesuch des Kanzlers abgelehnt worden sei; der Hauptgrund sei der, daß man keinen geeigneten Nachfolger wisse. Der Kabinettchef ging dann die in Betracht kommenden Persönlichkeiten mit mir durch und verhielt sich namentlich sehr ablehnend gegenüber dem früheren Reichskanzler Fürst Bülow, den die Oberste Heeresleitung wünschte. Dunkle Machinationen führten dazu, daß der österreichische Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, gleichfalls Bedenken der Wiener Regierung gegen die Ernennung des Fürsten Bülow vorbrachte Der Kabinettchef erklärte mir weiter, daß der Beschluß des Kaisers unabänderlich sei und für die ganze Kriegsdauer gelte; er bat mich, meine Bedenken gegen das weitere Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Amt zurückzustellen, was ich auch zusagte, da ein solcher Kampf nur schädlich sein mußte. Um die Mitternachtstunde erhielt ich wie je ein Vertreter der anderen Fraktionen die Einladung zu einem Besuch beim Kronprinzen auf Donnerstag vormittag; wir wurden einzeln nacheinander empfangen. Der Kronprinz legte mir eine Reihe bestimmter Fragen vor, die sich hauptsächlich auf den Reichskanzlerwechsel bezogen, und gab auf das Lebhafteste zu erkennen, daß er einen sofortigen Reichskanzlerwechsel für die alleinige und richtige Lösung halte; er meinte sogar: „Werfen Sie doch den Mann im Reichstag hinaus!", worauf ich erwiderte, daß ein Kanzler, der Geschenke wie das Wahlrecht bringe, nicht hinausgeworfen werden könne. Der Fraktion teilte ich den wesentlichen Inhalt meiner Unterredung mit dem Kronprinzen mit und bat, da damals gemeldet wurde, daß auch der Kaiser die Abgeordneten zur Aussprache über die Gesamtlage empfange, um eine definitive Beschlußfassung der Fraktion. Diese ging dann dahin:

> „Die Zentrumsfraktion sieht in dem weiteren Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Reichskanzleramt eine Erschwernis für Herbeiführung des Friedens. (Mit allen gegen 2 Stimmen.) Aus diesem Grund hat die Zentrumsfraktion keine Veranlassung, den Reichskanzler zu halten." (Mit allen gegen 7 Stimmen.)

In den zahlreich stattfindenden Fraktionssitzungen wurde immer wieder die sich fast stündlich verändernde Lage besprochen; ich hielt an Herrn von Bethmann Hollweg als Reichskanzler fest, so lange es die Gesamtverhältnisse gestatteten. Der Vorsitzende der Fraktion, Dr. Spahn, teilte am 12. Juli unmittelbar vor seinem plötzlichen Unwohlsein mit, „Helfferich habe ihm erklärt, Hindenburg habe

bei seiner letzten Anwesenheit am vorigen Samstag gesagt, er hoffe binnen Monatsfrist den Frieden herbeizuführen. Ob das nach der Aktion Erzberger noch möglich sei, wisse er nicht." Ich wandte mich sofort an Helfferich, da ich von der Obersten Heeresleitung wußte, daß ein solcher Satz nicht gesprochen worden war, und bat um alsbaldige Klarstellung. Diese erfolgte umgehend dahin, daß er „keinerlei derartige Äußerung des Generalfeldmarschalls Hindenburg mitgeteilt habe. Sie müsse auf einem unverständlichen Mißverständnis beruhen". Helfferich fuhr dann fort:

> „Als meine persönliche Ansicht habe ich ausgesprochen, daß ich die Wirkung unseres U-Bootkrieges auf England in aller Gewissenhaftigkeit außerordentlich hoch veranschlage, daß ferner gewisse Anzeichen des Einlenkens bei einem unserer westlichen Gegner neuerdings vorliegen (ganz vertraulich!), daß ich in bezug auf baldige Friedensgeneigtheit unserer Gegner optimistischer denke, als man heute bei der überpessimistischen Stimmung überhaupt aussprechen dürfe, ohne zu riskieren, nicht mehr ernst genommen zu werden. Ich müßte allerdings befürchten, daß die an Ihre Aktion anknüpfenden Ausschreitungen in der Presse jede Friedensgeneigtheit bei den Gegnern wieder einmal auf einige Zeit aufheben würden."

Trotz aller Stürme von außen blieb die Zentrumsfraktion bei ihrer Auffassung, so daß eine feste Mehrheit für die Resolution vorhanden war. Am Freitag, den 13. Juli, teilte mir der politische Berater des Kronprinzen, Freiherr von Maltzahn, mit, der Kronprinz habe gestern abend eine Aufzeichnung über seine Unterredung mit den einzelnen Abgeordneten dem Kaiser unterbreitet mit dem dringenden Ersuchen, sofort den Kanzlerwechsel zu vollziehen, da die größten und einflußreichsten Parteien nicht mehr mit ihm arbeiten wollten; die Oberste Heeresleitung habe sich mit dem Kriegsminister von Stein und dessen Rücktrittsgesuch solidarisch erklärt. Der Kaiser habe zunächst die Richtigkeit der Information des Kronprinzen bestritten und diesen gebeten, eine schriftliche Erklärung vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen über ihre Stellung zu Herrn von Bethmann Hollweg herbeizuführen; er bitte mich daher um diese. Dem Wunsch entsprach ich sofort, indem ich den tags zuvor gefaßten Beschluß der Fraktion unterzeichnete und Herrn von Maltzahn mitgab; der Abgeordnete Stresemann gab für die Nationalliberalen und Graf Westarp für die Konservativen eine ähnliche Erklärung ab. Die Nationalliberalen hatten schon am Tage vorher den Chef des Zivilkabinetts wissen lassen, daß sie den Rücktritt für geboten hielten.

Diese schriftliche Erklärung hat den Kaiser bewogen, das erneute Rücktrittsgesuch Bethmann Hollwegs zu genehmigen, was mir Herr von Maltzahn in den Nachmittagsstunden mitteilte, ohne den Nachfolger zu nennen.

Am Abend erst wurde zur allgemeinen Überraschung bekannt, daß der bisherige Unterstaatssekretär und Reichskommissar für Volksernährung, Michaelis, zum Reichskanzler ernannt worden sei, ohne daß, wie anfangs in Aussicht gestellt wurde, zuvor auch nur mit einem Parlamentarier darüber Rücksprache gepflogen worden wäre. Die seltsamsten Gerüchte über die Berufung dieses Mannes verbreiteten sich mit Windeseile: man habe einen starken Mann gesucht, und da Michaelis einmal im preußischen Landtag die Redensart gebraucht habe, daß er sich von niemand in den Arm fallen lasse usw., so seien Militärs auf ihn aufmerksam geworden. Herr von Bethmann Hollweg hatte als seinen Nachfolger den greisen bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling vorgeschlagen, der in jenen Tagen in Berlin weilte und vom Kaiser empfangen wurde, aber die Annahme des Amts ablehnte.

Am Nachmittag des Tages des Kanzlerwechsels hatte ich in Verbindung mit anderen Abgeordneten endlich die gewünschte Unterredung mit Hindenburg und Ludendorff, welche versicherten, daß die Fronten absolut halten würden und daß wir getrost der Zukunft entgegensehen könnten. Als ich auf den U-Bootkrieg zu sprechen kam, war ich überrascht festzustellen, daß Ludendorff die ganze Berechnung über die Welttonnage bis zur Stunde unbekannt war. Beide Generale äußerten gegen die ihnen bekanntgewordene Resolution des Reichstags keine Bedenken; Ludendorff meinte nur, es würde besser sein, wenn man statt „Verständigungsfrieden“ sagen würde „Friede des Ausgleichs“ und Hindenburg wünschte „etwas mehr Pfeffer“ in der Resolution. Am darauffolgenden Samstag hatte ich eine weitere Unterredung mit Ludendorff über den U-Bootkrieg, in der ich ihm nochmals meine Berechnung vorlegte, ohne auf großes Verständnis zu stoßen; dagegen äußerte er jetzt gegen die Resolution mehr Bedenken als tags zuvor.

Am Nachmittag war im Garten des Reichsamts des Innern in Anwesenheit des neuen Reichskanzlers Michaelis eine Zusammenkunft von Vertretern der Mehrheitsparteien. Dabei teilte der neue Reichskanzler zu unserer Überraschung mit, daß er bei Annahme

des Amts von einem ganz falschen Standpunkt ausgegangen sei; er habe gemeint, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichstagsmehrheit vollkommene Übereinstimmung bestehe; das sei zu seinem lebhaften Erstaunen nicht der Fall; daraus entstünden neue Schwierigkeiten. Weiter sagte er einem Kollegen, er sei bisher als „unbeteiligter Zeitgenosse neben dem Wagen der Politik" einhergelaufen. Sämtliche Parteivertreter ließen dem Reichskanzler darüber keinen Zweifel aufkommen, daß irgendeine Abweichung von dem Inhalt der Resolution einen neuen Konflikt schaffen müsse; denn die Mehrheit sei entschlossen, an ihrem Standpunkt unter allen Umständen festzuhalten, worauf der Reichskanzler sich bereit erklärte, bis Mitte der nächsten Woche den Parteivertretern jenen Teil seiner Rede, der sich auf die Kriegsziele erstrecke, zu unterbreiten. Die Parteivertreter erklärten übereinstimmend, daß, wenn Konservative und Alldeutsche der Rede des Reichskanzlers offensichtlich im Reichstag zustimmen würden, dies große politische Konsequenzen nach sich ziehen müßte; jetzt müsse unter allen Umständen Klarheit geschaffen werden; denn das bisherige System sei an der Unklarheit über die Friedensziele und an dem steten Schwanken zugrunde gegangen. Der Reichskanzler stimmte dem bei mit der Erklärung, daß er sein Amt in steter Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung führen wolle. Großes Vertrauen brachte niemand dem neuen Mann entgegen.

Durch ein Mißverständnis wurde die unter den Parteien festgesetzte Resolution vorzeitig in der Presse, auch der des Auslandes, veröffentlicht. Der Verzicht auf Annexionen hatte unter meinen bulgarischen Freunden eine gewisse Unruhe hervorgerufen, worauf ich ihnen depeschierte, daß der Schlußsatz, der für Deutschland und seine Verbündeten das Recht auf Leben und Entwicklung forderte, für Bulgarien die Vereinigung aller Bulgaren in einem Staat bedeute, worauf dort Beruhigung eintrat.

Am 19. Juli 1917 fand die Friedenszielresolution in folgendem Wortlaut mit großer Mehrheit Annahme im Reichstag:

> „Der Reichstag erklärt:
>
> Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!" Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.
>
> Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind

erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenmütigem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Unterdessen war zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien vollkommene Übereinstimmung über dessen Rede herbeigeführt worden. Der Reichskanzler nahm ohne jeden Vorbehalt die Friedenszielresolution an. Wir waren daher auf das Höchste überrascht, als er in dem vereinbarten Text bei den entscheidenden Worten über die Friedensresolution und seine Stellungnahme hierzu unvermutet einfügte „wie ich sie auffasse". Eine unmittelbare Konsequenz wurde jedoch damals nicht gezogen. Die Nationalliberalen gaben eine der Friedenszielresolution ähnliche Erklärung ab. Am Tag darauf fand die bereits erwähnte Unterredung mit dem Kaiser statt. (Seite 52 u. ff.)

Von amtlicher Stelle wurde ich anfangs 1918 gebeten, eine kurze Zusammenstellung über die Gründe, die mich zur Friedenszielresolution geführt hatten, abzufassen. Die allgemein menschlichen Gründe, dem schrecklichen Blutvergießen und den anderen Kriegsleiden ein Ende zu bereiten, vorausschickend, führte ich darin aus:

„1. Vor Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges gab die Marineverwaltung die bestimmte Zusage, daß bei einer Vernichtung von 4 Millionen Tonnen „England auf die Knie gezwungen sein" oder mindestens genötigt sein würde, um Frieden zu bitten. Diese Wirkung sollte nach sechs Monaten uneingeschränkten U-Bootkrieges — also Ende Juli 1917 — erreicht sein. Die bestimmte Voraussage traf jedoch nicht ein, obwohl nach Angabe der Marineverwaltung damals bereits ein um 50 Prozent größeres Quantum von Schiffsraum versenkt war. Die Frage: Wie kommt man zum Frieden?, welche bis dahin mit dem Hinweis auf die rasche Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beantwortet wurde, trat schärfer

als je hervor, zumal alle Befürchtungen, die sich an den uneingeschränkten U-Bootkrieg knüpften, eingetroffen waren. (Kriegserklärung Amerikas, Brasiliens, Chinas usw.) Nur ein Verständigungsfrieden konnte die Antwort sein.

2. Die Fortdauer des Krieges mit unbestimmtem Ende mußte stets zunehmende Verstärkung der Kräfte unseres Feindes bringen. Oberstleutnant Bauer von der Obersten Heeresleitung teilte mir in jenen Tagen vertraulich mit, daß derzeit die Überlegenheit der Gegner an Artillerie an der Westfront wie 4 zu 1 stehe, und daß, wenn alles gut gehe, man im Frühjahr damit rechnen müsse, daß sie sich mindestens wie 6 zu 1 verhalten würde.

3. Nachdem Kaiser und Kanzler im Dezember 1916 die Friedensaktion eingeleitet hatten, mußte die Vertretung des deutschen Volkes, der Reichstag, auch zu dieser Frage Stellung nehmen und die Regierungspolitik durch eine Kundgebung ihrerseits unterstützen und gegenüber den zahlreichen Angriffen aller Welt den ehrlichen Friedenswillen Deutschlands bekunden.

4. Der Reichstag hat durch diese Erklärung die Verantwortung für den Frieden, der den Erwartungen weiter Volkskreise nicht entsprechen wird, übernommen und sich vor die Krone und die Regierung gestellt. All der Unwillen, der heute sich gegen die Reichstagsresolution wendet, würde nach dem Friedensschluß gegen die Krone anschwellen. Die Reichstagsresolution bedeutet so den stärksten Schutzwall für die Krone, wobei besonders wertvoll ist, daß auch die Sozialdemokratie hierzu gehört.

5. Für das Durchhalten im Innern war es angesichts der großen Lebensmittelnot unentbehrlich, dem Volke zu sagen, daß Reichsleitung und Reichstag mit den Eroberungsplänen einzelner Kreise nichts zu tun haben. Durch eine solche Kundgebung sollte der innere Wille zum Durchhalten gestärkt werden.

6. Im Juli 1917 bestand große Gefahr, daß die Sozialdemokraten, nicht nur die Unabhängigen, die Kriegskredite ablehnten und in die Opposition übergingen, wodurch die Kraft des deutschen Volkes ungemein geschädigt worden wäre. Die Sozialdemokraten wollten vor der Bewilligung der Kredite ihrerseits einen Antrag einbringen, aufgebaut auf die russische Formel: „Ohne Annexionen und Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Bei Ablehnung dieses Antrages hätten sie zweifellos nicht für die Kredite gestimmt. Dieser Absplitterung mußte vorgebeugt und eine Formel gesucht werden, welche einerseits der Sozialdemokratie die Annahme der Kredite ermöglichte, andererseits aber den Reichstag und die Regierung nicht an die starre russische Formel festknüpfte.

7. Die Rücksicht auf unsere Verbündeten nötigte den Reichstag, diesen zu sagen, daß die in jener Zeit besonders heftig betriebene Agitation der Annexionisten im Reichstag keine Mehrheit habe. Unsere Verbündeten mußten erfahren, daß das deutsche Volk an dem Kaiserwort festhält, das in der Resolution Aufnahme fand: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“

Alle diese Erwägungen und Gründe zeitigten die Resolution vom 19. Juli. Was die Reichstagsmehrheit sich an Erfolg versprach, ist auch eingetroffen, und zwar in folgender Form: 1. Stärkung der inneren Front, 2. die Sozialdemokraten gingen nicht in die Opposition,

> 3. unsere Verbündeten stimmten dieser Resolution freudig zu. Das Bündnis wurde hierdurch befestigt, wie die Reden des Grafen Czernin und des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Weckerle dartun. 4. Bei den Neutralen ist vom Juli 1917 ab nicht nur keine Verschlechterung des Verhältnisses zu Deutschland eingetreten, sondern Deutschland hat erheblich moralisch gewonnen. 5. Auch in den feindlichen Ländern ist der Friedenswille seit Juli 1917 ungemein gewachsen. Eine noch raschere Zunahme des Friedenswillens wäre eingetreten, wenn nicht unter der Reichskanzlerschaft von Michaelis ein unglückseliges Schwanken, ein halbes Zuneigen, ein halbes Ablehnen gegenüber der Friedenskundgebung vorgelegen hätte. 6. Die russische Friedensbewegung, welche zum Waffenstillstand von Brest-Litowsk führte, konnte mit Macht erst nach dieser Friedenskundgebung des Reichstags um sich greifen, da dem russischen Volke gesagt werden konnte, daß der Reichstag bereit ist, einen Frieden zu schließen, der sich von den russischen Forderungen nicht zu sehr unterscheidet."

Am 23. und 24. Juli 1917 nahm der Reichsausschuß der Zentrumspartei Stellung zu der Friedensresolution; gegen alle Abmachungen und Zusagen wurde aus dieser Sitzung heraus ein ganz falscher Bericht an die Oberste Heeresleitung erstattet. Gegen mich als Haupturheber der Friedensresolution wurde mit amtlicher Hilfe eine bisher in Deutschland nicht gekannte Hetze wüstester Art eingeleitet. Der katholische Volksverein von Budapest lud mich im September ein, dort über den Frieden zu sprechen; die deutschen Militärs verweigerten mir den Paß und die Ausreise. Es bildete sich die Vaterlandspartei unter Führung von Tirpitz und Kapp, die in weitgehendstem Umfang behördlicherseits gefördert wurde. Alle meine Vorstellungen und die der Mehrheitsparteien auf eine Änderung dieser Politik, die besonders im Kriegsministerium und Kriegspresseamt nachdrücklichste Unterstützung fand, waren so gut wie wirkungslos. Mir selbst wurde es unmöglich gemacht, das deutsche Volk aufzuklären. Der Nachdruck meiner im September 1917 in meinem Wahlkreis gehaltenen Rede wurde verboten und vom Reichsmarineamt vergebliche Versuche gemacht, gegen mich ein Strafverfahren einzuleiten, weil ich in der Rede mitgeteilt hatte, daß Deutschland im Frühjahr 1916, als die lebhafte Agitation für den uneingeschränkten U-Bootkrieg begann, etwas mehr als ein halbes Hundert U-Boote besaß. Als ich dann am 23. September 1917 in der Festung Ulm sprechen wollte, wurde mir untersagt, über die U-Bootfrage überhaupt zu reden und der Bericht über meine Rede unter Vorzensur gestellt. In Wort und Bild organisierten die Alldeutschen die Hetze gegen mich, den „Rom-

katholiken". Auch in der Zentrumspartei selbst machten sich alldeutsche Tendenzen breit, die besonders vom überwiegenden Teil des Adels unterstützt wurden. Zu der Obersten Heeresleitung hatte ich so gut wie keine Beziehungen mehr und war daher sehr überrascht, als Ende April 1918 ein Offizier des Kriegsministeriums an mich und den Abgeordneten Freiherr von Richthofen herantrat, um eine engere Fühlungnahme wieder herbeizuführen. Wir beide brachten zum Ausdruck, daß wir es für sehr schwer hielten, mit der Obersten Heeresleitung eine restlose Verständigung herbeizuführen, da sie sich nicht loyal gegenüber der Mehrheit benommen habe; sie habe seinerzeit an der Friedenszielresolution mitgearbeitet, diese teilweise gebilligt und mindestens nicht entschieden widersprochen, nachher habe sie einen sehr unschönen Kampf dagegen eingeleitet, denselben unterstützt und gefördert. Trotzdem erklärten wir uns zu weiteren Aussprachen bereit, wenn wir eine klare Antwort auf die Fragen bekämen: Wie gedenkt die Oberste Heeresleitung den Krieg zu beendigen? Wann hört die entsetzliche Menschenschlächterei auf? Dafür sei die Oberste Heeresleitung zuständig; darüber müßten wir Klarheit haben. Eine bestimmte Antwort erhielten wir hierauf nicht, sondern es wurde nur der Wunsch übermittelt, daß ein „politischer Hindenburg" an die Spitze des Auswärtigen Amts treten müsse. Ich sah darin die Erneuerung des Spiels vom Juli 1917, dieses Mal gegen Herrn von Kühlmann gerichtet, und lehnte jede weitere Beteiligung ab.

Die Friedenszielresolution wurde der Ausgangspunkt und das feste Band für eine stetige Mehrheit im Reichstag und so der Anfang des parlamentarischen Regimes. Ihre internationale Bedeutung lief schnell über in den Kanal der päpstlichen Friedensvermittlung.

20. Kapitel

Die päpstliche Friedensvermittlung

Während des ganzen Weltkrieges hindurch habe ich gegenüber amtlichen Stellen und anderwärts die Auffassung vertreten, daß eine aussichtsreiche Friedensvermittlung nur durch den Heiligen Stuhl, Spanien und die Vereinigten Staaten von Amerika in

Betracht kommen könne. Je feindseliger die Stimmung in Deutschland gegen Präsident Wilson wurde, um so mehr rückte der Heilige Stuhl in den Vordergrund. Der Hinweis einiger amtlicher Stellen, daß Italien und Frankreich jede Friedensvermittlung des Papstes ablehnen würden, hielt mich von meinen Bemühungen nicht zurück; denn auch das Londoner Abkommen vom September 1914 und seine Erneuerungen sprachen nicht vom Ausschluß des Papstes von den Friedensverhandlungen, sondern nur von der Möglichkeit eines solchen Ausschlusses, falls Italien dies fordern würde, und von einer vorherigen Klärung der Frage der Teilnahme des Papstes. Italien wollte dadurch hauptsächlich verhindern, daß die römische Frage auf dem Friedenskongreß beraten würde. Der Großorient Rom schrieb im Oktober 1915:

> „Dem Papst muß es begreiflich gemacht werden, daß er nie zum Friedenskongreß zugelassen wird, außer er verständigt sich mit dem Vierverband über die Modalitäten, unter denen die Römische Frage geregelt werden soll."

Wie der Heilige Stuhl sich bemühte, die Verbreiterung des Weltkrieges hintanzuhalten, so hat er von Anfang an, und zwar durch die persönliche Initiative des Papstes, auf eine rasche Beendigung des Menschenmordens hingewirkt. Kein Jahrestag des Weltkriegsbeginns verstrich, ohne daß der Papst seine warnende Stimme erhob.

Anfang August 1915 wurde mir mitgeteilt, daß Seine Heiligkeit geneigt sei, für Anbahnung des Friedens die Initiative zu ergreifen. Auf Grund einer Besprechung mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow glaubte ich, der sicherste Weg sei der, daß Seine Heiligkeit sich in einem Privatschreiben an die Staatsoberhäupter sämtlicher kriegführenden Staaten wende; die Heranziehung der Staatsoberhäupter der neutralen Länder sei nicht empfehlenswert. Gleichzeitig konnte ich die Erklärung abgeben, daß, falls ein solches Schreiben des Papstes an den Deutschen Kaiser gelange, es alsbald zustimmend beantwortet würde in der Richtung, daß Deutschland bereit sei, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten; Deutschland würde eine solche Aktion des Papstes nicht nur begrüßen, sondern mit festem Willen unterstützen. Alle weiteren Schritte hingen dann von den Antworten der Staatsoberhäupter ab. Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling, den ich von diesem

Vorgang in Kenntnis setzte, hatte es für ratsamer gehalten, „noch mehr Zurückhaltung zu beobachten", damit die deutsche Stellungnahme nicht als ein „Zeichen der Schwäche und Erschöpfung" ausgelegt werden könne; er regte an, ich möchte in dieser Richtung vorgehen. Das lehnte ich jedoch ab. Gleichzeitig schlug er vor, ob nicht an den König der Belgier herangetreten werden könne mit dem Hinweis, daß man mit ihm verhandeln würde, wenn er die Initiative ergriffe; hierbei sollte ihm bedeutet werden, „daß jetzt der letzte Moment für ihn sei, für sich und sein Haus die Rückkehr nach Belgien unter den von Deutschland zu stellenden Bedingungen zu sichern, da der Weg nach Brüssel nicht mehr über Paris und London, sondern über Berlin führe". Das 1915 ergangene öffentliche Schreiben des Heiligen Vaters an die Staatsoberhäupter zeitigte keinen Erfolg.

Im Juni 1916 wurde ich auf Grund einer Rücksprache mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auch für meine Person gebeten, dem Vatikan mitzuteilen, daß die deutsche Regierung gern die Vermittlung des Papstes in der Frage des Friedensschlusses annehmen werde und Seiner Heiligkeit dafür dankbar sei. Der päpstliche Vertreter in der Schweiz hielt im Oktober 1916 den Zeitpunkt für gekommen, den Weltfrieden herbeizuführen: Deutschland habe während des Krieges von allen Seiten Bewunderung erfahren, aber keine Liebe gefunden; der Friedensschluß sei nur zu erreichen durch eine Verständigung mit England oder durch einen Separatfrieden mit Rußland; als einziges Hindernis der Verständigung zwischen England und Deutschland liege Belgien im Weg; sobald Deutschland erkläre, daß es Belgien nach dem Krieg wieder herausgebe, würde England sich und seinen Verbündeten sagen, daß es an der Fortsetzung des Krieges kein Interesse mehr habe.

Als die Friedensverhandlungen zwischen Wien und Montenegro im Januar 1916 zu scheitern drohten, wurde auf meine Veranlassung hierüber die Vermittlung des Papstes angerufen.

Im November 1916, nachdem der erneute Friedensaufruf des Papstes ohne Echo verhallt war, wurde von neutraler Seite dem Heiligen Stuhl eine Denkschrift unterbreitet über die Einberufung einer Vorkonferenz zur Regelung einer ganzen Reihe von Rechtsfragen. Wenn der Kardinalstaatssekretär in seinem Antwortschreiben auch den Zeitpunkt für Ergreifung der Initiative

nicht für geeignet hielt, so ist doch die Angelegenheit weiter verfolgt worden. Die Konferenz sollte als Vorläuferin und Vorbereiterin des künftigen Friedens eine Übereinstimmung auf Einstellung des durch die Presse erzeugten Hasses erzielen, den Verzicht auf Repressalien herbeiführen, Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen anbahnen, Konfiskationen und Beschlagnahme der fremden Vermögen beseitigen und für die Freilassung der Zivilinternierten eintreten. Es wurde zugleich die Aussicht eröffnet, daß Rußland bereit sei, einem solchen Vorschlag zuzustimmen. Am 3. Oktober konnte ich im Auftrag des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen dem Vatikan melden:

> „Die deutsche Regierung begrüßt es mit lebhafter Freude, daß diese und ähnliche Gegenstände noch während der Dauer des Krieges Gegenstand internationaler Abmachungen werden sollen. Sie erklärt sich weiter damit einverstanden, daß die bei der geplanten Zusammenkunft gefaßten Beschlüsse sofort zur Ausführung kommen sollen."

Naturgemäß konnte sich die deutsche Regierung nicht auf jeden einzelnen der unterbreiteten Vorschläge festlegen, aber doch ihren festen Entschluß erklären, an dem Zustandekommen eines solchen Abkommens mit allen Kräften mitzuwirken. Auch dieser Versuch blieb ergebnislos.

Als die deutsche Regierung das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 erließ, hat sie dieses auf meine Anregung mit einem besonderen Anschreiben Seiner Heiligkeit, „die jede Gelegenheit wahrgenommen habe, um im Interesse der Menschheit auf eine Beendigung des blutigen Ringens hinzuwirken", überreichen lassen, „in der Hoffnung, daß die Initiative der vier Mächte einen wohlwollenden Widerhall bei Seiner Heiligkeit finden wird und daß ihr Friedenswerk auf die wohlwollende Unterstützung des Apostolischen Stuhles rechnen darf". Auf die von mir unterbreitete Ansicht, daß es besser gewesen wäre, den Apostolischen Stuhl direkt anzugehen, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen, haben Berliner amtliche Stellen mir erwidert, daß die Rücksicht auf die Lage des Heiligen Stuhles gerade im jetzigen Augenblick einen solchen Schritt nicht als angezeigt erscheinen lasse; Deutschland habe keine andere neutrale Macht in einem besonderen Schreiben um eine Unterstützung des Friedensangebots gebeten als den Heiligen Stuhl, der nun durch diesen Schritt freien Spielraum auf dem Gebiete der Friedensvermittlung erlange; weder Amerika noch Spanien noch andere Staaten hätten besondere Noten erhalten;

der Heilige Vater sei durch einen welthistorischen Schritt Deutschlands ersucht worden, als Friedensvermittler aufzutreten. Ich ließ die dringende Bitte an den Heiligen Stuhl gelangen, unermüdlich bei allen am Vatikan beglaubigten Gesandten der kriegführenden Mächte darauf hinzuwirken, daß die Entente eine zustimmende Antwort in der Richtung gebe, daß sie bereit sei, mit Deutschland in Friedensverhandlungen einzutreten; sollte aber das deutsche Angebot rundweg abgelehnt werden, so könne der Heilige Stuhl in seiner vollen Autorität auftreten, „um die Völker und Regierungen zu beschwören, in Verhandlungen einzutreten"; ferner würde Berlin gern eine außerordentliche Mission in den Vatikan entsenden, um alles durchzusprechen, falls nicht der Heilige Stuhl eine Vertrauensperson zur Aussprache in die Schweiz entsenden wolle. In der deutschen Öffentlichkeit hat man sich damals darüber aufgehalten, daß der Heilige Stuhl trotz der besonderen Note von Berlin in der Öffentlichkeit keine Schritte zugunsten des deutschen Friedensangebots unternommen hat. Die deutsche Regierung hat damals niemand, auch mir nicht, Kenntnis davon gegeben, daß der Heilige Stuhl unermüdlich in jenen Tagen für den Frieden arbeitete, und zwar am nachdrücklichsten bei der deutschen Regierung selbst. Erst im Herbst 1919 wurde mir bekannt (was nunmehr auch durch die Veröffentlichung der Aktenstücke durch den Untersuchungsausschuß bestätigt wird), daß über die Wiener Nuntiatur — München war damals nicht besetzt — Depeschen des Kardinalstaatssekretärs Gasparri eingelaufen waren, in denen auf den Ernst und die Bedeutung der unmittelbar auf die deutsche Erklärung folgenden Wilsonschen Friedensvermittlung hingewiesen und Deutschland gebeten wurde, den Wilsonschen Schritt in jeder Richtung zu unterstützen, namentlich durch eine von allen kriegführenden Staaten abzugebende Erklärung über Abrüstung. Die von Wilson ausgegangene Friedensvermittlung fand also die völlige Unterstützung des Heiligen Stuhles. Diese Tatsache hat die deutsche Regierung weder dem Reichstag noch dem deutschen Volk mitgeteilt, obwohl hierdurch der ganze Wilsonsche Schritt, der Deutschlands Anregung mit entsprungen ist, eine ganz andere Bedeutung und einen anderen Ausklang erlangt hätte. Auch hatte der Heilige Stuhl über denselben Weg mitteilen lassen, es bestünden gute Gründe zur Annahme einer Geneigtheit der Entente zu Friedensverhandlungen, wenn Deutschland etwas über die Friedensbedingungen bekannt gebe; namentlich

komme es auf Garantien der Wiederherstellung und Unabhängigkeit Belgiens an. Damit wurde die Regierung bereits zum zweitenmal von so hoher Stelle aus auf diesen Kardinalpunkt hingewiesen.

Im Anschluß an die Wiener Besprechungen im April 1917 regte ich beim Vatikan an, ob nicht eine neue Kundgebung des Heiligen Vaters zugunsten des Friedens erfolgen könne; der Wiener Kardinal dachte an eine Enzyklika an sämtliche Bischöfe mit der Aufforderung, für den Frieden zu arbeiten.

Ende Juni 1917 besuchte der neue Münchener Nuntius Pacelli den Reichskanzler in Berlin und hierauf den Kaiser im Großen Hauptquartier. Graf Hertling hatte mich vorher wissen lassen, daß der Nuntius „nicht viel Brauchbares für uns bringe“. In Berlin war man anderer Auffassung. Die Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Nuntius brachte eine weitgehende Aussprache über konkrete Friedensbedingungen. Der Inhalt dieser Besprechungen ist mir nicht mitgeteilt worden; ich erfuhr ihn erst Anfang 1919 durch die Veröffentlichung des Herrn von Bethmann Hollweg. Die Überreichung eines päpstlichen Handschreibens an den Kaiser im Großen Hauptquartier verstärkte die Hoffnungen der Völker für baldige Herbeiführung des Weltfriedens. Der Nuntius legte unter anderem beim Kaiser Verwahrung ein gegen die Deportationen aus den besetzten Gebieten; er bat im Namen des Heiligen Vaters, ihnen ein Ende zu machen, wobei er betonte, daß das auch im Interesse von Deutschland selbst liege. Der Kaiser versprach, alles für diese Sache zu tun, was in seiner Macht stehe. Die Friedensresolution des Reichstags, weder von Wien noch vom Heiligen Stuhl bei mir angeregt, diente als weiterer Bahnbrecher für diese Vermittlung.

Am 24. Juli machte der Nuntius nach dem inzwischen vollzogenen Kanzlerwechsel einen neuen Besuch in Berlin. Man kann sich denken, daß derselbe nicht nur ein Höflichkeitsbesuch für den neuen Reichskanzler Michaelis war, sondern daß er den Auftrag hatte, sich nach dem Regierungswechsel von neuem über die Kriegsziele und die Friedensbedingungen der deutschen Regierung zu vergewissern. Diese erneute Fühlungnahme und der damit verbundene Meinungsaustausch dürften wohl in ihrer Bedeutung nicht überschätzt worden sein, wenn man sie als den ersten Akt der päpstlichen Friedensvermittlung ansah.

Ich ließ daher am 25. Juli dem noch in Frankfurt tagenden Reichsausschuß der Zentrumspartei

> „dringendst bitten, daß der Reichsausschuß und die Presse die Friedensresolution mit allem Nachdruck unterstützen wolle, da sonst ungeheurer Schaden für Deutschland entstehen könnte. Großer Nachdruck sei auf sämtliche Abschnitte der ganzen Resolution zu legen; denn die Wirkung derselben sei, wie sich aus den Berliner Besprechungen ergebe, eine ganz ausgezeichnete. Ich müßte es ablehnen, für Konsequenzen, die aus der Nichtbeachtung meines Rates erwachsen könnten, verantwortlich gemacht zu werden und würde auch zu dem gegebenen Zeitpunkt nicht damit zurückhalten, daß diese Information nicht befolgt wurde."

Mitte August 1917 wurde die vom 1. August 1917 datierte Friedensnote des Papstes veröffentlicht, die angesichts der geschilderten Vorgänge in allen amtlichen Berliner Kreisen eine günstige Aufnahme fand. Der Kanzler äußerte zwar immerhin Bedenken darüber, daß in der Note die Frage der Abrüstung zu stark in den Vordergrund trete; aber darüber lasse sich reden. Ich erwiderte, daß die Frage der Abrüstung nicht nur für die Frage des Friedens die wesentlichste Voraussetzung sei, sondern daß eine Verminderung der Rüstungen aus innerpolitischen und finanziellen Gründen absolut sicher kommen müsse; darum sei es klüger, gleichzeitig mit anderen Staaten ein Programm für die Verminderung der Rüstungen aufzustellen. Aus den Reihen der Ententediplomaten in der Schweiz erfuhr ich, daß sie die päpstliche Friedensnote als ein „diplomatisches Meisterstück" bezeichneten. Die Schweizer Gruppe der Internationalen Katholischen Union begrüßte den päpstlichen Friedensschritt durch eine besondere Kundgebung.

Die Antwort der deutschen Regierung auf das veröffentlichte Friedensangebot zog sich lange hin. Ich schlug vor, nur eine kurze Antwort dahin zu geben, daß die deutsche Regierung in der Kundgebung des Papstes „eine geeignete Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden sehe und bereit sei, sich durch Vermittlung des Heiligen Stuhles mit den feindlichen Regierungen ins Einvernehmen zu setzen und Verhandlungen herbeizuführen, in denen Deutschland Ergänzungen und Änderungsvorschläge machen würde, welche jedoch an den Grundgedanken der päpstlichen Friedensnote nichts Wesentliches ändern". Am 21. August erklärte der Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstags, daß die Antwort Deutschlands erst nach Fühlungnahme mit den Verbündeten in gemeinsamer Arbeit mit dem Hauptausschuß erfolgen könne; die

päpstliche Friedensnote sei nicht von den Mittelmächten veranlaßt worden. Der Reichskanzler schloß zwar seine Erklärung mit den Worten: „Ich werde alles tun, um so schnell wie möglich dem Frieden näherzukommen," bezeichnete aber die Friedensaussichten als recht gering. In das harmonische Zusammenarbeiten wurde ein Zwiespalt hineingetragen durch die Besprechung der Rede des Reichskanzlers vom 19. Juli über die Einschaltung der unglücklichen Worte „wie ich sie auffasse".

Zur Festsetzung der deutschen Antwort wurde ein aus sieben Mitgliedern des Reichstags bestehender Beirat, dem auch ich angehörte, gewählt. Es war mir angedeutet worden, daß die Antwortnote wohl in allgemeinen Ausdrücken gehalten werden könne, ohne in Einzelheiten einzugehen, daß aber die Annahme im Prinzip ausgesprochen werden müsse. Darüber verständigte ich mich mit dem Staatssekretär von Kühlmann. In dem Siebenerausschuß wurde diese Grundlage akzeptiert, aber gefordert, daß die deutsche Antwort klar zum Ausdruck bringen müsse, Deutschland sei unter den in der päpstlichen Friedensnote enthaltenen Voraussetzungen bereit, die vollkommene Unabhängigkeit Belgiens gegenüber jeder Macht herzustellen. Die erste Sitzung des Siebenerausschusses fand am 28. August statt, in welcher der Staatssekretär mitteilte, daß dem Vatikan ein Zwischenbescheid des Kaisers zugegangen und der Kanzler mit der materiellen Antwort beauftragt worden sei; diese müsse aber zuerst mit den Verbündeten besprochen werden. Belgien habe dem Vatikan auch einen Zwischenbescheid gegeben ebenso England. Die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Konservativen forderten, daß eine klare Erklärung über die Wiederherstellung der vollständigen Unabhängigkeit Belgiens gegeben werden müsse; schweige Deutschland, so sei die Friedensaussicht gering.

Graf Czernin ließ mich in jenen Tagen wissen, daß auch er der Auffassung sei, daß in die deutsche Antwort ein Abschnitt über die volle Selbständigkeit Belgiens aufgenommen werden müsse. Um dies zu erreichen, hatte ich am 30. August eine längere Unterredung mit Staatssekretär von Kühlmann, der in der belgischen Frage sich auf meinen Standpunkt stellte; denn er habe vor Übernahme seines Amtes dem Reichskanzler gesagt, daß Belgien vollständig und unabhängig wiederhergestellt werden müsse; der Kampf hierüber werde zwar innerpolitisch ein äußerst heftiger werden, aber er müsse jetzt durch-

gefochten werden. Nur wünsche er zwei Vorfragen zu lösen, indem er auf diplomatischem Wege festzustellen versuche, welche neuen Sicherungen die feindlichen Mächte für die vollkommene Unabhängigkeit Belgiens geben wollten und ob die feindlichen Mächte nach der deutschen Erklärung über Belgien bereit seien, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten. Ich sah das nur als eine Frage der Taktik an, da man im Prinzip einig sei. Auch vom belgischen Gesandten in der Schweiz erfuhr ich in jenen Tagen, daß, wenn Deutschland das entscheidende Wort über Belgien spreche, der Friede sicher da sei. In diesen zweiten Akt der päpstlichen Friedensvermittlung verwob sich nun der dritte mit den besten Aussichten auf raschen und vollen Erfolg.

Mitten in diesen Verhandlungen, am 30. August, war dem Reichskanzler die Abschrift einer Depesche übermittelt worden, die der britische Gesandte beim Heiligen Stuhl im Auftrag seiner Regierung und mit Zustimmung Frankreichs übergeben hatte. In derselben wurde eine bestimmte Erklärung Deutschlands über seine Kriegsziele und über das künftige Schicksal Belgiens verlangt. Die Erklärung brauchte nicht einmal veröffentlicht, sondern nur vertraulich und möglichst bald dem Heiligen Stuhl übergeben zu werden. Die Abschrift der Depesche war begleitet von einem Schreiben des Nuntius mit folgendem Inhalt:

„München, den 30. August 1917.

Eure Exzellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Eurer Exzellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Exzellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich den im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen anzunehmen die Kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt

zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine Königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der Kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Meinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Eure Exzellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlerwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist, und welche so günstige Gesinnungen in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird. In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben, und habe ich die Ehre zu verharren als

Euer Exzellenz
ergebenster
gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi,
Apostolischer Nuntius."

Dieses hochbedeutsame Schreiben des Nuntius vom 30. August wurde aus mir unerklärlichen Gründen zunächst nicht erledigt, sondern die Antwort auf die veröffentlichte Friedensnote des Heiligen Stuhles fertiggestellt.

Am 6. September unterhielt ich mich mit dem in Berlin weilenden Grafen Czernin, der mißtrauisch darüber war, ob Deutschland die von England erbetene bestimmte Erklärung über Belgien abgebe, während ihm die deutsche Antwortnote auf die päpstliche Friedenskundgebung sehr gut gefiel. Diese war soweit fertiggestellt, daß am 10. September die Schlußsitzung des Siebenerausschusses stattfinden konnte, in welcher Staatssekretär von Kühlmann mitteilte, daß der vatikanische Friedensschritt nicht gegen den Willen Englands erfolgt sei. Der Text der deutschen Antwort sei ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Stellen; die Antwort gehe nicht auf Belgien ein, wie es die Kommission früher gewünscht habe. Belgien habe als Faustpfand hohen Wert für uns, den es verliere, wenn man die Karten offen auf den Tisch lege. Der Kardinalstaatssekretär habe zudem bereits eine ganz vertrauliche Anfrage über die Stellungnahme der deutschen Regierung über Belgien an den Reichskanzler gerichtet, und zwar auf Grund einer Anfrage einer feindlichen Macht, welche unsere Kriegsziele wissen wolle und besonders unsere Stellungnahme zu Belgien. Er könne in Übereinstimmung mit sämtlichen Organen der

Reichsregierung nur sagen, daß die Reichstagsresolution vom 19. Juli „als absolute Richtschnur für die Lösung der belgischen Frage zu dienen habe". Der Sozialdemokrat Scheidemann hielt eine Erklärung über Belgien in der deutschen Antwortnote für absolut notwendig, da sonst keine Brücke zum Frieden geschlagen würde; enthalte die Antwort über Belgien nichts, so würden die Alldeutschen dies als einen Triumph ihrer Politik ansehen, was im Ausland und Inland ungünstig wirke. Darauf erwiderte der Reichskanzler, daß zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit in der belgischen Frage vollkommene Übereinstimmung herrsche; man müsse es aber doch der Regierung überlassen, welche Methode der weiteren Behandlung sie für richtig halte. Ich selbst konnte mit dem Abgeordneten Stresemann erklären, daß jetzt nur noch eine Differenz über die formale Behandlung der belgischen Frage bestehe. Nach der neuen vertraulichen Anfrage der Kurie solle man darin der Regierung freie Hand lassen, wohl aber müsse die Reichstagsresolution in die Antwort zustimmend aufgenommen werden. Nach der Auffassung des Grafen Westarp entsprach die Papstnote nicht den deutschen Interessen; er äußerte Bedenken über die Abrüstung und wollte auch in vertraulicher Weise über Belgien nichts an die Kurie weitergegeben wissen. Um Einigung herbeizuführen, erklärte sich Staatssekretär von Kühlmann bereit, daß Deutschland dem Vatikan nicht nur in allgemeinen Wendungen sagen werde, die Reichstagsresolution sei die absolute Richtschnur für die Lösung der belgischen Frage, sondern daß er dem Vatikan über alle wichtigen Punkte in der belgischen Frage Aufschluß geben werde. Der Reichskanzler stimmte dem zu, daß in der Antwort der Regierung die Friedensresolution zustimmend erwähnt werde, aber über Belgien nichts aufzunehmen sei. Mit dieser Erklärung stand in vollem Widerspruch, was mir Graf Czernin durch eine Mittelsperson am 11. September sagen ließ, daß der Reichskanzler in der vertraulichen Note nach Rom die Schleifung der belgischen Festungen verlangen und die belgischen Eisenbahnen unter deutsche Kontrolle gestellt wissen wolle. Ich ließ Graf Czernin sagen, daß ich an meinem Standpunkt absolut festhielte; wenn Berlin ein doppeltes Spiel treibe, so müsse das sehr schnell scheitern. Am 11. September fand die vom Siebenerausschuß genehmigte Antwortnote die Zustimmung des Kaisers. An diesem Tage gelang es Staatssekretär

von Kühlmann, entgegen der Stellungnahme von Militär und Marine, seinen Standpunkt in der belgischen Frage durchzusetzen. Am 13. September ging die deutsche Antwort auf die Friedensnote des Papstes an den Nuntius in München ab; sie sollte aber erst am 22. September veröffentlicht werden. Inzwischen erfuhr ich, daß, wenn nicht Deutschland, sei es in der Antwort auf die päpstliche Friedenskundgebung oder in einer Separatnote über Belgien, die vom Heiligen Stuhl verlangte Erklärung abgebe, jede Möglichkeit von Friedensverhandlungen in nicht gutzumachender Weise gefährdet sei. Die deutsche Regierung wollte jedoch, wie mir im Auswärtigen Amte auf das bestimmteste versichert wurde, in ihrer Beantwortung der vertraulichen Anfrage des Kardinalstaatssekretärs auf die belgische Frage eingehen; dabei setzte man voraus, daß die Entente dann auch gesonnen sei, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten.

Die päpstliche Friedensvermittlung hatte Wert darauf gelegt, mit der Veröffentlichung der deutschen Antwortnote so lange zu warten, bis genügende Erklärungen über die Wiederherstellung Belgiens und die Kriegskostenfrage in dieselbe aufgenommen seien. Ich war damals von Berlin abwesend. Mehrere dringende Anfragen des Nuntius an die Regierung in dieser Richtung waren ohne jede Antwort geblieben. Andere Anfragen wurden ablehnend beantwortet. Später konnte ich dann im Auswärtigen Amt feststellen, daß Berlin diese Anfragen völlig mißverstanden hatte, indem es sie auf die Besprechungen vom 24./25. Juli (S. 274) bezog und nicht auf die päpstliche Friedenskundgebung vom 1. August. Auf Grund der mir in Berlin gewordenen Informationen mußte ich an der Überzeugung festhalten, daß dem Heiligen Stuhl über Belgien bald eine genügende Antwort zuteil würde, und zwar auf die vertrauliche Anfrage des Kardinalstaatssekretärs, so daß die Friedensaktion nicht, wie man befürchtete, zum Scheitern gelangt sei. Allerdings blieb meine erneute Anregung, daß der Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstags die Erklärung abgeben möge, Deutschland nehme die vom Heiligen Stuhl vorgeschlagene Grundlage im Prinzip an und behalte sich vor, dieselbe auf dem Weg der Sonderverhandlungen zu präzisieren und zu vervollkommnen, ergebnislos. Doch war ich der festen Überzeugung, daß die Antwort des Reichskanzlers über Belgien die gewünschte Klarheit schaffen werde.

Der Reichskanzler hatte sich nahezu einen ganzen Monat Zeit genommen, um am 24. September in Beantwortung des Schreibens des Nuntius vom 30. August seinen Dank „für die gütige Übersendung der interessanten Mitteilungen“ auszudrücken. Er betonte zwar, daß die Kaiserliche Regierung mit den Bemühungen des Kardinalstaatssekretärs „für sofortige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens“ vollkommen übereinstimme, daß sie sich der Auffassung anschließe, „daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele den Weg bilde, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien“ werde erzielen lassen, daß dabei „die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden“ hätten. Dann aber brachte der Kanzler ein Moment in seine Antwort, das mit dem Kriegesschluß und dem Frieden nichts zu tun hatte, ein historisches Moment, das augenblicklich noch ins Gefühlsleben überschlägt, das aber aus diplomatischen Verhandlungen herausgestellt bleiben mußte: die Frage der Kriegsschuld, die die Gegner uns allein aufbürdeten und es dadurch unmöglich machten, uns auf diesem Boden „anderer Anschauungen und Gefühle“ mit ihnen „zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begegnen“. Das sind Sätze, die nicht nach Diplomatie schmecken, sondern nach dem Militärkabinett.

Aber weder von dieser Frage war die Rede in dem Briefe des Nuntius oder in dem englischen Telegramm noch von der Frage, wer Sieger oder Besiegter sei; man wollte von seiten der Gegner Frieden anbahnen. Der Kanzler aber wirft alle diese Fragen auf: wenn die Gegner glaubten, sie hätten „als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt“, so weise er „schon jetzt“ darauf hin,

> „daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird: nämlich eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten.“

Ginge umgekehrt Deutschland von der Voraussetzung einer Niederwerfung seiner Gegner aus, so würde der Friede nicht gefördert,

> „da die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen so groß wären, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten.“

Man müsse also auf der Grundlage, daß es keine Besiegte noch Sieger gebe, verhandeln. Nach diesen theoretischen Erörterungen, die mit der Friedensfrage als solcher nichts zu tun hatten, die aber dazu dienen sollten, einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen, verweigert der Reichskanzler dann auch geradezu die Antwort, die die wichtigste sein sollte und das Schicksal Deutschlands in sich barg: die präzise Antwort über Belgien. Er fährt nämlich fort:

„Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu entsprechen (so in Oskar Müller, „Warum mußten wir nach Versailles?", soll wohl heißen „abzugeben"), so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit in der Frage des Friedens unterschätzte oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eure Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können."

Diese Antwort war das jähe Ende der so hoffnungsvoll begonnenen päpstlichen Friedensvermittlung.

Der vom 24. September 1917 datierte Brief des Reichskanzlers an den Nuntius ist mir erst im Juli 1919 in seinem Wortlaut bekannt geworden; die dem Reichstag und mir gegebene Zusage, hierin über Belgien zu sprechen, wurde nicht erfüllt. Ich verstand daher auch damals das Schreiben des Nuntius vom 30. September nicht, daß er meine günstige Überzeugung wegen des Ausgangs der Friedensverhandlungen nicht teilen könnte: „Die Tatsachen gestatten es mir nicht. Auf jeden Fall vertraue ich auf die göttliche Vorsehung, welche das Schicksal der Nationen regiert." Ich beharrte in meinem Schreiben vom 2. Oktober an den Nuntius bei meiner günstigeren Auffassung des Standes der Friedensverhandlungen, da die belgische Frage kein Hindernis für die Herbeiführung des Friedens bilde; man möge

den Mut nicht sinken lassen und die Verhandlungen nicht als gescheitert ansehen.

Aus meiner schon bekannten Unterredung mit dem Nuntius im Oktober 1917 konnte ich entnehmen, daß es für den Augenblick keine Möglichkeit gab, die gänzlich verfahrene Lage wieder einzurenken; die einzige Möglichkeit wäre eine Abkehr von dem bisher gewählten Weg unklarer Höflichkeiten gewesen. Der Friede war wieder in unabsehbare Ferne gerückt. Der Papst persönlich und England mußten über die Unklarheit und Verschwommenheit der Antwort vom 24. September bitter enttäuscht sein. England und auch der Papst hatten eine brauchbare, wenn auch nur andeutungsweise Erwähnung der belgischen Frage erwartet. Mit dem, was geantwortet worden war, konnte man absolut nichts anfangen. Die Entente zweifelte an der Aufrichtigkeit Deutschlands oder an der Möglichkeit der deutschen Regierung, sich über Belgien in einer Weise auszusprechen, die weitere Verhandlungen gestattete. (Der bekannte englische Imperialist Leo Marse, der Herausgeber der „National Review", hat im Septemberheft 1919 im Anschluß an meine diese Vorgänge schildernden Darlegungen in der Nationalversammlung zu Weimar geschrieben: „Wir müssen Herrn Erzberger darin zustimmen, daß die britische Regierung im August 1917 die Initiative ergriff, um Deutschland durch den Vatikan eine Eröffnung zu machen ... Hätte der Feind damals nur eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben, so hätten Unterhandlungen begonnen und das Unheil wäre geschehen gewesen, bevor das Publikum von der Intrige auch nur gewußt hätte.) So war es klar, daß die Entente wahrscheinlich dem Heiligen Stuhl keine Antwort auf die Friedensnote mehr gab, da es Rom nicht gelungen war, eine klare Antwort der Mittelmächte auf eine von ihnen gestellte bestimmte Frage zu erhalten. Ein Ausweg schien mir wohl offen zu sein: die Mittelmächte hinterlegten zu treuen Händen des Vatikans ihre Kriegsziele, genau umschrieben mit dem Vorbehalt, daß sie nicht zur Veröffentlichung bestimmt seien und daß Deutschland sich nur eine gewisse Frist daran gebunden halte. Dem anfangs November in München weilenden neuen Reichskanzler Graf Hertling unterbreitete ich diesen Plan, der ihn für gut fand, aber die Entscheidung erst in Berlin treffen wollte. Dem Kaiser von Österreich ließ ich diese Absicht auch mitteilen. Staatssekretär von Kühlmann wollte jedoch im jetzigen Augenblick keine weitere Aktion vollziehen, ehe

nicht die Unversehrtheit unseres Gebietes in Europa und in Übersee zugesagt sei.

Ich legte am 14. Dezember dem Nuntius erneut die Frage nahe, ob er nicht seinerseits eine Anfrage nach Berlin richten könne, ob man ihm nunmehr die am 24. September in Aussicht gestellten Kriegsziele mitteilen würde. Da kam eine überraschende Wendung, die eine gewisse Aufklärung über dunkle Vorgänge brachte. Die neue Sowjetregierung in Moskau veröffentlichte Depeschen des russischen Botschafters in London; aus einer derselben war ersichtlich, daß ein neutraler (spanischer) Diplomat sich im Auftrag Deutschlands an die englische Regierung gewandt hatte mit dem Wunsche, mit England Friedensverhandlungen zu beginnen. Das gab Veranlassung zu einer Anfrage im englischen Unterhaus, wo Minister Balfour erklärte, daß die englische Regierung

> „im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche, und sie sei bereit, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Hierauf erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstigen amtlichen Mitteilungen in dieser Angelegenheit erhalten."

Hierdurch wurde mir mit einem Schlage klar, warum die päpstliche Friedensvermittlung im September gescheitert war. In Deutschland erregten diese Mitteilungen gewaltiges Aufsehen. Die darauf gegebene amtliche deutsche Erklärung teilte in einer nur dem Eingeweihten verständlichen Sprache mit, daß Deutschland dem Vatikan gegenüber, der die Anfrage gestellt hatte, sich nicht binden wollte, und darum einen anderen Vertrauensmann zu Anfragen in England wählte. Wie mir später bekannt wurde, war dies ein spanischer Diplomat, der über seine Anfrage und die von England erhaltene Antwort aber der deutschen Regierung keinerlei Meldung mehr erstattete.

Der Heilige Stuhl mußte begreiflicherweise von diesen Vorgängen sehr überrascht sein, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Die deutsche Regierung hatte es einerseits abgelehnt, auf seine Anfragen eine klare Antwort zu geben, und wollte gleichzeitig andererseits einen Nebenweg über Spanien gehen. Daß gerade dieser Nebenweg ungangbar war, stand von vornherein

fest und hätte auch von der deutschen Diplomatie erkannt werden müssen. Die spanische Regierung lehnte nämlich die „Vermittlung" ab, hielt es aber für nicht angebracht, die „Erklärung einer Bereitschaft Deutschlands vor England zu verheimlichen". Wäre also die deutsche Regierung den gut vorbereiteten Weg der offiziellen Antwort an die Kurie gegangen, so wäre man in der Friedensfrage rasch weiter gekommen.

Freilich lag noch eine Möglichkeit offen: Man hatte in Berlin zum erstenmal erfahren, daß England zu einer Aussprache bereit war. Auf eine solche Aussprache mußte immer noch hingewirkt werden, und zwar auf diplomatischem Wege entweder durch den Heiligen Stuhl oder durch Deutschland selbst. Beides war aber trotz meiner Bemühungen nicht zu erreichen.

Auf alle Fälle erhielt Deutschland die klarste und bündigste Antwort auf das Versagen seiner Regierung durch die wichtige und schließlich die Entscheidung herbeiführende Tatsache, daß die Alliierten nunmehr dem Marschall Foch das militärische Oberkommando sämtlicher alliierten Truppen übergaben unter Zurückstellung aller bisherigen Bedenken.

Anfang Januar 1918 ließ der Kaiser von Österreich mich wissen, daß er bereit sei, die Kriegsziele Österreich-Ungarns und, wenn gewünscht, auch Deutschlands dem Heiligen Stuhl zu treuen Händen zu unterbreiten, um ihm Gelegenheit zu geben, die Vermittlerrolle vor Aufnahme der Frühjahrsoffensive auszuüben; eine Vertrauensperson sei zur Übermittlung bereits gewonnen. Kaiser Karl sandte seinen Beauftragten zum Deutschen Reichskanzler mit der Bitte, daß Deutschland den Schritt, mit dem der König von Bulgarien einverstanden sei, mitmachen solle. Der Beauftragte hatte den Eindruck, daß der Kaiser von Österreich entschlossen sei, bei deutscher Ablehnung auch allein den Schritt zu unternehmen. Reichskanzler Graf Hertling erklärte sich persönlich mit dem Vorgehen einverstanden, wollte aber erst Rücksprache mit anderen Stellen nehmen. Trotz alles Drängens kam erst am 21. Januar die Antwort des Reichskanzlers an den Beauftragten des österreichischen Kaisers, dahin gehend, daß die Situation sich verändert habe und die Friedensbedingungen nicht mitgeteilt werden könnten. Ob der Kaiser von Österreich dann für sich allein den Schritt in Rom unternommen hat, ist mir nicht bekannt geworden.

Volle Aufklärung darüber, warum die deutsche Regierung trotz alles Drängens des Vatikans, trotz der öffentlichen Anfrage von Asquith über Belgiens Schicksal, trotz des Wunsches zahlreicher neutraler Diplomaten und der Forderung der Mehrheitsparteien über Belgien keine befriedigende Antwort gab, habe ich erst am 11. Juli 1918 aus Äußerungen des Reichskanzlers Graf Hertling in der vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses erfahren. Damals erklärte dieser, Belgien solle als Faustpfand in unserer Hand bleiben zur Sicherung gegen künftige Gefahren; Faustpfänder gebe man wieder heraus, wenn die Gefahr beseitigt sei; Belgien dürfe nicht wieder Aufmarschgebiet unserer Feinde werden; darum müßten wir ein engstes Wirtschaftsverhältnis mit Belgien anstreben und uns auch in politischer Hinsicht Sicherungen gegen Gefahren geben lassen; das habe er, der Reichskanzler, am 1. und 2. Juli mit der Obersten Heeresleitung verabredet. Unter den Mehrheitsparteien erhoben sich sofort die schwersten Bedenken gegen diese Formulierung. Dem mich am Nachmittag aufsuchenden Vizekanzler von Payer erklärte ich, daß ich durch diese Ausführungen unter keinen Umständen befriedigt sein könne; der Reichskanzler müsse sich einfach vorbehaltlos zur deutschen Antwort auf die Papstnote bekennen. Vizekanzler von Payer glaubte, daß der Reichskanzler dies gegenüber der Obersten Heeresleitung nicht erreiche, und bat mich, gemeinsam mit ihm eine Formulierung zu finden, die befriedigend sei. Ich versuchte dies zunächst durch die negative Erklärung, daß Belgien kein Schutzstaat Deutschlands werden solle und daß eine Verständigung mit Belgien, mit dem Deutschland in Frieden und Freundschaft leben wolle, herbeigeführt werden müsse. In der Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion drang ich mit Trimborn mit dieser Auffassung durch. Es wurde beschlossen, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß er seine Erklärung über Belgien genau umschreiben und namentlich zum Ausdruck bringen müsse, daß Belgien als unabhängiger Staat wiederherzustellen sei. In gemeinsamer Besprechung mit den übrigen Mehrheitsparteien wurde dann vereinbart, daß der Reichskanzler zu erklären habe, Deutschland wolle Belgien nicht dauernd behalten, sondern nur als Faustpfand; es sei bereit, die volle Selbständigkeit Belgiens herzustellen, und zwar in einer solchen Form, daß es kein Vasallenstaat irgendeiner Macht oder Mächtegruppe würde. Der Versuch, am Abend gegen 9 Uhr noch den Reichskanzler zu sprechen und eine Verständigung mit ihm herbeizuführen, scheiterte.

Am anderen Morgen wurde mir dann vom Reichskanzler mitgeteilt, daß er die vorgeschlagene Formulierung annehme. In der alsbald stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses hat auch der Reichskanzler die verabredete Erklärung abgegeben: Belgien solle als selbständiges Staatswesen wiederhergestellt werden; es solle keiner Macht als Vasall unterworfen werden. Während alle Parteien sich einverstanden erklärten, stellte der konservative Führer Graf Westarp fest, daß durch die heutige Erklärung des Reichskanzlers sich die Situation verschoben habe. Die Darlegung über Belgien hätte die Konservativen nicht befriedigt, weil die belgische Küste hierdurch preisgegeben worden sei. Einen internationalen Erfolg konnte man nach diesem entsetzlichen Schweigen, dieser verschwommenen Unklarheit und diesem Hin und Her nicht mehr erwarten.

Deutschlands Regierung hat über Belgien so lange geschwiegen, bis sie nichts mehr zu sagen hatte, und hierdurch die schwere Schuld der Kriegsverlängerung auf sich geladen.

Versteht man nun auch meine vielfach angefeindete Auslassung vom Sommer 1917, daß es mir in wenigen Stunden möglich sein würde, zum Frieden zu gelangen, wenn ich eine Aussprache mit Lloyd George oder einem anderen englischen Staatsmann haben könnte?

21. Kapitel

Der Übergang zum parlamentarischen Regime

In den politisch erregten Julitagen des Jahres 1917 erlebte ich das Sterben des bis dahin in Deutschland üblichen politischen Regimes, mit wechselnden Mehrheiten im Reichstag zu regieren. Fürst Bismarck hat dies zwar als die angenehmste Situation bezeichnet; er wollte eine „Ausgaben-Mehrheit“ und eine „Einnahmen-Mehrheit“ haben. Im Juli 1917 war eine Mehrheit vorhanden für den Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg; in denselben Tagen aber bildete sich eine andere Mehrheit für Herbeiführung des Verständigungsfriedens. Darin lag eine politische Unklarheit, wie sie in Übergangsstadien sich fast immer vorfindet. Konservative, Nationalliberale und

Zentrum wünschten einen Kanzlerwechsel; Zentrum, Demokratie (damals nannte sie sich Volkspartei) und Sozialdemokratie traten für die Friedensresolution ein; das Zentrum gehörte also beiden Mehrheiten an. Am 13. Juli wurde der damalige Reichskanzler in parlamentarischen Formen entlassen, weil Zentrum, Nationalliberale und Konservative auf Wunsch des Kaisers schriftlich erklärten, daß sie die Zeit für den Rücktritt Bethmann Hollwegs für gekommen hielten. Die Berufung des neuen Reichskanzlers Michaelis erfolgte entgegen gwissen Zusagen als letzter Akt der politischen Autokratie des Kaisers ohne Mitwirkung des Reichstags, nachdem Graf Hertling zuvor die Übernahme des Amtes abgelehnt hatte. Damals war Gefahr vorhanden, daß Staatssekretär Helfferich, der schon zwei Ämter im Krieg übernommen hatte, das Auswärtige Amt bekommen sollte. Ich wandte mich dagegen mit der Begründung, daß die Übernahme von drei Ämtern in zweieinhalb Jahren ein Zeichen von Nervosität sei, daß Helfferich im Reichstag „keinerlei Sympathie und Autorität besitze", daß seine früheren Äußerungen über Rußland ihm ebenso hinderlich seien für den Frieden nach Osten, wie seine scharfen Äußerungen gegenüber England in dem bekannten „finis Britanniae" ihn in der Auslandspolitik für den Westen unmöglich machten; keine vier Wochen würde er im neuen Amt wirken können. Helfferich blieb im alten Amte sitzen. Die Berufung der im Juli neuernannten Minister und Staatssekretäre erfolgte ohne Anhören des Parlaments. Es wurde zwar der Versuch gemacht, einen Mittelweg zu wählen, indem einzelne Abgeordnete, aber nicht als Vertrauensmänner ihrer Fraktion, zu Ministern ernannt wurden.

Dem Kabinett Michaelis sprach ich schon in den ersten Tagen seiner Existenz keine längere Lebensdauer als die von drei Monaten zu, da es auf einer politischen Unwahrheit aufgebaut sei. Das für die außenpolitische Wirkung der Friedensresolution äußerst gefährliche und verheerende Wort „wie ich sie auffasse" hat schon im August zu scharfen Auseinandersetzungen des Kanzlers mit den Mehrheitsparteien geführt. Das unglückselige Auftreten des Marinestaatssekretärs Capelle und das noch mehr zu beklagende Verhalten des Reichskanzlers im Oktober bei der Besprechung über die Meuterei der Kieler Marine im Reichstag hat in den Mehrheitsparteien, zu denen damals noch die Nationalliberalen gehörten, den

Entschluß gefestigt, daß im Interesse des Reichs ein sofortiger Kanzlerwechsel geboten sei. Da der Kaiser auf dem Balkan weilte und erst am 22. Oktober zurückkehrte, hatte man eine latente Kanzlerkrisis. Der Wunsch war jedoch allgemein, die Änderung solle durch den Kaiser selbst vollzogen werden. Das Parlament wollte sich zurückhalten. Als Kandidaten nannte man Herrn von Kühlmann, Graf Bernstorff und Fürst Bülow. Michaelis hat allerdings am 12. Oktober dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Trimborn, erklärt, er sei überzeugt, daß er der Gesamtsituation Herr werden würde; er wolle mit den einzelnen Parteien ein bestimmtes Programm verabreden und bis Dezember volle Klarheit schaffen; er würde auch das persönliche Opfer seines Rücktritts bringen, wenn er zu der Überzeugung komme, daß er seiner Stellung nicht gewachsen sei; doch rechne er auf ein gutes Zusammenarbeiten mit dem Reichstag; mit der Führerschaft der Sozialdemokratie habe er bereits Rücksprache genommen. Was der Vorsitzende der Zentrumsfraktion nur andeutete, hat dann der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann am 22. Oktober 1917 dem Reichskanzler mit voller Offenheit dahin gesagt, daß derselbe vor dem nächsten Zusammentritt des Reichstags um seine Entlassung einkommen müsse; Zentrum, Nationalliberale, Demokraten und Sozialdemokraten seien vollkommen einig, daß die politische Krisis nur durch den Rücktritt von Michaelis zu lösen sei. Aber dieser war harthörig, obwohl die Sozialdemokraten im Reichstag und auf ihrem Parteitag ihm öffentlich den schärfsten Kampf angesagt hatten. Da mitgeteilt wurde, daß der Kaiser alsbald nach seiner Rückkehr die Parteiführer empfangen würde, einigte man sich für die etwaige Unterredung nach meinem Vorschlag auf folgende Leitsätze:

„Der Kanzlerwechsel müsse vor dem nächsten Zusammentritt des Reichstags vollzogen sein, und zwar durch die Initiative des Kaisers; für den Nachfolger komme angesichts der schwierigen äußeren Lage und der Erfahrungen mit dem bisherigen Reichskanzler nur ein guter Kenner des Auslandes in Betracht, der vor der endgültigen kaiserlichen Entscheidung über die Übernahme des Amts eine offizielle Aussprache mit den Parteien zu halten habe, um ein einheitliches Programm bis Kriegsende mit ihnen festzustellen. Das Programm selbst solle folgende vier Punkte enthalten: 1. In der auswärtigen Politik stellt sich der neue Reichskanzler auf die Antwort der deutschen Regierung vom 19. September zur Friedenskundgebung des Papstes. 2. Die preußische Wahlreform muß rasch und loyal durchgeführt werden. 3. Die politische Zensur wird beseitigt und die Einmischung des

Heeres in die Politik hört auf. 4. An sozialen Gesetzen sind zu schaffen der Erlaß des Arbeitskammergesetzes und die Beseitigung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung (Boykottparagraph)."

Sämtliche vier Parteien erklärten ihre Zustimmung zu diesem meinem Programm und auch dazu, daß man, wenn der Kaiser dies vorschlage, mit der Bildung eines Koalitionskabinetts auf der Grundlage dieses Programms einverstanden sei; ob die Konservativen dann einträten oder nicht, könne man diesen überlassen; die Mehrheitsparteien jedenfalls würden einen solchen Vorschlag nicht ablehnen. Was die Person des neuen Kanzlers angehe, so könne der Kaiser die Auswahl treffen; sollte aber, was vielfach befürchtet wurde, Helfferich genannt werden, so gelte diesem Kandidaten die Kühlmannsche Formel: „Nein, nein, niemals!" Die meisten Sympathien der Mehrheitsparteien hatte damals Staatssekretär von Kühlmann. Trotz erneuter Vorstellungen beim Reichskanzler Michaelis blieb dieser im Amte und erklärte nur, er werde sein weiteres Verbleiben vom Verhalten des Kaisers abhängig machen; die Versuche, die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf seine Seite zu ziehen, endigten mit einem völligen Fiasko. Der weitere Vorschlag, daß der jetzige Reichskanzler noch die preußische Wahlreform verabschieden und dann zurücktreten solle, wurde gleichfalls abgelehnt und erneut beschlossen, daß die jetzige Regierung nicht als verhandlungsfähig angesehen werden könne und ein sofortiger Wechsel notwendig sei. Um diesen herbeizuführen, wurde verabredet, sich mit dem Chef des Zivilkabinetts in Verbindung zu setzen, dem folgende Niederschrift übergeben wurde:

„Nach Rücksprache von Vertretern verschiedener Parteien mit em Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt:

Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschluß kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für eine ruhige innerpolitische Entwicklung bis zum Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Geschlossenheit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen.

Seine Majestät den Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entscheidung die für die Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen."

Der Kabinettchef von Valentini machte am 23. Oktober seinerseits bei den Vertretern der vier Parteien einen erneuten Versuch, Michaelis zu halten: dieser fühle sich völlig Herr der Lage und werde ein Zusammenarbeiten mit dem Reichstag leicht herstellen können, auch sei er einfachen bürgerlichen Verhältnissen entsprungen. Bei der Besprechung über den Nachfolger wurde Fürst Bülow vom Kabinettchef rundweg ausgeschaltet und gefragt, ob nicht Herr von Bethmann Hollweg wieder berufen werden könne. Der Führer der Nationalliberalen erklärte dem Kabinettchef mit aller Bestimmtheit, „daß Michaelis unmöglich im Amt verbleiben könne, daß es ausgeschlossen sei, eine Verständigung im Reichstag herbeizuführen“. Die überreichte Niederschrift gelangte an den Kaiser.

Neben den Versuchen des Kabinettchefs, der seinen eigenen Fehler bei der Berufung von Michaelis nicht eingestehen wollte, traten an diesem Tage Kräfte auf, die dem Reichstag eine Niederlage bereiten wollten durch Schaffung einer neuen Mehrheit ohne die Sozialdemokraten, da diese unter der Kanzlerschaft Michaelis mit den bürgerlichen Parteien nicht mehr zusammengehen wollten. Ich führte demgegenüber aus, daß eine solche Lösung den Ruin des Reiches bedeute, da der Krieg restlos verloren sei, wenn die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeitermassen auch nur in eine passive Resistenz übergingen; im jetzigen Augenblick wirke ein Sieg des preußischen Militarismus nur kriegsverlängernd. Die Sozialdemokratie habe bisher keine Bedingungen für ihre Mitarbeit gestellt, welche die bürgerlichen Parteien nicht nach eigener Überzeugung hätten annehmen können; wenn die Sozialdemokratie sich jetzt in den Staat eingliedere, müßten die bürgerlichen Parteien alles tun, um dieses große politische Werk zu fördern, während es ein Verbrechen am Vaterland sei, Pläne zu verfolgen, die der Sozialdemokratie die Mitarbeit unmöglich machen wollten. Die Vertreter der anderen Parteien stimmten diesen Darlegungen zu. Um eine verhandlungsfähige Regierung zu bilden kam man überein, dem Kaiser, falls er die Parteiführer um ihre Ansicht fragen würde, den Abgeordneten Fehrenbach als Kanzler zu bezeichnen. Beim Kabinettchef wurde tags darauf eine erneute Vorstellung unternommen, um festzustellen, was seit dem gestrigen Besuch geschehen sei, und erneut zu erklären: die Mehrheitsparteien seien bereit, auf Wunsch des Kaisers Namen für

einen Nachfolger zu nennen. Sollte der Kabinettchef von dem weiteren Verbleiben von Michaelis sprechen, so müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß dann alle Verantwortung für die Folgen auf die Krone falle, der Reichstag bleibe vollkommen frei; das verabredete Programm habe nur für einen dem Reichstag genehmen neuen Reichskanzler Gültigkeit.

In einer Besprechung mit dem Chef des Marinekabinetts, die ich tags darauf (25. Oktober) hatte, legte ich diesem dar, daß jeder Versuch, Michaelis zu halten, aussichtslos sei und für die Krone selbst den größten Schaden bringe. Der Marinekabinettchef verwahrte sich gegen die Behauptung, daß er an der Berufung Michaelis schuld sei; er habe ihn überhaupt erst nach seiner Berufung kennen gelernt. Kabinettchef von Valentini ließ uns mitteilen, daß die Mehrheitsparteien vom Kaiser eine Antwort erhalten würden; die Entscheidung über die Krisis falle aber erst in der nächsten Woche; der Kaiser werde keinen Vorschlag über die Berufung des neuen Reichskanzlers erbitten; doch sei es nicht ausgeschlossen, daß vor der Ernennung eines Reichskanzlers die gewünschte Besprechung mit den Parteien stattfinden würde. Ich drang mit anderen auf eine sofortige Lösung der Kanzlerkrisis, als deren Hauptgegner Staatssekretär Helfferich bezeichnet wurde, der von dem Abgeordneten Haußmann darüber um Aufklärung gefragt wurde; die Antwort war unbefriedigend. Die erneuten Vorstellungen erzielten das Resultat, daß die Entscheidung des Kaisers am nächsten Tag fiel.

Sonntag, den 28. Oktober, rief mich in später Abendstunde die bayerische Gesandtschaft an, daß der heute aus München angekommene bayerische Ministerpräsident Graf Hertling mich in dringender Angelegenheit sofort zu sprechen wünsche; ich erklärte mich hierzu bereit. Graf Hertling teilte mir mit, daß der Kaiser ihm das Reichskanzleramt angeboten habe, Michaelis solle preußischer Ministerpräsident bleiben, um die Wahlreform schnellstens durchzuführen; nachdem ihm (Hertling) zum zweitenmal das Reichskanzleramt angeboten worden sei, glaube er nicht mehr ablehnen zu können; er habe jedoch dem Kaiser gesagt, daß er sich zunächst über die gesamte politische Lage unterrichten und Besprechungen mit maßgebenden Politikern abhalten müsse; ich sei der erste, mit dem er spreche. Ich teilte Graf Hertling das verabredete Programm der Mehrheitsparteien mit, zu dessen An-

nahme er sich sofort bereit erklärte, worauf ich erwiderte, daß ich gegen die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium die erheblichsten Bedenken äußern müßte; wenn Graf Hertling als Nichtpreuße Schwierigkeiten bei der Erledigung der preußischen Wahlreform finden sollte, so sei der Ausweg der, daß ein preußischer Vizepräsident des Staatsministeriums ohne Portefeuille für diese Aufgabe ernannt würde. Graf Hertling verschloß sich den Bedenken über die Trennung der beiden Ämter nicht und bat mich, diese in einer Denkschrift, die ich ihm bereits am Tage darauf überreichte, zusammenzustellen. Ich sah in der Trennung eine Schädigung der Reichsinteressen, da der preußische Ministerpräsident mächtiger sei als der Reichskanzler, wodurch wieder die Stellung des Reichskanzlers herabgedrückt würde; jeder bisher unternommene Versuch einer Trennung sei nach kurzer Zeit gescheitert; der Reichskanzler würde in den Reichsarbeiten bei sicher auftretenden Konflikten gehemmt; Michaelis könne bei dem allgemeinen Mißtrauen die Wahlreform überhaupt nicht durchführen; ein Kampf zwischen dem Reichstag mit seiner demokratischen Mehrheit und dem preußischen Landtag mit seiner konservativen Mehrheit sei absolut sicher, so daß „nicht Ruhe und Stetigkeit, sondern Konflikte die sichere Folge der Trennung" seien. Diese Denkschrift, welche auch dem Kaiser übergeben wurde, hatte vollen Erfolg.

Gegen die Berufung von Hertling machte sich bereits am Montag eine Reihe von Strömungen geltend: „in protestantischen Kreisen würde es als ein eigenartiges Geschenk zum bevorstehenden Reformationsjubiläum aufgefaßt werden, wenn der Zentrumsführer und Katholik Graf Hertling jetzt Reichskanzler würde," die Katholiken würden für einen schlechten Frieden, der doch kommen werde, verantwortlich gemacht werden. Ernsthafter waren die Bedenken von Führern der politischen Parteien. Graf Hertling hatte sich als bayerischer Ministerpräsident gegen die Gewährung der Autonomie für Elsaß-Lothringen ausgesprochen, ebenfalls gegen die Aufhebung des Absatzes 2 des Artikels 9 der Reichsverfassung, wonach ein Mitglied des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein kann, wodurch die Parlamentarisierung bisher unmöglich war. Von den Sozialdemokraten und Demokraten wurde die Wahl eines Zentrumsmannes zum Reichskanzler begrüßt, aber gefordert, daß die Situation einen mehr links gerichteten Zentrumsmann erheische; Hertling habe im Par-

lament nur bei der Rechten Rückhalt, vielleicht noch beim Zentrum; so würde er genötigt sein, sich an die Oberste Heeresleitung anzulehnen, und „würde schließlich deren Gefangener werden". Nationalliberale Abgeordnete erklärten, die Kandidatur Hertling sei der Sieg des Partikularismus und Föderalismus; die Gedanken des Hauses Wittelsbach würden damit verwirklicht; die adligen und konservativen Kreise im Parlament würden bevorzugt werden.

Michaelis machte bei den demokratischen Abgeordneten am 30. Oktober einen letzten Versuch, das preußische Ministerpräsidium für sich zu retten: der entsprechende Vorschlag sei von ihm selbst ausgegangen, und zwar wegen seiner nahen Beziehungen zu den preußischen Konservativen; diese würden im Falle seines Verbleibens die Wahlreform nicht so scharf bekämpfen. Graf Hertling war überrascht, als er erfuhr, von wem der Vorschlag der Teilung der beiden Ämter ausging, und fragte den Vertreter der Demokratie, ob er das Vertrauen seiner Partei habe. Die Frage wurde rundweg verneint, worauf Graf Hertling erwiderte, daß er dann das Reichskanzleramt nicht annehmen könne. Ich erhielt hierauf vom interfraktionellen Ausschuß den Auftrag, den Grafen Hertling zu bitten, dem Kaiser selbst die Gründe der Ablehnung des Kanzleramtes mitzuteilen, da die Parteien zu den anderen Instanzen um den Kaiser kein Vertrauen hätten, zugleich aber auch Hertling zu danken, daß er den Wünschen der Parteien gemäß mit diesen eingehende politische Aussprache gepflogen habe. Als ich abends 5 Uhr Graf Hertling aufsuchte, fand ich eine veränderte Stimmung vor; er erklärte, daß er eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen habe, so daß ich meinen Auftrag nicht ausführen konnte. Staatssekretär von Kühlmann, der mich aus der Unterredung mit Hertling heraus zu sich bat, betonte mit Nachdruck, daß aus internationalen Gründen Graf Hertling die Kanzlerschaft annehmen müsse, da sie friedenfördernd im Ausland wirke; Hertling sei der erste Parlamentarier, der zum Reichskanzleramt berufen würde; Hertling sei jetzt auch bereit, das Kanzleramt anzunehmen. Darauf sprach ich meine Bereitwilligkeit aus, mich für die Kandidatur Hertling mit aller Entschiedenheit einzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: Die Trennung von Reichskanzleramt und Ministerpräsidium dürfe nicht eintreten; Hertling müsse sich dafür erklären, daß Elsaß-Lothringen raschestens zum autonomen Bundesstaat ausgebaut werde; ein nationalliberaler Abgeordneter, und zwar

ein rechtsstehender, müsse Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums werden, um der preußischen Wahlreform die Mehrheit zu sichern; ein Volksparteiler müsse in das preußische Ministerium, am besten in das Handelsministerium berufen werden; endlich sei das Entlassungsgesuch von Michaelis aus beiden Ämtern anzunehmen und Vizekanzler Helfferich gleichfalls zu entlassen. Kühlmann fand diese Vorschläge als annehmbar. Das preußische Staatsministerium bat Graf Hertling gleichfalls, das Reichskanzleramt anzunehmen. In der interfraktionellen Sitzung der Mehrheitsparteien war die Abneigung gegen Hertling noch sehr groß, doch gelang es mir, eine Verständigung dahin herbeizuführen, daß alle vier Parteien von der Annahme der Programmsätze durch Graf Hertling und seiner Erklärung, energisch für die volle Autonomie Elsaß-Lothringens einzutreten, billigend Kenntnis nahmen. Daran wurde die Forderung geknüpft, der neue Reichskanzler müsse bald im Reichstag eine Erklärung abgeben; ebenso sei der sofortige Rücktritt Helfferichs geboten. Durch Besprechungen unter den Parteien am 1. November wurde festgestellt, daß sowohl die Nationalliberalen wie die Demokraten einen Sitz in der Reichsregierung und der preußischen Regierung erhalten müßten. Ich fragte nunmehr die Sozialdemokratie, wie sie sich zum Eintritt in das Kabinett stellte, es müsse jetzt volle Klarheit nach allen Richtungen geschaffen werden. Abgeordneter Ebert erklärte, die Sozialdemokraten hätten kein Interesse daran, die jetzige Kabinettsbildung zu erschweren, wie das durch ihren Eintritt in die Regierung zweifellos geschehen würde; sie lehnten daher den Eintritt ab, verlangten aber Garantien in der Richtung, daß die Volkspartei in das preußische Staatsministerium eintrete und daß der Vizekanzlerposten durch einen Abgeordneten der Volkspartei besetzt werde; das letztere sei conditio sine qua non. Von den Nationalliberalen traf inzwischen die Nachricht ein, daß der rechtsstehende Abgeordnete von Friedberg, ein Freund der Wahlreform, auf wiederholtes Drängen sich bereit erklärt habe, die Stelle des Vizepräsidenten im Staatsministerium zu übernehmen. Diese Voraussetzungen wurden mit dem Grafen Hertling verabredet und ohne Widerrede von ihm angenommen.

Am Abend des 1. November konnte somit die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten vollzogen werden. Graf Hertling teilte mir

am folgenden Tag mit, daß beim Kaiser „alles sehr gut gegangen“ sei; der Kaiser habe ihm sofort beide Ämter übertragen und in der Auswahl seiner Mitarbeiter vollständig freie Hand gelassen; er habe dem Kaiser auch gesagt, daß ein anderes Vorgehen als das in den letzten Tagen geübte angesichts der politischen Gesamtverhältnisse nicht möglich gewesen sei; er würde jedoch glücklich sein, am Tag des Friedensschlusses seine Entlassung aus beiden Ämtern erbitten zu dürfen. Die Frage der Besetzung der Stelle des Vizekanzlers machte große Schwierigkeit, da bekanntgeworden war, daß Graf Hertling gern Helfferich im Amt behalten wollte und sich scharf gegen die Berufung des vorgeschlagenen Demokraten von Payer geäußert hatte. Graf Hertling wollte, als diese Lösung allgemein abgelehnt wurde, dann den Vizekanzlerposten offen lassen. Sozialdemokraten, Nationalliberale und Demokraten erklärten übereinstimmend, daß die Kanzlerschaft Hertling ohne die Vizekanzlerschaft Payer sich nur wenige Tage halten könne; das neue Kabinett müsse einen stark demokratischen Einschlag erhalten. Die Sozialdemokratie ließ den neuen Reichskanzler wissen, daß sie entscheidenden Wert darauf legte, daß die Stelle des Vizekanzlers mit einem Volksparteiler besetzt würde. Der Abgeordnete von Friedberg hatte sein Amt als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums übernommen unter der Voraussetzung, daß dem Landtag nicht kirchenpolitische Fragen unterbreitet würden, die mit seiner Überzeugung in Widerspruch stünden. Hertling erklärte mir, daß er nur so weit gehen könne, dem Kaiser die Berufung von Friedberg und die des Volksparteilers Dove für das Handelsministerium vorzuschlagen. Ich machte den Reichskanzler auf das Ungenügende dieses Vorschlags aufmerksam, da die Sozialdemokraten erklärt hätten, daß ohne Herrn von Payer das Kabinett einen reaktionären Anstrich erhalte. Ein Vertreter der Volkspartei betonte, daß die politische Lage durch ein nach rechts gerichtetes Kabinett unhaltbar würde. Um die langsam dahinschleichende Krisis zum Abschluß zu bringen und ein starkes Kabinett zu bilden, wurde im Auftrag der Mehrheitsparteien am 5. November an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem es hieß:

„Anknüpfend an die Besprechung vom 1. November d. J., in welcher die Vertreter des Zentrums, der nationalliberalen Fraktion, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie darauf hingewiesen haben, daß neben der Verständigung über das bis zum

Kriegsende einzuhaltende Programm sowohl für dessen Durchführung als für vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament die Berufung eines Vertreters der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums sowie je eines Vertreters der Fortschrittlichen Volkspartei in das preußische Staatsministerium und in das Amt des Vizekanzlers erforderlich sei, teilen die Vertreter der genannten Parteien Eurer Exzellenz mit, daß sie auf baldige Regelung dieser Frage im besprochenen Sinne nach wie vor den größten Weg legen müssen. Als die in Betracht kommenden Persönlichkeiten sind von den betreffenden Fraktionsvertretern bezeichnet worden die Herren Abgeordneten Dr. Friedberg, Abgeordneter Fischbeck und Abgeordneter von Payer."

Alsbald nach Abgang des Briefes trat eine unerwartete Verschärfung der Lage ein, indem Vizepräsident von Friedberg mitteilte, Hertling habe ihm wohl seine eigene Ernennung eröffnet, aber gleichzeitig gesagt, daß ein Vizekanzler jetzt überhaupt nicht berufen werden könne; daraufhin habe er sich Bedenkzeit ausgebeten. Ich entgegnete, daß es ganz selbstverständlich sei, daß ein demokratischer Vizekanzler jetzt gleichzeitig in das Kabinett eintreten müsse, da sonst sowohl diese Partei wie die Sozialdemokratie in Opposition gehen würde. Ein Kabinett Hertling-Friedberg sei unhaltbar und entspreche nicht der politischen Situation. Abgeordneter Stresemann und ich fuhren sofort in später Abendstunde zum Reichskanzler, um ihm zu erklären, daß es nach allen Versprechungen und Abmachungen als ganz ausgeschlossen erscheinen müsse, daß die neue Regierung ohne Erfüllung dieser Zusagen haltbar sei. Der Reichskanzler meinte, daß dann seine Mission gescheitert sei und die Parteien allein die Verantwortung hierfür trügen. Tags darauf setzten Stresemann und ich dem Reichskanzler erneut auseinander, daß auch Friedberg die Stelle des Vizepräsidenten nicht übernehmen könne und werde, wenn nicht ein demokratischer Vizekanzler in das Kabinett berufen würde; das Verbleiben Helfferichs in seinem Amt sei ganz unmöglich. Der Kanzler wollte die Sache dilatorisch behandeln und sagte, daß er am Abend nach München abreise, um erst am 15. November zurückzukehren. Graf Hertling bezeichnete den Brief als eine „Pistole, die ihm auf die Brust gesetzt" worden sei. Die Mehrheitsparteien ließen dies nicht gelten und stimmten einmütig dem Sozialdemokraten Scheidemann zu in der Auffassung, daß sie düpiert seien; die Dinge seien von neuem verschoben und auf ein totes Gleis gekommen; Hertling und Friedberg allein bildeten kein

Kabinett, das haltbar sei; die Demokratie sei als Gegengewicht absolut notwendig. Die volksparteilichen Abgeordneten selbst waren und mußten durch dieses Vorgehen aufs höchste verstimmt sein. Abgeordneter Haußmann sagte, Hertling wolle die Mehrheit nur ausnutzen, aber nicht regieren lassen; er betrachte sie mehr als „lästigen Eindringling, nicht als erwünschten Mitarbeiter".

Auf meinen Vorschlag hin beschloß die interfraktionelle Sitzung einstimmig, Friedberg zu ersuchen, dem Kanzler zu sagen, daß er die Stelle des Vizepräsidenten nur annehme unter der Voraussetzung, daß ein parlamentarisches Mitglied der Volkspartei gleichzeitig zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt werde; dieses Mitglied erkläre dann im Auftrag seiner Partei und der Sozialdemokratie, daß es in das preußische Kabinett nur eintrete, wenn gleichzeitig die Stelle des Vizekanzlers im Reiche durch ein Mitglied der Volkspartei besetzt werde. Am Abend desselben Tages erfuhr ich von Friedberg, daß er die Übernahme der Stelle des Vizepräsidenten bereits abgelehnt habe, da die Voraussetzungen für ein gedeihliches Wirken nicht vorhanden seien; die Nationalliberalen fühlten sich hierdurch vollkommen frei; sie würden wahrscheinlich auch an den interfraktionellen Sitzungen nicht mehr teilnehmen; Graf Hertling sei sehr erregt gewesen und habe seine Abreise nach München um einen Tag verschoben. Ich unternahm einen neuen Versuch, die Situation zu retten und zunächst wieder volle Einigung unter den Mehrheitsparteien herbeizuführen. Die ganze Situation wurde noch mehr erschwert durch die Mitteilung von volksparteilicher Seite, daß Helfferich sich an sein Amt klammere, worauf alle vier Parteien sofort darin einig wurden, daß Helfferich „unbedingt fortmüsse". Ich schlug erneut als Basis die Bildung eines Kabinetts Hertling-Payer-Friedberg vor. Auf dieser Grundlage wurde endlich die Verständigung durchgeführt. An demselben Abend hatte ich mit den Vertretern der anderen Mehrheitsparteien noch eine Unterredung mit Staatssekretär Graf Roedern, der einen letzten Versuch machte, Helfferich zu halten, was aber einmütig abgelehnt wurde. Stresemann teilte mir einige Tage später mit, daß die Staatssekretäre von Kühlmann und Graf Roedern nach dieser Besprechung, unterstützt vom preußischen Minister von Breitenbach, Helfferich nahegelegt hätten, „daß er sein Abschiedsgesuch einreichen müsse, die politische Situation erheische es unter allen Umständen". Helfferich habe sich gesträubt, da dies

ein Nachgeben der Krone gegenüber dem Parlament bedeuten würde; in dieser Auffassung habe ihn Unterstaatssekretär Hinrichs unterstützt, während Breitenbach ebenfalls den Rücktritt Helfferichs empfohlen habe; dieser habe sich aber zunächst geweigert, dem gegebenen Rate zu folgen. Hierdurch wurde mir auch die Stellungnahme des Grafen Hertling etwas klarer. Tags darauf wurde jedoch die Krisis im Sinne meiner Vorschläge gelöst: das Kabinett Hertling-Payer-Friedberg trat ins Leben. Kabinettchef von Valentini erklärte damals einem Vertrauten, die Hauptsache in diesen Tagen sei gewesen, daß man den „Kaiser in guter Stimmung" erhalte; die ganze Parlamentarisierung sei doch nur ein „Mummenschanz, der einige Monate dauern werde"; nach dem Krieg werde alles geändert werden und der Kaiser allein so regieren, wie er es für richtig halte. Es kam anders.

Die Mehrheitsbildung durch die vier Parteien hatte sich bewährt; der ruhige Gang der Reichsgeschäfte war sichergestellt. Eine Erschütterung trat durch den Berliner Streik Ende Januar ein. Als am 5. Februar 1918 die interfraktionelle Sitzung wieder tagte, fehlten die Nationalliberalen mit der Begründung, daß sie infolge des Verhaltens der Sozialdemokratie beim Streik an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen würden. Die Sozialdemokratie gab jedoch in der Sitzung befriedigenden Aufschluß über ihr Verhalten: die sozialdemokratische Fraktion sei von dem von den unabhängigen Sozialdemokraten hervorgerufenen Demonstrationsstreik nicht unterrichtet gewesen; in den Werkstätten hätten die Unabhängigen vom 28. Januar ab gewaltigen Terrorismus ausgeübt und die Niederlegung der Arbeit erzwungen; der sozialdemokratische Parteivorstand habe das Ersuchen der Streikenden, in die Streikleitung einzutreten, abgelehnt; die Streikenden hätten dann ein Aktionskomitee aus drei unabhängigen Sozialdemokraten gewählt; der Antrag, auch Mehrheitssozialisten zu wählen, sei mit 198 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden. Ein neuer Antrag, die sozialdemokratische Parteileitung zum Eintritt in die Streikleitung einzuladen, sei allerdings bald darauf mit 360 gegen 330 Stimmen angenommen worden; daraufhin seien am 29. Januar Scheidemann und Ebert in die Versammlung der Streikleitung gegangen; das Oberkommando in Berlin habe aber alle Versammlungen verboten. Jetzt habe sich Scheidemann an den Staatssekretär des Innern gewandt wegen Empfangs einer Deputation,

welche um Versammlungsfreiheit bitten wollte; der Staatssekretär habe telephonisch erklärt, daß er über politische Dinge mit den Streikenden nicht verhandeln könne; Scheidemann habe darauf erwidert, es handle sich gar nicht darum. Als um 12 Uhr Scheidemann und Ebert mit zwei Delegierten der Arbeiter um die Unterredung persönlich nachgesucht hätten, habe der Staatssekretär ihnen durch den Kanzleidiener sagen lassen, die Abgeordneten möchten in das eine Zimmer treten, die Arbeitervertreter könnten nicht empfangen werden. Auch ein Vermittlungsversuch des Zentrumsabgeordneten Giesberts, eine Aussprache herbeizuführen, sei abgelehnt worden; nur die beiden Abgeordneten habe man empfangen wollen. Nach dieser Antwort sei die ganze Delegation fortgegangen. Das Oberkommando habe dem Streikkomitee jede weitere Tätigkeit untersagt. Durch dieses Verhalten der Regierung sei der Streik unnötigerweise verlängert worden. Als einige Tage später Regierungsvertreter mit den Gewerkschaften und Streikenden verhandelten, sei man schnell zu einer Verständigung gekommen. Nach dieser Aufklärung fanden Zentrum und Volkspartei keine Veranlassung, die Beratungen des interfraktionellen Ausschusses nicht fortzusetzen oder gar eine andere Mehrheitsbildung zu versuchen.

Was Graf Hertling bei Übernahme des Reichskanzleramts politisch versprochen hat, wurde nicht erfüllt. Bald nach Übernahme seines Amts erklärte er im preußischen Staatsministerium, wie mir ein aktiver Minister später mitteilte, daß er als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehe, mich „politisch kaltzustellen“ und unter Zuhilfenahme des Abgeordneten Gröber eine langsame Rechtsschwenkung des Zentrums herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden böswillige Intrigen gesponnen, die in der Öffentlichkeit in der Verdächtigung Ausdruck fanden, daß Hertling mich nicht mehr empfange, weil ich ihm über eine Wiener Reise eine falsche Mitteilung gemacht habe. Graf Hertling mußte in dem daraus entstehenden Briefwechsel am 4. März 1918 selbst zugeben, daß es sich um ein Mißverständnis seinerseits gehandelt habe.

Das wiederholte Einmischen der Obersten Heeresleitung in die deutsch-russischen Friedensverhandlungen mit Forderungen, welche dem vereinbarten Programm entgegenstanden, veranlaßte die Mehrheitsparteien des öfteren vorstellig zu werden. Sehr entschieden geschah dies am 12. März 1918, wo von mir besonders darauf gedrängt wurde, das Selbstbestimmungsrecht der Polen und

Litauer loyal und ehrlich durchzuführen. Die scharfe Vorstellung der Parteien hat auf den Reichskanzler einen tiefen Eindruck gemacht: er teilte tags darauf dem Abgeordneten Fehrenbach mit, daß er sich das Zusammenarbeiten von Parlament und Regierung anders gedacht habe; er werde sich überlegen, ob er nicht sein Amt niederlege, worauf ihm die Erwiderung zuteil wurde, bisher habe die Regierung nur Worte gehabt, es müßten Taten folgen; die Widerstände gegen die Durchführung des vereinbarten Programms müßten gebrochen werden. Darauf klagte Hertling selbst, daß die Oberste Heeresleitung ihn „an der Nase herumführe“. Die Mehrheitsparteien ließen den Kanzler wissen, daß sie auf ihrer Forderung der Durchführung des Programms unter allen Umständen bestehen würden; der Reichskanzler müsse den politischen Kampf mit den militärischen Instanzen ausfechten, zumal diese jetzt verlangten, daß sie bei der Regelung der Ostfragen zur Mitverantwortung herangezogen würden. Hertling hat diese letzte Forderung abgelehnt mit dem Beifügen: wenn der Kaiser seine Auffassung nicht teile, so werde er zurücktreten. Am Schluß der Unterredung mit Fehrenbach hat Graf Hertling resigniert erklärt: „Ich weiß nicht, wie lange ich das noch aushalten werde.“

Die militärischen Kreise, unterstützt von alldeutscher Gefolgschaft, unternahmen Anfang April einen neuen Versuch, ein wichtiges Glied der Koalitionsregierung, Staatssekretär von Kühlmann, auszuschalten; sie fanden hierbei bei Graf Hertling keinen scharfen Gegner. Der langsame Gang der Wahlrechtsfrage schwächte weiter das Vertrauen zu Hertling; dazu kamen die ganz unverständlichen Vorgänge in der Ukraine und das stete Schwanken in den Kriegszielen, wenn im Westen bei der blutigen Offensive ein weiteres Dorf erobert wurde. Mehr als je zuvor stand man allgemein unter dem Eindruck, daß die Reichsleitung von der Obersten Heeresleitung politisch vollständig beherrscht werde. Bei der Besprechung der Ostfragen (8. Mai 1918) führte ich daher im Ausschuß aus:

> „Die Regierung habe keinen festen Plan und kein festes Ziel. Sie wechsle anscheinend je nach den Erfolgen im Westen ihre Anschauung. Diese Politik könnte ich nicht mehr verantworten, da sie kriegsverlängernd wirke, das deutsche Ansehen im Ausland vernichte und Freude bei der Entente errege. Darum habe der Reichstag die Pflicht, seine Schuldigkeit zu tun und einzugreifen, damit Deutschland vor ungeheurem Unglück bewahrt bleibe. Wir müßten eine Regierung haben, deren Taten den gegebenen Worten entsprechen.“

Obwohl niemand die Unrichtigkeit meiner Ausführungen nachweisen konnte, erhob sich auch in der eigenen Partei ein scharfer Kampf gegen mich, von dem der sozialdemokratische „Vorwärts" (22. Mai) schrieb: „Unterliegt die kluge Politik Erzbergers, dann ist die Sozialdemokratie im Kampf um die Massen des katholischen Volkes in Deutschland den gefährlichsten Konkurrenten los." In Wirklichkeit handelte es sich bei dem Kampf gegen mich darum, die Koalition zu sprengen und dadurch das Zentrum von der Friedenszielresolution loszubringen; das hat auch der Abgeordnete Stresemann öffentlich eingestanden: er habe deshalb an den interfraktionellen Sitzungen teilgenommen, um die Friedensresolution zu vernichten. Der Führer der Alldeutschen, Graf Westarp, benutzte die Tage des Kampfes zu einer kleinen Anfrage im Reichstag über meine politische Tätigkeit im Ausland; sie wurde von der Regierung dahin beantwortet, daß ich mich „seit Ausbruch des Krieges in erfolgreicher Weise bemüht habe, den amtlichen Nachrichtendienst zu unterstützen, wodurch ich mir anerkennenswerte Verdienste erworben" hätte. Der Kampf gegen mich wurde innerhalb der Partei hauptsächlich von adligen Kreisen und Persönlichkeiten, die der Vaterlandspartei nahestanden, geführt, ohne daß es gelang, meine Stellung in der Fraktion und der Partei zu erschüttern.

Eine ernsthafte Gefahr drohte der Koalition durch einen erneuten Ansturm der Alldeutschen, gefördert von der Obersten Heeresleitung. Staatssekretär von Kühlmann hatte Ende Juni im Reichstag im Anschluß an eine Rede des englischen Generals Smuts die ganz richtigen Worte gesprochen, daß der Krieg durch Waffengewalt allein nicht entschieden werden könne. Ob dieser Selbstverständlichkeit gab es große Entrüstung. Graf Westarp und Stresemann verlangten das Haupt des Staatssekretärs; die Oberste Heeresleitung nahm durch einen Major in der Pressekonferenz schärfste Stellung gegen diese Auslassung Kühlmanns. Graf Hertling erklärte dem Staatssekretär von Kühlmann privatim, daß er ihn in der tags darauf stattfindenden Reichstagssitzung decken werde, worauf Kühlmann sich damit begnügte, seine Rede so vorzubereiten, daß sie die Verdrehungen des Grafen Westarp zurückweisen sollte. Graf Hertling hat jedoch die dem Staatssekretär gegebene Zusage nicht gehalten, so daß die mehr stilistisch gehaltenen Ausführungen Kühlmanns im Parlament glatt abfielen

und einen recht schlechten Eindruck machten. Man erwartete von Kühlmann eine Fanfare und ein Unterstreichen seiner auf der Friedenskundgebung des Reichstags beruhenden Ausführungen, statt dessen kam nur eine stilistische Auseinandersetzung. Die latente Kühlmann-Krisis war da, wenn auch Herr von Payer sich bemühte zu versichern, daß eine solche nicht vorhanden sei.

Die Situation wurde noch verschärft durch eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann am 4. Juli, die die Unzufriedenheit mit der Haltung der Regierung klar zum Ausdruck brachte und die Ablehnung des Etats in Aussicht stellte. Vizekanzler von Payer erklärte, daß diese Rede ihm nahelege, von seinem Amt zurückzutreten, da er auch der Vertrauensmann der Sozialdemokratie im Kabinett sei. Gegenüber Ausführungen in den Vorstandssitzungen der Zentrumsfraktion, daß nunmehr für ein gemeinsames Arbeiten der Mehrheitsparteien kein Platz mehr sei, da die Sozialdemokratie die Basis für ein Zusammenarbeiten vernichtet hätte, brachte ich die Auffassung zur Annahme, daß die Mehrheitsparteien wie bisher zusammenarbeiten müßten, da ein Auseinandergehen im jetzigen Augenblick eine Katastrophe für unser Vaterland bedeute; die Rede Scheidemanns sei wohl scharf gewesen, aber sie habe nicht gegen das verabredete Programm verstoßen; nationale Gründe verpflichteten das Zentrum, bei der Mehrheit zu bleiben. Die Sozialdemokratie erklärte in der interfraktionellen Sitzung, daß sie bisher den Etat nie bewilligt habe, mit einer Ausnahme, als 1915 die Kriegskredite im Etat gelaufen seien; für Hertling hätte sie sich nie eingesetzt; an der Regierung sei sie nur durch die Berufung Payers beteiligt; die Gesamtsituation aber sei unerträglich; der Zustand zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung sei ein Skandal; man habe zwei auswärtige Ämter, eines unter Kühlmann, das andere unter Ludendorff; letzterer unternehme auswärtige Aktionen, von denen Kühlmann nichts wisse; so wolle Ludendorff in der Krim einen deutschen Schutzstaat errichten, um 50 000 Rekruten zu erhalten; das Auswärtige Amt habe man gar nicht gefragt; die Regierung getraue sich nicht, ihre eigene Ansicht gegen die Oberste Heeresleitung durchzusetzen; die Mehrheitspolitik werde von der Sozialdemokratie weiter unterstützt; aber die Regierung habe ihre Zusage in der Friedensfrage nicht gehalten; das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Randstaaten sei zur Karikatur geworden; das zögernde

Verhalten Hertlings in der Wahlrechtsfrage habe ihm das Vertrauen in allen Arbeiterkreisen geraubt. Ich schloß mich der sozialdemokratischen Kritik über die Haltung der Regierung in der Friedensfrage in vollem Umfang an: die Regierung habe ihre wiederholten Versprechungen in keiner Weise gehalten; Herrn von Payer müsse es durch die Abgabe beruhigender Erklärungen ermöglicht werden, im Amt zu verbleiben; die Reichstagsmehrheit trage eine zu hohe Verantwortung vor dem Volk, als daß sie jetzt auseinandergehen dürfe, weil dann auf die innerpolitische Katastrophe die militärische naturnotwendig folge. Auf dieser Grundlinie wurde rasch die Verständigung herbeigeführt. Die Gerüchte von der Entlassung Kühlmanns mehrten sich.

Die notwendigen Verhandlungen zwischen Regierung und Reichstag wurden erschwert durch den Umstand, daß der Reichskanzler seit langem sich im Großen Hauptquartier in Spa aufhielt. Auf meinen Vorschlag depeschierte ihm Vizekanzler von Payer dorthin, daß alle erneut einsetzenden Versuche zur Bildung einer anderen Mehrheit aussichtslos seien; die alte Mehrheit stehe gefestigter denn je; in der Entlassung Kühlmanns würde man eine Kapitulation Hertlings vor dem Ansturm der Alldeutschen sehen. Herrn von Kühlmann bat ich persönlich, sein Entlassungsgesuch nicht einzureichen. Wenn er trotzdem sofort nach seiner Ankunft im Hauptquartier zu diesem Schritt kam, so geschah es, weil er alsbald den Eindruck gewann, „als trete er in einen Eiskeller"; er fühlte sich vollkommen isoliert. Der Reichskanzler bat ihn, wenigstens noch „acht Tage im Amt zu bleiben, damit der Reichstag erst die Kredite bewillige und dann in die Ferien gehe"; der Wechsel sei dann leichter zu vollziehen. Kühlmann hat es abgelehnt, sich hierzu mißbrauchen zu lassen; er beharrte auf der sofortigen Annahme seines Abschiedsgesuches, da für eine erfolgreiche Tätigkeit doch kein Platz mehr sei; er sei offener Anhänger des Verständigungsfriedens, da Deutschland ohne einen solchen nicht leben könne; die Oberste Heeresleitung lasse hierfür keinen Spielraum, und so habe er vorgezogen, als offener, ehrlicher Mann zu gehen; er klebe nicht an seinem Amt. Am 9. Juli teilte mir Herr von Payer mit, daß die Ernennung eines Nachfolgers für Kühlmann noch nicht vollzogen sei. Ich erklärte, der Reichskanzler müsse unbedingt nach Berlin kommen, da sonst sein Erscheinen im Reichstag gefordert würde, was nur neue Beunruhigung schaffe; auch müßten die Erklärungen des Reichs-

kanzlers so sein, daß die Bewilligung der Kriegskredite glatt erfolge; er müsse sich in der Friedensfrage erneut zur deutschen Antwort auf die Papstnote bekennen; denn in dem Abgang Kühlmanns sehe man trotz aller schönen Worte einen Kurs- und Systemwechsel. Der württembergische Gesandte sagte mir damals, daß er die ganze Sache nicht verstehe; es sei doch alles ruhig gewesen: nun mache die Regierung selbst eine Krisis und eine solche, die gar keinen Sinn habe. Eine Kanzlerkrisis war als sicher anzunehmen, wenn nicht das klare Bekenntnis zur deutschen Antwort an den Papst erfolgte. Als Graf Hertling verabredungsgemäß dies aussprach, entstanden die schon erwähnten Schwierigkeiten (S. 286 f.) wegen seiner unklaren Haltung gegenüber Belgien. Es war aber vor den parlamentarischen Ferien nochmals gelungen, die Krisis zu vertagen; gelöst wurde sie nicht.

Das Vertrauen zur Staatskunst des Grafen Hertling nahm in allen Kreisen rapid ab, wozu nicht unerheblich die Nichterledigung der preußischen Wahlreform und die ganze politische Untätigkeit der Regierung in der polnischen und litauischen Frage beitrug. Als der Ergänzungsvertrag mit den Bolschewisten als eine „Großtat der deutschen Politik" gefeiert wurde, wuchs das Mißtrauen auf allen Seiten. Ende August wurde in der Presse die Meldung verbreitet, daß ich auf sofortige Einberufung des Reichstags dränge, was ich allerdings nach den militärischen Niederlagen im Westen als absolut erforderlich ansah. Vizekanzler von Payer teilte mir daraufhin mit, daß die Regierung nunmehr ein festes Programm für den Frieden ausarbeite; jetzt sei mit Ludendorff leichter zu verhandeln als früher; alle von mir seit Jahresfrist verfolgten Ostfragen würden vor dem Zusammentritt des Reichstags gelöst werden. Als am 12. September der interfraktionelle Ausschuß wieder zusammentrat, bezeichnete der Vorsitzende die innerpolitische Situation als „sehr ernst"; in der Wahlrechtsfrage müsse die Regierung Farbe bekennen, denn das „Herrenhaus treibe Schindluder mit dem Volk". Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß die Regierung alles laufen lasse; im Osten herrsche an Stelle des Selbstbestimmungsrechts die reine Militärautokratie; die deutsche Politik sei nicht ehrlich. Ich konnte nur wiederholen, was ich Staatssekretär von Hintze schon vorher gesagt hatte, daß das Haupthindernis für den Friedensschluß darin liege, daß die deutsche Politik im Ausland keinen Glauben finde;

denn sie sei durch und durch unehrlich; keine Zusage würde gehalten; in der Polenfrage hätten wir deshalb ein vollständiges Fiasko erlitten; auf dem ganzen politischen Feld seien nur Ruinen zu erblicken; von amtlicher Seite werde die Tätigkeit der friedensfördernden Volkskreise unterbunden, und doch müsse man unter allen Umständen versuchen, in diesem Herbst zum Frieden zu kommen. Der Ausbau der „internationalen Rechtsgarantien", wie sie die Friedensresolution des Reichstags fordere, müsse jetzt besonders stark in den Vordergrund gestellt werden, aber all dies, auch die Schaffung eines Völkerbundes, habe nur Wert, wenn man eine glaubwürdige Regierung besitze; es müsse daher eine Vorfrage gelöst werden, ob die Sozialdemokraten jetzt bereit seien, in die neue Regierung einzutreten und unter welchen Bedingungen; die Not des Vaterlandes zwinge die Sozialdemokratie, ihre bisherige ablehnende Haltung aufzugeben. Die notwendige Umbildung der Regierung müsse — wenn möglich — im Einvernehmen mit dem jetzigen Reichskanzler geschehen. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß die Reichstagsmehrheit noch der einzige „politische Schatz und das größte Glück für Deutschland" sei; in ein Koalitionskabinett könnte die Sozialdemokratie nicht eintreten, wohl aber sei sie bereit, sofort in ein homogen zusammengesetztes Mehrheitskabinett einzutreten; sämtliche Mitglieder des neuen Kabinetts müßten auf dem Boden der neuen Mehrheit stehen und im Reichstag verbleiben können; mit Halbheiten komme man nicht mehr weiter. Ein anderer Sozialdemokrat gab zu erkennen, daß Graf Hertling der Situation nicht mehr gewachsen sei; süddeutsche Regierungen sprächen das ganz offen aus. Auch mir haben in jenen Tagen zwei süddeutsche Ministerpräsidenten übereinstimmend erklärt, daß Graf Hertling die Reichsgeschäfte nicht mehr führen könne; die wichtigste innerpolitische Arbeit bestehe darin, sofort einen geeigneten Ersatz zu suchen. Ein hervorragender Zentrumsabgeordneter schrieb mir, daß er dem Grafen Hertling die Einreichung des Abschiedsgesuches nahegelegt habe; er sei aber ohne Antwort geblieben. Großwesir Talaat-Pascha überbrachte mir die Auslassung des Kaisers, daß Hertling „für die meisten Arbeiten zu alt" sei. Abgeordneter Ebert hatte aus einer Anfang September mit Hertling gepflogenen Unterredung den Eindruck, daß dieser nicht an seinen Rücktritt denke. Als am 14. September der einseitige diplomatische Friedensschritt Öster-

reichs erfolgte, erhielt das Vertrauen zum Grafen Hertling allseitig den schwersten Stoß, der in der Besprechung mit den Mehrheitsparteien am 15. September so deutlich zum Ausdruck kam, daß Graf Hertling die Sitzung mit den Worten schloß: „Lassen Sie mir noch den letzten Rest von Vertrauen, damit ich weiter arbeiten kann." Großwesir Talaat sagte mir am 20. September, daß die Vorgänge in Wien den völligen Zusammenbruch der deutschen Diplomatie gezeigt hätten; Deutschland müsse sofort zum parlamentarischen System übergehen, um den Frieden überhaupt zu erhalten.

Mitte September trat man von nationalliberaler Seite an mich heran, ob und unter welchen Bedingungen sich die Nationalliberalen an den Arbeiten des interfraktionellen Ausschusses wieder beteiligen könnten. Seit Mitte Januar hatte man die Partei zu diesen Sitzungen nicht mehr eingeladen, da sie im ganzen Land den Kampf gegen die Reichstagsmehrheit und Reichstagsresolution eröffnet hatte. Ende Januar erklärten die Nationalliberalen, fernzubleiben wegen der Teilnahme der Sozialdemokraten am Streik. Im März hatten sie angeboten, wieder einzutreten, falls sie in außenpolitischen Angelegenheiten volle Freiheit des Handelns hätten, was der Ausschuß ablehnte; jetzt wollten sie wieder eintreten. Abgeordneter Stresemann ließ mir mitteilen, daß er jetzt unbedingt für eine Verständigung mit England sei. Es wurde von verschiedenen Seiten bezweifelt, ob es Stresemann ernst sei; solange er den Sitzungen beigewohnt habe, habe er immer alles General Ludendorff mitgeteilt und dadurch die Arbeiten der Mehrheit erschwert. Man erklärte sich schließlich mit dem Eintritt der Nationalliberalen einverstanden, wenn sie die Versicherung abgäben, daß sie ohne jeden Vorbehalt auf den Boden der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 treten würden. Die Frage blieb damals noch unentschieden.

Staatssekretär von Hintze, der die Gesamtsituation klar erkannte, trat von Mitte September ab für die Beteiligung der Sozialdemokratie und Entfernung aller Hindernisse (Aufhebung der Bestimmung, daß niemand gleichzeitig dem Reichstag und Bundesrat angehören könne) ein. Das Zentrum verhielt sich in seiner Gesamtheit in letzterem Punkte zurückhaltend; ein Teil war mit mir für Aufhebung dieser Bestimmung. Die Demokratie forderte die Parlamentarisierung rundweg, die Sozialdemokraten ebenfalls und

fügten bei, sie würden unter keinen Umständen in eine Regierung Hertling eintreten, weil diese Regierung mit „Zweideutigkeiten" behaftet sei; kein Mensch habe mehr Vertrauen zu Hertling; er habe allen Kredit verbraucht; das Zentrum müsse sich nun entscheiden. Die Sozialdemokratie habe im Krieg das schwerste aller Opfer gebracht: die Parteieinigkeit; jetzt spiele sie mit der Existenz der eigenen Partei, wenn sie in die Regierung eintrete; daher müsse sie unentbehrliche Garantien haben; absolute Klarheit sei erforderlich. Ich erklärte im Vorstand der Zentrumsfraktion, ich wolle den Sturz Hertlings nicht, aber es sei absolut notwendig, daß Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten, und gleichzeitig im Reichstag bleiben könnten. Wenn Hertling darauf nicht eingehe, so sei er nicht mehr zu halten; denn wenn die Sozialdemokraten, wie sie angedeutet hätten, aus dem interfraktionellen Ausschuß ausscheiden würden, falle das Kabinett doch zusammen, weil dann Payer zurücktreten müsse. Es gelang mir, den Vorstand der Fraktion dafür zu gewinnen, daß die Hindernisse für die Parlamentarisierung beseitigt würden; auch sprach man sich dafür aus, daß die Sozialdemokraten in das Kabinett eintreten sollten. Das Zentrum war in einer sehr unangenehmen Lage. Es wollte nichts dazu beitragen, um den Sturz des aus seinen Reihen hervorgegangenen Grafen Hertling herbeizuführen, andererseits waren Demokratie und Sozialdemokratie der Überzeugung, daß ohne eine Parlamentarisierung die Reichsgeschäfte nicht mehr geführt werden könnten; es wurde deshalb in der interfraktionellen Sitzung beschlossen, ein Protokoll über die Aussprache abzufassen, das dem Reichskanzler zu übergeben sei. Hiernach forderten Sozialdemokratie und Demokratie die sofortige Aufhebung des Artikels der Verfassung, welcher die Parlamentarisierung hinderte, „als die Voraussetzung für die Schaffung einer starken, vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstags getragenen Regierung zum Zweck der Organisation der nationalen Verteidigung und der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens". Ein Teil der Zentrumsfraktion stimmte für diesen Antrag; die Gesamtfraktion erklärte, sie sehe in der Annahme eines solchen Gesetzentwurfs keinen Anlaß, sich von den übrigen Mehrheitsparteien zu trennen; auch die Nationalliberalen stimmten für den Antrag. Diese Forderungen stehen — so erklärten die Demokraten — im Widerspruch zu den Grundsätzen, „die Graf Hertling während seiner politischen Laufbahn vertreten hat. Die Hoch-

schätzung vor seiner staatsmännischen Persönlichkeit hält die Fortschrittliche Volkspartei davon ab, ihm die Durchführung eines solchen Programms anzusinnen. Sie wird dem Grafen Hertling für seine Tätigkeit an leitender Stelle des Reichs dauernd Dank wissen." Die Sozialdemokratie schloß sich diesen Sätzen an, welche „die erste Voraussetzung für eine von dem Ernst der Stunde gebotene Umgestaltung der Reichsleitung und für eine etwaige Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Führung der Reichsgeschäfte sei, da nur auf diesem Weg das deutsche Volk die große Gefahr, in der es schwebt, zu überwinden vermag". Die Vertreter der Zentrumspartei erklärten, daß der Reichskanzler nach wie vor ihr Vertrauen habe.

Am 29. September gaben mehrere Vortragende Räte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts ihrem Staatssekretär von Hintze mündlich und schriftlich die Erklärung ab, ein Weiterbestehen der Krisis sei undenkbar, eine sofortige Lösung müsse vorgenommen werden. Der Staatssekretär hat sich daraufhin bereit erklärt, dem Kaiser die „volle Wahrheit zu sagen"; da er „im Parlament keine Wurzeln geschlagen habe", bat er selbst um seine Entlassung. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Gröber, übernahm es, dem Reichskanzler Mitteilung von dem Verlauf der interfraktionellen Sitzung zu machen, worauf dieser erklärte, er werde die Gesamtlage dem Kaiser vortragen, der die Entscheidung zu fällen habe. Auf Wunsch der Mehrheitsparteien arbeitete ich am 30. September folgendes Programm für die Bildung der neuen Regierung aus:

„I. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

II. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen: Der Reichstag hat sich in seiner Erklärung vom 19. Juli 1917 zu einem „Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker" bekannt. Als wesentliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles hat er sich eingesetzt für die „Schaffung internationaler Rechtsgarantien". Der Weg hierzu ist die Herstellung eines umfassenden Völkerrechts, das die Beziehungen der Staaten zueinander in derselben Weise auf den Rechtsstandpunkt stellt, wie der Einzelpersonen im Rechtsstaate. Die Errichtung eines alle Staaten umfassenden Völkerbundes, der sich auf den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker aufbaut und politische Sonderverträge wie Geheimverträge ausschließt, ist ein wirksames Mittel zur Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker. Grundlagen des Völkerbundes sind: 1. Gegenseitige Ver-

pflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben. 2. Gegenseitige und gleichzeitige Abrüstung. 3. Wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung aller Staaten und ihrer Angehörigen; offene Tür unter Ablehnung jeder wirtschaftlichen Kampfmaßnahme nach erfolgtem Friedensschluß. 4. Freiheit des Weltverkehrs, verbürgt durch grundsätzliche Anerkennung der Freiheit der Meere, durch Internationalisierung der Meerengen und meerverbindenden Kanäle; Sicherheit des Privateigentums auf hoher See; Aufhebung des Beuterechts und Blockaderechts. Gleichmäßige Behandlung der Fahrzeuge, Güter und Verfrachter bei allen Verkehrseinrichtungen in allen Staaten; internationaler Schutz der überseeischen Kabel. Als nächste Aufgaben des Völkerbunds erscheinen: Internationaler Ausbau des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Weltverkehrsrechts. Der Reichstag tritt ein für einen auf diesen Grundlagen aufgebauten Völkerbund, der den Besitzstand der einzelnen Staaten gewährleistet und der seine gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Machtmittel gegen jeden friedenbrechenden Staat und zur Durchführung der gemeinsamen Aufgaben zur Verfügung stellt.

III. Einwandfreie Erklärung über die belgische Frage. (Wiederherstellung Belgiens; Verständigung über Entschädigung.)

IV. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald demokratische Volksvertretungen zu schaffen. Diese Staaten haben ihre Verfassungen und ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu regeln. In den genannten Gebieten ist sofort die Zivilverwaltung einzuführen.

V. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie, entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung.

VI. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen.

VII. Einheitlichkeit der Reichsleitung; Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen; Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten bei Veröffentlichungen der Krone.

VIII. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit, sofortige Änderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, Beschränkung der Zensur auf Fragen der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, welche auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden. Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen."

Sämtliche vier Fraktionen stimmten dem Programm zu. Die mehrfach angeregte Bildung eines Koalitionskabinetts wurde abgelehnt und vorgeschlagen, ein einheitliches Ministerium aus Vertretern der Mehrheitsparteien zu bilden, nachdem

der Kaiser das Entlassungsgesuch Hertlings angenommen habe. Am 1. Oktober empfing der Chef des Zivilkabinetts, von Berg, die Parteiführer und bezeichnete ihnen als besten Kandidaten für den Reichskanzlerposten den Prinzen Max von Baden; aber es sei empfehlenswert, auch Nationalliberale und Konservative in das Kabinett hineinzunehmen. Der Kabinettchef machte auf die Parteiführer den denkbar ungünstigsten Eindruck; derselbe sei „in Uniform mit langen Stiefeln im Zimmer auf und ab gelaufen und habe im Gardeleutnantston an die Wände hinauf geredet und gesagt, die Mehrheit dürfe nicht glauben, daß sie allein regieren könne; den Kaiser dürfe man unter keinen Umständen zu einer Handlung zwingen". Dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion sagte er noch, daß man dem Kaiser doch nicht das antun könne, daß auch ich in die Regierung einträte. Die Oberste Heeresleitung, welche hiervon Kenntnis erhielt, ließ mir mitteilen, daß sie diese Auffassung nicht nur nicht habe und das Auftreten des Kabinettchefs auf das schroffste mißbillige, sondern mich dringendst bitten lasse, in das Kabinett einzutreten; ich müßte dieses Opfer dem Vaterland bringen. Das Auswärtige Amt eröffnete mir, daß der Kaiser über das Auftreten des Kabinettchefs sehr überrascht und empört gewesen sei und mir mitteilen lasse, daß derselbe höchst eigenmächtig gehandelt habe; der Kaiser lasse mich bitten, unter allen Umständen in das neue Kabinett einzutreten. Der Kabinettchef wurde bald darauf entlassen; an seine Stelle trat der frühere Staatssekretär von Delbrück. Aus anderen Fraktionen trat man an mich mit dem dringendsten Wunsch heran, in die Regierung einzutreten, welchem Wunsch ich mich schließlich fügte.

Am 4. Oktober wurde ich mit der Führung der Geschäfte eines Staatssekretärs beauftragt, nachdem noch am Vormittag aus dem Auswärtigen Amt mir die Bitte unterbreitet worden war, dort das politische Unterstaatssekretariat zu übernehmen. Sämtliche neu berufenen Staatssekretäre (Gröber, Trimborn, Scheidemann, Bauer, ich und später Haußmann) konnten zunächst nicht zu solchen ernannt werden, weil sie hierdurch ihr Mandat im Reichstag verloren hätten. Die neuen Staatssekretäre bildeten mit dem Reichskanzler, Vizekanzler von Payer und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, das sogenannte „Kriegskabinett", in dessen Hände die Leitung der inneren und äußeren Politik überging.

Das Zusammenarbeiten gestaltete sich zu einem äußerst harmonischen; nur einmal drohte ein Zwischenfall eine Kabinettskrisis herbeizuführen. Alsbald nach der Ernennung des Prinzen Max von Baden wurde in der ausländischen Presse ein von ihm am 12. Januar 1918 an den Prinzen Hohenlohe in der Schweiz gerichteter Brief veröffentlicht, in dem sich scharfe Wendungen gegen die Demokratie und den Parlamentarismus fanden und die Friedenszielresolution des Reichstags als ein „Produkt der Hundstage und der Schwäche" bezeichnet und der Gedanke ausgesprochen wurde, Deutschland müsse die Kriegslage restlos ausnutzen und sich Vergütungen aller Art sichern. Den parlamentarischen Staatssekretären war dieser Brief um so unangenehmer, als gerade die Friedenszielresolution als Grundlage der Außenpolitik in das Programm aufgenommen war. In einer Besprechung mit dem Prinzen Max erklärte mir dieser, daß er bereit sei, sofort zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Mehrheitsparteien nicht mehr habe. Es waren besonders die Sozialdemokraten, die große Schwierigkeiten machten, während wir bürgerlichen Staatssekretäre uns auf den Standpunkt stellten, daß der Brief, wenn er auch im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich sei, keine Amtshandlung darstelle, während der Rücktritt des Prinzen im jetzigen Augenblick eine schwere Schädigung des Vaterlandes im Gefolge haben müsse und eine Reichskanzlerkrisis jetzt eine Unmöglichkeit sei; auf der anderen Seite sei ein Austritt der Sozialdemokratie aus dem Kabinett im jetzigen Augenblick gleichfalls unmöglich. Ich schlug daher vor, daß die künftigen Noten an Wilson nicht mehr durch den Reichskanzler, sondern durch den Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, unterzeichnet werden sollten; der Brief selbst solle sofort im Inland veröffentlicht werden. So gelang es, mit den Sozialdemokraten zu einer Verständigung zu kommen und auch diese kritischen Tage rasch zu überwinden.

Die Hauptaufgabe des neuen Kabinetts, neben dem Abschluß des Waffenstillstandes, war die Neugestaltung der Verfassung, die rasch vollzogen wurde. Die neue Oktoberverfassung hat sämtliche der Einführung des parlamentarischen Regimes entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben, das parlamentarische Regime selbst in der deutschen Verfassung verankert, und zwar ein solches nach dem Muster Englands. Der Bundesrat, der vor Jahresfrist noch die größten Schwierigkeiten auf diesem Gebiet

bereitete, wirkte fast nur noch formal mit. Nach Verabschiedung der Verfassung konnten wir Abgeordneten im Kriegskabinett nun zu Staatssekretären ernannt werden, was bald darauf geschah. Mir wurde dabei das Kriegspresseamt, das mich mehr als ein Jahr hindurch auf das heftigste politisch bekämpft hatte, unterstellt, ebenso die Zentrale für Heimatdienst; Staatssekretär Gröber hatte die Verfassungsfragen zu bearbeiten, Haußmann die Vorbereitungen für den Waffenstillstand. Wir alle empfanden es bitter, daß erst der vollständige militärische Zusammenbruch unserem Volk eine Regierungsform gab, wie sie alle Kulturvölker Europas schon längst besaßen; wir wußten auch, daß man in manchen maßgebenden Stellen uns selbst in diesem Zeitpunkt nur für gut genug hielt, um die Verantwortung nach außen für das kommende Elend zu tragen; aber die Pflicht gegenüber dem Unglück des Vaterlandes drängte alle persönlichen Bedenken in den Hintergrund.

22. Kapitel

Der militärische Zusammenbruch

Als ich im Januar 1915 mit dem früheren Generalstabschef Graf Moltke eine eingehende Aussprache über die bisherigen militärischen Operationen hatte, war ich sehr betroffen, als er mir sagte: er habe es von Anfang an als einen Fehler bezeichnet, daß die Masse des deutschen Heeres nach dem Westen geworfen worden sei; man hätte zuerst nach dem Osten gehen müssen, um die russische Walze zu zertrümmern, und sich im Westen damit begnügen sollen, an der deutsch-französischen Grenze die Angriffe des Feindes abzuwehren. Ich äußerte mein Erstaunen um so lebhafter, als mir als langjährigem Militärberichterstatter im Reichstag bekannt war, daß seit Jahren die Absicht bestand, „Frankreich in sechs Wochen niederzuwerfen“ und dann erst mit der ganzen deutschen Heeresmacht auf die Russen sich zu stürzen, selbst wenn diese bis dahin an die Weichsel vordringen würden; nur die Weichsellinie müsse unter allen Umständen gehalten werden. Graf Moltke erwiderte, daß diese Absicht wohl früher bestanden hätte, aber man habe damals angenommen, daß die russische Mobilmachung mindestens noch zwei Monate, vom Tag der Kriegserklärung Frankreichs an gerechnet,

dauern würde; nachdem man jedoch im August 1914 gewußt habe, daß die russische Mobilmachung so gut wie vollzogen sei, hätte man den von ihm vorgeschlagenen Weg gehen müssen. Warum er seine Ansicht nicht durchsetzen konnte, sagte mir der frühere Generalstabschef nicht. Er sprach sich im übrigen recht wenig zuversichtlich über die gesamte Kriegslage und die Zukunft des deutschen Volkes aus. Auch General von Falckenhayn hatte mir schon einige Wochen vorher erklärt, daß der Krieg in seiner Totalität durch die Wendung in der Marneschlacht, die dem deutschen Volk so lange geheim gehalten wurde, „eigentlich verloren" sei. Der Ausgang der Marneschlacht wirkte im deutschen Hauptquartier katastrophal; es wurde erwogen, die deutsche Armee bis an den Rhein zurückzuziehen; nur die Energie des damaligen Kriegsministers von Falckenhayn setzte den Befehl durch, daß die ganze Armee „auf der Stelle Halt" zu machen und sich einzugraben habe. Alle Versuche, sich aus dieser freiwilligen oder erzwungenen Einkapselung wieder herauszuschälen, scheiterten; das Gefängnis für das deutsche Volk wurde auch durch die größten militärischen Erfolge nur erweitert, aber nicht gesprengt.

Als Politiker erklärte ich den amtlichen Stellen wiederholt, daß unsere gesamte Kriegführung zu wenig politisch sei. Ich verstand weder das Blutvergießen bei Ypern Ende 1914 noch den Riesenansturm auf Verdun 1916, hielt es vielmehr für richtiger, im Herbst 1915 die ganze Kraft weiter nach dem Osten zu werfen, um durch den Einmarsch in die Ukraine die Ernährung Deutschlands zu sichern; politischen und militärischen Stellen begründete ich dieses durch den Satz: „Der Marsch nach Kiew macht die Einführung der Brotkarte überflüssig." Als die Frühjahrsoffensive 1918 mit glänzenden Erfolgen, die mich über die Gesamtlage nicht täuschten, einsetzte, sagte ich am Gründonnerstag an einer bedeutsamen Stelle in München, daß auch diese Wendung keine Lösung bringen könne, wenn nicht bis Ostersonntag Amiens in deutschem Besitz sei; damals hat man es mir nicht geglaubt, im Herbst aber die Richtigkeit meiner Ansicht bestätigt. Selbstverständlich war es den maßgebenden Militärs im höchsten Grade unangenehm, wenn man sich in die Linien der großen Kriegführung, die doch naturgemäß immer politisch sein müssen, „einmischte".

Aber auch Anregungen militärischer Art, wie sie mir aus den breiten Volksschichten zugingen, wurden gleich undankbar behandelt. Schon Ende November 1914 wünschte ich unter Beifügung umfangreichen Materials die amtliche Förderung einer neuen Erfindung

für die Herstellung von Tanks; das Kriegsministerium lehnte dies Anfang Januar 1915 rundweg ab; meine dann in der Kommission einsetzenden Bemühungen, den Bau dieser Kampfwagen aufzunehmen, änderten daran nichts. Beschwerden, wie sie jedem Abgeordneten während des Krieges aus der Front zugingen und die man den militärischen Stellen unterbreitete, erlitten das gleiche Geschick. Anfang Februar 1917 teilte mir Ludendorff auf eine solche mit, daß nach eingehender Prüfung „die Vorwürfe als in jeder Beziehung ungenügend und unberechtigt bezeichnet werden müßten". Ähnlich ging es mir im September 1917, wo mir umfangreiche Beschwerden eines mir seit Jahren persönlich bekannten Landwehrsoldaten zugingen, welche ein richtiges Bild der tatsächlichen Stimmung an der Front gaben. Ludendorff erwiderte mir, ich könne ihm glauben, daß er die Stimmung im Heer recht gut kenne; diese sei ganz anders, als der Briefschreiber schildere; ich möchte mich nicht beirren lassen und das Volk zum Durchhalten „für die letzte Phase des Krieges" ermutigen. Auf eine andere Beschwerde wurde mir damals aus dem Großen Hauptquartier mitgeteilt, daß das alles „barer Unsinn" sei, daß „ein entschlossener, klarsehender und zufriedener Mensch sich selten mit Klagen an Abgeordnete wende, wohl aber diejenigen, die mißmutig und unzufrieden seien. Die Gesamtstimmung im Heer ist so gut, wie wir es uns nur wünschen können." Ende des Jahres 1917 wurde eine von mir der Obersten Heeresleitung unterbreitete Beschwerde, die auf eingehende Beobachtungen eines alten Veteranen mit dem Eisernen Kreuz von 1870 sich aufbaute, dahin beschieden: „der Mann ist wohl nicht ganz gesund". Die Abstellung allgemein anerkannter Mißstände im Heer erfolgte entweder gar nicht oder nur zögernd; denn es hieß immer, die „Stimmung dürfe nicht verdorben werden". Alle meine Bemerkungen, daß diese sogenannte „Stimmung" als ein reines Truggebilde angesehen werden müsse, fanden wenig Glauben.

Besonders das Jahr 1918 war reich an Illusionen auf militärischem Gebiet. Das deutsche Volk wurde allgemein irregeführt mit dem Schlagwort, daß die „Reserven von Marschall Foch" durch die deutsche Offensive verbraucht seien. In der ersten Hälfte des August erhielt ich plötzlich aus dem Großen Hauptquartier eine eingehende Schilderung der Sachlage, in der es entgegen allen amtlichen Meldungen hieß:

> „Frische und unverbrauchte Armeen, wie die amerikanische, treten trotz aller gegenteiligen Behauptungen der deutschen Presse in ständig wachsender Zahl einem Volk gegenüber, welches jetzt vier unendlich schwere Kriegsjahre lang geblutet und gehungert hat. Es hat auch keinen Sinn, so lange Krieg zu führen, bis wir aus Mangel an Menschen und Hilfsmitteln auf Gnade und Ungnade die Waffen strecken müssen. Dann werden uns die Sieger demütigen, wie noch kein Volk gedemütigt wurde: wenn die heutigen Führer erklären wollten, sie seien zu Verhandlungen mit den Gegnern bereit, so würden sie drüben einfach ausgelacht. Wir brauchen eine von einer ansehnlichen Mehrheit der Volksvertretung getragene neue Regierung, die sich grundsätzlich zu Verhandlungen mit ziemlich weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt. Diese Aussichten sind gewiß nicht schön und doch sind sie noch günstig im Vergleich zu denen einer bedingungslosen Waffenstreckung. Baldiger Friede ist nicht mehr ein frommer Wunsch, sondern die Voraussetzung für unsere weitere Existenz."

Solche Worte hatte ich allerdings aus dem Großen Hauptquartier noch nie zu hören bekommen. Noch Mitte Juli 1918 hatte Ludendorff, wie mir Staatssekretär von Hintze erzählte, diesem auf die Frage, ob er sicher sei, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen, mit „einem bestimmten Ja" geantwortet; am 13. August mußte allerdings Ludendorff Herrn von Hintze mitteilen, daß er diese „Sicherheit jetzt nicht mehr habe". Tags darauf hat Hintze auf Grund dieser Rücksprache in Anwesenheit Hindenburgs und Ludendorffs erklärt, daß ihm beide Herren die Kriegslage dahin umschrieben hätten, „daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen". Der Kaiser zog daraus die Schlußfolgerung, „es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit den Feinden zu verständigen hätten". Der Reichskanzler sah als einen solchen Moment den Zeitpunkt nach den nächsten militärischen Erfolgen im Westen an. Auf Vorschlag des Kaisers wurde dann eine Propagandakommission gebildet, die das deutsche Volk mit einer Redeflut überschüttete und deutlich eine Schwenkung in der deutschen Politik erkennen ließ. Das Ausland wußte von da an, wie ich dem Auswärtigen Amt sagte, daß es um Deutschlands militärische Lage nicht günstig stehe.

In Berlin sah man als Weg einer Verständigung mit dem Feind die Vermittlung einer neutralen Macht, und zwar Hollands, an. Ich wies darauf hin, daß in Holland nach mir gewordenen

Mitteilungen die deutsche Regierung bei sämtlichen Politikern jeden Kredit verloren habe; einer der maßgebenden Männer habe unter Bezugnahme auf die deutsch-russischen Zusatzverträge erklärt, die Deutschen „klauen noch auf dem Sterbebett". Man möge erwägen, ob für eine solche Friedensvermittlung nicht auch der Papst geeignet wäre. Versuche, sich über Holland mit den Gegnern zu verständigen, wurden unternommen; sie dauerten, ohne jedes Resultat, bis in die letzten Septembertage. Anfang September wurde im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten namentlich vom bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl gefordert, daß Ende des Monats Deutschland mit „aller Entschiedenheit und Ehrlichkeit" versuchen müsse, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Bei unseren Verbündeten hat der militärische Mißerfolg im August förmliche Panik hervorgerufen. Schon Mitte August war mir aus Wien bekanntgeworden, daß Österreich infolge unserer Niederlage im Westen unter allen Umständen im Herbst Frieden erlangen wolle. Am 15. August, bei der Zwei-Kaiser-Zusammenkunft in Spa, hat Kaiser Karl mit nachdrücklichster Unterstützung des Grafen Burian die sofortige Herbeiführung des Friedens verlangt, aber Deutschland hat sich „sehr kühl gezeigt" und sich nur bereit erklärt, durch Vermittlung einer neutralen Macht (Holland) Friedensverhandlungen anstreben zu lassen. Der Wiener Regierung genügte das nicht. Am 13. September besuchte mich mit Zustimmung des Grafen Burian eine Vertrauensperson des Kaisers Karl und eröffnete mir, daß Österreich entschlossen sei, den Schritt zum Frieden alsbald zu machen, und zwar in der Form eines direkten Appells an alle kriegführenden Mächte mit dem Vorschlag, über die Bedingungen des Friedens im Haag alsbald zu verhandeln. Ich wurde um meine Ansicht über einen solchen Schritt gefragt und gab diese dahin kund, daß zwei Tage vorher die maßgebenden deutschen Stellen sich mit der sofortigen Einleitung eines Friedensschlusses durch Holland einverstanden erklärt hätten; darum möge Wien einen einseitigen Schritt nicht unternehmen; Kaiser Karl möge sich sofort mit Kaiser Wilhelm in Verbindung setzen; über die letzte Differenz, ob ein direkter Appell oder ein Appell durch Vermittlung einer neutralen Macht wirksamer sei, werde man sich noch verständigen können. Ich empfahl eine nochmalige schriftliche oder mündliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Kaisern. Dem Auswärtigen Amt gab ich von dieser Unterredung alsbald

Kenntnis; man war aber dort der Ansicht, daß Wien einen einseitigen politischen Schritt nicht unternehmen werde. Ich bestritt die Richtigkeit dieser Auffassung und wies darauf hin, daß man in Wien auch darüber verstimmt sei, daß trotz dringenden Wunsches der Reichskanzler nicht selbst zur Aussprache dorthin gereist sei; ich empfahl, man möge von Berlin nach Wien wissen lassen, daß, wenn Holland als neutrale Macht dort nicht genehm sei, Berlin damit einverstanden sei, den Heiligen Vater um seine Vermittlung zu bitten; ich sei fest überzeugt, daß Österreich dann auf diesen Vorschlag eingehen werde; damit sei der Bruch des Bündnisses nach außen vermieden. Auch damit hatte ich keinen Erfolg, da man in den Berliner amtlichen Stellen immer noch in dem Optimismus befangen war, daß Wien seinen angekündigten Schritt nicht einseitig vollziehen werde. Der Depeschenwechsel zwischen den beiden Kaisern ließ jedoch den festen Willen Wiens klar erkennen. Es kam so, wie ich es vorausgesagt hatte: am 14. September abends wurde die österreichische Note bekanntgegeben, worauf ich im Auswärtigen Amt erklärte, „daß eine deutsche Regierung, die es zu diesem moralischen Bruch des Bündnisses habe kommen lassen, unhaltbar und unfähig sei, die Geschicke des Volkes in dieser schweren Zeit zu leiten". Am Abend dieses Tages wurde ich im Verein mit anderen Parteiführern zu Staatssekretär von Hintze gebeten, der uns über die Sachlage unterrichtete. Sämtliche Abgeordnete der Mehrheitsparteien sahen die Haltung der deutschen Regierung für politisch verkehrt an: nachdem der Wiener Schritt erfolgt sei, müsse sich Deutschland jetzt offen zu demselben bekennen und dürfe den Riß im Vierbund sich nicht verbreitern lassen. Wir forderten angesichts des Ernstes der Lage auch eine sofortige Aussprache mit dem Reichskanzler, die tags darauf stattfand. Graf Hertling gab zu erkennen, daß das Wiener Vorgehen für Berlin sehr unangenehm sei, zumal Deutschland im Ziel mit Wien einig sei. „Der Krieg müsse aufhören, wenn Deutschland nicht untergehen wolle"; aber nach dem kürzlichen militärischen Mißerfolg sei für Friedensverhandlungen der geeignete Moment nicht da; man müsse „noch ein bißchen warten", dann komme der psychologische Moment sicher, in dem man mit Aussicht auf Erfolg durch eine neutrale Macht eingreifen könne; Österreich habe nicht die Absicht, das Bündnis zu lockern. Ich erklärte demgegenüber, die abgeschossene Kugel werde ihren Lauf nehmen; die weitere Entwicklung könne und müsse zur

Katastrophe führen; militärisch ändere sich zu unseren Gunsten nichts mehr wesentlich; wir müßten offen und energisch den österreichischen Schritt mitmachen. Die übrigen Parteiführer schlossen sich dem an. Staatssekretär von Hintze gab die Richtlinien bekannt, die den deutschen Auslandsvertretungen für Beurteilung des Wiener Vorgehens mitgeteilt worden waren. Diese gingen dahin: Der Bündnisgedanke ist nicht gekränkt, die edlen Motive Österreichs werden anerkannt; Deutschland erhebt kein Hindernis gegen die Ausführung des Plans, es hat aber wenig Hoffnung auf ein Gelingen; die österreichisch-ungarische Note wird in Berlin eingehend geprüft werden; die Weiterentwicklung verfolgt Deutschland mit Interesse. Ich erklärte diese Richtlinien für völlig ungenügend, da sie lauter Negationen enthielten; es müsse eine neue hinzukommen und offen erklärt werden, daß Deutschland gern und sofort bereit sei, an Besprechungen teilzunehmen, wenn es zu solchen komme. Auf Wunsch des Staatssekretärs von Hintze formulierte ich dann diese neue Richtlinie dahin:

„Die Reichsleitung ist gern und sofort bereit, sich an der Aussprache in einem neutralen Land zu beteiligen, sobald eine solche zustande kommt.“ Der Reichskanzler stimmte dem zu, nachdem die Vertreter sämtlicher Mehrheitsparteien dies gefordert hatten, und schloß die Sitzung mit der Bitte um Vertrauen. Unmittelbar vorher hatte der Vertreter der Obersten Heeresleitung in der Reichskanzlei, General von Winterfeldt, der eben aus dem Großen Hauptquartier kam, uns mitgeteilt, Hindenburg und Ludendorff hätten ihm die feierliche Versicherung gegeben, daß sie sich keinerlei Illusionen über den Stand der Dinge hingäben; schwere Mißerfolge hätten wir gehabt; ein nicht unbedeutender Verlust an Menschen, Maschinen und Material sei eingetreten; die Stimmung an der Front sei gedrückt; eine Offensive werde in absehbarer Zeit nicht mehr kommen. In der tags darauf stattfindenden Sitzung des interfraktionellen Ausschusses war es der Abgeordnete Gröber, der die sofortige Zusammenberufung des Hauptausschusses forderte; jeder Tag sei ein schwerer Verlust; je mehr man über die Gesamtlage nachdenke, desto ungünstiger werde der ganze Eindruck. Ein sofortiger Versuch, den Reichskanzler von dieser allgemein geteilten Meinung zu unterrichten, scheiterte an der Mitteilung, daß der Reichskanzler vor morgen nachmittag überhaupt nicht zu sprechen sei; darum beschloß der interfraktionelle Ausschuß, den Zusammen-

tritt des Hauptausschusses sofort durch die Presse bekanntzugeben.

Inzwischen verschlechterte sich das Verhältnis zu unseren Verbündeten zusehends. In Wien war man über die kühle Aufnahme des österreichischen Friedensschrittes verärgert und verstimmt. Ein alldeutsch gerichteter österreichischer Reichsratsabgeordneter sagte mir, daß seine Heimat den Krieg einfach nicht weiterführen könne; wenn Österreich ein Sonderfriede angeboten würde, so würden wohl einige Politiker dagegen protestieren, aber die Masse des Volkes würde jeden totschlagen, der gegen einen Sonderfrieden spreche. Aus Bulgarien kamen Nachrichten über einen bevorstehenden Bruch des Bündnisses. Besondere Schwierigkeiten erhoben sich mit der Türkei: das türkische Heer stand vor Baku, in dem sich die Engländer immer mehr festsetzten; niemand konnte garantieren, wann die Türken nach Baku marschierten; geschah dies aber, so waren die Zusatzverträge von Brest-Litowsk verletzt und die Bolschewisten wieder vollkommen frei. Am 26. September wurde mir die Trauernachricht gebracht, daß Bulgarien die einleitenden Schritte für einen Sonderfrieden unternommen habe; die rechtzeitig erfolgten Warnungen unseres Gesandten Graf Oberndorff, des Chefs der Militärmission von Massow und ihre wiederholt geäußerte Bitte um Verstärkung der bulgarischen Front waren nicht beachtet worden. In einer vertraulichen Besprechung am 28. September teilte uns die Regierung mit, daß man das Ersuchen der Regierung in Sofia um Waffenstillstand als eine „Übereilung" aufzufassen habe; der König halte fest zum Bündnis, die Sobranje mißbillige den Schritt Malinows; man hoffe, daß die Entente den Waffenstillstand nicht annehmen werde. Doch tags darauf mußte die Regierung bereits eröffnen, daß die Entente zu Verhandlungen mit Bulgarien bereit sei, jedoch vorerst die militärischen Operationen nicht einstelle; sie fordere den völligen Bruch des Bündnisses mit Deutschland und die Zurückziehung aller deutschen Truppen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten fragten mit Recht: Was soll nun geschehen, wie will die Regierung aus dieser Lage heraus? Das Reichsschiff fahre ohne Steuermann; der Kaiser gehöre nach Berlin, wo die Entscheidungen zu treffen seien. Die Beruhigungen des Vizekanzlers von Payer hatten keinen großen Erfolg.

Doch es sollte noch schlimmer kommen. Staatssekretär von Hintze, der am 29. und 30. September 1918 im Großen Haupt-

quartier weilte, teilte von dort aus telegraphisch mit, daß Wien und Konstantinopel eröffnet werden solle, Deutschland sei bereit, Präsident Wilson anzubieten, auf Grund seiner 14 Punkte über sofortigen Waffenstillstand und Berufung einer Friedenskonferenz nach Washington zu verhandeln. Mitten in die Regierungskrisis fiel die akute Gefährdung des deutschen Heeres. Am 1. Oktober sind mir im Auswärtigen Amt eine ganze Reihe von Depeschen aus dem Großen Hauptquartier vorgelegt worden, die alle in der Forderung Ludendorffs gipfelten, „daß unser Friedensangebot sofort hinaus müsse"; „heute hielten die Truppen noch, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen"; „man könne mit dem Friedensangebot nicht bis zur Bildung der neuen Regierung warten, es könne jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen". General Ludendorff erklärte, „achtundvierzig Stunden könnten die Armeen nicht mehr warten, alles komme darauf an, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei. Nur wenn es dem Prinzen Max gelinge, in der Nacht noch die Regierung zu bilden, könne bis zum nächsten Morgen gewartet werden." Dasselbe ließ Hindenburg dem Vizekanzler von Payer mitteilen. Am 2. Oktober wurde den Parteiführern durch einen Major aus der Obersten Heeresleitung Vortrag über die militärische Lage gehalten, die „sich in wenigen Tagen grundlegend geändert" habe; so mußte „die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen", zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr bestehe, dem Feind den Frieden aufzuzwingen. Entscheidend für diesen tragischen Ausgang seien einmal die in unerwartet großen Mengen auftretenden Tanks und restlos entscheidend sei schließlich die Ersatzfrage geworden. „Unsere letzte Menschenreserve ist verbraucht. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die Fortsetzung des Krieges muß daher als aussichtslos aufgegeben werden. Keine Zeit darf verloren gehen. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern."

Diese Mitteilungen machten einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Trotzdem die Parteiführer verpflichtet wurden, zunächst in den Fraktionen nichts mitzuteilen, sickerten doch die schlimmsten Gerüchte durch. Prinz Max von Baden wehrte sich auf das Heftigste gegen die sofortige Vornahme des Friedensschrittes; er wollte erst die neue Regierung bilden, die große politische Reform der Ver-

fassungsänderung im Innern vollziehen und dann erst die Friedensaktion vornehmen; er wies auch die Oberste Heeresleitung darauf hin, daß mit dem Verlust der deutschen Kolonien, Elsaß-Lothringens und der östlichen Provinzen des Reichs sicher zu rechnen sei, wenn jetzt die Friedensaktion eingeleitet würde. Hindenburg erklärte aber am 3. Oktober schriftlich, daß „die Oberste Heeresleitung auf ihrer am Sonntag, den 29. September, gestellten Forderung der sofortigen Absendung des Friedensangebots bestehen" bleibe; die Lage verschärfe sich täglich und könne die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen; jeder versäumte Tag koste Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

So ging nicht nur unter militärischem Druck, sondern auf militärischen Befehl am 5. Oktober die von General Ludendorff im Konzept festgestellte erste Note an Präsident Wilson ab, in der die deutsche Regierung das in den Wilsonschen Kundgebungen aufgestellte Programm „als Grundlage für die Friedensverhandlungen annahm". In Berlin hatte man sich noch lebhaft darüber auseinandergesetzt, ob statt des Wortes „Grundlage" „Ausgangspunkt" oder „Programmpunkt der Verhandlungen" gewählt werden sollte. Das Kabinett beschloß auch andere Armeeführer zu hören; General Ludendorff sah darin ein Mißtrauensvotum und drohte mit der Einreichung seines Entlassungsgesuches. Die mehrfach geforderte „Levée en masse" wurde von mir im Kabinett ebenso bekämpft wie von sämtlichen militärischen Stellen, auch von Ludendorff.

Wilsons erste Antwort vom 8. Oktober forderte unter anderem die Räumung der besetzten Gebiete. Am 9. Oktober teilte General Ludendorff in einer Sitzung des Kriegskabinetts mit, daß er wegen des Friedensschlusses mit den maßgebenden Generalen Kuhl, Loßberg und Schulenburg gesprochen habe; diese hätten zugestimmt. Der anwesende Chef der Operationsabteilung, Oberst Heye, versicherte, es wäre ein Hasardspiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigt hätte; vielleicht könne sich das Heer bis zum Frühjahr halten, es könne aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. „Gestern hing es nur an einem Faden, ob der Durchbruch gelang." Staatssekretär Solf erhielt am 10. Oktober auf die an Ludendorff gerichtete Frage, ob er noch drei Monate die Front halten könne, die Antwort: Nein.

So enthielt die zweite deutsche Note vom 12. Oktober, welche die Zustimmung der Obersten Heeresleitung fand, die Zusage

der Räumung der besetzten Gebiete und die Erklärung, daß der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes spreche, gestützt auf die große Mehrheit des Reichstags.

Die zweite Note Wilsons vom 15. Oktober brachte eine erhebliche Verschärfung und forderte die Einstellung des U-Bootkrieges und Bürgschaften für die Durchführung des Friedens; die Entente müsse wissen, mit wem sie verhandle; Österreich-Ungarn werde eine gesonderte Antwort erhalten. An den Beratungen über diese Note konnte ich nicht mehr teilnehmen, da ich an das Sterbelager meines einzigen Sohnes, der als Fahnenjunker in Karlsruhe stand, gerufen wurde. Ludendorffs Äußerungen in diesen Sitzungen waren unbestimmt, wechselnd, schwankend; er trat aber dafür ein, daß die Friedensaktion fortgesetzt werden sollte.

Eine vollkommene Übereinstimmung der Regierung mit der Meinung der Obersten Heeresleitung wurde bei der dritten deutschen Antwortnote nicht mehr herbeigeführt wegen der Frage der Fortsetzung des U-Bootkrieges; unglückseligerweise kam die Torpedierung des Passagierdampfers „Leinster" noch verschärfend hinzu.

Die dritte Note Wilsons vom 23. Oktober ließ erkennen, „daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen könnten, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten".

Durch eine uns mitgeteilte Depesche des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, der in Bern weilte, wurde von da ab die Frage der Abdankung des Kaisers und des Verzichtes des Kronprinzen aktuell. Am 31. Oktober brachte in der Sitzung des Kriegskabinetts Prinz Max von Baden diese Frage zur Sprache, indem er seine Auffassung dahin festlegte, daß die Abdankung des Kaisers freiwillig erfolgen solle, um Reich und Heer vor schwerstem Schaden zu bewahren; es dürfe kein Druck auf den Kaiser ausgeübt werden. Wir parlamentarischen Staatssekretäre waren etwas erstaunt, daß diese Frage plötzlich zur Sprache kam. Ich vertrat die Auffassung, daß der Rücktritt im jetzigen Augenblick verfehlt sei; man möge doch erst die Antwort der Alliierten abwarten; die Nachteile aus der jetzigen Abdankung seien zweifellos größer als die in Aussicht gestellten Vorteile; das Kabinett dürfe keinen Druck auf den Kaiser ausüben; komme es zur Abdankung des Kaisers, so müsse der Regent von Preußen gleichzeitig Reichsverweser werden; jedenfalls dürfe man

sich nicht durch Stimmungen leiten lassen, sondern nur von neuen Tatsachen. Es sei ehrenvoller für Volk, Kaiser und Reich, wenn es dem Druck von außen nachgebe, statt den Kaiser wegzuwerfen. Ein neutraler Republikaner habe mir noch vor wenigen Tagen erklärt, wenn jetzt der Kaiser unter dem Druck von innen abdanke, werde das Ausland über Deutschland sagen: „Als Sieger brutal, als Besiegte verächtlich!“ Wenn die Abdankung heute oder morgen komme, sei es zu spät, um noch eine Wirkung bei den Gegnern auszulösen, da die Bedingungen derselben bereits festgelegt seien. Staatssekretär Solf wies darauf hin, daß Wilson nur eine „Änderung des Systems“ verlange, nicht der Person. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Ich habe es aber gegenüber dem Reichskanzler als einen Fehler bezeichnet, daß der Kaiser in jenen Tagen von Berlin in das Große Hauptquartier abgereist ist. In den Vordergrund wurde die Frage der Abdankung des Kaisers durch Erörterungen in demokratischen Zeitungen ab Mitte Oktober gezogen, während die Sozialdemokraten sich zunächst mit der Einführung des parlamentarischen Regimes und der Verfassungsänderung begnügten.

Ludendorff trat am 26. Oktober zurück; es gelang, Hindenburg zum Bleiben zu bewegen.

Am 27. Oktober ließ Kaiser Karl in Berlin wissen, daß er die notwendigen Schritte für einen Sonderfrieden eingeleitet habe.

Die deutsche Antwortnote an Wilson an demselben Tage betonte, daß der neuen deutschen Volksregierung auch die militärischen Gewalten unterstellt seien. Die Generale Gallwitz und Mudra, die sich etwas zuversichtlicher über die militärische Lage äußerten, konnten das Kriegskabinett nicht mehr von seinem Entschluß abbringen. Ich war von zuverlässigster neutraler Seite, die es wohlwollend mit Deutschland meinte, an diesem Tag dahin informiert worden, daß im Falle des Scheiterns der Waffenstillstandsverhandlungen „in nächster Zukunft nach entsetzlichem Blutvergießen Deutschland größtenteils eine Wüste sein wird und sich noch härtere Bedingungen wird gefallen lassen müssen“.

Vor dem Eintreffen der letzten Note Wilsons trat eine erhebliche Verschlimmerung der Situation in Deutschland ein durch den Aufstand in Kiel und die Unmöglichkeit der raschen Niederwerfung dieser Unruhen. Das Kabinett sandte Staatssekretär Haußmann zu Verhandlungen dorthin und gab ihm als Begleiter den Marinereferenten des Reichstags, Abgeordneten Noske, mit.

Es wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß auch unabhängige Sozialdemokraten nach Kiel abgereist seien. Die Verhandlungen in Kiel führten zunächst nicht zu dem gewünschten Erfolg, vielmehr griffen die Unruhen auf eine ganze Reihe norddeutscher Städte über. In dieser Situation erstattete der neue Generalquartiermeister, General Gröner, sämtlichen Staatssekretären am 6. November eingehenden Bericht über die militärische Lage; er rechnete bei Fortsetzung des Krieges mit der Wiederaufnahme desselben nicht nur in Rumänien, sondern auch durch die Tschechoslowaken; eine entscheidende Niederlage des Heeres müsse unter allen Umständen vermieden werden; die militärische Lage habe sich weiter verschärft; der deutsche Widerstand könne nur noch von ganz kurzer Dauer sein. Während der Sitzung traf eine ungünstige Depesche nach der anderen über das Überspringen der Unruhen auf Hannover, Schwerin, Hamburg usw. ein, so daß der Reichskanzler gegen 12 Uhr erklärte, man könne nicht mehr länger warten: Freitag, den 8. November, vormittags müßten unter allen Umständen die Verhandlungen mit Marschall Foch aufgenommen werden; eine deutsche Delegation zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen müsse daher am heutigen Tage noch nach dem Westen abreisen; sei bis Freitag von Wilson noch keine Antwort eingegangen, so müsse die deutsche Delegation durch Hissen der weißen Flagge von sich aus die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, eventuell die Kapitulation vollziehen. Dieser Beschluß wurde im Kriegskabinett mit voller Billigung der Obersten Heeresleitung einmütig gefaßt. Dann schlug zu meiner größten Überraschung der Reichskanzler mich als Delegierten des Kriegskabinetts für die Verhandlungen mit Foch vor; ich lehnte ab mit dem Hinweis, daß Staatssekretär Haußmann bereits vor Wochen hierfür bestimmt worden sei. Meine Ablehnung nutzte nichts; sämtliche Staatssekretäre bestanden darauf, daß ich den schweren Gang zu Marschall Foch zu unternehmen habe. Es wurde mir freigestellt, einen Vertreter des Auswärtigen Amts mitzunehmen. Der zuerst vorgeschlagene Gesandte von Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, konnte wegen der Kürze der Zeit nicht herangezogen werden; so wählte ich den mir persönlich bekannten Gesandten in Sofia, Graf von Oberndorff, aus. Mehr wurde im Kabinett über die Zusammensetzung der Waffenstillstandskommission nicht bestimmt. Eine weitere Instruktion als die allgemeine, daß der Waffenstillstand unter allen Umständen ge-

schlossen werden müsse, wurde mir trotz meines Wunsches nicht gegeben.

Unmittelbar vor meiner Abreise traf Wilsons vierte Note vom 5. November ein, welche die Annahme der 14 Punkte und der späteren Kundgebungen Wilsons durch sämtliche Alliierten mit zwei Einschränkungen über die Freiheit der Meere und den Umfang der Schadensersatzleistung mitteilte und ersuchte, „gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu Marschall Foch zu entsenden, der sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis setzen werde". Eine Abschrift dieses diplomatisch-militärischen „Einführungsschreibens" bei Marschall Foch wurde mir auf dem Bahnhof unmittelbar vor meiner Abreise übergeben.

23. Kapitel

Der Gang nach Compiègne

Meine am 6. November 1918, 12 Uhr mittags, ganz plötzlich erfolgte Berufung zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen traf mich und fast sämtliche Amtsstellen unvorbereitet. Da mir bis 3 Uhr keine Vollmacht zugegangen war, erklärte ich der Reichskanzlei, daß ich ohne diese nicht abreisen würde. Ich wurde an das Auswärtige Amt verwiesen, wo man mir mitteilte, man wisse überhaupt von den ganzen Vorverhandlungen nichts; eine von mir gewünschte Urkunde sei bisher in der Weltgeschichte überhaupt noch nicht ausgestellt worden. Ich erwiderte, daß auch über den Weltkrieg und die Art des Waffenstillstandes keine Vorakten vorhanden seien und erhielt dann die Zusage, daß ich vor 5 Uhr die Urkunde in Händen haben würde. Sie wurde mir im letzten Augenblick vor der Abreise auf den Bahnhof gebracht. In der Vollmacht stand als erster Bevollmächtigter ein General von Gündel. Weiter erhielt ich zu meiner Verfügung eine vom Reichskanzler unterzeichnete Blankovollmacht.

Der Sonderzug führte mich mit Mitgliedern der Obersten Heeresleitung nach Spa, wo wir am anderen Vormittag 8 Uhr eintrafen, für die Mitglieder der Waffenstillstandskommission aber nichts vorbereitet fanden. Ich suchte den Vertreter des Auswärtigen Amts auf, der mir von der Mitnahme des Generals von Gündel

abriet, da er keine geeignete Persönlichkeit für solche Verhandlungen sei; er setzte sich mit der Reichskanzlei in Berlin in Verbindung, um vorzuschlagen, daß ich als Vorsitzender der Kommission bestellt werde. Die Regierung sagte zu. General von Gündel nahm daraufhin an den Verhandlungen überhaupt nicht teil; an seine Stelle trat der mir bekannte General von Winterfeldt, früher Militärattaché in Paris.

Bald nach der Ankunft in Spa hatte ich im Sitzungssaal der Obersten Heeresleitung eine Besprechung, bei der sich mehr als zwei Dutzend Offiziere einfanden, die alle mit zu den Verhandlungen in das französische Hauptquartier reisen sollten. Ich ordnete an, daß außer mir nur die Bevollmächtigten Graf Oberdorff, General von Winterfeldt und Kapitän Vanselow die Reise anzutreten hätten, da das Auftreten einer großen Anzahl Offiziere in Frankreich im jetzigen Augenblick untunlich sei; alle anderen Herren sollten entweder in Spa bleiben oder sich im Hauptquartier des Deutschen Kronprinzen bereit halten. Am Schluß der Konferenz erschien Generalfeldmarschall von Hindenburg und sagte mir, daß es wohl das erstemal in der Weltgeschichte sei, daß nicht Militärs den Waffenstillstand abschließen, sondern Politiker; er sei aber ganz damit einverstanden, zumal die Oberste Heeresleitung keine politischen Richtlinien mehr auszugeben habe; die Armee brauche unter allen Umständen Ruhe. Er verabschiedete sich von mir mit den Worten: „Reisen Sie mit Gott und suchen Sie das Beste für unser Vaterland herauszuholen."

Nach einem kurzen Frühstück fuhren wir um die Mittagsstunde in fünf Autos von Spa ab. Einen Dolmetscher zog ich in Rittmeister von Helldorf und einen Stenographen in Dr. Blauert hinzu. Kaum hatten wir Spa verlassen, als meinem Auto ein schwerer Unfall zustieß, indem es beim Passieren einer scharfen Kurve gegen ein Haus geschleudert wurde; das nachfolgende Auto fuhr in das meinige hinein. Trotz des schweren Zusammenstoßes passierte kein Unglück; weder der neben mir sitzende Graf Oberndorff noch ich wurden durch die zahlreich eindringenden Glassplitter verletzt, nur unser Auto und das nachfolgende wurden stark beschädigt. In den verbleibenden Autos wurde die Fahrt durch Belgien fortgesetzt; sie ging nur langsam voran, da deutsche Heeresmassen unaufhaltsam in langen Zügen zurückströmten. Bei anbrechender Dunkelheit kamen wir abends 6 Uhr in Chimay an, wo der deutsche General

mir sagen ließ, daß ich heute abend unter keinen Umständen mehr weiterfahren könne; um den Rückzug der deutschen Armee zu sichern, seien die Straßen gesperrt und Bäume über den Weg geworfen; die Unsicherheit sei überhaupt ungemein groß. Ich drängte auf Weiterfahrt und erreichte dies auch nach einer telephonischen Rücksprache mit dem nächsten deutschen Generalkommando in Trelon. Gegen 1/2 8 Uhr traf ich dort ein; der kommandierende General teilte mir mit, daß alle Vorbereitungen zum Passieren der Front getroffen seien; ein Pionierkommando habe sämtliche im Weg liegenden Minen aller Art beseitigt. Über den Kampfmut seiner Truppe war der General voller Lob; seit sechs Wochen befänden sich die Leute in ununterbrochenem Kampf; eine Division zähle nur noch 349 Köpfe, eine andere 437; es sei geradezu bewunderungswürdig, daß diese kleine Truppenzahl noch standhalte; Offiziere und Mannschaften leisteten geradezu Übermenschliches. Die politischen Vorgänge in Berlin und die Unruhen in Kiel waren ihm nahezu unbekannt; er bat mich, auch mit den Offizieren hierüber nicht zu sprechen. Wir fuhren nach kurzem Aufenthalt weiter und kamen wegen der geringeren Belastung der Straße nun viel rascher voran. 9 Uhr 20 Minuten passierten wir die deutsche Front, nachdem ich vorher noch einen Trompeter aufgenommen hatte. Ein schwäbischer Landsmann gab mir den letzten Abschiedsgruß mit der erstaunten Frage: „Wo wollen Sie hin?" Ich erwiderte: „Waffenstillstand schließen wir." Da sagte er in gutem Schwäbisch: „Das werdet ihr zwei grade fertig bringen."

Von dem Passieren der deutschen Frontlinie ab schlugen die Autos ein äußerst langsames Tempo an. Das Feuer war beiderseits seit einigen Stunden eingestellt. Auf dem ersten Auto wurde eine große weiße Flagge aufgezogen; der Trompeter gab fortgesetzt kurze Signale. Diese Fahrt war für mich noch erschütternder als die drei Wochen zuvor ausgeführte an das Sterbebett meines einzigen Sohnes. Ungefähr 150 Meter von der deutschen Front entfernt zeigten sich die ersten französischen Soldaten. Zwei Offiziere geleiteten uns in höflicher Weise in das benachbarte La Capelle. Als ich dort einfuhr, war die erste Frage der zahlreich zuströmenden Soldaten: „Finie la guerre?" Unser Auto wurde mit Händeklatschen empfangen als Ausdruck der Freude, daß der Krieg nun beendigt sei; vielfach ertönten die Rufe: „Vive la France!" Soldaten und Zivilbevölkerung benahmen sich ruhig und zurückhaltend;

mehrere kamen an mein Auto heran; einer fragte „Quelle nation?“, andere baten um Zigaretten; als Nichtraucher konnte ich den Wunsch nicht erfüllen. Die Straßenbezeichnung war noch deutsch; in großen Lettern prangte an einem stattlichen Gebäude die Aufschrift: „Kaiserliche Kreiskommandantur“; darüber wehte die Trikolore. Das kleine Städtchen war beflaggt; die Franzosen waren erst am Nachmittag des Tages eingezogen. Ich wurde in die kleine Villa Francport am Ende der Stadt geführt; dort traf ich die drei deutschen Parlamentäre, die unseren Übertritt angekündigt hatten. Die Waffenruhe wurde bis Mitternacht 12 Uhr gewährt. Die deutschen Militärautos, in denen wir bisher gefahren waren, blieben in La Capelle bis zu unserer Rückkehr. Wir bekamen französische Autos, jeder deutsche Bevollmächtigte ein eigenes; als Begleiter wurde je ein französischer Offizier beigegeben. Beim Verlassen der Villa nach 10 Uhr abends wurden wir mit Hilfe von Leuchtkugeln und Feuerwerk photographiert. Die Weiterfahrt vollzog sich in sehr langsamem Tempo; mein Begleitoffizier, ein Prinz von Bourbon (aus einer Nebenlinie), konnte mir das Ziel der Reise nicht sagen, wohl aber teilte er auf meine Anfrage mit, daß wir noch zirka 50 Kilometer zu fahren hätten; ich erfuhr von ihm auch die Aussprache des Namens von Marschall Foch (Fosch), der ein Bretone sei. Wie beim Betreten der französischen Front, so wurde auch hier von einem Verbinden der Augen Abstand genommen. Auf der nächtlichen Fahrt kamen wir über Guise, das große Zerstörungen aufwies; namentlich Flußbrücken und Eisenbahnbrücken waren stark beschädigt. Wir fuhren bis in die Nähe von St. Quentin, wo wir nachts gegen 1 Uhr in einem einsamen, durch die Beschießung schwer mitgenommenen Bauernhof ankamen; es war der Sitz eines französischen Armeekommandos; hier war das Abendessen für uns bereit. Zwei französische Generale, darunter General Depenay, eröffneten uns, daß Marschall Foch bereit sei, uns zu empfangen. Die Haltung dieser Offiziere war äußerst kühl. General Depenay bemerkte nicht ohne einen Seitenhieb, daß wir dasselbe Essen bekämen (Suppe, Salzfleisch und Erbsen), das in der französischen Armee jeder General und jeder Soldat habe. Nach einstündigem Aufenthalt wurde die Fahrt über Chauny, das vollständig zerstört war, fortgesetzt; kein einziges Haus stand mehr; eine Ruine reihte sich an die andere. Bei Mondschein ragten die Überreste gespensterhaft in die Luft; kein Lebewesen zeigte sich.

Um 4 Uhr morgens trafen wir auf dem vollständig zerstörten Bahnhof Tergnier ein; über die Trümmer hinweg gelangten wir zu dem Sonderzug, in dem französischer Kognak gereicht wurde. Das Reiseziel wurde uns nicht genannt, nur angeordnet, daß während der Fahrt die Fenster nicht geöffnet werden dürften. Der Zug setzte sich alsbald in Bewegung und hielt morgens um 7 Uhr in einem Wald. Ich bemerkte, daß auf einem etwa 100 Meter entfernt liegenden Gleis gleichfalls ein ähnlich zusammengestellter Zug stand. Wo wir uns befanden, konnte ich trotz verschiedener Nachfragen nicht feststellen; das Zugpersonal erklärte, es stamme aus Nordfrankreich und kenne die Gegend nicht. Als ich aber am Sonntag vormittag den Wunsch äußerte, in die heilige Messe zu gehen, sagte mir der Schlafwagendiener, das ginge nicht mehr; ich hätte den Wunsch tags zuvor äußern müssen; der Marschall sei bereits in Rethonde in der Kirche gewesen, dort werde keine Messe mehr gelesen, und ein anderer Geistlicher sei nicht in der Nähe. So wurde meine Vermutung bestätigt, daß der Treffpunkt der Wald von Compiègne sei.

In Erfüllung meines Auftrages hatte ich es erreicht, daß ich Freitag, 8. November 1918, vormittags die Verhandlungen mit Marschall Foch aufnehmen konnte. Gegen 9 Uhr (französische Zeit) erhielt ich die Nachricht, daß dieser bereit sei, uns um 10 Uhr zu empfangen. Wir vier Bevollmächtigte begaben uns mit dem Dolmetscheroffizier im einfachen Reiseanzug, die Offiziere in Felduniform, in den gegenüberliegenden Sonderzug. In dem Salonwagen war ein breiter Tisch aufgestellt, mit vier Plätzen auf jeder Seite. Wir betraten zuerst den Salonwagen und nahmen hinter den uns bezeichneten Plätzen Aufstellung. Kurz darauf erschien Marschall Foch, ein kleiner Mann mit harten, energischen Zügen, die auf den ersten Blick die Gewohnheit zu befehlen verrieten, in Begleitung seines Generalstabschefs und dreier englischer Marineoffiziere; er grüßte militärisch kurz und verneigte sich. Ich stellte in deutscher Sprache meine Begleiter vor und übergab die Vollmachten, die Marschall Foch entgegennahm, worauf er als seine Begleiter den englischen ersten Seelord Sir Wymeß, seinen Generalstabschef Weygand, den englischen Admiral Hope, als Dolmetscher den Franzosen Laperche und den Engländer Bagod vorstellte. Es waren also weder Amerikaner noch Italiener oder Belgier zu den Waffenstillstandsverhandlungen

erschienen, sondern nur das Oberkommando der Alliierten. Nach Entgegennahme der Vollmachten begab sich Marschall Foch mit seinen Herren in das Nebenabteil, um die Urkunden zu prüfen; hiernach war ich ermächtigt, „vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskanzlers den Waffenstillstand abzuschließen". Marschall Foch kehrte zurück und fragte in französischer Sprache: „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?" Ich erwiderte, daß ich den Vorschlägen über Herbeiführung eines Waffenstillstandes zu Wasser, zu Lande, in der Luft und an allen Fronten entgegensehe, worauf Marschall Foch bestimmt antwortete: „Ich habe keine Vorschläge zu machen." Ich wies darauf hin, daß wir gekommen seien auf Grund der letzten Note von Wilson, die der Gesandte Graf Oberndorff im englischen Urtext verlas, und fügte bei, daß ich um die Mitteilung dieser Vorschläge bitte. Nunmehr erteilte Marschall Foch seinem Generalstabschef den Befehl, die Bedingungen des Waffenstillstandes in französischer Sprache vorzulesen; von den beiderseitigen Dolmetschern wurde die Übersetzung sofort vollzogen. Während des Verlesens legte der englische Admiral Sir Wymeß große Gleichgültigkeit und Nichtachtung an den Tag, konnte aber durch sein Spielen mit Monokel und großer Hornbrille die innere Aufregung doch nicht verbergen. Marschall Foch saß mit steinerner Ruhe am Tisch, manchmal zupfte er energisch seinen Schnurrbart. Während der ganzen Verlesung wurden keinerlei Bemerkungen gemacht. Nach Beendigung derselben bat ich, mir Gelegenheit zu verschaffen, alsbald durch Radiotelegramm mit dem Reichskanzler und dem Großen Hauptquartier in Verbindung treten zu können und eine weitere Besprechung auf den Nachmittag anzuberaumen. Marschall Foch lehnte es ab, die mitgeteilten Waffenstillstandsbedingungen öffentlich weiterzugeben, chiffriert könne ich sie absenden, auch durch Sonderkuriere, je nach Wahl. Die Absendung einer chiffrierten Depesche konnte bei dem großen Umfang der Waffenstillstandsbedingungen nicht in Betracht kommen. Ich bat um eine Verlängerung der vorgeschlagenen Bedenkfrist von 72 Stunden für Annahme oder Ablehnung auf 96 Stunden, da ich nur durch einen Kurier, der mindestens zwölf Stunden brauche, mich mit dem deutschen Hauptquartier in Verbindung setzen könne. Die Fristverlängerung wurde abgelehnt, gleichfalls mein Ersuchen, wenigstens eine vorläufige Waffenruhe für die Zeit der Prüfung der Bedingungen gewähren zu wollen.

Foch fügte bei, daß er in allem durch Verabredung mit den alliierten Heeresleitungen und alliierten Regierungen gebunden sei; er erklärte ganz bestimmt, daß Verhandlungen über die Bedingungen unter gar keinen Umständen zugelassen würden; Deutschland könne sie annehmen oder ablehnen, ein Drittes gebe es nicht. Ich erreichte dann doch wenigstens, daß private Besprechungen mit der Begleitung des Marschall Foch und den deutschen Delegierten im Laufe des Nachmittags stattfinden konnten. In drei Viertelstunden war die Sitzung beendigt; es wurde als Ablaufstunde des Ultimatums Montag, 11. November, vormittags 11 Uhr (französische Zeit) bezeichnet. Den Dolmetscheroffizier, Rittmeister von Helldorf, sandte ich mit den Bedingungen und der Meldung zurück, es sei nicht anzunehmen, daß über entscheidende Punkte Gegenvorschläge zur Erörterung zugelassen würden; es solle trotzdem versucht werden, in Einzelbesprechungen Milderungen zu erlangen, um in erster Linie für Deutschland Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Abwendung drohender Hungersnot zu erreichen; es werde namentlich versucht werden, Verlängerung der Fristen und Verringerung des abzugebenden Materials zu erzielen; wir würden an Milderungen herauszuschlagen suchen, was irgend möglich sei; wir würden aber gleichzeitig bei Annahme des Waffenstillstandes eine Erklärung abgeben, daß die Einhaltung aller Verpflichtungen unmöglich sei. Rittmeister von Helldorf reiste um 1 Uhr ab. Das französische Oberkommando versprach ihm Erleichterung beim Überschreiten der Linien und war der Ansicht, daß er bereits in fünf Stunden an den deutschen Linien sich befinden könne. Wir schlossen daraus, daß wir in der Nacht vorher kreuz und quer durch Nordfrankreich gefahren worden seien. Rittmeister von Helldorf kam rasch an die französische Front; trotz aller Signale und Parlamentäre gelang es ihm fünf Stunden lang nicht, zur deutschen Front hinüberzukommen. Helldorf versuchte es, wie mir der französische Kommandant auf der Rückkehr sagte, unter Nichtachtung jeder Lebensgefahr; aber unsere Soldaten hätten „wie der Teufel geschossen".

In der sofort stattfindenden Sitzung unter den vier Bevollmächtigten wurden die Richtlinien für die privaten Unterhandlungen des Nachmittags dahin festgelegt, daß diese Bedingungen undurchführbar seien, daß sie Deutschland nicht nur wehrlos machten, sondern dem Bolschewismus ausliefern würden, daß Anarchie und Hungersnot die unmittelbaren Begleiterscheinungen der Annahme

dieser Waffenstillstandsbedingungen sein müßten. In diesen Besprechungen gewannen sämtliche Herren alsbald den Eindruck, daß die Gegenseite diesen unseren Darlegungen keinen Glauben schenkte, ja, es wurde von einem Herrn der Gegenseite offen ausgesprochen, daß Deutschland den Alliierten eine Falle legen wolle; es wolle jetzt nur Zeit gewinnen, um seine geschlagene, rückflutende Armee zu sammeln; dann werde es zu einem neuen Schlag ausholen. Die Versicherungen von der Ehrlichkeit der deutschen Friedensabsichten fanden nur geringen Glauben. Ein hoher feindlicher Offizier betonte, daß die Alliierten loyal den Abschluß eines Waffenstillstandes beabsichtigten; Marschall Foch seien aber durch den Beschluß der verbündeten Regierungen und Heeresleitungen in allen prinzipiellen Fragen die Hände gebunden, nur über die praktische Ausführung und die untergeordneten Einzelheiten ließe sich überhaupt reden. Die ungenügenden Räumungsfristen wurden von uns besonders stark unterstrichen. Gegenüber den englischen Offizieren wurde der Hauptnachdruck auf die Aufhebung der Blockade gelegt; Admiral Hope erklärte aber, nicht in der Lage zu sein, in dieser Frage eine Erklärung abzugeben. Auf den Hinweis, daß jetzt die Verbündeten denselben Fehler machten, den die frühere deutsche Regierung gegenüber Rußland im Frühjahr 1918 gemacht habe, wo Deutschland geglaubt habe, gegenüber dem Bolschewismus Sieger zu sein und nun dennoch der Besiegte sei, kam aus englischem Munde die kalte Antwort: „Wer den Wind in den Segeln hat, hat den Erfolg.“ — Am Abend wurde das Resultat der privaten Besprechungen, die alle dem Zweck dienten, möglichst viel für das deutsche Volk herauszuschlagen, in Gegenvorschlägen niedergelegt. Dabei wurde der Hauptwert auf Verlängerung der Räumungsfristen, auf die Beseitigung der Brückenköpfe und der neutralen Zone, Verminderung des abzugebenden Verkehrsmaterials, ehrenvollen Abzug der Deutschen aus Ostafrika und Aufhebung der Blockade gelegt.

Sonnabend vormittag wurden von mir die deutschen Gegenvorschläge endgültig festgelegt und Marschall Foch übergeben. Abends gegen 7 Uhr brachte mir ein französischer Hauptmann einen Funkspruch des Reichskanzlers, wonach der Kaiser abgedankt und der Kronprinz auf den Thron verzichtet habe; die Frage der Regentschaft werde geregelt; der Reichskanzler bleibe im Amt. In der Nacht von Samstag auf Sonntag teilte mir um 12 Uhr

das französische Oberkommando eine Pressenotiz mit, wonach sich in Deutschland eine neue Volksregierung gebildet habe; die Garnison von Berlin habe sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt; die Leitung der Reichsgeschäfte liege in den Händen des sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert; wahrscheinlich würden drei unabhängige Sozialisten zu der bisherigen Regierung der Mehrheitsparteien des Reichstags hinzutreten. Ich erfuhr aber nicht, ob Deutschland noch ein Kaiserreich oder ob die Republik ausgerufen sei.

Sonntag vormittag trafen noch drei deutsche Offiziere aus dem Großen Hauptquartier ein. Die englischen Seeoffiziere baten ihren deutschen Kollegen erneut zu einer Besprechung, in der sie darlegten, in Deutschland sei seit der letzten Besprechung eine so erhebliche politische Veränderung eingetreten, daß die Frage begründet sei, ob die neue Regierung überhaupt in der Lage sein werde, die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen. Wir standen vor einer verantwortungsvollen Frage: das Heer verlangte den Waffenstillstand unter allen Umständen; andererseits wollten wir keinen Vertrag unterzeichnen, den wir nicht halten konnten. Wir entschieden uns aber dahin, daß, wenn die Regierung uns ermächtige, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, sie auch die Macht hätte, die Bedingungen, soweit es überhaupt möglich sei, durchzuführen. Die Engländer teilten darauf mit, daß die Alliierten sich für den Fall der Nichterfüllung der Bedingungen das Recht vorbehielten, diese gewaltsam durchzusetzen und zu diesem Zweck auch Helgoland zu besetzen. Der Sonntag vormittag wurde mit neuen Besprechungen zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten ausgefüllt und in diesen auf das Eindringlichste die Bolschewistengefahr dargelegt. Wir fanden jedoch, daß weder die Franzosen noch die englischen Offiziere unserem Gedankengang voll gerecht wurden; sie waren nach wie vor von größtem Mißtrauen beherrscht. Nach dem Frühstück kamen französische Arbeiter, die für die Sonderzüge tätig waren, zu mir und sagten, es sei zwar verboten, uns Zeitungen zu geben, sie wollten mir aber doch die Aufschrift zeigen, und freudestrahlend zeigten sie die Zeitungen mit der Aufschrift: „Der Kaiser hat abgedankt.“ Im Lauf des Nachmittags machte ich bei schönem Herbstwetter mit Graf Oberndorff einen kleinen Spaziergang im Walde. Wir sahen noch die Löcher der deutschen Granaten von 1914. Es war uns aber nur gestattet, uns in einem Umkreis von zirka

zwei Kilometer um unseren Zug zu bewegen. Der Wald war abgesperrt. Sonntag abend bekamen wir eine im allgemeinen ablehnende Antwort von Marschall Foch auf unsere Bemerkungen zum Abschluß des Waffenstillstandes und bald darauf ein Mahnschreiben von Generalstabschef Weygand, daß die Frist morgen um 11 Uhr ablaufe; wir möchten um die Antwort des Reichskanzlers besorgt sein. Ich konnte mitteilen, daß eine Antwort bei mir noch nicht eingetroffen sei, daß ich aber auf Beschleunigung hingewirkt hätte.

Abends 8 Uhr wurde mir ein Funkspruch von der Obersten Heeresleitung übermittelt, in dem in einer Reihe von Punkten Erleichterungen erbeten wurden; dann kam der lapidare Satz: „Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen." Die Depesche war von Generalfeldmarschall von Hindenburg unterzeichnet. Gegen 1/2 11 Uhr nachts erhielt ich dann die offene Depesche, daß ich zur Unterzeichnung der übergebenen Waffenstillstandsbedingungen berechtigt sei, was mich ungemein peinlich berührte, da das Resultat der zweitägigen Verhandlungen durch die offene Depesche erheblich in Frage gestellt war. Die Depesche war unterzeichnet: „Reichskanzler Schluß." Der Dolmetscheroffizier fragte, ob „Schluß" den Namen des neuen Reichskanzlers bedeute und wer dieser Herr sei; er sei dem französischen Oberkommando und der Regierung in Paris ganz unbekannt. Ich gab die Aufklärung, daß „Schluß" Punkt heiße. Nachdem der von uns beabsichtigte Protest aufgesetzt war, ließ ich den Marschall wissen, daß es mir angenehm sei, wenn noch heute nacht eine weitere Sitzung stattfinden könne. Marschall Foch erklärte sich alsbald bereit.

Die Sitzung begann um 2 Uhr 15 Minuten nachts; fast bei jedem einzelnen Artikel des Waffenstillstandes versuchte ich noch weitere Erleichterungen zu erzielen und legte hierbei namentlich Wert auf eine geringere Stärke des feindlichen Besatzungsheeres, da Marschall Foch mir mitgeteilt hatte, daß er 50 Divisionen in das linksrheinische Gebiet legen wolle. Die lebhafteste Debatte entstand beim Artikel 26, der die Fortsetzung der Blockade enthielt. Über eine Stunde wurde um diesen Artikel gerungen. Ich legte eingehend dar, daß hierdurch ein wesentlicher Teil des Weltkrieges, die Aushungerungspolitik Englands, fortgesetzt würde, worunter die deutschen Frauen und Kinder am meisten litten; ich erklärte dies

mit dem Grafen Oberndorff als „nicht fair“, eine Bemerkung, die den englischen Admiral zu der erregten Gegenbemerkung veranlaßte: „Nicht fair? Sie haben auch wahllos unsere Schiffe versenkt.“ Die Engländer erwiderten jedoch nur, daß sie unseren Wunsch auf Aufhebung der Blockade der Regierung übermitteln wollten. Eine wichtige Verbesserung wurde erreicht durch die Verpflichtung der Entente, Deutschland während des Waffenstillstandes mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Besprechung der einzelnen Artikel zog sich bis 5 Uhr 12 Minuten morgens hin. Auf Vorschlag von Marschall Foch wurde dann bestimmt, 5 Uhr zu setzen, so daß der Waffenstillstand sechs Stunden später, also um 11 Uhr vormittags französischer Zeit, eintreten konnte.

Die Verhandlungen wurden unterbrochen und von mir der deutschen Obersten Heeresleitung sofort durch Funkspruch der Abschluß des Waffenstillstandes mitgeteilt. Auf Vorschlag von Marschall Foch wurde die letzte Seite des Abkommens unterzeichnet, da die Ausfertigung der anderen Seiten und der Abschriften noch mehrere Stunden dauern würde. Die Unterzeichnung begann 5 Uhr 20 Minuten. Zwei Exemplare wurden ausgefertigt. Zuerst unterschrieben Marschall Foch und Admiral Wymeß, dann die deutschen Bevollmächtigten. Unseren beiden tapferen Offizieren, General von Winterfeldt und Kapitän Vanselow, standen die Tränen in den Augen, als sie unter hartem Zwang zur Feder griffen. Ich gab dann noch eine Erklärung ab mit der Versicherung, daß wir ehrlich bemüht sein würden, die auferlegten Verpflichtungen durchzuführen; ich nahm nochmals Bezug auf unsere Gegenbemerkungen zu den Waffenstillstandsbedingungen und wies darauf hin, daß manche Verpflichtungen undurchführbar seien. Die Erklärung schloß mit den Worten: „Ein Volk von siebzig Millionen leidet, aber es stirbt nicht.“ Was Marschall Foch mit der Antwort quittierte: „Très bien.“ Um 5 Uhr 30 Minuten verabschiedeten sich die beiderseitigen Delegationen durch Erheben von den Stühlen; ein Händedruck wurde nicht gewechselt.

Am schmerzlichsten von allen Bedingungen war mir die Besetzung des linksrheinischen Gebietes und die Zurückbehaltung unserer Kriegsgefangenen. Die wichtigsten Milderungen, die in den dreitägigen Verhandlungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf erreicht wurden, bestanden in folgendem: Elsaß-Lothringen wurde nicht unter die „besetzten Gebiete“ gerechnet, sondern als Teil

Deutschlands behandelt; die Zahl der abzugebenden Maschinengewehre wurde von 30 000 auf 25 000 herabgesetzt, die der Flugzeuge von 2000 auf 1700; die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer von 40 und 30 Kilometern auf 10 Kilometer ermäßigt; die Räumungsfristen der rheinischen Gebiete von 25 auf 31 Tage erhöht. „Niemand wird wegen der Teilnahme an Kriegsmaßnahmen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind, verfolgt werden.“ Zum Schutz des deutschen Erwerbslebens in den besetzten Gebieten wurde der Zusatz aufgenommen: „Es dürfen keine allgemeinen oder staatlichen Maßnahmen ergriffen werden, die eine Entwertung der Industrieanlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten.“ Die Zahl der abzugebenden Lastkraftwagen wurde von 10 000 auf 5000 herabgesetzt, und die Abgabefrist von 15 Tagen auf 36 erhöht, was für den Rücktransport der Armee von ungeheurer Wichtigkeit war. Die gleichzeitige Freigabe unserer Kriegsgefangenen mit denen der Alliierten wurde zwar trotz aller Bemühungen abgelehnt, aber die Heimbeförderung der Internierten in den neutralen Ländern fortgesetzt; die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen sollte beim Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden. Die sofortige Zurückziehung der Truppen aus den früher zu Rußland gehörigen Gebieten wurde nicht gefordert, sondern der Termin hierfür den Alliierten vorbehalten; in den besetzten Gebieten durfte der freie Ankauf von Lebensmitteln noch stattfinden. Aus der bedingungslosen Übergabe der Ostafrikaner innerhalb eines Monats wurde „der Abzug aller deutschen in Ostafrika kämpfenden Truppen innerhalb einer von den Alliierten festgesetzten Frist“. In welchem Irrtum die Alliierten über die Zahl unserer U-Boote waren, besagte ihre erste Forderung, daß 160 U-Boote abzuliefern seien, eine Zahl, die nicht vorhanden war; es wurde dann die Forderung auf Ablieferung aller in Dienst gestellten U-Boote erhoben. Besonders wichtig ist die von mir erreichte Ergänzung zu Artikel 26: „Die Alliierten und Vereinigten Staaten nehmen in Aussicht, während der Dauer des Waffenstillstandes Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen.“ Die Dauer des Waffenstillstandes wurde von 30 auf 36 Tage erhöht und beigefügt, daß, wenn es nicht gelinge, die Geiseln und Internierten in den bestimmten Fristen zurückzuführen, dies nur im Falle böswilligen Verhaltens zur Kündigung des Waffenstillstandes Veranlassung geben dürfe. Die Einsetzung einer ständigen inter-

nationalen Waffenstillstandskommission unter Leitung des Oberkommandos der Alliierten wurde beschlossen.

Montag vormittag gegen 10 Uhr trafen weitere Offiziere aus dem deutschen Hauptquartier im Wald von Compiègne ein und auch zwei Vertreter der Zentraleinkaufsgesellschaft; sie fanden aber keine Arbeit oder Gelegenheit zur Betätigung. Alle Wünsche und Forderungen, die sowohl tags zuvor in der Depesche und jetzt durch die Neuankommenden als Wünsche der Obersten Heeresleitung übermittelt wurden, hatten wir bereits vertreten und zur Sprache gebracht, in einigen Punkten sogar mehr erreicht, als von der Obersten Heeresleitung verlangt wurde. Wir erfuhren von den Herren, daß sowohl der Kaiser wie der Kronprinz nach Holland geflohen seien und daß die Genehmigung zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes, welche uns nachts vorher durch Funkspruch zugegangen war, mit der Unterschrift „Reichskanzler" nicht vom Reichskanzler erteilt worden sei, sondern von der Obersten Heeresleitung, weil am Sonntag eine Verständigung mit Berlin unmöglich gewesen sei; die Oberste Heeresleitung habe sich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gefühlt, die Genehmigung aus eigener Initiative zu geben; nachdem die Depesche abgegangen sei, habe der Reichskanzler zugestimmt und sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt; auch sämtliche in Berlin anwesenden Parteiführer und Staatssekretäre hätten sich im Laufe des Sonntags zustimmend ausgesprochen. Gegen ½11 Uhr empfing ich die Originalurkunde des Waffenstillstandes; die Karte, in welche die Räumungszonen eingezeichnet wurden, übergab ich sofort Hauptmann Geyer, einem jüngeren Offizier, damit er sie mit dem Flugzeug ins Große Hauptquartier nach Spa bringen konnte, um keine Zeit zu versäumen. Der Flug ging programmäßig vor sich. Gegen 11 Uhr fuhr unser Zug ab; die Fenster waren verhängt, alle Bahnhöfe dicht besetzt, da unsere Rückreise bekanntgeworden war. Es herrschte auf den Bahnhöfen viel Leben und große Freude; aber auch manche Drohrufe gegen die Deutschen wurden ausgestoßen. Gegen 4 Uhr kamen wir auf dem Bahnhof Tergnier an und wurden mit der Mitteilung empfangen, daß unsere Autos noch nicht da seien; man wollte uns bei Tag nicht fahren lassen, vielleicht zu unserem persönlichen Schutz, vielleicht wegen Spionagegefahr. Der Prinz von Bourbon begleitete mich mit der gewohnten Höflichkeit, als wir um 6 Uhr in schnellstem Tempo abfuhren. Nachts 2 Uhr langten

wir bei der französischen Front an; mit sieben Autos fuhren wir dort ab und verloren in der Nacht fünf, die sich im Laufe des anderen Tages langsam wieder in Spa einstellten.

Am Dienstag, den 12. November, gegen 9 Uhr vormittags traf ich in Spa ein, wo mir von dem Vertreter des Auswärtigen Amts zu den großen Erfolgen unserer Verhandlungen gratuliert wurde: man sei im Hauptquartier überrascht gewesen, daß man noch solche Erfolge erzielt habe. In Spa habe sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet; die Oberste Heeresleitung sei in Gefahr gewesen, vom Arbeiter- und Soldatenrat direkt verhaftet zu werden; den Offizieren seien die Epauletten heruntergerissen worden; Hindenburg habe bereits erklärt, daß er hinter der Regierung Ebert stehe und lasse mich gleichfalls bitten, mich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Ich konnte selbst beobachten, daß kein Soldat mehr die Offiziere grüßte und daß die Autos rote Fahnen trugen. Eine halbe Stunde später begann die Konferenz beim Generalquartiermeister Gröner, der sich über die Resultate unserer Verhandlungen äußerst befriedigt aussprach: seine kühnsten Erwartungen seien übertroffen worden. Auf meinen Vorschlag bildete sich die deutsche Abteilung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa. Ich ernannte zum Vorsitzenden General von Winterfeldt. Die Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Waffenstillstandes wurde auf die zuständigen Ressorts verteilt. Feldmarschall von Hindenburg dankte mir „für die ungemein wertvollen Dienste, die ich dem Vaterland geleistet“ hätte. Inzwischen waren gegen 1 Uhr zwei Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrats von Hannover mit einem Sonderzug in Spa eingetroffen; sie wollten nach Brüssel weiterfahren, um dort die Weltrevolution auszurufen und überraschten mich mit der „ganz sicheren Nachricht“, daß Marschall Foch gestern nachmittag erschossen worden sei. Sie waren sehr verdutzt, als ich ihnen sagte, daß ich gestern früh noch mit Marschall Foch gesprochen hätte. Als Zweck der Revolution in Deutschland bezeichneten sie mir, Liebknecht zum Präsidenten der Republik auszurufen; dieses Ziel sei noch nicht ganz erreicht worden; das nächste Mal werde es gehen. Ich redete den beiden Delegierten aus, nach Brüssel zu gehen, wo gekämpft werde; da sie im Besitz einer Lokomotive waren und ich schnellstens nach Berlin zurück mußte, verabredeten wir, daß wir gemeinsam fahren wollten. Um 4 Uhr reisten wir von Spa, das in den belgischen

Nationalfarben geflaggt hatte, ab. Alle Züge waren überfüllt mit Soldaten. Sie standen auf den Trittbrettern, saßen auf den Wagendächern, ein Bild, wie seinerzeit in Rußland. Als wir mehrere Stunden in der deutschen Grenzstation Herbesthal liegen bleiben mußten, befahl ich, uns über Aachen nach Berlin zu bringen. Mittwoch abend um 5 Uhr langte unser Zug in der Reichshauptstadt an, wo ich alsbald eine Besprechung mit den sechs Volksbeauftragten hatte; ich teilte die bisher von mir getroffenen Maßnahmen mit. Die Volkskommissare beschlossen, daß die Waffenstillstandskommission, welche in „schwerster Zeit zum Wohle des deutschen Volkes" gearbeitet habe, bis auf weiteres bestehen bleibe und daß sie die Verantwortung für die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages zu tragen habe.

In das Vaterland zurückgekehrt, fand ich dieses vollkommen verändert; selbst mein Dienstauto trug die rote Flagge, die ich sofort durch schwarzrotgold ersetzen ließ. Irgendein Schutz für Aufrechterhaltung der Ordnung war in Berlin nicht vorhanden. Der Kriegsminister, der mich auf meinen Wunsch mitten in der Nacht in Zivil in meiner Wohnung aufsuchte, erklärte mir, daß ein solcher Schutz auch nicht zu schaffen sei. Mit einigen entschlossenen Männern machte ich mich alsbald an die Organisation kleiner zuverlässiger Truppenteile. Sehnsüchtig wartete man auf den Einzug zuverlässiger Soldaten; denn die Gefahr, daß durch neue Unruhen eine rein unabhängige oder kommunistische Regierung gebildet würde, stand jeden Tag, ja stündlich vor der Tür. Obwohl die Arbeiten in der Waffenstillstandskommission meine Zeit, namentlich angesichts der vielen Gegensätze unter den einzelnen Ressorts, überaus stark in Anspruch nahmen, fand ich doch noch Zeit, um mich dem Wiederaufbau einer Truppe widmen zu können. Der bayerische Ministerpräsident Eisner hat bei dem ersten Zusammentritt der Vertreter der deutschen Länder den Staatssekretär Dr. Solf und mich als den „Herd der Gegenrevolution" bezeichnet, die unbedingt aus der Regierung ausscheiden müßten.

Der nationale Leidensweg nach Compiègne war das Schwerste und Bitterste, was mir in meiner amtlichen Tätigkeit auferlegt worden ist. Ich habe aber das Bewußtsein für unser teures Vaterland gerettet zu haben, was überhaupt zu retten war.

24. Kapitel
Der Waffenstillstand

Ich atmete erleichtert auf, als mir im Dezember 1918 von der Obersten Heeresleitung gemeldet wurde, daß die gesamte deutsche Armee auf ihrem Rückmarsch ungefährdet den Rhein überschritten habe; nicht ein einziger Truppenkörper sei in feindliche Gefangenschaft geraten. Dieses über Erwarten günstige Resultat war nur der Umsicht und Ruhe der Obersten Heeresleitung zu verdanken, sowie dem recht günstigen trockenen und nicht zu kalten Herbstwetter, das lange Märsche gestattete.

Am 7. Dezember erhielt ich von Spa, wo inzwischen die Internationale Waffenstillstandskommission sich eingerichtet hatte, die Mitteilung, daß über die Verlängerung des Waffenstillstands, der für einen Monat abgeschlossen war, am 12. und 13. Dezember 1918 mit Marschall Foch in Trier verhandelt werden könne, und daß das Oberkommando der Alliierten endgültig entschieden habe, die Blockade auch auf das linke Rheinufer auszudehnen, um Deutschlands Güterverkehr mit dem besetzten linken Rheinufer vollständig abzuschneiden. Tags darauf traf eine Depesche des französischen Oberkommandos bei mir ein, in der das deutsche Oberkommando ersucht wurde, Bevollmächtigte für die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrags zu bezeichnen. In der Besprechung mit dem Rat der Volksbeauftragten wies ich auf den Unterschied hin, der zwischen dieser und der ersten Einladung liege; damals sei diese an die Regierung ergangen, welche die Bevollmächtigten ernannt habe, nicht das Militär; fünfmal habe inzwischen die deutsche Regierung versucht, zu einem Präliminarfrieden zu gelangen und nicht einmal eine Antwort erhalten; so sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Alliierten die heutige Regierung nicht als verhandlungsfähig ansähen; die letzte Depesche von Marschall Foch lasse keinen Zweifel darüber, daß die jetzige Regierung von der Entente nicht anerkannt würde; doch Deutschland müsse schnellstens zum Frieden kommen; daraus ergebe sich die Folgerung, daß keine neuen Bevollmächtigten für die Verlängerung des Waffenstillstandes ernannt werden könnten; die bisherigen Bevollmächtigten würden entweder auf Grund der alten Vollmachten oder

neuer Urkunden, ausgestellt von der Obersten Heeresleitung, verhandeln. Demgemäß wurde in einer Besprechung mit der Obersten Heeresleitung am 10. Dezember zunächst die politische Gesamtsituation erörtert: die zurückkehrenden Truppen ständen vor Berlin; die mehrfach erhobene Forderung, daß die Truppen ohne Munition und gemischt mit Arbeitern einziehen sollten, wurde abgelehnt; die einziehenden Truppen sollten die Verpflichtung haben, die Entwaffnung der Bevölkerung von Berlin durchzuführen. Beim Frühstück entschuldigte sich der Generalfeldmarschall, daß er nur ein so karges Essen geben könne; er selbst bekomme trotz seines hohen Alters nichts anderes als die Soldaten, alles in einem Topf gekocht. Die Oberste Heeresleitung wünschte bei der Verlängerung des Waffenstillstandes den Wegfall der Brückenköpfe und der neutralen Zone, indem der Rhein als die Grenze angesehen werden sollte, ferner ungehinderten Verkehr zwischen den besetzten und nichtbesetzten Gebieten, Verringerung des Besatzungsheeres sowie Zurückgabe der Kriegsgefangenen und Aufhebung der Blockade.

Das amerikanische Hauptquartier in Trier teilte mir mit, daß es für den Empfang alles vorbereitet habe. Ich war daher überrascht, als bereits morgens 4 Uhr, kurz nach der Einfahrt des Zuges in Trier, ein Offizier der amerikanischen „Militärpolizei" sich mit der Mitteilung meldete, er habe sechs Autos bereit, um uns in das „Hotel zur Post" zu bringen; denn tags zuvor hatte ich angeordnet, daß der Zug erst um 9 Uhr verlassen werde. Zu dieser Stunde erschienen zur Begrüßung am Bahnhof der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister von Trier mit mehreren Herren, was dem wachthabenden amerikanischen Leutnant sehr unangenehm war, denn er drückte den Wunsch aus, daß die nicht zur Delegation gehörenden Herren sich absondern möchten. Wir nahmen dies mit Heiterkeit auf und gingen durch das Bahnhofsgebäude zu den Autos, eskortiert rechts und links von amerikanischen Soldaten; manche meiner Begleiter waren über diese Ehreneskorte „erfreut", zumal sie uns bis zum Hotel begleitete; gar bald aber wurden wir gewahr, daß es weniger ehrende Aufmerksamkeit als unerträgliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit war. Als ich nämlich kurz nach Ankunft im Hotel den Wunsch äußerte, einige Besuche in der Stadt zu machen, wurde mir eröffnet, es sei Befehl gegeben, daß niemand das Haus verlassen dürfe. Ein Regierungsrat, der um die Unterbringung sich bemühte, wurde gleichfalls am Ver-

lassen des Hauses gehindert, mit dem Bemerken, Ausnahmen könnte nur der amerikanische Kapitän gestatten. Dieser ließ sich aber nicht sehen. Alle Hinweise, daß der Herr nicht zu unserer Delegation gehöre und mit der Waffenstillstandskommission nichts zu tun habe, waren vergebens; in später Abendstunde wurde ihm die Erlaubnis erteilt, die notwendige Wäsche für die Nacht sich ins Hotel kommen zu lassen. Auf sämtlichen Gängen und Treppen wurden amerikanische Soldaten aufgestellt. Nur die Wirtin des Hotels hatte die Befugnis erhalten, das Haus zu verlassen, um für die Küche die notwendigen Einkäufe zu besorgen; nicht einmal ihre Kinder durften für die Zeit der Anwesenheit der Kommission die Schule besuchen. Eine Wache war unten im Hotel untergebracht, vier Mann wurden uns zur Bedienung gestellt; auch die Kellner des Hotels durften nicht mit uns verkehren. Die amerikanischen Soldaten verhielten sich außerordentlich höflich und erklärten mir, daß ihnen die ganze Maßnahme „unwürdig" vorkomme. Das Telephon durfte ich nur nach außerhalb benutzen; aber die Verbindung mit Berlin war unmöglich, denn die Nacht vorher waren sämtliche Drähte durchschnitten worden. Diese offenkundige Tatsache der Internierung veranlaßte mich, den amerikanischen General, der als Chef der Zivilverwaltung fungierte, um vollständige Bewegungsfreiheit innerhalb und außerhalb der Stadt Trier zu ersuchen; ich war erstaunt, als mir das amerikanische Kommando mitteilte, daß diese Anordnungen von Marschall Foch selbst getroffen worden seien und ich mich an diesen zu wenden hätte; ich tat dies alsbald und forderte „alle Freiheiten und Rechte, welche im internationalen Verkehr zwischen Vertretern der Regierungen bisher üblich waren". Die nachmittags aus Spa eintreffenden Mitglieder der dortigen Waffenstillstandskommission wurden genau so in ihren Hotels interniert wie wir. Den Amerikanern wurde der Dienst immer widerwärtiger; ein Soldat sagte: „Es ist gemein, wie man Sie behandelt." Als Ursache für diese Maßnahme wurde mir von den Amerikanern bezeichnet, wir seien verdächtig, den Bolschewismus zu verbreiten. Der Bischof von Trier bat brieflich um meine Vermittlung für einen Geistlichen, der von der Besatzungsarmee in Ausübung der Seelsorge beschränkt wurde; als ich die schriftliche Antwort gab, daß ich das Erforderliche veranlassen würde, wurde mir die Depesche vom amerikanischen Hauptquartier zurückgeschickt mit dem Bemerken,

daß Marschall Foch „den Verkehr zwischen der deutschen Waffenstillstandskommission und den Bewohnern der besetzten Gebiete nicht gestattet“ habe. Unter der Trierer Bevölkerung war inzwischen bekanntgeworden, daß die Waffenstillstandskommission interniert sei; als mir bekannte Herren am Hotel vorübergingen und heraufgrüßten, die Arme kreuzend, um anzudeuten, daß wir gefangen seien, wurde ihnen von dem amerikanischen Wachtposten der Befehl erteilt, sofort weiterzugehen. Dann wurde das Hotel und der ganze Platz vor demselben durch amerikanisches Militär abgesperrt. Mehr als 24 Stunden dauerte der unwürdige Zustand.

Am anderen Tag kam vom Oberkommando der Alliierten die Nachricht, daß Marschall Foch in seinem Zug am Bahnhof in Trier „die vier deutschen Bevollmächtigten, die am 8. November in Rethonde die Vollmacht der deutschen Regierung überreicht haben“, zu empfangen wünsche. Als ich mich auf den Trierer Bahnhof zu Foch begab, nahm auf dem Trittbrett eines jeden Autos ein amerikanischer Soldat Platz; unsere Internierung war noch nicht aufgehoben. Auf dem Bahnhof angekommen, fanden wir denselben Salonwagen, in dem wir im Wald von Compiègne verhandelt hatten. Die Verhandlungen begannen alsbald, oft unterbrochen durch das Geräusch der fahrenden Züge. Marschall Foch ließ uns eine Aufstellung über die Nichterfüllungen des Waffenstillstandsvertrages vorlesen und die Note übergeben, daß das alliierte Oberkommando, wenn es solches für angezeigt erachte, sich das Recht vorbehalte, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen, um eine neue Sicherheit für die Vertragserfüllung zu schaffen. Der Waffenstillstand sollte um einen Monat verlängert werden. Die Beanstandungen erstreckten sich auf die nicht rechtzeitige Übergabe der Kriegsgefangenen, die nicht rechtzeitige Rücklieferung der Wertpapiere und Werte und nicht rechtzeitige Ablieferung von U-Booten und Panzerkreuzern. In einer von mir am Nachmittag überreichten Denkschrift wurde eine Reihe von Irrtümern der Gegenseite richtiggestellt und unter Hinweis auf meine Erklärungen in Compiègne betont, daß die Fristen von Anfang an überall zu kurz gestellt gewesen seien, wie ich das auch in meinen mündlichen Ausführungen erneut eingehend darlegte, wobei ich besonders betonte, daß die Alliierten ihrerseits die übernommene Verpflichtung, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, nicht eingehalten

hätten und jetzt die Blockade sogar ausdehnten. Marschall Foch lehnte eine Einzelerörterung der deutschen Beschwerden ab, nahm aber Kenntnis von dem „zugestandenen teilweisen Unvermögen der deutschen Regierung, ebenso wie von dem von der deutschen Waffenstillstandskommission als vorliegend zugegebenen Zustand der Umwälzung im Land und in der Armee“. Foch war besonders verärgert, weil die Zahl der abgegebenen Lokomotiven so gering sei; er stellte jedoch in Aussicht, daß die Freiheit des Verkehrs zwischen Links- und Rechtsrhein zugestanden würde, soweit es mit der „Sicherheit der alliierten Truppen“ vereinbar sei; er versprach hierbei recht „großzügig“ zu sein, was jedoch leider von den nachgeordneten Behörden nicht beachtet wurde. Meinem Wunsch, zur Erledigung dieser Frage beiderseitige Sachverständige des Wirtschaftslebens nach Spa zu beordern, stimmte Marschall Foch zu; in der Frage der Zufuhr von Lebensmitteln könne er jedoch persönlich nichts tun; er werde sich aber mit der zuständigen Regierungsstelle in Verbindung setzen. Ich brachte dann die unwürdige Internierung der Kommission zur Sprache: „Deutsche Bevollmächtigte, von der deutschen Regierung in eine deutsche Stadt entsandt, könnten unmöglich geringere Rechte haben als die deutschen Bewohner dieser Stadt.“ Darauf sagte Foch den vier Bevollmächtigten der Waffenstillstandskommission volle Bewegungsfreiheit zu, nicht aber trotz meiner Vorstellungen dem übrigen Personal. Als mir am Nachmittag ein amerikanischer Leutnant im Auftrag seines Obersten mitteilte, daß die Internierung nicht von den amerikanischen Behörden ausgegangen sei, sondern auf einem strikten Befehl von Marschall Foch beruhe, bat ich ihn, seinem Oberst zu sagen: „Das habe ich von dem freien amerikanischen Volk nicht anders erwartet.“

Die persönlichen Verhandlungen zwischen den Alliierten und den deutschen Bevollmächtigten waren diesmal erheblich entgegenkommender als in Compiègne; sie verliefen auch in einem wärmeren Ton. Im Laufe des Nachmittags war ich in der Lage, eine eingehende Erwiderung auf die Bemängelungen der Alliierten abgeben zu lassen. Am meisten Schwierigkeiten machte der französische Feldeisenbahnchef, der eine tägliche Abgabe von 2000 Wagen forderte, und mit Konventionalstrafen drohte, wenn mehr als fünf Prozent der angebotenen Lokomotiven nicht abgenommen werden könnten. Abends war die Waffenstillstandskommission von dem

Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister eingeladen. In der Nacht erhielt ich die Antwort von Berlin, daß ich ermächtigt sei, die Verlängerung des Waffenstillstandes abzuschließen, daß aber Deutschland keine Schuld treffe, wenn es die Bedingungen des Compiègner Vertrages nicht voll ausgeführt habe; dabei gehe die deutsche Regierung davon aus, daß von der Besetzung der bezeichneten neutralen Zone Abstand genommen werde. Am 13. Dezember ½11 Uhr fand die zweite Sitzung mit Marschall Foch in seinem Salonwagen statt. Foch erklärte, daß der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover Deutschland nur Lebensmittel geben könne, wenn es die in seinen Häfen liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter der Kontrolle der Alliierten zur Verfügung stelle. Auf meine Frage, was das Wort „Kontrolle" heiße, erwiderte der englische Admiral Wymeß, daß die deutschen Schiffe mit den Schiffen der Alliierten gemeinsam verwendet würden und daß in diesem Pool bestimmt würde, wie die Verteilung der Frachten vor sich gehe, da der gesamte Weltschiffsraum bestens ausgenutzt werden müsse. Auf meine Frage, daß ich es als selbstverständlich ansehe, daß das deutsche Eigentum der Schiffe gewahrt bleibe, und daß die Schiffe unter deutscher Besatzung fahren würden, wurde mir dies ausdrücklich bestätigt. Ich erklärte mein prinzipielles Einverständnis, ein entsprechendes Abkommen mit den Alliierten zu schließen, wenn die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln alsbald einsetze; man möge Ort und Zeit über den Zusammentritt der beiderseitigen Sachverständigen und Delegierten sofort bestimmen. Admiral Wymeß meinte, daß in Spa die Verhandlungen nicht geführt werden könnten; die Alliierten hätten für diese Fragen zwei Kommissionen gebildet, eine in Paris, welche die Lebensmittel aufkaufe, und die andere in London, welche mit der Verteilung und dem Transport derselben beauftragt sei; der Ort der Zusammenkunft könne noch nicht bezeichnet werden. Ich drang erneut auf rasche Entscheidungen. Marschall Foch erklärte sich bereit, sofort mit den alliierten Regierungen zu sprechen und meinen Wunsch zu übermitteln; er sei auch bereit, den zweiten von mir geäußerten Wunsch auf schnellste Herbeiführung des Präliminarfriedens den alliierten Regierungen empfehlend weiterzugeben. Wenn ich mich gestern beklagt hätte, daß Deutschland auf fünf Anfragen in dieser Hinsicht keine Antwort bekommen hätte, so liege die Ursache darin, daß

Wilson erst morgen in Paris eintreffe; vorher könne keine Entscheidung getroffen werden. Zu den Einzelheiten des neuen Vertrags übergehend, machte ich den Vorschlag, daß der Waffenstillstand nicht nur um einen Monat verlängert werde, sondern bis zum Abschluß des Präliminarfriedens; Foch erklärte sich im Prinzip einverstanden, er habe aber keine Vollmacht der Entente hierzu. Wir verständigten uns auf der Klausel, daß der Waffenstillstand um einen Monat, unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen aber bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werde. In den weiteren Verhandlungen erklärte ich, die geforderte rasche Abgabe des Verkehrsmaterials sei unerfüllbar, wie ich bereits im Wald von Compiègne gesagt hätte; das Höchstmaß unserer Ablieferung sei täglich 100 Lokomotiven und 2400 Wagen, darüber hinaus gehe es nicht. Foch wollte erst seine Sachverständigen hören und nahm im Prinzip meinen Vorschlag an, worauf ich nochmals erklärte, daß ich Strafbestimmungen wegen nicht rechtzeitiger Ablieferung nicht annehmen könne. Die Frage wurde an die Unterkommission verwiesen, in welcher General von Winterfeldt mit dem sehr gewandten Major von Boetticher die meisten meiner Vorschläge zur Annahme brachte; leider mußte er unter dem Zwang der Lage der Aufnahme einer Strafbestimmung seine Zustimmung geben. Meine Vorstellungen, daß zu einer Besetzung der neutralen Zone nördlich Kölns kein Grund vorliege, fanden bei Marschall Foch kein Gehör; ich mußte die entsprechende Bestimmung annehmen. Es wurde jedoch — wie jetzt schon beigefügt werden kann — von dieser Bestimmung während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes kein Gebrauch gemacht. Ein Protest wegen der Wegnahme des Linienschiffs „Baden" an Stelle des nicht fertigen Panzerkreuzers „Mackensen", was ich als einen Akt der Willkür bezeichnete, fand kein Gehör; Admiral Wymeß erklärte, die englischen Unterhändler in Compiègne hätten am 11. November angenommen, daß „Mackensen" schleppbereit sei, worauf Kapitän Vanselow erwiderte, daß er damals ausdrücklich erklärt habe, daß „Mackensen" erst in zehn Monaten seefähig sei; damals sei kein Ersatz für „Mackensen" gefordert worden. Als Admiral Wymeß erwiderte, daß es sich nur um eine mündliche Erklärung gehandelt habe, und sich noch darauf versteifte, erklärte ich, daß ich bisher der Auffassung gewesen sei, daß auch mündliche Zusagen volle Geltung hätten. Meinem Antrag, die deutsche Hochsee-

fischerei zur Verbesserung unserer Volksernährung freizugeben, begegnete Admiral Wymeß mit dem Hinweis, daß die deutschen Fischdampfer zum Minenräumen nötig seien; wenn sie die Minen nicht räumen wollten, sollten sie auch keine Fische fangen. Wir verständigten uns dann über beide Aufgaben. Das auf Wunsch von Berlin vorgetragene Gesuch, die linksrheinischen Delegierten zur Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin ungehindert ein- und ausreisen zu lassen, wurde von Marschall Foch und Admiral Wymeß rundweg abgelehnt. Die Waffenstillstandsverhandlungen waren soeben zu einem nach Lage der Verhältnisse auch für Deutschland befriedigenden Abschluß gekommen, als die Finanzkommission mit einem Abkommen kam, das als die conditio sine qua non für die Verlängerung des Waffenstillstandes bezeichnet wurde, und das unter anderem das Verbot der Ausfuhr von Gold und fremden Wertpapieren enthielt, sowie die Rückgängigmachung der Liquidationen. Ich stimmte dem Abkommen zu unter der Voraussetzung der Gewährung von Gegenseitigkeit, was von den feindlichen Unterhändlern zugesagt wurde. Als ich abends Bischof Korum meinen Besuch machte, erzählte mir dieser, er habe einem ihn besuchenden höheren französischen Offizier erklärt, daß Marschall Foch Deutschland einen Waffenstillstand auferlegt habe, über dessen einzelne Bestimmungen sich jeder ehrliche Mensch schämen müsse; das sei kein Waffenstillstand mehr, sondern Vergewaltigung; es würde das größte Unglück für die linksrheinischen Gebiete sein, wenn sie unter französische Herrschaft kämen. Er, der Bischof, werde trotz seiner achtzig Jahre in den nächsten Tagen auf die Kanzel steigen, um dem deutschen Volk den Glauben an sich selbst wieder beizubringen. Abends 8 Uhr fuhren wir von Trier ab, um zunächst der Obersten Heeresleitung Bericht zu erstatten, die über den Verlauf der Verhandlungen befriedigt war; dagegen äußerten sich die Herren sehr wenig befriedigt über die Berliner Zustände, namentlich darüber, daß die Verordnung über die Abgabe der Waffen noch nicht veröffentlicht worden sei.

Die zweite Verlängerung des Waffenstillstandes wurde nötig, da die Alliierten unter sich über die Bedingungen für einen Präliminarfrieden nicht einig wurden und andererseits bei diesen Verhandlungen Deutschland neue Lasten auferlegt werden konnten. Am 9. Januar 1919 lud mich Marschall Foch nach Trier ein, und zwar unter denselben Bedingungen wie im Dezember; ich lehnte

das letztere ab und erklärte, nur unter der Voraussetzung vollster Bewegungs- und Verkehrsfreiheit für die Dauer der Verhandlungen dorthin zu kommen, worauf zustimmende Antwort eintraf. Vor meiner Abreise hatte ich im Kabinett, Freitag, den 10. Januar, eine Besprechung mit den Volksbeauftragten. Durch die seit mehreren Tagen stattfindenden Straßenkämpfe war es erschwert, in das Reichskanzlerpalais zu gelangen. In der Voßstraße wurde mir der Zutritt verwehrt, auf Vorweisung meiner Legitimation aber erklärt, daß ich auf eigene Lebensgefahr mich zum Reichskanzlerpalais begeben dürfe. Gefahr lag tatsächlich vor; denn während meines Ganges zur Wilhelmstraße schlugen die Kugeln rechts und links von mir ein, so daß ich den Rückweg durch den Garten nehmen mußte. In den Besprechungen mit den Volksbeauftragten teilte ich die Richtlinien für mein Verhalten in Trier mit; diese fanden Billigung; eine Vollmacht erbat ich nicht. Vor der Abreise wurde mit allen in Betracht kommenden Ressorts der Stand der Ausführung des Waffenstillstandsvertrags durchbesprochen. In der Unterredung mit der Marineverwaltung stellte sich zu meiner großen Überraschung heraus, daß entgegen meinen bestimmten Anweisungen noch nach Abschluß des Waffenstillstandes in Compiègne an der Vollendung von U-Booten gearbeitet wurde, was die Engländer bei ihrer Reise auf den deutschen Werften feststellen konnten. Besondere Schwierigkeiten machte eine Note des französischen Finanzkommissars vom 4. Januar, welche die völlige finanzielle Versklavung Deutschlands beabsichtigte; dieselbe beantwortete ich sofort mit der glatten Ablehnung, da sie weder im Waffenstillstandsvertrag noch im Trierer Finanzabkommen ihre Begründung finden könne. Samstag, den 11. Januar, fuhr ich im Sonderzug ab, konnte aber den Bahnhof nur auf Umwegen erreichen, da um denselben scharf gekämpft wurde; ich hörte im Zug das Knattern der Maschinengewehre und das Aufschlagen der Handgranaten; Verwundete wurden in die Bahnhofshalle getragen. Meine Fahrt ging zunächst nach Süddeutschland, wo ich am 13. Januar eine Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen hatte, um mich über den Stand der Ablieferung des Verkehrsmaterials persönlich zu unterrichten. Die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen erklärten, daß sie „das Letzte und Äußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsverhandlungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Sie sind bereit,

Abgesandten der Entente vollen Einblick in ihre Lage zu gewähren", ein Vorschlag, den ich von Berlin aus Marschall Foch wiederholt hatte vergebens machen lassen. Am 14. Januar war in Kassel Zusammenkunft mit der Obersten Heeresleitung, bei der Übereinstimmung dahin erzielt wurde, daß, wenn die Alliierten fordern sollten, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu bilden, ein solches Abkommen von mir unterzeichnet werden könne. Vertreter des preußischen Eisenbahnministeriums erklärten, daß nunmehr unbedingt eine Pause in der Ablieferung des Verkehrsmaterials eintreten müsse, wenn unser Verkehr aufrechterhalten werden wolle. Bei der Ankunft in Trier wurde diesmal vollkommene Bewegungsfreiheit gegeben. In der Nacht erhielt ich über die Kämpfe aus Berlin eine Mitteilung, wonach die Regierung mit starken Kräften die Entwaffnung und Säuberung Berlins begonnen habe. Am 15. Januar, vormittags 10 Uhr, begannen wiederum auf dem Bahnhof in Trier die Verhandlungen. Von englischer Seite war an Stelle des Admiral Wymeß Admiral Browning erschienen, ein Wechsel, den ich nicht gerade begrüßte (Browning fehlte die linke Hand, die durch einen silbernen Griff ersetzt war). Marschall Foch eröffnete die Sitzung mit der Bemerkung, daß Finanzdelegierte der Entente behufs Verhandlungen über finanzielle Fragen in Trier seien; ich erklärte meine Zustimmung, daß die Sitzungen der Finanzkommission sofort beginnen könnten. Weiter forderte er eine Unterkommission von Sachverständigen über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte zwecks Beschaffung von Lebensmitteln für Deutschland; ich erwiderte, daß die deutschen Sachverständigen hierfür noch nicht anwesend seien; aber es könne ein unverbindlicher Meinungsaustausch eröffnet werden. Wie üblich ließ Marschall Foch eine Reihe von Erinnerungen über Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen zusammenstellen; er mußte zwar zugeben, daß in der Ablieferung des Materials „bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind", forderte aber an Stelle der Strafzusatzlieferung wegen verzögerter Ablieferung von 500 Lokomotiven und 1900 Wagen bis Mai 1920 eine große Menge neuer landwirtschaftlicher Maschinen verschiedener Art (58 000 Stück), ferner die Unterstellung der in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen unter eine interalliierte Kommission, die Besetzung eines neuen, bei Kehl gebildeten kleineren Brückenkopfes, Ablieferung

sämtlicher U-Boote mit Einstellung des Baues von weiteren U-Booten, sofortige Rückerstattung des aus Nordfrankreich und Belgien fortgeführten Materials und die „sofortige Festlegung der Bedingungen für die Gestellung der deutschen Handelsmarine zur Verfügung der alliierten und assoziierten Regierungen zum Zwecke der Mithilfe an der Lebensmittelversorgung Deutschlands und Europas“. Für Annahme oder Ablehnung der Bedingungen gab Foch nur 24 Stunden Zeit; ich bezeichnete die Frist als ungenügend. In Beantwortung der französischen Vorstellungen betonte ich, daß das deutsche Volk den Frieden wolle und zwar raschestens, die Demobilmachung des deutschen Heeres sei nahezu beendigt, die Übergabe des meisten deutschen Kriegsgeräts an die Entente vollzogen; in der Abgabe des Verkehrsmaterials sei das Menschenmöglichste geleistet worden; alle Kriegsgefangenen der Alliierten seien in die Heimat abtransportiert, bis einschließlich 8. Januar habe Deutschland über 24 000 Offiziere und nahezu 1,2 Millionen Mannschaften zurückgegeben. Die Rückgabe der feindlichen Werte sei in einem Maße und Umfang durchgeführt worden, die auch dem härtesten Gegner Achtung erzwingen müsse; ich hätte für die Beschleunigung der Durchführung eine eigene Zentralstelle eingerichtet. Die der Marine auferlegten Waffenstillstandsbedingungen seien nahezu restlos erfüllt. Nur was ich stets als undurchführbar bezeichnet hätte, sei auch eingetreten; alle deutschen Eisenbahnwerkstätten hätten seit Wochen nur für die Alliierten gearbeitet. So habe Deutschland die übernommenen Verpflichtungen loyal erfüllt, aber täglich mehrten sich die Einzelfälle von schweren Klagen über das Verhalten der Alliierten, das in Widerspruch mit den getroffenen Abmachungen stehe; hiezu gehöre besonders die Abschnürung der besetzten Gebiete vom übrigen Deutschland, die widerrechtliche Festsetzung von Inhabern und Direktoren von Industrieunternehmungen, die im legitimen Besitz aus Frankreich und Belgien weggeführter Maschinen seien; die brutale Ausweisung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen stehe mit dem Waffenstillstandsvertrag in Widerspruch. Die Maßnahmen des französischen Finanzkommissars stellten ein Vorgehen dar, wie es bisher nur die Bolschewisten in Rußland geübt hätten, indem hierdurch das deutsche Privateigentum verletzt würde; an das Diktat des französischen Finanzkommissars würde ich mich nicht halten. Die Zufuhr von Lebensmitteln sei trotz aller Zusagen noch immer nicht erfolgt; Hunger

und Verzweiflung würden dem deutschen Volk den Rest von Lebenskraft nehmen. Zwei Forderungen müßten mit besonderem Nachdruck erhoben werden: die sofortige Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und sofortiger Friedensschluß; niemand habe das Recht, den Frieden aufzuhalten. „Der heutigen Gewalt des Siegers stelle ich das ewige Recht des deutschen Volkes auf Leben und Weiterentwicklung gegenüber. Dieses Recht ist heilig und unantastbar. Nicht der wird in der Geschichte als ein Großer weiterleben, der den Frieden hindert, sondern der den dauernden Weltfrieden der Versöhnung und Verständigung der Völker bringt." Marschall Foch wollte eine Reihe der vorgetragenen Beschwerden nicht gelten lassen, gab aber im Verlauf der Unterredung zu, daß das von mir eingereichte Einzelmaterial der Beschwerden ihm nicht vorgelegt worden sei. Eine lebhafte Auseinandersetzung entwickelte sich darüber, wieweit die zugesagte Straffreiheit für Teilnahme an Kriegsmaßnahmen gehe; Marschall Foch wollte darunter nur Spionage verstehen, nicht aber den Ankauf von beschlagnahmtem Material aus den ehemals von Deutschland besetzten Gebieten. Ich konnte dieser Auffassung nicht beitreten, worauf die Frage an die Unterkommission verwiesen wurde, wo sie nach vielen Bemühungen eine beiderseits befriedigende Lösung dahin fand, daß die Verhafteten (mit einer Ausnahme) freigelassen und neue Verhaftungen nicht mehr vorgenommen wurden. Eine scharfe Debatte entspann sich über die brutale Ausweisung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen, als Marschall Foch erklärte, die französische Regierung könne gar nicht in den Kreis der Erörterungen gezogen werden, da es sich um rein militärische Maßnahmen handle; er müsse sich gegenüber sämtlichen geäußerten Wünschen ablehnend verhalten; wenn er daran denke, was die Deutschen in Lille und Nordfrankreich der dortigen Bevölkerung angetan hätten, so müsse er nur bitten, die ganze Frage nicht weiter zu erörtern. Ich erinnerte an den erheblichen Unterschied, ob Maßnahmen während des Krieges getroffen würden oder jetzt während des Waffenstillstandes, worauf Marschall Foch erwiderte, Frankreich lebe mit Deutschland nicht im Frieden; „es gibt nur Krieg oder Frieden, ein Drittes für mich nicht." — „Das Dritte ist eben der Waffenstillstand, der auch uns Rechte gibt", erwiderte ich. Foch erklärte mit aller Bestimmtheit, daß er nicht nur über die Sache nicht mehr weiter mit mir sprechen wolle, sondern auch an den Vorschriften für Elsaß-Lothringen nichts ändern lasse.

Mit dem Ausdruck des tiefen Bedauerns mußte ich diese Ablehnung entgegennehmen, obwohl Unschuldige schwer darunter litten und Frankreich keinen Vorteil hiervon habe. Meinen Vorwurf, daß die französische Regierung durch die Maßnahmen ihres Finanzkommissars den Bolschewismus unterstütze, wollte Marschall Foch nicht gelten lassen und betonte, daß er über Rechtsfragen überhaupt nicht verhandeln wolle. Ich erklärte mich hiermit schnellstens einverstanden. So fiel die ganze Note des französischen Finanzkommissars für jetzt und dauernd unter den Tisch. Da die Rückgabe der in der Türkei und Südrußland befindlichen deutschen Gefangenen immer noch verzögert wurde, wies ich darauf hin, daß hierdurch ein Verbrechen begangen würde, das viel schlimmer sei als das, welches Türken gegen die Armenier begangen hätten; denn die armen Deutschen würden in einen sicheren Tod hineingetrieben. General Weygand sagte, daß er hoffe, mir in wenigen Tagen eine befriedigende Antwort darüber geben zu können; es sei schwer, alle Alliierten immer unter einen Hut zu bringen; die Antwort einer alliierten Macht stehe noch aus. Nachmittags und abends waren Sitzungen der Finanzkommission, welche eine erfreuliche Aussicht auf die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln eröffneten.

Die Frist für neue Verhandlungen mit Marschall Foch war äußerst kurz. Donnerstag vormittag hatte ich noch keine Nachricht aus Berlin, außer der einen, daß die Waffenstillstandsbedingungen, welche ich alsbald nach Empfang dorthin telegraphisch gab, noch immer nicht eingegangen seien. Ich suchte mich nun telephonisch mit der Reichsleitung in Verbindung zu setzen, da mir Marschall Foch sagen ließ, daß er unbedingt im Laufe des Tages abreisen müsse. Die telephonische Verständigung war äußerst schlecht; mit Mühe konnte ich die erste Weisung aufnehmen lassen, wonach ich folgende Erklärung abgeben sollte: „Die deutsche Regierung nimmt von den Forderungen des Marschall Foch Kenntnis, erklärt aber, daß sie praktisch nicht durchführbar sind.“ Ich sollte, wie ich durch eine wiederholte Rückfrage feststellte, diese Erklärung bei der Unterschrift des Vertrages vor meinen Namen setzen; wenn Marschall Foch diesen Zusatz beanstande, solle ich nicht unterschreiben, sondern abbrechen; wenn Marschall Foch aber frage, ob die deutsche Delegation durch diese Art der Unterschrift den Waffenstillstand als verlängert ansehe, so solle ich erwidern, ich hätte nichts hinzuzufügen und müsse nach Berlin abreisen; wenn

Marschall Foch hierauf die Eröffnung der Feindseligkeiten am Freitag früh ankündigte, solle ich abbrechen und abreisen. Jede dieser Eventualitäten mußte ich mühsam aus den Berliner Stellen herauspumpen. Auf meine erneute Anfrage, welche Bedingungen in Berlin als nicht durchführbar bezeichnet würden, sollte ich die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen und besonders die kurzen Lieferfristen bezeichnen; die weitere Rückfrage, ob ich unterzeichnen könne, wenn ich hierin ein Entgegenkommen erreiche, wurde dann bejaht. Alle anderen Bedingungen von Foch wurden ausdrücklich nicht als undurchführbar bezeichnet. Diese telephonische Instruktion mit der stets wechselnden Stellungnahme der Berliner Behörden war kein politisches Meisterstück.

Daraufhin begab ich mich um 11 Uhr zu Marschall Foch auf den Bahnhof, wo ich den Gegnern die soeben eingetroffene Nachricht von der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs unterbreitete; die Mitteilung machte auf die sämtlichen Anwesenden einen tiefen Eindruck. Die Lieferung des landwirtschaftlichen Materials bis zum 1. März 1919 erklärte ich sofort für undurchführbar; sie würde die deutsche Landwirtschaft zerstören und Deutschlands künftige Ernte unmöglich machen. Foch meinte, das sei dieselbe Lage wie in Frankreich, auch dort herrsche Mangel an diesen Maschinen, „aber Frankreich hat keine Maschinen gestohlen". Ich erklärte mich zur Rückgabe der weggeführten Maschinen bereit; aber die neue Forderung verlange Unmögliches und Undurchführbares; in der kurzen Zeit von gestern auf heute hätte man nicht einmal feststellen können, wieviel Maschinen der einzelnen Arten in Deutschland überhaupt vorhanden seien; Termine für die Lieferung könne ich nicht angeben. Foch beharrte darauf und verlangte die Verpflichtung, daß wir 50 Prozent des verlangten Materials sofort liefern sollten, über den Rest lasse sich reden. Ich erklärte auch dies für unmöglich, worauf Foch auf ein Drittel herunterging; ich betonte, auch eine solche Verpflichtung könne ich nicht übernehmen, zumal sie für Frankreich nicht von praktischem Wert sei; denn bis zum 1. März brauche Frankreich weder Grasmähmaschinen, noch Mähmaschinen, noch Bindemaschinen; wir wollten doch praktische Arbeit leisten. Foch schlug dann vor, daß bis zum 1. März 1919 ein Drittel der Gesamtsumme unter dem Vorbehalt des Austausches unter den einzelnen Arten auszuliefern sei; der Schlußtermin der Gesamtlieferung solle der 1. Mai sein, und das auch nur „im Prinzip".

Ich schlug den 1. Juni vor; auf dieser Basis konnte die Verständigung herbeigeführt werden. Um die Abgabe der neuen U-Boote wurde von Marinevertretern mit Zähigkeit lange gekämpft; die Engländer hatten bei Besichtigung der Werften erfahren, daß entgegen meinen Anordnungen noch während des Waffenstillstandes U-Boote weitergebaut wurden; sie forderten nun diese 64 Stück, auch wenn sie nur schleppfähig seien, worauf wir einen Protest gegen so unverhüllte Vergewaltigung abgaben, da nach den Bedingungen von Compiègne diese U-Boote nicht abzugeben seien. Marschall Foch suchte zu vermitteln und trat offensichtlich auf die deutsche Seite; während bis dahin nur englisch und deutsch gesprochen wurde, ersuchte Marschall Foch, deutsch und französisch zu verhandeln. Ich erklärte ihm unseren Standpunkt dahin, daß wir uns verpflichtet hätten, sämtliche „in Dienst gestellte" U-Boote auszuliefern; das hätten wir auch gehalten; wir hätten aber keine Verpflichtung übernommen, halbfertige Boote oder nicht in Dienst gestellte abzugeben. Foch erklärte, daß auch nach seiner Auffassung nur die fertigen U-Boote abgegeben werden müßten; Deutschland habe das Recht, die nicht in Dienst gestellten U-Boote zu zerstören oder abzubauen; auch der englische Admiral Browning mußte nunmehr auf Zureden von Marschall Foch bestätigen, daß wir das Recht hätten, diese Schiffe selbst abzubauen. Ich wies noch darauf hin, daß wir das Material aus den halbfertigen U-Booten herausnehmen und zu Ersatzleistungen für Frankreich und Belgien verwenden könnten. Wir hielten also unseren Protest erfolgreich aufrecht. Meinem erneuten Wunsch, die Verkehrsfreiheit zwischen Linksrhein und Rechtsrhein zu erlangen, stellte Marschall Foch bezüglich des Waren- und Güterverkehrs sich entgegenkommend; den Personenverkehr könne er nicht zulassen, da vor einiger Zeit Bolschewisten von Düsseldorf aus versucht hätten, in das besetzte Gebiet einzudringen: „Wir wollen vom Bolschewismus nicht angesteckt werden." Für die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erklärte sich Foch nicht zuständig, er werde aber meinen Antrag erneut den alliierten Regierungen unterbreiten.

Wir waren nunmehr über sämtliche Punkte einig, mit Ausnahme der Forderung der Alliierten, die deutschen Handelsschiffe für den Lebensmitteltransport zur Verfügung zu stellen. Die Sachverständigen hierfür sowie die für das Ernährungswesen

kamen infolge unerwarteter Verspätung von Köln erst abends ½5 Uhr an. Die Verhandlungen wurden alsbald aufgenommen. Franzosen und Amerikaner drängten auf ein sofortiges Abkommen betreffend die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte. Man einigte sich dahin, daß in der kurzen Frist ein endgültiges Einzelabkommen nicht fertigzustellen sei, wohl aber ein grundsätzliches Abkommen. Marschall Foch verlangte seinerseits von mir unter Gewährung einer Frist von zwei Stunden das definitive Abkommen über die Schiffahrtsfragen. Ich erklärte das für ganz ausgeschlossen: die Sache könne heute nicht mehr geregelt werden, worauf mir Marschall Foch erwiderte, daß dann der Waffenstillstand nicht verlängert würde, und mich fragte, was ich selbst vorschlage. Ich erklärte mich bereit zu einem generellen Abkommen, welches die deutsche Handelsflotte während des Waffenstillstandes für die Versorgung Deutschlands und Europas mit Lebensmitteln zur Verfügung stelle; die einzelnen Bedingungen müßten in einem Sonderabkommen geregelt werden. Foch fragte mich dann, ob ich im Bilde sei über die Regelung der Versorgung mit Lebensmitteln, und teilte mir mit, daß eine Neuregelung inzwischen eingetreten sei; in London sei eine einheitliche Zentrale geschaffen worden, welche die Versorgung der Alliierten, der Neutralen und Deutschlands zu regeln habe; dieser Kommission müßten alle Handelsschiffe der Welt zur Verfügung gestellt werden; die Alliierten hätten es bereits getan, die Neutralen auch; in diesen Pool müßte auch die deutsche Handelsflotte hineingegeben werden; denn bei dem Mangel an Schiffsraum sei die höchste Ausnützung aller Schiffe absolut geboten. Der Pool müsse über die Schiffe verfügen können, da auch für solche Länder zu sorgen sei (Österreich, Serbien, Schweiz), welche keine eigenen Schiffe hätten; die Lieferung der Lebensmittel hätten die Vereinigten Staaten übernommen. Ich erklärte, daß ich die höchste Ausnutzung der Welttonnage verständlich fände; mein Vorschlag gehe auch in derselben Richtung, nur auf einem müßte ich beharren, es sei Deutschlands Eigentum, welches in diesen Pool komme, darum müßte Deutschland gleichberechtigt sein. Damit erklärte sich Foch einverstanden, wollte aber schon alle Einzelheiten des Abkommens geregelt wissen. Ich erklärte dies erneut für ganz und gar unmöglich und betonte nochmals, daß ich im Interesse der notwendigen Lebensmittelversorgung Deutschlands zu einem generellen Abkommen bereit sei. Foch unterbrach die Sitzung

auf eine halbe Stunde, um meinen Vorschlag zu prüfen; er ließ mir nach 20 Minuten sagen, daß das Einzelabkommen doch noch heute unterzeichnet werden könne; denn die alliierten Sachverständigen seien unter sich in allen Fragen einig. Nach anderthalbstündiger Beratung kehrte Marschall Foch mit seinen Sachverständigen zurück und erklärte sich unter dem Vorbehalt einiger Änderungen mit meinem Vorschlag einverstanden. Hiernach mußte für die Dauer des Waffenstillstandes die deutsche Handelsflotte der Kontrolle und Flagge der alliierten Mächte unterstellt werden, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europa sicherzustellen; ein deutscher Delegierter wurde in den Pool aufgenommen; die endgültige Verfügung über die Schiffe blieb vorbehalten; die deutsche Bemannung konnte gewechselt werden, eine Vorschrift, die zur Abwehr gegen den Bolschewismus aufgenommen wurde; für die Verwendung der Schiffe wurde angemessene Vergütung zugesagt, die Einzelheiten sollten in einem Sonderabkommen geregelt werden. Meine Bitte auf rasche Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen erklärte Marschall Foch den verbündeten Regierungen übermitteln zu wollen und bei ihnen zu befürworten, auch Erleichterungen im Verkehr und Warenaustausch zwischen dem besetzten und nicht besetzten Gebiet alsbald eintreten zu lassen; er kenne hierbei nur eine Grenze: die Sicherheit seiner Truppen.

Wegen der von mir schweren Herzens zugestandenen Verfügung über die deutsche Handelsflotte wurde aus den Reihen der Reeder ein unerhört scharfer Kampf gegen mich eröffnet, obwohl feststand, daß ohne dieses Abkommen der Waffenstillstand überhaupt nicht verlängert worden wäre, und daß Deutschland die so notwendigen Lebensmittel nicht erhalten hätte, wodurch es unmöglich gewesen wäre, die deutsche Bevölkerung bis zur neuen Ernte überhaupt zu ernähren. Man hat mir dabei vorgeworfen, daß ein besseres Resultat für Deutschland erzielt worden wäre, wenn man sich außerhalb des Waffenstillstandsvertrags über diese Frage verständigt hätte, verschwieg aber, daß Marschall Foch mit aller Entschiedenheit dies abgelehnt hatte, während ich selbst diese Lösung anstrebte. Was die Sachverständigen der Alliierten später im Einzelabkommen mit den deutschen Sachverständigen festsetzten, war das Höchstmaß dessen, was die Alliierten überhaupt zugestehen wollten; darüber konnte nach dem Verlauf der Verhandlungen ein Zweifel nicht bestehen.

Nach Berlin zurückgekehrt, fand ich dort die größte Bestürzung wegen der Forderung der landwirtschaftlichen Maschinen. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, sprach sich besonders scharf gegen den Abschluß des Waffenstillstandsvertrages aus, und zwar lediglich wegen dieser neuen Bestimmung. Sämtliche Staatssekretäre erklärten mir aus demselben Grunde in der Vormittagssitzung, daß es ganz unmöglich sei, den Vertrag zu halten; er hätte nicht unterzeichnet werden dürfen. Auf meine Gegenfrage, ob man sich denn erkundigt hätte, wie viele landwirtschaftliche Maschinen tatsächlich zu liefern möglich sei, entstand allgemeines Schweigen. Auf den Nachmittag hatte ich bereits Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und der deutschen Maschinenindustrie zu mir gebeten und erfuhr dort ohne Widerspruch von anderer Seite, daß die deutsche Industrie in der Lage sei, in kurzer Frist die geforderten Maschinen zu liefern, selbstverständlich nicht die hohe Zahl von Dampfpflügen; aber da eine Austauschmöglichkeit zugesagt sei, entstünden für Deutschland keine besonderen Schwierigkeiten. Dabei wurde von Anfang an davon ausgegangen, daß aus der deutschen Landwirtschaft selbst auch nicht eine einzige Maschine herausgezogen und daß zur Lieferung nur solche Firmen zugelassen werden sollten, die bisher schon für das Ausland geliefert hätten, und daß von dem Anerbieten der Firmen noch 50 Prozent für den heimischen Bedarf abgestrichen werden dürften. Nunmehr schwanden die Bedenken. Wenn die Lieferung dann tatsächlich sich langsam vollzogen hat, so geschah es, weil die alliierten Abnahmekommissionen sich äußerst kleinlich verhielten und Frankreich die Zusage der Lieferung von Rohmaterialien, z. B. aus den Lothringer Hüttenwerken, nicht einhielt.

Die dritte Verlängerung des Waffenstillstandes begann in Trier am 14. Februar 1919 durch Vorbesprechungen mit den einzelnen Unterkommissionen. Die Schiffahrts-, Finanz- und Ernährungskommissionen, welche die gesamte Frage der Lieferung von Lebensmitteln aus dem Auslande zu erledigen hatte, erhielten von mir die Anweisung, dahin zu wirken, daß alle drei Verträge gleichzeitig zu unterzeichnen seien und daß die ganze Arbeit der drei Kommissionen als eine einheitliche betrachtet werden müsse; jedenfalls könne die Ausfahrt der deutschen Handelsflotte erst stattfinden, wenn durch das Finanzabkommen die Lieferung der Lebensmittel absolut gesichert sei. Während

die amerikanische Heeresverwaltung nach den mir zugegangenen Nachrichten hatte durchblicken lassen, daß sie bereit sei, deutsche Personendampfer für die Heimbeförderung ihrer Soldaten zu benutzen, wurde mir jetzt durch Mittelspersonen eröffnet, daß ein solcher Plan nicht durchführbar sei; auch die andere Mitteilung, daß bei den künftigen Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes Amerikaner sich beteiligen würden, stellte sich als unzutreffend heraus.

Die erste Besprechung im bekannten Salonwagen auf dem Bahnhof um 3 Uhr nachmittags eröffnete Marschall Foch mit dem Satze, daß die alliierten Regierungen es abgelehnt hätten, den Waffenstillstand ohne weiteres bis zum Abschluß des Präliminarfriedens zu verlängern; darum seien neue Verhandlungen erforderlich. Diese wurden eingeleitet mit einer Reihe von Beschwerden der Alliierten über mangelhafte Erfüllung der bisher abgeschlossenen Verträge; die Beanstandungen bezogen sich fast durchweg auf die nicht rechtzeitige Abgabe des Verkehrsmaterials und der landwirtschaftlichen Maschinen. Die neuen Forderungen der Entente gingen auf Erfüllung der bisher eingegangenen Verpflichtungen, die Einstellung der Offensivbewegung der Deutschen gegen die Polen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien und die Räumung der Provinz Posen, eines großen Teils Mittelschlesiens und ganz Oberschlesiens von deutschen Truppen. Der verlängerte Waffenstillstand sollte nur „für eine kurze unbefristete Zeitdauer" gewährt werden, mit einer Kündigungsfrist von drei Tagen. Die Forderungen über die Räumung Posens und Oberschlesiens waren von so ungeheurer Tragweite, daß ich es ablehnte, ohne die Zustimmung der erstmals tagenden Nationalversammlung darüber zu verhandeln. Überraschend kam mir diese Forderung nicht; noch vor meiner Abreise hatte ich mehrere preußische Minister gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß eine friedliche Verständigung mit den Polen herbeigeführt würde. Ich erhielt darauf die Antwort: „Mit Meuterern verhandelt Preußen nicht", worauf ich sagte, daß es doch aber viel unangenehmer sei, wenn wir vom Gegner unter Zwang gestellt würden und dann mehr geben müßten als bei einer direkten Verständigung mit den Polen. Meine Befürchtung war nur zu sehr begründet. Marschall Foch wollte bereits am 16. Februar nachmittags endgültige Antwort haben und lehnte jede Fristverlängerung ab, obwohl ich gebeten hatte, die Verhandlungen früher beginnen zu

wollen. Indem ich mir vorbehielt, auf die einzelnen Beanstandungen zurückzukommen, brachte ich zunächst die deutschen Beschwerden dahin vor: der Waffenstillstand werde eine neue Quelle des Mißtrauens und des Völkerhasses, ja der Verzweiflung; Deutschland habe ihn mit ungeheuren Opfern erkauft; nahezu 5 Milliarden Mark seien an Werten bereits abgeliefert worden. Die Demobilmachung sei in Deutschland durchgeführt; nur 200 000 Mann stünden noch unter Waffen. Die Rückgabe der weggeführten feindlichen Wertpapiere sei im Wert von rund 800 Millionen Mark nahezu beendet. Auch die anderen Bedingungen des Vertrages habe Deutschland durch schwere Opfer zu erfüllen versucht. „In der ganzen Weltgeschichte wird es aber als höchste Brutalität dastehen, daß unsere Gefangenen immer noch in den Händen der Alliierten schmachten." Die Absperrung der besetzten Gebiete werde trotz aller früheren Zusagen fortgesetzt, Industrielle und Liquidatoren würden weiter verhaftet. Das deutsche Volk könne nicht von den Zusagen der Alliierten leben; die Belieferung mit Lebensmitteln werde immer mehr hinausgeschoben. An Marschall Foch richtete ich einen persönlichen Appell, in dem ich darauf hinwies, daß Bismarck im Jahre 1871 auf die Bitte von Jules Favre dem ausgehungerten Paris aus den deutschen Beständen alle verfügbaren Lebensmittel geliefert, was Favre dankbar anerkannt habe: „Wenn uns die Preußen kein Mehl gegeben hätten, wären wir Hungers gestorben." Es komme allmählich Verzweiflung über das deutsche Volk. „Verzweiflung ist die Mutter des Bolschewismus. Er ist eine leibliche und geistige Hungerkrankheit. Das beste Heilmittel ist Brot und Recht." Der wiederholt erbetene Friede werde noch immer nicht gewährt. Marschall Foch erwiderte mir, daß die schwerkranken und verwundeten Kriegsgefangenen in kurzer Frist zurückbefördert werden sollten, und daß niemand mehr künftig wegen des Besitzes von fremden Maschinen verhaftet werden sollte. Ein weiteres Entgegenkommen in der Gefangenenrückgabe lehnte Foch mit dem Hinweise ab, daß nicht er über die Frage entscheide, sondern die Alliierten.

Wegen der Festsetzung der polnischen Demarkationslinie wurde eine Unterkommission festgesetzt, welcher es erfreulicherweise gelungen ist, die zuerst geforderte Räumung von Teilen Mittel- und Oberschlesiens zu verhindern.

Admiral Browning fragte, ob es richtig sei, daß die deutsche Handelsflotte nicht auslaufe. Ich erklärte, daß ich einen ganz

klaren Standpunkt einnehme: das Schiffahrts-, Ernährungs- und Finanzabkommen sei für mich ein einheitliches Ganzes; nur wenn alle drei Abkommen geschlossen seien, könnten die Schiffe auslaufen, vorher nicht; denn es könnte der Fall eintreten, daß man über das Finanzabkommen keine Einigung erziele, dann erhalte Deutschland keine Lebensmittel, habe aber seine Schiffe schon zur Verfügung gestellt. Es seien uns nicht einmal die Pool- und Charterbedingungen mitgeteilt worden. Ich behielt mir am Schluß der Besprechung alles weitere vor und überreichte dann im Laufe des Tages die Antwort auf die Beschwerden der Alliierten in einer Reihe von Denkschriften. Am darauffolgenden Samstag ließ mir Foch sagen, daß er die Antwort der deutschen Regierung bis Sonntag mittag 12 Uhr unbedingt haben müsse. Von Berlin und Weimar, wo die Regierung mit der Nationalversammlung weilte, erhielt ich keine Antwort, weil meine alsbald abgesandten Depeschen nicht rechtzeitig dort eingegangen waren. Als ich Sonntag vormittag den Gottesdienst im Dom besuchte, begegnete mir unter dem Kirchenportal Marschall Foch mit seinem Stabe.

In den darauf stattfindenden Besprechungen mit den Sachverständigen und Kommissaren traten Bedenken auf, ob durch die Worte, daß die Waffenstillstandskommission „nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten" zu arbeiten habe, nicht eine neue schwere Last auf Deutschland gelegt werden solle und sie nicht eine Art Diktatur für Deutschland bedeuteten, so daß Foch allein über die Auslegung des Vertrages zu entscheiden hätte; falls dies beabsichtigt sei, möchte ich unter keinen Umständen abschließen. Ich erklärte, daß ich bestimmt mit der Möglichkeit einer Verständigung rechne. Nachmittags erhielt ich eine telephonische Mitteilung aus Weimar, wonach die Reichsregierung beschlossen habe, mich zu ermächtigen, das neue Abkommen zu unterzeichnen. Es wurde mir weiter mitgeteilt, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, sein Amt niedergelegt habe. Nach meiner Rückkehr nach Weimar erfuhr ich, daß die Veranlassung hierzu in der neuen Forderung über die Räumung der polnischen Gebiete gelegen habe, gegen die Graf Brockdorff-Rantzau sich am Tag vorher dem Sinne nach in der Nationalversammlung ausgesprochen hatte; als er meine Depesche aus Trier erhielt, habe er mitten in der Nacht den Reichspräsidenten und Reichskanzler geweckt und ihnen sehr aufgeregt erklärt, daß der Waffenstill-

standsvertrag mit dieser Bestimmung nicht verlängert werden dürfe.

Die anderen Minister und die Vertreter der Mehrheitsparteien aber hatten sich nach längeren Besprechungen für die Unterzeichnung entschieden. Graf von Brockdorff-Rantzau blieb dann doch im Amte.

Unmittelbar vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Marschall Foch kamen die Direktoren der beiden großen deutschen Reedereien zu mir mit der Mitteilung, der amerikanische Oberst Conger habe sie heute wissen lassen, daß er es nicht verstehen könnte, wenn Deutschland das neue Abkommen nicht unterzeichnen würde; denn die Amerikaner und Engländer hätten erreicht, daß durch diesen Vertrag Deutschland keine neuen Lasten auferlegt würden. Um 5 Uhr fanden die Schlußverhandlungen mit Foch wie üblich auf dem Bahnhof statt. Alsbald wurde festgestellt, daß der lebhaft beanstandete Satz keine Änderung in den Verhältnissen der Waffenstillstandskommission bedeute und daß die Auslegung der Verträge und die Verteilung der Rechte wie bisher bestehen bleibe. Auf meine Frage, warum der Waffenstillstand nicht auf eine bestimmte Frist, etwa um einen Monat verlängert sei, und auf meinen Hinweis, daß es hoffentlich nun bald zu Verhandlungen über den Vorfrieden kommen werde, erwiderte Foch, daß er darüber nichts Bestimmtes sagen könne; es sei dies denkbar, er vermute es. Ich erwiderte, daß ich es aber als selbstverständlich ansehen müßte, daß, wenn es infolge von Mißverständnissen und Unzuträglichkeiten je zu einer Kündigung des Waffenstillstandsabkommens kommen würde, ich eine zeitige persönliche Benachrichtigung erhalte. Marschall Foch sagte mir dies zu, wenn er auch an der amtlichen Frist von drei Tagen nichts ändern könne. Meine einzelnen Wünsche und Vorschläge für die Durchführung des Waffenstillstandsvertrags nahm Marschall Foch behufs Herbeiführung der Beschlußfassung durch die Alliierten entgegen, lehnte es aber ab, diese Vorschläge direkt in das Abkommen aufzunehmen. Die Versuche, in der polnischen Demarkationslinie die deutschen Städte Birnbaum und Bentschen außerhalb der Linie zu lassen, gelangen für Bentschen; das übrige wurde einer Kommission unterbreitet. Unter Überreichung eines Protestes der deutschen Regierung wegen der aufgezwungenen Bedingungen über Posen schritten wir zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags, wobei noch ausdrücklich als beiderseitiger

Wille festgestellt wurde, daß die deutschen Schiffe erst auszulaufen hätten, wenn auch die Abmachungen über die Lieferung der Lebensmittel und deren Bezahlung getätigt seien. Marschall Foch sagte den schnellsten Zusammentritt der hierfür notwendigen Kommission zu. Die bei meiner Rückkehr nach Weimar am meisten gefürchtete kurze Kündigungsfrist von drei Tagen wurde nicht praktisch, vielmehr war dies die letzte Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages, der bis zum Abschluß des Friedensvertrags und zur Ratifizierung des Friedens ohne Unterbrechung und neue Lasten lief.

Die Verhandlungen der von mir nach Posen entsandten Kommission behufs Ausführung des Abkommens über die Räumung der Gebiete führten infolge des Verhaltens der Polen und Alliierten zu keinem Resultat, so daß ich die Kommission zurückberief, ohne daß die befürchteten Weiterungen hieraus entstanden sind.

Ende März 1919 ging mir über Spa die Forderung der Alliierten zu, daß auf Grund des ersten Waffenstillstandsvertrages, in welchem die Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel ausbedungen hatten, die polnische Armee des Generals Haller in Danzig landen würde; die Weigerung, dieser Forderung zu entsprechen, wurde als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen bezeichnet. In meiner Antwortnote erwiderte ich, daß nur alliierte Truppen über Danzig freien Durchzug hätten, nicht aber polnische; der Durchzug der polnischen Truppen durch Danzig würde die Ordnung in Westpreußen auf das Schwerste gefährden. Ich erklärte aber, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern, und erbat nähere Mitteilungen über die Zusammensetzung der Armee Haller und Garantien dafür, daß nicht Vorgänge sich wiederholten, wie bei der Durchreise des Ministerpräsidenten Paderewski, der die Gastfreundschaft schwer verletzte und hierdurch das Zeichen zum Aufruhr in Posen gab. Zuvor hatte ich abgelehnt, in Posen über die Angelegenheit der Landung dieser Truppen überhaupt verhandeln zu lassen, trotzdem mir der dort weilende französische Botschafter Noulens ein kurz befristetes Ultimatum zugehen ließ. Am 28. März ließ mir Marschall Foch mitteilen, daß der Bitte, zur Lösung der Frage einen Bevollmächtigten nach Spa zu entsenden, wo er selbst auch einträfe, entsprochen würde. Ich wurde vom Kabinett als deutscher Bevollmächtigter bestimmt. Foch ließ mir mitteilen, daß er selbst am 3. April in Spa sein werde, wo er alle Auskünfte und

verlangten Garantien geben werde. Am 2. April vormittags traf ich in Spa ein, wo ich in meinem Zug Quartier behielt. Tags darauf fuhr in der Frühe Marschall Foch ein, dem ich den Wunsch unterbreitete, ihn unter vier Augen zu sprechen. Foch entsprach sofort dem Wunsche. Ich schilderte unter anderem Marschall Foch eingehend die Gesamtsituation in Deutschland und nahm Bezug auf mein Monate hindurch zutage getretenes Bestreben, die eingegangenen Waffenstillstandsbestimmungen zu erfüllen, konnte aber beifügen, daß es ganz unmöglich sei, den Durchzug der polnischen Truppen durch Danzig zu gestatten. Marschall Foch suchte meine Befürchtungen wegen Danzig zu beseitigen mit dem Bemerken, daß eine Entscheidung über das künftige Schicksal Danzigs bei den Alliierten noch nicht gefallen sei. Ich erwiderte ihm, daß gerade der Durchzug die Entscheidung vorweg nehme, und schlug Marschall Foch vor, die Truppen auf dem Landweg aus dem besetzten Gebiet durch Mitteldeutschland nach Posen zu bringen. Auf der Eisenbahnkarte hatte ich mir die hierfür in Betracht kommenden Bahnstrecken bereits einzeichnen lassen. Marschall Foch versprach mir, diesen Vorschlag eingehend zu prüfen. Als ich seinen Salonwagen verließ, waren wir bereits vollkommen darüber einig, daß der Landweg gewählt werden sollte. Die Hauptschwierigkeiten ergaben sich über die Formulierung des einleitenden Satzes des Protokolls. Marschall Foch bestand unter allen Umständen darauf, das Recht der Alliierten auf den Durchzug über Danzig festzulegen; ich versuchte diesen Satz aus dem Protokoll zu streichen; Marschall Foch blieb hierin unerbittlich. In den Unterkommissionen wurde sehr schnell eine Einigung über alle wichtigen Punkte herbeigeführt und namentlich die von mir geforderten Garantien über die Dauer der Transporte, die Kosten, die Sicherheit und Ruhe während des Durchtransports zugestanden. Das Kabinett zu Berlin wollte das Recht der Alliierten auf den Rücktransport über Danzig gestrichen wissen. Ich schlug schließlich vor, das Abkommen zu unterzeichnen, da in der Sache selbst mein Vorschlag angenommen worden sei, aber gleichzeitig Verwahrung einzulegen, daß wir den Standpunkt der Alliierten nicht annehmen könnten. Marschall Foch akzeptierte diesen Ausweg. In den Besprechungen, die in der Villa Neufbois, dem früheren ständigen Quartier des Deutschen Kaisers stattfanden, erreichte ich noch, daß für den Nachschub der Weg über Stettin gewählt werde und nicht über Danzig, so daß im ganzen Zusatzabkommen außer in dem ein-

leitenden Rechtssatz das Wort Danzig überhaupt nicht aufgenommen war. Die Beratung über das Abkommen fand in demselben Zimmer statt, in welchem der Kaiser seine Abdankungsurkunde unterschrieben hatte. Die Stadtverwaltung von Danzig hat mir für die Abwehr der drohenden Gefahr den wärmsten Dank übermitteln lassen; der auf meinen Wunsch in Spa mitanwesende Oberbürgermeister von Danzig hat wesentliche Dienste beim Abschluß des Vertrages geleistet.

Dies war mein letztes Zusammentreffen mit Marschall Foch. Die Arbeit in der Waffenstillstandskommission, die ich bis zu meiner Ernennung zum Reichsfinanzminister leitete, war ungemein vielseitig, aber undankbar. Durch rasches Zugreifen und angestrengteste Tätigkeit behufs Ausführung der übernommenen Verpflichtungen konnte ich doch erreichen, daß weitere Lasten dem deutschen Volk nicht auferlegt worden sind. Treue Hilfe fand ich bei fast allen Mitarbeitern, besonders bei den Bevollmächtigten, von denen General von Winterfeldt Anfang Februar 1919, als Protest gegen die fortgesetzten Vergewaltigungen der Entente, um seine Entlassung bat, die ich dem ums Vaterland verdienten General nur ungern erteilte.

25. Kapitel

Der Kampf um den Friedensschluß

Bereits aus dem Walde von Compiègne hatte ich am 10. November 1918 der deutschen Regierung funken lassen, daß sie sich alsbald an Präsident Wilson wenden möge mit dem Ersuchen um Herbeiführung eines Präliminarfriedens. Im Zeitraum von einem Monat sind nicht weniger als fünf amtliche Ersuchen teils direkt, teils indirekt an den Präsidenten und die Alliierten ergangen. Eine Antwort traf nicht ein, nur eine einmalige kurze Mitteilung, daß die deutsche Regierung sich direkt an die Gesamtheit der alliierten Regierungen wenden solle. Auch dies geschah ergebnislos. Im Februar 1919 bestand einige Hoffnung, bald zu Verhandlungen über den Vorfrieden zu kommen. Amerikanische Vertrauensmänner informierten mich darüber und teilten gleichzeitig mit, daß dieser Vorfriede geradezu entsetzliche Bedingungen für Deutschland enthalte; es sei zwar Präsident Wilson gelungen, die schlimmsten

Vorschläge der Entente abzulehnen, aber dadurch, daß er alsbald nach seiner Ankunft in Paris auf die öffentliche Behandlung der Friedensfrage verzichtet habe, sei ihm eine Hauptstütze für die Durchsetzung seiner Forderungen genommen worden; dazu komme ein Zweites: als Wilson seine verschiedenen Erklärungen im Jahre 1918 abgegeben habe, sei Deutschland noch ein Machtfaktor gewesen, mit dem jedermann in der Welt habe rechnen müssen; durch die militärische Niederlage Deutschlands, durch die völlige Auflösung des Vierbundes und die infolge des Umsturzes erhöhte Schwächung Deutschlands sei Wilson eine wertvolle Stütze zerbrochen worden; der Vorfriede werde ungemein hart für Deutschland werden. Ein Mitglied des amerikanischen Hauptquartiers ließ mir sagen, daß dieser das deutsche Volk in „ewige Sklavendienste" führen werde. Man scheint in den Reihen der Alliierten im Monat Februar dahin übereingekommen zu sein, mit Deutschland einen Vorfrieden zu schließen; denn ich erhielt vom Oberkommando der Alliierten die Mitteilung, bei den Verhandlungen über die letzte Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier mich auf einen längeren Aufenthalt einzurichten. Man ist dann aber wieder anderer Auffassung geworden; es wurde eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf unbestimmte Zeitdauer mit dreitägiger Kündigungsfrist vorgeschlagen und vereinbart.

Die Vorarbeiten für den Friedensschluß wurden dem früheren deutschen Botschafter in Washington Graf Bernstorff und mir übertragen; wir arbeiteten in steter Harmonie zusammen, indem zunächst an die mühevolle Arbeit gegangen wurde, die verschiedenen Ressorts, deren Vertreter sich teilweise noch in unverantwortlichen Illusionen bewegten, unter einen Hut zu bringen; dann wurde an die Auswahl der Sachverständigen für die verschiedenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen gegangen. Dem Versuch einzelner deutscher Länder, durch einen gesonderten Delegierten bei den Friedensverhandlungen vertreten zu sein, habe ich mit Erfolg Widerstand entgegengesetzt; ich habe auch ein bayerisches Privileg nicht anerkannt. Die Auswahl der Friedensdelegation durch die Reichsregierung bereitete viel Kopfzerbrechen; ich selbst lehnte von Anfang an ab, derselben anzugehören, einmal angesichts der traurigen Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Undank, die ich anläßlich des Abschlusses des Waffenstillstandes erfahren hatte, sodann von der Erwägung ausgehend, daß die Hauptentscheidung über Annahme

oder Ablehnung des Friedensvertrages nicht bei der Friedensdelegation liege, sondern bei der Regierung in Berlin. Dagegen drängte ich von Anfang 1919 ab immer wieder darauf, daß Deutschland die neutrale und feindliche Welt mehr für die Ideen eines Rechtsfriedens gewinnen solle; es müsse insbesondere ein deutscher Entwurf über den Völkerbund ausgearbeitet und die internationale Öffentlichkeit hierfür interessiert werden. Leider haben die zuständigen Stellen diesem Wunsche nur langsam und zu spät entsprochen, indem sie davon ausgingen, daß bei den Friedensverhandlungen in Paris noch reichlich Gelegenheit sei, alle diese Dinge zu erörtern. Ich habe umgekehrt immer den Standpunkt vertreten, daß, wenn die Alliierten in Paris erst in mühsamer Arbeit sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt hätten, es im höchsten Grad unwahrscheinlich sei, deutschen Vorstellungen überhaupt noch Aussicht auf weitergehende Berücksichtigung zu verschaffen. Die Entwicklung hat mir recht gegeben.

Als nach dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in der ersten Hälfte Februar 1919 an die Bildung einer neuen Regierung gegangen wurde, war für mich einer der Hauptgründe, weshalb diese Regierung eine möglichst breite Grundlage in der Nationalversammlung finden müsse und weshalb darum auch das Zentrum sich an der Regierung zu beteiligen habe, der Gesichtspunkt: nur eine auf einer solchen starken Mehrheit aufgebaute Regierung hat die notwendige Autorität, namens des deutschen Volkes zu sprechen und zu verhandeln; eine solche Regierung bietet auch den Gegnern die Gewähr dafür, daß das, was sie freiwillig unterzeichnet, vom deutschen Volk gehalten wird. In dieser Auffassung wurde ich unterstützt durch eine mir von englischer Seite gewordene Mitteilung, gerade die englische Regierung lege Wert darauf, auch das Zentrum an der Bildung der Regierung beteiligt zu sehen. Nach langen Auseinandersetzungen beschloß die Zentrumsfraktion mit allen gegen etwa fünf Stimmen, an der Koalitionsregierung mit Demokraten und Sozialdemokraten teilzunehmen. Die Regierung stellte sich als Hauptaufgabe, einen baldigen, dauerhaften Frieden herbeizuführen. Die verschiedenen Mitteilungen, daß die Friedensvorschläge bald überreicht würden, haben sich immer und immer wieder als verfrüht herausgestellt. Es war ein monatelanges Hangen und Bangen.

Als die Friedensdelegation endlich nach Ostern nach Versailles abreisen konnte, waren im Kabinett die Richtlinien für deren

Verhalten genau festgelegt. Nachdem die feindlichen Friedensbedingungen in Berlin bekannt wurden, wirkten sie im ersten Augenblick geradezu lähmend; dann aber ertönte ein Schrei der Empörung über die Verletzung der feierlichen Zusagen, einen Rechtsfrieden auf den Wilsonschen Grundsätzen zu gewähren. Das Kabinett hielt eingehende Beratungen über die Behandlung der Friedensvorschläge vor der am 12. Mai eigens nach Berlin einberufenen Sitzung der Nationalversammlung. Es wurde bald Einmütigkeit darüber erzielt, daß Ministerpräsident Scheidemann den Friedensvorschlag als „unerträglich und undurchführbar" zu bezeichnen habe; das Wort „unannehmbar" sollte jedoch nicht ausgesprochen werden. Die demokratischen Mitglieder des Kabinetts forderten aber am Vormittag des 12. Mai, gestützt auf einen Beschluß ihrer Fraktion, daß die Regierung auch das Wort „unannehmbar" an diesem Tage auszusprechen habe. Ich erklärte mich, unterstützt von zwei sozialdemokratischen Ministern, gegen das Wort „unannehmbar" mit dem Bemerken: Ministerpräsident Scheidemann werde heute, wenn er das Wort „unannehmbar" ausspreche, einen gewaltigen Tageserfolg haben; die Regierung aber habe daran zu denken, was in drei bis vier Wochen erfolge; darum sei es unmöglich, heute „unannehmbar" zu sagen. Die Worte „unerträglich" und „undurchführbar" seien stark genug; wenn sie — unterstützt von einer großen Volksbewegung — auf den Gegner keinen Eindruck machten, so würde auch das Wort „unannehmbar" an den Bedingungen nichts ändern. Die demokratischen Kabinettsmitglieder beharrten auf ihrer Forderung und ließen durchblicken, daß für den Fall der Ablehnung eine Regierungskrisis unvermeidlich sei. Diese mußte aber im jetzigen Augenblick unter allen Umständen vermieden werden; denn ein Kabinettswechsel in jenen Tagen hätte unabsehbare Folgen gezeitigt. Wären die Anhänger des „unannehmbar" ausgeschieden, so würde ein Kabinettswechsel allen deutschen Gegenvorschlägen die innere Kraft genommen haben; die Anhänger des „unannehmbar" wollten aber auch die Verantwortung nicht allein übernehmen. So kam es im Kabinett zu dem Antrag, daß das „unannehmbar" für den jetzt vorgeschlagenen Friedensentwurf gelte, und daß man das Resultat der Verhandlungen in Versailles vor der endgültigen Stellungnahme abzuwarten habe. Auf dieser Grundlage wurde eine allgemeine Verständigung im Kabinett herbeigeführt. Ministerpräsident Scheidemann erntete für das „un-

annehmbar" den von mir vorausgesagten gewaltigen Beifall. In den Fraktionssitzungen des Zentrums gab ich den Parlamentskollegen den dringenden Rat, bei der nun einsetzenden Aufklärung des Volks sich nicht auf das „Unannehmbar" festzulegen, da man vor der endgültigen Stellungnahme das Resultat der Verhandlungen abwarten müsse. Mit deutschen Pressevertretern (zwei ausgenommen, welche absolutes Schweigen beobachteten) oder solchen des Auslandes habe ich vom Tage der Bekanntgabe der Friedensforderungen ab über die etwaige Stellungnahme der deutschen Regierung oder meine eigene nicht mehr gesprochen, sondern nur darauf hingewiesen, daß erst das Resultat der Verhandlungen vorliegen müsse; alle anderweitigen Behauptungen sind freie Erfindungen. Ich gab mich allerdings keiner Täuschung hin, daß nach dem Gang der Pariser Verhandlungen nicht mehr allzu viele Milderungen erreicht werden könnten, hoffte aber immerhin noch auf eine Gestaltung des Entwurfs, welche, wenn auch unter Widerspruch angenommen, die Wiederaufnahme von Kriegshandlungen unmöglich machen würde.

Mit der Friedensdelegation war vor der Abreise vereinbart worden, daß eine Abreise aus Versailles oder ein Abbruch der Verhandlungen daselbst erst nach vorheriger Zustimmung des Kabinetts erfolgen dürfe. Die Schwierigkeiten des direkten Verkehrs zwischen Kabinett und Friedensdelegation erzeugten manche Meinungsverschiedenheiten. Die Delegation in Versailles vertrat die Auffassung, daß ihre Einzelnoten zum Friedensentwurf eine Art Vorgefecht darstellten und als Versuche anzusehen seien, zu erkunden, auf welchen Gebieten ein Nachgeben der Gegner zu erwarten sei, auch würde hierdurch die Öffentlichkeit in den feindlichen Ländern aufgeklärt werden. So gut der Inhalt der Noten war, so konnten sie letzteren Zweck schon deshalb nicht erreichen, weil die feindliche Zensur die ausführliche Wiedergabe der deutschen Noten unmöglich machte. Die Friedensdelegation in Versailles selbst saß nahezu hermetisch abgeschlossen von der Welt, während die Regierung in Berlin durch eine Reihe von Meldungen aus dem neutralen und feindlichen Ausland wichtige Nachrichten erhielt und namentlich die innerpolitische Lage genau überblickte. Am 23. Mai fand zwischen der Delegation und mehreren Ministern eine Aussprache in Spa statt; ich beteiligte mich an derselben. Auf meinen Vorschlag wurde dabei beschlossen, daß nunmehr die Gesamtheit

der deutschen Gegenvorschläge mit größter Beschleunigung den Alliierten zu überreichen sei und daß keine Einzelnoten mehr abzugeben seien; die Redaktion der Gegenvorschläge sollte die Delegation in Versailles vornehmen, ohne von den Beschlüssen des Kabinetts materiell abweichende Änderungen zu vollziehen. Gleichzeitig einigte man sich über den finanziellen Teil der Gegenvorschläge, über den die Meinungen noch weit auseinandergingen. Dem Angebot einer zinslosen Entschädigung von 100 Milliarden Goldmark konnte ich zuerst nicht zustimmen; ich versprach mir von den von der Delegation erhofften großen moralischen Wirkungen des Angebots dieser Riesensumme deshalb nicht viel, weil ich mir sagte, daß auch die feindlichen Mathematiker rechnen könnten und bald heraus hätten, daß es sich in Wirklichkeit um ein weit geringeres verzinsbares Angebot handle; das Wort „zinslos" werde von den Gegnern leicht überhört, und man müsse mit der Gefahr rechnen, daß behauptet werde, daß Deutschland selbst 100 Milliarden Goldmark angeboten habe. Auch die Voraussetzungen des Angebots, welche die Finanzdelegation mit Nachdruck hervorhob, daß nur die territoriale Unverletztheit des Reichs und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit ein solches Angebot tragbar erscheinen lasse, würden bald vergessen werden; man müsse sogar damit rechnen, daß dieser ganze Vorschlag als ein Bluff bezeichnet werde, der dann die Ernsthaftigkeit der übrigen deutschen Vorschläge abschwäche. Gegenüber dem allseitigen Wunsche sowohl des Kabinetts als auch der Friedensdelegation stellte ich meine Bedenken zurück unter der Bedingung, daß namentlich die Voraussetzungen für dieses Angebot sehr stark und sehr nachdrücklich betont würden. Aus den Verhandlungen selbst gewann ich den Eindruck, daß, wenn nicht alle, so doch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Friedensdelegation der Ansicht zuneigten, der Friedensvertrag dürfe nicht unterzeichnet werden.

Diese und eine Reihe anderer Erscheinungen gaben mir erneut Veranlassung, Tage und Nächte hindurch das Für und Wider der Unterzeichnung des Friedensvertrags nach allen Seiten zu prüfen; ich habe nie in meinem Leben so lange mit mir selbst gekämpft und gerungen, bis ich zu einem endgültigen Resultat kam. In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann Ende Mai erklärte ich diesem, daß es mir ganz unmöglich sei, den Standpunkt der Nichtunterzeichnung des Friedens zu

dem meinigen zu machen; beschließe das Kabinett dieses, so würde ich meine Entlassung als Reichsminister einreichen. Ich legte ihm die Gründe für meine Stellungnahme dar, und wir vereinbarten, daß ich die Gründe für und gegen die Unterzeichnung des Friedens in einer Aufzeichnung niederlegen möge. Diese Aufzeichnung wurde von mir persönlich und ganz vertraulich nur den Mitgliedern des Kabinetts und dem Reichspräsidenten übergeben. Gleichzeitig drang ich darauf, daß die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung nicht erst dann im Kabinett eingehend besprochen werden möge, wenn ein sicher zu erwartendes, kurz befristetes Ultimatum des Gegners eingelaufen sei; dann sei nicht mehr Zeit für ruhiges Überlegen und festes Handeln; man müsse schon vorher versuchen, über die folgenschwere Frage in ihrer ganzen Tragweite Klarheit zu schaffen. Die Hauptrichtlinien meiner Aufzeichnung sind:

I. Wenn der Friede unterzeichnet wird.

Ungeheuer schwere Lasten ruhen auf dem deutschen Volk.

1. Außenpolitische Folgen: Der Kriegszustand hört auf. Die Blockade wird beseitigt. Die Grenzen öffnen sich, es kommen wieder Lebensmittel und Rohstoffe ins Land, der deutsche Kaufmann kann auf Privatkredit Waren kaufen. Der Export kann wieder beginnen. Die Kriegsgefangenen kommen in die Heimat zurück. Polen wird gezwungen, seine Angriffsabsichten aufzugeben. Die Einheit des Reiches bleibt bestehen.

2. Innenpolitische Folgen: Die Steuerlasten werden außerordentlich drückend sein, aber durch die vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen wird eine Beruhigung und ein gewisser Ausgleich geschaffen. Die Arbeit wird in steigendem Umfang wieder aufgenommen werden können. Neben der Befriedigung der Inlandsbedürfnisse kommt der Außenhandel wieder in Gang. Der Bolschewismus verliert an Werbekraft. Arbeitslust und Arbeitsleistungen werden wieder wachsen. Durch vermehrte Kohlenproduktion wird die Verkehrslage gebessert. Lebensmittel, Waren und Rohstoffe sind die Voraussetzungen für die Arbeitslust und Arbeitsmöglichkeit, die nötig sind, um den Friedensvertrag durchzuführen. Die gegenwärtige Regierung bleibt aller Voraussicht nach. Von rechts her und von einem Teil des liberalen Bürgertums wird ein erbitterter Kampf gegen die Regierung entbrennen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem militärischen Putsch gegen die Regierung kommt. Die Aktion würde sehr wahrscheinlich von Osten ausgehen. Es ist auch damit zu rechnen, daß sich der gesamte Osten der Durchführung des Friedensvertrages mit Waffengewalt widersetzen wird. Von da aus wird versucht werden, gegen die Regierung aufzuputschen. Die Bewegung wird aber wahrscheinlich an der vorbehaltslosen Friedenssehnsucht der großen Mehrheit des Volkes wie an der greifbar in die Erscheinung tretenden Besserung der allgemeinen Lage durch den Friedenszustand bald verpuffen.

II. Wenn der Friede nicht unterzeichnet wird.

1. Außenpolitische Folgen: Der Kriegszustand wird wieder aufgenommen, und zwar wahrscheinlich sofort mit dreitägiger Kündigung des Waffenstillstandes. Die Alliierten, und zwar sämtliche, auch die Amerikaner, rücken in breiter Front vor, wie weit, ist nicht bekannt, aber mindestens bis zu einer Linie, die durch Kassel parallel des Rheines läuft. Insbesondere wird das Ruhrgebiet besetzt. Außerdem liegen Nachrichten vor, nach denen die Alliierten einen Korridor von Frankfurt bis Prag bilden wollen, um Norddeutschland von Süddeutschland zu trennen. Die Blockade wird verschärft. Die Grenzen werden hermetisch abgeschlossen. Die neutralen Länder haben bereits Anweisung von den Alliierten, jede Ein- und Ausfuhr nach bzw. von Deutschland zu sperren. Die wehrfähige Bevölkerung kann, da es sich um Kriegszustand handelt, in Kriegsgefangenschaft abgeführt werden. Die übrige Bevölkerung in den weiten besetzten Gebieten wird nach Kriegsrecht behandelt; es ist zu erwarten, daß die Alliierten mit den stärksten Repressalien vorgehen werden. Die Requisitionen werden in härtestem Maßstab durchgeführt werden. Von Osten her werden die Polen ins Land einrücken.

2. Innenpolitische Folgen: Allgemeine Lebensmittel-, Waren- und Rohstoffnot in Deutschland. Von den Grenzen Deutschlands werden die Bevölkerungen von Osten und Westen nach dem Innern Deutschlands zusammenströmen und die Lebensmittelnot ins ungeheure steigern. Durch die Besetzung des Ruhrkohlengebietes fällt der Nachschub an Kohlen fort, daher ist allgemeiner Zusammenbruch des Verkehrs und Hungersnot in den großen Städten in einigen Wochen zu erwarten. Überhandnehmen des Bolschewismus, der seine Zeit gekommen sieht. Plünderung, Mord und Totschlag wird an der Tagesordnung sein. In der allgemeinen Verwirrung wird es kein Nachrichtenwesen mehr geben. Daher Atomisierung Deutschlands. Die Behörden werden nicht mehr arbeiten können, da sie keine Autorität mehr besitzen und von oben her keine Weisungen mehr empfangen können. Stillstand der ganzen Staatsmaschine. Der Mangel an Lebensmitteln und Bedürfniswaren wird ein wahnsinniges Emporschnellen der Preise hervorrufen. Die Folge davon ist völlige Entwertung des Geldes. Wir werden dann tatsächlich russische Verhältnisse in Deutschland bekommen. Aus Angst vor diesem Terror werden, wie in Rußland, zahlreiche bürgerliche Elemente der äußersten Linken in die Arme geführt werden. Der andere Teil wird sich zur Rechten schlagen. Blutiger Bürgerkrieg, vor allem in Berlin und in den großen Städten.

Das Deutsche Reich fällt auseinander. Die einzelnen Freistaaten werden dem Anerbieten und Druck der Alliierten, mit ihnen Frieden zu schließen, nicht widerstehen können. Wenn schon jetzt in Bayern, in den Rheinlanden und auch im Osten solche Tendenzen auftreten, so ist dies um so sicherer zu erwarten, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands Wirklichkeit geworden ist. Die rheinische Republik wenigstens ist in einigen Tagen Tatsache geworden. Werden diese Tendenzen verwirklicht, so werden die Alliierten die in Betracht kommenden deutschen Staaten so fest an sich binden, daß das Deutsche Reich tatsächlich aufgehört hat, zu existieren. Aber auch kleinere

deutsche Gebiete würden sich selbständig machen und den Anschluß an unsere Gegner suchen. Die Karte des Deutschen Reiches würde dann verschwinden und an ihrer Stelle eine Buntscheckigkeit von Kleinstaaten entstehen, wie sie stets der große Traum Frankreichs war. Damit geriete ungefähr das ganze Deutsche Reich auch unter die territoriale Abhängigkeit der Alliierten, und was dann von Deutschland übrigbliebe, müßte, wenn es zum Frieden kommen wollte, als ein innerlich völlig zerstörtes und erschöpftes Land neue schwere Opfer auf sich nehmen. Auch bei Annahme weniger katastrophaler, durch den alliierten Vormarsch hervorgerufener Wirkungen wäre jedenfalls das Rheinland für Deutschland verloren, die Einheit des Deutschen Reiches also zerstört. Nach kurzem Einmarsch aber würde ein noch schlimmerer Friede aufgezwungen werden. Die Spekulation, als ob die Alliierten die Verwaltung eines am Boden liegenden Deutschlands übernehmen würden, dürfte verfehlt sein. Dieser Zustand der Ohnmacht Deutschlands wäre einer mächtigen Strömung innerhalb der Alliierten (Frankreich und England) erwünscht. Die Alliierten würden Deutschland daher auflösen und die einzelnen Teile sich selbst überlassen.

Die Folgen eines durch Nichtunterzeichnung hervorgerufenen Einmarsches der Alliierten wären, kurz zusammengefaßt:

I. Zertrümmerung des Reiches, Auflösung desselben in Einzelstaaten. Der Haß der Einzelstaaten gegen Preußen, dem die Verantwortung für die Katastrophe Deutschlands zugeschrieben wird, würde die Trennung der Einzelstaaten zu einer dauernden machen. II. Nach kurzer Frist müßte doch Frieden geschlossen werden, aber nicht vom Reich, sondern von den Einzelstaaten, denen zur Bedingung gemacht würde, keine Einheitsbildung mehr einzugehen. Dieser Friede wäre ein noch schlimmerer als der jetzige. III. Sturz der Regierung und Ersetzung derselben durch Unabhängige und Kommunisten, Auflösung der Reichswehrbrigaden, Ordnungslosigkeit im ganzen Lande.

Gemäß meinem Wunsch fanden dann am 3. und 4. Juni 1919 eingehende geheime Beratungen im Kabinett statt; ich stand in der Frage der Unterzeichnung des Friedens zunächst nahezu allein; zwei sozialdemokratische Kollegen traten bald auf meine Seite. Die demokratischen Mitglieder erklärten, daß die Unterzeichnung des Friedens den Bürgerkrieg im Osten bringe und sie zum Austritt aus dem Kabinett nötige; bei Nichtunterzeichnung des Friedens könne Deutschland mit den Friedensströmungen in den anderen Ländern rechnen; durch das „unannehmbar" vom 12. Mai sei der Weg bereits vorgezeichnet; auch bei der Unterzeichnung komme die Katastrophe; die Regierung dürfe nicht der Sklavenvogt des eigenen Volkes werden. Demgegenüber wurde von einem sozialdemokratischen Kollegen betont, daß das „unannehmbar" vom 12. Mai doch, wie man vereinbart habe, hauptsächlich aus taktischen

Gründen erfolgt sei; die Nichtunterzeichnung des Friedens bringe keine Abwendung des Übels selbst, sondern nur das Chaos über Deutschland. Ich erklärte, daß ich nicht daran dächte, den Friedensvertrag, auch wenn er noch eine Reihe von Abänderungen nicht wesentlicher Art enthalte, aus freien Stücken zu unterzeichnen; die Unterzeichnung könne nur immer unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, daß man der Gewalt weiche. An die Spitze der Erwägungen müsse man den Satz stellen, daß der Erhaltung der Einheit des Reichs sich alles andere unterzuordnen habe; wenn die jetzige Regierung nicht unterschreibe, so müsse man damit rechnen, daß sie schnellstens von einer Regierung abgelöst werde, die alles unterschreiben werde und müsse. Der Vorschlag, der Entente anzubieten, die Verwaltung Deutschlands selbst zu übernehmen, bringe keine Lösung; die Entente werde sich darauf nicht einlassen, sondern nur, wie bei einem Konkurs, die guten und zuverlässigen Konten herausnehmen und den Schwamm liegen lassen. Die Entente werde nicht mit Deutschland, sondern mit den einzelnen Staaten im Reich die Verständigung anstreben. Es sei verfrüht, auf friedliche deutschfreundliche Strömungen in den gegnerischen Ländern zu hoffen, da die Nichtunterzeichnung die Fortsetzung des Krieges mit der schärfsten Zensur bedeute und deshalb solche Regungen gar nicht an die Oberfläche treten könnten; erst nach Unterzeichnung des Friedens könnten solche Strömungen hervortreten. Wenn man durch Gewalt zur Unterzeichnung gezwungen werde, so begehe man keine Unwahrhaftigkeit; man müsse nur offen sagen, daß man der Gewalt weiche; wenn jemand von mir bei gefesselten Armen und unter Vorhalten des Revolvers auf die Brust die Unterzeichnung eines Stückes Papier fordere, wonach ich mich verpflichten müsse, in 48 Stunden auf den Mond zu klettern, so würde jeder denkende Mensch — um sein Leben zu retten — dies unterzeichnen, aber offen sagen, daß er diese Forderung nicht erfüllen könne; so sei es auch mit dem Friedensvertrag. Auch das frühere „unannehmbar“ stehe nicht hindernd im Wege; einige Änderungen seien erreicht; das „unannehmbar“ sei auch starken taktischen Erwägungen entsprungen. Das „unannehmbar“ sei ausschließlich gesprochen worden unter dem Vorbehalt, daß dadurch die letzte endgültige Entscheidung noch nicht erfolgt sein solle. Ein sozialdemokratischer Kollege stimmte mir bei mit den Worten: „Wer heute nein sage, mache eine heroische Geste; wer ja sage, werde mit

Schmach überhäuft und als Feigling bezeichnet, und doch sage er ja. Bei Nichtunterzeichnung bleibe der Westen des Reichs verloren, während der Osten, auch wenn er abfalle, wieder gewonnen werden könne."

Die Aussprache endete mit dem Resultat, daß nunmehr in den einzelnen Fraktionen der Mehrheitsparteien die Entscheidung zu treffen sei. Es hatten schon vorher und namentlich von da ab eingehende Beratungen über das Für und Wider der Unterzeichnung stattgefunden. Vom 13. Juni ab hatte die Zentrumsfraktion tagelang Aussprachen über diese Frage; fast alle Mitglieder der Fraktion kamen zu Wort und betonten, daß es eine Majorisierung in der Fraktion nicht geben könne, daß es jeder Abgeordnete vor Gott, seinem Gewissen und dem deutschen Volk selbst zu verantworten habe, wie er abstimme. Als ein Mitglied der Fraktion parteipolitische und parteitaktische Gesichtspunkte in die Besprechung ziehen wollte, wurde ihm einmütig bedeutet, daß es sich jetzt nicht darum handeln könne, ob das Zentrum zugrunde gehe oder nicht, sondern allein darum, wie das deutsche Volk gerettet und der Bestand des Deutschen Reichs gesichert werden könne. Einmütig war man in der Fraktion der Auffassung, daß an einen militärischen Widerstand nicht zu denken sei. Die große Mehrheit der Fraktion neigte schon in diesen Aussprachen der Auffassung zu, daß unter gewissen Voraussetzungen und unter Protest die Unterzeichnung des Friedens in Betracht kommen könne. In der Vorstandschaft konnte ich dann die Einigung dahin herbeiführen, der Friede sei zu unterzeichnen, wenn die die Ehre berührenden Fragen (Aburteilung Deutscher vor dem Gerichtshof der Entente, Schuldbekenntnis als alleiniger Urheber des Krieges) aus dem Vertrag herausgenommen würden. Mit den Sozialdemokraten wurde auf dieser Basis bald eine Verständigung herbeigeführt; anders war es mit den Demokraten; diese blieben auf ihrem früher eingenommenen Standpunkt stehen.

Inmitten dieser Beratungen erfolgte die Ankunft der Friedensdelegation aus Versailles mit dem kurz befristeten Ultimatum der Entente. Ihrer Ankunft in der Nacht ging ein eigenartiger Zwischenfall voraus: Militärsträflinge brachen aus dem Gefängnis in Weimar aus und suchten nach Mitternacht in das schlecht bewachte Schloß und unter Ausstoßung von Drohworten gegen den Reichswehrminister und den Reichspräsidenten Ebert in die Minister-

wohnungen einzudringen. Nur dem Umstand, daß einzelne Chauffeure wachten, um die Delegierten am Bahnhof abzuholen, war es zu verdanken, daß im letzten Augenblick das Schloßtor noch geschlossen werden konnte. Die Meuterer gingen dann dazu über, ihre Gewehrschüsse in die unter meiner Wohnung liegenden Schlafzimmer der Minister Noske und Bauer abzugeben; sie erhoben die Forderung, Noske und die anderen Minister müßten gehängt werden. Nach kurzem Kampf wurden die Sträflinge von Regierungstruppen gefangengenommen, worauf die Friedensdelegation in das Schloß einfahren konnte. Sie hatte entgegen meinem einigen ihrer Mitglieder gegebenen Ratschlag auf der Reise von Versailles nach Weimar bereits in einer Niederschrift ihr Gutachten dahin zusammengefaßt, daß sie die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags empfehle. Hierdurch noch ermuntert, blieben die Demokraten bei ihrer Stellungnahme und wollten vier Punkte als Gegenforderung auf das Ultimatum der Entente von der deutschen Regierung angenommen wissen: 1. Danzig, Westpreußen und der Netzedistrikt sollten dem Völkerbund unterstellt werden; 2. die Revision des Friedens sollte nach zwei Jahren erfolgen; 3. komme über die Höchstsumme der Entschädigung innerhalb vier Monaten keine Einigung zustande, solle eine unparteiische Stelle die Summe festsetzen; 4. Deutschland solle vom 1. Januar 1920 ab Mitglied des Völkerbundes sein. Ich hielt einen solchen neuen Schritt bei der Entente für völlig aussichtslos. In der sozialdemokratischen Fraktion waren die Meinungen anfangs noch ungeklärt; Scheidemann rechnete zuerst mit einer Mehrheit für seine Auffassung des Nichtunterzeichnens; es stellte sich aber bald heraus, daß es nur eine Minderheit von zirka 20 Mitgliedern war, die auf seiner Seite stand. Angesichts der Uneinigkeit im Kabinett und unter den Mehrheitsparteien häuften sich die Besprechungen; sie dauerten nicht nur tagsüber, sondern auch die ganze Nacht bis in die frühen Morgenstunden hinein, manchmal bis 5 Uhr. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni (Fronleichnamstag) hielt das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die entscheidende Sitzung ab; das Für und Wider wurde nochmals eingehend durchbesprochen. Das Ministerium fiel bei der Abstimmung in zwei gleich große Teile — 7 gegen 7 Stimmen — auseinander; für die Unterzeichnung stimmten außer mir die beiden Zentrumsminister Giesberts und Bell, sowie 4 Sozialdemokraten, gegen die Unterzeichnung 3 Demokraten, der Außenminister Graf Brockdorff

Rantzau und 3 Sozialdemokraten; es wurde aber beschlossen, daß noch ein erneuter Versuch der Einigung unter den Mehrheitsparteien gemacht werden sollte. Das geschah am Donnerstag. Am Nachmittag dieses Tages fand die Besprechung mit den leitenden Ministern der einzelnen deutschen Länder statt; hier fiel die eigentliche Entscheidung. Nachdem zwei Reichsminister (Dernburg und Graf Brockdorff-Rantzau) die Gesichtspunkte gegen die Unterzeichnung des Friedens vorgetragen hatten, wies der bayerische Ministerpräsident darauf hin, daß doch auch andere Auffassungen in der Reichsregierung vorhanden seien; man wolle auch diese hören, worauf ich meinen Standpunkt entwickelte. In der Debatte zeigte es sich alsbald, daß es die süddeutschen und mitteldeutschen Regierungen waren, welche, wohl betonend, daß sie der Gewalt wichen, doch mit aller Entschiedenheit forderten, daß der Frieden unterzeichnet werden müsse; die jetzt vorhandenen Regierungen würden zwar bei dem sicher zu erwartenden Einmarsch der Entente einen Separatfrieden nicht unterzeichnen, aber es sei sicher, daß bei dem Friedenswillen des ganzen Volkes, der Unmöglichkeit, sich dem Einmarsch zu widersetzen, und den unabsehbaren Folgen des Einmarsches in wenigen Tagen sich eine neue Regierung bilden würde, welche einfach gezwungen wäre, den Frieden zu unterzeichnen; dann sei die Einheit des Reiches dahin. Diese Auffassung wurde bekräftigt durch zahlreiche von angesehenen Kreisen ausgehende Meinungsäußerungen aus allen Teilen des Reiches. Ein Mitglied der Parlamentsopposition teilte mir in jenen Tagen mit, daß z. B. in Hamburg eine Reihe von Kaufleuten erklärt habe, daß sie, um bei Wiederaufnahme des Krieges sich einerseits vor dem sicher zu erwartenden Bolschewismus zu schützen und andererseits die Vernichtung ihrer Heimatstadt zu verhüten, entschlossen seien, Hamburg unter englisches Protektorat zu stellen. Von allen Regierungen äußerten sich nur einzelne Mitglieder der preußischen Regierung, aber auch diese zurückhaltend, für die Nichtunterzeichnung.

Am Donnerstag abend wurde in einer erneuten Aussprache mit den Mehrheitsparteien versucht, eine Einigung herbeizuführen. Die Demokraten blieben auf ihrem Standpunkt. Es zeigte sich auch bald, daß die Parteiansichten sich nicht näherten, sondern immer mehr auseinandergingen. So machte Ministerpräsident Scheidemann, nachdem er sich mit mir und einigen Ministern rasch in Verbindung gesetzt hatte, der unerquicklichen Besprechung ein Ende,

indem er erklärte, daß er jetzt die Demission des Kabinetts dem Reichspräsidenten anzeige. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde mit den demokratischen Kollegen, besonders mit dem damaligen Reichsfinanzminister Dernburg, die Gesamtsituation nochmals durchbesprochen und versucht, eine neue Kabinettsbildung auf der Basis herbeizuführen, daß Zentrum und Sozialdemokraten die Regierung bildeten, daß aber zwei oder drei Demokraten für ihre Person bei wohlwollender Neutralität ihrer Fraktion in das Kabinett eintreten würden. Man dachte dabei an Dernburg, Graf Bernstorff und andere der Demokratie angehörige angesehene Persönlichkeiten und hoffte auf dieser Grundlage um so mehr eine Verständigung zu erzielen, als bekannt wurde, daß in der demokratischen Fraktion sich eine Reihe von Abgeordneten für die Unterzeichnung des Friedens aussprach. In den frühesten Morgenstunden des Freitags trennte man sich mit der Erwartung, daß auf dieser Grundlage die Regierung neu gebildet werden könne. Die demokratische Fraktion beschloß jedoch, daß kein Mitglied ihrer Fraktion in die neue Regierung eintreten dürfe; alles weitere Verhandeln, um eine Willensänderung herbeizuführen, war aussichtslos. So waren Zentrum und Sozialdemokraten verpflichtet, ein Kabinett aus ihren Reihen zu bilden, und zwar in aller Eile, da die von der Entente gestellte Frist unmittelbar vor ihrem Ende stand. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion sprach gegenüber manchen geäußerten Bedenken, mit der Sozialdemokratie allein die Regierung zu bilden, die Sätze:

> „Was wird aus dem deutschen Volke werden, wenn wir versagen und die Nationalversammlung keine Regierung mehr zustande bringt? Wir haben die nationale Pflicht, die Verantwortung vor Gott und dem deutschen Volk, dessen Geschicke uns anvertraut sind, zu diesem Volk in den Tagen seiner tiefsten Erniedrigung zu stehen und zu retten, was noch zu retten ist. Deshalb müssen wir, wenn andere versagen, mit der Mehrheitssozialdemokratie allein die Regierung zu bilden versuchen."

So beschloß auch die Fraktion. Als neuer Ministerpräsident wäre nach dem parlamentarischen Verlauf der Dinge der Sozialdemokrat David oder Noske in Betracht gekommen; der Reichspräsident beauftragte den bisherigen Arbeitsminister Bauer mit der Kabinettsbildung. In früheren Besprechungen war mir in Aussicht gestellt worden, das neue Verkehrsministerium behufs Vereinheitlichung der Eisenbahnen übertragen zu erhalten; ich

stimmte dem Plan zu. Nun kam eine für mich persönlich sehr unangenehme Wendung; der neue Ministerpräsident und der Reichspräsident ersuchten mich auf das Dringendste, die Stelle des Reichsfinanzministers anzunehmen, mit dem Hinweis, daß meine Energie an dieser Stelle am notwendigsten sei; denn es sei die dringendste Aufgabe, im Innern des Reichs die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Steuern zu verabschieden und namentlich das Reichsnotopfer durchzuführen. Ich äußerte zunächst Bedenken und besprach mich mit meinen politischen Freunden; dort wurde mir vorausgesagt, welch grenzenlose Hetze namentlich aus besitzenden Kreisen gegen mich als neuen Finanzminister sich erheben würde, namentlich, wenn ich die Kriegs- und Revolutionsgewinne in die Reichskasse überführen und die Vermögensabgabe durchsetzen würde. Doch gegenüber allen persönlichen Bedenken hat dann die Not des Vaterlandes den Ausschlag gegeben. Ich habe im Vollgefühl der mir bevorstehenden undankbaren Aufgabe das Amt des Reichsfinanzministers übernommen. Mit mir traten noch drei Zentrumsabgeordnete in die Regierung ein, die somit aus sieben Sozialdemokraten und vier Zentrumsministern bestand.

In den Tagen der Kabinettskrisis hatte ich nach dem Rücktritt der alten Regierung Besprechungen mit französischen und italienischen Diplomaten, denen ich eingehend darlegte, daß die Entente auf die Aufzwingung der sogenannten Ehrenklauseln verzichten müsse; ich machte schon damals den Vorschlag, daß die Aburteilung der Kriegsschuldigen durch das höchste deutsche Gericht erfolgen könne, daß es unmöglich sei, Deutsche dem Gerichtshof des Feindes auszuliefern. Es wurde mir auch Hoffnung gemacht, daß bei diesen Punkten auf Entgegenkommen gerechnet werden könne. Die neue Regierung erklärte sich am Sonntag nachmittag (22. Juni) in der Nationalversammlung bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, „ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 (Auslieferung) zu übernehmen". Von den beiden Mehrheitsparteien ging der Antrag ein, „die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages". Ein dem Zentrum angehörender Schriftführer stellte angesichts des Verhaltens der Unabhängigen, welche eine vorbehaltlose Unterzeichnung des Friedensvertrages forderten, fest, daß die Mehrheit für den Antrag

der Regierungsparteien ganz unsicher sei. Es fanden dann Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den beiden anderen Parteien statt; ich habe mich an denselben nicht beteiligt. Sie zeitigten den neuen Antrag: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.“ Ich wurde von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion gefragt, ob dieser Antrag für die Regierung annehmbar sei, was ich um so mehr bejahen konnte, als die Regierung ihren Standpunkt bereits kundgegeben hatte. Mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Enthaltungen wurde dieser Antrag angenommen und der neuen Regierung mit 236 gegen 89 Stimmen und 68 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

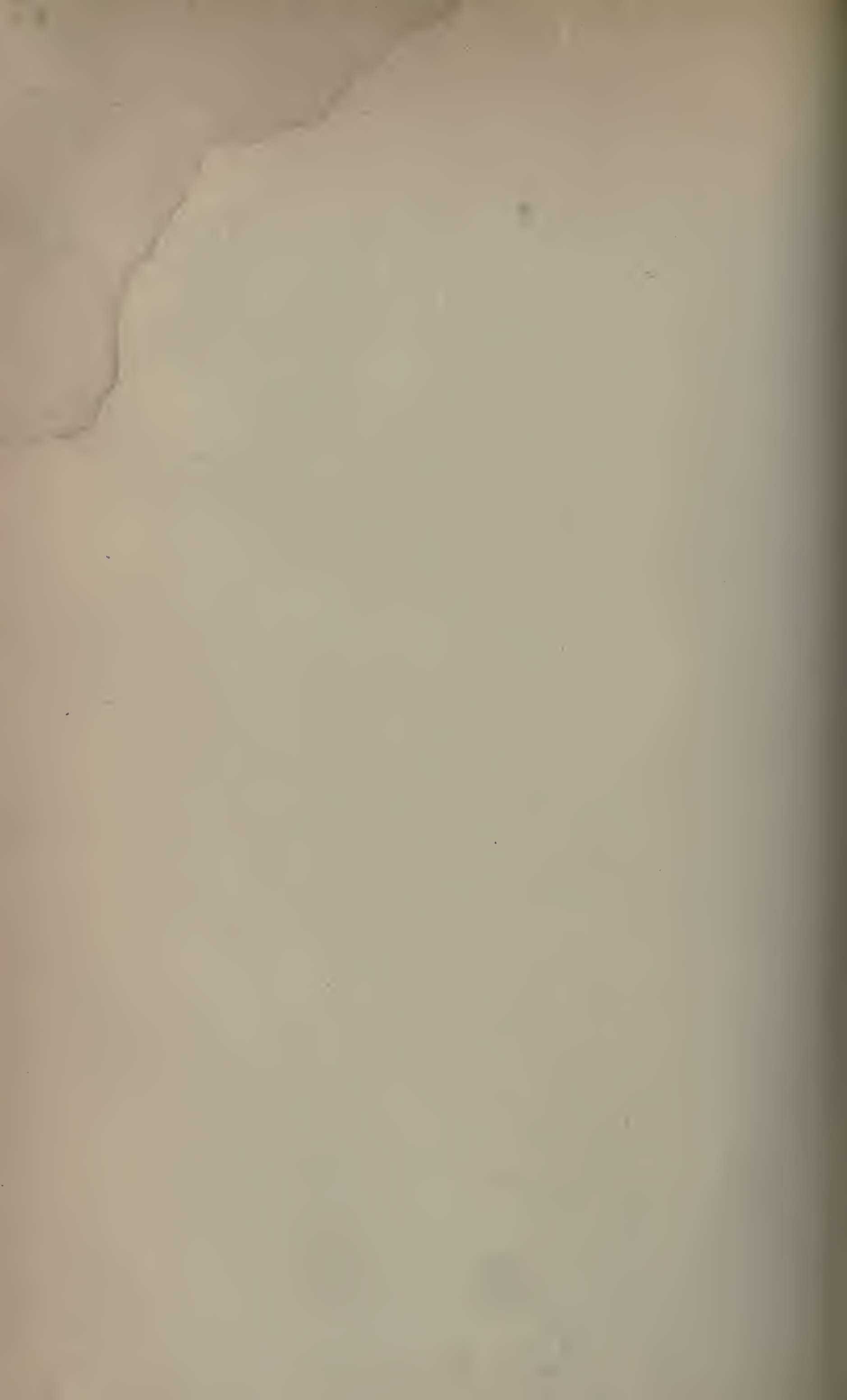
Man gab sich der Hoffnung hin, daß die Entente ein Entgegenkommen tätigen würde. Da traf die Nachricht von der Versenkung der deutschen Kriegsflotte bei Skapa Flow und der in Berlin vollzogenen Verbrennung der 1870/71 eroberten französischen Kriegsfahnen in Paris ein; dies hat, wie mir einige Tage darauf französische, englische und italienische Diplomaten mitteilten, jede Aussicht auf ein Entgegenkommen vereitelt. Sonntag nacht lief die Antwort ein, daß die Zeit der Verhandlungen vorüber sei und daß eine unzweideutige Erklärung über Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung bis Montag abend 7 Uhr in Versailles abzugeben sei.

Damit war wiederum eine neue Lage geschaffen, indem nun zu entscheiden war, ob bedingungslos anzunehmen oder abzulehnen sei. Die Mehrheitssozialisten beschlossen die bedingungslose Annahme. In der Zentrumsfraktion war man noch in der Beratung, als die erste Militärrevolte der Offiziere in der neuen Republik einsetzte. So nur kann man das Verhalten von Offizieren an diesem Tage bezeichnen; denn während der Fraktionssitzung erschien General von Märker, dem der Schutz der Nationalversammlung anvertraut war, im Auftrag des Offizierkorps der Reichswehr bei dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, um diesem zu erklären, daß für den Fall der Annahme des Friedens das Offizierkorps der Reichswehr nicht hinter der Regierung stehe und für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sich nicht mehr verbürgen könne. Auf meinen Wunsch hat der Reichswehrminister Noske, der bis dahin die Unterzeichnung des Friedens für das Richtige hielt, in der Zentrumsfraktion selbst tieferschüttert dargelegt, daß für den Fall der Annahme des Friedens die Offiziere der Reichswehr von ihrem Posten zurück-

treten würden und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung hierdurch unmöglich würde. So schien die Todesstunde für Deutschland gekommen zu sein: Anarchie bei Unterzeichnung, Anarchie bei Ablehnung. Eine längere Aussprache konnte nicht mehr stattfinden, da der Reichspräsident auf mittags 12 Uhr die Parteiführer zu sich gebeten hatte. Es wurde daher abgestimmt. Das Zentrum lehnte mit allen gegen 14 Stimmen ab, nunmehr für die Unterzeichnung des Friedensvertrags sich auszusprechen. Dieser Beschluß rief in den anderen Parteilagern nicht nur Überraschung, sondern größte Bestürzung hervor; jetzt mußte überall Farbe bekannt werden. In der Besprechung beim Reichspräsidenten wurde mir eine soeben eingegangene Depesche des Generalquartiermeisters Gröner (welcher ich vollkommen ferne stand) übergeben, in der derselbe mitteilte, daß er zwar nicht als Offizier, aber als Deutscher die Unterzeichnung des Friedensvertrages für unumgänglich notwendig halte. Damit war mir klar, daß die Stellungnahme des Offizierkorps, wie sie General von Märker entwickelt hatte, mindestens nicht eine einheitliche war. Es erwuchs die Hoffnung, daß bei einem festen Willen der Regierung die Anarchie im Innern vermieden werden könnte. Das Stimmenverhältnis in der Nationalversammlung war so unbestimmt, daß mit 1 bis 5 Stimmen die Unterzeichnung oder Ablehnung hätte beschlossen werden können; alles war dem Zufall der augenblicklichen Besetzung des Hauses überlassen und dies in der Lebensfrage der Nation! Ich stellte nunmehr durch den Reichspräsidenten an die Führer der Opposition die Frage, ob sie bereit wären, die Regierung zu übernehmen, die Unterzeichnung des Friedens abzulehnen und den Krieg fortzusetzen. Die Führer der Opposition versuchten zunächst, uns vom Zentrum zuzureden, ob nicht eine größere Anzahl von Zentrumsabgeordneten sich doch noch für die Annahme des Friedens aussprechen würde, um so in der Nationalversammlung eine sichere Mehrheit hierfür zu erhalten, ohne dabei zu bedenken, daß dann eine Regierung überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen wäre, da Sozialdemokraten, Unabhängige und Zentrumsminderheit keine Regierung hätten bilden können, wenn sie auch eine Mehrheit für Unterzeichnung des Friedens stellten. Mit aller Bestimmtheit betonten die Demokraten, daß sie in eine Regierung, an der die Mehrheitssozialisten sich nicht beteiligen würden, nicht eintreten könnten, ebenso lehnte der Wortführer der Deutschen Volkspartei die

Beteiligung an einer neuen Regierung ab; der Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei erklärte, daß seine Fraktion bereit sei, in Erwägungen darüber einzutreten, ob sie die Bildung der Regierung übernehmen wolle, dies aber nur unter der Voraussetzung, daß ihr ausreichende parlamentarische Unterstützung zuteil würde. Letzteres war ganz undenkbar. So gesprochen am Nachmittag des 22. Juni gegen 1 Uhr — abends vor 7 Uhr mußte in Paris die Entscheidung eingetroffen sein. Es ergab sich also die offenkundige Unmöglichkeit, aus der Opposition eine Regierung für Nichtunterzeichnung des Friedens zu bilden. Ich schlug daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Regierung und die Vertreter der Mehrheitsparteien sich zu einer Besprechung der Sachlage zurückziehen, die Opposition aber im Saal verbleiben solle, um ihrerseits zu beraten und die Entschließung der Regierung entgegenzunehmen. Während wir vom Zentrum unter uns noch berieten, kam Gesandter Dr. Naumann vom Auswärtigen Amt, um uns mitzuteilen, die Opposition sei bereit, in der Nachmittagssitzung der Nationalversammlung Erklärungen dahin abzugeben, daß sie die vaterländischen Beweggründe anerkenne, welche zur Annahme des feindlichen Diktatfriedens führten; es solle auch eine erneute Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Friedens vermieden werden. Die Depesche des Generals Gröner und diese Erklärung der Opposition sowie die Vereinbarung, daß der Präsident der Nationalversammlung nur darüber abstimmen lassen solle, ob es die Ansicht der Nationalversammlung sei, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibe, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, bildeten die Brücke dafür, daß das Zentrum in der Regierung blieb. Eine neue Regierungskrisis wurde vermieden. Um 1½ Uhr war das am Samstag gebildete Kabinett infolge der Haltung der Oppositionsparteien wieder im Sattel. Das Resultat der Besprechungen war, daß das Ministerium von der Nationalversammlung ermächtigt wurde, bedingungslos zu unterzeichnen; an diesem Resultat hat die Opposition in demselben Maße mitgewirkt wie die Mehrheitsparteien. In den bangen Stunden des Montagvormittags und -nachmittags habe ich mancherlei Helden, die später gegen mich und das Kabinett nicht heftig genug sich aussprechen konnten, mit schlotternden Knien gesehen; ein baumlanger Abgeordneter rief, daß die Halle der Nationalversammlung dröhnte: „Wo ist mein Auto? Wo ist mein Auto? Ich muß sofort abreisen. Heute nacht kommen

die französischen Flieger!" Diese und ähnliche Szenen waren nicht die einzigen. Auch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei war von ähnlichen Gedanken geleitet; zunächst beantragten sie am Montag nachmittag noch namentliche Abstimmung, worauf der Präsident sie fragte: „Nimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung auf sich, jetzt noch die Sache hinauszuzögern und eine namentliche Abstimmung zu verlangen?" Aus dem Hause erscholl der Ruf: „Jetzt ist es 3 Uhr, um 7 Uhr marschiert der Feind!" In dem entstehenden großen Lärm ist, soweit ich es hören konnte, der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen worden; jedenfalls hat die Deutschnationale Volkspartei auf diesem Antrag nicht beharrt, denn er kam nicht zur Abstimmung. Unmittelbar vor der Abstimmung sagte mir der demokratische Führer Friedrich Naumann: „Heute brauchen wir Sie notwendig, aber in wenigen Monaten, wenn die Situation anders ist, werfen wir Sie weg." Ich erwiderte: „Mir genügt, daß ich heute, in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes, diesem meine Person opfere." Ein gegen mich geplanter Attentatsversuch von Reichswehrangehörigen am Abend dieses Tages mißlang; wenige Tage darauf wurde nachts mein Arbeitszimmer im Finanzministerium beschossen und ein Zimmer, in welchem man mein Schlafzimmer vermutete, durch eine Handgranate verwüstet; beim dritten Anschlag in Moabit wurde ich sichtlich durch Gottes Hand beschützt und nur leicht verwundet. Aber auch dieser „Dank" und aller Haß meiner Gegner macht mich nicht irre in der Überzeugung, daß damals nur die Unterzeichnung des Friedens der Weg zur Rettung des deutschen Volkes war.

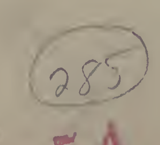


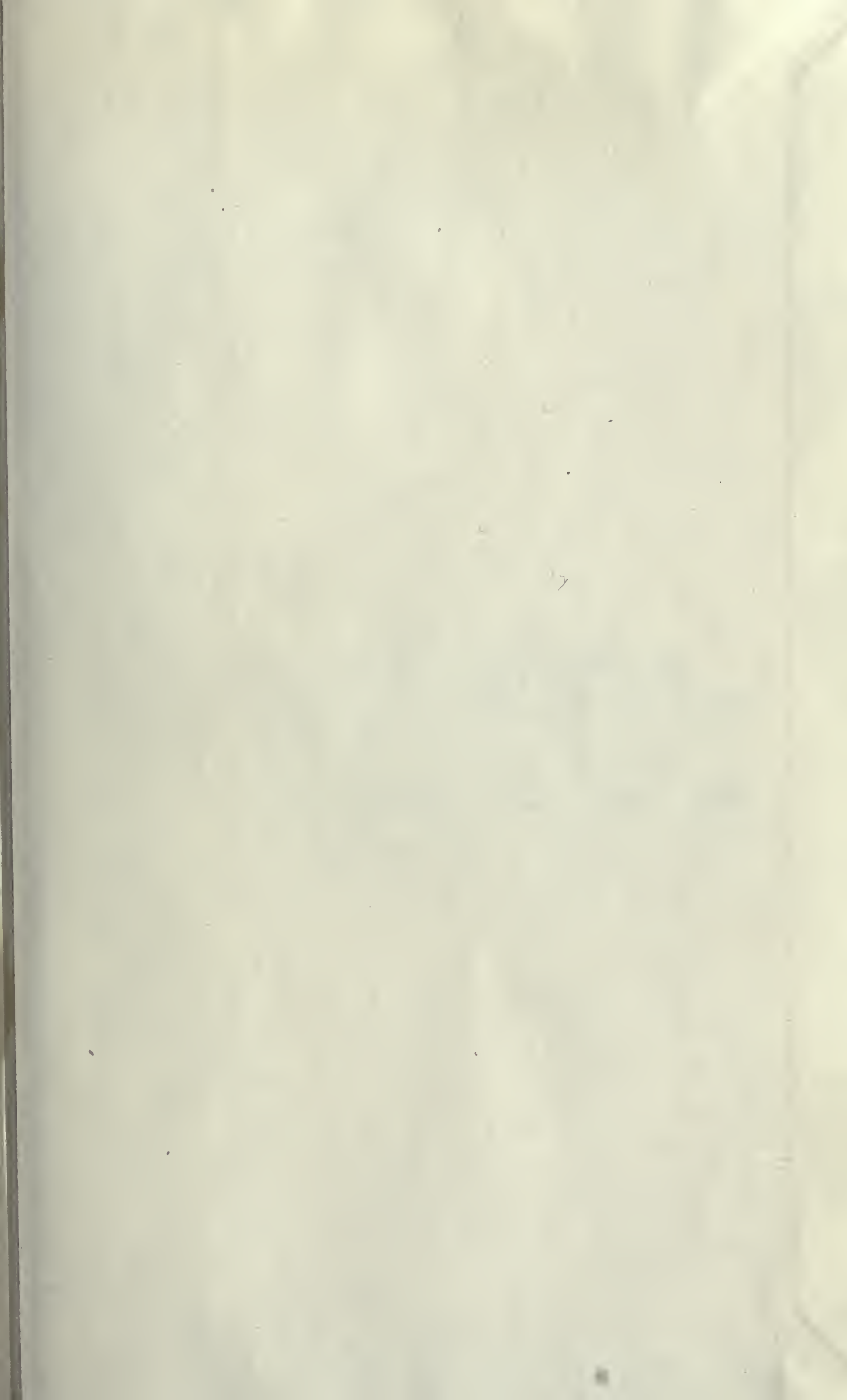
Namen- und Sachregister

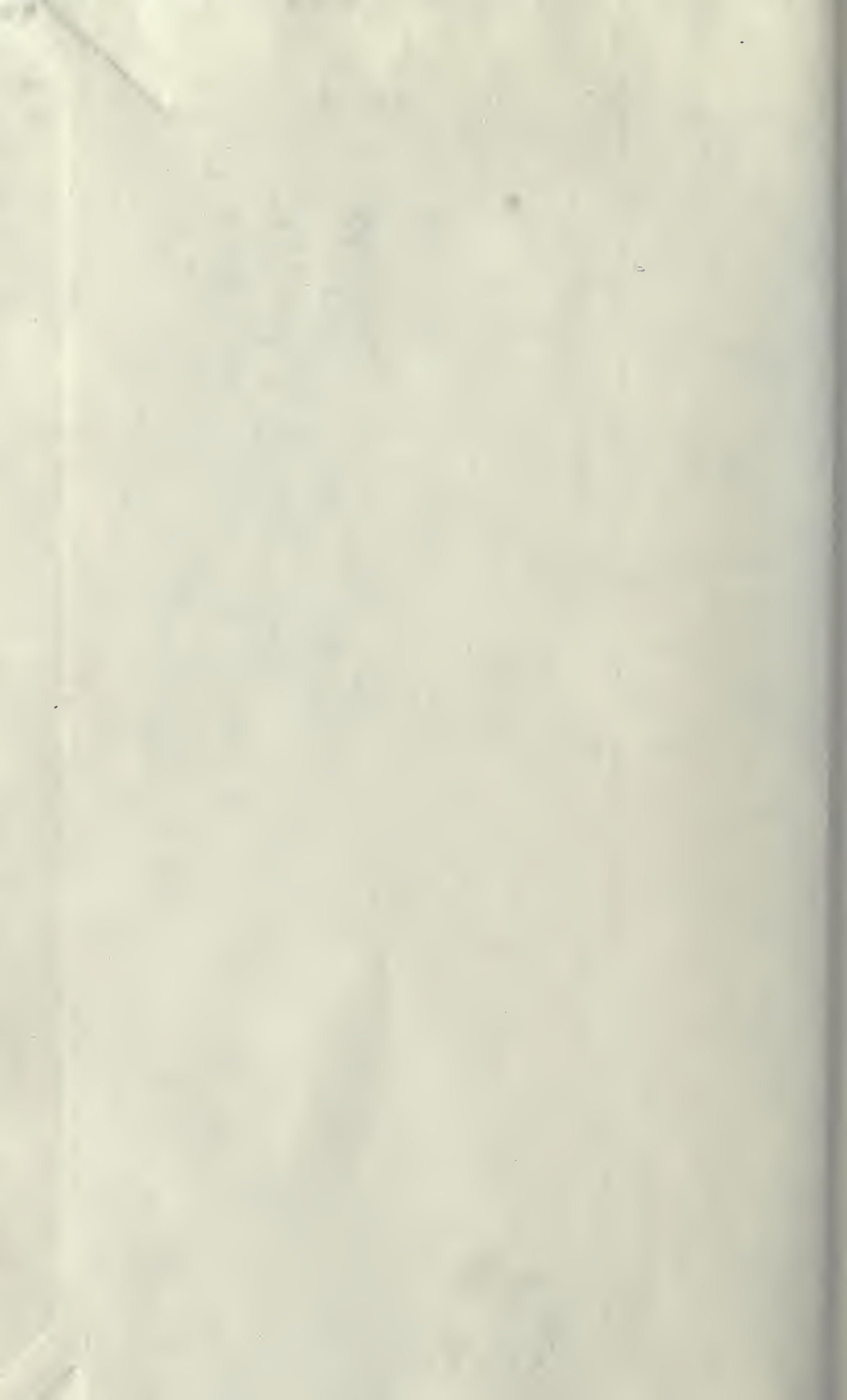
F

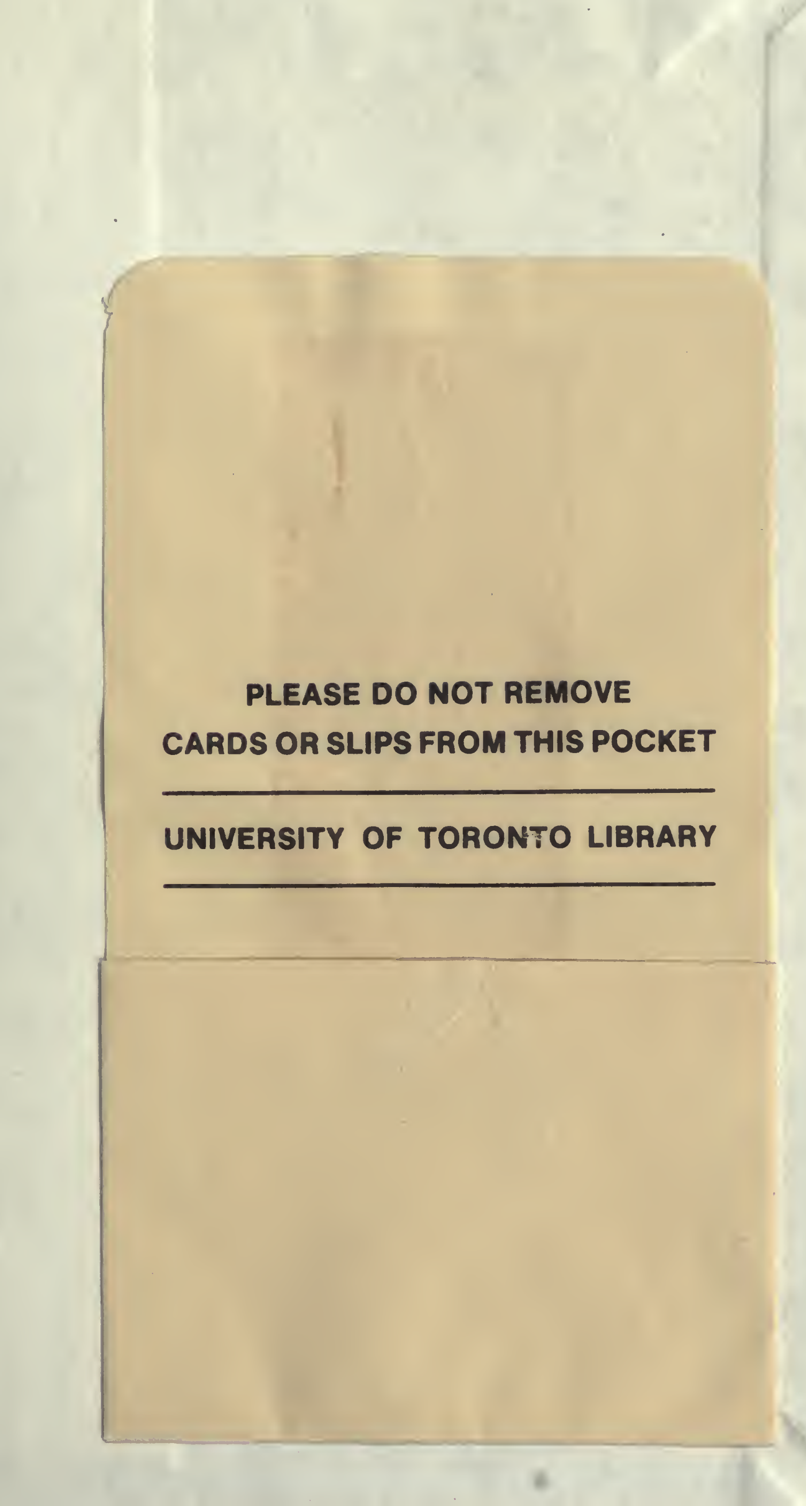
G

T


285






PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET
UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

